Proletarierinnen/Proletarier aller Länder, vereinigt euch!

GEGEN DIE STRÖMUNG

Organ für den Aufbau der Revolutionären Kommunistischen Partei Deutschlands

10 Euro

Politische Stellungnahmen 2019 – 2021

Zu Themen und Fragen
des revolutionären Kampfes
und des wissenschaftlichen Kommunismus
in

Flugblättern und Plakaten von Gegen die Strömung

Drucker, Herausgeber und verantwortlicher Redakteur:
W.Schulze, Osnabrücker Str. 26, 10589 Berlin - **ISSN: 1612-5967**
https://gegendiestroemung.net *Die Nutzung unserer Homepage sollte gut überlegt erfolgen, da jeder Zugriff staatlich registriert wird.*

Inhaltsverzeichnis

	Editorial	7

2019

Januar/Febr. (1-2)	Zum Kampf gegen die Verschlechterung der Lebenslage in Frankreich **Polizei-Terror in Frankreich**	11
März (3)	**Der 8. März - Kampftag der Frauen auf der ganzen Welt gegen Ausbeutung, Diskriminierung und Unterdrückung!**	15
April (4)	Die Widersprüche zwischen den imperialistischen Großmächten verschärfen sich: **Donald Trump und der deutsche Nationalismus!**	17
Mai - Juni(5-6)	**Zu Marx Schrift gegen Judenfeindschaft von 1844 – Stärken und Probleme**	19
Juli - August (7-8)	Wichtige Erfahrungen der sich entwickelnden proletarischen Bewegung ab dem „Sozialistengesetz“ 1878: **Aus dem praktischen Kampf der Arbeiterinnen und Arbeiter gegen Judenfeindschaft lernen!**	27
September (9)	Die IAA 2019 in Frankfurt – ein Propagandaspektakel der Herrschenden: **IAA, „Auto-Ideologie“ und Kapitalismus bekämpfen!**	35
Oktober (10)	Versuchtes Nazi-Massaker an Jüdinnen und Juden in der Synagoge in Halle am 9.10.2019! **Solidarität mit der jüdischen Bevölkerung in Deutschland, die von Nazi-Massakern bedroht ist!**	37
November (11)	Anläßlich des Überfalls der türkischen Armee: **Solidarität mit der bewaffnet kämpfenden kurdischen Befreiungsbewegung in Rojava!**	41
Dezember (12)	**Solidarität mit den Massenkämpfen gegen Ausbeutung und Unterdrückung in Chile!**	43
Plakat	Solidarität mit den Massenkämpfen gegen Ausbeutung und Unterdrückung in Chile!	47

2020 (21)

Jan./Febr. (1–2)	Rassistisches Nazi-Massaker an neun Menschen in Hanau am 19. Februar 2020: **Selbstschutz gegen Nazi-Angriffe organisieren!**	49
März/April (3-4)	**Das Corona-Virus als Vorwand!**	53
Aufkleber/Plakat	Das Corona-Virus als Vorwand!	57
Mai/Juni (5-6)	Solidarität mit den antirassistischen Massenkämpfen in den USA: **Den Kampf gegen rassistische Polizeigewalt und Nazi-Terror in Deutschland verstärken! Gegen den deutschen Nationalismus und Rassismus ankämpfen!**	59
Plakat	Kein struktureller Rassismus in der deutschen Polizei? **15 Jahre lang systematische Vertuschung des Mords an Oury Jalloh durch deutsche Polizisten!**	66
Beilage	Rassistischer Mord an George Floyd durch die US-Polizei am 25.5.2020: **Solidarität mit den antirassistischen Massenkämpfen in den USA!**	67
Juli/August (7-8)	**Den deutschen Imperialismus und seine Verbrechen in afrikanischen Ländern bekämpfen**	71
Beilage	**Mörderische deutsche Kolonialpolitik in afrikanischen Ländern bis hin zum Genozid und Kampf gegen den Kolonialrassismus und die Ideologie des „weißen Herrenmenschen“**	83

September (9)	**Solidarität mit den Protesten gegen Reaktion und Polizeigewalt in Israel**	87
Okt./Nov. (10-11)	Grundpositionen zur aktuellen Lage: **Verschärfung polizeistaatlicher Maßnahmen unter dem Vorwand von Corona und die Notwendigkeit der verstärkten Solidarität**	89
Dez./Januar (12/20–1/21)	Im Kampf gegen die staatliche Faschisierung: **Die Haltung zu den Refugees klärt die Lage!**	91

2021

Februar/März (2-3)	**Nazi-Netzwerke fest verankert in der Bundeswehr**	93
April (4)	**Das kommunistische Erbe von Rosa Luxemburg gegen offene Feinde und falsche Freunde verteidigen!**	97
Mai (5)	1.Mai – Kampf für den proletarischen Internationalismus: **Kampf gegen den verschärften Abschiebeterror des deutschen Staats!**	101
Juni/Juli (6-7)	Vor 80 Jahren: **Überfall des deutschen Nazifaschismus auf die sozialistische Sowjetunion am 22. Juni 1941!**	107
September (8-9)	Gegen den Terror der bürgerlichen Klassenjustiz: **Solidarität mit Ella und Lina!**	111
Okt./Nov. (10-11)	Angesichts der massiven Repression gegen die vom PKK-Verbot betroffenen Genossinnen und Genossen: **Die Solidarität mit allen demokratischen und revolutionären Gefangenen verstärken!**	113
Dezember (12)	**Militarisierung!**	117

Bulletins
zur Information der revolutionären, marxistisch-leninistischen Kräfte aller Länder

2019

1/19	Januar–April	123
2/19	Mai– August	129
3/19	September – Oktober	133
4/19	November – Dezember	137

2020 / 21

1/20	Januar–April	143
2/20	Mai – September	151
3/20 – 1/21	Oktober 20 – März 21	157
2/21	April – Juli	163
3/21	August – Dezember	169

Anhang:

Übersicht zu den
Politischen Stellungnahmen 1989–2021
von *Gegen die Strömung* 177

Bisher erschienene Ausgaben von **„Rot Front“** 197
Theoretisches Organ von *Gegen die Strömung*

Plakat:

Plakat	**Solidarität mit den Massenkämpfen gegen Ausbeutung und Unterdrückung in Chile!**	47
Aufkleber/Plakat	**Das Corona-Virus als Vorwand!**	57

Editorial

Ein Blick auf die vergangenen drei Jahre, in denen die hier gesammelten Flugblätter abgedruckt wurden, zeigt dass es im wesentlichen drei Schwerpunkte gegeben hat:

Erstens: Internationale Solidarität und deutscher Imperialismus.

Zweitens: Die Entwicklung des deutschen Imperialismus im Inneren.

Drittens: Grundsätzliche Fragen des wissenschaftlichen Kommunismus und der Geschichte der internationalen kommunistischen Bewegung.

Erstens: Internationale Solidarität und deutscher Imperialismus.

Frankreich, Chile und die befreiten kurdischen Gebiete waren Themen, weil sich dort wichtige ökonomische und demokratische Kämpfe in großem Maßstab entwickelt haben. Das gilt insbesondere für den bewaffneten Kampf der kurdischen Befreiungsbewegung, die unter größten Schwierigkeiten Angriffe abwehren und Kernbereiche der befreiten Gebiete verteidigen. Aber auch die demokratischen und ökonomischen Kämpfe in Israel verdienen Beachtung, denn es gilt wie überall auch in Israel nicht die herrschende Klasse sondern die Masse der ausgebeuteten und unterdrückten Menschen zu unterstützen. Von großer Bedeutung waren auch die antirassistischen Kämpfe in den USA nach der Ermordung von George Floyd, mit heftigen auch militanten Auseinandersetzungen. Auch in Deutschland gab es eine doch erfreulich starke Solidaritätsbewegung gegen aktuellen Rassismus hier in Deutschland und aus Solidarität mit den antirassistischen Kämpfen in den USA.

Ein besonderes Gewicht wurde auch auf den Vormarsch des deutschen Imperialismus in Afrika gelegt, da aus traditionell falschen Gründen der Blick auf die Ausbeutung und Unterdrückung der verschiedensten Länder und Regionen Afrikas durch die imperialistischen Großmächte und eben gerade auch durch den deutschen Imperialismus zu wenig beachtet wird.

Zweitens: Die Entwicklung des deutschen Imperialismus im Inneren.

Was die innere Lage von Deutschland angeht, wurde ein großes Gewicht auf den Vormarsch des deutschen Militarismus, auf die Ausdehnung der Bundeswehr auch innerhalb Deutschlands gelegt. Auch dieser Aspekt hängt eng mit der Ausbreitung der nazifaschistischen Mordaktionen zusammen, so dass nicht nur das Mordmassaker in Hanau und der judenfeindliche Angriff auf die Synagoge in Halle Thema war, sondern auch die zunehmende Organisierung der Nazis innerhalb der Bundeswehr.

Bewusst wurden auch die Kämpfe gegen die absurde Internationale Automobilausstellung in Frankfurt vor allem durch Jugendliche unterstützt,

wenngleich auch der anhaltende Kampf gegen die Angriffe auf Flüchtlinge und die mörderische Abwehr der Asylsuchenden mithilfe auch der Bundesrepublik Deutschland im Mittelmeer von größter Bedeutung war. Der Abschiebeterror gegen Refuges ist eines der wesentlichen Merkmale der aktuellen Lage in Deutschland.

So wie weltweit die Corona-Pandemie genutzt wurde um demokratische Grundrechte einzuschränken und die Faschisierung des Staatsapparates voranzutreiben, Notstandsmaßnahmen wie im Krieg einzuüben, wurde auch in zwei Stellungnahmen auf eine solche Entwicklung innerhalb Deutschlands nachdrücklich hingewiesen um der zunehmenden Ideologie der „Volksgemeinschaft“ angesichts des Feindes Corona entgegenzutreten und gleichzeitig auf die katastrophale Lage in den Krankenhäusern und im Gesundheitswesen überhaupt hinzuweisen.

Drittens: Grundsätzliche Fragen des wissenschaftlichen Kommunismus und der Geschichte der internationalen kommunistischen Bewegung.

In der langen Liste der welthistorischen Verbrechen des deutschen Imperialismus steht der Überfall auf die sozialistische Sowjetunion als ein ganz besonderes Merkmal des Zweiten Weltkrieges an einer der vordersten Stellen. Die gigantischen Verbrechen des deutschen Imperialismus und die solidarische Erinnerung an den siegreichen Kampf der Roten Armee, der sowjetischen Zivilbevölkerung und der sowjetischen Partisanen, bildeten das Schwerpunktthema eines gesonderten Flugblattes.

Ebenfalls wurde auf die internationale Bedeutung des Kampfes für die Emanzipation der Frauen gegen Imperialismus und Patriarchat im Zusammenhang mit dem 8. März, dem Internationalen Frauentag in einer eigenen Stellungnahme nachdrücklich hingewiesen.

Eine dritte grundsätzliche Stellungnahme im Zusammenhang mit der Geschichte der Verbrechen des deutschen Imperialismus in Deutschland war die Ermordung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht durch die Korrelation von Wehrmacht und Sozialdemokratie, die direkt nach der so notwendigen Gründung der KPD erfolgte.

Angesichts des wachsenden judenfeindlichen Klimas in Deutschland spielte auch die theoretische Auseinandersetzung mit dem Kampf der Anfänge der kommunistischen Bewegung und der sich entwickelnden Sozialdemokratie in Deutschland im 19. Jahrhundert eine wichtige Rolle: In zwei Stellungnahmen wurden auf die wichtige Tradition dieses Kampfes, aber auch auf große grundlegende Probleme des Kampfes gegen die Judenfeindschaft - die eigenen theoretischen Arbeiten zusammenfassend - aufmerksam gemacht und auch die eigene Position kompakt festgehalten.

Sicherlich zeigt eine solche überblickartige Zusammenfassung indirekt auch auf, dass eine Reihe von wichtigen Fragen nicht angesprochen wurde, sodass unserer Meinung nach auch darüber wie über den Inhalt sämtlicher Stellungnahmen ganz gewiss gründliche Diskussionen richtig sind.

Redaktion Gegen die Strömung, März 2020

Flugblätter

2019 - 2021

Proletarierinnen/Proletarier aller Länder, vereinigt euch!

GEGEN DIE STRÖMUNG

Organ für den Aufbau der Revolutionären Kommunistischen Partei Deutschlands

1-2/2019 Januar/Februar 2019

Zum Kampf gegen die Verschlechterung der Lebenslage in Frankreich

Polizei-Terror in Frankreich

Seit Wochen erschüttern gewaltige Demonstrationen und Aktionen von zehntausenden, ja hunderttausenden Menschen in Frankreich das Image eines politischen Systems, das durch verschärfte Ausbeutung, Unterdrückung, Lüge und Zynismus eine Provokation nach der andern startet. Ein Polizei-Terror ungeheuren Ausmaßes in der Tradition der mörderischen Polizei-Attacken auf die Proteste gegen den Algerien-Krieg in den 50er Jahren und gegen die sogenannten Maikämpfe 1968 begleiten die politischen und ideologischen Angriffe gegen die Protestbewegung, um diese zu desorientieren und zu zerschlagen. Worum geht es? Welche Resonanz haben diese Kämpfe hier in Deutschland? Wie und wo können wir verstärkt unsere Solidarität zum Ausdruck bringen?

Berechtigte Kämpfe gegen die verschärfte Ausbeutung und Unterdrückung und gegen den Polizei-Terror

Es ist klar, dass der direkte Auslöser für die große Protestbewegung in Frankreich die Erhöhung der antisozialen Steuer auf Benzin war sowie eine Fülle weiterer Angriffe auf die Lebensbedingungen der großen Mehrheit der werktätigen Bevölkerung in Frankreich. Völlig klar ist auch, dass die große Masse der an diesen Protesten Beteiligten aus guten Gründen und mit gutem Recht den Kampf für die Rücknahme all dieser unglaublichen Zumutungen aufgenommen hat. Gleichzeitig ist auch unstrittig, – und hierüber wird in der offiziellen Presse in Deutschland nur am Rande oder gar nicht berichtet, – dass die hochgerüstete Polizei in Frankreich mit unglaublichen Terror versucht, die Protestbewegung niederzuschlagen.

Tausende von Festnahmen, polizeiliche Prügelorgien sowie der Einsatz von Wasserwerfern und Gummigeschossen sind Kennzeichen dieses Polizeiterrors. Der Höhepunkt der Verschärfung des Einsatzes von polizeilichen Mitteln bestand in den quasi militärischen Tränengas-Bomben, denen TNT-Sprengstoff beigemischt ist. Durch diese Polizei-Granaten wurden mindestens 13 Menschen Augen ausgeschossen sowie mindestens vier Menschen die Hand oder der halbe Arm abgerissen. Viele verloren auch ihr Gehör. Die Zahl der Toten beläuft sich auf bisher zehn Personen (eine Frau wurde von einer Tränengasgranate getötet, die anderen Toten kamen bei Straßenblockaden um). Die Zahl der Verletzten geht in die Tausende, darunter mehrere Dutzend Schwerverletzte. Ein durch Gummigeschosse der Polizei getroffener Demonstrant wurde so schwer verletzt, dass er im Koma liegt.

Die protestierenden Menschen in Frankreich lassen sich das verständlicherweise nicht gefallen, wehren sich gegen die Polizeiattacken und gehen auch zum Angriff gegen Symbole der kapitalistischen Ungleichheit vor. Anfang Februar 2019 gab es Demonstrationen gegen den Polizeiterror in mehreren Städten Frankreichs.

Unstrittig ist auch, dass eine Besonderheit dieser Protestbewegung ist, dass sie nicht allein auf die großen Städte, nicht nur auf die Hauptstadt Paris beschränkt ist, sondern auf ganz Frankreich verteilt den Kampf führt. Die Polizeikräfte sind dadurch bis aufs äußerste gefordert, so dass von den Herrschenden der Einsatz von Militär als nächster Schritt schon öffentlich verkündet wird.

Die üblichen aktiven Abwiegler spielen bisher keine Rolle

Offensichtlich unstrittig ist auch, dass dieser Kampf sich personalisiert auf



Eine Parole auf einer Demonstration in Paris, November 2018: "Nieder mit dem Staat, der Polizei und den Faschisten!"



Auf einer Demonstration in Paris im November 2018 wird an den Mai 1968 erinnert

Präsident Macron und seine Politik. Der große Star der französischen imperialistischen Politik, der sich als Held der herrschenden Klasse zur Zähmung aller Proteste angekündigt hatte, tritt nun eher als begossener Pudel im Fernsehen auf. Er wurde als ein Großmaul enttarnt, das nun mit irgendwelchen Mätzchen versucht, sein Image aufzupolieren. Tatsache ist auch, dass im Staatsgefüge eines bürgerlich-demokratischen imperialistischen Staates die gewerkschaftlichen Organisationen eigentlich für die Abwiegelung von Protesten vorgesehenen sind. Die Gewerkschaftsbürokraten, konnten die sich regelmäßig an die Spitze solcher Proteste stellen, um sie abzuwürgen, in diesem speziellen Fall zunächst ihre Rolle nicht antreten und wahrnehmen. Die Gewerkschaftsführung war ganz offensichtlich nicht willkommen bei der großen Mehrheit der Kämpfenden. Ihre Verfilzung mit der herrschenden Klasse ist auch vielen Protestierenden in den letzten Wochen und Monaten recht deutlich geworden. Alle etablierten Kräfte konnten sich, soweit das bisher beurteilt werden konnte, bis jetzt nicht an die Spitze dieser Protestbewegung stellen.

Der Kampf gegen die französischen Faschisten und Rassisten

Ein ernstes Problem ist es, dass sich die rassistische und profaschistische Bewegung um Marine Le Pen offiziell auf die Seite der Protestierenden stellt. Rassistische und nationalistische Aktivisten spielem ganz offensichtlich auch in verschiedenen Teilen des Landes in unterschiedlichem Ausmaß eine aktive Rolle in dieser Bewegung. Es ist schwierig, vielleicht unmöglich, insbesondere in Unkenntnis einer Zusammenfassung der Fülle lokaler Berichte, das Ausmaß der Beteiligung der, – sagen wir es verkürzt – Rassisten, die die französische Nationalflagge schwenken und französischen Nationalismus propgaieren, genau einzuschätzen.

Das Problem wird nicht dadurch kleiner, dass sich in Deutschland die rassistisch-nationalistische AFD – eng verbunden mit der militanten Nazi-Szene – öffentlich mit der Protestbewegung in Frankreich solidarisiert und Ähnliches für Deutschland wünscht. Zudem hat sich ausgerechnet die übelste Person der sogenannten Linkspartei, Sahra Wagenknecht, das Symbol der Protestbewegung, eine gelbe Weste angezogen.

Dagegen ist es umso wichtigter klarzustellen, dass eine sehr große Anzahl der Protestierenden in Frankreich sich gegen die Beteiligung einzelner rassistischer und nationalistischer Gruppen und Personen wenden, sie aus Demonstrationen und aus der Bewegung vertreiben. Im Gegensatz zu diesen Kräften haben diese Protestierenden den Internationalismus, den Anti-Rassismus, die Solidarität mit verfolgten Minderheiten demonstrativ in einer ganzen Reihe von Aktionen unterstrichen. Au den Informationen der französischen Protestbewegung seien hier folgende Beispiele genannt:

- Ein führender und bekannter Faschist, Y. Benedeti, und seine Anhänger wurden militant aus einer Demonstration in Paris am 1.12.2018 vertrieben und waren danach wohl nicht mehr auf Demonstrationen zu sehen.

- Am 1.12.2018 haben sich in Paris antirassistische und antifaschistische Kräfte mit gewerkschaftlichen Kräften, Arbeiterinnen und Arbeitern aus der Eisenbahnbranche sowie Migranten aus den Vororten von Paris zusammengeschlossen und eine Demonstration durch Pa-

Weiter auf Seite 4

Zur Taktik der herrschenden Klasse

Seit dem Niedergang der weltweit gut organisierten kommunistischen Bewegung und zielklarer Kommunistischer Parteien Mitte der Fünfziger Jahre entstand zunehmend das Problem, dass wichtige auch revolutionäre Bewegungen großer Teile der Bevölkerung eines Landes so manipuliert wurden, dass solche Bewegungen entweder entschärft wurden oder gar als Konkurrenzkampf innerhalb der herrschenden Klasse genutzt wurden, um einen Art Pferdewechsel vorzunehmen. Das zeigte sich z.B. bei dem Kampf gegen das Schah Regime 1979, bei dem dann die Kräfte um Khomeini auf der Woge der Massenbewegung ein eigenständiges reaktionäres Regime im Iran errichteten.

Bei jeder Massenbewegung gegen Ausbeutung und Unterdrückung und für demokratische Rechte und für die Revolution gegen den Kapitalismus besteht die Gefahr, dass sie mithilfe der gut ausgeklügelten Taktik der herrschenden Klasse des jeweiligen Landes abgewürgt oder gar umfunktioniert wird. Das zeigte sich auch bei dem sogenannten Arabischen Frühling in einigen nordafrikanischen Ländern. Und selbst in einem Land wie Brasilien mit Millionen Teilnehmern und Teilnehmerinnen an Demonstrationen gegen Korruption anlässlich der Fußballweltmeisterschaft 2014 gelang es der herrschenden Klasse nun ein reaktionäres Regime auf einer Massenbasis mit einem faschistischen Politiker an der Spitze zu installieren.

Ja, diese Gefahr gibt es. Sie muss erkannt und bekämpft werden, das ist der einzig richtige Weg. Diese internationale geschichtliche Erfahrung zeigt, wie wichtig es ist, keinen Einheitsbrei zu propagieren und rassistisch-faschistische Agenturen der herrschenden Klasse in diesen Kämpfen nicht zu dulden. Sie müssen verjagt werden, sie müssen bekämpft werden, sie müssen ausgeschaltet werden. Es muss ein zielklarer Weg diskutiert und beschlossen werden, um dies durchzusetzen. Es klingt banal und ist doch von entscheidender Wichtigkeit: es gilt starke, zielklare und gut organisierte Kommunistische Parteien aufzubauen, die all diese Kämpfe anführen, die den Methoden der Betrügereien und der Demagogie sowie dem Unterdrückungsapparat der herrschenden Klasse Paroli bieten und die in der Lage sind die revolutionären Kämpfe bis zum Sieg über die Ausbeuterklassen zu führen.

Weltweite Streikkämpfe im Januar 2019

Indien

Am 8. und am 9. Januar 20019 streikten in Indien 200 Millionen Menschen. Sie schlossen sich einem Aufruf von zehn Gewerkschaften zum Generalstreik an. Es beteiligten sich Beschäftigte aus dem öffentlichen Dienst und Arbeiterinnen und Arbeiterinnen aus den Fabriken. In erster Linie streikten die Arbeiterinnen und Arbeiter aus den Kohlebergwerken und den Docks, aber auch aus vielen Teeplantagen. Daneben beteiligten sich am Streik Beschäftigte der Post, der Banken und Versicherungen und der Transportunternehmen. In Mumbay z. B. kam der öffentliche Busverkehr zum Stillstand. Obwohl den Busfahrern und Busfahrerinnen mit Verhaftungen gedroht wurde, kamen nur ganz wenige zur Arbeit.

Die Arbeiterinnen und Arbeiter verhinderten landesweit, dass Züge fuhren, indem sie Bananenblätter über die Oberleitungen warfen. Sie stoppten Busse, besetzten Kreuzungen und setzten sich militant gegen die Angriffe der Polizei zu Wehr. Es gab viele Hunderte Verhaftungen.

Die Forderungen lauteten Verhinderung der geplanten Gesetzgebung, die den Kündigungsschutz für Arbeiterinnen und Arbeiter in Fabriken mit weniger als 300 Beschäftigten abschaffen will. Nur 14 % der Fabriken in Indien beschäftigen mehr als 300 Arbeiter und Arbeiterinnen. Dazu fordern sie Mindestlohn und Mindestrente für alle Beschäftigten und Begrenzung der Leiharbeit auf 12 Monate.

Die Medien schwiegen den Streik überwiegend tot. Die Kapitalisten versuchten sofort die Streikbewegung zu unterdrücken. Sie drohten mit Entlassungen. In einer Klimagerätefabrik in Rajasthan wurden z. B. 12 Arbeiter und Arbeiterinnen verhaftet. Es wird ihnen versuchter Mord vorgeworfen. Dies ist eine brutale Methode mit der versucht wird, die Arbeiterinnen und Arbeiter einzuschüchtem. Erst vor kurzem wurden 13 Arbeiter und Arbeiterinnen der Maruti Suzuki Autofabrik zu lebenslangen Haftstrafen mit einer fingierten Mordanklage verurteilt, weil sie 2011/2012 gegen schlechte Arbeitsbedingungen streikten.

Bangladesch

Am 6.1. 2019 begann in Bangladesch der Streik der Textilarbeiterinnen und - arbeiter. Bis zum 12.1.2019 wurden bereits 100 Textilfabriken bestreikt, in 50 kam die Produktion vollständig zum Erliegen. An den Streiks nahmen über 50.000 Arbeiterinnen und Arbeiter teil, meist Frauen. Sie streiken für einen höheren Mindestlohn. Zur Zeit beträgt dieser ein Euro pro Stunde.

Die Polizei geht massiv gegen die Streikenden vor und setzt Tränengas und Gummigeschosse ein. Es wurde eine Demonstrantin von der Polizei ermordet. Es gab mindestens 50 Verletzte und Verhaftungen, als 10.000 Streikende die Straßen und Highways von Dhaka sperrten.

Am 13.1.2019 erhöhte die Regierung zwar nicht den Mindestlohn, aber die Löhne der Arbeiterinnen und Arbeiter mit einschlägiger Berufserfahrung. Die Mehrheit der Streikenden hat daraufhin den Streik beendet. Mindestens 750 Arbeiterinnen und Arbeiter wurden wegen ihrer Teilnahme am Streik entlassen.

Kambodscha

7000 Textilarbeiterinnen und Textilarbeiter in Kambodscha streikten von Ende 2018 bis zum 5.1.2019 für bessere Arbeitsbedingungen, gegen ungerechtfertigte Entlassungen, für bezahlten Mutterschaftsurlaub und für das Recht, eine Gewerkschaft zu bilden. Der Streik war erfolgreich.

Mexiko

In Matamoros (Mexiko) streiken 70.000 Arbeiter und Arbeiterinnen. Die Produktion in vielen Autofabriken, der sogenannten Maquiladora-Fabriken in der Region steht seit dem 14.1. still. Die Arbeitenden haben sich eine eigene Streikleitung gewählt und unter Umgehung der bürokratischen Gewerkschaftsführung auch die Arbeiter und Arbeiterinnen anderer Fabriken zum Streik aufgerufen. Sie nutzen dazu die sozialen Medien, denn ihr Streik wurde weitgehend totgeschwiegen. Die Forderungen lauten 20 % höhere Löhne und Abschaffung der Gewerkschaftsbeiträge. Der Großteil der Arbeitenden erhält lediglich 9 Dollar pro Tag. Davon haben sie ca. 4 % als Gewerkschaftsbeitrag abzuführen. Es schlossen sich 45 Betriebe in der Region dem Streik an. Dies ist nahezu die Hälfte der dort ansässigen Betriebe. Der Streik wurde von der Regierung für illegal erklärt. Die Kapitalisten drohen mit der Schließung der Werke.

Zimbabwe

Am 16.1. traten Beschäftigte in Zimbabwe in einen dreitägigen Generalstreik. Auslöser waren die um 150 % gestiegenen Benzinpreise. Zuvor hatten bereits Ärzte und Ärztinnen, gefolgt von Lehrer und Lehrerinnen einen Streik am 9.1. begonnen. Sie streiken für höhere Löhne, und für die Bezahlung in US Dollar. Ihre Löhne reichen nicht mehr aus, um die Lebensmitttelpreise zu zahlen. Die streikenden Lehrenden hatten vorübergehend den zuständigen Gewerkschaftsverband verlassen, weil er ihren Streik nicht unterstützte. Nachdem der Gewerkschaftsbund die Führung ausgetauscht hatte, sind die Streikenden aber wieder beigetreten.

Wie viele sich dem Generalstreik angeschlossen haben, ist leider nicht bekannt, die Presse berichtet über Zehntausende. Bereits am ersten Tag wurden 5 Streikende bei Kämpfen von der Polizei ermordet, 200 wurden verhaftet.

China

In China, wo nunmehr seit mehr als vier Jahrzehnten kapitalistische Ausbeutungsverhältnisse herrschen, gibt es immer wieder Streiks gegen Ausbeutung und Unterdrückung in den Betrieben, und dies in einem hier kaum bekannten Ausmaß.

So führt die Belegschaft des Jasic-Unternehmens aktuell einen Kampf um ihr Recht auf eigenständige gewerkschaftliche Organisierung. Besonders hervorzuheben ist hier die direkte Unterstützung durch linke, sich auf Mao Tse-tung beziehende Kräfte an der Universität in Peking, die sich dort in einer Organisation mit Namen Marx-Gesellschaft organisiert haben. Deren Sekretär wurde am 26. Dezember 2018, dem 125. Geburtstag Mao Tse-tungs, festgenommen, als er auf dem Weg zu einer Gedenkveranstaltung aus Anlass dieses Jahrestags war. Diese Unterdrückungsmaßnahme steht in einer Reihe mit anderen staatlichen Repressionen gegen die linken, sich auf Mao Tse-tung beziehenden Studierenden, seitdem diese sich aktiv mit den Arbeiterinnen und Arbeitern von Jasic solidarisierten. Ende Dezember 2018 organisierten Studierende der Marx-Gesellschaft an der Universität einen öffentlichen Protest gegen die Festnahme und die Verhinderung der Gedenkveranstaltung sowie gegen die behördliche Repression der mit der Jasic-Belegschaft solidarischen linken Studierenden.

Ungarn

Mehr als 10.000 Arbeiterinnen und Arbeiter im Audi-Motorenwerk Györ streikten ab dem 24. Januar 2019 über eine Woche lang erfolgreich gegen das undurchsichtige Lohnsystem sowie für durchschnittlich 18 Prozent höhere Löhne, mindestens aber rund 236 Euro mehr. Aufgrund des Streiks musste auch in den Audi-Werken in Ingolstadt und Neckarsulm die Produktion eingestellt werden. Im Porsche-Werk in Leipzig mussten Schichten abgesagt werden. Auch in den Zulieferbetrieben rund um das Audi-Motorenwerk in Györ kam die Produktion zum Stillstand.

Der Streik bei Audi in Györ folgte auf Massenproteste in Ungarn gegen ein Gesetz, das eine enorme Ausdehnung der Überstunden in Ungarn vorsieht. Die Betriebe können ihre Beschäftigten künftig zu bis zu 400 Überstunden pro Jahr verpflichten. Diese sind nicht mehr innerhalb eines Jahres, sondern nur noch innerhalb von drei Jahren auszugleichen. Das Gesetz ermöglicht faktisch die verdeckte Einführung der Sechstagewoche. Das liegt gerade auch im Interesse deutscher Konzerne. Daher wird dieses zuweilen auch als „Lex Audi“ oder „Lex Mercedes“ bezeichnet wird (Mercedes hat ebenfalls Werke in Ungarn).

Quelle: labournet.de

Faschistischer Überfall auf die „Gelbwesten“-Demonstration am 26.1.2019 in Paris

Am Samstag, den 26.1.2019 haben Dutzende Angehörige der faschistischen Gruppierung „les Zouaves“ in Paris einen linken Block der „Gelbwesten“ angegriffen. Sie attackierten diesen Block mit einem Steinhagel, sprengten ihn damit auseinander und verletzten mehrere Teilnehmenden. Bereits eine Woche zuvor hatten Faschisten in Lyon einen Block der „Gelbwesten“ angegriffen. In Toulouse haben antifaschistische Militante Morddrohungen erhalten.
Aufgrund dieser Vorfälle haben linke, antifaschistische und gewerkschaftliche Kräfte, die sich an den "Gelbwesten"-Protesten beteiligen, umso mehr die Notwendigkeit betont, keinerlei Auftreten und Beteiligung faschistischer Kräfte an den Gelbwesten-Protesten zu dulden. So heißt es in einer Erklärung der unabhängigen Gewerkschaft SUD Solidaire nach dem 26.1.2019:

> **„Die Anwesenheit der äußersten Rechten seit dem ersten Auftreten der Gelbwesten, die Aggressionen und Einschüchterungsversuche gegen die antifaschistischen und antirassistischen Militanten dürfen nicht bagatellisiert werden. Der Gegenschlag und die Verteidigung gegenüber diesen Machenschaften müssen gemeinsames Anliegen aller fortschrittlichen sozialen Bewegungen sein und geschlossen und ohne zurückweichen erfolgen.“** (sudptt.org)

ris mit mehreren Tausend Beteiligten organisiert. Diese Kräfte haben Antirassismus und Antifaschismus in den Mittelpunkt ihrer Demonstration gestellt und militant stundenlang auch auf der Champs Elysee, der Prachtstraße von Paris, die brutalen Angriffe der Polizeikräfte zum Teil erfolgreich bekämpft und zurückgeschlagen.

- Ab dem 3.12.2018 entwickelte sich eine Schüler- und Studentenbewegung, die sich vor allem auch gegen die verschärfte rassistische Ausgrenzungspolitik gegenüber „Nichteuropäern“ durch eine Versiebenfachung der Schulgebühren für diese Gruppe richtete. Über 180 Schulen und Universitäten wurden blockiert und teilweise besetzt.

- Am 22.12.2018 vertrieben in Lyon eine große Anzahl antifaschistischer Kräfte mit Sprechchören wie „Keine Faschisten in unseren Demonstrationen!“ eine Gruppe von Faschisten aus einer Demonstration.

Stärken und Schwächen der Protestbewegung

Diese Protestbewegung hat in mancherlei Hinsicht den Umfang einer Revolte angenommen und ist bereit, sich gegen den französischen Staat auch militant zu wehren.

Diese Bewegung orientiert sich noch, diskutiert vor allem auch über möglichst erfolgreiche Aktionsformen, kämpft für Kontinuität und Weiterentwicklung angesichts der Fülle von Spaltungsmanövern durch die herrschende Klasse und den Polizei-Terror.

Zu den Stärken dieser Protestbewegung gehört alles, was sich gegen den französischen Nationalismus und Rassismus richtet. Zu den Schwächen der Protestbewegung gehört ohne Zweifel, alles, was den Kampf zur Vertreibung der Rassisten und Nationalisten verhindern will oder die Notwendigkeit der Bekämpfung auch nur bagatellisiert. Wir teilen ganz und gar die Einschätzung der Genossinnen und Genossen aus Frankreich, dass dieser Kampf erstrangig ist. Deren Informationen können hauptsächlich über elektronische Medien weltweit verfolgt werden (Die Homepage crimethinc.com bzw. crimethinc.blogsport.de bieten Informationen auf Deutsch und auf Englisch an. Auf labournet.de sind Informationen auf Deutsch und Französisch zu finden).

Unsere Aufgaben der Solidarität

Es besteht kein Zweifel, dass diese Protestbewegung (noch) nicht den Sturz des kapitalistischen Systems zielklar fordert, kein Programm der roten Fahnen zur Zerschlagung des französischen Staatsapparates und zur Niederhaltung der Konterrevolution hat. Es kann und wird sich zeigen, ob und in welche Richtung es der herrschenden Klasse gelingt, in diese Protestbewegung einzugreifen, um die Protestierenden zu demoralisieren und zu desorientieren.

Unsere ganze Solidarität gilt ohne Einschränkung den demokratischen und revolutionären Kräften in Frankreich. Es ist unsere Aufgabe, uns vor Ort in Frankreich zu informieren und Aktivistinnen und Aktivisten des Widerstands in Frankreich Gelegenheit zu geben, in Deutschland über die Kämpfe zu berichten: über den Polizeiterror, das Ausmaß der Kämpfe, die Methoden und Taktik der Kämpfenden und deren Probleme und Schwierigkeiten und wie dagegen angekämpft wird.

Es ist eine wichtige Aufgabe der internationalen Solidarität, dass in Deutschland und in allen Ländern der Welt gerechte Kämpfe, wo auch immer und mit welchen Schwierigkeiten verbunden, tatkräftig unterstützt werden. Die Kämpfe in Frankreich sind aktuell ohne Frage der wichtigste Widerstand gegen die Politik der Kapitalistenklasse innerhalb Europas .Diese Kämpfe sind von kaum zu überschätzender Bedeutung für die weitere Entwicklung des Kampfes gegen Ausbeutung und Unterdrückung in Frankreich einerseits und in anderen benachbarten Ländern und weiteren Ländern Europas andererseits.

Das Fehlen gut vernetzter und inhaltlich klarer kommunistischer Kräfte, die in der Lage sind, aktiv in solche Protestbewegungen und Revolten einzugreifen, ist ein weltweites Problem. Es zu ändern, ist eine der wichtigsten Aufgaben und Lehren aus allen aktuellen Kämpfen gegen Ausbeutung und Unterdrückung weltweit.

6.2.2019

Drucker, Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: W. Schulze, Osnabrücker Str. 26, 10589 Berlin ISSN 0948/5090
www.gegendiestroemung.org *Die Nutzung unserer Homepage sollte gut überlegt erfolgen, da jeder Zugriff staatlich registriert wird*

Proletarierinnen/Proletarier aller Länder, vereinigt euch!

GEGEN DIE STRÖMUNG

Organ für den Aufbau der Revolutionären Kommunistischen Partei Deutschlands

3/2019 März 2019

Der 8. März - Kampftag der Frauen auf der ganzen Welt gegen Ausbeutung, Diskriminierung und Unterdrückung!

Seit über 100 Jahren setzen sich vor allem die Frauen der sozialistischen und kommunistischen, der demokratisch-revolutionären Bewegung auf der ganzen Welt dafür ein, in allen Ländern der Welt an einem gesonderten Tag ein Kampftag zu initiieren und durchzuführen. Das Auf und Ab der Geschichte dieses Tages ist verbunden mit den großen Veränderungen und auch den unterschiedlichen Situationen in den einzelnen Ländern. Worum geht es dabei?

Die Unterdrückung der Frauen hat eine Geschichte, die unmittelbar mit der Geschichte der Entstehung von Privateigentum, Staat und Familie zusammenhängt und bis in die Entstehung der ersten Klassengesellschaft, bis in die Sklavenhalterzeit zurückreicht. Erst mit der Entwicklung des Kapitalismus und der Ideologie der angeblichen Gleichheit aller Menschen wurde weltweit bewusst, dass es mit dieser Gleichberechtigung der Menschen nicht sehr weit her ist, weder vom Recht her und noch weniger von der Realität her.

Gerade auch die Frauen waren und sind – nicht nur in ökonomisch nichtimperialistischen Ländern, sondern gerade auch in den ökonomisch hochentwickelten imperialistischen Ländern, – keinesfalls wirklich real gleichberechtigt. Sie werden nach wie vor in besonderer Weise ausgebeutet, diskriminiert und unterdrückt.

Zur Geschichte des internationalen Kampftags der Frauen

Die Geschichte des internationalen Kampftages der Frauen begann zunächst als Kampf für das bürgerliche Wahlrecht der Frauen in den sich langsam entwickelnden bürgerlich-demokratischen Staaten Westeuropas und den USA.

1910 wurde auf der zweiten internationalen sozialistischen Frauenkonferenz in Kopenhagen auch auf Initiative der deutschen Kommunistin Clara Zetkin (damals noch Mitglied der SPD) der Beschluss gefasst:

„Im Einvernehmen mit den klassenbewussten politischen und gewerkschaftlichen Organisationen des Proletariats in ihrem Lande veranstalten die sozialistischen Frauen aller Länder jedes Jahr einen Frauentag .... Der Frauentag muss einen internationalen Charakter tragen.“

Bereits damals wurde der März aus zwei Gründen als Datum für die Durchführung dieses Tages ins Auge gefasst:

Zum einen hatte die Pariser Kommune 1871, an deren Erkämpfung und Verteidigung gerade auch proletarische Frauen einen großen Anteil hatten, im März 1871 begonnen.

Zum anderen war der März auch der Monat der gefallenen Kämpferinnen und Kämpfer der Märzrevolution 1848. Durch beide Hinweise auf den Monat März war also klar, dass der internationale Frauentag einen kämpferischen und revolutionären Charakter haben sollte. Aber warum wurde wenig später gerade der 8. März festgelegt?

Hier können mehrere Aspekte genannt werden: Am 8. März 1857 fand in New York ein erster Textilarbeiterinnenstreik statt. Wichtiger noch war am 8. März 1908 der Streik der Textilarbeiterinnen in der New Yorker Fabrik Cotton. Um die streikenden Textilarbeiterin zu isolieren wurden sie in der Fabrik eingeschlossen. Ein Feuer brach aus oder wurde gelegt.129 kämpfende und streikende Frauen starben an diesem Tag. 1909 fand in den USA der erste große landesweite Kampftag der Frauen statt.

Der Kampf der Frauen im zaristischen Russland

Der 8. März im Jahre 1917 war ein besonderer Tag in Russland, genauer in Petersburg, dem späteren Leningrad. An diesem Tag streikten Arbeiterinnen, unterstützt von den Ehefrauen von Soldaten. Und es gingen auch erstmals Bäuerinnen mit ihnen gemeinsam auf die Straße. Dies war ein nicht unwesentlicher Teil des Kampfes, der insgesamt mit dem Begriff „Februarrevolution“ bezeichnet wird und zum Sturz des Zarismus führte.

Nach dem Sieg der Oktoberrevolution beschloss dann die internationale Konferenz kommunistischer Frauen 1921 in Moskau, dass der 8. März zum Internationalen Frauentag erklärt wurde.

Veränderte aktuelle Schwerpunkte des Kampfs

Es liegt auf der Hand, dass in unterschiedlichen Situationen unterschiedliche Probleme im Vordergrund des Kampfs stehen. Das war ab 1914 klar der Kampf gegen den imperialistischen Krieg in den kriegführenden Ländern mit dem Ziel der Beendigung des mörderischen Kriegs und sogar mit dem Ziel des Sturzes der „eigenen“ imperialistischen Staatsmacht. Daran beteiligte sich auch die antimilitaristische und revolutionäre Frauenbewegung.

Dort wo sich wie etwa im November 1918 in Deutschland revolutionäre Bewegungen entwickelten und Revolutionen stattfanden, war es eine wesentliche damals jedoch wenig erfolgreiche Forderung, dass die revolutionären Frauen am bewaffneten Kampf teilnehmen konnten. Dies war nur möglich im Kampf gegen männlich-chauvinistische Vorurteile. Gerade in diesen Zeiten wurde klar, dass der Kampf gegen die Diskriminierung der Frauen auch ein Kampf innerhalb der sozialen und revolutionären Bewegungen ist.

Erfolge in dieser Hinsicht zeigen sich heute wohl am deutlichsten an der Teilnahme der revolutionären kurdischen Frauen und der revolutionären Frauen in Indien am bewaffneten Kampf.

Die bürgerliche Familie: Erniedrigung, Diskriminierung, Unterdrückung und Ausbeutung der Frauen

Bereits im Manifest der Kommunistischen Partei von 1848 hatten Karl Marx und Friedrich Engels auf die primitiven Angriffe der antikommunistischen Reaktionäre geantwortet. Diese behaupteten, das Ziel der Kommunistischen Partei sei die Vergesellschaftung der Frauen für alle Männer. Mit scharfen Worten geißelten Marx und Engels die Frauenunterdrückung in der bürgerlichen Gesellschaft.

Marx und Engels prangern an, dass die bürgerliche Moral im höchsten Maße verlogen und lächerlich ist. Denn es ist so, dass den bürgerlichen Herren die Frauen und Töchter des Proletariats „zur Verfügung stehen“, dass sie die offizielle Prostitution nutzen und zudem entgegen all ihren hochmoralischen Ansprüchen auch noch die Frauen anderer Bourgeois nach Möglichkeit „verführen“. Marx und Engels erklären weiter:

„Der Bourgeois sieht in seiner Frau ein bloßes Produktionsinstrument.“

(Karl Marx / Friedrich Engels: Manifest der Kommunistischen Partei, 1848, Marx Engels Werke Band 4, S. 478)

Klar ist also von Anfang an in der kommunistischen Programmatik enthalten, dass der Kampf gegen sexuelle Erniedrigung und Ausbeutung ein Kernpunkt kommunistischer Positionen ist.

Der Kampf gegen Frauenunterdrückung und für die Vernichtung des Kapitalismus

Die Besonderheit kommunistischer Positionen zum Kampf der Frauen gegen Diskriminierung und Unterdrückung, ist, dass – wie in anderen Teilkämpfen auch – eine ganze Reihe von berechtigten Forderung durchaus mit den Grundlagen des Kapitalismus, mit Privatbesitz an Produktionsmitteln und der Ausbeutung des Proletariats in der Produktion, vereinbar sind. Daher war es möglich, dass Frauen aus verschiedenen Klassen und Schichten gemeinsam etwa für die Einführung des Wahlrechts für Frauen kämpften. Und daher ist es möglich, dass auch gegen öffentliche Diskriminierung, staatliche Maßnahmen, die immer noch Benachteiligung von Frauen enthalten, die Absurdität des ungleichen Lohns für gleiche Arbeit, aber auch der Kampf gegen die Vergewaltigung in der Familie und die Sexualverbrechen überhaupt im großen Maßstab Themen sind, die nicht nur die proletarischen Frauen betreffen, sondern Möglichkeiten und Notwendigkeiten von wichtigen Bündnissen beinhalten.

So ist die Liste der berechtigten Forderungen und der durch unterschiedliche Situationen bedingten Kampfziele der proletarischen Frauen und der Frauenbewegung überhaupt in der ganzen Welt durchaus nicht kurz und oft genug auch recht unterschiedlich.

In allen Tageskämpfen, in allen demokratischen Kämpfen überhaupt, gibt es ein zentrales Problem. Selbstverständlich ist es ein berechtigtes Kampfziel, dass Frauen in einem Land genauso behandelt werden wie Männer, dass sie gleichen Lohn für gleiche Arbeit erhalten. Das wäre innerhalb des kapitalistischen Systems ökonomisch durchaus realisierbar.

Politisch und ideologisch ist die Diffamierung der Frauen der proletarischen Klasse und der Erniedrigung von Frauen überhaupt ein wichtiges Mittel in der Politik der herrschenden Klasse, um ein „Spalte und Herrsche" durchzuführen.

Zudem sind Vorurteile und die Diskriminierung gegen Frauen sehr tief und breit, – verstärkt früher durch Religion, heute vor allem durch Massenmedien – in breiten Teilen der werktätigen Bevölkerung vorhanden. Dies ist sehr direkt so beim männlichen Teil der Bevölkerung, indirekt auch oft genug beim weiblichen Teil der Bevölkerung.

Das Ziel der Gleichberechtigung der proletarischen Frau enthält im Kapitalismus wie alle Forderungen, die im Kapitalismus erfüllt werden können, tiefer durchdacht das Problem, dass letztlich gefordert wird: Wir wollen nicht mehr so stark ausgebeutet werden, sondern genauso ausgebeutet und unterdrückt werden wie die Männer der proletarischen Klasse. Das klingt zynisch, ist aber das Problem, wenn in der bürgerlichen Frauenbewegung eine Verherrlichung des Kapitalismus und die Stärkung des Reformismus nicht bekämpft werden.

Denn es ist klar, wer Ausbeutung und Unterdrückung erfährt, in welchem Ausmaß auch immer, will völlig berechtigt Ausbeutung und Unterdrückung mildern. Aber im Kern geht es darum, Ausbeutung und Unterdrückung ganz abzuschaffen, die imperialistischen Kriege, den Imperialismus, die kapitalistische Ausbeutung in der Produktion radikal zu vernichten, damit Ausbeutung nicht mehr stattfindet.

Auch nach einem Sieg der sozialistischen Revolution, in der die Ausbeutung und Unterdrückung des Proletariats abgeschafft werden, wird die jahrhundertelange, ja jahrtausendlange Diskriminierung der Frau immer noch ein Faktor sein, der von erheblicher Bedeutung ist, um nicht nur formaljuristisch gleichberechtigt zu sein, sondern vollständig im ganzen Leben.

Doppelte Ausbeutung der proletarischen Frauen

Es ist ein nicht zu unterschätzender Faktor, dass für die Reproduktion der Arbeitskraft (und die Herstellung der Arbeitskraft der nachwachsenden Generation) der proletarischen Klasse eben der Haushalt nötig ist. Und hier stellt oft im Kapitalismus die proletarische Frau als „Doppelbelastung", als doppelte Ausbeutung noch einmal zusätzlich für das Kapital und den Kapitalismus kostenlos sicher, dass „die Familie“ funktioniert, „dass alles funktioniert“, damit der Kapitalismus funktioniert.

Auch das klingt zynisch, weil es eine objektive Funktion beschreibt. Subjektiv ist der Kampf für das Wohlergehen selbstredend nicht automatisch mit dem Ziel verbunden, dass der Kapitalismus funktioniert, sondern dass es einem einigermaßen erträglich geht.

Nichtsdestotrotz, die objektive Funktion der Doppelbelastung vieler Frauen in der proletarischen Familie ist und bleibt das Funktionieren des Kapitalismus. Jeder oder jede, die in den Fabriken arbeiten, um den Lebensunterhalt zu verdienen, dienen auch dem Funktionieren des Kapitalismus. Es wird für die Klasse der Kapitalisten Mehrwert produziert und es werden zudem Waffen für den kapitalistischen Staat hergestellt. Die Ausbeutung und Unterdrückung in der Fabrik wird dadurch zementiert. Das ist tagtäglich so.

***

Es ist wichtig, sich bewusst zu machen: Bei allen notwendigen und richtigen Kämpfen gegen Teilaspekte von Ausbeutung und Unterdrückung kommt es dennoch im Kern darauf an, Ausbeutung Unterdrückung insgesamt – also auch jegliche Diskriminierung von Frauen – zu bekämpfen und nach Möglichkeit alles zu unterstützen, was zur Vernichtung des Kapitalismus dient, eines Systems von Ausbeutung, Unterdrückung, von Diskriminierung, Beleidigung und Erniedrigung.

Das ist der Kern des Kampftags der proletarischen Frauen am 8. März seit spätestens 1921 in der ganzen Welt.

Drucker, Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: W. Schulze, Osnabrücker Str. 26, 10589 Berlin ISSN 0948/5090
https://gegendiestroemung.net *Die Nutzung unserer Homepage sollte gut überlegt erfolgen, da jeder Zugriff staatlich registriert wird*

Proletarierinnen/Proletarier aller Länder, vereinigt euch!

GEGEN DIE STRÖMUNG

Organ für den Aufbau der Revolutionären Kommunistischen Partei Deutschlands

4/2019 April 2019

Die Widersprüche zwischen den imperialistischen Großmächten verschärfen sich:

Donald Trump und der deutsche Nationalismus!

Der Kampf zwischen den imperialistischen Großmächten um Profite, um Einflusssphären und um militärische Präsenz verschärft sich weltweit. Wesentlich offener als früher kämpfen europäische Staaten untereinander, spitzen sich die Konflikte zwischen der USA und den einzelnen europäischen Ländern zu. Und anders als in den letzten zehn Jahren geht auch das militärische Säbelrasseln zwischen den USA und Russland in eine neue Runde.

Diese Zuspitzung zeigt sich auch darin, dass sich die Wortwahl und die Tonlage zwischen den früher angeblich so befreundeten Großmächten verschärft hat. Das Wort vom Handelskrieg wird insbesondere im Kampf um Zölle zwischen den USA und China, zwischen den USA sowie Deutschland und anderen Staaten Westeuropas immer häufiger auch in den Medien in Deutschland verwendet. Die Bevölkerung in Deutschland wird eingestimmt auf eine Zuspitzung aller Widersprüche, wobei klar ist, dass es angeblich eine einzige unschuldige Macht gibt: das unschuldige Deutschland.

Zur Methode der „Entlarvung“ der Verbrechen imperialistischer Konkurrenten

Um das Märchen vom „unschuldigen Deutschland“ besser verkaufen zu können, wird immer häufiger auf eine alte bewährte reaktionäre Methode zurückgegriffen, die, gerade auch im imperialistischen Deutschland eine lange Geschichte hat. So wurden schon Anfang des 20. Jahrhunderts die „Gräuel“ in den englischen Kolonien in Afrika immer und immer wieder „entlarvt“, während der deutsche Imperialismus ab 1904 einen Genozid gegen die Herero und Nama in der deutschen Kolonie „Deutschsüdwestafrika“ (das heutige Namibia) durchführte und dabei ca. 80.000 Menschen ermordete. Während des Ersten Weltkriegs wurde immer und immer wieder auf die „zaristischen Gräuel“ oder die „englischen Kriegsverbrechen“ verwiesen, während der deutsche Imperialismus zur selben Zeit Massenmordverbrechen auch mit Giftgas durchführte. Bei dieser „Entlarvung“ verwies der deutsche Imperialismus in Einzelheiten durchaus richtig auch auf wirkliche Verbrechen anderer imperialistischer Länder sowie auch die anderen imperialistischen Großmächte wirkliche Verbrechen des deutschen Imperialismus benannten. Das zeigt: Wenn zwei Verbrecher sich streiten, kommt eben doch manchmal die Wahrheit raus.

Das Ziel dieser Kampagnen war es, von den eigenen Verbrechen abzulenken und diese zu vertuschen, um sich selbst im Gegensatz zu ihren imperialistischen Konkurrenten als „menschenfreundlich“, als „im Recht“ hinzustellen. Es war ein Mittel, um die „eigene“ Bevölkerung gegen die Konkurrenten aufzuhetzen und an sich zu binden sowie den eigenen Einfluss bei großen Teilen der Bevölkerung in den Einflusssphären der imperialistischen Konkurrenten zu steigern.

Zur aktuellen Mobilisierung des deutschen Nationalismus gegen die USA

An erster Stelle bei der heutigen Mobilmachung des deutschen Imperialismus steht zumindest aktuell die USA. Diese Mobilmachung wird geschickt auf Donald Trump konzentriert. Er wird zum verrückten Monarchen hochstilisiert. Trump gibt nicht nur ständig frauenfeindlich-sexistische und offen rassistische Bemerkungen und Reden zum Besten, er hofiert nicht nur die Nazibewegung in den USA, sondern er hat auch einen neuen Politikstil der sog. „Unberechenbarkeit“ eingeführt. Dies ähnelt eher den Erscheinungsformen eines Pokerspielers als eines imperialistischen Diplomaten. Ohne jegliche Skrupel benutzt er auch im privaten Bereich für alle sichtbar, Lügen, Meineid und ähnliches.

Und er spricht offen aus, was die Politik aller imperialistischen Großmächte ist: das eigene Land zuerst! So bekämpften die USA die deutsche Automobilindustrie, die Konkurrenz der chinesischen Warenexporte, prangerten Zölle gegen us-amerikanische Waren an und verhängten selbst Zölle.

Wie in einer Fernsehserie bedient Trump immer aufs Neue Medien mit irgendwelchen Skandalen und ist dadurch so oder so in aller Munde. Er erleichtert es in Deutschland, den deutschen Nationalismus zu verstecken. Denn egal wie und wo, privat oder politisch, wer sich gegen diese Politikerfigur stellt, sei es im Karneval oder in der Talkshow, der ist immer auf der „richtigen Seite“, hat die Lacher und Claqueure immer auf seiner Seite. Und in der Tat, die leidgeprüfte arbeitende und ausgebeutete Bevölkerung in der USA ist wahrlich nicht um diesen Präsidenten zu beneiden – auch wenn es eine klammheimliche Freude auslöst, wenn der US-amerikanische Imperialismus die verbrecherische Tätigkeit der deutschen Automobilindustrie zum Anlass nimmt, seinen Konkurrenten mit hohen Strafen zu belegen.

Aber darum geht es den deutschen Propagandisten gegen Donald Trump gar nicht. In der Tat ist es richtig, den Kampf in der USA gegen alle antidemokratischen, ras-

Gipfel der Heuchelei: Gegen die Grenzmauer zu Mexiko – Für Frontex !

Die von Donald Trump gegen die Refugees aus Mexiko geplante Mauer an der mexikanischen Grenze ist Dauerthema in bürgerlichen Medien in Deutschland und wird als „unmenschlich“ bezeichnet. Das ist zwar sicherlich zutreffend, aber nichts als Heuchelei.

Denn es wird das mörderische Programm des deutschen Staats gegen Refugees dabei nicht erwähnt, beschönigt oder sogar verteidigt, wie z.B. die sog. „Sicherung der europäischen Außengrenzen“. Das ist ein regelrechter Krieg gegen Flüchtlinge mithilfe der sog. „Grenzschutzagentur Frontex“, die unter führender Beteiligung Deutschlands aufgebaut wurde, mit bisher weit über 30.000 ertrunkenen Flüchtlingen, die damit bewusst und planmäßig im Mittelmeer in den Tod getrieben wurden.

sistischen, sexistischen und imperialistischen politischen Taten und die solche Handlungen legitimierende Ideologie zu unterstützen.

Den bürgerlichen Medien und Politikern in Deutschland geht es vielmehr um die Ideologie des deutschen Nationalismus. Sie nutzen die in Einzelheiten berechtigte Kritik an Donald Trump, um sich an ihm die Schuhe abzuputzen und Deutschland, „die Deutschen“ selbst als großartig demokratisch und absolut integer darzustellen. Das ist – wie gezeigt – an sich nichts Neues im imperialistischen Politikbetrieb, aber Donald Trump bietet hierfür wirklich eine besonders geeignete Bühne.

Zwischenimperialistische Widersprüche am Beispiel Iran

Im Wesentlichen geht es um nichts Anderes als um zwischenimperialistische Widersprüche, also um einen Kampf um maximalen Profit, um den Kampf um Weltherrschaft zwischen den imperialistischen Großmächten. Das zeigt sich besonders deutlich am Konflikt um den Boykott des Iran. Nun, man muss schon extrem naiv sein, wenn man glaubt, dass es den USA beim Boykott des Iran auf irgendwelche moralischen oder politischen Prinzipien ankommt. Nichts davon ist wahr. Der amerikanische Boykott des Iran mit den nachfolgenden Schlägen gegen die verschiedenen europäischen Mächte – insbesondere auch gegen den deutschen Imperialismus –, die im Iran glänzende Profite erzielen, ist ein klassisches Beispiel dafür, dass es hinter all den Phrasen um nichts anders als um Kampf um Märkte, als ein Kampf um Einflussgebiete und Profit geht.

Zur Methode der Personalisierung der Politik

Es ist sicher nicht unwichtig, dass durch die Personalisierung der Politik einer imperialistischen Großmacht auf eine Person das interessierte Publikum dieser großen Show mehr oder minder direkt auch in den ganz falschen Gedankengang eingeführt wird, dass es doch die großen Männer sind, die richtige oder falsche Politik machen. Dass es in diesem Fall um falsche Politik geht, spielt für die angestrebte ganz falsche Personalisierung von Politik dabei erst einmal keine Rolle.

Ein durchaus gewollter Nebeneffekt der Konzentration des deutschen Nationalismus auf die Person von Donald Trump ist es zu verschleiern, dass hinter dem Handeln einzelner Personen, wie persönlich verquer sie auch daherkommen, politische und ökonomische Grundprobleme stehen, die die eigentliche Ursache der zwischenimperialistischen Rivalität darstellen: das imperialistische Weltsystem mit seinen Gesetzmäßigkeiten und die imperialistischen Staaten, die die Herrschaft des Kapitalismus sichern.

Dass die herrschende Klasse immer öfter merkwürdige Personen an die Spitze der politischen Schalthebel stellt, die sich trotz aller Unterstützung durch Medien in relativ kurzer Zeit als schlechte Schauspieler entpuppen und verbrauchen – denken wir in Deutschland an Figuren wie Scharping, Gabriel, Seehofer, Wagenknecht, Nahles oder auch den Tübinger Bürgermeister der „Grünen“-Partei – ist im Grunde unwesentlich. Entscheidend ist, dass die Politik der deutschen Imperialisten, was die militärische Aufrüstung der Bundeswehr und auch die polizeistaatliche Militarisierung im Inneren Deutschlands umfasst, mehr oder minder einheitlich von allen Berliner Parteien getarnt als angeblich berechtigter Kamp und vor allem auch mit Hilfe bürgerlicher Medien gegen die USA und andere imperialistische Großmächte verbreitet wird. Damit soll vergessen gemacht werden: Es ist die profitorientierte Ideologie und Politik des deutschen Imperialismus insgesamt, unabhängig von einzelnen Personen, die für die Gesamtlage in Deutschland verantwortlich ist.

Der Hauptfeind steht im „eigenen“ Land!

Angesichts all der vielfältigen Propaganda gegen die USA und Donald Trump, gegen Brexit und England, gegen Putin und Russland sei festgehalten – auch wenn es ganz und gar nichts Neues ist –, dass dahinter zwischenimperialistische Widersprüche stehen.

Der Hauptfeind steht im eigenen Land. Es ist der deutsche Imperialismus. Er muss vorrangig bekämpft werden ohne gleichzeitig die internationale Solidarität mit allen Ausgebeuteten und Unterdrückten auch nur eine Sekunde zurückzustellen.

Es wird in den nächsten Jahren wichtig sein, die deutsch-nationalistischen Manöver des deutschen Imperialismus, mit denen er seinen Masseneinfluss aufrechterhalten und ausbauen will, zu bekämpfen, zu enttarnen und zu widerlegen und die eigentlichen Ursachen von Ausbeutung und Unterdrückung weltweit und in Deutschland aufzuzeigen und anzugreifen. Es wird entscheidend sein, nicht dem verfluchten Antikommunismus nachzugeben, deutlich und klar nicht nur die politische Linie im Kampf gegen den deutschen Imperialismus zu verteidigen und zu begründen, sondern vor allem die Ziele des Kampfes für die sozialistische Revolution, des Kampfes weltweit für den Kommunismus den jeweiligen Möglichkeiten entsprechend zu propagieren.

Solidarität mit den Anti-Nazi Kräften in den USA!

Nachdem bekannt wurde, dass Donald Trump für die Wahl zum Präsidenten antrat und vor allem nach seinem Wahlsieg erstarkte die Nazi-Bewegung in den USA. Es bildeten sich hunderte neue Nazi-Gruppen. Immer häufiger kam es zu Nazi-Aufmärschen, zu Nazi-Angriffen gegen Minderheiten, bei denen bis heute dutzende von Menschen ermordet wurden, wie z.B. am 27.10.2018 in Pittsburgh bei einem Angriff eines Nazis auf eine Synagoge wobei dieser elf Menschen ermordete.

Gegen die erstarkende Nazi-Bewegung gründeten sich in vielen Städten der USA neue Anti-Nazi Organisationen und Gruppen, die den Kampf gegen die Nazis aufnehmen und sich mit bestehenden antifaschistischen und antirassistischen Gruppen und Organisationen zusammenschließen. Sie führen einen täglichen Kampf gegen Nazis in ihrer Stadt, ihrem Stadtviertel mit Aufklärung über Nazi-Kader und vor allem auch mit Kampfktionen gegen Nazi-Aufmärsche, die in der Regel von der Polizei geschützt werden. Drei landesweit bekannt gewordene Kämpfe sollen hier beispielhaft kurz geschildert werden:

- Am 26.6.2016 marschierten ein paar Dutzend Nazis am Capitol in Sacramento auf und wollten dort ihre Nazi-Propaganda verbreiten. Hunderte zum Teil mit Stöcken und Messern bewaffnete Antifas verjagten die Nazis militant. Die Nazis griffen ihrerseits Antifas mit Messern an und verletzten sieben davon zum Teil schwer. Anstatt die Nazis zu inhaftieren, gab es gegen viele Antifas Strafverfahren.

- Am 4.4.2017 vertrieben Anti-Nazi Kräfte den Nazi und Trump-Unterstützer M. Yiannopoulus vom Universitätscampus in Berkley (Kalifornien), der dort eine Nazi-Kungebung abhalten wollte. Tagelang hatten er und seine Nazis eine Pogromstimmung an der Universität gegen Minderheiten verbreitet. Durch massive militante Kämpfe wurden die Nazis vertrieben und mussten mit blutigen Köpfen abziehen.

- Am 12.8. 2017 marschierten tausende Nazis durch Charlottesville - von der Polizei geschützt - mit Knüppeln, Messern und zum Teil mit Schusswaffen bewaffnet und mit Hitler-Gruss und der Trump-Parole "Make America great again", um zu zeigen, dass die Nazi-Bewegung nach der Wahl Trumps zum Präsidenten "stärker denn je" sei. Tausende Anti-Nazi-Kräfte stellten sich den Nazis in den Weg, zum kleinen Teil auch mit Schusswaffen bewaffnet. Den ganzen Tag lang wurde militant gegen die Nazis gekämpft, um sie zu stoppen und zu verjagen. Diese konnten jedoch unter dem Schutz der Polizei ihren Marsch durchführen. Ein Nazi fuhr am Ende des Nazi-Aufmarsches mit seinem Auto in eine Gruppe von Antifas, ermordetet Heather Heyer und verletzte 19 weitere Demonstranten zum Teil schwer.

Drucker, Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: W. Schulze, Osnabrücker Str. 26, 10589 Berlin ISSN 0948/5090
https://gegendiestroemung.net *Die Nutzung unserer Homepage sollte gut überlegt erfolgen, da jeder Zugriff staatlich registriert wird*

Proletarierinnen/Proletarier aller Länder, vereinigt euch!

GEGEN DIE STRÖMUNG

Organ für den Aufbau der Revolutionären Kommunistischen Partei Deutschlands

5-6/2019 Mai/Juni 2019

Zu Marx Schrift gegen Judenfeindschaft von 1844 – Stärken und Probleme

Bereits 1844 kämpfte Marx gegen eine aufkommende pseudolinke Judenfeindschaft. Er verfasste einen Artikel gegen Bruno Bauers bösartige Schrift „Zur Judenfrage“. Schon Rosa Luxemburg stellte klar, dass das was als „Judenfrage“ benannt wurde „eine Frage des Rassenhasses als Symptom der gesellschaftlichen Reaktion ist.“ Wie Rosa Luxemburg sagte: Für die Marx Anhänger… existiert die Judenfrage nicht“, wie auch die „Frage der gelben Gefahr seitens der Chinesen nicht existiert.“ (November 1910)

Nach der Französischen Revolution 1789 und dem Wachsen der sozialistischen Bewegung in Frankreich wurde auch die deutsche Reaktion zunehmend nervös. Demokratische Kräfte rührten sich und es kam zum Aufstand der Weber 1844 im damaligen Schlesien.

In dieser Situation erschien im Pariser Exil eine Kampfschrift von Karl Marx zur Unterstützung der berechtigten Forderung nach Emanzipation der jüdischen Bevölkerung in Preußen und anderen deutschen Fürstentümern. Seine Thesen stellte Marx in Form einer Buchbesprechung vor. Der damals noch anerkannte Bruno Bauer wurde von ihm aufs Korn genommen. Bauer galt zunächst als „Linker“, war aber später ein extrem reaktionärer Judenfeind.

Diese Schrift von Karl Marx hat zu heftigen Debatten geführt. Aussagen von Marx wurden entstellt und existierende Schwächen des noch von Hegel und Feuerbach beeinflussten Karl Marx demagogisch ausgenutzt.

Um es gleich vorweg zu sagen: Das Grundproblem ist nicht die Solidarität von Karl Marx mit der jüdischen Bevölkerung, die unstrittig ist, sondern die Verwendung der damals üblichen Gleichsetzung von „jüdisch“ mit „ausbeuterisch“. Noch einmal Rosa Luxemburg, die auf den damaligen Zeitgeist eingeht und schrieb: „was gewöhnlich als Judentum bezeichnet“ wird, sei „eben nichts Anderes als der Schacher- und Betrügergeist, der in jeder Gesellschaft auftritt, in der Ausbeutung herrscht, ein Geist, der aufs Beste in der neuzeitlichen christlichen Gesellschaft blüht.“ (Ebenda)

I. Analyse des Textes

Der Text besteht wie schon erwähnt aus zwei Teilen, in denen sich Marx mit zwei Schriften Bauers auseinandersetzt:

„I. Bruno Bauer: ‚Die Judenfrage‘. Braunschweig 1843“ (Marx-Engels-Werke, Band 1, S. 347–370), der längere erste Teil, und

„II. ‚Die Fähigkeit der heutigen Juden und Christen, frei zu werden‘. Von Bruno Bauer.“ (Marx-Engels-Werke, Band 1, S. 371–377), der kürzere zweite Teil.

Nachfolgend wird eng an den Text angelehnt, durch Darstellung und Interpretation ein Beitrag zum Verständnis des Textes geleistet. Sicherlich, der Text von Marx ist schwierig.

Aber auch hier soll nicht übertrieben werden; weite Teile des Textes von Marx sind auch ohne Kenntnis des historischen Hintergrunds zu verstehen. Die Hauptargumente für die Gleichberechtigung der Juden im bürgerlichen Staat sind klar und können nicht missverstanden werden.

Anzeige

Autorenkollektiv
Zum Kampf von Karl Marx gegen Judenfeindschaft
Stärken und Probleme des Kampfs von Karl Marx für jüdische Emanzipation und gegen den Judenfeind Bruno Bauer (1844/45)

Diese Publikation ist der erste Band einer umfangreichen Analyse der verschiedenen Etappen des Kampfs der kommunistischen Kräfte gegen die Judenfeindschaft.

Schon vor Beginn der organisierten Bewegung der proletarischen Klasse im eigentlichen Sinne war der Begründer des wissenschaftlichen Kommunismus, Karl Marx, mit der antijüdischen Strömung seiner Zeit konfrontiert. Im ersten Teil dieser Publikation werden vor allem die Stärken, aber auch die Schwächen der Kritik von Karl Marx aus dem Jahr 1844 an antijüdischen Schriften von Bruno Bauer („Zur Judenfrage“) analysiert. Der zweite Teil vertieft in einzelnen Referaten und Diskussionsbeiträgen uns wesentlich erscheinende Zusammenhänge, um den Kampf von Karl Marx gegen Judenfeindschaft in dieser Zeitspanne besser zu verstehen.

200 Seiten, Offenbach 2013, 12 €
ISBN 978-3-932636-104-4

Zu bestellen bei:
Verlag Olga Benario und Herbert Baum,
Postfach 102051, 63020 Offenbach oder
www.verlag-benario-baum.de

1. Hauptgedanken

Die nachfolgend kurz referierten Hauptgedanken von Marx, die auch den Hauptteil des Textes ausmachen, sind eindeutig, klar und richtig.

Neben der historischen Klarstellung, dass in bürgerlichen Staaten die jüdische Bevölkerung bereits die Gleichberechtigung erhalten hatten, dass die Emanzipation der jüdischen Bevölkerung bereits im Kapitalismus nötig und möglich ist und nicht auf später verschoben werden darf, entwickelt Marx in seiner Schrift viel grundlegender den allgemeinen Gedanken, dass es richtig ist, für bürgerliche Rechte im bürgerlichen Staat zu kämpfen und dass diese auch errungen werden können. Marx macht aber auch klar, dass damit aber keinerlei Illusionen verbunden sein dürfen, denn die formale Gleichberechtigung ist noch lange nicht die wirkliche Emanzipation, die nur durch die Beseitigung des Kapitalismus erreicht werden kann. Dies ist ein Gedanke, den Marx und Engels wenige Jahre später programmatisch im „Manifest der Kommunistischen Partei“ (1848) und in der „Ansprache der Zentralbehörde an den Bund

vom März 1850“ weiterentwickelt und klar formuliert haben.

Für die Gleichberechtigung der jüdischen Bevölkerung im bürgerlichen Staat am Beispiel Frankreichs und Nordamerikas

In einem ersten Abschnitt referiert Marx, teils zusammenfassend, teils wörtlich zitierend, die Argumentation Bauers. (S. 347–350). Auf S. 350 beginnt die eigentliche Analyse. Marx wirft die zentrale Frage auf: „*Von welcher Art der Emanzipation* handelt es sich?“ (S. 350). Die theologische Ebene der Frage musste verlassen werden, um zur Frage der politischen Emanzipation überzugehen. Darüber muss diskutiert werden, die Realität ist entscheidend, „je nach dem Staate, in welchem der Jude sich befindet“ (S. 351). Marx unterschied (hier sehr wohl von der Realität ausgehend) die Lage in Deutschland von der in Frankreich und Nordamerika. Für Deutschland ist der Ausgangspunkt von Marx, dass dieser preußische Staat im bürgerlichen Sinne noch nicht einmal ein wirklicher politischer Staat sei, denn ein entwickelter bürgerlicher Staat betrachte die Religion als Privatsache. Hinsichtlich Frankreichs, wo nach der Französischen Revolution eigentlich die Gleichheit aller Menschen proklamiert worden ist, spricht Marx von der *„Halbheit der politischen Emanzipation“* (S. 351), da gesellschaftlich noch von einer *„Religion der Mehrheit“* (S. 351), also dem Christentum, ausgegangen wird. Daher spielten bei Entscheidungen des Staates noch Fragen der Religion eine Rolle, wie etwa die gesetzliche Festlegung des arbeitsfreien Tages am Sonntag.

Lediglich in Nordamerika sei die Religion wirklich Privatsache, obwohl die Religion in der Gesellschaft bei Weitem noch nicht überwunden sei. Aber es handele sich, so Marx, um einen entwickelten bürgerlichen Staat. Bei diesem führt die Trennung von Staat und Religion nun wirklich dazu, dass politische Fragen eben politisch und nicht theologisch behandelt werden.

„Politische Emanzipation“ bedeutet staatsbürgerliche Gleichberechtigung im Kapitalismus – „menschliche Emanzipation“ ist Kommunismus

Ab hier geht Marx von der Frage der Emanzipation und der politischen Emanzipation der Angehörigen der jüdischen Religion über zu einer dritten, tiefergehenden und übergeordneten Frage: Was ist eigentlich die Emanzipation der Menschen.

Marx entwickelt nun, was denn eigentlich das Wesensmerkmal des bürgerlichen Staates in dessen Selbstverständnis ist: Der bürgerliche Staat hebt „den Unterschied der *Geburt,* des *Standes,* der *Bildung,* der *Beschäftigung“* zwar nicht in der Wirklichkeit, wohl aber in Bezug auf die gleichen Rechte aller auf, um letztlich gerade dadurch die *„faktischen* Unterschiede“ nicht aufzuheben. (S. 354)

Es wird von Marx angeklagt, dass der Mensch „die andern Menschen als Mittel betrachtet, sich selbst zum Mittel herabwürdigt und zum Spielball fremder Mächte wird“ (S. 355). Diese „Entfremdung“, wie es in anderen Schriften von Marx aus dieser Zeitspanne heißt, könne nur durch die menschliche Emanzipation überwunden werden. Marx spricht also noch nicht von Klassenunterdrückung und Ausbeutung, nicht von der Mehrwertproduktion und dem ökonomischen Zwang, die eigene Arbeitskraft als Ware zu verkaufen. Er spricht nicht von der Aufhebung dieses Zustandes durch den Kommunismus, er spricht sozusagen in philosophischen Begriffen von der „menschlichen Emanzipation“.

Nachdem Marx diesen Gedanken, auf Hegel zurückgreifend, entwickelt hat, hält er kurz inne und fasst zusammen, was im Grunde der entscheidende Gegensatz zu Bruno Bauer ist. Für Marx ist klar:

> „Die *politische* Emanzipation ist allerdings ein großer Fortschritt, sie ist zwar nicht die letzte Form der menschlichen Emanzipation überhaupt, aber sie ist die letzte Form der menschlichen Emanzipation *innerhalb* der bisherigen Weltordnung.“ (S. 356)

Was bedeutet dieser Satz, wenn man ihn in die Sprache des wissenschaftlichen Kommunismus überträgt? „Innerhalb der bisherigen Weltordnung“, also innerhalb des Kapitalismus, ist die „letzte Form der menschlichen Emanzipation“ die volle politische und rechtliche Gleichberechtigung aller (hier: unabhängig von ihren religiösen oder nichtreligiösen Ansichten). Dort, wo es diese nicht gibt, kann und muss sie erkämpft werden, auch wenn die Gleichberechtigung nur eine begrenzte „politische Emanzipation“ beinhaltet und noch nicht die Abschaffung jeglicher Ausbeutung und Unterdrückung. Für Marx ist die volle politische und rechtliche Gleichberechtigung aller Bürger ohne Frage „ein großer Fortschritt“, auch wenn das Ziel des Kommunismus damit noch nicht erreicht ist.

Hier wird also die Grundposition, die Marx später der Sache nach als Unterscheidung zwischen bürgerlicher Revolution und proletarischer Revolution entwickelt, in noch abstrakter Form vorgestellt.

Politische Gleichberechtigung der jüdischen Bevölkerung ist schon im Kapitalismus notwendig und möglich und darf nicht auf den Kommunismus verschoben werden

Das Manöver Bauers ist offensichtlich und seine Position ist falsch. Er wehrt sich gegen die zunächst anstehende bürgerliche Emanzipation, die gegen das Mittelalter gerichtet und welthistorisch ein Fortschritt ist, mit dem Argument, dass es eben nur eine bürgerliche Emanzipation sei. Heute würde man sagen, er fordert alles oder nichts und landet bei nichts. Scheinbar kritisiert er „von links“, um seine Position populär zu gestalten. Unter dem Vorwand, dass nur die menschliche Emanzipation ein wirklicher Fortschritt sei, also mit radikalen Phrasen, will Bauer die Gleichberechtigung der Menschen verschiedener Religionen, speziell der jüdischen Menschen, im bürgerlichen Staat verhindern.

Nach dieser Klarstellung geht Marx noch einmal einen Schritt zurück und stellt die Frage, ob durch die Aufhebung der Religion die Menschen emanzipiert werden? Nein, die gegenteilige Reihenfolge ist nötig, antwortet er. Erst müssen sich die Menschen emanzipieren, dann wird die Religion „verdunsten“. Solange dies nur in der notwendigen, aber doch sehr begrenzten Form der Gleichberechtigung im bürgerlichen Staat geschieht, wie in Nordamerika, ist dies schon ein riesiger Fortschritt. Aber, so Marx, der Witz an der Sache sei, dass sich unter solchen Bedingungen die Religion in den verschiedensten Spielarten und Verrücktheiten „als Privatschrulle“ sogar noch verstärken kann. Der entscheidende Schritt zur nichtadministrativen Aufhebung der Religion sei daher die Negierung der Gesellschaftsordnung, die undurchsichtig, elend, unterdrückerisch und ausbeuterisch ist, also eine Aufhebung der Religion nicht im Sinne einer Anordnung, sondern im Sinne eines Prozesses des Verschwindens und des Überflüssigwerdens.

Die ganze Polemik von Marx gegen Bauer richtet sich, genauer betrachtet, gegen die faktisch von Bauer übernommene „Anschauung des christlich-germanischen Staats“ (S. 358). Das ist typisch deutsch, das ist engstirnig, das ist nicht nur theoretisch absurd, sondern – wie das Beispiel Nordamerika zeigt – auch praktisch Unsinn. Marx spielt nun auf den nächsten Seiten der Schrift ein wenig mit der Grundidee des Christentums, dass doch alle Menschen gleich seien,

was dann in Bauers christlichem Staat eben gerade nicht verwirklicht sei. In diesem Sinne kann es, so Marx mit Ironie, ja doch keinen christlichen Staat geben, wenn der Kern des Christentums sei, dass alle Menschen gleich seien. (S. 360 f.)

Dann spricht Marx Klartext:

> „Wir sagen also nicht mit Bauer den Juden: Ihr könnt nicht politisch emanzipiert werden, ohne euch radikal vom Judentum zu emanzipieren. Wir sagen ihnen vielmehr: Weil ihr politisch emanzipiert werden könnt, ohne euch vollständig und widerspruchslos vom Judentum loszusagen, darum ist die *politische Emanzipation* selbst nicht die *menschliche* Emanzipation.“ (S. 361)

Anders gesagt: Die Gleichberechtigung der Juden ist schon ein Schritt vorwärts im damaligen reaktionären Deutschland, aber noch lange nicht der Kommunismus. Dahinter steht im Grunde der Streit, ob der gallische Hahn auch in Deutschland noch krähen muss, ob die Französische Revolution, also eine bürgerliche Revolution auch in Deutschland noch notwendig ist – davon ist Marx überzeugt – oder ob, wie Bauer nahelegt, diese notwendige bürgerliche Revolution übersprungen werden kann.

Marx war also für die uneingeschränkten Bürgerrechte der jüdischen Bevölkerung in den damaligen Vorläufergebieten des späteren Deutschland und für die vollständige Emanzipation der Menschen im Kommunismus.

Keine Illusionen in die Begrenztheit bürgerlicher Rechte

Marx entwickelt nun die Menschenrechte (droits de l’homme: Unverletzlichkeit der Würde des einzelnen Menschen und des Eigentums des einzelnen Menschen etc.) und die Bürgerrechte (droits du citoyen: insbesondere staatsbürgerliche Rechte wie das Wahlrecht etc.), wie sie in Frankreich nach der Französischen Revolution 1789 und in Nordamerika festgelegt worden sind. (S. 362 f.)

An dieser Stelle geht Marx einen Schritt weiter und verlässt die Ebene der Polemik gegen Bauer, um ein wichtiges spezielles Menschenrecht, das Recht auf Privateigentum, auf den Prüfstand zu stellen. Dieses zentrale Recht der bürgerlichen Revolution beinhaltet, so Marx, das Recht des Individuums, sich zu beschränken, sich abzusondern, im anderen Menschen nicht „die *Verwirklichung,* sondern vielmehr die *Schranke* seiner Freiheit finden“. (S. 365) Abstrakt gesehen ist, so Marx, der bürgerliche Staat „die *Versicherung“* (S. 366) des Egoismus jedes Menschen. Allerdings nützt dies den Reichen, den Ausbeutern mehr als den Armen. Und dass der Staat, die Gesetzgebung und die Polizei mehr damit zu tun haben, das Eigentum der Reichen zu schützen als das der Armen – das ist eine Frage der Realität.

Marx entwickelt im Folgenden einen ganz wichtigen Gesichtspunkt, der in Deutschland mit seiner feudalen Staatstheorie noch nicht realisiert worden war: Der bürgerliche Staat im Sinne der Französischen Revolution ist nicht der Zweck des gesellschaftlichen Lebens, er ist lediglich ein Mittel, das dem gesellschaftlichen Leben, sprich: dem Kapitalismus, dienen soll, während in der „deutschen Ideologie“ der christliche Staat, das christliche Gemeinwesen der Zweck des Lebens seiner menschlichen Untertanen werden oder sein soll. Nicht der Staat dient den Menschen, sondern die Menschen dienen dem Staat. Wohlgemerkt: Es geht hier um den Anspruch, nicht um die Realität. (S. 367) Das, so Marx, ist dem Anspruch nach der Unterschied zwischen einem feudalen und einem bürgerlichen Staat.

Klar ist, dass damit der Mensch noch nicht von entmenschlichenden, ausbeuterischen Bedingungen befreit wird, dass er sich auch nicht von der Religion befreit hat, sondern dass er vielmehr Religionsfreiheit erhält und „die Freiheit des egoistischen Menschen“ (S. 369), also auch die Freiheit, andere Menschen als Mittel zu benutzen, sie auszubeuten und zu unterdrücken.

Wirkliche Individualität contra egoistische Individualität: wenn „die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist“

Marx beendet seine Buchbesprechung von Bauers Schrift „Die Judenfrage“ mit einem gedankenschweren, abstrakt formulierten und dennoch richtigen Satz, der einmal genauer unter die Lupe genommen werden soll:

> „Erst wenn der wirklich individuelle Mensch den abstrakten Staatsbürger in sich zurücknimmt und als individueller Mensch in seinem empirischen Leben, in seiner individuellen Arbeit, in seinen individuellen Verhältnissen, *Gattungswesen* geworden, erst wenn der Mensch seine ‚forces propres‘ (eigenen Kräfte, A. d. V.) als *gesellschaftliche* Kräfte erkannt und organisiert hat und daher die gesellschaftliche Kraft nicht mehr in der Gestalt der *politischen* Kraft von sich trennt, erst dann ist die menschliche Emanzipation vollbracht.“ (S. 370)

Wenn wir uns diesen Satz genauer anschauen, sind in jeder Zeile mehrere Fragen enthalten, auf die hier nur knappe Antworten gegeben werden können: 1. Was meint Marx mit dem „wirklich individuellen“ Menschen? 2. Was ist der „abstrakte Staatsbürger“, der zurückgenommen wird? 3. Warum spricht Marx vom „empirischen“ Leben? 4. Was ist ein „Gattungswesen“?

Die Antwort auf diese Fragen ist die Voraussetzung, um zu verstehen, dass der Mensch in seinen eigenen Kräften die Kräfte anderer Menschen entdecken, sie als gesellschaftliche Kräfte verstehen kann, ohne sich dadurch beschränkt zu fühlen, sondern im Gegenteil, wenn dies möglich geworden ist, dann wird deutlich, dass es sich um eine kommunistische Gesellschaft handelt.

Marx spricht vom „wirklich individuellen Menschen“ im Unterschied zum privat-egoistischen individuellen Menschen. Warum? Der privat-egoistische individuelle Mensch sieht in anderen Menschen eine Gefahr, er betrachtet sie als diejenigen, die seine individuelle Freiheit und Entfaltungsmöglichkeit begrenzen und behindern, er sieht also im Grunde den anderen Menschen als Konkurrenten, ja als Feind. Der „wirklich individuelle Mensch“ ist prinzipiell anders. Wenn alle Menschen wirklich individuelle Menschen sind, dann muss das einzelne Individuum nicht mehr von den anderen Menschen abgesondert und geschützt werden, damit es seine Individualität bewahren kann. Im Gegenteil. Bei solchen Menschen ist es so, dass sich die individuellen Fähigkeiten und Bedürfnisse gerade gemeinsam mit anderen Menschen entfalten und entwickeln können. Im „Manifest der Kommunistischen Partei“ von 1848 formulierten Marx und Engels am Ende des 2. Abschnitts als Charakteristik der kommunistischen Gesellschaft, dass dort

> **„… die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist.“**
> (Marx, Karl; Engels, Friedrich: Manifest der Kommunistischen Partei (1848), MEW 4, S. 482)

Zum nächsten Problem. Warum spricht Marx vom „abstrakten Staatsbürger“? Zunächst ist hier gemeint, dass jetzt jeder Mensch abstrakt, also formal „gleich“ ist, konkret in der Realität aber nicht. Marx weiß, dass bedingt durch die ganze bisherige Gesellschaftsentwicklung eine Art Aberglaube entstanden ist, wonach der Staat als „Repräsentant der Gesellschaft“ gilt und dem Individuum Grenzen setzt, ja Unterordnung verlangt. Mit dieser Vorstellung aber kann es keinen Kommunismus geben. Egal, wie tief sie sich in den Köpfen eingenistet hat, diese Vorstellung muss zurückgenommen werden. Denn das Individuum dient nicht der Ge-

sellschaft, es gibt überhaupt keine „dienenden Verhältnisse“ mehr, weil es keine Ausbeutung und Unterdrückung, kein Verhältnis von Herr und Knecht, von Herr und Diener mehr gibt.

Warum spricht Marx vom „empirischen Leben“? Es geht ihm darum, dass das wirkliche Leben der Menschen nicht in den jeweils individuellen Gedanken, sondern in der jeweiligen Tätigkeit der Menschen stattfindet. Marx betont daher die individuelle Arbeit, also die Auseinandersetzung mit der Natur und mit anderen Menschen als einen Kernpunkt, an dem klar wird, dass im Kommunismus Menschen nicht gegeneinander, sondern miteinander arbeiten, also „Gattungswesen“ sind.

Soweit einige Beispiele für die notwendige „Übersetzung“ des hegelschen Stils des frühen Marx.

2. Probleme der letzten vier Abschnitte

Um den schwierigen zweiten Teil in den Griff zu bekommen, teilen wir ihn zunächst formal in vier Abschnitte, die wir knapp einzeln behandeln, um dann abschließend die gemeinsame Grundproblematik festzustellen.

Im ersten Abschnitt (S. 371 – S. 372, 3. Absatz) kritisiert Marx noch einmal an Bauer die rein theologische Behandlung der Frage.

Im zweiten Abschnitt (S. 372, 4. Absatz – S. 374, 4. Absatz) hat Marx den Anspruch, in den Alltag, in die Realität des Judentums einzudringen. Es beginnt die problematische Akzeptanz der damals üblichen Gleichsetzung von Judentum und Schacher, von Judengeist und Geld. Marx geht hier auf Österreich, England und Nordamerika ein.

Im dritten Abschnitt (S. 374, 5. Absatz – S. 376, 5. Absatz) geht es um die Frage, wie sich geschichtlich das Judentum neben dem Christentum hat halten können. Der Abschnitt endet mit der Pointe, dass der Jude der praktische Christ und der praktische Christ wie der Jude geworden sei.

Im vierten Abschnitt (S. 376, 6. Absatz – S. 377) identifiziert Marx Judentum mit praktischem Christentum, mit Kapitalismus, um zu dem Schluss zu kommen, dass die gesellschaftliche Emanzipation des Juden „*die Emanzipation der Gesellschaft vom Judentum*“ sei, sprich von der Ausbeutung. (S. 377)

Es ist sicherlich viel schwerer als bei dem umfangreichen ersten Teil, diese fünf Seiten von Marx angemessen, ohne größere Zusammenhänge, insbesondere ohne den Zusammenhang mit der realen Verfolgung der jüdischen Bevölkerung in der Geschichte, und ohne die schwierigen philosophischen Kämpfe, in die Marx mit Feuerbach und Bauer verwickelt war, sozusagen rein am Text, zu interpretieren und zu erklären. Es soll dennoch nachfolgend versucht werden.

Im ersten Abschnitt zeigt Marx einen logischen Widerspruch in Bauers theologischer Argumentation auf – nicht mehr und nicht weniger. Nach der Theorie Hegels, die auch Bauer akzeptiert, ist das Judentum eigentlich durch das Christentum überholt. Das Christentum ist die „neuere“ Religion. Dieses ist zwar laut Bauer auch grundlegend falsch, aber immerhin doch nicht so antiquiert und falsch wie das uralte Judentum.

Bauer behauptet im Grunde, dass die Christen nur einen Schritt zu machen haben, um sich von der Religion zu emanzipieren, während die Juden zwei Schritte zu machen haben, nämlich sich vom Judentum abzuwenden, um sich danach vom Christentum abzuwenden. Auf diese theologische Konstruktion, diesen Schematismus, verweist Marx in diesem ersten Abschnitt und bereitet seine zweite Argumentation vor.

„Nun wohl!“ – Wie Marx mit dem antijüdischen Klischee „Juden waren und sind Wucherer“ umgeht

Im zweiten Abschnitt tritt eine radikale Wende ein. Marx fragt: Was wird denn im Alltag, tagtäglich, unter Judentum verstanden? Die Antwort ist eindeutig: In der Geschichte des Mittelalters und des aufkommenden Kapitalismus wird Judentum mit Schacher und Geld gleichgesetzt. Marx schreibt:

> „Welches ist der weltliche Kultus des Juden? Der *Schacher*. Welches ist sein weltlicher Gott? Das *Geld*.“ (S. 372)

Was schreibt Marx denn da? Meint er das ernst? Oder ist es „nur“ das Vorurteil seiner Zeit – eigentlich grundfalsch, aber doch etwas dran? Oder ist es absurder Unsinn, ein reaktionäres Manöver der herrschenden Klasse seit Jahrhunderten, um den Hass der unterdrückten Massen von sich auf die jüdische Bevölkerung abzulenken. Marx differenziert diese Gesichtspunkte ab dieser Stelle nicht mehr. Er geht ausdrücklich und unübersehbar diesen Fragen vollständig aus dem Weg, er lässt sie offen.

Das lässt sich beweisen. Nach dem zentralen Satz: „Welches ist der weltliche Kultus des Juden? Der *Schacher.* Welches ist sein weltlicher Gott? Das *Geld.*“ (S. 372), fährt Marx fort: „Nun wohl!“

Die Textanalyse und die unterschiedlichen Interpretationen des Textes können in konzentrierter Form auf die Frage reduziert werden: Was bedeutet dieses „Nun wohl!“

Als erste Antwort muss festgehalten werden, dass für Marx klar ist, dass er den Satz vor dem „Nun wohl!“ stehen lässt und nicht vorhat, ihn zu widerlegen.

„Nun wohl!“ bedeutet: Sei’s drum, mag ja sein, dass das stimmt. Kann sein, ist aber nicht relevant … in diese Richtung. Das Ganze hat eine eher philosophische und eine eher handfeste Alltagsdimension.

Es ist ein alter „Trick“, eine alte Methode, die insbesondere Hegel anwendet, bei der Widerlegung eines Gegners dessen zentrale Behauptung zunächst nicht zu bestreiten, sie stehen zu lassen und erst im Verlauf einer längeren Argumentation die Ausgangsthese als falsch, immanent nicht haltbar und unlogisch innerhalb des Systems des Gegners zu charakterisieren.

Um die Methode zu illustrieren, wie Marx hier mit seinem Kontrahenten verfährt, ein Beispiel aus dem Alltag: Wenn der Großgrundbesitzer die Bauern beschimpft, dass sie ihm nicht genug Getreide abgeben und daher alle Bauern Diebe seien, antwortet der Bauer: „Nun wohl“. Er lässt diese These erst mal stehen. Dann weist er nach, dass die Großgrundbesitzer, die Feudalherren, sich von ihrem ganzen Wesen her Getreide unrechtmäßig aneignen, also aus Prinzip stehlen. Deshalb seien alle Großgrundbesitzer Diebe. Und als Pointe ruft er diesen hochnäsigen Großgrundbesitzern zu: „Der Bauer, also der Dieb, das bist doch du!“ Das ist gewiss keine wissenschaftlich haltbare These. Aber der Großgrundbesitzer ärgert sich, dass er als „Bauer“ bezeichnet wird. Denn das ist ein Begriff, der für ihn ein Schimpfwort ist. Ebenso ärgert sich der judenfeindliche Christ, dem Marx zuruft: „Eigentlich bist du doch der Jude!“ Auch das ist wissenschaftlich nicht haltbar. Ja das ist im Unterschied zum Beispiel mit dem Bauern nicht nur missverständlich, sondern lediglich eine kurzfristig wirkende Pointe, aber mit langfristig ausgesprochen schädlichen Auswirkungen.

Was will Marx mit der provozierenden, paradoxen Behauptung erreichen, dass „die Christen zu Juden geworden sind“

Die mit „Nun wohl!“ kommentierten Ansichten Bruno Bauers sind eine Herausforderung, die Marx annimmt. Nach der in diesem zweiten Abschnitt entwickelten Auffassung von Marx ist dieser höchst problematische Satz ein Null-Satz.

Dieser sagt eigentlich gar nichts aus, da ja längst „die Christen zu Juden geworden sind“ (S. 373).

Das verblüfft zunächst. Die Christen sind zu Juden geworden? Wieso das denn? Nun, sagt Marx, welcher Geist regiert denn heute in den christlichen Staaten, in der christlichen Welt? Das ist doch gerade der Geldgeist. Dieser sogenannte Judengeist ist „zum praktischen Geist der christlichen Völker geworden“ (S. 373). Das mag eine gelungene Pointe sein. Das kann auch, wie wir denken, ein zu weitgehendes Zugeständnis an die damalige Judenfeindschaft sein. Fest steht: Marx weigert sich kategorisch, Kritik am Kapitalismus, an der Ausbeutung in seiner Zeit, auf „die Juden“ zu konzentrieren.

Es ist wichtig, sich klarzumachen, dass mit kleinen Abwandlungen der Begriff „Judentum“ bei Marx in drei sehr verschiedenen Bedeutungen benutzt wird. Dies geschieht, ohne jedes Mal zu klären, in welcher Bedeutung er verstanden werden muss. In der ersten Bedeutung ist Judentum die jüdische Religion. In einer zweiten Bedeutung werden darunter die Juden verstanden, die um Gleichberechtigung kämpfen. In einer dritten Bedeutung stehen Judentum, Juden, jüdisch der damaligen Alltagssprache entsprechend für Schacher, Wucher, Ausbeutung.

Dahinter steht – das wird in diesem zweiten Abschnitt deutlich – eine bestimmte Auffassung von Marx über die Rolle der Juden in der geschichtlichen Entwicklung vom Mittelalter bis zum Beginn des Kapitalismus. Das ist ein Punkt, über den man streiten kann und streiten muss. Wie selbstverständlich geht Marx darauf aber nur am Rande ein.

Marx spricht davon, dass die Juden an der Entwicklung des Kapitalismus „eifrig mitgearbeitet“ haben (S. 373). Marx spricht von „mitgearbeitet“. Er behauptet also nicht, dass es einzig und allein oder vor allem die Juden gewesen sind. Marx geht in diesem Abschnitt dieser geschichtlichen Frage klassenunspezifisch aus dem Weg. Er verfolgt sie nicht weiter. Das muss betont werden. In der direkt nachfolgenden Stelle wird ebenfalls durch die auf die Juden bezogene Formulierung „durch ihn ***und ohne ihn***“ (H. d. V.) eindeutig klar, dass „der Jude“ nicht konstituierend für eine ausbeuterische Gesellschaft ist. (S. 373)

Marx führt dann noch drei Bauer-Zitate über die angebliche Macht der Juden in Wien und Neuengland/Nordamerika an. Er kritisiert die judenfeindlichen Darstellungen Bauers (O-Ton: „Der Jude … entscheidet über das Schicksal Europas“, Bauer, Bruno: Die Judenfrage, Braunschweig 1843, S. 114) nicht im Einzelnen. Er konstatiert vielmehr, dass in feudalen Gesellschaften wie auch in der bürgerlichen Gesellschaft Nordamerikas nun eben Schacher und Geldmacht vorherrschend geworden sind. Sie haben sozusagen „ihren normalen Ausdruck“ erreicht. Abschließend erklärt er, dass es im Grunde nicht um Juden und Christen geht, sondern darum, dass nicht die Politik entscheidet. Die Geldmacht dominiert die politischen Kräfte, hat sie zu ihren Leibeigenen gemacht.

Das zentrale Problem des zweiten Abschnitts, das sich im dritten Abschnitt fortsetzt, ist und bleibt die Frage, in welchem Tempo und mit welchen Wendungen Marx Juden mit Kapitalisten, Juden mit Christen, dann wieder Christen mit Kapitalisten und auch umgekehrt mehr oder minder ernst oder spielerisch gleichsetzt. Offensichtlich will er durch diese verwirrenden Pirouetten nur eins klarmachen: Wer Judentum mit Kapitalismus identifiziert, muss vor allem auch Christentum mit Kapitalismus identifizieren. Und dann ist eh alles eins, Juden sind Christen und Christen sind Juden und alle sind Kapitalisten. Er spitzt die falschen Gedankengänge Bauers also zu, nimmt sie scheinbar ernst, um sie auf die Spitze zu treiben und schließlich die ganze Absurdität der Bauer’schen Ansichten deutlich zu machen. Das ist ein kompliziertes Unterfangen, das aber offensichtlich nicht so leicht funktioniert, wie Marx sich dies vielleicht dachte.

Im dritten Abschnitt geht Marx auf die theoretische und praktische Geschichte des Verhältnisses von Judentum und Christentum ein. Ein wenig verkürzt zusammengefasst geht es darum: Marx entwickelt, dass es nicht verwunderlich sei, dass sich das Judentum neben dem Christentum gehalten habe. Die bürgerliche Gesellschaft kommt sehr gut mit Judentum und Christentum zurecht. Denn in der vorherrschenden „christlichen Gesellschaft“ (S. 374) wird die dem Judentum zu Recht oder zu Unrecht zugeschriebene Eigenschaft, das Geld als Gott zu verehren, tagtäglich durch die bürgerlich-kapitalistischen Zustände erzeugt.

Die Fülle der in diesem Abschnitt enthaltenen Vorwürfe gegen die jüdische Religion und das Judentum endet wieder in der verblüffenden These vom „jüdischen Jesuitismus“ (S. 375), also einem „jüdischen Christentum“. Was bedeutet das? Für Marx ist klar, dass das Judentum als Religion „sich theoretisch nicht weiterentwickeln“ (S. 375) konnte. Marx schreibt weiter:

> „Das Judentum erreicht seinen Höhepunkt mit der Vollendung der bürgerlichen Gesellschaft; aber die bürgerliche Gesellschaft vollendet sich erst in der *christlichen* Welt.“ (S. 376)

Und nun ist Marx wieder bei seinem Lieblingsthema, bei seiner Pointe:

> „Der Christ war von vornherein der theoretisierende Jude, der Jude ist daher der praktische Christ, und der praktische Christ ist wieder Jude geworden“ (S. 376).

Mit diesem Verwirrspiel will Marx Bauers Analyse ad absurdum führen. Er will darauf hinaus, dass Unterschiede zwischen Juden und Christen, die einmal geschichtlich bestanden haben, in der entwickelten bürgerlichen Gesellschaft so ineinander aufgehen, dass jeder Versuch einer handfesten Unterscheidung absurd oder reaktionär ist.

Möglicherweise liegt das eigentliche Problem dieser Schrift in der Akzentsetzung, wie sie im vierten Abschnitt deutlich wird. Auch hier entfaltet Marx den Gedanken, wie sich in der bürgerlichen Gesellschaft Judentum in Christentum und Christentum in Judentum ineinander verwandeln. Gegen Ende, in den letzten drei Absätzen, spricht Marx nur noch von der kapitalistischen Gesellschaft (er nannte es damals noch bürgerliche Gesellschaft) als jüdisch. Wenn er fordert, dass der Jude unmöglich geworden ist, fordert er, dass der Schacher unmöglich werden solle. Hier ist eine gewisse „Übersetzung“ beziehungsweise eine Ergänzung dringend notwendig: Was ihr als typisch jüdisch anseht, ist typisch kapitalistisch.

Auch der letzte Satz hat es in sich. Darin geht es nicht um die Emanzipation der Menschen überhaupt, sondern jetzt geht es mit einer überraschenden Wendung wieder um die anfängliche Frage der Forderung nach Emanzipation der Juden. Eine Antwort hat Marx bereits im ersten Teil der Schrift gegeben: Die politische Emanzipation der Juden ist in der bürgerlichen Gesellschaft möglich und notwendig und nur konsequent. Was aber ist mit der gesellschaftlichen Emanzipation der Juden? Marx antwortet:

> „Die *gesellschaftliche* Emanzipation des Juden ist die *Emanzipation der Gesellschaft vom Judentum*.“ (S. 377)

Dieser Satz kann so nicht stehenbleiben.

Marx’ rhetorische Pointen erschweren unseren Kampf gegen die Judenfeindschaft und können nicht verwendet werden

Der Text von Marx in diesen letzten sechs Seiten in der damaligen Form ist

aus unserer Sicht mit Kommentar und Klarstellung zu versehen.

Wir wollen unsere Position so klar wie möglich verdeutlichen. Dazu soll an fünf zusammenhängenden Absätzen klar gemacht werden, was unserer Meinung nach Marx wirklich gemeint hat, ohne es ausdrücklich niederzuschreiben und zu formulieren. Wir wollen das an einem Absatz vor dem eingeschobenen und von uns schon diskutierten „Nun wohl!“ und an den vier darauf folgenden Absätzen zeigen.

Marx beginnt nicht mit der eigentlich nötigen Formulierung:

Welches ist nun der behauptete weltliche Kultus des Juden? Der Schacher. Welches ist nun angeblich sein weltlicher Gott? Das Geld.

Stattdessen schildert er dieses antijüdische Vorurteil ohne diese Zusätze und schreibt:

> „Welches ist der weltliche Kultus des Juden? Der *Schacher*. Welches ist sein weltlicher Gott? Das *Geld*.“ (S. 372)

Marx fährt fort: „Nun wohl!“ Noch mal, dieses „Nun wohl!“ enthält eine klare Brechung. Marx sagt eben nicht: So ist es, sondern er sagt, lassen wir diese Behauptung erst einmal so stehen.

Ohne Frage wäre es wesentlich klarer und für die nachfolgenden Interpretationen ausgesprochen hilfreich, ja nötig gewesen, wenn Marx gleich einleitend etwa Folgendes gesagt hätte:

Nehmen wir im Folgenden entgegen der Realität dieses Vorurteil einmal für bare Münze, um den Gedankengang Bauers auch nach seiner eigenen, aus unserer Sicht jedoch verqueren Logik immanent zu widerlegen. Im folgenden Text wird darauf verzichtet, jedes Mal klarzustellen, dass die Behauptungen über das Judentum als Religion, über die Gruppe der jüdischen Bevölkerung und über das Judentum überhaupt die Ansichten von Bauer und seinen Zeitgenossen sind, die aber keinesfalls von uns geteilt werden.

Dann hätten sich die folgenden Absätze ganz anders gelesen. Ohne grundlegende Erklärung fährt der Marx-Text aber wie folgt fort (wobei wir zur Klarstellung unsere Erklärungen in Klammern eingefügt haben):

> „Die Emanzipation *vom Schacher* und vom *Geld*, also vom praktischen, realen Judentum [so wird fälschlich und diskriminierend im Alltag heute immer und immer wieder das angeblich typisch Jüdische bezeichnet, wenn es um das typisch Kapitalistische geht, A. d. V.] wäre die Selbstemanzipation unsrer Zeit.
>
> Eine Organisation der Gesellschaft, welche die Voraussetzungen des Schachers, also die Möglichkeit des Schachers aufhöbe, hätte den [angeblichen, A. d. V.] Juden, [dieses diskriminierende Zerrbild des Juden, in Wirklichkeit den Kapitalisten, den Kapitalismus, A. d. V.] unmöglich gemacht. Sein religiöses Bewusstsein würde wie ein fader Dunst in der wirklichen Lebensluft der Gesellschaft sich auflösen. […]
>
> Wir erkennen also im Judentum, [genauer in dem, was als angebliches Judentum definiert wird, A. d. V.] ein allgemeines *gegenwärtiges antisoziales* Element, welches durch die geschichtliche Entwicklung, an welcher die Juden [nicht die Juden im allgemeinen, wohl aber in einzelnen Fällen, A. d. V.] in dieser schlechten Beziehung eifrig mitgearbeitet, auf seine jetzige Höhe getrieben wurde, auf eine Höhe, auf welcher es sich notwendig auflösen muss.
>
> Die *Judenemanzipation* in ihrer letzten Bedeutung ist die Emanzipation der Menschheit vom [Kapitalismus und damit auch von dem, was durch Vorurteile als angebliches, A. d. V.] *Judentum*“ [definiert wurde, A. d. V.].“ (S. 372/373)

Hätte Marx in ähnlicher Weise seinen Text mit Klarstellung versehen, – und es wäre aus unserer Sicht nötig gewesen –, dann wären die Dinge wesentlich klarer und eindeutiger.

Der Einwand: „Aber Marx hat diesen Punkt nicht klargestellt“, kann nicht entkräftet werden.

Das ist kein Spiel mit Worten. Hier geht es darum, dass die wirkliche gesellschaftliche Emanzipation aller Menschen – eben auch der Juden – nur durch die Emanzipation der Gesellschaft von der bürgerlichen Gesellschaft, vom Kapitalismus möglich wird. Statt bürgerliche Gesellschaft oder Kapitalismus schreibt Marx „vom Judentum“ – und hier werden und müssen sich die Geister scheiden.

Indem Marx die Identifizierung von Judentum und Kapitalismus an den Schluss setzt, hat er zwar rhetorisch gegen Bauer möglicherweise einen glänzenden Pointensieg errungen. Aber die große, nicht so sehr philosophische, sondern politisch-ideologische Aufgabe, einen Kampf gegen die Judenfeindschaft zu führen, hat er nicht erleichtert, sondern erschwert.

II. Fazit

Fassen wir unsere Position zu Marx Kritik an Bruno Bauer zusammen:

Marx verliert als revolutionärer Demokrat mit kommunistischer Perspektive nicht das Verhältnis von Tageskampf und dem Kampf für die Abschaffung von Ausbeutung und Unterdrückung aus dem Auge. Marx entwickelt die Unterscheidung von aktueller politischer Emanzipation, die auf jeden Fall angepackt werden muss, mit der großen Frage der allgemeinen menschlichen Emanzipation. Er klärt das richtige Verhältnis von notwendigen Tageskämpfen zu dem noch notwendigeren Kampf um die sozialistische Revolution auf dem Weg zum Kommunismus, wenn auch noch in sehr allgemeinen Formulierungen.

Die eigentliche Problematik des Textes von Marx besteht nicht im großen, grundlegenden ersten Teil, sondern in den circa sechs Seiten des zweiten Teils. Durch die Übernahme von Formulierungen althergebrachter antijüdischer Klischees können diese sechs Seiten keinesfalls als vorbildlich gelten oder gar durch Zitate oder Formulierungsübernahme im aktuellen Kampf gegen antisemitische Ideologie verwendet werden. Dies wird nicht zuletzt auch an der realen Nutzung dieser Passagen in der Bewegung der proletarischen Klasse durch judenfeindliche Demagogen bis hin zur Nutzung durch die Nazi-Propaganda oder auch durch aktuelle judenfeindliche Strömungen deutlich.

Das Grundproblem ist, dass Marx nicht deutlich klärt, dass und inwiefern er für die aktuelle Auseinandersetzung über die politische Emanzipation der Juden immanente Auseinandersetzungen über theoretisch-ideologische Fragen führt, um im Rahmen der Ausgangspunkte, die Bauer setzt, Bauer dennoch zu widerlegen und ad absurdum zu führen. Erst durch die Klarstellung dieses Mangels in der Schrift von Marx kann deutlich gemacht werden, dass und wie Marx auch in diesem Teil der Schrift – immanent argumentierend – dennoch die Autorität Bruno Bauers ankratzt und untergräbt und auf einer bestimmten Ebene die Unsinnigkeit der Thesen Bauers und seine für Demokraten gänzlich unakzeptable Position gegen die Emanzipation der jüdischen Bevölkerung nachweist.

Marx packt Bauer sowohl von der theoretisch-ideologischen Seite als auch von der praktisch-ökonomischen Seite. Aber er streitet mit Bauer nicht darüber – obwohl es nötig gewesen wäre –, ob nun im Mittelalter tatsächlich die Juden die Träger des Wuchers und des Kapitalismus waren oder nicht. Er verweist nicht auf Kreuzzüge und antijudaistische Pogrome. Er widerspricht nicht der Gleichsetzung von Juden und Ausbeutern durch Bauer für die Vergangenheit und teilweise für die Gegenwart. Er diskutiert die Frage nicht, ob dies damals wirklich so war. Aber eines ist unbestreitbar bei den Aus-

Kollektiv von Autorinnen und Autoren gegen Judenfeindschaft und Antikommunismus

Der theoretische, politische und praktische Kampf der Sozialdemokratie gegen Judenfeindschaft (1848 bis 1893) – Stärken und Schwächen

In diesem Auszug aus der Studie „Der Kampf der Sozialdemokratie gegen die Judenfeindschaft bis zur Bebel Rede 1893 (1848 bis 1893)" (660 Seiten) werden zunächst die Bemerkungen von Marx und Engels zur Judenfeindschaft in ihren Hauptwerken einschließlich der Berücksichtigung ihrer Schwächen und Fehler zusammengefasst, um dann auf eine Reihe von theoretischen Arbeiten führender Köpfe der Sozialdemokratie genauer einzugehen. Analysiert werden auch der Kampf der Sozialdemokraten im Zentralorgan und im Reichstag, aber auch Positionen in der populären Zeitung „Der wahre Jacob". Nach der Analyse der zentralen Rede Bebels 1893 wird auch auf die handfeste Gegenwehr der sozialdemokratischen Arbeiterinnen und Arbeiter gegen die Judenfeinde eingegangen. Zusammenfassend werden ausführlich Stärken und Schwächen der Sozialdemokratie unter dem Gesichtspunkt des Kampfes gegen die Judenfeindschaft heute abschließend behandelt.

260 Seiten, 10 €

Außerdem erschienen:

Kollektiv von Autorinnen und Autoren gegen Judenfeindschaft und Antikommunismus

Der Kampf der entstehenden Sozialdemokratie gegen die Judenfeindschaft bis zur Bebel Rede 1893 (1848-1893)

Aus dem Inhalt:

Zur ökonomischen und politischen Lage

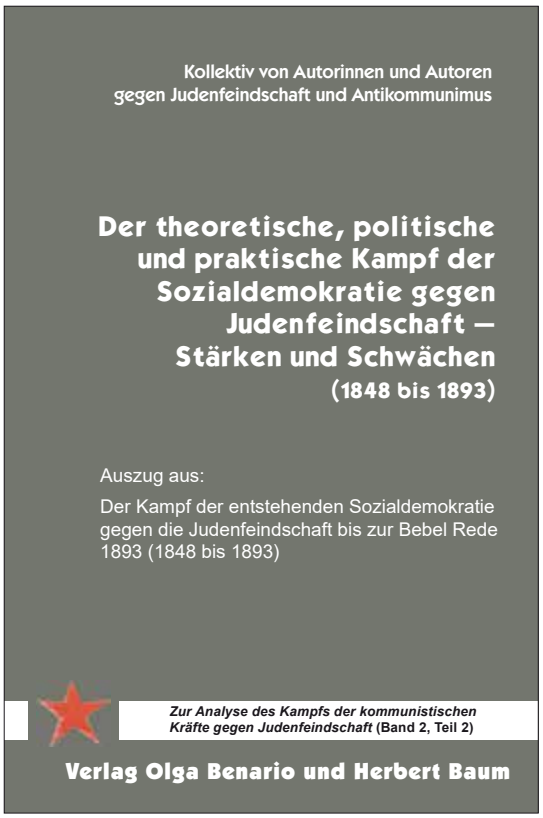
Zur Judenfeindschaft und dem Kampf jüdischer Aktivisten dagegen

Der theoretische, politische und praktische Kampf der Sozialdemokratie gegen Judenfeindschaft – Stärken und Schwächen

660 Seiten, 25 €

Anzeige

Neuerscheinung 2019



Zu bestellen bei:
Verlag Olga Benario und Herbert Baum, Postfach 102051
63020 Offenbach oder www.verlag-benario-baum.de

führungen von Marx: Das, was den Juden zu Recht oder zu Unrecht zugeschrieben wird, das kennzeichnet ja heute unzweifelhaft den christlichen Staat und die kapitalistische Gesellschaft. Dort werden die Juden als Ausbeuter tituliert oder beschimpft, aber alles, was den Juden vorgeworfen wird, charakterisiert doch letztlich den christlich-kapitalistischen Staat und jene, die diese Anklagen erheben, um von den kapitalistischen Ausbeutungsverhältnissen abzulenken. Das ganze Thema ist für Marx insofern obsolet, als dass die in der Gesellschaft seiner Zeit der jüdischen Bevölkerung zugeschriebenen Merkmale ihre Ursache nicht in der jüdischen Religion und nicht in einzelnen jüdischen Kapitalisten haben. Ausbeutung und Kapitalismus sind überall und müssen beseitigt werden.

Vorteil und Nachteil dieses Verfahrens müssen gesondert herausgearbeitet werden: Dass Marx dem Streit über die real existierende jüdische Bevölkerung und der Geschichte der Judenfeindschaft aus dem Weg geht, hat den Vorteil, dass der Logik nach ganz deutlich wird: Aktuell geht es nicht um Juden oder Christen, sondern um Kapitalismus. Dieser Streit ist ein Manöver, das von der Notwendigkeit einer allgemein menschlichen Emanzipation, von der Notwendigkeit des Kommunismus ablenkt.

Der Nachteil dieses Verfahrens ist allerdings auch erheblich. Dadurch, dass er die Klischees über „Alltagsjuden" für die Vergangenheit und teilweise für die Gegenwart nicht widerlegt, sondern nur als Ablenkungsmanöver charakterisiert, ist diese Schrift keine Schrift gegen die Fälschung der Geschichte der jüdischen Bevölkerung. Diese Schrift ist also auch keine Hilfe in der Widerlegung der judenfeindlichen Verdrehungen und Vertuschung der realen Verfolgungsgeschichte und antijüdischen Diffamierungen, wie sie insbesondere seit den Kreuzzügen und seit Martin Luther für das Verständnis der deutschen Geschichte wesentlich sind.

Jene Marx-Verteidiger, die diese Problematik der Schrift von Marx nicht sehen, ja diese wie Franz Mehring sogar als „erschöpfende" Behandlung der Frage darstellen, leisten Marx einen Bärendienst. (Mehring, Franz: Geschichte der deutschen Sozialdemokratie, Erster Teil: Von der Julirevolution bis zum preußischen Verfassungsstreite 1830 bis 1863 (1897/1898), Berlin 1960, S. 164)

Jene antimarxistisch-antikommunistisch bürgerlichen „Kritiker" von Marx, die von ihrem Klassenstandpunkt her die starken Seiten dieser Schrift gar nicht sehen können und wollen, haben Schwächen der Schrift entdeckt und benannt: Schwächen bei der Aufklärung der Geschichte antijudaistischer Klischees, Schwächen bei der eben noch nicht entwickelten marxistischen Methode, von der Realität der Verfolgung der jüdischen Bevölkerung auszugehen, Schwächen in der Sprache, die Unklarheiten darüber entstehen lässt, wann Marx Bauers Klischees wiedergibt, ohne sie selbst zu teilen. Auch wenn in der Tat einzelne Punkte offensichtlich ihre Berechtigung haben und es in der Tat nötig ist, dass kommunistische Kräfte dies auch wissen, um nicht auf Provokationen der Antikommunisten hereinzufallen, so ist doch klar, dass solche Kritiker oft nur die Brücke schlagen zu jenen offenen Antikommunisten, die Marx als Judenfeind und gar als „Vorläu-

Die rückblickende Kritik von Marx an seinen Frühschriften ernst nehmen

Es ist durchaus hilfreich, auf alle späteren Bemerkungen von Marx und Engels zu ihren Frühschriften ausführlicher zurückzukommen, um schwer verständliche Gedankengänge sozusagen zu „übersetzen“ und verständlich zu machen.

Das gilt insbesondere für die damals klassenunspezifische und die Realität nicht klassenanalytisch betrachtende Redeweise von der „Menschheit“ im Allgemeinen in vielen Variationen, die inhaltlich Feuerbachs Vorstellung von „Menschheit“ übernahm. Das haben Marx und Engels später selbst sehr klar kritisiert. Marx charakterisierte dies später als „Feuerbachkultus“ (Auch die Funktion des Staats als Instrument der herrschenden Klasse bzw. des Kapitals wird noch nicht so benannt wie in seinen späteren Schriften.)

Marx und Engels war klar, dass ihre frühen Schriften trotz all ihrer Qualitäten im sprachlichen Ausdruck, aber teilweise auch in der Art der Gedankengänge und der Beweisführung teilweise noch von der „verhegelten“ Sprache der damaligen Zeit bestimmt und auf sehr abstrakten und große Vorkenntnisse voraussetzenden Überlegungen beruhten.

Deutlich lässt sich auch zeigen, dass – trotz des Abstands zu Hegel – Marx auch in anderer Hinsicht noch Hegelianer war. Zwar weist er auf die Realität Nordamerikas und der Französischen Revolution hin. Im Text werden aber weitgehend auch Ideen mit Ideen bekämpft. Es wird nicht empirisch die klassendifferenzierte Realität der jüdischen Bevölkerung und ihre Geschichte zum Ausgangspunkt der Auseinandersetzung mit feindlichen Ideologien genommen, sondern es wird eine immanent-logische Widerlegung vorgenommen.

Eine der großen Schwierigkeiten der Schrift und ihrer Interpretation liegt, wie schon angedeutet, darin, dass ein tieferes Verständnis der Schrift von Marx im Grunde die Kenntnis der Positionen Hegels zur Geschichte und zur Geschichte der Religion, die Kenntnis der teils richtigen, teils ganz falschen Abgrenzung von Hegel durch die „Junghegelianer“ Bauer und Feuerbach sowie die Kenntnis der damaligen Debatten der sehr unterschiedlichen „Schüler Hegels“ voraussetzt.

Um es noch einmal deutlich zu formulieren: Diese Buchbesprechung von Marx ist nicht die Schrift eines Marxisten. Es ist die Schrift eines Autors, der erst begonnen hatte, Grundzüge und Elemente der neuen kommunistischen Theorie zu entwickeln. Es gab noch keine Theorie, dass die Ausbeutung in der Produktion stattfindet (Mehrwerttheorie).

Marx und Engels hatten später zurückblickend deshalb auch eine klare selbstkritische Position: Ohne Kommentare, Einleitungen und Zusätze sind große Teile ihrer Frühschriften eben nicht verständlich, und sie hatten wirklich Wichtigeres zu tun, als diese für einen Nachdruck aufzubereiten.

Marx erklärte gemeinsam mit Engels bereits 1847, dass diese Schrift von Marx noch in „philosophischer Phraseologie“ geschrieben war (MEW 3, S. 217f.), was es erleichterte seine Thesen „mißzuverstehen“. (Ebenda)

fer“ von Auschwitz bezeichnen und eine Linie ziehen von „Marx zu Hitler“.

Diese Schrift des frühen, noch nicht marxistischen Marx steht politisch turmhoch über den antijudaistischen Junghegelianern. Sie bringt auf den Punkt, dass es absurd ist, wenn Christen die Juden als Ausbeuter beschimpfen, weil der christliche Staat und die kapitalistische Ausbeutergesellschaft mit solchen Zuschreibungen (christlich/jüdisch) überhaupt nicht charakterisiert werden können, weil sie selbst kapitalistisch-ausbeuterisch sind.

Es hat sich gezeigt, dass – deutlicher als in der Schrift „Zur Judenfrage“ – Marx und Engels in der „Heiligen Familie“ 1845 „Gegen Bruno Bauer & Consorten“ politisch an die Seite der Repräsentanten der jüdischen Gemeinde treten, die für die politische Emanzipation der Juden und gegen die Judenfeindschaft kämpften, ohne allerdings das antijüdischen Klischee „jüdisch = ausbeuterisch“ von Grund auf zu verwerfen und zu entlarven. Faktisch bleibt auch hier die polemische Wendung gegen Bauer stehen: Na, wenn die Juden angeblich Ausbeuter sind, seid ihr Christen ja die eigentlichen Ausbeuter und „Juden“!

Klar ist jedoch auch, dass es die Aufgabe der Marxisten in der Sozialdemokratie, in der proletarischen Bewegung, in der kommunistischen Bewegung ist, auf den Kampf für die Aufklärung über Judenfeindschaft, über die reale Geschichte der Verfolgung der jüdischen Bevölkerung zu bestehen, alle Lücken und Mängel in dieser Hinsicht selbstkritisch zu bekämpfen und zu überwinden und im Sinne von Marx auch an die Schrift „Zur Judenfrage“ kritisch heranzugehen. Ob Marx 1844 die Gefahr der Judenfeindschaft in seiner Zeit und den folgenden Jahrzehnten unterschätzt hat, mag dahingestellt sein. Der Verlauf der weiteren Geschichte legt dies jedenfalls nahe.

Die Größe von Marx, des jungen, noch nicht marxistischen Marx, wird jedoch auch für den sichtbar, der wirklich zu studieren bereit ist und verschiedene Interpretationsmöglichkeiten systematisch durchgeht.

Im Verlauf unserer weiteren Analysen wird sich zeigen, dass Marx und Engels zu verschiedenen Zeiten in verschiedenartigen Publikationen und zu ganz unterschiedlichen Zeitpunkten zu einzelnen Fragen, aber nicht systematisch zu Fragen der Judenfeindschaft und zur realen Situation der jüdischen Bevölkerung in Deutschland und verschiedenen Teilen der Welt Stellung genommen haben.

Auch hier muss analysiert und diskutiert werden, wo Marx und Engels recht oder auch unrecht hatten.

Eines jedoch, das soll abschließend hervorgehoben werden, steht fest: Marx und Engels standen immer an der Seite der Unterdrückten, auch der unterdrückten jüdischen Bevölkerung.

Die Unterstellung, das Marx in der Praxis nicht solidarisch war mit der jüdischen Bevölkerung ist eine Verleumdung. Schon 1843 hat Marx sich bereit erklärt den Kampf der jüdischen Gemeinde zu unterstützen. (Siehe: MEW 27, S. 418) Auch ein Jahr später in einer weiteren Schrift gegen Bruno Bauer erklärt er sich mit den Repräsentanten der jüdischen Gemeinde Philippson, Hirsch und Rieser solidarisch und fordert erneut die politische Emanzipation der jüdischen Bevölkerung. (Siehe: MEW 2, S. 120)

Marx und Engels legten – und das ist von welthistorischer Bedeutung – wissenschaftlich dar, dass der Kapitalismus, dass Ausbeutung und Unterdrückung im Kapitalismus, in der Produktion wurzeln und nur von dieser Wurzel her wirklich vernichtet werden können.

Drucker, Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: W. Schulze, Osnabrücker Str. 26, 10589 Berlin ISSN 0948/5090
www.gegendiestroemung.net *Die Nutzung unserer Homepage sollte gut überlegt erfolgen, da jeder Zugriff staatlich registriert wird*

Proletarierinnen/Proletarier aller Länder, vereinigt euch!

GEGEN DIE STRÖMUNG

Organ für den Aufbau der Revolutionären Kommunistischen Partei Deutschlands

7-8/2019 Juli/August 2019

Wichtige Erfahrungen der sich entwickelnden proletarischen Bewegung ab dem „Sozialistengesetz“ 1878:

Aus dem praktischen Kampf der Arbeiterinnen und Arbeiter gegen Judenfeindschaft lernen!

Im Kontext sich verschärfender Klassenkämpfe im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts wurde die revolutionäre Partei der proletarischen Klasse, die sich damals noch Sozialdemokratiche Partei Deutschlands nannte, im Kampf gegen Kapitalismus, Preußentum und deutschen Militarismus zusätzlich mit einer kaum zu überschätzenden Herausforderung konfrontiert: die von der herrschenden Klasse gerade auch gegen die proletarische Partei eingesetzte judenfeindliche Bewegung, die sich vor allem gegen die jüdische Bevölkerung richtete. Die vom Polizeiterror bedrohte proletarische Partei – und hier vor allem fortschrittliche Arbeiterinnen und Arbeiter – führte einen praktischen Kampf gegen die erstarkende judenfeindliche Bewegung, der wirklich vorbildlich war und heute weitgehend vergessen ist. Dabei ist aus dem damaligen Kampf gegen Judenfeindschaft sehr viel für heute zu lernen. Wie nötig das ist, zeigt einerseits die massive Zunahme der Judenfeindschaft in Deutschland heute in Verbindung mit zunehmendem Nationalismus und Rassismus, zum anderen die große Schwäche des Kampfes dagegen, insbesondere auch seitens der proletarischen Klasse.

Militante Gegenwehr der Arbeiterinnen und Arbeiter gegen die Judenfeinde in Berlin 1880

Zunächst richtete sich ihr Kampf gegen die neu entstandenen politischen judenfeindlichen Parteien. Sozialdemokratische Rednerinnen und Redner traten in Versammlungen der Judenfeinde auf (da wegen des „Sozialistengesetzes“ ab 1878 keine sozialdemokratischen Veranstaltungen legal durchgeführt werden konnten), um die eigenen Argumente vorzubringen, die Veranstaltung zu übernehmen oder zu stören.

Die Gründungsveranstaltung von Stoeckers judenfeindlicher Christlich-Sozialer Arbeiterpartei in Eiskeller in Berlin Anfang 1878 („Eiskeller-Versammlung“) scheiterte zunächst kläglich. Fortschrittliche Arbeiterinnen und Arbeiter sprengten die Versammlung.

Einen aufschlussreichen „Stimmungsbericht“ der sogenannten „Reichshallenversammlung“ des Judenfeinds Henrici gibt die liberale „Tribüne“ (Nr. 298, 19. Dezember 1880)[1] Eine „große Anzahl Israeliten, Sozialdemokraten, etc.“ war unter den 3.000 Besuchern der Veranstaltung[2] , die von Tumulten und Schlägereien unterbrochen wurde.

Nach antijüdischen Überfällen in der Silvesternacht 1880, vor allem in Berlin, wurde gegen die Judenfeinde mobilisiert. Es wurden in Berlin Flugblätter verbreitet und Versammlungen gegen die Judenfeinde organisiert. Entscheidend war, so Martin Philippson, dass die Arbeiterinnen und Arbeiter gegen Stoecker Stellung bezogen.[3]

Für den 11. Januar 1880 mobilisierten fortschrittliche sozialdemokratische Arbeiterinnen und Arbeiter in den Berliner Reichshallen zu einer Versammlung zum Thema „Die Stellung der Arbeiterschaft zur Judenfrage“, an der 3.500 Arbeiterinnen und Arbeiter teilnahmen.[4]

Bebel unterrichtete am 14. Januar 1881 Engels über die Aktion und schrieb:

> „Dass die Berliner Arbeiter gegen die Berliner Bourgeoisie Bildung und Kultur vertreten mussten, das ist prächtig …“[5]

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Veranstaltung verabschiedeten mit großer Mehrheit eine Resolution gegen die Judenfeinde. Die Arbeiterinnen und Arbeiter wurden aufgerufen, solidarisch zu sein, „sich entsprechend ihrem Gerechtigkeitssinn und ihrem demokratischen Geist der Schmälerung der den Juden verfassungsmäßig garantierten staatsbürgerlichen Gleichstellung zu widersetzen“.[6] Im Versammlungsprotokoll, so Bernstein, wurde „stürmischer, nicht endend wollender Beifall“ verzeichnet, als der Zigarrenmacher Stahl auf seine jüdische Herkunft hinwies.[7]

Judenfeindschaft

„Versteht man unter Antisemitismus die Feindschaft gegen die Juden mit dem Ziel ihrer Vernichtung oder wenigstens ihrer Vertreibung, dann ist der Antisemitismus mehr als anderthalbtausend Jahre alt. Was wir aber heute unter Antisemitismus und antisemitischer Partei verstehen, ist eine neue Erscheinung insofern, als sich die gegen das Judentum gerichteten feindseligen Bestrebungen in einer politischen Partei zusammenfassen, welche am öffentlichen Leben sich beteiligt.“ (1893)[8]

Wichtig ist festzuhalten, dass die sozialdemokratischen Aktivistinnen und Aktivisten die Judenfeinde und die Schädlichkeit ihrer Hetze Ernst und auch zum Anlass nahmen, konkret gegen die Judenfeinde vorzugehen, bevor die Parteiführung sich offiziell und grundlegend mit der Frage der Judenfeindschaft beschäftigt hatte.

Auch in den Folgejahren, insbesondere seit der erneuten Verschärfung der Judenfeindschaft ab 1890, wurde diese Praxis fortgesetzt.

Eine Veranstaltung besonderer Art in Berlin 1881[9]

Am 11. Januar 1881 fand in Berlin eine Veranstaltung besonderer Art statt. Mit großen Plakaten wurde in ganz Berlin die

Schwächen und Stärken des theoretischen und politischen Kampfs der Sozialdemokratie gegen Judenfeindschaft -Thesen einer umfangreichen Analyse -

Die Analyse hat ergeben, dass die sich entwickelnde Bewegung der proletarischen Klasse in der behandelten Zeitspanne gerade in praktischer Hinsicht ausgesprochen positive Aktionen durchgeführt hat, dass aber die Sozialdemokratie auf theoretischem Gebiet in widersprüchlicher Weise Stellung bezogen hat. Das ergibt die Analyse von umfangreichem Material aus den sozialdemokratischen Publikationen entlang von fünf grundlegenden Fragen.

a) Welche aktuellen und tiefergehenden Ursachen der Judenfeindschaft gibt es?

Vorherrschend wurde die Frage nach den Ursachen so beantwortet, dass zwar der Zusammenhang zwischen den „Sozialistengesetzen“ und der Gründung sich antisemitisch nennender Organisationen hergestellt wurde, aber der Hauptakzent wurde auf das Mittelalter, auf den Feudalismus und den Übergang zum Kapitalismus gelegt. Die vom Untergang bedrohten Mittelschichten seien die Hauptträger der Judenfeindschaft. Damit verbunden war die ebenfalls weit verbreitete These, dass durch die Entwicklung des Kapitalismus feudale Strukturen und die Mittelschichten und damit auch die Judenfeindschaft verschwinden würden. In der Tat spielten die reaktionären Traditionen des Mittelalters auch im Kapitalismus eine große Rolle und darauf hinzuweisen war nicht falsch. Das Problem war die Überbetonung oder Verabsolutierung. So ist das Problem einer Unterschätzung der aus den Klassenkämpfen des Kapitalismus erwachsenen Kontinuität und Weiterentwicklung der Judenfeindschaft entstanden und damit eine Unterschätzung der Judenfeindschaft in der Gegenwart und für die Zukunft. Das war ein wirkliches Grundproblem der Sozialdemokratie.

Allerdings gab es auch gegenteilige Positionen bei der Antwort auf die Frage nach den Ursachen für die Judenfeindschaft. Gesehen wurde vor allem die Funktion der Judenfeindschaft als Mittel der herrschenden Klasse, sowohl im Feudalismus als auch im Kapitalismus. Es wurde auch verstanden, dass angesichts des Entstehens eines jüdischen Proletariats und seiner revolutionären Teile auch hier die Judenfeindschaft zum Einsatz kommt und weiterhin kommen wird.

So richtig die Feststellung war, dass jene die Hauptmasse der judenfeindlichen Organisationen bildeten, die von reaktionären Traditionen geleitet und von der Aussicht angetrieben waren, sich auf Kosten der jüdischen Konkurrenten zu bereichern, so gab es doch eine Überbetonung des rein ökonomischen Faktors und eine Verkennung der Tatsache, dass ohne Judenhetze keinesfalls Judenfeindschaft in den Mittelschichten automatisch entstanden wäre.

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass bei der Frage der Ursachen der Judenfeindschaft es zu einer falschen Einschätzung der Bedeutung der ökonomischen und objektiven Faktoren (der realen Verhältnisse) kam und die Bedeutung des Überbaus, der Ideologie und Politik für die Judenfeindschaft unterschätzt wurde.

b) Welche Grundfunktion hat die Judenfeindschaft?

Das Problem bei der Beantwortung dieser Frage war, dass nicht vorrangig als Grundfunktion herausgearbeitet wurde, dass Judenfeindschaft ein Mittel des Klassenkampfs von oben ist, das bewusst eingesetzt wurde. Basierend auf ökonomistischen Erklärungen, wurde die Funktion der Judenfeindschaft fälschlich vorrangig aus dem Abwehrkampf der Mittelschichten gegen ihren Untergang erklärt. Die Grundfunktionen waren jedoch, von der herrschenden Klasse abzulenken und den Kampf der Ausgebeuteten durch Spaltung und Aufhetzung zu schwächen und zu verhindern. Allerdings gab es auch gewichtige Stimmen, die gerade auch diese Funktion hervorgehoben haben.

c) Welche Wirkung hat die Judenfeindschaft?

Eher untergeordnet und vereinzelt wurde auf die reale Bedrohung der jüdischen Bevölkerung durch die Judenfeinde hingewiesen. Erst sehr spät, dann aber auch sehr deutlich, wurde die Bedeutung der Judenfeindschaft für die Brutalisierung, Demoralisierung und Verdummung der Anhängerschaft herausgearbeitet, wobei durchaus umstritten war, inwieweit Judenfeinde auch in der proletarischen Klasse Anhänger gewinnen können und inwieweit die proletarische Klasse immun dagegen sei.

An diesem Punkt wird deutlich, dass in den Reihen der Sozialdemokratie die doch gewichtigen Analysen von Heinrich Heine und von Mitgliedern der jüdischen Gemeinde nicht aufgegriffen und ausgewertet wurden.

d) Welche Gesamteinschätzung der aktuellen Judenfeindschaft gab es?

Im Grunde wurde um diese Frage ein heftiger Kampf geführt, der aber nicht in einer direkten Auseinandersetzung ausgetragen wurde. Die Auffassungen von Vertretern der jüdischen Gemeinden waren hier unmissverständlich und richtungsweisend.

Unversöhnliche Positionen standen hier nebeneinander. Die richtige Ansicht, dass die Judenfeindschaft nur reaktionär sei, ein Kampf auf Leben und Tod geführt werden musste und man nur „über die Leiche des Antisemitismus“ hinweg vorwärtsschreiten konnte, hat sich nicht wirklich durchgesetzt. Gleichzeitig aber wurde die judenfeindliche Bewegung teilweise als antikapitalistisch eingeschätzt. Daraus wurde dann der falsche Schluss gezogen, dass es sich nur um „dumme Kerle“ handelte, dass die judenfeindlichen Organisationen säen, die Sozialdemokraten aber ernten würden, dass die judenfeindliche Bewegung schließlich wider Willen revolutionär wirken würde und in ihr gar eine angebliche Vorstufe des Sozialismus zu sehen sei.

In der Tat gab es auch Tendenzen, den Unterschied zwischen Hauptvertretern der Judenfeindschaft und ihren Anhänger überzubetonen und die Ansammlung charakterloser und reaktionärer Menschen bei der Anhängerschaft zu bagatellisieren, ja teilweise wurde sogar versucht, die Hauptvertreter in einem milden Licht erscheinen zu lassen.

Richtig und wichtig war auch, dass die Judenfeindschaft in mehreren Beiträgen keinesfalls nur auf die neuen, sich antisemitisch nennenden Organisationen beschränkt wurde, sondern die judenfeindlichen Grundpositionen der viel mächtigeren konservativen Parteien aufgedeckt wurde.

Vereinzelt wurde auch richtig der Zusammenhang zwischen deutschem Nationalismus und Judenfeindschaft erkannt.

Aus all dem ergaben sich auch unterschiedliche Antworten, wie die Judenfeindschaft zu bekämpfen ist.

e) Wie die Judenfeindschaft bekämpfen?

Eindeutig war, dass die judenfeindliche Bewegung sich direkt gegen die Sozialdemokratie richtete und daher auch bekämpft werden musste. Eher vereinzelt, aber deswegen dennoch von besonderem Gewicht, gab es Aufrufe zur Solidarität mit der jüdischen Bevölkerung. Außerordentlich positiv einzuschätzen – auch wenn es hierzu nur vereinzelt Äußerungen gab – ist die Haltung zur Religion, wo grundlegend richtig im Kampf gegen religiöse Judenfeindschaft das Recht auf Religionsaus-

übung für alle Religionen, also auch der jüdischen Religion propagiert wurde.

Die Hauptfrage im ideologischen Kampf war aber, wann, auf welchen Gebieten und wie der judenfeindlichen Hetze entgegengetreten werden sollte.

Auch hier gab es recht unterschiedliche Einschätzungen und Antworten. Das Grundproblem war, inwieweit Zugeständnisse gemacht wurden. Es gab eine gut gemeinte, aber ganz falsche Denkfigur, die aus der Zeit der Aufklärung stammte und teilweise von der Sozialdemokratie übernommen wurde. Es wird den Judenfeinden zugestanden, dass die jüdische Bevölkerung im Mittelalter wucherisch, übel und verdorben gewesen sei (was teilweise auch mit dem Akzeptieren des Konstrukts einer „jüdischen Rasse“ einherging). Die Einschätzungen der Judenfeinde werden auf diese Weise bestätigt, anstatt sie zu wiederlegen. Gestritten wird dann über die Ursache. Als Ursache müsse die Unterdrückung der jüdischen Bevölkerung durch die christlich-feudale Mehrheitsgesellschaft und das schändliche Wirken der Judenfeinde gesehen werden und keinesfalls können dafür angeborene Eigenschaften der jüdischen Bevölkerung angeführt werden. Diese Argumentationskette beinhaltet in Wirklichkeit ein weitgehendes Zugeständnis und ist grundfalsch.

So richtig eine direkte Polemik gegen rassistische Ansätze war, so grundfalsch war aber auch die Übernahme der Behauptung, sei es als Entgegenkommen oder aufgrund falscher eigener Ansichten, dass „die Juden“ Wucherer gewesen seien und diese „Eigenschaft“ gar bis in die Gegenwart behalten hätten.

Zugeständnisse gab es auch auf folgenden Gebieten: Verleumdungen und absurde Behauptungen wurden nicht deutlich als solche gekennzeichnet, sondern im Detail diskutiert. Am gravierendsten dabei war die „Ja, aber …“-Methode, etwa wenn es um die Beschuldigung ging, dass alle Juden Wucherer seien oder auch wenn die Judenfeinde statistische Zusammenhänge zwischen Religionszugehörigkeit und Straftaten konstruierten. So legitim es ist (und auch das wurde getan), das Ansehen der Judenfeinde durch Aufdeckung extremer Absurditäten und Lügen zu diskreditieren, so falsch ist es, sie als Diskussionspartner ernst zu nehmen. Mit dem Streit über Details und die Interpretation von statistischem Material werden Judenfeinde immanent als relevante Diskussionspartner aufgewertet und unwichtigen Themen wird so ein Stellenwert gegeben, den sie nicht haben. Dieser Aspekt wurde gerade von Vertretern der jüdischen Gemeinden nachdrücklich klargestellt.

Auch die Irrelevanz von solchen Zahlenspielen wie die Anzahl jüdischer Mitglieder im Vorstand der Sozialdemokratie, die Anzahl jüdischer Viehhändler und städtischer Wucherer, die Anzahl von Juden bei verschiedenen Straftaten usw. wurde oft nicht prinzipiell aufgedeckt und als Argument abgelehnt.

Von ganz besonderem Gewicht war auch der oft fatale Umgang mit judenfeindlich geprägten Sprachbildern. Es wurde unerträglich oft der Sprachgebrauch „der Jude“, „jüdisches Kapital“ usw. übernommen, auch wenn gleichzeitig durchaus Kritik an solchen Verallgemeinerungspraktiken existierte. Es wurde jedoch auch grundlegend abgelehnt, von „christlichem“ und „jüdischem Kapital“ zu sprechen, was innerhalb der Sozialdemokratie eher selten vorkam.

Eher eine Ausnahme war dagegen, dass die aufgrund der Proteste gegen die Judenfeindschaft vereinzelt vorkommende strafrechtliche Verfolgung der Judenfeinde als zu hart und als unangemessen eingeschätzt wurde, obwohl genau das Gegenteil richtig gewesen wäre. Es wurden aber auch Gefängnisstrafen für Judenfeinde gefordert.

* * *

Gezeigt hat sich also: Die Schwächen der Sozialdemokratie auf theoretischem und ideologischen Gebiet waren im Kampf gegen Judenfeindschaft gravierend, oft erschütternd und manchmal schwer zu begreifen. Allerdings hat sich gezeigt, dass eine rein theoretische Analyse all dieser Fragen in keiner Weise ausreichend ist, da die grundlegende demokratische und sozialistische Bildung der Anhängerschaft der Sozialdemokratie ganz offensichtlich in der Praxis auf dem Niveau war, Aktionen und Kämpfe insbesondere gegen Versammlungen der judenfeindlichen Parteien und Organisationen in Stadt und Land durchzuführen.

Für Freund und Feind war klar, dass der Judenfeindschaft und judenfeindlichen Organisationen der Kampf angesagt wurde. In erster Linie wurde eine Unversöhnlichkeit zwischen Sozialdemokratie und Judenfeinden deutlich, wie auch von Vertretern der jüdischen Gemeinden gesehen und anerkannt wurde. Das war und bleibt die Hauptsache der politischen Linie der damaligen Sozialdemokratie, wie sich auch im konkreten Kampf ihrer Aktivistinnen und Aktivisten gegen Judenfeinde in Versammlungen und auf der Straße zeigte.

Im Großen und Ganzen stehen wir zu der These, dass auch die schwerwiegendsten Fehler jedoch Fehler im Kontext eines ausgesprochen wichtigen Kampfs gegen die Judenfeindschaft waren.

Veranstaltung angekündigt. Es waren nur Arbeiter und Arbeiterinnen eingeladen. Um 20 Uhr waren ca. 4000 Arbeiter und Arbeiterinnen in der Veranstaltungshalle. Die Veranstaltung ging bis ca. 23.00 Uhr.

Die Veranstaltung richtete sich gegen den Judenfeind Stöcker, aber es waren auch Stöcker Anhänger anwesend.

Die Veranstaltung beginnt mit dem Referat von Ewald. Er fordert „Gleiches Recht für alle“ und geht auf die Repression der jüdischen Bevölkerung in Deutschland ein und weist auf ihre Leiden hin. (S. 4) Weiter führt er aus, dass Stoecker nicht Nächstenliebe, sondern Hass gegen die Juden und Jüdinnen predigt. (S. 4) Schließlich legt Ewald, nach einigen rhetorischen Ausflügen, eine Resolution vor, in der zu Recht „alte Vorurteile“, wie der „Rassenhass“ benannt sowie die Unvereinbarkeit der Judenfeinde mit demokratischen Positionen und den Interessen der Lohnabhängigen herausgestellt werden. (S. 5/6) Abschließend erklärt die Resolution deutlich:

> „Wir warnen alle städtischen und ländlichen Lohnarbeiter Deutschlands vor den Betörungsversuchen gewisser angeblicher Volksfreunde der verschiedensten Art, sich zu einer Beteiligung an jener haltlosen und widersinnigen Bewegung verleiten und als Werkzeug zu ihren selbstsüchtigen Zwecken gebrauchen zu lassen. Ebenso warnen wir die Arbeiter vor irgendwelcher Beteiligung an dieser sie nicht direkt berührenden Bewegung.“ (S. 6/7)

In der nachfolgenden Debatte, in der auch Anhänger Stoeckers ihre primitiven judenfeindlichen Positionen darlegten, gab es nicht unberechtigte Kritik an der zu langen und umständlichen Resolution. Es gab im Einleitungsreferat auch arge immanente Begründungen wie, dass die Judenfeinde das sogenannte Ansehen Deutschlands im Ausland schädigen würden oder ähnliches. (S. 5) Aber vorherrschend war die prinzipielle Ablehnung von Stoecker. Der Tischler Wegfraß betonte:

„Die ganze Judenfrage ist nichts weiter als ein Kunststückchen der Reaktion. Wer nicht die volle Gleichheit will, der hat kein Anrecht auf den Ehrentitel eines demokratischen Arbeiters…

Herr Stoecker sucht die Arbeiter zu verführen, er erregt Hass und Leidenschaft und wenn wir nicht mannhaft gegen ihn auftreten, dann wird seine Agitation noch zu Mord und Totschlag führen." (S. 11/12)

Ablenkung

„In dem Antisemitismus, welcher der Unzufriedenheit mit ihrer Klassenlage eine gewisse Anerkennung zu Teil werden ließ, sah man ein vorzügliches Mittel, den Arbeiter allmählich von seiner für den Kapitalismus so unbequemen Klassenerkenntnis abzubringen und den gefährlichen sachlichen Kampf der Arbeiter in einen ungefährlichen Personenkampf umzuwandeln." (1890)[10]

Es wurde vom Fabrikarbeiter Mayer auch eine kurze und knackige Resolution gegen die zu lange und umständliche Resolution vorgeschlagen:

„In Anbetracht, dass die Deutschen Arbeiter den Grundsatz: .Gleiches Recht für Alle! festhalten, spricht die heutige Versammlung Berliner Arbeiter ihr Bedauern darüber aus, dass auf Veranlassung des Herrn Hofprediger Stöcker gegen eine einzelne Religionsklasse ohne jeden stichhaltigen Grund eine Agitation ins Leben gerufen ist, welche für die öffentliche Ruhe und Sicherheit gefährdend wirken kann, sieht sich zu der Erklärung genötigt, sich der Bewegung der sogenannten .Germanen' (Antisemiten) fernhalten zu wollen und fordert alle Deutschen Arbeiter auf, diese Erklärung beizutreten." (S. 7)

Schließlich wurde um ca. 23.00 gegen ca. 10 Gegenstimmen die ursprünglich vorgeschlagene Resolution angenommen.

Erneute handfeste Gegenwehr sozialdemokratischer Aktivistinnen und Aktivisten ab 1890

In den Städten

Ab 1890 gingen sozialdemokratische Aktivistinnen und Aktivisten zunehmend gegen Judenfeinde vor. Mutige Aktivistinnen und Aktivisten störten und sprengten Versammlungen der Judenfeinde, die meist keine Redner aus den Reihen der Gegner der Judenfeinde zuließen.

Teilweise gelang es auch, auf Veranstaltungen der Judenfeinde eigene Rednerinnen und Redner einzuschleusen bzw. Gegenreden zu halten und sogar Resolutionen zur Abstimmung zu bringen.

In Lörrach wurde am 1. Mai 1890 eine Veranstaltung von Judenfeinden von den anwesenden „etwa 200 Arbeitern und Freisinnigen" übernommen und ein eigener Versammlungsleiter gewählt, da man verhindern wollte, dass ein „Judenhetzer" sein „schändliches Treiben fortsetze". Von der Mehrheit der Versammlung wurde unterbunden, dass der judenfeindliche Anmelder der Veranstaltung zu Wort kam. Die Versammlung wurde auf Veranlassung der Judenfeinde polizeilich unter Berufung auf das „Sozialistengesetz" aufgelöst.[11]

In Erfurt störten sozialdemokratische Aktivistinnen und Aktivisten den „Antisemitentag" im Juli 1890. Ein judenfeindlicher Redner erklärte, dass die Sozialdemokratie „einen jüdischen Rechtsanwalt im Reichstag" habe, worauf der Sozialdemokrat Noack brüllte: „Da sind wir stolz darauf!" Er referierte Engels mit den Worten: „Wir verdanken den Juden zu viel, als dass wir antisemitisch sein dürften."[12]

Im August 1890 „besuchten" in Berlin sozialdemokratische Aktivistinnen und Aktivsten eine Versammlung von Judenfeinden, um eine Resolution zur Abstimmung zu bringen, in der die „Schändlichkeiten des Antisemitismus in immer weiteren Kreisen" bekannt gemacht werden sollte. Die Resolution wurde von der Mehrheit der anwesenden Judenfeinde letztlich abgelehnt.[13]

Im April 1891 störten Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten eine Versammlung des „Antisemitischen Vereins" in Berlin, auf der sich der judenfeindliche Reichstagsabgeordnete Rickenbach über „Judentum und Sozialdemokratie" ausließ.[14] Im gleichen Monat störten sozialdemokratische Aktivistinnen und Aktivisten eine Versammlung der Deutschsozialen-antisemitischen Partei Böckels. Sie machten fast die Hälfte des Publikums aus und hielten zahlreiche Gegenreden.[15]. Im Oktober 1891 wurde eine Versammlung des judenfeindlichen Deutschnationalen Reformvereins in Lahr massiv gestört.[16] Im Dezember 1891 sprengten sozialdemokratische Aktivistinnen und Aktivisten in Darmstadt eine Versammlung der Judenfeinde.[17]

Anfang Mai 1892 sprach auf einer Versammlung in Chemnitz der judenhetzerische Wanderprediger Dr. Danneil aus Bielefeld. Gegner der Judenfeinde störten die Versammlung, die am Ende gegen fünf Stimmen eine Resolution annahm, die „sich mit größter Entschiedenheit gegen den Antisemitismus ausspricht".[18] Im „Mitteilungsblatt des Abwehrvereins" vom März 1892 wird berichtet, dass in Oranienburg eine Versammlung der Judenfeinde durch eine Mehrheit sozialdemokratischer Aktivistinnen und Aktivisten gestört wurde und der judenhetzerische Redner seinen Beitrag nicht halten konnte.[19] Im Februar 1893 berichtet die „Sächsische Arbeiter-Zeitung", dass bei einer Veranstaltung der Judenfeinde in Possendorf zwei Aktivisten der Sozialdemokratie als Gegenredner auftraten.[20] Die „Sächsische Arbeiter-Zeitung" gab die Gegenrede des Aktivisten Breslauer wieder:

„… Hierauf sprach Genosse Breslauer, welcher u. a. erklärte, da der (antisemitische) Referent behauptet habe, es gebe keine arbeitenden Juden, dass er Jude und Arbeiter sei und er dem Referenten viele jüdische Arbeiter nachweisen könnte, es sei nicht eine Religion und eine Rasse an dem heutigen Elend schuld, sondern die Übermacht des Kapitals."[21]

Im gleichen Monat störten Aktivisten der Sozialdemokratie zusammen mit Linksliberalen in Zittau eine Veranstaltung von Judenfeinden.[22]

Im April 1893 ist eine gemeinsame Aktion von Mitgliedern der Jüdischen Gemeinde und sozialdemokratischen Aktivisten in Wolfenbüttel dokumentiert. Mitglieder der Jüdischen Gemeinde hatten Eintrittskarten für eine Veranstaltung von Judenfeinden aufgekauft und an Sozialdemokraten verteilt.

Kapital hat keine Religion!

„Was sage ich? Christliches Kapital? Das Kapital ist nicht christlich und es ist nicht jüdisch. Das Kapital hat keine Religion, als seine eigene und die ist: die Arbeiter auszubeuten." (1893)[23]

Im „Mitteilungsblatt des Abwehrvereins" vom März 1893 wird positiv von einer Rede Wilhelm Liebknechts berichtet, die dieser gegen die Judenfeindschaft gehalten hatte:

„Leipzig, 5. März. In einer heute Vormittag abgehaltenen Sozialdemokratischen Versammlung sprach der Reichstagsabgeordnete Liebknecht über Sozialismus und Antisemitismus. Der Redner wendete sich in den schärfsten Aus-

brüchen gegen den Antisemitismus. Die Sozialdemokratie würde nie die Sippe der Antisemiten unterstützen. Redner schloss mit den Worten:

‚Das Narrenschiff des Antisemitismus wird zerschellen an der Kultur unserer Zeit und an der heutigen Sozialdemokratie.‘

Die Versammlung erklärte sich durch die Annahme einer Resolution mit den Ausführungen des Redners einverstanden.“[24]

Auf dem Land

Ab 1890 gingen sozialdemokratische Aktivistinnen und Aktivisten vor allem auf dem Land aktiv und teilweise ohne konkrete Anleitung durch die Zentrale gegen die Judenfeinde vor. Bereits 1889 hatten sie von der sozialdemokratischen Führung eine deutliche Stellungnahme, konkrete Handlungsanweisungen und eine Unterstützung im Kampf gegen die sich ausbreitende Judenfeindschaft gefordert. Der Marburger Delegierte Zappay forderte auf dem Parteitag der Sozialdemokratie 1890 geradezu verzweifelt Unterstützung für „kräftige Gegenreaktionen“ gegen die Judenhetzer:

„Die Genossen von Marburg beantragen, dass in Anbetracht des Vordringens der antisemitischen Bewegung auf immer weitere Kreise und der verwerflichen Kampfweise, welche sich die Antisemiten speziell gegen die Sozialdemokraten bedienen, die Partei, die Parteigenossen Marburgs in irgendeiner Weise unterstützt, damit am Herde der antisemitischen Agitation eine kräftige Gegenreaktion entwickelt werden kann.“[25]

Der Antrag wurde an den Parteivorstand überwiesen. Ein weiterer, nicht behandelter Antrag lautete:

„Die Genossen des Wahlkreises Friedberg-Büdingen beantragen, der Parteitag wolle beschließen, in den ländlichen Wahlkreisen von Zeit zu Zeit, auf Kosten der Partei, ein Flugblatt erscheinen zu lassen, welches geeignet ist, die Agitation, den antisemitischen wie den anderen reaktionären Bestrebungen gegenüber, zu fördern. H. Westphal, H. Prinz, Friedberg-Büdingen“[26]

Gefordert wurde auch ein Wochenblatt für die ländliche Bevölkerung. Solche richtigen Forderungen wurden auf dem Parteitag und danach aber wohl weitgehend ignoriert, teilweise auch abgelehnt. So wiegelte das Zentralorgan 1893 die wiederholten Aufforderungen, eine solche Literatur zu schaffen, mit dem ökonomistischen Selbstlauf-Argument ab, dass „die Verhältnisse […] unsere besten Agitatoren (sind)“. „Die Verhältnisse […] werden uns […] die Masse der deutschen Bauern zuführen.“ (Vorwärts, Nr. 206, 2.9.1893) Abgelehnt wurde auch die Herausgabe eines Wochenblatts für die Landagitation. [27]

Die Agitationskomitees agierten im Kampf gegen die Judenfeinde – positiv ausgedrückt – relativ selbstständig in Ermangelung einer Anleitung durch das Parteizentrum. Sie schätzten die Judenhetze als weit gefährlicher und bedrohlicher ein als manch führender Kader in der Zentrale. Neben dem Verteilen von Flugblättern, Broschüren und Zeitungen und mündlicher Agitation führten sie eigene Veranstaltungen durch oder störten bzw. sprengten Veranstaltungen der Judenfeinde.[28] Im Gegensatz zum Zentralorgan der Partei berichteten regionale Blätter und Broschüren der Agitationskomitees über die Aufklärungsarbeit anderer Ortsvereine gegen die völkische Ideologie, stellten die praktischen Konsequenzen der Judenhetze an Beispielen aus dem Alltagsleben vor und griffen einzelne judenfeindliche Broschüren heraus, um sie zu wiederlegen. Vorträge und Reden gegen die Judenfeindschaft (so etwa die Rede Wilhelm Liebknechts 1893 in Leipzig) wurden nachgedruckt.[29] Damit gingen sie von der berechtigten Vermutung aus, dass derartige Publikationen durchaus auch von Aktivistinnen und Aktivisten verwendet werden konnten, die der Sozialdemokratie nahestanden, und fühlten sich für deren Verbreitung verantwortlich.

Nationalismus und Antisemitismus

„Es ist nur eine logische Konsequenz des übertriebenen Nationalitätsgedankens, wenn die auf ihre christlich-germanische Stammesreinheit stolzen Klassen auch dem Judentum gegenüber ein pathetisch-feindselige Pose einnehmen. (…) Dieser Zusammenhang zwischen Nationalitätsüberschwänglichkeit und Antisemitismus ist ein so logischer, dass er von vorurteilsfreien Männern bereits vorausgesagt wurde zu einer Zeit, da der Antisemitismus noch als Embryo im Schoße des Nationalitätsgedankens ruhte.“ (1890)[30]

In Marburg gaben Paul Baader und Kurt Eisner mit gewissem Erfolg die „Hessische Landeszeitung“ heraus. Das „Volksblatt für Hessen und Waldeck“ verwertete selbst Quellen der liberalen Presse im Kampf gegen die Judenfeindschaft.[31] Auch in Westfalen und Hamburg sollen sozialdemokratische Aktivistinnen und Aktivisten den Judenfeinden „am schärfsten zugesetzt“ haben.[32]

Für fast alle Landagitatoren bedeutete dies insbesondere, dass sie der judenfeindlichen Bewegung unter den Bäuerinnen und Bauern sowie vor allem auch der vordringenden rassistisch-völkischen Judenfeindschaft den Kampf ansagen mussten.

In Hessen sprengten Aktivistinnen und Aktivisten Versammlungen von Judenfeinden und lieferten sich Straßenschlachten mit den Böckel-Anhängern.[33] Anfang 1891 sprengten sozialdemokratische Aktivistinnen und Aktivisten eine judenfeindliche Versammlung in Windecken und drängten in einer regelrechten Straßenschlacht die Böckel-Anhänger aus dem Ort hinaus. Gegen die Sozialdemokraten wurden Militäreinheiten eingesetzt.[34]

Ein Aktivist aus Frankfurt berichtet von einem „Landsonntag“ im Februar 1892:

„In … gewesen. Versammlung niedergeschrien. Großer Tumult. Wir geprügelt. Versammlung aufgelöst. Zurückgefahren für 5.- Mark auf Leiterwagen. Dabei halb erfroren. Von frühmorgens bis abends 10 Uhr nichts gegessen. Hosen zerrissen. Eine Menge Geld verbraucht. ‚Glücklich‘ in Fr. angekommen. Die verflossene Nacht von nichts als von Stöcken, Gendarmen und Stuhlbeinen geträumt.“[35]

Man verweigerte den Aktivistinnen und Aktivisten Räume für Veranstaltungen oder Übernachtungsmöglichkeiten und die Judenfeinde gingen nicht selten mit Gewalt gegen ihre Gegner vor. So wird im „Vorwärts“ berichtet, dass am 1. März 1890 verhetzte Bewohner des Dorfs Blumberg bei Berlin Arbeiterinnen und Arbeiter aus Berlin überfielen:

„Mächtige Feldsteine wurden von allen Seiten in den durch eine Plane gedeckten Kremser geschleudert, mit Messern stachen die Angreifer in den Wagen hinein und fielen mit dicken, armstarken Knüppeln, aus welchen z. T. Nägel hervorragten, über die Berliner Arbeiter her.“[36]

In Jöllenbeck bei Herford verletzten verhetzte und mit Messern, Knüppeln und Steinen bewaffnete Dorfbewohner unter Duldung der Gendarmerie sieben Aktivistinnen und Aktivisten schwer. Aus der hä-

mischen Berichterstattung der reaktionären Presse geht explizit hervor, dass sich an den Aktionen gegen die Judenfeinde auch sozialdemokratische Aktivistinnen beteiligt hatten.

Im Februar 1893 berichten die „Mitteilungen aus dem Verein zur Abwehr des Antisemitismus“ über eine Versammlung, in dem Aktivisten das Wort ergriffen.

Mit richtigen Argumenten ergriff in dieser Versammlung der Schlosser Rom das Wort:

> „Ich frage Herrn Zenter, weshalb hat die christliche Religion, die schon fast 2000 Jahre die Weltherrschaft hat, dass Elend und die Nöth noch nicht aus der Welt geschafft? Plötzlich sollen an allem die Juden schuld sein …. Der Jude wird den ländlichen Arbeitern als Köder hingeworfen und wenn die Sozialdemokraten aufs Land kommen …, dann werden sie aus dem Dorfe hinausgeknüppelt. Das ist die Freiheit der Antisemiten.“[37]

Ein anderer Arbeiter ging auf antijüdische Verleumdungen („christliche Ausbeutung“, „Rasse“ usw.) ein:

> „Der Metallarbeiter Litsin führte des Längeren aus, dass es für die Sozialisten keine Judenfrage, sondern nur eine soziale Frage gebe. … Allerdings sei es Aufgabe der Sozialisten, die Arbeiter über die wahren Ursachen des Elends aufzuklären und sie davor zu warnen, den Antisemiten Heeresfolge zu leisten, denn es sei für jeden Klarsehenden kein Zweifel, dass der Antisemitismus nur ein reaktionärer Vorspann sei, den die Regierung benutze, einmal gegen den Liberalismus und das andere Mal gegen das revolutionäre Proletariat auszuspielen.“[38]

Aufstellung Paul Singers als Kandidat für den Reichstag

Während die sogenannten liberalen Parteien angesichts des Vormarsches der Judenfeinde immer seltener jüdische Kandidaten aufstellten, verhielt sich die Sozialdemokratie gerade anders. 1871 wurden mit Gabriel Löwenstein in Fürth und dem Lehrer Samuel Spier in Sachsen für die Landtagswahlen erstmals jüdische Abgeordnete der Sozialdemokratie aufgestellt. 1874 gelang es erstmals einem sozialdemokratischen Kandidaten – Johann Jacoby –, ein Mandat zu gewinnen. Jacoby trat das Mandat jedoch wegen der Ablehnung des Parlamentarismus nicht an.

Angesichts der zunehmenden Judenfeindschaft stellte die Sozialdemokratie 1883 unter den Bedingungen des „Sozialistengesetzes“ bewusst und demonstrativ Paul Singer als Kandidaten für die Berliner Stadtverordnetenwahl auf.

Seit 1868 verband Singer mit Bebel und Liebknecht eine enge Freundschaft. Berufliche Reisen ins Ausland waren eine gute Tarnung, um mit Genossinnen und Genossen im Exil Verbindung zu halten, Gelder zu sammeln usw. Ende November 1878 besuchte Singer Marx und Engels in London, um sie über die Lage in der Partei zu unterrichten und ihren Rat einzuholen.[39] Im Juni 1879 fuhr er erneut nach London, um mit Marx und Engels die Herausgabe eines neuen Parteiorgans nach dem Verbot des „Vorwärts“ zu besprechen.[40] Wenige Wochen später erschien dann in Zürich die erste Nummer des „Sozialdemokrat“.

Seine Aufstellung als Kandidat zur Berliner Stadtverordnetenwahl 1883 war ein bewusstes und demonstratives Statement der Sozialdemokratie gegen Judenfeindschaft. Die Berliner Arbeiterinnen und Arbeiter unterstützten dieses Statement, indem sie Singer im ersten Wahlgang mit absoluter Mehrheit wählten. 1884 wurde Singer erstmals in den Reichstag gewählt. Er gewann das Mandat mit absoluter Mehrheit und sollte es 27 Jahre lang bis zu seinem Tod verteidigen.

Dies war nicht nur eine Demonstration der Sozialdemokratie gegen die Judenfeindschaft, es wurde zunehmend eine machtvolle Demonstration der Arbeiterinnen und Arbeiter in Berlin, die gegen die reaktionäre Judenhetze ihren Paul Singer feierten. Ein vor den Nazis geflohener Augenzeuge berichtete viele Jahrzehnte später 1944:

> „Und da geschah das, weswegen ich hier davon erzähle. Vom obersten Rang herab nämlich klang es plötzlich in den Raum, mit einer unendlich zärtlichen Stimme ‚Judenpaule! Judenpaule!‘ Die Massen horchten auf. ‚Bravo Judenpaule! Hoch, Judenpaule!‘ tönte es noch von oben. Und wie eine Flamme sauste der Ruf durch den Saal. Einzelne nahmen ihn auf. Jetzt mehrere. Jetzt ganze Scharen. Und bald schwoll es zu einem Orkan. Das Wort war völlig aus der Art der Berliner Arbeitersprache geboren. So würde man auch sonst etwa einen Berufsgenossen jüdischen Glaubens angeredet haben, mit einer spielenden Charakteristik seiner Besonderheit, ohne eine Spur von unerfreulichem Nebengeräusch. Auch hier benutzte man diese Titulierung völlig harmlos. Sie war lediglich ein Ausdruck noch gesteigerter Vertrautheit. Das verstanden alle. Hunderte, Tausende wiederholten: ‚Judenpaule! Judenpaule!‘ Es umbrauste die mächtige Gestalt des Gefeierten, der noch am Rednerpult stand und, zuerst erstaunt und sprachlos, dann bis ins Innerste ergriffen, die eigenartige Huldigung entgegennahm. Diese Arbeiter konnten sich gar nicht beruhigen. Sie stürmten auf das Podium und holten Singer herunter. Sie hoben ihn hoch und trugen ihn im Triumph aus dem Gebäude auf die Straße …. So etwas begab sich einmal in Deutschland. Es ist freilich fast zwei Menschenalter her …“[41]

Als Singer im Juli 1886 unter dem „Sozialistengesetz“ wegen seiner revolutionären Tätigkeit aus Berlin ausgewiesen wurde, gelang es rund 50 sozialdemokratischen Genossinnen und Genossen und Vertretern der Jüdischen Gemeinde trotz massivem Polizeiaufgebot, Singer am Bahnhof zu verabschieden.[42] Tausende Arbeiterinnen und Arbeiter solidarisierten sich und besetzten die Stadtbahnzüge, um Singers Verabschiedung gegen die

Paul Singer (1844 – 1911)

Paul Singer übernahm nach einer kaufmännischen Lehre die elterliche Textilfabrik. In den 60er Jahren bewegte er sich im Umfeld radikaler bürgerlicher Demokraten um Johann Jacoby. Während des Deutsch-Französischen Krieges 1870/71 schloss er sich dem von der Sozialdemokratie angeführten Protest gegen die Bismarcksche Raubpolitik nach außen (Annexion Elsass-Lothringens) und der Unterdrückungspolitik nach innen an. Er war einer jener 101 Berliner radikaldemokratischen Unterzeichner einer Resolution Johann Jacobys, die gegen den chauvinistischen Taumel im konterrevolutionären Raubkrieg gegen Frankreich auftraten. Singer blieb von 1890 bis zu seinem Tod am 31. Januar 1911 Vorstandsmitglied der Sozialdemokratie und Abgeordneter im Reichstag. In seiner politischen Tätigkeit nahm der Kampf gegen den erstarkenden deutschen Militarismus einen wichtigen Platz ein. In einer Rede auf dem Parteitag der Sozialdemokratie 1892 in Berlin prägte er die später von Karl Liebknecht aufgegriffene Parole: „Dem Militarismus, dem herrschenden Militärsystem keinen Mann und keinen Groschen!“ In den Folgejahren setzte er sich gegen die imperialistischen Raubzüge des deutschen Imperialismus in China und Afrika ein.

Polizei durchzusetzen.[43] Sein Abschiedsgruß an die Berliner Arbeiterinnen und Arbeiter wurde in 20.000 Exemplaren in Berlin verteilt.

Reaktionär durch und durch

„Die Haltung der Sozialdemokratie gegenüber dem Antisemitismus ist nach dem Gesagten klar: hat auch dieser dem Sozialismus seine Schlagworte entlehnt, donnert er auch gegen das ‚Kapital', so ist er doch reaktionär durch und durch…Man sieht, es gibt nichts der Sozialdemokratie Feindlicheres, als den Antisemitismus." (1885)[44]

Für Singer selbst hat das religiöse Judentum keine wichtige Rolle gespielt. Seit seiner Jugend war er aber Mitglied der Berliner jüdischen Gemeinde und blieb es auch zumindest bis Ende der 1880er Jahre. Ein Austritt wäre für ihn ein Akt der Feigheit gewesen, der Entsolidarisierung mit denjenigen, die mit ihm als Juden verleumdet, entrechtet und selbst verfolgt wurden[45], wie Richard Fischer in seiner Grabrede bei der Beerdigung von Singer mitteilte.[46] Mehrmals, so wird in der Literatur berichtet, sei Singer in den 1880er Jahren von Sozialdemokraten wegen seiner Mitgliedschaft in der jüdischen Gemeinde als inkonsequent kritisiert worden. Über die Motive solcher Kritiken ist nichts bekannt, wobei dies aber nichts Gutes vermuten lässt.

Von den Reaktionären wurde Singer als Jude angegriffen. Nachdem er 1887 erneut in den Reichstag gewählt worden war, starteten sie im Berliner Stadtverordnetenparlament, im Reichstag, aber auch in der Presse und in Flugblättern eine judenfeindliche Kampagne gegen Singer den „Juden" und „blutsaugerischen Ausbeuter". Eduard Bernstein schildert dies rückblickend 1907 wie folgt:

„… Wir haben gesehen, dass im November 1887 die Wahlbeteiligung der Sozialisten im 37. Kommunal-Wahlbezirk den Durchfall des antisemitisch-konservativen Häuptlings Dopp zur Folge hatte. In der Wut darüber gaben die Antisemiten zwei Flugblätter heraus, worin behauptet wurde, der ‚Jude' und ‚blutsaugerische Ausbeuter' Singer habe im Gegensatz zu den Beschlüssen von St. Gallen durch den Einfluss seines Geldes, ebenso, wie seinerzeit das Eintreten Virchows gegen Stoecker, so auch diesmal den hinters Licht geführten Berliner Arbeitern die Wahlbeteiligung aufnötigen lassen. Singer trat dieser durchaus unwahren oder vielmehr grundverlogenen Verdächtigung in einer scharfgefassten längeren Erklärung entgegen, die im ‚Volksblatt' und in der ‚Volkstribüne' vom 26. November 1887 abgedruckt ist. Es wurde ihm ein Leichtes, an der Hand der Tatsachen die verschiedenen Behauptungen der Antisemiten über sein angebliches Eintreten für Unterstützung der Freisinnigen zurückzuweisen; faktisch war Singer 1884 ursprünglich für Wahlenthaltung zwischen Virchow und Stoecker gewesen. Erst auf Drängen von Bebel, Hasenclever und Liebknecht hatte er in die Stichwahl zwischen den genannten eingegriffen, wobei er jedoch Sorge trug, seinen eigenen Standpunkt dadurch zu kennzeichnen, dass er die Parole so formulierte: ‚Nicht für Virchow, sondern gegen Stoecker!' Desgleichen hatte er im Herbst 1887 zwar, solange die Debatte im Vorstadium ruhiger Erörterung stand, sich für Beteiligung an den Kommunalwahlen ausgesprochen, dann aber, als der Streit sich zuspitzte, jede Einmischung entschieden abgelehnt, während Bebel, Hasenclever und Liebknecht den Berlinern, die sie um ihre Meinung angingen, rückhaltlos anrieten, an der Wahlbeteiligung festzuhalten. All das wusste man in Berlin, und so fielen in dieser Hinsicht die Verleumdungen der Antisemiten platt zu Boden.

In einem anderen Punkt blieb indes der Verleumdungsfeldzug nicht ganz ohne Erfolg, in dem echt antisemitischen Manöver, aus einer von einem Geschäftsteilhaber der Firma Gebrü-

Anzeige

Inhaltsübersicht

A. Stellungnahmen von Karl Marx und Friedrich Engels zur Judenfeindschaft: Praktische Solidarität und theoretische Positionen (1848–1893)

B. Der theoretische und politische Kampf der Sozialdemokratie gegen Judenfeindschaft (1874–1893) – Stärken und Schwächen

C. Die zentrale Rolle der Rede Bebels auf dem Kölner Parteitag der SPD 1893

D. Die Praxis: Handfeste Gegenwehr, klare praktische Statements

E. Zusammenfassung
1. Schwächen und Stärken des theoretischen und politischen Kampfs der Sozialdemokratie gegen Judenfeindschaft
2. Zur Vertiefung der Problematik sozialdemokratischer Stellungnahmen zur Judenfeindschaft
3. Positive und vorbildliche Gesichtspunkte im Kampf gegen die Judenfeindschaft

Fazit und Ausblick

Anhang: Dokumente der Sozialdemokratie
Dokument 1: Stellungnahme der sozialdemokratischen Fraktion im Reichstag zum Antisemitismus (1893)
Dokument 2: Resolution der Sozialdemokratie gegen den Antisemitismus (1893)
Dokument 3: Die Rede Bebels von 1893

332 Seiten,10 €, 1. Auflage 2019, ISBN 978-3-86589-121-7

Verlag Olga Benario und Herbert Baum, Postfach 102051
D-63020 Offenbach, www.verlag-benario-baum.de



der Singer angeblich getanen Äußerung über Lohnerhöhung verlangende Arbeiterinnen gegen Singer Kapital zu schlagen, diesen bewog, aus der Firma, die er gegründet und zu hoher Blüte gebracht hatte, auszuscheiden. Was die Wirkung auf die Partei anbetrifft, so bewiesen die Antisemiten sich freilich auch nur wieder als ein Stück von ‚jener Kraft, die wohl das Böse will, jedoch das Gute schafft'. Denn wenn der Schritt Singers auch für ihn persönlich materielle Schädigung bedeutete, so hatte die Sozialdemokratie den Vorteil, dass Singer ihr von nun ab seine ganze Kraft widmen konnte. Ein Prozess gegen die ‚Staatsbürger-Zeitung', die alle jene Verleumdungen gebracht hatte, endete mit einer Verurteilung des Redakteurs Bachler und einem vollen Triumph Singers. Nicht eine der gegen diesen gerichteten Beschuldigungen hatte vor Gericht die Probe bestanden …"[47]

Singer selbst gab Ende November 1887 eine als Beilage des „Berliner Volksblatts" vom 26. November 1887 abgedruckte Erklärung „Arbeiter Berlins! Parteigenossen" ab, in der es hieß:

„Zum zweiten Male seit wenigen Wochen ist Euch ein Flugblatt zugegangen, welches in bekannten ‚christlich-sozialen' Ausführungen sich mit meiner Person beschäftigt.

Wenn es mich auch mit Ekel erfüllt, mich mit diesem von frechen Lügen und elenden Verleumdungen strotzenden Machwerk abgeben zu müssen, so zwingt mir doch der Umstand, dass in mir meine Partei – die deutsche Sozialdemokratie – beschimpft wird, die Feder in die Hand …

Von mir im Verein mit einem Parteigenossen ging der Vorschlag aus, in allgemeiner öffentlicher Versammlung die Frage, ob Beteiligung (an den Kommunalwahlen, A. d .V.) oder Nichtbeteiligung zu entscheiden und danach zu handeln.

Dieser Tatsache gegenüber wagt das neueste Produkt christlich-sozialen Hasses die Behauptung aufzustellen, ‚der Jude befiehlt, dass die Arbeiter für den Fortschritt (für die Fortschrittspartei, A. d .V.) antreten, und sie müssen tanzen, wie der Jude pfeift'. Wie paart sich hier Gemeinheit und Wahnsinn."[48]

In einer Rede gegen die judenfeindlichen Aufmärsche angeblich „arbeitsloser Arbeiter" im März 1892 erklärte Singer im Reichstag:

„Der ganze Kampf der Antisemiten ist im Wesentlichen nichts anderes als der Wunsch, die Juden, die sie totschlagen, zu beerben."[49]

Bei seiner Beisetzung 1911 begleiteten eine Million Arbeiterinnen und Arbeiter auf einer siebenstündigen Demonstration den Sarg in einem Trauerzug. Das damals drei Millionen Einwohner zählende Berlin hatte noch nie zuvor eine solche Massendemonstration gesehen.[50]

Lenin berichtete wie folgt über Singers Beerdigung:

„Am 5. Februar dieses Jahres trug die deutsche Sozialdemokratie einen ihrer ältesten Führer, Paul Singer, zu Grabe. Die gesamte Arbeiterbevölkerung Berlins, viele Hunderttausende waren dem Ruf der Partei gefolgt und zur Trauerdemonstration erschienen, waren gekommen, um das Andenken eines Mannes zu ehren, der seine ganze Kraft, sein ganzes Leben in den Dienst der Befreiung der Arbeiterklasse gestellt hatte. Niemals hat die Dreimillionenstadt Berlin solche Massen gesehen: Nicht weniger als eine Million Menschen nahmen an dem Zug teil oder säumten die Straßen."[51]

***

Diese sicherlich nicht vollständige Darstellung des praktischen Kampfs der Sozialdemokratie soll unterstreichen, warum wir – trotz alledem – mit der damaligen sozialdemokratischen Partei solidarisch sind und uns als in dieser Tradition stehend verstehen.

Es gilt auch aus diesem Blickwinkel die praktischen Kämpfe der nachfolgenden kommunistischen Bewegung einzuschätzen und zu analysieren und zu prüfen, inwieweit an dieser positiven Tradition festgehalten wurde.

Positiv war auf jeden Fall die Festellung:

„Über die Leiche des Antisemitismus, über die zuckenden Kadaver der alten Parteien geht der Weg zum Siege." (1892)[52]

Endnoten:

[1] Siehe Der „Berliner Antisemitismusstreit" 1879–1881, Teil 2, München 2003, S. 774 **[2]** Ebenda **[3]** Siehe Martin Philippson, Neueste Geschichte des jüdischen Volkes, Band 2, Leipzig 1910, S. 22 **[4]** Ebenda **[5]** Brief von Bebel an Engels vom 14. Januar 1881. Zitiert nach: Werner Blumenberg (Hrsg.): August Bebels Briefwechsel mit Friedrich Engels, London – The Hague – Paris 1965, S. 101 **[6]** Eduard Bernstein, Geschichte der Berliner Arbeiterbewegung, 2. Teil, Berlin 1907, S. 60 **[7]** Zitiert nach: Leuschen-Seppel, Rosemarie: Sozialdemokratie und Antisemitismus im Kaiserreich, Bonn 1978, S.107[8] August Bebel: „Sozialdemokratie und Antisemitismus, Berlin 1893, S. 224 **[9]** Im Folgenden zitiert nach: Die Stellung der Arbeiter zur Judenfrage, Berlin 1881[10] Gerhard Krause: Zur Naturgeschichte der antisemitischen Bewegung in Deutschland, Berlin 1890, S.27f **[11]** Allgemeine Zeitung des Judentums (im Weiteren abgekürzt als: AZJ), Nr. 18/1890, Beilage Der Gemeindebote, S. 2 **[12]** AZJ 28/1890, S. 361: „Der Antisemitentag in Erfurt" **[13]** AZJ 33, 29.8.1890, S. 14 **[14]** AZJ Nr. 17/1891, Beilage Der Gemeindebote, S. 2 **[15]** AZJ Nr. 18/1891, Beilage Der Gemeindebote, S. 2 **[16]** AZJ Nr. 44/1891, Beilage Der Gemeindebote, S. 2, Lahr, 18. Oktober **[17]** Deutsch-Soziale Blätter, Nr. 175 vom 20.12.1891, S. 600 **[18]** AZJ Nr. 20/1892, Beilage Der Gemeindebote, S. 3 **[19]** Mitteilungen aus dem Verein zur Abwehr des Antisemitismus, 2. Jahrgang, Nr. 11, 12. März 1893, S. 94 **[20]** Siehe Pötzsch, Hansjörg: Antisemitismus in der Region, Wiesbaden 2000, S. 24 **[21]** Sächsische Arbeiter-Zeitung, Nr. 41 vom 18.2.1893, S. 196 **[22]** Deutsch-Soziale Blätter Beilage, Nr. 19 vom 14.5.1893 **[23]** Wilhelm Liebknecht: Rede über den Kölner Parteitag, Bielefeld 1893, S. 28 **[24]** Mitteilungen aus dem Verein zur Abwehr des Antisemitismus, 3. Jahrgang, Nr. 11, 12. März 1893, S. 108 **[25]** Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Abgehalten zu Halle a. S. vom 12. bis 18. Oktober 1890, Berlin 1890, S. 270 f. **[26]** Ebenda, S. 302 **[27]** Siehe Protokoll über die Verhandlungen des Parteitags der SPD, abgehalten zu Köln a. Rh. vom 22. bis 28. Oktober 1893, Berlin 1893, S. 151 **[28]** Siehe Mack, Rüdiger: Otto Böckel und die antisemitischen Bauernbewegung in Hessen 1887–1894, in: Wetterauer Geschichtsblätter. Beiträge zur Geschichte und Landeskunde, Band 16, Friedberg 1976 **[29]** Siehe Jürgens, Peter: Antisemitismus des dummen Kerls? Sozialdemokratie und Antisemitismus, Hamburg 2013, S. 49 **[30]** Ebenda, S.24f **[31]** Siehe Leuschen-Seppel, Rosemarie, Sozialdemokratie und Antisemitismus im Kaiserreich, Bonn 1978, S. 174 f. **[32]** Siehe ebenda, S. 173 **[33]** Siehe ebenda, S. 172 **[34]** Siehe Massing, Paul W.: Vorgeschichte des politischen Antisemitismus, Frankfurt/M. 1986, S. 192 ff. **[35]** Vorwärts, 6. Februar 1982 **[36]** Vorwärts, 4. März 1890 **[37]** Ebenda **[38]** Mitteilungen aus dem Verein zur Abwehr des Antisemitismus, 3. Jahrgang, Nr. 11, 12.3.1893, S. 3 **[39]** Siehe Gemkow, Heinrich: Paul Singer, ein bedeutender Führer der deutschen Arbeiterbewegung, Berlin 1957, S. 19 **[40]** Ebenda, S. 21 **[41]** Massing a. a. O., S. 183 **[42]** Siehe Gemkow a.a.O., S. 43 **[43]** Siehe ebenda, S. 43 **[44]** Karl Kautsky: Der Antisemitismus, in: Österreichischer Arbeiter-Kalender, Brünn 1885, S. 101 **[45]** Siehe ebenda, S. 43 **[46]** Rede Richard Fischers am Grabe Paul Singers, siehe Vorwärts, 28. Jahrgang, Nr. 32, 7. Februar 1911 **[47]** Zitiert nach: Heid, Ludger (Hrsg.): Eduard Bernstein, Ich bin der Letzte, der dazu schweigt. Texte in jüdischen Angelegenheiten, Berlin 2004, S. 155 f. **[48]** Zitiert nach: Gemkow, a. a. O., S. 73 f. **[49]** Paul Singer, Reichstagsrede. Zitiert nach: AZJ, Nr. 14/2891, Berlin, 28. März, S. 158 **[50]** Siehe Gemkow a. a. O., S. 5 **[51]** Lenin, W. I.: Paul Singer, 1911, Lenin Werke Band 17, S. 76[52] Kurt Falk: Antisemitismus und Sozialdemokratie, Elberfeld 1892, S. 3

Drucker, Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: W. Schulze, Osnabrücker Str. 26, 10589 Berlin ISSN 0948/5090
www.gegendiestroemung.net *Die Nutzung unserer Homepage sollte gut überlegt erfolgen, da jeder Zugriff staatlich registriert wird*

Proletarierinnen/Proletarier aller Länder, vereinigt euch!

GEGEN DIE STRÖMUNG

Organ für den Aufbau der Revolutionären Kommunistischen Partei Deutschlands

9/2019 September 2019

Die IAA 2019 in Frankfurt – ein Propagandaspektakel der Herrschenden:

IAA, „Auto-Ideologie“ und Kapitalismus bekämpfen!

Die IAA ist ein sich jährlich wiederholendes Propagandaspektakel der herrschenden Klasse in Deutschland. Hunderttausende Besucher werden erwartet. Die IAA präsentiert sich selbst „auf der Höhe der Zeit“: Die Belange der Menschen stehen angeblich im Vordergrund. Denn es gehe auf der IAA angeblich um „Lösungen für den Klimawandel“, so der Originalton.

Es geht auf der IAA in Wirklichkeit um etwas ganz anderes. Es geht erstens um kapitalistische Geschäfte. Die verschiedenen Autohersteller konkurrieren um den größten Anteil an den weltweiten Absatzmärkten für Autos und nutzen dafür auch die IAA. Es geht zweitens darum, die sogenannte „Auto-Ideologie“ zu verbreiten, einen Kult um das Auto zu inszenieren und zu propagieren. Diese Ideologie ist nicht neu. Sie existiert in Deutschland seit Jahrzehnten und hat ihren Ursprung in der Nazi-Zeit.

Manager der Autoindustrie – Ausgesprochen extreme Verbrecher

Der sogenannte „Dieselskandal“ zeigte deutlich, dass große Automobilkonzerne, wie VW, BMW und Mercedes, die tagtäglich weltweit ausbeuten, auch Verbrecher sind.

Das ist nicht neu. Schon seit den 60er Jahren hat VW z.B. in Brasilien ein eigenes Werk (Sao Bernardo) und hat die dort herrschende Militärdiktatur bis Mitte der 80er Jahre unterstützt. Mit Hilfe eines von geflüchteten deutschen Nazis aufgebauten Werkschutzes, der ähnlich gefürchtet war wie die brasilianische Militärpolizei, wurde versucht jeglichen Widerstand bei VW zu unterdrücken. Mercedes besitzt seit den 70er Jahren ein Werk in Buenos Aires und hat die Militärdiktatur in Argentinien von 1976 bis 1983 unterstützt, u.a. auch beim „Verschwinden-lassen“ von Gewerkschaftern und Gewerkschafterinnen, um das eigene Werk von „Linken“ zu säubern.

Beim „Dieselskandal“ wurde in riesigem Ausmaß systematisch betrogen, bestochen und manipuliert. Und wir kennen wahrscheinlich nur die Spitze des Eisberges! Die gesamte Riege der Manager, die sich auf der IAA trifft, sind offensichtliche Schwerverbrecher, die selbst nach bürgerlichen Maßstäben eigentlich Jahrzehnte ins Gefängnis gesteckt werden müssten.

Dass dies nicht passiert und dass eigentlich gar nichts passiert zeigt, dass dieser Staat ein Staat ist, der die Kapitalisten beschützt.

Die Vergiftung der Luft und der Atmosphäre durch die Autoindustrie

Die „Friday-for-Future“-Bewegung, die seit einigen Monaten mit Schulstreiks und anderen Aktionsformen den Kampf gegen die Vergiftung der Erde und den Raubbau an der Natur aufgenommen hat, richtet zu Recht ihren Kampf auch gegen die Automobil-Konzerne. Denn gerade die Automobilindustrie ist ja dafür verantwortlich, dass tagtäglich die Luft weltweit mit Abgasen von hunderten von Millionen Autos vergiftet wird. Auch in Deutschland steigt nicht zuletzt durch die Abgase der Autos die Zahl der Toten durch Luftverschmutzung vor allem in den großen Städten weiter an. Und der enorme Anteil an der Produktion von $C0_2$ durch Autos ist ebenso unstrittig.

Die „Friday-For-Future“-Bewegung macht durch ihren Kampf klar, dass es darum geht, Autos abzuschaffen und durch vernünftige Transport- und Fortbewegungsmittel zu ersetzen.

Des Deutschen liebstes Kind: Das Auto!

Das Auto abschaffen? Bei der Merheit der Bevölkerung, ja auch bei der Mehrheit der Arbeiterinnen und Arbeitern, stößt allein der Gedanke daran auf empörte Ablehnung.

Diese Ablehnung erfolgt nicht vor allem durch die nachzuvollziehende Tatsache, dass viele Menschen heute im Kapitalismus auf ein Auto angewiesen sind, um überhaupt oder in einer angemessenen Zeit zur Arbeit zu kommen. Hier entfaltet die „Auto“-Ideologie ihre Wirkung.

Das Auto ist nicht nur beliebt, ja es wird „geliebt“. Jahrelang wird für ein neues Auto „gespart“. Das endlich erstandene Auto wird dann gehegt und gepflegt, Samstags gewaschen und poliert; und wehe, es ist mal ein Kratzer im Lack. So wird die kleinbürgerliche Besitzermentalität verankert: Man ist stolz auf seinen Besitz. Das geht oft einher mit üblem Macho-Gehabe.

Darüber hinaus darf nicht übersehen werden, dass der Besitz eines PKW oder etwa eines Kleintransporters tatsächlich den Übergang zu einer kleinbürgerlichen Existenzgrundlage bildet bzw. bilden kann. Dieser Besitz bildet oftmals erste Voraussetzung für die Aufnahme bestimmter „selbständiger“ Tätigkeiten als Handelsvertreter, Kleintransportunternehmer usw.

Der Auto-Fetischismus schafft zudem die Illusion einer vermeintlichen, weil eben für die breiten werktätigen Massen in dieser kapitalistischen Gesellschaft nicht vorhandenen Unabhängigkeit („Freie Fahrt für freie Bürger“). Für diese „Unabhängigkeit“ begeben sich Hunderttausende, ja Millionen



AntikapitalistischesTransparent auf einer Demonstration der „Friday-For-Future“-Bewegung (Köln, August 2019):
„Verbrennt den Kapitalismus, nicht Kohle!“

Eine Sprecherin von „Sand im Getriebe“ zur IAA

„Die IAA ist Symbol einer überalterten Verkehrsordnung, die das Klima zerstört, die dafür sorgt, dass unsere Städte zugeparkt sind, dass wir schlechte Luft atmen. Sie ist der Repräsentant einer kriminellen Industrie, die nur an Profiten orientiert ist und nicht daran interessiert, Mobilität für alle ökologisch und sozial gerecht anzubieten.“
(Frankfurter Rundschau, 13.8.2019)

Oft nicht bewußt: Das Nazi-Auto "Volkswagen" und die Entstehung der deutschen „Auto-Ideologie"

Am 26. Mai 1938 legte Adolf Hitler den Grundstein für das Volkswagenwerk. In unmittelbarer Nähe des Werkes sollte eine neue Stadt entstehen. Daher wurde am 1. Juli 1938 beschlossen die „Stadt des KdF-Wagens" zu gründen. Diese wurde dann nach 1945 in „Wolfsburg" umbenannt.

Der Nazi-Musterbetrieb VW war von Anfang an verbunden mit der Propaganda eines „Volkswagens" als Bestandteil der Nazi-Volksgemeinschafts-Ideologie. Weitgehend bekannt ist, dass beispielsweise der Begriff „Volksempfänger" für Radio ein von den Nazis erfundener Ausdruck ist. Der bis heute weithin „unverkrampfte" Umgang mit dem Begriff „Volkswagen" dagegen zeigt, dass die Ideologie des Nazi-Musterbetriebs VW sehr tiefgehend ein kaum hinterfragter, geradezu selbstverständlicher Bestandteil der herrschenden reaktionären Ideologie ist.

Der „Volkswagen", so Hitler, sollte bedeuten, dass der Autobesitz „nicht länger ein klassentrennendes Mittel" sein sollte. So sollte das Auto, und sei es zunächst auch nur das Versprechen eines „Autos für alle", die Funktion erhalten, die nazistische „Volksgemeinschaftsideologie" zu festigen. Es geht darum, dass die Nazis etwas gefunden bzw. geschaffen hatten, was offenbar hervorragend geeignet war, ihre ideologischen und politischen Ziele voranzubringen.

Wenn heute in Deutschland festgestellt wird, dass es seit Jahrzehnten so etwas wie eine „Auto-Ideologie" gibt, dann ist es unbedingt nötig, auf diesen einen Ursprung dieser Ideologie hinzuweisen.

Im größeren Zusammenhang steht dies auch mit den berüchtigten Nazi-Autobahnen. Diese stehen noch heute massenhaft im besten Ruf, dass „Hitler" damit angeblich immerhin dauerhafte „deutsche Qualitätsarbeit" geschaffen habe, egal ob darauf nun Armeefahrzeuge zu den Fronten des Nazi-Krieges rollten oder deutsche Urlauber zu ihren Ferienzielen.

in tiefe finanzielle Abhängigkeit. Denn für den Kauf eines Autos wird sich verschuldet.

So zeigt sich, und im Grunde wissen das auch alle, dass das Auto nicht nur ein Gebrauchsgegenstand, sondern vor allem ein Statussymbol ist. Es muss „standesgemäß" sein. Gleichzeitig ermöglicht es aber auch, die „Standesunterschiede" zu verwischen. Das Thema „Auto" ist somit auch eine wahre Domäne der Spießerideologie. Wenn ein Arbeiter dann mal ein „dickeres" Auto fährt als der eigene Chef, scheint es, als ob damit auch die Klassengegensätze verwischt sind.

Das alles wirkt als ein nicht zu unterschätzender Bremsklotz gegen den wirklich rücksichtslosen Klassenkampf gegen die kapitalistischen Ausbeuter.

Mörderische Folgen heute: Tausende Tote und Hunderttausende Verletzte durch Autos jedes Jahr!

In der „Auto-Ideologie" kommt überhaupt auch die für den Kapitalismus typische Brutalisierung des „Jeder gegen jeden" zum Ausdruck, die ihre Grundlage in der bürgerlich-kapitalistischen Konkurrenz hat. In den letzten Jahrzehnten sind allein in Deutschland mehrere Hunderttausend Menschen auf den Straßen umgekommen. Ein Vielfaches davon sind Verletzte, oftmals mit lebenslangen Folgeschäden. Unter den Opfern sind ein hoher Prozentsatz Kinder und Jugendliche. Wären ebenso viele bei Schießereien getötet oder verletzt worden, würde von Bürgerkrieg oder bürgerkriegsähnlichen Zuständen gesprochen werden. Die von den Herrschenden geförderte und in tausenderlei Formen und in zahllosen Medien verbreitete „Auto-Ideologie" bedeutet diesbezüglich auch den „Kitzel" hinter dem Steuer des Autos buchstäblich über Leben und Tod zu entscheiden, es beim Überholen „gerade noch geschafft" zu haben usw.

Es ist kein Zufall, dass über Meldungen von jährlich Tausenden Toten und Hunderttausenden von Verletzten im Autoverkehr (2018: ca. 3300 Tote und fast 400.000 Verletzte) nicht einmal ein Bruchteil der Betroffenheit herrscht wie etwa bei einem Zugunglück, geschweige denn, dass die bürgerlichen Politiker in Deutschland irgendetwas dagegen unternehmen. Selbst ein generelles Tempolimit auf Autobahnen, was die Unfallgefahr nachweislich mindern würde und in den meisten kapitalistischen Ländern längst Standard ist, gibt es in Deutschland nicht.

Dahinter stehen mächtige Interessen der Autoindustrie, mit 800.000 Beschäftigten einer der größten Industriezweige in Deutschland überhaupt.

Vernichtung des Profitsystems, sozialistische Revolution und Aufbau des Kommunismus

Hinter der „Auto-Ideologie" stecken tiefergehend die Probleme, die untrennbar mit der Grundstruktur der am Streben nach Maximalprofit orientierten kapitalistisch-imperialistischen Gesellschaftsordnung verbunden sind. Aus der typisch kapitalistischen Infrastruktur, ihrer Verteilung der industriellen Standorte, der Wege der Rohstoffzufuhr und des Absatzes, aber auch der Verteilung der Produktionsstandorte einerseits und der Wohngebiete andererseits ergeben sich mit steigender Tendenz geradezu aberwitzige und vielfach direkt absurde Ströme von Individualverkehr und Warentransporten auf den Straßen.

Gegen die individual-kapitalistische „Auto-Ideologie" gilt es bewusst zu machen, dass das Programm der sozialistischen Revolution, das Ziel der klassenlosen, kommunistischen Gesellschaft die Vernichtung des Profitsystems, des Kapitalimsus und damit auch die bewusste und geplante Umwälzung der ganzen kapitalistischen Infrastruktur einschließt. Dabei geht es darum, eine Infrastruktur zu schaffen, die im kollektiven Interesse der Produzierenden ist und durch diese Produzierenden, eben das Proletariat, aufgebaut wird.

Es gibt Leute, auch in der linken Bewegung, die denken, dass es kein Proletariat mehr in Deutschland gibt. Ein Blick gerade auch auf die Autoindustrie zeigt, dass das ganz und gar nicht stimmt. In der Autoindustrie in Deutschland gibt es in den großen Fabriken von VW, Mercedes, BMW... hunderttausende Arbeiterinnen und Arbeiter, die in der Produktion arbeiten und ausgebeutet werden. In Deutschland bestehen diese Produzierenden zu großen Teilen aus Arbeiterinnen und Arbeitern, die selbst oder deren Eltern bzw. Großeltern aus andren Ländern nach Deutschland migriert oder geflüchtet sind. Ein großer Teil der Arbeiterinnen und Arbeiter der deutschen Automobilkonzerne werden in anderen Ländern ausgebeutet.

Zahl der Toten und Verletzten im Straßenverkehr in West- bzw. Deutschland seit 1950:
780.000 Tote, 31 Millionen Verletzte

Der Kampf gegen das gesamte Profitsystem und für den Kommunismus kann nur erfolgreich sein, wenn er von diesen Produzierenden, ja von der Mehrheit des Proletariats in Deutschland ausgeht und angeführt wird.

Aus Kämpfen für höhere Löhne und gegen verschärfte Ausbeutung in den Betrieben werden sich auch in Deutschland zunehmend Kämpfe von Arbeiterinnen und Arbeitern entwickeln, die sich nicht nur gegen solche verbrecherische kapitalistische Produktionsbereiche wie die Auto- oder Rüstungsindustrie richten, sondern auch gegen das gesamte kapitalistische Profitsystem.

Denn die Mehrheit des Proletariats wird durch die gesamte Entwicklung, durch die immer verheerenderen kapitalistischen Krisen dazu getrieben, den revolutionären Kampf gegen den Kapitalismus aufzunehmen. Die Mehrheit des Proletariats wird mit Hilfe ihrer Kommunistischen Partei mit wissenschaftlicher Klarheit über ihre bisherige Lage und die mögliche zukünftige Entwicklung die Kapitalistenklasse gewaltsam stürzen und mit Hilfe von Gewehren und Panzern die gestürzte Kapitalistenklasse niederhalten und schließlich kommunistische Verhältnisse schaffen.

Im Kommunismus geht es dann darum, planmäßig, wissenschaftlich fundiert, den Interessen der Produzierenden, der Mehrheit der Gesellschaft entsprechend zu produzieren, die Produkte zu verteilen und die Ressourcen der Erde im langfristigen Interesse der großen Masse der Werktätigen unter Vermeidung schädlicher Folgen und Wirkungen auf wissenschaftlicher Basis nutzbar zu machen. Marx schrieb im „Kapital" über den Kommunismus:

> **„Vom Standpunkt einer höhern ökonomischen Gesellschaftsformation [dem Kommunismus] wird das Privateigentum einzelner Individuen am Erdball ganz so abgeschmackt erscheinen wie das Privateigentum eines Menschen an einem andern Menschen. [Sklaverei] Selbst eine ganze Gesellschaft, eine Nation, ja alle gleichzeitigen Gesellschaften zusammengenommen, sind nicht Eigentümer der Erde. Sie sind nur ihre Besitzer, ihre Nutznießer, und haben sie... den nachfolgenden Generationen verbessert zu hinterlassen."**
> (Marx, Karl: Das Kapital, Band 3, MEW 25, S. 784)

Drucker, Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: W. Schulze, Osnabrücker Str. 26, 10589 Berlin ISSN 0948/5090
www.gegendiestroemung.net *Die Nutzung unserer Homepage sollte gut überlegt erfolgen, da jeder Zugriff staatlich registriert wird*

Proletarierinnen/Proletarier aller Länder, vereinigt euch!

GEGEN DIE STRÖMUNG

Organ für den Aufbau der Revolutionären Kommunistischen Partei Deutschlands

10/2019 Oktober 2019

Versuchtes Nazi-Massaker an Jüdinnen und Juden in der Synagoge in Halle am 9.10.2019!

Solidarität mit der jüdischen Bevölkerung in Deutschland, die von Nazi-Massakern bedroht ist!

Am 9.10.2019 an Jom Kippur, dem höchsten jüdischen Feiertag, versuchte der mit automatischen Waffen, Sprengkörpern und Brandsätzen bewaffnete Nazi Stephan Balliet in die nicht von der deutschen Polizei bewachte jüdische Synagoge in Halle einzudringen und die dort anwesenden ca. 50 jüdischen Menschen zu ermorden. Sein geplantes Nazi-Massaker übertrug er live per Video übers Internet, so dass die Nazi-Bewegung ihn bewundern konnte.

Nur durch Zufall und aufgrund der Tatsache, dass dieser Nazi-Mörder lediglich selbstgebaute Waffen benutzte, konnte er nicht in die Synagoge eindringen. Der Nazi erschoss dann vor der Synagoge eiskalt eine Frau, Jana L. aus Halle, die sich bei ihm wegen des Lärms durch einen gezündeten Sprengkörper beschwert hatte, sowie Kevin S. aus Merseburg, bei seinem Versuch in einem türkischen Schnellimbiss ein Massaker anzurichten. Auf seiner Flucht verletzte er dann zwei weitere Menschen durch Schüsse schwer.

Schon kurz nach dem versuchten Nazi-Massaker auf die Juden und Jüdinnen in der Synagoge in Halle und im türkischen Schnellimbiss setzte das altbekannte System von Verharmlosung und Vertuschung von Seiten der Polizei, der bürgerlichen Politiker und der bürgerlichen Medien ein.

Aktuell wichtige Aufgaben aller Anti-Nazi-Kräfte in Deutschland sind deshalb die Aufklärung über das versuchte Nazi-Massaker, der Kampf gegen das System von Vertuschung und Verharmlosung von Nazi-Verbrechen und der Nazi-Bewegung sowie breite Solidarität mit der von Nazi-Massakern bedrohten jüdischen Bevölkerung!

Ein Einschnitt: Versuchtes Nazi-Massaker in einer Synagoge durch einen mit automatischen Gewehren bewaffneten Nazi-Mörder!

Das Hauptziel des Nazi-Mörders in Halle war eindeutig ein mörderisches Massaker an Jüdinnen und Juden durchzuführen. Es ging ihm darum, so viele Juden und Jüdinnen zu ermorden wie möglich. Deshalb hatte er auch Jom Kippur ausgewählt, weil er davon ausging, dass zu diesem Zeitpunkt besonders viele Juden und Jüdinnen in der Synagoge anwesend sein würden.

Der Nazi-Mörder wollte in die Synagoge in Halle eindringen und alle Juden und Jüdinnen mit seinen Schusswaffen eiskalt ermorden. Wenn dieser Plan nicht aufgehen würde, wollte er die Synagoge anzünden, um alle Jüdinnen und Juden darin zu verbrennen oder sie herauszulocken, damit er sie alle erschießen konnte. Sein Auto war deshalb vollgestopft mit Waffen, Munition, Sprengsätzen und Brandsätzen.

Trotz der Bitte der jüdischen Gemeinde in Halle um Polizeischutz während Jom Kippur war von der deutschen Polizei weit und breit nichts zu sehen. „Keine Gefahr“, war die Begründung der Polizei in Halle für den nicht gewährten Polizeischutz. Der Nazi-Mörder konnte so ca. 10 Minuten lang ungestört die jüdische Synagoge und den angrenzenden jüdischen Friedhof mit seinen Gewehren, mit Sprengkörpern und Brandsätzen attackieren, obwohl sofort mit Beginn des Angriffs des Nazi-Mörders die

Versuchtes Massaker des Nazi-Mörders von Halle in einem türkischen Schnellimbiss!

Weil der Nazi-Mörder nicht in die Synagoge eindringen konnte, fuhr er mit seinem Auto weiter. Als er den türkischen Schnellimbiss „Kiez Döner“ sichtet, sagte er in seinem Video: „Döner. Nehmen wir!“ Und kurz danach: „Kanaken“. Er stoppte dann bei dem etwa 600 Meter von der Synagoge entfernten Schnellimbiss. Zuerst versuchte der Nazi, einen Sprengsatz in den Schnellimbiss zu werfen. Dieser prallte am Türrahmen ab und detonierte auf der Straße. Dann drang er in den Schnellimbiss ein und erschoss eiskalt den 20-jährigen Gast Kevin S. aus Merseburg. Dann versuchte er alle zu erschießen, die sich im Schnellimbiss aufhielten. Nur weil seine Waffen Ladehemmung hatten, konnte der Nazi keine weiteren Morde begehen. Als der Nazi merkte, dass Polizei auftauchte, flüchtete er und fuhr mit seinem Auto weiter.

In der Nazi-Ideologie des Mörders sind Menschen, die er rassistisch als „Kanaken“ beschimpft, „Nicht-Weiße“, die ermordet werden müssen. In seiner Erklärung heißt es: „Töte so viele Nicht-Weiße wie möglich, bevorzugt Juden.“ Deshalb hat er sich den türkischen Schnellimbiss ausgesucht, um dort ein Massaker durchzuführen, sozusagen als „Ersatz“ für das misslungene Massaker in der jüdischen Synagoge.

Polizei aus der Synagoge telefonisch alarmiert wurde, dass ein bewaffneter Angriff auf die Synagoge stattfindet! (Interview mit dem Vorsitzenden der jüdischen Gemeinde Halle, 9.10.2019)

Nachdem der Nazi nicht in die jüdische Synagoge eindringen konnte, sagte er in seinem Video: „Dann zünden wir sie an!“. Daraufhin warf er einige Sprengkörper und Brandsätze gegen die Synagoge, die jedoch nicht detonierten bzw. zündeten.

Die Jüdinnen und Juden in der Synagoge konnten über ihre Videokamera sehen, dass sie von einem schwer Bewaffneten angegriffen werden und hatten deshalb Todesangst. Sie verbarrikadierten sich und einige waren bereit, den Nazi-Mörder auszuschalten, wenn er eindringen würde.

Das erste Mal seit 1945 wurden jüdische Menschen in Deutschland in einer Synagoge von einem mit automatischen Gewehren bewaffneten Nazi-Mörder angegriffen mit dem Ziel, sie alle zu ermorden! Das ist ein Einschnitt und muss als mörderische Drohung der Nazi-Bewegung mit Massakern gegen die jüdische Bevölkerung in Deutschland verstanden werden. Denn es ist klar: Hätten andere bewaffnete Nazi-Kräfte, die mit modernsten automatischen Sturmgewehren aus dem Arsenal der Bundeswehr ausgestattet sind und über militärische oder polizeiliche Ausbildung verfügen, die Synagoge in Halle angegriffen, dann hätte es ein Nazi-Massaker mit dutzenden ermordeten jüdischen Menschen gegeben.

Der Nazi-Mörder sieht sich in der Tradition der SS und ist Teil der Nazi-Bewegung und ihres bewaffneten Arms

Der Nazi-Mörder hat in seinem Video sowie in einer in Englisch verfassten Erklärung, die im Internet inzwischen zehntausendfach verbreitet wurden, eindeutig klar gemacht, dass er sich als Teil der heutigen Nazi-Bewegung versteht und in sich in Nazi-Tradition sieht.

Der Nazi-Mörder sagt in seinem Video auf sich selbst bezogen: „Niemand erwartet die Internet-SS.“ Sein Vorbild ist also die SS des Nazifaschismus, die während des Zweiten Weltkriegs vor allem auch die Shoa durchgeführt hat. Er versteht sich als Teil dieser „Internet SS“, also als Teil des bewaffneten Arms der heutigen Nazi-Bewegung, und wollte mit seinem Massaker andere Nazis (er nennt sie im Nazi-Jargon „unterdrückte Weiße“) dazu „motivieren“, ähnliche Massaker durchzuführen, wie es in seiner Erklärung heißt.

Dass er Teil der Nazi-Bewegung ist, zeigt auch, wie gut der Nazi-Mörder in Nazi-Chat Gruppen auf Telegram (Messenger App) sowie in diversen Plattformen und Foren vernetzt war, die die Nazi-Bewegung benutzt, um Nazi-Propaganda zu verbreiten und sich auszutauschen. Dort hatte der Nazi sein geplantes Massaker angekündigt und einen Link zu seinem Online Stream sowie zu seiner Erklärung veröffentlicht. Sein Stream wurde von fünf „Nutzern“ live verfolgt, die sein Video dann auch weiter verbreitet haben. Das gehörte zum Plan des Nazi-Mörders und war sicherlich vorher abgesprochen.

Auf dutzenden öffentlich zugänglichen Telegram-Gruppen und anderen von Nazis genutzten Foren tauchte sein Video auf und wurde angeschaut. Innerhalb von 30 Minuten wurde das Video vor allem über Telegram ca. 15.000 mal angeklickt. (Spiegel Online, 10.10.2019)

Die Analyse des Videos sowie seiner schriftlichen Erklärung zeigt auch, welche Ziele der Nazi-Mörder in Halle verfolgte und dass er nichts anderes als Nazi-Ideologie verbreitete bis hin zum Ziel der Vernichtung aller Juden und Jüdinnen.

Der Kern der Nazi-Ideologie des Mörders von Halle ist die mörderische Judenfeindschaft des Nazifaschismus: „Töte alle Juden!“

Der Nazi-Mörder von Halle verbreitet in seinem Video und seiner schriftlichen Erklärung wesentliche Teile der Nazi-Ideologie.

Er versteht sich als „weißer Mann“, als Teil der „weißen Rasse“, die einen Krieg gegen alle „Nicht-Weißen“ führen muss. Denn mit Hilfe der „Massenmigration“ in den Westen soll die „weiße Rasse“ vernichtet werden (verursacht auch durch niedrige Geburtsraten der „Weißen“, was wiederum angeblich die Schuld des „Feminismus“ sein soll…). Dazu passt, dass er im Nazi-Jargon dazu aufruft, „Nigger“ zu ermorden.

Er propagiert auch mörderische Muslimfeindschaft. Er fordert, Moscheen niederzubrennen und Muslime zu erstechen. Teil seines Plans war es ursprünglich, ein Nazi-Massaker in einer Moschee durchzuführen. Er propagiert auch: „Töte einen Kommunisten“ und hatte als Ziel seines Massakers auch ein „Antifa Zentrum“ im Visier.

Doch es ist ganz klar: Der Kern seiner Nazi-Ideologie ist mörderische Judenfeindschaft. Denn „der Jude“ ist die

Nazi-Morde an Juden und Jüdinnen in Westdeutschland bzw. Deutschland nach 1945

Nazi-Morde an jüdischen Menschen haben nach 1945 in Westdeutschland bzw. Deutschland eine lange Tradition:

- Bei einem Brandanschlag auf das jüdische Gemeindezentrum in München am 13.2.1970 wurden sieben Überlebende des Holocaust ermordet. Die Nazi-Mörder wurden nie gefasst.
- Am 19.12.1980 wurden Shlomo Lewin und Frida Poeschke von einem Mitglied der bewaffneten Nazi-Organisation „Wehrsportgruppe Hoffmann“, Uwe Behrendt, in ihrem Wohnhaus erschossen. Der Nazi-Mörder wurde nie gefasst.
- Am 23.2.1992 wurde die Jüdin Blanka Zmigrod in Frankfurt auf offener Straße erschossen. Der Mörder war der schwedische Nazi John Ausonius.
- Am 27.7.2000 wurde in Düsseldorf an einem S-Bahnhof ein Bombenanschlag gegen 10 Migranten und Migrantinnen aus Russland verübt. Sechs von ihnen waren Juden und Jüdinnen. Eine Schwangere verlor durch den mörderischen Anschlag ihr Kind. Die Nazi-Mörder wurden bis heute nicht ermittelt.

***

Hinzu kommen weitere Nazi-Brandanschläge vor allem gegen jüdische Synagogen ab den 90er Jahren, die bis heute anhalten, die alle als versuchte Mordanschläge gegen jüdische Menschen gewertet werden müssen. Nur durch Zufall wurden bei diesen Nazi-Mordanschlägen keine Menschen verletzt.

Nichts vergeben, nichts vergessen!

„Wurzel“ allen Übels, wie er sinngemäß in seinem Video ausführt (und neben bei noch hinzufügt, dass der Holocaust angeblich nie statt gefunden habe). Sein Ziel ist es, alle Juden und Jüdinnen zu vernichten, solange weiter zu machen, bis „alle Juden tot sind.“ Er ruft in seiner Erklärung dazu auf: „Töte alle Juden!“ Das war auch das Ziel des Nazifaschismus bis 1945 und führte direkt zum Holocaust.

Verharmlosung des versuchten Nazi-Massakers: „Amok“, „Rechtsextremist“, „Einzeltäter“, „Gamer“

Schon während der Nazi-Mörder noch versuchte Massaker durchzuführen, verbreiteten bürgerliche Medien die von der Polizei herausgegebene Lüge von der sogenannten „Amoklage“, um das versuchte Nazi-Massaker als Tat eines psychisch Kranken hinzu stellen, der wahllos Menschen erschießen wollte.

Doch schnell sickerte durch, dass es sich um einen Angriff auf eine jüdische Synagoge handelte. Dann wurde zunächst das altbewährte Konstrukt des sogenannten „Einzeltäters“ hervorgeholt und der Nazi-Mörder als „Rechtsextremist“ bezeichnet. Ob von Seehofer, Maas oder anderen bürgerlichen Politikern formuliert, dieser Jargon setzte sich durch und wurde breit in der bürgerlichen Presse übernommen.

Beim NSU-Mörder-Netzwerk waren es angeblich drei „Einzeltäter“, jetzt ist es ein „Einzeltäter“… Das ist das altbekannte Muster, das dazu dient, wenn nicht mehr geleugnet werden kann, dass der Täter ein Nazi ist, diesen als „einsamen Wolf“ hinzustellen ohne jeden Zusammenhang zu der Nazi-Bewegung in Deutschland.

Die Bezeichnung „Rechtsextremist“ stammt ebenfalls aus dem Vokabular derjenigen, die Nazis damit systematisch verharmlosen und den Begriff „Nazi“ als Charakterisierung am liebsten verbieten würden, um die ungebrochene Tradition der heutigen Nazi-Bewegung mit dem Nazifaschismus in Deutschland von 1933 bis 1945 zu vertuschen. Außerdem: „Extremist“ als Bezeichnung für einen Nazi-Mörder, der gemordet hat und judenfeindliche und rassistische Massaker durchführen wollte?

Beides zusammen dient vor allem auch dazu, das „Ansehen Deutschlands“ zu schützen, indem geleugnet wird, dass es schon seit Jahrzehnten eine organisierte und bewaffnete Nazi-Bewegung in Deutschland gibt, die Nazi-Massaker und Pogrome plant und durchführt:

In den 70er Jahren die Morde an jüdischen Menschen, das Oktoberattentat in München 1980, das Pogrom von Rostock 1991, die Nazi-Massaker von Mölln 1992 und Solingen 1993 und von Lübeck 1996, der Bombenanschlag in Düsseldorf 2000, der sich auch gegen jüdische Menschen richtete oder das Nazi-Massaker in München im Juni 2016, bei dem 10 Menschen ermordet wurden, die der Nazi-Mörder als „undeutsch“ einschätzte. (Siehe die Kästen: „Nazi-Morde an Juden und Jüdinnen in Westdeutschland bzw. Deutschland nach 1945“ sowie „Bewaffnete Nazi-Organisationen als Teil der Nazi-Bewegung in Deutschland“)

Zusätzlich wurde vor allem von Seehofer gefordert, die „Gamer“-Szene jetzt genauer zu beobachten, da der Nazi-Mörder angeblich Teil dieser Szene gewesen sein soll und angeblich Realität und Videospiel nicht mehr auseinanderhalten konnte. Auch diese Vorlage wurde von der bürgerlichen Presse aufgegriffen und von der sog. „Gamification des Terrors“ gesprochen. Es soll nicht geleugnet werden, dass der Nazi-Mörder in Gamer Foren aktiv war und dass er seine Erklärung an bestimmte Videospiele anlehnte. Ja, dieser Nazi-Mörder hatte auch Spaß an den Planungen und am Ausführen seines versuchten Nazi-Massakers, das zeigt seine Erklärung und sein Video eindeutig.

Aber die Grundlage seiner Motivation ist seine Nazi-Ideologie, seine mörderische Judenfeindschaft und sein mörderischer Rassismus und dass er Teil der Nazi-Bewegung ist, nicht irgendwelche Ziele von Videospielen. Er benutzt lediglich bestimmte Formen wie Live Streams, Gamer Foren etc. um seine Nazipropaganda in bestimmten Kreisen der Nazi-Bewegung zu verbreiten und dort bewundert zu werden.

Außerdem: Die SS-Nazi-Mörder des Nazifaschismus, das zeigt die Geschichte, hatten bei ihren Massenmord-Aktionen oftmals „Mordsspaß“, das belegen Fotografien und Filmmaterial. In dieser Tradition versteht sich der Nazi-Mörder von Halle.

Bewaffnete Nazi-Organisationen als Teil der Nazi-Bewegung in Deutschland

Die Nazi-Bewegung in Westdeutschland bzw. Deutschland besteht schon seit Jahrzehnten nicht nur aus legalen Parteien, wie der NPD, den „Republikanern“ oder der AfD heute. Oder nur aus Nazis, die Aufmärsche durchführen, Konzerte organisieren und das Internet für ihre Propaganda benutzen. Teil der Nazi-Bewegung sind schon seit den 70er und 80er Jahren bewaffnete Nazi-Organisationen wie in den 80er Jahren z.B. die „Wehrsportgruppe Hoffmann“ oder heute die „Reichsbürger“, die NSU-Mörder oder Combat18 (der bewaffneten Arm von „Bloud&Honour“, einer Nazi-Organisation, die in Deutschland eigentlich verboten ist). Hinzu kommen Nazi-Organisationen innerhalb des deutschen Staats, wie das sog. „Hannibal“-Netzwerk. Es ist davon auszugehen, dass alle diese Nazi-Organisationen Morde und Massaker planen. Die Nazi-Bewegung ist heute längst bis an die Zähne bewaffnet. Dies machen schon folgende Fakten klar:

- Die Nazi-Organisation „Reichsbürger“ hatte Ende 2018 nach offiziellen Angaben ca. 380 Gewehre und Pistolen als legale Waffen zur Verfügung.
- Bei Hausdurchsuchungen der Polizei bei Nazis sind allein von November 2018 bis zum Juni 2019 insgesamt mehrere hundert Schusswaffen gefunden worden. Bekannt ist, dass darunter 16 Gewehre sowie ein MG waren sowie mehrere Handgranaten. Bei einer Hausdurchsuchung bei 4 Mitgliedern des SEK, die dem Nazi-Netzwerk „Hannibal“ angehören, sind im Juni 2016 10.000 Schuß Munition gefunden worden, die diese Nazis über Jahre hinweg entwendet hatten. (https://belltower.news, Plattform der Amadeu Antonio Stiftung)
- Allein von 2010 bis 2018 sind aus der Bundeswehr 75 Waffen „verschwunden“, darunter zwei Dutzend vollautomatische Gewehre und 6 MG sowie knapp 60.000 Schuss Munition. Sogar der deutsche Staat geht davon aus, dass diese Waffen von Nazis gestohlen wurden. (Spiegel Online, 22.5.2018)

Diese Fakten sind sicherlich nur die Spitze des Eisbergs. Es ist logisch, dass insbesondere die Nazi-Netzwerke innerhalb von Polizei und Bundeswehr sehr leicht an Waffen herankommen und in Wirklichkeit die Bewaffnung der Nazi-Bewegung in Deutschland um ein vielfaches höher ist.

Solidarität!

Noch am selben Abend des versuchten Nazi-Massakers in Halle gab es in mehreren Städten kleine, mehrere hundert Menschen umfassende Solidaritätskundgebungen. Am 12.10.2019 fand in Berlin eine Demonstration mit 16.000 Beteiligten statt, in Marburg mit 3000 Beteiligten und Halle mit 1000 Beteiligten. Weitere kleinere Demonstrationen und Kundgebungen mit mehreren hundert Teilnehmerinnen und Teilnehmern gab es am selben Tag auch in anderen Städten, wie z.B. in Frankfurt.

Es gab jedoch keinen landesweiten Aufschrei mit Hunderttausenden auf der Straße, wie es nötig gewesen wäre, und auch keine umfassende öffentliche Aufklärung, die sich gegen die Vertuschung und Verharmlosung des versuchten Nazi-Massakers in Halle sowie der gesamten Nazi-Bewegung durch Polizei, VS, bürgerliche Politiker und bürgerliche Medien hätte richten müssen.

Die Forderung nach besserem Polizeischutz jüdischer Einrichtungen kommt auch aus den Reihen der jüdischen Gemeinden. So verständlich diese Forderung auch ist, schon die Erfahrungen der jüdischen Gemeinde in Halle mit der dortigen Polizei, die sich ja trotz der immer wieder kehrenden Anfragen der jüdischen Gemeinde konsequent weigerte, Polizisten zu postieren, zeigen: auf die deutsche Polizei zu vertrauen, ist nicht nur naiv, sondern birgt auch ein großes Risiko in sich. Aber wenn man den Zusammenhang zwischen Nazis und diesem Staatsapparat, insbesondere seinen bewaffneten Kräften wie Polizei, Bundeswehr und Geheimdiensten genauer analysiert, wird noch deutlicher, dass dies eine gefährliche Illusion ist.

Mit dem Auffliegen der NSU-Nazi-Mörder 2012 wurde erneut klar, dass dieser Staat nicht nur bewaffnete Nazi-Kräfte duldet und schützt, sondern unterstützt und mit aufbaut. Nach dem Auffliegen des NSU-Nazi-Netzwerks konnte auch bewiesen werden, dass Nazis mitten im Staatsapparat sitzen, dass Polizei und VS direkt beim Aufbau des NSU-Nazi-Netzwerks beteiligt waren. Die sog. „NSU 2.0“ hat erneut gezeigt, dass mitten in der deutschen Polizei Nazis sitzen. Es wurde bekannt, dass in Hessen in der Polizei ein Nazi-Netzwerk besteht, das sich als „NSU 2.0“ bezeichnet. Dieses sieht sich also in der Tradition der NSU-Nazi-Mörder, und hat u.a. eine Rechtsanwältin und ihre Familie mit Ermordung bedroht, weil die Rechtsanwältin im NSU-Prozess die Angehörigen der Ermordeten vertritt.

Nach dem Auffliegen des Bundeswehroffiziers Franco Albrecht 2017, der als Flüchtling getarnt Mordanschläge gegen Flüchtlingsunterkünfte durchführen wollte, wurde eine weiterer Nazi-Organisation im deutschen Staatsapparat bekannt. Diese Nazi-Organisation plante an einem Tag X bewaffnete Mordanschläge auf Politiker, Antifas sowie u.a. auch auf den Zentralrat der Juden in Deutschland und den Zentralrat der Muslime. Sicherlich ist nur die Spitze dieser Nazi-Organisation sichtbar geworden. Denn auch hier wird vom deutschen Staat vertuscht, was zu vertuschen geht, wiederum auch mit dem Konstrukt, das seien alles „Einzeltäter“. Dieser sogenannte „Hannibal-Komplex“, so wird diese bewaffnete Nazi-Organisation verharmlosend vom deutschen Staat bezeichnet, besteht aus ca. 200 Bundeswehrsoldaten und –Offizieren (darunter auch Mitgliedern der KSK-Spezialeinheit), Polizisten von LKA und SEK sowie anderen Teilen der deutschen Polizei, die Waffendepots und Feindeslisten angelegt haben, und untereinander u.a. über Telegram Chat Gruppen konspirativ vernetzt sind. Sie haben auch Verbindungen in den VS sowie in den MAD. Mitglieder dieser Nazi-Organisation sind zum Teil auch gleichzeitig Mitglied der AfD. Durch diese Verbindungen ist diese Nazi-Organisation im Staatsapparat des deutschen Imperialismus fest verankert. (Siehe: IMI-Studie, Der Hannibal Komplex, 9.7.2019)

Seien wir realistisch: Es kann sein, dass deutsche Polizisten, die Teil des Nazi-Netzwerks sind, das auch jüdische Einrichtungen und jüdische Menschen auf ihren Todeslisten hat, jüdische Einrichtungen „beschützt“. Dieses Szenario zeigt, wie gefährlich und illusionär ein Vertrauen auf mehr Polizeischutz ist.

Nach dem Nazi-Massaker von Solingen 1993, als Nazis 5 Menschen aus der Türkei durch einen Brandanschlag ermordeten, und die deutsche Polizei, bürgerliche Politiker und bürgerliche Medien auf Hochtouren vertuschten und verharmlosten und nichts gegen die Nazi-Terror-Welle unternahmen, veröffentlichte ein jüdischer Schriftsteller, der die Nazi-Zeit überlebt hat, eine Erklärung mit dem Titel „Es ist an uns zu handeln“, die er an alle vom Nazi-Terror Bedrohten richtete. Wesentliche Teile dieser Erklärung sind nach wie vor hochaktuell:

„Wehrt Euch, lasst Euch von deutschen Verbrechern nicht abfackeln, duldet nicht, dass sie Eure Mütter, Eure Väter, Brüder, Schwestern, Söhne und Töchter töten! Seid vorbereitet, wenn sie kommen, erwartet, das sie kommen könnten – heute Nacht, morgen Nacht und lange noch! Empfangt sie, wie diese Nachtschatten es verdient haben…

Bewacht eure Heimstätten selbst und fordert Deutsche auf, mit Euch zu wachen – es werden sich ihrer, da bin ich sicher, genug anfinden.

Zeigt den Brandstiftern die Zähne, wenn sie kommen, und wenn sie Euch angreifen, dann verteidigt Euch und schlagt sie in die Flucht – denn ihr handelt in Notwehr.

Es ist Euer verdammtes Recht, Euren Schutz selbst zu besorgen, wenn der Staat Euch nicht schützen kann.

Kein Gehör den Klugscheißern, die selbst unbedroht sind, aber weise Ratschläge erteilen wollen.

Kein Gehör… mehr denen, die uns weismachen wollen, im ‚Rechtsstaat‘ habe man sich lieber von seinen Todfeinden abschlachten zu lassen, ehe man Überlegungen des Selbstschutzes anstellen darf. “

(Aus dem Aufruf des Schriftstellers Ralph Giordano[1] „Es ist an uns zu handeln“, TAZ, 1.6.93, S. 5)

(1) Ralph Giordano verfasste auch die Schrift „Die zweite Schuld“ 1987, wo er u.a. klar herausarbeitete, dass Nazis den westdeutschen Staat mit aufgebaut haben. Seine klaren und richtigen Positionen in dieser Zeitspanne hielten nicht bis zu seinem Tod 2014. In seinen letzten Lebensjahren entwickelte er falsche Positionen zum „Bund der Vertriebenen“ und zum Islam

Drucker, Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: W. Schulze, Osnabrücker Str. 26, 10589 Berlin ISSN 0948/5090
https://gegendiestroemung.net *Die Nutzung unserer Homepage sollte gut überlegt erfolgen, da jeder Zugriff staatlich registriert wird*

Proletarierinnen/Proletarier aller Länder, vereinigt euch!

GEGEN DIE STRÖMUNG

Organ für den Aufbau der Revolutionären Kommunistischen Partei Deutschlands

11/2019 November 2019

Anläßlich des Überfalls der türkischen Armee:

Solidarität mit der bewaffnet kämpfenden kurdischen Befreiungsbewegung in Rojava!

Am 9. Oktober überfiel die türkische Armee mit Kampfjets, Aufklärungsdrohnen und Bodentruppen die kurdische Autonomieverwaltung Rojava. Rojava war dem reaktionären Regime der Türkei schon seit der Entstehung 2014 ein Dorn im Auge.

Entstanden im bewaffneten Kampf gegen die faschistischen und konterrevolutionären IS-Söldner war die „Demokratische Föderation Nord- und Ostsyrien" erkämpft worden, die anfangs nur aus drei Gründungskantonen - Efrin, Kobane und Cizire - bestand, sich bis 2017 konsolidieren und beträchtlich ausweiten konnte.

In Rojava wurde eine Art befreites Gebiet geschaffen mit einem radikal-demokratischen Programm, das sich zum Anziehungspunkt für demokratische und revolutionäre Kräfte weltweit, insbesondere für Aktivistinnen und Aktivisten innerhalb der Türkei entwickelt hat. Die Errungenschaften Rojavas insbesondere im Kampf gegen die Unterdrückung der Frauen und für die Rechte der nationalen Minderheiten (Jesiden, syrisch-arabische Minderheit) sind ein leuchtendes Beispiel weit über die Grenzen Nord-Syriens hinweg.

Überfall auf Rojava

Den Abzug der rund 1000 US-Soldaten Anfang Oktober hatte das reaktionäre Regime der Türkei als Einladung für den militärischen Überfall verstanden. Auch vom deutschen Imperialismus wurde durch Seehofer, der eine Woche vor dem Überfall in Ankara war, grünes Licht für den türkischen Expansionismus signalisiert.

Bereits 2018 hatte der türkische Präsident Erdogan einen über 820 km langen „Sicherheitswall" entlang der syrischen Grenze errichten lassen und einen der drei Gründungskantone Rojavas von Efrin bis Idlib als türkisches Protektorat mit 12 Militärstationen und 1.300 türkischen Soldaten besetzt.

Die SDF („Syrische Demokratische Armee"), deren Gros von der syrisch-kurdischen YPG gestellt wird, führt einen Kampf auf Leben und Tod gegen die türkischen Truppen und ihren faschistischen und konterrevolutionären Söldnern. Über die letzten Jahre hatte sie ein Tunnelsystem angelegt, um sich gegen den erwarteten Überfall zu wehren. Aktuell stehen rund 40.000 kurdische Kämpferinnen und Kämpfer rund 80.000 türkischen Bodentruppen gegenüber, die von rund 14.000 Angehörigen der sogenannten „Syrischen Nationalarmee" (ex-FSA, „Freie Syrische Armee") unterstützt werden. (jw, 11.10.19)

Das einmarschierende türkische Militär und seine faschistischen Söldner beschießen gezielt Wohnviertel, Krankenhäuser, Wasserdepots, Bäckereien und Konvois fliehender Zivilisten. Laut UN sind mehr als 200.000 Menschen auf der Flucht, darunter 70.000 Kinder. Von Massakrierung und Exekutionen kurdischer Repräsentantinnen und Repräsentanten wird berichtet.

Jahrelang hat das Erdogan-Regime nachweislich mit den faschistischen und konterrevolutionären IS-Truppen kooperiert (Offenlassen der türkisch-syrischen Grenze für IS-Anhänger, Waren- und Waffenlieferungen für IS-Gruppen), so daß diese sich nun durch den Einmarsch ihres inoffiziellen Verbündeten wieder Morgenluft wittern. Von IS-Anschlägen im Grenzgebiet wird berichtet.

Die Zahl der faschistischen IS-Kämpfer und deren Familienangehörigen in den Gefängnissen und Lagern in Rojava beläuft sich laut bürgerlichen Medien auf bis zu 100.000 (jw,11.10.19). Von IS-Massenfluchten und -Meutereien in Lagern wurden die letzten Tage berichtet.

Internationale imperialistische Gemengelage

Die Entwicklungen und Bündnisse überschlagen sich. Die Gemengelage ist undurchsichtig und konkrete Einschätzungen haben eine kurze Halbwertszeit. Vom „Verrat" des US-Imperialismus ist die Rede, der die YPG zum Abschuß freigegeben hat.

Das reaktionäre Assad-Regime Syriens hat die SDF zur Eingliederung ihrer Truppen in die Reihen der reaktionären syrischen Polizei und

Schlaglichter von Aktionen zur Solidarität mit den Genossinnen und Genossen in Rojava

In zahlreichen Städten und Orten solidarisieren sich seit Beginn des Überfalls der türkischen Armee Unterstützerinnen und Unterstützer weltweit mit Demonstrationen, Kundgebungen und Besetzungen mit Rojava.

Am 2. November, dem „World Resistance Day", fanden u.a. in Australien, Brasilien, Bulgarien, Frankreich, Deutschland, Griechenland, Kosovo, Kanada, Norwegen, Österreich, Rußland, in der Schweiz, Schweden, Spanien, den USA und Zypern Demonstrationen statt.

Die Proteste fanden teilweise mit besonderem Fokus auf den Kampf für die Emanzipation der Frauen in Rojava statt. So protestierten die Demonstrantinnen und Demonstranten im französischen Rennes am 19. Oktober unter dem Motto „Es lebe die Frauenrevolution in Rojava!".

Auch in Deutschland gab es zahlreiche Solidaritätsdemonstrationen. Allein am 12. Oktober fanden in rund 50 Städten Demonstrationen statt (u.a. 10.000 in Berlin, 4000 in Frankfurt).

International und auch in Deutschland - wie etwa in Heilbronn oder Leipzig - stellten Schülerinnen und Schüler Schul-Streiks und Demonstrationen für Fridays-for-Future in den Zusammenhang mit Rojava. In Leipzig erklärten die Schülerinnen und Schüler von FFF am 1. November: „Genau wie die Menschen in Rojava kämpfen auch wir von Fridays-for-Future gegen Faschismus und für ein progressives Gesellschaftsmodell…" An der Demonstration beteiligten sich auch Studentinnen und Studenten der kurdischen Studierendenverbände YXK und JXK. Sie riefen Parolen wie „Deutsche Waffen, deutsches Geld, morden mit in aller Welt" und „Erdogan, Terrorist!"

Es gab auch zahlreiche kreative nachahmenswerte Aktionen. In London wurde am 19. Oktober die Westminster-Brücke blockiert, am gleichen Tag in Frankfurt die Friedensbrücke.

Am 14. Oktober blockierten Aktivistinnen und Aktivisten in aller Frühe unter der Parole „Deutsche Panzer raus aus Kurdistan!" die Eingänge der Werke von Thyssen-Krupp und Rheinmetall in Berlin. Wenig später blockierten sie den „Showroom" der Bundeswehr in der Friedrichstraße. Einige Tage später, am 24. Oktober, wurde in Berlin für mehrere Stunden das Institut für Sozialwissenschaften an der Humboldt-Uni besetzt.

Armee aufgerufen,wozu die YPG wohl vorerst nicht zugestimmt hat, und nutzt die Gelegenheit, bislang von der YPG kontrollierte Gebiete zurückzuerobern. Das reaktionäre Regime Syriens ist wiederum mit dem russischen Imperialismus verbündet.

Am 20. Oktober marschierten Truppen der syrischen Armee samt russischen Beobachtern in Rojava ein. Nach einem Abkommen zwischen Erdogan und Putin vom 22. Oktober patrouillieren seit dem 1.November türkische und russische Soldaten gemeinsam im Grenzgebiet. Das Abkommen von Sotschi enthielt auch ein Ultimatum an die YPG, sich auf eine Distanz von 30 km von der syrisch-türkischen Grenze zurückzuziehen. Laut Angaben des russischen Kriegsministers seien aus der über 450 km langen „Pufferzone“ in Nordsyrien rund 34.000 bewaffnete YPG-Kräfte vorläufig abgezogen. (nzz, 03.11.19)

Klar ist: Keiner der imperialistischen Großmächte, weder USA, noch Rußland oder Deutschland, keiner der lokalen reaktionären Regimes und Söldnern wie das reaktionäre syrische oder iranische Regime steht auf der Seite der demokratisch-revlutionären Kräfte in Rojava.

Erdogan und die kemalistischen Pseudo-Oppositionellen gemeinsam hinter der der türkischen Flagge auf der Linie des Kurdenhasses

Die letzten Monate hatte das Erdogan-Regime zunehmend Mißerfolge zu verbuchen: Wirtschaftskrise, innenpolitische Schwierigkeiten. Erdogans AKP hatte die Kommunalwahlen im Mai 2019 verloren, die Wahl des Istanbuler Bürgermeisters wurde wiederholt, doch der Oppositionskandidat gewann mit deutlichem Vorsprung. Erdogan nutzte den Angriffskrieg gegen Rojava, um die Pseudo-Oppositionellen auf der Linie des türkischen Nationalismus und des Kurdenhasses zu vereinen. Denn bei allen Unterschieden findet die verstärkte nationalistische Hetze gegen Geflüchtete aus Syrien und die antikurdische Aggression gegen Rojava auch bei Erdogan-Kritikern - etwa aus dem Lager der CHP-Kemalisten – begeisterte Unterstützung. Alle Parteien im türkischen Parlament – mit Ausnahme der HDP – haben dem Angriffskrieg zugestimmt.

Terror gegen Geflüchtete, gegen Kurdinnen und Kurden und alle demokratisch-revolutionären Kräfte innerhalb der Türkei

Auch innerhalb der Türkei berichten Bewohnerinnen und Bewohner der kurdischen Gebiete von Verteibungen bzw. „Evakuierungen“, Absetzung kurdischer Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, Festnahmen von Aktivistinnen und Aktivisten, die gegen den Einmarsch protestieren.

In der Türkei leben aktuell rund 4 Mio. Geflüchtete aus Syrien, ausgebeutet und in elenden Verhältnissen, zunehmend der Verachtung und Feindseligkeit ausgesetzt, die das Erdogan-Regime schürt. Im vergangenen Jahr war es wiederholt zu Überfällen und Plünderungen von Kleinhändlern und Geschäften syrischer Besitzer gekommen. Staatlicherseits wurde dies mit Massenabschiebungen flankiert. Mit der Ankündigung, mehr als 1 Mio. Geflüchtete in der nord-syrischen „Sicherheitszone“ anzusiedeln, die Erdogan als Expansion türkischen Territoriums schaffen will, wird diese nationalistische Hetze bedient. Ein türkischer Wirtschaftsboom durch den Wiederaufbau des gerade zerbombten Nordsyriens wird in Aussicht gestellt. Allein 100 Städte sollen dort neu gebaut werden. (jw,08.10.19)

Mordwaffen aus deutscher Produktion gegen Rojava

Die geheuchelte Empörung des deutschen Imperialismus über den türkischen Überfall ist nichts als Augenwischerei, denn es ist gerade dieser deutsche Imperialismus, der seit Jahren ein Hauptunterstützer des Erdogan-Regimes ist. Rund 6500 deutsche Firmen beuten die Arbeiterinnen und Arbeiter in der Türkei aus.

Es ist nicht weit her mit einem angeblichen Stopp der Waffenexporte. Bereits vor dem Überfall geehmigte Waffenexporte sind von aktuellen Beschränkungen ausgenommen. Ebenfalls weiter gehen sogenannte Dual-Use-Exporte, also militärisch und nichtmilitärisch nutzbare Waren. Das Wirtschaftsministerium hatte 2018 Exporte in die Türkei in Höhe von 216 Mio. Euro genehmigt (maz-online, 18. August 2019). Allein seit Jahresbeginn wurden deutsche Waffen in Höhe von 250 Mio. Euro an die Türkei verkauft (zeit.de, 18.10.19). In 2018 machten Waffenverkäufe an die Türkei mit 243 Mio. Euro fast ein Drittel aller deutschen Kriegswaffenexporte aus.

354 deutsche Kampfpanzer vom Typ Leopard 2 hatte das reaktionäre Regime der Türkei 2005 gekauft und 2018 in Efrin gegen Kurdinnen und Kurden in Syrien eingesetzt. Zudem unterhält der Panzer-Hersteller Rheinmetall weitere Waffenschmieden in der Türkei (etwa die Firma „Rheinmetal Defence Türkei“ oder „Rheinmetall Savunma Sanayi Anonim Sirketi“) Ähnlich der Militär-LKW Hersteller Daimler. Deutsche Leopard-Panzer, G-3 Gewehre, Militär- LKWs. Ob Heckler & Koch, SIG Sauer, Rheinmetall, Krauss-Maffei, ThyssenKrupp, Daimler, VW – ohne deutsche Mordwaffen wäre Erdogans Krieg in Nordsyrien schwer möglich. (imi-online.de) Doch es geht um mehr.

Eine Woche vor dem Überfall auf Rojava war Seehofer in Ankara, um die Weiterführung des 2016 abgeschlossenen Geflüchtetenabwehrpakets mit der EU zu besprechen, nach der die EU der Türkei ca. 6 Milliarden Euro bezahlt, um die Grenze zu Griechenland für Geflüchtete dicht zu machen. Seehofer stellte eine Erhöhung der EU-Gelder in Aussicht.

Zudem bildet die Bundeswehr seit 2017 an der Bundeswehrhochschule in Hamburg sowie anderen Einrichtungen der Bundeswehr türkische Soldaten aus. Daran soll sich auch nach der türkischen Militäraggression in Syrien nichts ändern, betonte eine Sprecherin des Deutschen Kriegsministeriums.

Seit 1993 ist in Deutschland die PKK verboten, seit 2017 auch Flaggen der YPG. Erst vor kurzem, im Februar 2019, wurde der kurdische Mezopotamien-Verlag in Neuss verboten und Geschichts-, Sprach- und Kinderbücher in kurdischer Sprache beschlagnahmt.

Diese anti-kurdische Line setzte die deutsche Polizei bei den Solidaritäts-Protesten der letzten Tage um: In Stuttgart wurden bei einer Solidaritätsdemo 130 Demonstrantinnen und Demonstranten festgenommen. In Köln konnten MHP-Faschisten kurdische Demonstrierende angreifen, die auch Schlägen der deutschen Polizei ausgesetzt waren. Auf der Solidaritätsdemo in Nürnberg am 12. Oktober wurden nach Abschluß der Demonstration YPG-Fahnen beschlagnahmt mit der Begründung, es seien verbotene Symbole. Am 26. Oktober agierten Nazis und Polizei Hand in Hand, als rund 600 Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Demonstration „Solidarität mit Rojava“ von 100 Nazis von Dynamo Dredsen am Bahnhof beschimpft und mit Flaschen beworfen wurden.

Es ist also klar: Der deutsche Imperialismus liefert dem reaktionären Regime in der Türkei die Mordwaffen und unterstützt es mit Verfolgung und Kriminalisierung kurdischer Aktivistinnen und Aktivisten in Deutschland.

Unterstützen wir die kämpfenden Genossinnen und Genossen in Rojava

Tod dem deutschen Imperialismus

Freiheit für Yıldız Aktaş!

Seit dem 25.10.19 wird der 51jährigen kurdischen Aktivistin Yıldız Aktaş in Berlin als „Mitglied einer terroristischen Vereinigung im Ausland“ nach §129a/b von der deutschen Justiz der Prozess gemacht.

Yıldız Aktaş war 1980 als 12jähriges Mädchen in Diyarbakir erstmals inhaftiert und brutal gefoltert worden. Bereits mit 15 Jahren wurde sie erneut inhaftiert und mißhandelt. Doch die Repression erreichte nicht das Ziel: Yıldız Aktaks engagierte sich im Kampf gegen die Unterdrückung von Kurdinnen und Kurden und für die Rechte der ausgebeuteten und werktätigen Frauen. Schließlich mußte Yıldız Aktaş 2012 vor der Verfolgung nach Deutschland fliehen. Doch der deutsche Imperialismus setzt die Kriminalisierung und Verfolgung von Yıldız Aktaş fort. Sie erklärte vor Gericht:

„Ich würde heute nicht vor Ihnen stehen, wenn ich keine Solidarität von anderen, insbesondere kurdischen Frauen erfahren hätte. Dank dieser Solidarität konnte ich überleben. Ich würde heute nicht vor Ihnen stehen, wenn ich nicht mein Leben lang widerständig gewesen wäre. In der Aktivität, im Kampf gegen die Unterdrückung von Frauen, gegen die chauvinistische Vernichtungspolitik der Türkischen Republik gegenüber Kurd*innen, konnte ich trotz meiner Verletzungen weiterleben.“

Freiheit für Yıldız Aktaş und alle anderen demokratischen und revolutionären Gefangenen!
https://freiheit-yildiz.com

Drucker, Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: W. Schulze, Osnabrücker Str. 26, 10589 Berlin ISSN 0948/5090
https://gegendiestroemung.net *Die Nutzung unserer Homepage sollte gut überlegt erfolgen, da jeder Zugriff staatlich registriert wird*

Proletarierinnen/Proletarier aller Länder, vereinigt euch!

GEGEN DIE STRÖMUNG

Organ für den Aufbau der Revolutionären Kommunistischen Partei Deutschlands

12/2019 Dezember 2019

Solidarität mit den Massenkämpfen gegen Ausbeutung und Unterdrückung in Chile!

In den letzten Monaten gab es in einer ganzen Reihe von Ländern breite und vielfach militante Kämpfe mit Hunderttausenden, ja Millionen von Beteiligten. In besonderer Weise ragen die Kämpfe in Chile heraus: zum einen wegen der massenhaften Teilnahme von bis zu 2 Millionen Menschen, zum anderen wegen der von der Mehrheit der Beteiligten unterstützten Militanz vor allem junger Kämpferinnen und Kämpfer. In diesen Massenkämpfen gegen die fortschreitende Verelendung und verschärfte Ausbeutung bricht sich auch die Wut gegen die Folgen der 1973 errichteten faschistischen Militärdiktatur unter Pinochet Bahn. Um die Kämpfe zu organisieren und zu koordinieren, entstanden Tausende Basis-Komitees. Diese führen auch immer mehr die Diskussion, wie eine Zukunft ohne reaktionäre Herrschaft und kapitalistische Ausbeutung aussehen und erkämpft werden könnte. Für uns gilt es, die begeisternden Kämpfe in Chile zu propagieren, mit aller Kraft zu unterstützen und daraus zu lernen.

Als die Schüler und Schülerinnen am 17. Oktober 2019 anfingen, gegen die Erhöhung der U-Bahn-Ticketpreise in Chiles Hauptstadt Santiago zu protestieren und massenhaft die Drehkreuze der U-Bahnen übersprangen, war dies der Beginn von so kaum erwarteten Massenprotesten in ganz Chile.

Hunderttausende stehen seit 18. Oktober 2019 in militanten Massenprotesten auf

Schon am 18. Oktober 2019 wurden in ganz Santiago Barrikaden errichtet und Bus- und Metrostationen angezündet. Hunderte Polizeireviere wurden attackiert. Die Reaktion des Staates war brutaler Einsatz von Polizei, die auch mit scharfer Muni-



Entlarvung der Polizei- und Militärhilfe der deutschen Imperialisten für die Niederschlagung der Protestbewegung in Chile

Die polizeiliche und militärische Repression gegen die Freiheitsbewegung in Chile liegt auch im Interesse des deutschen Imperialismus, der dort an der Ausbeutung beteiligt ist und dessen Vorherrschaftsstreben auch auf Chile erstreckt. Daher schulen deutsche Polizei- und Militäreinrichtungen schon seit vielen Jahren Angehörige des Repressions- und Militärapparats in Chile. Deutsche Rüstungskonzerne lieferten in den Jahren 2000 bis 2018 Waffen und andere Militärgeräte im Gesamtwert von mehr als 118 Millionen Euro nach Chile, darunter allein 2009 60 Leopard-2-Panzer und 146 Marder-Schützenpanzer.

Auf spektakuläre Weise kam diese militärische Zusammenarbeit schon 2008 zum Vorschein, als chilenische Militärangehörige eine Bediener- und Fahrlehrerausbildung für den Kampfpanzer Leopard 2 durch Ausbilder der Bundeswehr bekamen.

Um dies anzuprangern, nahmen Jugendliche im Alter von 14 bis 20 Jahren die Bundeswehr-Ausbilder demonstrativ gefangen und ließen sie erst nach einem Schusswechsel mit der Polizei wieder frei.

(Informationen aus IMI-Standpunkt 2019/053 auf imi-online.de)

tion auf die Protestierenden schoss. Am 19. Oktober 2019 schickte die Regierung zum ersten Mal seit dem Ende der faschistischen Militärdiktatur unter Pinochet 1990 das Militär mit 10.000 Soldaten und Panzerwagen in die Straßen. In Santiago und dann auch in der zweitgrößten Stadt Valparaiso wurde der Ausnahmezustand erklärt und am 21.10. auf neun der zwölf Regionen des Landes ausgedehnt. Nach drei Tagen Protesten, bei teilweise gewaltsamen Aktionen mit Einsatz von Molotowcocktails durch vermummte Jugendliche, erklärte der Milliardär Präsident Sebastian Pinera im TV 2019: „Wir befinden uns im Krieg gegen einen gefährlichen Feind".

Die Repression konnte die Ausdehnung der Protestbewegung nicht aufhalten. In ganz Chile, von Arica im Norden bis Punta Arena in Patagonien gingen nun Hunderttausende auf die Straße – ohne federführende Beteiligung von Parteien.

Die Fahrpreiserhöhung war nur der Auslöser dafür, dass sich Millionen zum Kampf erhoben. Vielmehr geht es um die jahrzehntelang angestaute Wut. Dies kommt zum Ausdruck in der Losung: „Es geht nicht um 30 Pesos, es geht um 30 Jahre", 30 Jahre leere Versprechen von „besseren Zeiten". Die Demonstrierenden singen „Basta ya" – es reicht.

Rasch kam es dann auch zu einer Welle von Streiks, immer wieder auch zu Generalstreiks. So wurde in der zweiten Woche zu einem zweitägigen Generalstreik aufgerufen, der massenhaft befolgt wurde. Alle Schulen, Banken und öffentliche Einrichtungen blieben geschlossen, auch die Taxifahrer streikten, Busse und Metro fuhren nur auf wenigen Strecken.

Die kämpferische und in Teilen sehr militante Massenbewegung veränderte in kurzer Zeit die Atmosphäre im ganzen Land. So gab es vielfach keine Ampeln mehr, da diese für den Bau von Barrikaden benutzt wurden. An Kreuzungen wurde der Verkehr nun von Revolutionären in Eigenregie geregelt – „Wir brauchen dafür keine Polizei", heißt es. Die Regierung musste unter diesem Druck sogar die „Klimakonferenz", die im Oktober in Chile stattfinden sollte, wegen den „Unruhen" absagen.

Von Hunderttausenden und Millionen mitgesungen, ertönte auf den Kundgebungen wieder der bekannte Slogan des Liedes aus der Zeit des Kampfes gegen die faschistische Diktatur in den 70er Jahren: „El pueblo unido jamás será vencido."

Um die Kämpfe zu organisieren, entstanden im ganzen Land Basisgruppen und Räte verschiedener Teile der Bevölkerung. Diese organisieren und koordinieren nicht nur den aktuellen Kampf, sondern diskutieren auch, wie eine neue Gesellschaft ohne kapitalistische Ausbeutung und Unterdrückung aussehen und funktionieren müsste.

Wirtschaftliche und soziale Verelendung breiter Massen

Die Proteste richten sich gegen die schamlose Bereicherung und Korruption der herrschenden Klasse bei gleichzeitig zunehmender Verarmung breiter Bevölkerungsschichten, gegen die elenden Ausbeutungsbedingungen im Bergbau und anderen Branchen, gegen die katastrophalen Verhältnisse im Bildungssystem, in der Gesundheits- und Altersversorgung sowie die äußerst mangelhafte Strom- und Wasserversorgung. Die Hälfte der Bevölkerung verdient im Monat weniger als 500 Euro, die Mindestrente liegt bei 150 Euro. Etwa zehn Prozent des Monatslohns gehen allein für Fahrtkosten drauf. Derartig niedrige Löhne und Renten reichen nicht zum Leben. Die Studierenden müssen sich verschulden, um die Uni bezahlen zu können. Die Erwerbsbedingungen sind in einem hohen Maß flexibilisiert und prekär. Feste Jobs gibt es kaum.

Verschärfte Repressionen

Schon seit Jahren nahm die Repression des Staatsapparats in Chile immer größere Ausmaße an, seit es 2006 erste Massendemonstrationen von Schülerinnen und Schülern gegen das reaktionäre Bildungssystem gab, dann die studentischen Proteste von 2011 und 2018 sowie der erste



große Streik von 350.000 Frauen am 8. März 2019.

Bei den Protesten ab dem 18. Oktober 2019 ging das Militär zusammen mit der Polizei besonders brutal vor. Bis Ende Dezember 2019 gab es 27 von der Polizei und dem Militär Ermordete. Das Institut für Menschenrechte zählte mindestens 2.808 Verletzte in Krankenhäusern, davon wurden 437 von Schusswaffen und 1.180 von Gummikugeln getroffen, mindestens 232 Menschen haben schwere Augenverletzungen oder ein Auge verloren. Mindestens 4.364 Menschen wurden festgenommen, davon erlitten mindestens 192 Menschen Folter und 48 Frauen sexuelle Gewalt bis hin zu Vergewaltigungen – von einer hohen Zahl nicht erfasster Fälle ist auszugehen.

Unter dem Druck der Massenproteste wurde die am 18. Oktober 2019 verhängte nächtliche Ausgangssperre am 27.10.2019 aufgehoben – was für breite Massen, vor allem Aktivistinnen und Aktivisten, kaum etwas an der mörderischen Bedrohung durch die brutal vorgehenden Carabineros änderte.

Regierungsmanöver und einzelne Zugeständnisse halten die Massenproteste nicht auf

Die Regierung versuchte es dann gemäß „Zuckerbrot und Peitsche" auch mit Zugeständnissen. Der Präsident „entschuldigte" sich, die soziale Unzufriedenheit nicht erkannt zu haben, nahm die Fahrpreiserhöhung zu-

rück und kündigte eine Erhöhung der Mindestrente und des Mindestlohns an – doch alles dies nützte nichts.

Nach einer Woche versammelten sich am 25. Oktober bei einer der größten Demonstrationen in Chile allein in Santiago 1,2 Millionen auf dem zentralen Platz und forderten den Rücktritt des Präsidenten. In ganz Chile waren es mindestens drei Millionen Protestierende – bei 17,5 Millionen Gesamtbevölkerung. Am 12. November 2019 demonstrierten dann in Santiago sogar zwei Millionen.

Arbeiterinnen und Arbeiter beteiligten sich zahlreich an den Demonstrationen und militanten Straßenkämpfen. In Verbindung damit gab und gibt es eine nicht genau bekannte Anzahl Streiks, so am 24./25. Oktober. Am 30. Oktober führten Arbeiterinnen und Arbeiter der Docks einen Streik durch.

Am Generalstreik am 12. November beteiligten sich Arbeiterinnen und Arbeiter der wichtigsten Branchen der Häfen, des Bergbaus, der Fischerei, des Transports und des öffentlichen Dienstes. Am 25./26. November beteiligten sich erneut Hunderttausende an Streiks gegen die Regierung. In den Bergbaugebieten errichteten die Arbeiterinnen und Arbeiter Straßenbarrikaden und verhinderten den Zugang zu den Minen. Hafenarbeiterinnen und -arbeiter führten am Streiktag auch eine Demonstration durch.

Militanter Kampf der „primera linea“ gegen die Polizei, um Großkundgebungen zu ermöglichen und zu schützen

Eine besondere Rolle hatte die Großdemonstration am Freitag, den 13.12. in Santiago. An diesem 57. Tag der Protestbewegung waren wieder Hunderttausende auf der Plaza de la Dignidad, dem Platz der Würde, wie der zentrale Platz Plaza Italia / Baquedano inzwischen genannt wird. Um diese Massenkundgebung überhaupt zu ermöglichen, spielten die vor allem jungen Kämpferinnen und Kämpfer eine entscheidende Rolle, die sich „Primera Linea“ („erste Reihe“) nennen. Diese sind schon seit einiger Zeit immer wieder militant und mit höchstem Einsatz aktiv, um in sehr harten Straßenkämpfen den Demonstrierenden die Carabineros vom Hals zu halten.

Wie berichtet wird, gibt es unter der Masse der Demonstrierenden und an den Protesten Teilnehmenden so gut wie keine „Gewaltdiskussion“ mit Distanzierungen wie hierzulande etwa nach den militanten G20-Protesten in Hamburg. Die Kämpferinnen und Kämpfer der „Primera Linea“ werden im Gegenteil als militante Vorkämpferinnen und Vorkämpfer des Widerstands gesehen. „Danke, mutige Jugend!“ hat zum Beispiel ein älterer Mann auf sein Schild geschrieben. In fast jeder Rede auf der Großkundgebung am 13.12.2019 wurden die jungen Kämpferinnen und Kämpfer gelobt und mit riesigem Applaus und Sprechchören gefeiert. Es gibt Unterstützungsbrigaden, die die Primera Linea mit Wasser und Essen versorgen, andere bergen und behandeln Verletzte. Dabei werden sie immer wieder selbst angegriffen.

Nach der Großdemonstration am 13.12. wurde angekündigt, dass auf dem Plaza de la Dignidad (Platz der Würde) in Santiago keine Demonstrationen mehr zugelassen würden. Am folgenden Donnerstag wurde der Platz mit Gittern abgesperrt und von berittenen Carabineros kontrolliert. Für den Freitag, 20.12.2019 wurden 1.000 Carabineros aufgefahren, welche die Demonstrantinnen und Demonstranten vom Platz fernhalten sollten. Aber die Aktivistinnen und Aktivisten der Primera Linea haben es gegen dieses Polizei-Großaufgebot geschafft, die Gitter abzuräumen und wieder auf den Platz zu kommen. Die Staatsgewalt ging mit Gummigeschossen und Gasgranaten gegen die Kämpfenden vor, was zu zahlreichen Verletzten führte.

Am 27.12.2019 versuchten die Herrschenden erneut, durch Abriegelung der Plaza de la Dignidad die Massenkundgebung dort zu verhindern. Doch wieder gelang es, den von den Carabineros abgeriegelten Platz zurückzuerobern. An diesem Tag wurde allerdings auch der Genosse Mauricio Frede von der „primera linea“ von den Repressionskräften in den Tod getrieben. Bei einem Rückzug vor den Polizeiattacken trat er in ein Loch im Bürgersteig, in dem Stromkabel waren. Da dieses Loch durch den Wasserwerfer-Einsatz mit Wasser gefüllt war, erhielt er einen tödlichen Stromschlag. Die Mitkämpfenden errichteten ihm dort eine Gedenkstätte.

Starke Beteiligung der Frauen und Protestaktionen gegen sexuelle Repression und Gewalt gegen Frauen

Von Beginn der Massenkämpfe an ist die Beteiligung von Frauen groß, auch unter denen, die vorne weg auf den Barrikaden kämpfen.

Eine Aktion von Frauen erregte besondere Aufmerksamkeit nicht nur in Chile, sondern weltweit. Anfang Dezember 2019 kamen mehr als 10.000 Frauen vor dem Estadio Nacional in Santiago zusammen. Sie führten in revolutionärer Tradition eine vom feministischen Kollektiv Lastesis vorbereitete Theater-Darbietung gegen Patriarchat und Gewalt gegen Frauen auf. Ihr Protest richtete sich gegen die herrschende Gesellschaftsordnung,



die Exekutive und die Justiz, die als Komplizen der Gewalt gegen Frauen angeklagt werden: „El violador es tu!“ („Der Vergewaltiger bist du!“). Eine der letzten Strophen ist eine Parodie auf die Carabinero-Hymne Chiles und lautet: „Un violador en tu camino“ („Ein Vergewaltiger auf deinem Weg“). Diese eindrucksvolle und machtvolle Darbietung war in Chile schon zuvor zweimal aufgeführt worden. International verbreitete sie sich sehr schnell über die sozialen Medien.

Buenos Aires, Mexiko-Stadt, Berlin, Paris und New York sind nur einige der Städte, in denen Frauen inspiriert von dem Beispiel in Chile auf ähnliche Weise auf Vergewaltigungen, Frauenmorde und staatliche Repression aufmerksam machen.

Starke Beteiligung der für ihr Selbstbestimmungsrecht kämpfenden Mapuche-Bevölkerung

Von Anfang an beteiligten sich gerade auch Mapuche-Aktivistinnen und -Aktivisten an den Demonstrationen und anderen Aktionen. Am 26. Oktober wehte während der Proteste die Fahne der Mapuche ganz oben auf der Statue, um die herum sich zumeist in Santiago die großen Demonstrationen und Kundgebungen sammeln. (Bild bringen!)

Die Mapuche sind eine national unterdrückte Bevölkerungsgruppe im Süden von Chile (von den Mapuche als Wallmapu-Land bezeichnet), die seit Anfang des 19. Jahrhunderts für ihre Rechte kämpft und ca. zehn Prozent der Bevölkerung Chiles umfasst (auch in Argentinien leben Mapuche). In den letzten Jahren richtete sich der Widerstand der Mapuche in Chile besonders gegen die Inbesitznahme eines Großteils ihrer Gebiete durch Forst- und Agrarunternehmen sowie Energie-Konzerne, darunter auch das deutsche Energieunternehmen wpd. Um den von den Mapuche in den letzten Jahren dagegen geführten Kampf zu unterdrücken, hat der chilenische Staat die Mapuche-Gebiete massiv militarisiert. Zahlreiche gegen ihre Unterdrückung und Vertreibung kämpfenden Mapuche sind in den Gefängnissen. Sie führten dort einen über 100 Tage andauernden Hungerstreik durch, der von außen stark unterstützt wurde. Seit Beginn der großen Proteste in Chile weht nun die Mapuche-Fahne mit voran. Das in Teilen der übrigen Bevölkerung Chiles entstehende Bewusstsein über die koloniale Unterdrückung der Mapuche-Bevölkerung hat auch dazu geführt, dass während der Protestaktionen zahlreiche kolonialistische Monumente zerstört wurden.



Kämpferische Kräfte contra Abwiegler

Eine weit verbreitete und in den Protesten verankerte Forderung eines großen Teils der Demonstrierenden ist eine radikale Änderung der vom faschistischen Regime unter Pinochet 1980 festgeschriebenen Verfassung. Kämpferische Kräfte wenden sich gegen reformistische Kräfte, darunter die Führung des Gewerkschaftsbundes CUT, welche die Regierung mit ihrer Ankündigung einer Volksabstimmung über eine neue Verfassung unterstützen. Kämpferische Kräfte lehnen dieses Manöver ab und entlarven es. Denn dieser „Verfassungsweg“ steht unter Kontrolle eben dieser Regierung und der staatstragenden Oppositionsparteien und die Ergebnisse stehen von vornherein fest.

In einem Offenen Brief der vernetzten Basis-Vollversammlungen von Antofagasta wird grundsätzlich die Tendenz zur Zusammenarbeit mit dem Regime kritisiert.. Dieser Offene Brief wurde auch von regionalen Organisationen der Gewerkschaft der Lehrerinnen und Lehrer übernommen.

Kritisiert wird auch, dass seitens der Gewerkschaftsführung nach dem großen Streik vom 12. November 2019, den die Abwiegler sowieso schon auf einen Tag begrenzt hatten, zentral „nichts mehr gemacht“ wurde, obwohl – und dies wird ausführlich und konkret aufgezählt – im ganzen Land Belegschaften in den Streik traten und dies oft genug erfolgreich. Dies zeige, dass eine neue kämpferische Situation entstehe, die nicht durch Maßnahmen eingegrenzt werden dürfe, welche die Initiative des Handelns wieder der Regierung in die Hände gibt.

* * *

Das Motto der kämpferischen und zum weiteren Kampf entschlossenen Kräfte in Chile war bereits im November 2019 in riesengroßen Lettern auf dem zentralen Platz Santiagos zu lesen:

„Wir werden nicht zur Normalität zurückkehren, weil die Normalität das Problem war“.

Quellen stammen aus labournet.de und dort angegebenem Material.

Bei labournet.de, labournet.tv und auf youtube gibt es zahlreiche eindrucksvolle Filme von den Kämpfen in Chile. Bei labournet.de sind auch viele weitere Berichte und Materialien darüber.

Drucker, Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: W. Schulze, Osnabrücker Str. 26, 10589 Berlin **www.gegendiestroemung.net**
Die Nutzung unserer Homepage sollte gut überlegt erfolgen, da jeder Zugriff staatlich registriert wird
ISSN 0948/5090

Solidarität mit den Massenkämpfen gegen Ausbeutung und Unterdrückung in Chile!



Hunderttausende erheben sich zum Kampf gegen Verelendung und Unterdrückung



Breit unterstützter militanter Kampf der Aktivistinnen und Aktivisten der „primera linea“ („erste Reihe“)



Protestaktionen Tausender Frauen gegen sexuelle Unterdrückung und Gewalt



Die national unterdrückte Mapuche-Bevölkerung kämpft für ihr Selbstbestimmungsrecht



"Man fragt nicht um Erlaubnis, um die Geschichte zu ändern"

„Wir werden nicht zur Normalität zurückkehren, weil die Normalität das Problem war“.

Parole in Großschrift auf dem zentralen Platz Santiagos

Drucker, Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: W. Schulze, Osnabrücker Str. 26, 10589 Berlin **www.gegendiestroemung.net**
Die Nutzung unserer Homepage sollte gut überlegt erfolgen, da jeder Zugriff staatlich registriert wird
ISSN 0948/5090

Proletarierinnen/Proletarier aller Länder, vereinigt euch!

GEGEN DIE STRÖMUNG

Organ für den Aufbau der Revolutionären Kommunistischen Partei Deutschlands

1-2/2020 Januar / Februar 2020

Rassistisches Nazi-Massaker an neun Menschen in Hanau am 19. Februar 2020:

Selbstschutz gegen Nazi-Angriffe organisieren!

Am Abend des 19.2.2020 ermordete der Nazi-Mörder T. Rathjen neun Menschen in Hanau. Er griff mit einer automatischen Pistole, die er sich legal mit Hilfe eines Waffenscheins gekauft hatte und die auch die deutsche Polizei benutzt, zwei Shisha-Bars an und ermordete eiskalt und zum Teil durch gezielte Kopfschüsse Ferhat Ünvar, Gökhan Gültekin, Hamza Kurtović, Said Nesar El Hashemi, Mercedes Kierpacz, Sedat Gürbüz, Kalojan Welkow, Vili Viorel Păun, Fatih Saraçoğlu. Fünf Menschen wurden zum Teil schwer verletzt. Danach hat er laut Polizeiangaben seine Mutter erschossen und dann sich selbst.

Der Nazi-Mörder wählte die Shisha-Bars, die er zuvor ausgespäht hatte, deshalb als Ziel, weil er davon ausging, dass sich dort besonders viele Menschen befinden würden, die er in seiner deutsch-rassistischen „Herrenmenschen"-Ideologie als „undeutsch" einstufte und deshalb ermordete. In einer Erklärung, die er auf seiner Homepage veröffentlichte, propagiert der Nazi-Mörder als Ziel die Vernichtung von Millionen Menschen dutzender Länder wie der Türkei, Syrien, Indien und auch Israel, sowie auch die Ermordung der Hälfte der Bevölkerung in Deutschland nach deutsch-rassistischen Kriterien.

Durch das Nazi-Massaker wurden nicht nur neun Menschen aus rassistischen Gründen brutal ermordet, sondern Millionen von Menschen mit Ermordung bedroht an den öffentlichen Plätzen, wo sie sich bis jetzt ziemlich sicher gefühlt haben. Das Nazi-Massaker sollte Angst, Lähmung und Entsetzen bei den von Rassismus Bedrohten in Deutschland auslösen. Es sollte das Gefühl erzeugt werden, dass man gegen solche brutalen Nazi-Massaker mit automatischen Schusswaffen eh nichts ausrichten könnte. Doch die Rechnung der Nazi-Mörder ist nicht aufgegangen und wird nicht aufgehen!

Vom Rassismus bedrohte und angegriffene Gruppen diskutieren, wie Selbstschutz gegen Nazi-Angriffe organisiert werden kann und was zu tun ist, um die rassistische Normalität in Deutschland zu durchbrechen und diese „deutschen Zustände" insgesamt anzugreifen.

Solidarität bedeutet für uns aktuell vor allem, diese Diskussion und alle Aktionen in diese Richtung nach unseren Möglichkeiten maximal zu unterstützen!

Die Nazi-Bewegung ist gut organisiert und bereitet schon die nächsten Massaker vor!

Ähnlich wie beim versuchten Nazi-Massaker in Halle begann nach dem Nazi-Massaker von Hanau wieder das System der Verharmlosung und Vertuschung anzulaufen. Das Nazi-Massaker wurde von bürgerlichen Medien, Polizei und bürgerlichen Politikern als „Tat" eines „psychisch kranken" „Einzeltäters" hingestellt. Ziel dieser Propaganda ist es, die Nazi-Bewegung zu verharmlosen und zu vertuschen, dass sie gut organisiert, bewaffnet und arbeitsteilig nach einem klaren Plan vorgeht. So soll verhindert werden, dass die Nazis wirklich ohne Illusionen mit aller Härte bekämpft werden!

Die Nazi-Bewegung heute besteht aus unterschiedlichen Teilen, die alle ihre besonderen Aufgaben haben: ihr parlamentarischer Arm (AfD), ein „kultureller" Arm (Musik…), Nazis in verschiedenen Teilen des deutschen Staatsapparats (Polizei, Bundeswehr, VS, BND, MAD, Justiz…), Straßen-Nazis (Pegida…), die mit Aufmärschen und Überfällen Nazi-Terror verbreiten. Teil der Nazi-Bewegung sind auch illegal operierende bewaffnete Nazi-Gruppen (Combat 18, Gruppe Hannibal…) sowie einzelne vor allem auch übers Internet rekrutierte Nazi-Killer, wie der Nazi-Mörder von Halle oder von Hanau, die nach ihrem Vorbild, der sog. „Werwolf"-Organisation, vorgehen. Diese Organisation wurde aufgrund eines Befehls von Himmler ab September 1944 angesichts der drohenden militärischen Niederlage Nazi-Deutschlands aufgebaut. Die „Werwolf"-Organisation sollte in kleinen Gruppen oder auch durch „Einzelkämpfer", wie es in

Solidaritätsdemonstrationen nach dem Nazi-Massaker von Hanau

Noch am selben Abend des Nazi-Massakers in Hanau gab es in mehr als 50 Städten Solidaritätskundgebungen mit zumeist mehreren hundert Menschen. Und dann am Wochenende nach dem Nazi-Massaker demonstrierten allein in Hanau am Samstag, 22.2.2020 über 6000 Menschen. In Hamburg, Köln, Bremen, Berlin und mehreren anderen Städten gab es am gleichen Tag Solidaritätsdemonstrationen mit jeweils mehreren Tausend Beteiligten.

Es gab jedoch auch diesmal wie nach dem versuchten Nazi-Massaker in Halle keinen landesweiten Aufschrei mit Hunderttausenden auf der Straße, wie es nötig gewesen wäre.

der Schulungsbroschüre des „Werwolf“ heißt, die alliierten Armeen angreifen und „Verräter“ ermorden. (Siehe: Werwolf – Winke für Jagdeinheiten, o.O., Januar 1945, S. 7) Die Taktik des sog. „lonesome wolf“, des „einsamen Wolfes“ ist also keine Erfindung der heutigen Nazi-Bewegung, sondern von der SS-Führung entworfen und seit 1944 fester Bestandteil der Nazi-Bewegung. Ziel ist es, dass diese „Einzelkämpfer“ durch geringst möglichen Kontakt zur Nazi-Bewegung weitgehend unerkannt bleiben und daher umso „effektiver“ ihre Mordtaten vorbereiten und durchführen können. Die Nazi-Bewegung nutzt seit Jahren das Internet intensiv. In Hunderten von Chats, Blogs und über andere Apps ist die Nazi-Bewegung aktiv, verbreitet dort ihre Propaganda, auch um solche Nazi-Killer, wie in Halle und Hanau auszubilden und zu rekrutieren.

Wir dürfen keine Illusionen in die heutige Nazi-Bewegung haben! Die Nazi-Bewegung hat allein seit 1990 über 300 Menschen ermordet, die nach ihrer rassistischen deutschen „Herrenmenschen“-Ideologie als „undeutsch“ galten. Ein Angehöriger der Opfer von Hanau hat es bei einer Solidaritätsdemonstration in Hanau auf den Punkt gebracht: Es wird nicht aufhören! Es wird noch schlimmer werden!

Bewaffnete Nazi-Kräfte, die mit modernsten automatischen Sturmgewehren aus dem Arsenal der Bundeswehr ausgestattet sind und über militärische oder polizeiliche Ausbildung verfügen, sind in der Lage, jederzeit zu zuschlagen. Dazu nur einige Belege: Es gibt allein ca. 500 untergetauchte Nazis, die in der Illegalität leben, und dort besonders gute „Bedingungen“ haben, Nazi-Massaker vorzubereiten. Das Auffliegen der „Gruppe S.“ oder auch das Bekanntwerden der „Hannibal“ Gruppe bei Polizei, Bundeswehr…, zeigt, dass diese gut bewaffneten Nazi-Mordbanden detaillierte Mordpläne ausgearbeitet haben.

Kein Vertrauen in diesen Staat!

Dass beim Kampf gegen diese Nazi-Mordpläne nicht auf diesen Staat vertraut werden kann, ist in Reden und Erklärungen immer wieder zu lesen und zu hören. Aber es gibt auch Forderungen nach besserem Polizeischutz gegen Nazi-Terror. So verständlich diese Forderung auch ist, genaueres Nachdenken zeigt folgendes:

Auf die deutsche Polizei, den deutschen Staat zu vertrauen, ist nicht nur naiv, sondern birgt auch ein großes Risiko in sich. Denn wenn man den Zusammenhang zwischen Nazis und diesem Staatsapparat, insbesondere seinen bewaffneten Kräften wie Polizei, Bundeswehr und Geheimdiensten genauer analysiert, wird deutlich, dass dies eine gefährliche Illusion ist.

Mit dem Auffliegen der NSU-Nazi-Mörder 2012 wurde erneut klar, dass dieser Staat nicht nur bewaffnete Nazi-Kräfte duldet und schützt, sondern unterstützt und mit aufbaut. Nach dem Auffliegen des NSU-Nazi-Netzwerks konnte auch bewiesen werden, dass Nazis mitten im Staatsapparat sitzen, dass Polizei und VS direkt beim Aufbau des NSU-Nazi-Netzwerks beteiligt waren. Die sog. „NSU 2.0“ hat erneut gezeigt, dass mitten in der deutschen Polizei Nazis sitzen, wie z.B. im Frankfurter Polizeirevier auf der Zeil. Nach dem Auffliegen des Bundeswehroffiziers Franco Albrecht 2017, der als Flüchtling getarnt Mordanschläge gegen Flüchtlingsunterkünfte durchführen wollte, wurde eine weitere Nazi-Organisation im deutschen Staatsapparat bekannt. Dieser sogenannte „Hannibal-Komplex“, so wird diese bewaffnete Nazi-Organisation verharmlosend vom deutschen Staat bezeichnet, besteht aus mindestens 200 Bundeswehrsoldaten und -Offizieren (darunter auch Mitgliedern der KSK-Spezialeinheit), Polizisten von LKA und SEK sowie anderen Teilen der deutschen Polizei, die Waffendepots und Feindeslisten angelegt haben, und untereinander u.a. über Telegram Chat Gruppen konspirativ vernetzt sind. Sie haben auch Verbindungen in den VS sowie in den MAD. Mitglieder dieser Nazi-Organisation sind zum Teil auch gleichzeitig Mitglied der AfD. Durch diese Verbindungen ist diese Nazi-Organisation im Staatsapparat des deutschen Imperialismus fest verankert. (Siehe: IMI-Studie, Der Hannibal Komplex, 9.7.2019)

Seien wir realistisch: Es kann sein, dass deutsche Polizisten, die Teil des Nazi-Netzwerks sind, -das auch die vom Nazi-Mörder von Hanau als „lebensunwert“ eingestuften Bevölkerungsteile auf ihren Todeslisten hat -, Einrichtungen dieser Bevölkerungsteile „beschützt“. Zum Beispiel wenn Polizisten aus dem berüchtigten Frankfurter Polizeirevier auf der Zeil Moscheen „beschützen“ würden! Dieses Szenario zeigt, wie gefährlich und illusionär ein Vertrauen auf mehr Polizeischutz, ja auf diesen Staat ist.

Zur Bewaffnung der Nazi-Bewegung

Die Nazi-Bewegung hat sich ganz legal bewaffnet, indem sie die Waffengesetze in Deutschland ausnutzt. Insgesamt haben im Februar 2019 ca. 1100 Nazis, insbesondere über 900 sog. „Reichsbürger“ Waffenscheine mit denen sie sich legal automatische Waffen besorgen können. (tagesspiegel.de, 18.2.2019) In sog. Sportschützenvereinen können sie auch ganz legal den Gebrauch dieser Waffen trainieren, wie der Nazi-Mörder von Hanau.

Hinzu kommen sicherlich hunderte, ja tausende weitere illegal beschaffte Waffen, die insbesondere auch die in Bundeswehr und Polizei arbeitenden Nazis sicherlich besonders leicht besorgen können. Nur zwei Beispiele: Bei einer Hausdurchsuchung bei einem Nazi in Hannover werden im März 2019 über 50 Schusswaffen gefunden u.a. 16 Gewehre, drei Maschinenpistolen, 17 Pistolen, acht Revolver sowie mehrere Kilogramm Munition unterschiedlichen Kalibers. (www.belltower.news) Im Februar 2020 wurde bei einer Hausdurchsuchung eines Nazis in Husum u.a. ein Maschinengewehr, mehrere Gewehre, Mörsergranaten, mehrere Kilogramm Sprengstoff sowie Chemikalien und Werkstoffe zur Herstellung von Munition gefunden. (www.kn-online.de, 6.2.2020)

Die Nazi-Bewegung ist massenhaft mit höchst effektiven Waffen ausgerüstet, mit automatischen Pistolen und Gewehren und Sprengstoff – das ist die Realität.

Zur Debatte um Selbstschutz gegen Nazi-Massaker wie in Hanau

In einigen Erklärungen nach dem Nazi-Massaker in Hanau wurde von antinazistischen Kräften die Forderung nach Selbstschutz gegen Nazis aufgestellt. In dieser Debatte kommt der Vorschlag, aus dem Selbstschutz gegen Nazis und Faschisten in anderen Ländern für den Kampf hier zu lernen, wie z.B. aus den USA, wo die Debatten schon weiterentwickelt seien als hier. (Siehe: fr.de, Nach dem Anschlag von Hanau: „Aufgeben ist keine Option“, 26.2.2020)

Wir denken, dass hier vor allem der Kampf der Black Panther Party von

Ende der 60er bis Mitte der 70er Jahre in den USA vorbildlich war. Die Black Panther Party, die Anfang 1966 gegründet worden war, versuchte vor allem die Selbstverteidigung der afroamerikanischen Stadtteile gegen die bewaffnete Staatsmacht sowie auch gegen bewaffnete Nazis wie dem Klu-Klux-Klan durchzusetzen. Die Black Panther Party bewaffnete ihre Mitglieder mit automatischen Schusswaffen, um sich gegen Polizei, Militär und faschistische Banden zu schützen und nutzte dabei die Waffengesetze in den USA geschickt aus: Mit Gewehren und Pistolen bewaffnete Gruppen der Black Panther patrouillierten durch die Straßen von US-Großstädten. Anfang der 70er Jahre bestanden ca. 100 Ortgruppen mit mehreren tausend Kämpferinnen und Kämpfern.

Die Black Panthers wussten genau, dass gegen mit automatischen Waffen ausgerüstete rassistische Polizisten und Faschisten keine Steine, keine Zwillen, keine Baseballschläger, keine Ausbildung im Kampfsport helfen, was gegen „normale" Straßen-Nazis durchaus sinnvoll und wirksam sein kann. Es war ihnen klar, dass die Bewaffnung mit automatischen Schusswaffen, die ja legal erworben und getragen werden konnten, unerlässlich ist. Nur dann war es überhaupt möglich, angemessen und schnell genug auf bewaffnete Nazi-Angriffe zu reagieren und rassistische Polizei abzuwehren. Wenn klar ist, dass Nazi-Mörder oder rassistische Polizisten eine solche bewaffnete Gegenwehr zu erwarten hätten, dann würde das auch Wirkung bei ihnen selbst zeigen! Das hat der Kampf der Black Panther Party, so finden wir, sehr deutlich gezeigt.

Sicherlich geht es nicht darum, diesen Kampf und seine Taktik mechanisch auf Deutschland 2020 zu übertragen. Denn die Kampfbedingungen, wie zum Beispiel die Waffengesetze, sind doch unterschiedlich. Es geht unserer Meinung nach darum, aus diesen Kämpfen für heute zu lernen und sie kritisch auszuwerten und das zu übernehmen, was den Kampf hier weiterbringt! Denn die Lage ist doch folgende: Die Organisatoren der Nazi-Morde in Deutschland, die führenden Nazi-Kader und Nazi-Hetzer, laufen weitgehend frei herum. Nazi-Mordanschläge, Hetzjagden auf Refugees und Migrantinnen und Migranten, auf Antifaschistinnen und Antifaschisten, auf Jüdinnen und Juden – all dies wird unweigerlich dazu führen, dass die Verfolgten, die von Mord und Totschlag Bedrohten, zur Selbsthilfe greifen, sich bewaffnen und entsprechend organisieren. Es wird unweigerlich dazu führen, dass sie dort, wo sie eindeutig auf Nazi-Kader, auf Nazi-Mörder treffen, deren Mordabsichten und Mordversuchen zuvorzukommen versuchen!

Wir wollen in diesem Zusammenhang an folgende antinazistische Aktion von 1992 erinnern: Am Abend des 4.5.1992, treffen sich in einem China-Restaurant in Berlin einige führende Nazi-Kader, die allesamt schon auf eine lange „Nazi-Karriere" zurückblicken können. Sie sind dabei, Nazi-Terror zu planen und zu organisieren. In der Manier deutscher „Herrenmenschen" pöbeln sie einen Blumenverkäufer aus Pakistan mit rassistischen Beschimpfungen an. Hilfe wird geholt, einige Antifaschistinnen und Antifaschisten jagen das Nazi-Treffen auseinander. Der Nazi-Kader Kaindl droht mit einer Waffe und bleibt nach einem Handgemenge tot liegen. Das war eindeutig berechtigte Notwehr!

Wie solche Kämpfe planmäßig, offensiv, systematisch und mit möglichst großer Durchschlagskraft geführt werden können, wird angesichts des immer brutaler werdenden Nazi-Mordterrors bei antinazistischen Kräften und unter den vom Nazi-Terror bedrohten Teilen der Bevölkerung in Deutschland diskutiert werden. Diese Debatte ist Teil des Kampfes zum Aufbau einer wirklichen Selbsthilfe gegen Nazi-Terror und Teil des Kampfs gegen die gesamte Nazi-Bewegung in Deutschland. Juristisch gesehen geht es um Notwehr gegen die Bedrohung durch Nazi-Morde und Nazi-Massaker.

Die Kampagne gegen die Shisha Bars: Den Kampf gegen die rassistische Normalität und die deutsche „Herrenmenschen"-Ideologie verstärken!

Die Nazi-Bewegung entwickelt sich, breitet sich aus und bewegt sich in der deutsch-nationalistischen und deutsch-rassistischen Normalität in Deutschland. Die Nazi-Bewegung wird vom deutschen Staat geschützt, unterstützt und mit aufgebaut. Und Nazis sitzen mitten in diesem Staatsapparat. Gleichzeitig herrscht staatlicher Rassismus gegen Refugees und gegen Migrantinnenen und Migranten vor, die tagtäglich der deutschen „Herrenmenschen"-Ideologie ausgesetzt sind. Im Mittelmeer werden – mit führender Beteiligung der deutschen Regierung – auch in diesem Jahr wieder tausende Refugees durch Ertrinken ermordet. Das sind die „deutschen Zustände", die auch Nazi-Massaker wie in Hanau hervorbringen!

Es liegt auf der Hand, warum der Nazi-Mörder von Hanau sich ausgerechnet Shisha-Bars als Ziel seines Massakers ausgesucht hat: Shisha-Bars, in denen sich angeblich „kriminelle Clans" treffen, sind bundesweit seit Monaten, ja seit Jahren Zielscheibe von widerlichsten deutsch-rassistischen Hetzkampagnen von „Bild" über AFD bis zu anderen Berliner Parteien und anderen bürgerlichen Medien sowie

Großartige Aktion gegen die Waffenexporte des deutschen Imperialismus

Mit dem Mittel einer zeitweiligen Besetzung des Bundesamtes für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle in Eschborn bei Frankfurt am 4.2.2020 wurde medienwirksam die Lüge von der angeblichen Einschränkung der Waffenexporte aufgedeckt.

Die gesamte Behörde ist eine Art Witzveranstaltung, da über 99,2 % aller Anträge auf Waffenexporte (11.491 waren es 2017) von Rüstungsfirmen wie Rheinmetall, Thyssen, Krupp, SIG Sauer u.a. von über 1000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern durchgewunken werden. Im Flugblatt der antimilitaristischen Initiative wird der Einsatz deutscher Waffen in aktuellen Kriegen weltweit angeprangert.

Als die antimilitaristischen Aktivistinnen und Aktivisten nach einigen Stunden das besetzte Foyer der Behörde verließen, rächte sich die von der Aktion überrumpelte Polizei an den Besetzerinnen und Besetzern auf ihrem Rückweg, indem sie sie massiv mit Tritten und Pfefferspray attackierte. Die Aktivistinnen und Aktivisten blockierten daraufhin Gleise einer S-Bahnstrecke.

Die Aktion zeigt die Möglichkeit, besonders extreme und immer wiederholte Lügen der deutschen Imperialisten in aller Öffentlichkeit aufzudecken und so den Weg zu bereiten, um in weiteren Stufen gegen Waffenexporte überhaupt vorzugehen.

Polizeistaatliches Vorgehen gegen „Linksunten indymedia“

Es wurde eine neue Stufe der Eskalation des Staatsapparats gegen die linke Medienplattform „Linksunten Indymedia“ eröffnet, nachdem bereits seit August 2017 geltenden Verbot durch den Innenminister. In einem mehrstufigen Gerichtsverfahren wurde mit absurden juristischen Finten – mit lächerlichen formaljuristischen Hinweisen auf Verstoß gegen das Vereinsrecht durch einen nie existierenden Verein – das bestehende Verbot der Internetplattform „Linksunten“ vom Bundesverwaltungsgericht zementiert.

In Leipzig gab es am 25.2.2020 vor der Urteilsverkündung eine Solidaritätsdemonstration mit massiven Protesten von antikapitalistischen und antifaschistischen Kräften unter dem Motto „Wir sind alle linksunten: Pressefreiheit verteidigen, den autoritären Staat angreifen“. „Linksunten“ bot für militante Gegnerinnen und Gegner des Kapitalismus in Deutschland und international eine Plattform und Gelegenheit, ihre Aktionen zu begründen und zu dokumentieren. Es war aber auch eine Diskussionsplattform, auf der Inhalte von Demo- und Aktionsaufrufen kommentiert wurden und Diskussionsbeiträge zum Kampf gegen den imperialistischen Staat und den Kapitalismus veröffentlicht wurden.

Es ist klar, dass sich Wege finden werden, um dieses polizeistaatliche Verbot zu umgehen und weiter die Möglichkeit des Internets für Informationen über revolutionären Kampf und revolutionäre Aktionen zu nutzen.

ständigen rassistischen Überfällen und Kontrollen durch die deutsche Polizei.

Es ist ein gewisses Zusammenspiel zu erkennen:

■ Bürgerliche Medien, bürgerliche Politiker und die AfD hetzen mit Hilfe der deutschen „Herrenmenschen“-Ideologie. Bei dieser rassistischen Hetze wird nach der Linie von Goebbels vorgegangen, dem Chef des Nazi-Propagandaamts in Nazi-Deutschland. Im Dezember 1937 hatte die Nazi-Regierung den Befehl ausgegeben, beim Bericht über angebliche oder wirkliche Verbrechen die Schuld „dem Juden“ zu geben, um die Judenfeindschaft weiter zu verstärken. Im Moment sind es vor allem „kriminelle Clans“ oder „kriminelle Ausländer“.

■ Die deutsche Polizei terrorisiert mit rassistischen Razzien Shisha-Bars, die sie mit schwer bewaffneten Einheiten überfällt und dabei ganze Straßen und Stadtteile abriegelt.

■ Die Nazi-Bewegung nimmt sich auch wie beim Nazi-Massaker in Hanau Shisha-Bars zum Ziel.

Einige Beispiele von rassistischer Hetze und rassistischer Razzien gegen Shisha-Bars:

„Bild“ hetzt aktuell gegen „Clans in Berlin“ und behauptet lügnerisch „Wie arabische Großfamilien Berlin beherrschen“! (bild.de) Die ARD hetzt: „Was Deutschland bewegt: Beuteland. Die Millionengeschäfte krimineller Clans“. So der Titel dieser Hetz-Dokumentation der ARD! (daserste.de) Und bei dieser Hetze werden die Shisha-Bars mit einbezogen als angeblicher „Treffpunkt für kriminelle Clans“ sowie insgesamt als „krimineller Ort“, wo es vor Drogen, Erpressung und ähnlichem angeblich nur so wimmelt.

Die AfD hetzt auf Plakaten gegen angebliche „Vergiftungen in Shisha-Bars“ und „Gruppenvergewaltigung in Shisha-Bar“. Die Täter seien angeblich „Syrer und Iraner“! Der Frankfurter AfD Vorsitzende Rainer Rahn treibt die Hetze auf die Spitze und hat „Verständnis“ für den Hanauer Nazi-Mörder: Wenn man permanent von einer Shisha-Bar gestört werden würde, dann könnte das „auch zu solch einer Tat beitragen.“ (faz.net, 25.2.2020) AfD und FDP betreiben in Frankfurt seit Monaten eine rassistische Hetze gegen Shisha Bars mit Anträgen im Stadtparlament, um die Bars aus den Frankfurter Wohngebieten zu vertreiben.

In Berlin gibt es fast tagtägliche Hetze gegen Shisha-Bars von bürgerlicher Presse und bürgerlichen Politikern sowie rassistische Razzien. Die Regierung aus GRÜNEN, SPD und PdL steht für über 230 rassistische Razzien allein 2019 auch gegen Shisha-Bars! (labournet.de) Schon im September 2018 hetzte Martin Hikel (SPD), Innensenator von Berlin: „Brutalität krimineller Clans gefährdet sozialen Frieden“. (tagesspiegel.de, 25.9.2018)

Die CDU in NRW setzt auch beides um: rassistische Hetze und Razzien. Reul (CDU), Innenminister von NRW, hetzt schon im November 2018 „Shisha-Bars sind Boden für Clan-Kriminalität“ und ist seiner Linie bis heute treu geblieben. Dutzende von rassistischen Polizei-Razzien wurden seitdem in Shisha-Bars in NRW durchgeführt. (waz.de, 15.11.2018)

***

Verschiedene Organisationen fordern, den Kampf gegen die gesamte rassistische Realität in Deutschland zu verstärken. Es geht darum, dass die von den Nazis, vom deutschen Rassismus Bedrohten zusammen gegen diese rassistische Normalität kämpfen im Bündnis mit allen antinazistischen Kräften. Für den 8.Mai 2020 ist deshalb zum „Tag des Zorns“ aufgerufen worden, einem bundesweiten Streik sowie Protest- und Widerstandsaktionen auf der Straße, den wir solidarisch unterstützen. Im Aufruf zum „Tag des Zorns“ heißt es:

„Liebe Freund*innen, liebe Genoss*innen, wir migrantischen Selbstorganisationen rufen unsere Geschwister und Genoss*innen am 08. Mai 2020 zu einem Tag des Zorns und damit einhergehenden Generalstreik auf. Wir fordern alle Menschen mit Migrationserbe, jüdische Menschen, Sinti*ze und Rom*nja, Schwarze Menschen, people of colour, BIPoC und alle solidarischen Menschen auf, mit uns zu streiken…

Da die Politik dabei zusieht wie unsere Geschwister und Freund*innen, auch unsere antifaschistischen Genoss*innen, bis heute sogar in staatlichen Institutionen ums Leben kommen, können wir uns nicht auf sie verlassen. Sie schützen uns nicht und spätestens seit dem NSU wissen wir, dass in Deutschland aller Wahrscheinlichkeit nach Täterschutz betrieben wird. Wir sind nicht still, wir lassen uns nicht einschüchtern, wir führen keine rassistischen Diskussionen, wir überlassen Nazis nicht die Straßen.

Wenn Deutschland weiter mit Nazis schmusen möchte, geschieht das ohne uns! Angeregt durch die Ramazan Avcı Initiative tragen wir unsere Wut und unsere Trauer am achten Mai auf die Straße. Organisiert euch und ruft mit uns zum Streik auf.“ (labournet.de, wirstreiken0805.wordpress.com)

Drucker, Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: W. Schulze, Osnabrücker Str. 26, 10589 Berlin ISSN 0948/5090
https://gegendiestroemung.net *Die Nutzung unserer Homepage sollte gut überlegt erfolgen, da jeder Zugriff staatlich registriert wird*

Proletarierinnen/Proletarier aller Länder, vereinigt euch!

GEGEN DIE STRÖMUNG

Organ für den Aufbau der Revolutionären Kommunistischen Partei Deutschlands

3-4/2020 März / April 2020

Das Corona-Virus als Vorwand!

Es ist nicht zu bezweifeln, dass sich in fast allen Ländern der Erde Corona-Viren in großem Ausmaß verbreitet haben und dass die durch diese Viren hervorgerufene Atemwegserkrankung gerade bei Menschen mit bestimmten schweren Vorerkrankungen und sehr alten Menschen auch zum vorzeitigen Tod beigetragen hat und weiter beitragen kann.

Die Diskussion darüber, was dagegen zu tun ist, umfasst medizinische Fragen auf die hier nicht eingegangen werden soll (wo ist welcher Mundschutz sinnvoll und wo nicht, welche Vorsichtsmaßnahmen sind überhaupt sinnvoll oder nicht usw.). In hunderten von sich widersprechenden Einschätzungen werden angeblich alternativlose Meinungen zu solchen und anderen Fragen verbreitet, die momentan die Gehirne vernebeln. Das kann hier nicht entwirrt werden. Es sollen lediglich einige zentrale politische Einschätzungen festgeschrieben werden.

Immer wenn ein imperialistischer Staat eine Chance wittert, mit einer real existierenden oder teilweise selbst herbeigeführten Krise oder Bedrohung, insbesondere bei Naturereignissen, eine Verschärfung seiner ökonomischen, sozialen und politischen Maßnahmen durchführen zu können, wird er diese Chance wahrnehmen.

Ganz offensichtlich ist der Staat des deutschen Imperialismus keinesfalls auf eine Ausbreitung einer Infektionskrankheit vorbereitet, wie sich das auch schon im Winter 2017/2018 zeigte, als selbst nach offiziellen Angaben ca. 25.000 vor allem sehr alte und schwer kranke Menschen in acht Wochen an der jährlich wiederkehrenden Grippe durch Influenzaviren verstarben und der deutsche Staat nichts unternahm. Der deutsche Staat ist aber durchaus darauf vorbereitet, auszuloten, welche Chancen sich ihm unter dem Vorwand der Abwehr der „Corona-Katastrophe“ bieten.

Atmosphäre der Denunziation und der Faschisierung: Der Polizeistaat auf dem Vormarsch

Die gut vorbereitete Liste von Maßnahmen zum Drangsalieren und Schikanieren der Bevölkerung, damit auch nicht einmal die Idee eines Protestes aufkommen kann, wird in eingeübter Form Stück für Stück realisiert, ein bisschen wieder zurückgenommen, dann wieder verschärft. Kleine, gut dosierte Kritik wird hier und da zugelassen, im Großen und Ganzen ist aber klar: es ist jetzt die Stunde der Polizei. Sie achtet überall und ständig darauf, dass die beschlossenen Maßnahmen der Kontakt-Einschränkungen unter weitgehender Ausschaltung sämtlicher Grundrechte, sämtlicher demokratischer Rechte auch eingehalten wird. Es wird an den Spitzeltrieb der rückschrittlichen Teile der Bevölkerung appelliert, die Denunziation als Hobby betreibt. Wo es nur geht, durchaus auch mit rassistischen und deutsch nationalistischen Positionen im Kopf, werden aus diesen Teilen der Bevölkerung heraus Menschen bei der Polizei angezeigt.

Das ganze Ausmaß der polizeistaatlichen Verschärfung ist noch nicht sichtbar und zeigt sich nur in Ansätzen dann, wenn demokratische Grundrechte, wie das Demonstrationsrecht, trotz aller Einschränkungen wahrgenommen werden. Hier wird dann klar, wie am 5.4.2020 in Frankfurt bei einer Aktion, die u.a. von der Organisation „Seebrücke“ initiiert wurde, dass es nicht um Gesundheit geht. Es geht um die Autorität des Staates, um die Autorität der Polizei, um den Polizeiknüppel.

Die polizeistaatliche Verschärfung ist keinesfalls schon auf dem Höhepunkt, auch weil die Bevölkerung aus Angst vor dem Virus weitgehend sämtliche vernünftigen und unvernünftigen, absurden und halb vernünftigen Maßnahmen trotz aller Zickzackkurse mit etwas Murren, aber unter ständiger Kontrolle der soziologischen Umfragen, weitgehend mitträgt. Geplant sind u.a. auch die polizeiliche Kontrolle und Überwachung über Smartphone mit Hilfe einer „Corona-App“ weiter zu steigern.

Es ist auch die Stunde der „psychologischen Kriegsführung“, der Massenpsychologie und psychologischer Werbestrategien. Informationen zu „Corona“ werden gezielt so dosiert, dass die Angst groß genug bleibt, damit „Vater Staat“ alles regeln darf. Gleichzeitig werden sie aber auch so dosiert, dass das Eigenlob des Staates, was er alles richtig macht und wie großartig er auch die Situation im Griff hat, nicht gefährdet wird. In der Bandbreite zwischen diesen beiden Zielen, Angst erzeugen und Eigenlob, werden zentralstaatlich mit gekauften Pseudoexperten die Nachrichten über die bürgerlichen Medien lanciert. Was einmal eine schlechte Nachricht war, wird morgen zur guten Nachricht und umgekehrt: „Die Zahl der Toten ist so niedrig wie in keinem anderen Land, so toll sind wir“. Dann heißt es „Die Zahl der Toten steigt, wir müssen aufpassen, dass es bei uns nicht wie in Italien wird“, und dann wieder umgekehrt. Dabei wird nicht gespart mit direkten Lügen und Halbwahrheiten. (Siehe dazu: Wie man mit Statistik lügt und eine hysterische Katastrophenstimmung erzeugt)

Das alles entspricht ungefähr dem, was in der Massenpsychologie längst bekannt ist: Man muss die Massen behandeln wie ein kleines Kind, mit Zu-

ckerbrot und Peitsche, mit Lob und Tadel, wie der gute Hirte eben seine Schafe führt.

Notstand und Einübung des „Ernstfalls“: Wie im Krieg!

Es wird zwar vermieden, sich direkt auf einen Notstand und die Notstandsgesetze zu berufen und die Phrase vom „Krieg gegen den Virus“ in Deutschland wird eher abgelehnt. Aber es wird doch schon staatlich mit „Ermächtigungen“ agiert. So wenn mittels Verordnungsermächtigung des Infektionsgesetzes (§ 32) erklärtermaßen das Grundrecht der Freiheit der Person, der Freizügigkeit, der Versammlungsfreiheit, der Unverletzlichkeit der Wohnung faktisch aufgehoben werden.

Die konkreten Maßnahmen der Absperrung des Landes, der Übung der Absperrung von ganzen Stadtvierteln, der Absperrung von Häuserblocks sind polizeistaatliche Übungen, die auch im Falle von Revolte und Aufstand von besonderem Gewicht sind.

Und es wird Stück für Stück die ach so großartige deutsche Armee, die Bundeswehr, mit ihren Gesundheitseinrichtungen und ihren logistischen Möglichkeiten mehr und mehr eingespannt. Die Gelegenheit für Übungen des Militärs werden nicht ausgelassen. Denn die durchaus noch geringe Zahl von Kriegseinsätzen der Bundeswehr im Ausland sind eine Sache, den Einsatz der Bundeswehr im Inneren als legitim und wichtig darzustellen – das ist noch eine andere Sache. Die aktuelle Lage wird ausgenutzt, um massiv die Bundeswehr ins Spiel zu bringen. Laut offiziellen Zahlen stehen bereit bzw. sind schon 37.000 Soldaten der Bundeswehr bereits im „Corona-Einsatz“. Nach den eigenen Gesetzen der Bundesrepublik Deutschland ist das eigentlich verboten. Dass die herrschende Klasse eines kapitalistisch-imperialistischen Staates sich an seine eigenen Gesetze hält, ist ja nun wahrlich nicht zu erwarten. Dennoch ist es anzuprangern.

Volksgemeinschafts-Ideologie und deutscher Nationalismus: Wir sind die besten! Wen interessieren noch Asylrecht und die Lage der Flüchtlinge!

Eine der ganz großen wichtigen Erfahrungen sowohl aus dem Ersten Weltkrieg als auch aus der Zeit des Nazifaschismus und des Überfalls des deutschen Imperialismus auf andere Länder war, dass bestimmte Situationen wunderbar dazu benutzt werden können, die Klassengegensätze zu vertuschen, die in jedem Land bestehen. Die Ideologie der „deutschen Volksgemeinschaft“, „Deutschland über alles“, „wir zuerst“ – das alles sind wichtige Punkte der aktuellen Lage. Die moraltriefenden Ansprachen der Bundeskanzlerin, die an alle Bürger und Bürgerinnen appelliert, sich doch wie gute Menschen zu verhalten und den Egoismus abzulegen, ist die Hülle, der demagogische Mantel, hinter dem der deutsche Staat sich als Schutzpatron der „Deutschen“ darstellt. Es soll verschleiert werden, dass es in Wirklichkeit um Einübung von einer Art Domestizierung und von Untertanengeist geht, also um die Formung des „autoritären Charakters“ zwecks aktueller und späterer Profitmaximierung.

Die Schließung der Grenzen, die Abschaffung der Reste des Asylrechtes, die komplette Einsperrung der Refugees in den Flüchtlingslagern in Deutschland, die Weigerung die Flüchtlingslager an den Außengrenzen Europas endlich zu öffnen, all das passt ins Bild. Da geht es dann nicht mehr um internationale oder europäische Solidarität, die nur dann beschworen wird, wenn es darum geht, für „Deutschland“, genauer für die Kapitalisten, einen Vorteil herauszuschlagen.

Wie immer, aber heute noch mehr, werden Geflüchtete als angeblich gefährlich dargestellt, als angeblich noch gefährlicher, wenn sie aus den Lagern herauskommen können. Ob sich die Todesraten in den Lagern in großem Tempo erhöhen, in diesen Lagern, in denen Men-

Wie man mit Statistik lügt und eine hysterische Katastrophenstimmung erzeugt

„Corona-Tote“ und „Corona-Infizierte“ – seit einigen Wochen, jeden Tag aufs Neue werden wachsende Zahlen und Statistiken präsentiert und ohne Skrupel benutzt, um Angst und Hysterie zu schüren. Es werden enorme angebliche „Todesraten“ des Corona-Virus errechnet und behauptet, dass die wachsende Zahl der „Corona-Infizierten“ beweisen würde, dass sich das Virus weiter schnell in der Bevölkerung ausbreitet und deshalb die „Corona-Pandemie“ noch lange nicht vorbei wäre. Was sagen diese Begriffe nun wirklich aus?

Erstens: Alle Verstorbenen, bei denen der Corona-Virus-Test positiv ist (d.h. wenn er DNA bestimmter Corona Viren findet), werden als sog. „Corona-Tote“ in die Statistik aufgenommen. Die wirkliche Todesursache wird nicht festgestellt. Dass so vorgegangen wird, hat das „Robert-Koch-Institut“ (RKI) offiziell bestätigt. Also: Die im Moment tagtäglich auf den neuesten Stand gebrachten angeblichen „Corona-Todesfälle“ sind in Wirklichkeit verstorbene Menschen, bei denen der Corona-Test positiv ausgefallen ist. Sie sind mit Corona gestorben, ob sie auch an Corona gestorben sind, weiß man nicht!

Zweitens: Jeder Mensch, bei dem ein Test die DNA eines bestimmten Corona Virus findet, gilt als „Corona-Infizierter“. Jeden Tag werden eine bestimmte Anzahl von Corona-Tests durchgeführt. Diese positiv Getesteten werden dann zur vorhandenen Zahl der schon positiv Getesteten dazu gezählt. In Wirklichkeit wird hier also keinesfalls die wirkliche Ausbreitung oder die Geschwindigkeit der Ausbreitung von Corona Viren in der Bevölkerung in Deutschland festgestellt, denn die Millionen Nicht-Getesteten werden ja in keiner Weise berücksichtigt.

Der deutsche Staat hat gerade in der Phase, als die Diskussion um die Einführung von polizeistaatlichen Maßnahmen auf dem Höhepunkt war, ganz bewusst die Zahl der „Corona-Infizierten“ von einer Woche auf die andere massiv steigen lassen. Damit ist ein entscheidendes „Argument“ geschaffen worden, um die Hysterie weiter zu schüren und die polizeistaatlichen Maßnahmen besser verkaufen zu können. Wie war das möglich? Es wurden einfach dreimal mehr Tests durchgeführt wie in der Woche zuvor. Dann stieg logischerweise auch die Zahl der „Infizierten“, d.h. der positiv Getesteten ungefähr um das dreifache. (11 KW: 127.500 Tests, davon 7500 positiv, KW 12: 348.000 Tests, davon 23.000 positiv) Dieser offensichtliche Betrug, diese Täuschung der Bevölkerung in Deutschland durch gefälschte Statistik wird kaum versucht zu verheimlichen, denn die Zahlen sind direkt beim RKI zu finden. (Siehe: www.rki.de, Lagebericht des RKI zur Coronavirus-Krankheit-2019 vom 15.4.2020, S. 8) In Wirklichkeit lag die Steigerung der „Corana-Infizierten“, d.h. der positiv Getesteten gemessen an der Anzahl der Tests von 11. KW auf 12. KW bei ca. ein Prozent.

Doch mit dieser Zahl hätte der deutsche Staat wesentlich schwieriger die polizeistaatlichen Maßnahmen rechtfertigen können!

schen wie Tiere gehalten und behandelt werden, ob sich da Corana-Viren verbreiten oder nicht, das ist doch den deutschen Herrenmenschen egal.

So zeichnet sich die gegenwärtige Lage auch dadurch aus, dass nicht nur demokratische Grundrechte außer Kraft gesetzt werden, sondern zudem noch eine Gesamtatmosphäre erzeugt wird, dass doch (fast) alle in Deutschland in einem Boot sitzen und zusammenhalten müssen: Die Unterschiede zwischen Milliardären und Hartz-IV-Empfängern werden auf Null geschrumpft.

Vertuschung und Bagatellisierung: Das profitorientierte und ausbeuterische deutsche Gesundheitswesen

In der Tat gab es eine Zeit lang aus historischen Gründen in Deutschland ein relativ stabil ausgestattetes Gesundheitssystem. Dieses Gesundheitssystem konnte trotz einer Zwei-Klassen-Medizin mit Pflicht- und Privatversicherung an Apparatur, Anzahl der Krankenhäuser und Anzahl der Betten einiges vorweisen, obwohl es in vielen anderen kapitalistischen Ländern durchaus besser aussah. In den letzten Jahren hat die profitorientierte Verwandlung des Gesundheitswesens in Deutschland dazu geführt, dass nicht nur zehntausende Pflegekräfte fehlen, die arbeitenden Pflegekräfte unter übelsten Arbeitsbedingungen und mit schlechtester Bezahlung arbeiten müssen. Es wurde auch durch eine Fülle von Maßnahmen im Gesundheitswesen die Gesamtlage massiv verschlechtert, Krankenhäuser geschlossen usw.

Dass aktuell nicht genügend Mundschutz und Schutzkleidung für Ärzte und Krankenhauspersonal da sind, das kann auch der letzte Heuler kaum mehr vertuschen.

Dass mehr als 50 Prozent aller Operationen (einige tausende) in Deutschland wegen „Corona“ mit teilweise schlimmen Konsequenzen verschoben wurden, ist öffentlich bekannt.

Die vom deutschen Staat angeordnete Einsperrung und Isolierung von Hunderttausenden alten und kranken Menschen in Pflegeheimen und Krankenhäusern, was das vollständige Besuchsverbot auch für Familienangehörige einschließt, dient keineswegs, wie heuchlerisch vom deutschen Staat behauptet wird, ihrem „Gesundheitsschutz“. Diese Maßnahmen quälen diese Menschen (und ihre Angehörigen), machen sie noch kränker und beschleunigen zum Teil auch ihren Tod. Das wird von fortschrittlichen Kräften im Gesundheitssystem schon seit Wochen angeprangert.

Aber was passiert? Werden die, die dafür verantwortlich sind, auch nur im Entferntesten dafür in die Verantwortung genommen, wegen Körperverletzung oder fahrlässiger Tötung nach dem Strafgesetzbuch der BRD angeklagt oder verurteilt? Nichts davon passiert!

Diese gewaltige Fehlentwicklung des Gesundheitswesens, die sich nicht nur an diesen Punkten zeigt, gehört zu den Anklagepunkten gegen diesen kapitalistischen Staat, der auf allen Gebieten, auch auf dem Gebiet des Gesundheitswesens, eine profitorientierte menschenverachtende Ausrichtung durchsetzt.

Fakten zum profitorientierten und ausbeuterischen Gesundheitswesen

Nach Schätzungen sterben in Deutschland jährlich etwa 40.000 Patientinnen und Patienten durch Krankenhauskeime, 25.000 davon durch multiresistente Keime. Davon könnte ein sehr großer Teil durch bessere Krankenhaushygiene vermieden werden. Hygiene wird oft verwaltet wie eine inoffizielle Kasse: Man kassiert Geld, aber sorgt unzureichend für Hygiene.

Seit Einführung der sogenannten Fallpauschalen wurden 50.000 Pflegekräfte abgebaut. Laut Angaben von ver. di fehlen in Deutschland aktuell in den Krankenhäusern 162.000 Beschäftigte, um eine halbwegs zufriedenstellende Versorgung der Patientinnen und Patienten zu gewährleisten. Im Dezember 2019 hat die Deutsche Krankenhausgesellschaft 17.000 unbesetzte Stellen im Intensivpflegebereich festgestellt. 63.000 Fachkräfte müssten zusätzlich im Bereich der stationären Altenpflege eingestellt werden. Laut einer Studie der Hans-Böckler-Stiftung von 2019 betreut in Deutschland eine Pflegekraft im Schnitt 13 Personen, in der Schweiz sind es acht, in den Niederlanden knapp sieben.

Überproduktion und staatsmonopolistischer Kapitalismus

Die aktuelle Situation kam insbesondere für die Automobilindustrie, die einen massiven Absatzeinbruch, eine Überproduktion zu verzeichnen hat, nicht ungelegen. Nun kann im großen Maßstab Kurzarbeit angeordnet werden. Es kann die Umstrukturierung der Produktion auf Elektroautos durchgeführt werden, was mit großen Entlassungen verbunden sein wird.

Das Hauptmerkmal der aktuellen Situation ist jedoch vor allem, dass gerade kleine und mittlere Betriebe und Geschäfte vor dem Aus stehen. Große Konzerne wie Aldi oder Amazon haben einen ungeahnten Aufschwung.

Die gesamte Umstellung von Ladenverkäufen auf Lieferdienste ist ebenso von größter ökonomischer Bedeutung für die nächsten Jahre und Jahrzehnte wie die weitgehende Umstellung von Büroarbeit auf Home-Office.

Das Drücken der Löhne und zunehmende Massenentlassungen werden schon und werden auch in Zukunft ohne Skrupel heuchlerisch auf das Corona-Virus zurückgeführt werden.

Die Verschärfungen der Ausbeutung und Unterdrückung unter Ausnutzung von Krisensituationen ist ein Wesensmerkmal nicht nur des Kapitalismus überhaupt, sondern findet insbesondere auch in imperialistischen Ländern wie Deutschland statt. Jede Gelegenheit wird genutzt, um an den Schrauben zu drehen, die höhere Profite garantieren oder garantieren könnten.

Die rasante Schuldenaufnahme des Staats im staatsmonopolistischen Kapitalismus, wo der Staat das Werkzeug des monopolistischen Großkapitals ist, das Hin und her von Privatisierung und Verstaatlichung von Konzernen, sind Manöver, um Milliarden und aber Milliarden an die Spitzen dieser Gesellschaft, vor allem an das monopolistische Großkapital, zu verteilen.

Die Größenordnung der neu aufgenommenen Schulden des deutschen Staats wird alle bisherigen Rekorde schlagen und diese gigantischen Summen, mehrere hundert Milliarden Euro, werden vor allem an große Konzerne und Banken verteilt.

Die scheinbar großzügige Unterstützung, die weitgehend unbürokratisch ausgeschütteten Milliarden, um aktuell z.B. das Stunden der Mieten, um

das Absacken auf das Hartz-IV-Niveau von weiteren Millionen von Menschen kurzfristig zu mildern, sind der Vorbote einer rasanten Talfahrt für Löhne und Gehälter, für eine verschärfte Ausbeutung auf allen Gebieten und eine massenhafte Verelendung.

Es scheint einen fundamentalen Streit zwischen „Gesundheitspolitik“ und „Wirtschaftspolitik“ innerhalb der herrschenden Klasse und ihrer Berliner Parteien zu geben. Tatsächlich ist es aber ein Streit über die Art der Kombination polizeistaatlicher Maßnahmen unter dem Deckmantel der angeblichen „Corona-Bekämpfung“ und ökonomischer Maßnahmen, um kurzfristig, mittelfristig und langfristig die Profitrate maximal zu erhöhen.

Die weitere Zentralisierung der Produktion und die weitere Konzentration des Kapitals sind Wesensmerkmale einer kapitalistischen Gesellschaft. Diese kann die Zuspitzung der Klassengegensätze in imperialistischen Ländern wie Deutschland weitgehend nur dadurch verlangsamen und zeitweilig aufhalten, indem sie verstärkt Menschen, ein wachsendes Proletariat in anderen Ländern ausbeutet, mit gigantischem Kapitalexport in Staaten wie China und Indien das dortige Proletariat mit ausbeutet und unterdrückt. Doch auch dort wehrt sich gerade das industrielle Proletariat mehr und mehr!

„Opposition“ aus der Nazi-Ecke: eine Verschwörungstheorie jagt die andere

Nicht nur in den USA kommt es zu einem verschärften Auftreten bewaffneter faschistischer Kräfte, die die Gunst der Stunde nutzen, um sich als Verteidiger der Freiheitsrechte der Menschen zu profilieren. Die vielfältigen absurden Erklärungen, dass das Corona-Virus angeblich ein „chinesisches Virus“ oder ein „vom israelischen Geheimdienst eingeschlepptes Virus“ sei und ähnliches sind die Begleitmusik für den verschärften Kampf gegen Migranten und Migrantinnen, gegen Refugees, die selbstredend wieder als Träger der Seuche klassifiziert werden. Ein Blick in die Geschichte hilft hier: Auch das Warschauer Ghetto wurde von den Nazis mit dem Schild „Vorsicht, Seuchen-Gebiet“ ausgestattet. Gesundheitspolitik als Seuchen-Bekämpfung war schon immer eine Spezialität der deutschen Nazis und ihrer Helfer.

In Deutschland beginnen die nazifaschistisch orientierten sogenannten „Reichsbürger“ mit Unterstützung aus diversen anderen Organisationen sich als Vorkämpfer gegen polizeistaatliche Maßnahmen zu profilieren, so als wären sie wirkliche Demokraten. Es ist wichtig, diese pseudodemokratischen Figuren zu enttarnen als das, was sie sind: Teils verkleidet, teils offen auftretende Nazihelfer oder selbst Nazis.

Auf diesen Punkt hinzuweisen ist umso wichtiger, da der Versuch der Gleichsetzung einer Kritik von links mit diesen am Nazifaschismus orientierten Personen durch die Bildzeitung bis zur Tagesschau zur aktuellen Taktik der bürgerlichen Medien gehört. Es geht darum. demokratische und revolutionäre Kräfte, die sich gegen die polizeistaatliche Entwicklung in Deutschland wehren, als „Extremisten“ mit den Nazis gleichzustellen.

Die DGB-Führung erklärtermaßen im Volksgemeinschafts-Modus

Kaum war von der Politik der herrschenden Klasse die zunächst völlige, dann weitgehende Aufhebung des Demonstrations- und Versammlungsrechts verkündet und polizeistaatlich durchgesetzt, sagte die DGB-Führung schon im März in vorauseilendem Gehorsam bundesweit alle 1. Mai-Demonstrationen ab. Und nicht nur das. In einer gemeinsamen Stellungnahme des DGB-Vorsitzenden Hoffmann und „Arbeitgeber“präsident Kramer wird versichert:

„Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände haben sich in Krisenzeiten stets gemeinsam und verantwortungsvoll für das Gemeinwohl eingesetzt. … Konflikte und Interessengegensätze bleiben bestehen, aber in besonderen Situationen werden sie hinten angestellt.“ (DGB-Pressemitteilung 013 vom 13.3.2020)

Corona-Virus als Vorwand!

Corona-Katastrophenstimmung: Denunziantentum, brutale Abwehr der Refugees, Faschisierung, Kriegsvorbereitung!

Volksgemeinschaftsideologie und deutscher Nationalismus!

Superdeutsches Gesundheitswesen? Profitorientiert und ausbeuterisch!

„Wirtschaft unter Corona-Schock“? Weltweite Verelendung, Kapitalismus!

Gegen die Strömung ankämpfen!



Drucker, Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: W. Schulze, Osnabrücker Str. 26, 10589 Berlin

Aufklärung, Protest und gut durchdachter Widerstand

Dieses Manöver der Gleichsetzung „rechts=links“ könnte auch demokratische und revolutionäre Kräfte einschüchtern, die selbstverständlich mit solchen nazifaschistischen Figuren, nichts, aber auch nichts gemeinsam tun können und zu tun haben können. Nichtsdestotrotz: In klarer Abgrenzung ist es nötig, so wie in Frankfurt am Main die Organisation „Seebrücke“ u.a. es vorgemacht haben, Formen der Aufklärung, des Protests und des Widerstandes gegen die aktuelle reaktionäre Politik in Deutschland durchzuführen.

Sicher wird dabei manchmal auch etwas schiefgehen. Vielleicht werden Fehler gemacht, vielleicht aber auch nicht. Wichtig ist auf jeden Fall, sich nicht einschüchtern zu lassen.

Es gilt angesichts des gesamtgesellschaftlichen Drucks und der schon an Hysterie grenzenden polizeistaatlichen Mentalität auch bei großen Teilen der Bevölkerung nicht nachzugeben, vielmehr gegen diese Strömung anzukämpfen. Es gilt über tagespolitische Ereignisse nicht die grundlegenden gesellschaftlichen Probleme dieser profitorientierten kapitalistisch-imperialistischen Gesellschaftsordnung, zu vergessen und aus dem Auge zu verlieren.

Die Zerschlagung dieser ausbeuterischen Gesellschaftsordnung ist eine sehr, sehr langfristige Aufgabe, deren Notwendigkeit (wie die Notwendigkeit der sozialistischen Revolution, der Unterdrückung der Reaktionäre nach dem Sieg der Revolution und dann der Aufbau des Kommunismus) sich von Jahr zu Jahr auch in Deutschland deutlicher zeigen wird.

Stand: 27.4.2020

Drucker, Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: W. Schulze, Osnabrücker Str. 26, 10589 Berlin ISSN 0948/5090
https://gegendiestroemung.net *Die Nutzung unserer Homepage sollte gut überlegt erfolgen, da jeder Zugriff staatlich registriert wird*

Corona-Virus als Vorwand!

Corona-Katastrophenstimmung: Denunziantentum, brutale Abwehr der Refugees, Faschisierung, Kriegsvorbereitung!

Volksgemeinschaftsideologie und deutscher Nationalismus!

Superdeutsches Gesundheitswesen? Profitorientiert und ausbeuterisch!

„Wirtschaft unter Corona-Schock“? Weltweite Verelendung, Kapitalismus!

Gegen die Strömung ankämpfen!



Drucker, Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: W. Schulze, Osnabrücker Str. 26, 10589 Berlin

Proletarierinnen/Proletarier aller Länder, vereinigt euch!

GEGEN DIE STRÖMUNG

Organ für den Aufbau der Revolutionären Kommunistischen Partei Deutschlands

5-6/2020 Mai / Juni 2020

Solidarität mit den antirassistischen Massenkämpfen in den USA:

Den Kampf gegen rassistische Polizeigewalt und Nazi-Terror in Deutschland verstärken! Gegen den deutschen Nationalismus und Rassismus ankämpfen!

Nach dem rassistischen Polizei-Mord an George Floyd am 25. Mai 2020 in den USA entwickelten sich dort landesweite antirassistische Massenkämpfe, die bis heute weitergehen. Es gibt Kampfaktionen in allen Bundesstaaten und nahezu allen Großstädten der USA, die Hunderttausende, vielleicht sogar Millionen umfassen. International entwickelt sich eine Solidaritätsbewegung für die antirassistischen Kämpfe in den USA, die vielfach auch den Kampf gegen den staatlichen Rassismus und den Alltagsrassismus im „eigenen" Land führt. Weltweit und auch in Deutschland gab es Solidaritätsaktionen.

Nach dem mörderischen Nazi-Angriff in Halle auf eine jüdische Synagoge am 19. Oktober 2019 gab es noch kaum Proteste in Deutschland, es gingen in ganz Deutschland lediglich Tausende auf die Straße. Auch nach dem Nazi-Massaker in Hanau am 19. Februar 2019 gab es zwar etliche Protestdemonstrationen mit insgesamt mehreren tausend Beteiligten, aber weit unter hunderttausend. Jetzt wurden in Deutschland Demonstrationen und Protestkundgebungen durchgeführt, die insgesamt weit über 100.000 umfassten. Bei den antirassistischen Protesten in Deutschland ragen Demonstrationen heraus, bei denen Jugendliche, insbesondere vom deutschen Rassismus Bedrohte, in ihren Reden, Parolen und auf Transparenten rassistische Polizeigewalt in Deutschland sowie den Nazi-Terror angreifen.

Es gilt den Kampf gegen rassistische Polizeigewalt, Nazi-Terror und gegen den deutschen Nationalismus und Rassismus zu verstärken und mit dem Kampf gegen diese reaktionären Manöver zu verbinden.

Zu den antirassistischen Protesten und Demonstrationen in Deutschland

In Deutschland gibt es seit dem Polizeimord an George Floyd Solidaritätsaktionen für die antirassistischen Kämpfe in den USA.

Am 6. Juni 2020 gab es in vielen Städten große Demonstrationen und Kundgebungen. In München waren es bis zu 25.000, in Köln, Freiburg, Düsseldorf jeweils 10.000, in Hannover, Mannheim, Dortmund, Nürnberg und Dresden zwischen 4.000 und 9.000, die auf die Straße gingen.

Vor allem Jugendliche solidarisieren sich mit den in den USA gegen Rassismus Kämpfenden. Gleichzeitig prangern sie deutschen Rassismus gegen Menschen an, die im rassistischen Weltbild als „nichtweiß" gelten, sowie die rassistische Polizeigewalt in Deutschland. Und sie lassen sich dabei von polizeistaatlichen Verboten wie die Begrenzung der Anzahl der erlaubten Demonstrierenden unter dem Vorwand der Abwehr des Corona-Virus nicht einschüchtern, sondern durchbrachen diese Verbote!

Folgende Demonstrationen stechen dabei heraus:

■ In Hamburg gab es am 6.6.2020 zwei Demonstrationen mit insgesamt bis zu 20.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmern. Dort waren Transparente zu sehen,

Bürgerliche Medien, Berliner Politikerinnen und Politiker sowie pseudolinke Kräfte betreiben Manöver, um zu verhindern, dass sich in Deutschland ein schlagkräftiger Kampf gegen den deutschen Nationalismus und Rassismus entwickelt: Die Personalisierung auf Trump, der als „Hauptschuldiger" an den „Zuständen" in den USA präsentiert wird, wird verknüpft mit einer Hetze gegen die angeblichen „Krawalle" der militanten Kämpferinnen und Kämpfer in den USA. Der Rassismus in den USA wird zum Hauptthema gemacht, um vom deutschen Rassismus und Nationalismus abzulenken. Antiamerikanismus wird bei all diesen Manövern eingestreut, um deutschen Nationalismus zu schüren.



Auf der Demonstration in Hamburg, 6.6.2020

Beilage: Solidarität mit den antirassistischen Massenkämpfen in den USA!

die Opfer rassistischer deutscher Polizeigewalt zeigen. Dass deutsche Polizisten rassistisch und brutal vorgehen, hat sich in Hamburg wieder einmal deutlich gezeigt. Im Anschluss an die Demonstrationen setzte die Polizei Wasserwerfer und CS-Gas ein und ging brutal gegen Demonstrantinnen und Demonstranten vor, die sich mit Barrikaden zur Wehr setzten. Dann wurden 36 Jugendliche festgenommen, die im rassistischen Weltbild der Polizisten als „nichtweiß" gelten. Sie wurden gezwungen mit dem Gesicht zu einer Wand zwei Stunden lang ruhig zu stehen! Anschließend wurden sie in Polizeiautos abtransportiert.

■ In Berlin demonstrierten am 6.6.2020 bis zu 50.000 gegen deutschen Rassismus und für die Solidarität mit den antirassistischen Kämpfen in den USA. Danach prügelte die Polizei und nahm über 90 Demonstrierende fest. Demonstrantinnen und Demonstranten setzten sich militant gegen den Polizeiterror zur Wehr.

■ In Frankfurt gab es am 6.6.2020 eine kämpferische Demonstration durch Frankfurt mit bis zu 10.000 zumeist jugendlichen Demonstrantinnen und Demonstranten. Parolen gegen Nazis sowie gegen rassistische Polizeigewalt in Deutschland wurden gerufen. Ganz bewusst wurde auch hier an Opfer rassistischer Polizeigewalt in Deutschland erinnert, wie z.B. an den Polizei-Mord an Oury Jalloh am 7.1.2005 in Dessau oder an die Erschießung von Christy Schwundeck am 19.5.2011 in Frankfurt/Main durch die deutsche Polizei.

Personalisierung auf Trump und Hetze gegen militante Kämpfe

Die Methode, politische Probleme zu personalisieren, ist ein übles Ablenkungsmanöver. Es wird so getan, als seien die Probleme dieser Welt die Probleme durchgeknallter Persönlichkeiten, gegen die mit angeblich vernünftig-seriösen Persönlichkeiten aus der imperialistischen Oberschicht eine bessere Politik gemacht werden könne. Aktuell werden z. B. von Politikern und Medien des deutschen Imperialismus favorisierte Figuren wie Biden („Demokratische Partei") als „Alternative" zu Trump präsentiert. Das ist ein groß angelegtes Täuschungsmanöver.

Es ist aus unserer Sicht keine Frage, dass die gesamte Riege dieser Politikerinnen und Politiker, ob in den USA oder hier in Deutschland, bei allen ihren Machtbefugnissen dennoch nur so etwas wie der geschäftsführende Ausschuss der dahinterstehenden großen Konzerne sind. Faktisch sind das hoch bezahlte politische Manager, die für das Funktionieren des am Maximalprofit orientierten imperialistischen Systems zuständig sind. Einmal angenommen, die herrschenden Klassen in 20 imperialistischen und reaktionären Staaten hätten etliche ihrer politischen Manager in Spitzenpositionen verloren. Na und? Was würde geschehen außer einem gigantischen Medienrummel? Nach einer kurzen Zeitspanne der Umstrukturierung wäre alles wie früher. Nichts Wesentliches würde sich ändern. Es sind eben schon eine Kette von Revolutionen nötig, um das imperialistische System wirklich zu stürzen.

Und das wissen auch die Herrschenden in Deutschland. Auch deshalb hetzen bürgerliche Politiker und bürgerliche Medien und bezeichnen die gerechten militanten Kämpfe in den USA u.a. als „Krawalle" von „Randalierern", um präventiv jeden Gedanken an militanten Kampf oder gar revolutionäre Gewalt auch schon im Ansatz zu diffamieren.

Weiter im Text auf Seite 5

Zur Geschichte des „weißen Herrenmenschen"-Rassismus in Deutschland

Anfang des 20. Jahrhunderts ging eine Welle des „weißen Herrenmenschen"-Rassismus einher mit einem brutalen deutschen Ausbeutungs- und Unterdrückungsregime in Teilen von Afrika. Es wurde ein Regime errichtet und öffentlich legitimiert, in dem die afrikanischen Einwohnerinnen und Einwohner als Untermenschen dargestellt, die Prügelstrafe systematisch eingesetzt und brutalste Ausbeutungsmethoden der Sklaverei angewandt wurden. Dies setzte sich fort in Strafexpeditionen bis hin zum Genozid an den Herero und Nama ab 1904 in der ehemaligen Kolonie „Deutsch-Südwestafrika" (das heutige Namibia) sowie in der Ermordung von weit über Hunderttausend Menschen bei der Niederschlagung von Aufständen in der ehemaligen Kolonie „Deutsch Ostafrika" (das heutige Gebiet mit den Staaten Tansania, Burundi und Ruanda sowie einem kleinen Teil von Mosambik).

Parallel dazu wurde eine Propaganda der kolonialen Eroberung betrieben. In Verbindung damit wurde der angebliche Anspruch Deutschlands auf einen „Platz an der Sonne" proklamiert. Das wurde in zahllosen „Safari"- und Kolonialromanen, in der Literatur von Wilhelm Busch bis Karl May niedergeschrieben. In einer Fülle von Traktaten deutscher „Rassentheoretiker" wurde das begründet. Die deutsche „Herrenmenschen"-Ideologie präsentierte Menschen mit „nichtweißer" Hautfarbe als minderwertig, primitiv, bestenfalls zivilisationsbedürftig. So wurden Menschen aus Afrika sogar in Tierparks zur Schau gestellt – so zum Beispiel im Zoo Hagenbeck in Hamburg.

Während des Ersten Weltkriegs kämpften rund 170.000 Afrikaner aus den französischen Kolonien aufseiten Frankreichs sowie rund 50.000 Afroamerikaner in der US-Armee gegen Deutschland. Die deutschen Imperialisten mobilisierten im Kampf gegen das „verniggerte Frankreich" als Kolonialmacht die deutsche „Herrenmenschen"-Ideologie. Sie erklärten es quasi zum „Tabubruch", dass der sozusagen „häusliche Streit unter Weißen" mit Hilfe von Soldaten mit „nichtweißer" Hautfarbe ausgetragen wird. Denn diese würden so ja nur sehen und begreifen, wie zerstritten und verwundbar ihre „weißen Herren" seien.

Hinzu kam das Schlagwort von der „schwarzen Schmach". Damit war die für deutsche „Herrenmenschen" ungeheuerliche Tatsache verbunden, dass nach der Niederlage des deutschen Imperialismus auch Soldaten der imperialistischen Siegermächte mit „nichtweißer" Hautfarbe aus Belgien und Frankreich (häufig aus den Kolonien rekrutiert) in den 1920er Jahren zunächst das Rheinland und später auch das Ruhrgebiet entsprechend den Bestimmungen des Versailler Vertrags besetzten.

Nach Errichtung der nazifaschistischen Diktatur 1933 waren Menschen, die von den Nazis als „nichtweiß" definiert wurden, sehr bedrückenden Lebensbedingungen ausgesetzt. Dies reichte von der Diskriminierung bis zum Mord.

Nach 1945 mobilisierte der deutsche Imperialismus die deutsche „Herrenmenschen"-Mentalität erneut und benutzte im Kampf gegen das Potsdamer Abkommen und die alliierten Besatzungsmächte geschickt vor allem das Bild vom „schwarzen GI", der „deutsche Frauen" verführt. Dabei wurden die „Besatzungskinder" gesellschaftlich geächtet und diskriminiert. Die Rede war vom „Problem der Negermischlinge" – das war der offizielle Sprachgebrauch selbst in der offiziellen Politik.

Wir drucken hier ein antirassistisches Flugblatt der Gruppe „Studis gegen Rechte Hetze“ aus Frankfurt ab, das uns gut gefallen hat. Darin werden Tötungen von Menschen mit „nichtweißer“ Hautfarbe durch die deutsche Polizei dokumentiert. Im Flugblatt heißt es dazu: **„Ganz unabhängig von der Regierung, gibt es immer rassistische Kontrollen, Festnahmen, Abschiebungen und Mord. Wir haben Namen gesammelt, es sind aber längst nicht alle."**

RASSISTISCHE POLIZEIGEWALT AUCH IN DEUTSCHLAND



AMIR AGEEB erstickte 1999 während seiner gezwungenen Abschiebung vom Frankfurter Flughafen im Lufthansa-Flug LH 588. Amir wurde im Flugzeug an seinem Sitz fixiert und erstickte unter dem Motorradhelm, der ihm von drei BGS-Beamten gewaltsam aufgedrückt wurde. Die schuldigen BGS-Beamten wurden zu lediglich 9 Monaten verurteilt.

MARIAME N'DEYE SARR rief im Jahr 2000 selbst die Polizei, sie hatte Streit mit ihrem Mann. Sie starb in Aschaffenburg durch 2 Schüsse der Polizei, sie war vollkommen unbewaffnet. Der Freispruch erfolgte wegen ‚Notwehr'.

JOHN ACHIDI brach im Jahr 2001, nachdem er 30 ml Brechmittel und 800ml Wasser durch die Nase eingeführt bekommen hatte, in Hamburg zusammen. Gegen die Verantwortlichen wurden niemals strafrechtliche Ermittlungen aufgenommen.

LAYE CONDE starb 2005 in Bremen, nachdem ihm stundenlang Wasser per Schlauch in den Magen gepumpt wurde, welches schließlich in die Lunge gelangte. Der Freispruch für den angeklagten Polizeiarzt erfolgte im Dezember 2008.

OURY JALLOH verbrannte lebendig 2005 in einer Dessauer Polizeizelle. Trotz, dass Oury auf einer feuerfesten Matratze mit Händen und Füßen gefesselt lag, soll er sich selbst angezündet haben. Gutachten haben gezeigt, dass er wahrscheinlich schon vor dem Brand misshandelt und vielleicht sogar ermordet wurde und er dann angezündet wurde. Trotzdem wurde das Verfahren eingestellt und seine Mörder nicht verurteilt.

DOMINIQUE KOUMADIO wurde 2006 durch 2 Schüsse von der Polizei in Dortmund erschossen, wobei ihn der 2. Schuss ihn aus nur wenigen Metern ins Herz traf. Das Verfahren wurde wegen Notwehr' eingestellt.

CHRISTY SCHWUNDECK wurde am 19.Mai 2011 durch einen gezielten Schuss in den Bauch von der Polizei in einem Jobcenter in Frankfurt am Main getötet. Obwohl sie aus einer Entfernung von über 2,5 Metern erschossen wurde, will die Staatsanwaltschaft das Verfahren wegen ‚Notwehr' einstellen.

MOHAMMAD SILLAH starb im Januar 2007 in einem Essener Krankenhaus. Vorausgegangen war sein einwöchiger Versuch einen Krankenschein beim Sozialamt wegen starker Schmerzen zu bekommen. Dieser Krankenschein wurde ihm mit der Begründung, er werde sowieso bald abgeschoben, verweigert.

OUSMAN SEY starb am 8.Juli 2012 in Dortmund im Polizeigewahrsam. Er hatte wegen Herzrasens zweimal den Notdienst gerufen, wobei die zuständigen Sanitäter eine ärztliche Behandlung beide Male für unnötig hielten. Beim dritten Notruf kam auch die Polizei, die an- statt ärztliche Behandlung anzuordnen, Ousman in Handschellen in Gewahrsam nahm. Auf der Wache brach Ousman dann zusammen und starb.

NO JUSTICE NO PEACE

Die Welt schaut nach Minneapolis und in die ganze USA. Deutsche Medien berichten von den Protesten, mal positiv mal negativ. Meist mit dem Tenor: „In den USA ist die Polizeigewalt ein Problem, die haben ja auch einen verrückten Präsidenten. Das demokratische Deutschland ist zum Glück nicht so". Doch wir wissen: **Auch in Deutschland gibt es rassistische Polizeigewalt. Tagtäglich. Überall.** Ganz unabhängig von der Regierung, gibt es immer rassistische Kontrollen, Festnahmen, Abschiebungen und Mord. Wir haben hier Namen gesammelt, es sind aber längst nicht alle.
Für alles gibt es eine Erklärung: „Sie hatte bestimmt Drogen dabei", „Er hätte die Polizei angreifen können" oder wie bei Christy Schwundeck, wo die Polizistin, die sie ermordete aussagte, sie habe das „Wilde" in ihren Augen gesehen.

Für viele Schwarze Menschen, wie auch Migrantinnen und Migranten ist die Polizei kein Freund und Helfer. Und eigentlich sollte auch der restlichen Gesellschaft schon aufgefallen sein, dass in regelmäßigen Abständen immer wieder Nazi-Netzwerke in Polizei und Bundeswehr aufgedeckt werden. Hier ist die Spitze des Eisbergs vom strukturellen Rassismus in Deutschland zu sehen.

Wir schauen deswegen besorgt, aber auch mit Hoffnung in die USA: Es wird weiter Morde an Schwarzen durch überwiegend weiße Polizisten geben. Die Frage, wer der Nächste ist, ist berechtigt. Doch die aktuelle Antwort zeigt auch, dass dieses System gestört werden kann, dass die Betroffenen und ihre Unterstützer sich zusammentun und diesen Kampf aufnehmen. Zahlenmäßig sind sie der Polizei überlegen.
Auch wir in Deutschland sollten uns organisieren! Wir sind letztes Jahr an der Goethe-Uni aktiv geworden, nachdem Flyer der Nazi-Terror Gruppe „Atomwaffendivision Deutschland" aufgetaucht sind. Seitdem versuchen wir die rassistischen Strukturen in der Uni als auch in der ganzen Gesellschaft aufzudecken und zu skandalisieren. Wir wollen so viele Studierende und auch Nicht-Studierende wie möglich erreichen, um uns gemeinsam gegen Hass und Hetze von Rechts zu organisieren. Wir hoffen auch, dass aus dieser Bewegung, in der viele junge Menschen aktiv und politisiert werden, Organisationsmöglichkeiten erwachsen. **Denn nur gemeinsam sind wir stark und nur so kann es zu dem kontinuierlichen Kampf kommen, der nötig ist.**

STUDIS GEGEN RECHTE HETZE
FACEBOOK: STUDIS GEGEN RECHTE HETZE
INSTAGRAM: STUDISGEGENRECHTEHETZE

Fortsetzung von Seite 2

Gegen die Verharmlosung des deutschen Nationalismus und Rassismus ankämpfen!

Der Rassismus in der USA hat eine lange Tradition und ist ein mörderischer Rassismus. Das ist ganz sicher richtig. Die antirassistischen Kämpfer und Kämpferinnen in den USA wissen das. Etwas Anderes ist es, wenn in Deutschland aktuell von bürgerlichen Medien und Politikern der Rassismus in den USA zum Hauptthema gemacht wird, um vom deutschen Rassismus, der Ideologie des „weißen Herrenmenschen“ und vom deutschen Nationalismus abzulenken und ihn zu verharmlosen. Es wird z.B. lügnerisch verharmlosend behauptet, in der deutschen Polizei gäbe es keinen „strukturellen Rassismus“ wie in der US-Polizei.

Ein Blick in die Geschichte zeigt, dass der deutsche Rassismus, die Ideologie des „weißen Herrenmenschen“-Rassismus eine lange mörderische Tradition in Deutschland hat. (Siehe den Kasten: Zur Geschichte des „weißen Herrenmenschen“-Rassismus)

Auch in Deutschland entwickelte sich ein kolonialistisch begründeter Rassismus – in Verbindung mit dem allgemeinen kolonialistisch-europäischen Rassismus. Es ging konkret um die Rechtfertigung der kolonialistischen Verbrechen gegen China (1900) und in den vom deutschen Imperialismus kolonialisierten Gebieten in Afrika. Es entstand die Parole von der „gelben Gefahr“ und das tausendfach propagierte Bild von der Gefahr des „schwarzen Manns“.

Wer in Deutschland gegen Nationalismus und Rassismus kämpft, dem muss auch klar sein, dass der vom Nazifaschismus systematische, staatlich organisierte und industriell durchgeführte Genozid an der jüdischen Bevölkerung und den Sinti und Roma, bei dem bis zu 6 Millionen Juden und Jüdinnen sowie bis zu 500.000 Sinti und Roma in ganz Europa ermordet wurden, ideologisch mit dem deutschen Nationalismus und Rassismus untrennbar verbunden war!

Die Ideologie des „weißen Herrenmenschen“ ist der eigentliche Kontrast zu allen anderen Menschen auf der Welt. Hinzukommt eine pseudowissenschaftliche biologistische Rassentheorie als Rechtfertigung einer Hierarchie angeblicher menschlicher Rassen mit der sogenannten „weißen Rasse“ an der Spitze. Durch ein Geflecht von Verdächtigungen, Vermutungen und Behauptungen versuchen die Rassisten plausibel zu machen, dass die Hautfarbe, die Schädelform und ähnliche körperliche Merkmale irgendeine Rolle spielen. Das ist völlig absurd. Entscheidend aber ist, dass es sich um ein vom Kindergarten an andressiertes Bild vom „weißen Herrenmenschen“ handelt. Dieses hat in Kinderbüchern, in Comics und in der Literatur millionenfache Verbreitung gefunden und wurde so fest verankert. In der Werbung, in „Witzen“ und mit Alltagssprüchen werden tagtäglich Menschen mit „nichtweißer“ Hautfarbe beleidigt und gedemütigt. Auf der Straße, in der Schule, im Betrieb… überall ist dieser Rassismus allgegenwärtig.

Die „nichtweiße“ Hautfarbe bietet dabei ein besonderes deutlich sichtbares äußeres Merkmal für brutalisierte, an den eigenen Ausbeutern und Unterdrückern klebende rassistisch verhetzte Massen.

Anders formuliert: Wäre da nicht der geschichtliche Hintergrund des europäisch-chauvinistischen Kolonialismus und seiner spezifisch deutschen Ausformung, wäre da nicht die aktuell sichtbare, jederzeitige Abrufbarkeit tiefsitzender rassistischer Stereotype, könnte der „weiße“ Rassismus eigentlich als der allerprimitivste Aberglauben abgetan und ignoriert werden.

Seit der Einverleibung der DDR 1990 verschärfte sich dieser Rassismus, vor allem durch Nazigruppen, die Pogrome organisierten und Morde vor allem an Menschen aus Angola und Mozambique begingen. Seitdem reißen Überfälle, Mordversuche und Morde durch Nazis nicht mehr ab.

Seitens des deutschen Staatsapparats manifestiert sich die deutsche „Herrenmenschen“-Mentalität vor allem auch in der alltäglichen Gängelei, Diskriminierung und Beschimpfung von Menschen mit „nichtweißer“ Hautfarbe durch rassistische Beamte auf Ämtern und Behörden, durch Polizisten, Richter und Staatsanwälte. Menschen mit „nichtweißer“ Hautfarbe sind häufig Opfer von rassistischen Verdächtigungen, Beschimpfungen, Misshandlungen und Übergriffen, ja Erschießungen durch die Polizei. Dies geht bis zur Tötung in „Polizeigewahrsam“.

Nazi-Morde an Menschen mit „nichtweißer“ Hautfarbe seit 1990

Seit 1990 gab es über 300 Nazi-Morde, darunter dutzende Morde an Menschen, die im rassistischen Weltbild der Nazis als „nichtweiß“ galten. Hier soll exemplarisch auf einige dieser rassistischen Nazi-Morde eingegangen werden.

Einer der ersten Nazi- Morde nach der Einverleibung der DDR wurde am 24. November 1990 in Eberswalde verübt, als eine Gruppe von Menschen aus Angola und Mosambik von 50 Nazis angegriffen wurde. Die Nazis ermordeten Antonio Amadeu aus Angola.

Am 19.9.1991 wird Samuel Kofi Yeboah in Saarlouis durch einen rassistischen Brandanschlag ermordet. Die Nazi-Mörder wurden nie gefasst.

Die Blutspur des Nazi-Terrors gegen Menschen mit „nichtweißer“ Hautfarbe fand in den Menschenjagden in Magdeburg im Mai 1994 einen weiteren Höhepunkt. Dort veranstalteten am sogenannten „Vatertag“ 150 Nazis mit Duldung und teilweise mit Unterstützung der Polizei sieben Stunden lang eine Hetzjagd auf Menschen mit „nichtweißer“ Hautfarbe. Vor den Augen zahlreicher Menschen der deutschen Bevölkerung vor Ort, mit deren Duldung bis hin zur Billigung, machten die Nazis am hellen Tag mitten in der stark bevölkerten Innenstadt Menschenjagd auf Refugees, prügelten und misshandelten diese. An den Spätfolgen seiner Verletzungen verstarb im September 1994 Farid Boukhit.

In Lübeck verübten Nazis im Januar 1996 schließlich ein wahrhaftes Nazi-Massaker. Dem Nazi-Brandanschlag fielen zehn Menschen „nichtweißer“ Hautfarbe zum Opfer. Weitere Flüchtlinge überlebten zum Teil schwer verletzt. Beispiellos war in diesem Fall jedoch nicht nur das Ausmaß des Nazi-Verbrechens, sondern auch die Kumpanei zwischen Polizei, Staatsanwaltschaft, bürgerlichen Medien und Nazis. Opfer wurden zu Tätern gemacht, die wirklichen Nazi-Mörder nie bestraft.

Am 11.6.2000 wurde Alberto Adriano von drei Nazi-Mördern durch den Stadtpark von Dessau gehetzt und durch Tritte und Schläge so schwer verletzt, dass er am 14.6.2000 stirbt.

In der Nacht auf den 23.10.2014 wird Charles Werobe aus Ruanda in Limburg von drei Nazis durch Schläge und Tritte ermordet.

Zum Zusammenhang von deutscher „Herrenmenschen“-Ideologie, deutschem Nationalismus und deutschem Rassismus

Um großangelegte politische und ideologische Hetzkampagnen zu initiieren und durchzuführen, greift der deutsche Imperialismus im Prozess der staatlichen Faschisierung ideologisch vor allem auf das altbewährte Mittel des deutschen Nationalismus und auf den deutschen Rassismus zurück, die beide im Nazifaschismus ihre größte Steigerung fanden.

Dieses Potential beruht nicht nur auf einem riesigen Medienapparat, der solche Kampagnen mit enormer Geschwindigkeit lostreten, aber auch genauso schnell wieder beenden kann. Dieses Potential beruht vor allem auch auf einer geschichtlich geformten reaktionären Grundlage, der Ideologie des deutschen „Herrenmenschentums“. Die ideologische Basis und Verbindungsklammer der deutschen „Herrenmenschen“-Ideologie sind der deutsche Nationalismus und der deutsche Rassismus in all seinen Facetten.

Im Kontrast zu jeder Gruppe, gegen die sich Hetze und politische Angriffe richten, steht als Kernpunkt ein Eigenbild der herrschenden Klasse vom „deutschen Menschen“ und von der Rolle Deutschlands. Seine Funktion ist klar: Mit Hilfe dieses Eigenbildes vom „deutschen Wesen“ kombiniert mit dem Bild vom sogenannten „christlich-europäischen Abendland“ sollen möglichst breite Massen der Bevölkerung erfasst werden, die sich dazugehörig fühlen. Diese sollen in diesem Gefühl der „deutschen Volksgemeinschaft“ schwelgen und gegebenenfalls darum bitten und betteln, dass sie doch dazugehören dürfen. Es geht um die biologistisch-pseudowissenschaftlich oder aus dem mystifizierten angeblich besonderen „deutschen Wesen“ erklärte „Höherwertigkeit“ des „deutschen Volkes“. Daraus soll sich ein angebliches Recht zur Führung oder Vernichtung der als minderwertig erklärten anderen Bevölkerung der Welt ergeben.

Die deutsche „Herrenmenschen“-Ideologie dient dazu, die Mehrheit der deutschen Bevölkerung für die herrschende Klasse gegen diesen oder jenen zum ,,Feind“ Erklärten zu mobilisieren und an sie zu binden. So soll eine verbrecherische „Kameradschaft“ zwischen der deutschen Bourgeoisie und der deutschen Bevölkerung bei Ausgrenzung, Diskriminierung, Raub, Mord und Totschlag begründet werden. Auf der Basis der deutschen „Herrenmenschen“-Ideologie, der deutsch-nationalistischen und rassistischen Überheblichkeit haben der deutsche Imperialismus mit seinen verschiedenen Abteilungen in den letzten Jahren die rassistische und nationalistische Hetze sowie die diskriminierende und repressive Politik massiv gesteigert. Dabei konnte und kann der deutsche Imperialismus sich zumindest auf die stillschweigende Duldung der großen Mehrheit der deutschen Bevölkerung sowie großer Teile der proletarischen Klasse in Deutschland stützen.

Da gibt es politische Kampagnen nach außen – mal gegen die USA, mal gegen Russland, mal gegen Griechenland, mal gegen die Türkei. Diese Kampagnen sind auch Teil der sehr ernst zu nehmenden Kriegsvorbereitung. Bei der Vorbereitung eines Krieges und im Krieg selbst liegt es auf der Hand, gegen wen sich nationalistische Hetze mit der Beigabe verschiedener rassistischer und anderer Mechanismen richtet.

Gleichzeitig – manchmal verknüpft damit, manchmal selbstständig initiiert – gibt es im Innern Deutschlands Kampagnen gegen einzelne Gruppen, die mit unterschiedlichen hetzerischen Begründungen an den Pranger gestellt und angegriffen werden: Migrantinnen und Migranten und deren Kinder und Enkel, Geflüchtete, Muslime, Menschen, die durch die Ideologie des „weißen Herrenmenschen“ bedroht sind, Jüdinnen und Juden, Sinti oder Roma, Menschen mit Behinderungen (diese drei Gruppen waren vorrangige Ziele der systematischen Mordpraxis der Nazis), die sorbische Bevölkerung, die ebenfalls seit Jahrhunderten und in der Nazizeit verfolgten Menschen mit gleichgeschlechtlichen Beziehungen, die Hälfte der Bevölkerung, die Frauen, die in erster Linie alltäglicher Gewalt und ideologischer Diskriminierung ausgesetzt sind, die sogenannten „Hartz-IV-Empfänger“ und weitere Gruppen.

Es ist rasch einsehbar, dass hier vielfältig kombiniert werden kann. Sowohl Migrantinnen und Migranten als auch Refugees werden oft genug pauschal als Muslime angegriffen, oft genug kombiniert mit Hautfarben-Rassismus. Dann werden jüdische und muslimische Menschen gemeinsam wegen ihrer nichtchristlichen religiösen Praktiken angegriffen. Die deutschen Imperialisten spalten nicht nur durch eine Hierarchie der Diskriminierung nach verschiedenen Ländern, sondern rassistisch motiviert zusätzlich nach dem Motto „Je südlicher, je dunkler, umso schlimmer“. Das Problem einer mit dem schlechten Ausdruck „Ausländerfeindlichkeit“ existierenden Diskriminierung haben nicht so sehr Menschen etwa aus Norwegen oder Dänemark.

Nach neuesten Recherchen der antirassistischen Gruppe „Death in custody“ wurden von der deutschen Polizei 1990-2020 mindestens 159 Menschen mit „nichtweißer“ Hautfarbe getötet!

Die bekannt gewordenen Nazi-Netzwerke in der Polizei, wie z. B. NSU 2.0, die rassistischen Ermittlungen von Polizei und Justiz im Zusammenhang mit den NSU-Morden, wo Opfer zu Tätern gemacht wurden, alles das zeigt, dass in der deutschen Polizei und Justiz nazistische, rassistische und deutsch-nationalistische Ideologie weit verbreitet ist.

Innerhalb der Polizei gibt es einen strukturellen Rassismus. Das zeigen rassistische Grenzkontrollen, die vor Jahren noch alltäglich waren, aber immer noch systematisch und seit ein paar Monaten wieder massenhaft durchgeführt werden. Das zeigt überhaupt das in der ganzen deutschen Polizei verbreitete „Racial Profiling“. Das sind Polizeikontrollen in den Städten und Dörfern, die nach rassistischen Kriterien (Hautfarbe, Haarfarbe…) durchgeführt werden.

Antiamerikanismus und deutscher Nationalismus

Der Antiamerikanismus in Deutschland ist eng verknüpft mit dem deutschen Nationalismus. Durch die Verschärfung der zwischenimperialistischen Widersprüche, konkret auch der Widersprüche zwischen dem deutschen Imperialismus und dem USA-Imperialismus, profilieren sich Politikerinnen und Politiker aller Berliner Parteien des deutschen Imperialismus in einer Front mit Sprüchen gegen die USA und Donald Trump. Bürgerliche Medien reihen sich ein und forcieren diesen Antiamerikanismus weiter. Das ist auch aktuell im Zusammenhang mit den antirassistischen Kämpfen in den USA der Fall.

Der deutsche Nationalismus feiert sich auch jetzt wieder als angeblich fortschrittliche Kraft. Es geht darum, innerhalb der EU und weltweit gegen andere imperialistische Großmächte, aktuell

insbesondere gegen den USA-Imperialismus, eine große Propagandaoffensive zu starten. Deren Ziel ist es, weite Teile der Bevölkerung verstärkt mit dem Gift des Nationalismus zu bearbeiten und sie in das Schlepptau der deutschen imperialistischen Politik zu nehmen.

Antiamerikanismus ist heute auch ein Kernstück jener pseudolinken Kräfte, die gegen die USA wettern. Das tun sie, um die Politik des deutschen Imperialismus zu propagieren, zu unterstützen und ihn damit in seinem Kampf gegen einen imperialistischen Rivalen zu stärken. Ins Gewand einer „Opposition“ gegen den USA-Imperialismus gehüllt nutzen sie auch die aktuellen antirassistischen Kämpfe, um die Sache des deutschen Imperialismus und des deutschen Nationalismus zu vertreten. Mit diesen Kräften kann und darf es nicht die geringste Zusammenarbeit geben.

***

Die begeisternden antirassistischen Kämpfe in den USA waren entscheidend für die Entstehung von Protesten und Demonstrationen in vielen Ländern weltweit und auch in Deutschland.

Solidarität mit den antirassistischen Kämpfen in den USA bedeutet in Deutschland, vor allem die Kämpfe gegen das ganze System des Rassismus in der deutschen Polizei, gegen den deutschen Nationalismus und Rassismus insgesamt voranzutreiben.

Es geht darum, dass kommunistische Kräfte über die Zusammenhänge zwischen deutschem Nationalismus und Rassismus, Kapitalismus und Imperialismus aufklären. Es geht darum, weitergehend die Möglichkeit und Notwendigkeit der Zerschlagung des kapitalistisch-imperialistischen Staats und seiner Polizei, der Zerschlagung des ganzen kapitalistischen Systems aufzuzeigen und zu erläutern. Denn nur auf diesem Weg kann eine neue Gesellschaft ohne Ausbeutung, ohne Unterdrückung und ohne Nationalismus und Rassismus überhaupt aufgebaut werden!

Analysen rassistischer Hetze und Verbrechen des deutschen Imperialismus

Anzeige

Rote Hefte
(25—50 Seiten, DIN A5, jeweils 1€)

Zu den rassistischen Nazi-Verbrechen

Heft 19 Die Nazi-Ideologie vom „lebensunwerten Leben“ – Von der Diskriminierung bis zum Massenmord

Heft 21 Zum Kampf gegen den Antiziganismus – Der Nazi-Völkermord an den Sinti und Roma im besetzten Europa und der Antiziganismus in Deutschland heute

Heft 22 Zum Kampf gegen den Antisemitismus (Teil I) – Vor aller Augen:Das Novemberpogrom 1938

Heft 24 Zum Kampf gegen den Antisemitismus (Teil II)- Der Nazi-Völkermord an der jüdischen Bevölkerung in Europa

Zu den rassistischen Kolonialverbrechen des deutschen Imperialismus

Heft 23 Der deutsche Imperialismus und die Niederschlagung des Boxeraufstands in China 1900 (deutsch / chinesisch)

Heft 39 Der Genozid der deutschen Imperialisten an den Herero und Nama – der Kampf für Entschädigung

Zu rassistischer Hetze, Diskriminierung und Verfolgung nach 1945

Heft 28 Diskriminierung von Menschen mit „nichtweißer“ Hautfarbe in Deutschland

Heft 35 Es geht nicht nur um Sarazin! Hetze gegen Hartz-IV Betroffene,antiislamische und antimuslimische Hetze, Eugenik,deutsche Herrenmenschenideologie und Antikommunismus



Zu bestellen bei:
Verlag Olga Benario und Herbert Baum
Postfach 102051, 63020 Offenbach
oder www.verlag-benario-baum.de

Kein struktureller Rassismus in der deutschen Polizei?

15 Jahre Jahre lang systematische Vertuschung des Mords an Oury Jalloh durch deutsche Polizisten!



Die Initiative "Break the Silence" stellt auf ihrer Homepage erdrückende Beweise zur Verfügung, die den Mord an Oury Yalloh ausführlich belegen! (https://initiativeouryjalloh.wordpress.com)

Drucker, Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: W. Schulze, Osnabrücker Str. 26, 10589 Berlin ISSN 0948/5090
https://gegendiestroemung.net *Die Nutzung unserer Homepage sollte gut überlegt erfolgen, da jeder Zugriff staatlich registriert wird*

Beilage

Rassistischer Mord an George Floyd durch die US-Polizei am 25.5.2020:

Solidarität mit den antirassistischen Massenkämpfen in den USA!

Am 25.5.2020 wurde George Floyd in Minneapolis von vier Polizisten um 20.00 Uhr vor einem Lebensmittelladen festgenommen. Er wurde brutal auf den Boden geworfen. Der Polizist Derek Chauvin drückte sein Knie auf den Hals von George Floyd, so dass dieser kaum noch Luft bekam. Chauvin ist ein stadtbekannter Rassist und Nazi, der öffentlich in sozialen Medien seine rassistische Nazi-Ideologie verbreitete. George Floyd rief über ein dutzend Mal immer wieder „Ich kann nicht atmen!“. Doch das kümmerte diese rassistischen Polizei-Mörder nicht. Sie fixierten George Floyd weiter am Boden und ließen ihn langsam qualvoll ersticken. Das taten sie auch dann noch, als er das Bewusstsein schon verloren hatte. Dieses mörderische Vorgehen dauerte 8 Minuten 46 Sekunden lang. Passantinnen und Passanten versuchten immer wieder, die Polizisten dazu zu bringen, George Floyd frei zu lassen. Mithilfe eines Smartphones wurde der rassistische Mord gefilmt und noch am selben Abend im Internet verbreitet.

Daraufhin kam es in Minneapolis zu massenhaften antirassistischen Kämpfen gegen die verhasste US-Polizei. In wenigen Tagen hatten sich antirassistische Massenkämpfe gegen die rassistische US-Polizei, ja gegen das System von Rassismus in den USA im ganzen Land ausgebreitet. Der reaktionäre US-Staat reagierte mit Tausenden von Verhaftungen, Ausgangssperren, Ausnahmezustand, brutalem Polizeiterror, dem Einsatz der Nationalgarde und in Washington auch der US-Armee. Dazu kamen Hetzkampagnen gegen „Randalierer“ und „Terroristen“. US-Präsident Trump hetzte im Stile des Ku-Klux-Clans und bedrohte die Kämpfenden mit dem Einsatz der US-Armee und mit Schießbefehl. Gleichzeitig versuchen reformistische Kräfte und bezahlte Abwiegler, in „friedliche“ und „nichtfriedliche“ Kämpfende zu spalten. Doch die Kämpfe gingen weiter und weiteten sich aus.

Trotz brutalem Polizeiterror, Einsatz der Nationalgarde und der US-Armee sowie Hetze und Abwiegelei: Massenhafte antirassistische Kämpfe breiten sich über die gesamte USA aus!

Massendemonstrationen und militante Kämpfe

Am 26.5.2020 abends gab es in Minneapolis schon die ersten Proteste und Demonstrationen gegen den Mord an George Floyd, die sich am nächsten Tag verstärkten. Am 28.5.2020 kam es in der ganzen Stadt zu militanten Kampfaktionen gegen die verhasste US-Polizei. Das Hauptziel des militanten antirassistischen Kampfs in Minneapolis war zunächst das Polizeirevier der Mörder von George Floyd. Die Polizei musste das Gebäude aufgeben Die militanten Kämpferinnen und Kämpfer zerstörten das Polizeirevier und zündeten es an! Und sie feierten zu recht diesen Sieg. Auch in den folgenden Tagen kommt es in Minneapolis immer wieder zu massenhaften Kampfaktionen mit vielen tausend Beteiligten. Auch Teile der Busfahrerinnen und Busfahrer von Minneapolis solidarisieren sich mit den Kämpfenden und weigern sich, Gefangene für die Polizei zu transportieren.

Von Minneapolis breiteten sich die Massendemonstrationen und die militanten Kämpfe gegen die US-Polizei dann innerhalb kurzer Zeit auf die ganze USA aus.

In mindestens 140 Städten gab es Demonstrationen gegen die rassistische US-Polizei. In mehreren Städten werden Polizeireviere angegriffen und auch zerstört. Polizisten werden verprügelt, Polizeiautos erobert und zerstört.

In allen großen Städten der USA werden die Kämpfe ähnlich geführt. Am Tag werden große mehrere zehntausende umfassende Demonstrationen durchgeführt. Die Demonstrierenden fordern die Verurteilung der Mörder von George Floyd, die Abschaffung, ja der Zerstörung des rassistischen US-Polizeisystems sowie nach Freilassung der eingesperrten Antirassistinnen und Antirassisten. Zugleich machen sie Front gegen die Nazis. Wie weit revolutionäre Forderungen und Ziele eine Rolle spielen, lässt sich nicht abschätzen. Parolen wie „Revolution!“ sind



Brennendes Polizeiauto in Atlanta

jedenfalls auf einigen Demonstrationen weit verbreitet.

Unter dem Schutz der Nacht beginnen vor allem militante Kämpfe gegen die US-Polizei. Brennende Barrikaden, Molotow-Cocktails sowie Feuerwerkskörper mit großer Sprengkraft sind Mittel der Militanten, um immer und immer wieder die Polizei anzugreifen und die Angriffe der Polizei abzuwehren. Vereinzelt werden auch Schusswaffen gegen die Polizei eingesetzt. Dadurch werden mehrere Polizisten verletzt. Die Polizei muss sich immer wieder zurückziehen und Polizeiautos aufgeben, die von den militanten Kämpferinnen und Kämpfern dann zerstört werden.

Viele militante Kämpferinnen und Kämpfer sind sehr gut organisiert und ausgerüstet. Nazis werden militant von den Demonstrationen verjagt und zum Teil verprügelt. Gegen CS-Gasgranaten der Polizei gehen Gruppen von Kämpferinnen und Kämpfern vor, die sich mit Gasmasken schützen. Sie werfen die Granaten auf die Polizei oder löschen sie.

Die militanten Kämpfe richten sich auch gegen Symbole des Reichtums in den USA. So wurden Luxusgeschäfte auf der 5th Avenue in New York angegriffen und zum Teil zerstört.

In Washington gelang den militanten Kämpferinnen und Kämpfern etwas Besonderes. In der Nacht des 29.5.2020 zündeten sie in der Nähe des Weißen Hauses Gebäude an. Sie errichteten Barrikaden und brachten die Polizei so in Bedrängnis, dass Trump es mit der Angst zu tun bekam und in seinen Bunker flüchtete!

Hinzu kommt: Der USA-Imperialismus hat in den letzten Monaten unter dem



Brennende Polizeistation in Minneapolis

Vorwand der Abwehr des Corona-Virus eine massive Verelendung bei dutzenden Millionen Menschen in den USA durchgesetzt. Millionen von Menschen, vor allem auch aus der afroamerikanischen Bevölkerung, haben keine Arbeit und keine Krankenversicherung. Es fehlt am nötigsten, auch am Essen. Kampfaktionen richten sich deshalb auch gegen diese Verelendung, indem aus Kaufhäusern und Lebensmittelgeschäften Grundgüter zum Leben beschafft werden.

Die antirassistischen Kämpfe der 1960er Jahre blieben weitgehend auf die Viertel der afroamerikanischen Bevölkerung beschränkt. Im Unterschied dazu ist es heute so, dass sich neben Teilen der afroamerikanischen Bevölkerung auch andere Teile der US-Bevölkerung, die von Rassismus betroffen sind, an den Kämpfen beteiligen sowie auch antirassistische und antifaschistische Kräfte aus anderen Teilen der Bevölkerung. Die Kämpfe flammen in verschiedenen Stadtteilen auf. Das zersplittert die Kräfte der Polizei und schwächt sie damit.



Brennende Barrikaden und brennende US-Flagge in St. Louis

Jedoch gibt es heute im Gegensatz zu den 1960er Jahren wohl noch keine Organisation wie die Black Panther Party, die damals als führende Kraft bei den kämpfenden Teilen der afroamerikanischen Bevölkerung anerkannt war. (Siehe den Kasten: Antirassistische Aufstände und der Kampf der Black Panther-Party in den 1960er Jahren)

Polizeiterror, Einsatz der Nationalgarde und der US-Armee

Der imperialistische US-Staat reagiert mit brutalem Polizei-Terror auf die sich ausbreitenden Kämpfe. CS-Gasgranaten, Gummigeschosse und auch Schusswaffen werden eingesetzt, um die Kämpfe zu zerschlagen. Zehntausende Polizisten werden aufgeboten. Mit Messern und Schusswaffen greifen auch Nazi-Gruppen die Demonstrierenden an. In einigen Fällen fahren Nazis (und auch Polizisten) mit ihren Autos in Demonstrierende. Es gibt Verletzte.

Trump drohte sogar mit dem massiven Einsatz der US-Armee. In Washington fuhren US-Soldaten durch die Stadt. Das Gelände des Weißen Hauses wurde von der US-Armee besetzt. Am 1.6.2020 wurden Kampfhubschrauber der US-Armee gegen Demonstrationen eingesetzt. Im Tiefflug bedrohten sie die Demonstrierenden durch ihren unerträglichen Lärm und mit Hilfe der Aufwirbelung von Dreck, der mit Höchstgeschwindgeit durch die Luft schießt und Verletzungen verursacht. (https://www.commondreams.org/news/2020/06/02/after-trumps-authoritarian-law-and-order-speech-military-helicopters-descend-low)

Weil die US-Polizei die militanten Kämpfe nicht stoppen kann, wird in den ganzen USA massiv die Nationalgarde

eingesetzt. (Die Bedeutung der öffentlichen Solidaritätsbekundungen von einzelnen Polizisten mit den Kämpfenden ist unklar. Jedenfalls konnten wir keinen Hinweis darauf finden, dass sie Zeichen wirklich massenhafter Zersetzungserscheinungen innerhalb der US-Polizei sind.)

Ab dem 31. Mai 2020 wurden in 40 US-Städten Ausgangssperren verhängt sowie die Nationalgarde eingesetzt. Die Nationalgarde ist eine Reserve der US-Armee und u. a. mit Sturmgewehren ausgerüstet. Insgesamt gibt es in den USA über 400.000 Soldaten der Nationalgarde. Soldaten der Nationalgarde patrouillieren mit Sturmgewehr im Anschlag durch die als besonders „gefährlich" eingeschätzten Viertel der US-Großstädte. Sie bewachen Polizeireviere und andere staatliche Gebäude und werden gegen die Massendemonstrationen und die militanten Kämpfe eingesetzt. Am 4.6.2020 sind 70.000 Soldaten der Nationalgarde in insgesamt 23 Bundesstaaten im Einsatz. Insgesamt werden Tausende von Menschen verhaftet. Hunderte werden durch den Polizeiterror und den Einsatz der Nationalgarde verletzt. Mehrere Kämpfende wurden von der Polizei bzw. der Nationalgarde erschossen. Die genaue Anzahl ist uns nicht bekannt. Durch den Einsatz der Nationalgarde und dieser Terrormaßnahmen gelang es, dass sich die militanten Kämpfe zunächst einmal abschwächten.

Hetze, Spaltung und Abwiegelei

Die Kämpfenden waren und sind mit zweierlei propagandistischen Angriffen konfrontiert. US-Präsident Trump und andere reaktionäre Hetzer bezeichneten die Kämpfenden, die „Antifa" als „Terroristen" und „Randalierer". Sie forderten verstärktes brutales Vorgehen von Polizei und Nationalgarde gegen die Kämpfe. Politiker der sog. „Demokratischen Partei", „gemäßigte" Republikaner, Abwiegler und Reformisten auch aus der korrupten Gewerkschaftsführung versuchten in „friedliche" und „nichtfriedliche" Demonstrierende zu spalten. Zusätzlich wiegeln sie ab und fordern zum Teil auch einen „Stopp" des „polizeilichen Vorgehens" oder wenden sich gegen Trumps reaktionäre Hetze. Sie bieten reformistische Pseudo-Lösungen an, wie die „Umstrukturierung" der Polizei oder „Geht doch wählen". Wenn jedoch die „Demokratische Partei" in einzelnen Bundesstaaten die Regierung stellt, sind sie sich grundsätzlich mit Trump und der „Republikanischen Partei" einig: Es geht vor allem um die Zerschlagung der militanten Massenkämpfe und dazu wird Polizei und Nationalgarde eingesetzt!



Hunderttausende Demonstrierende in Los Angeles, 7.6.2020

***

Die diversen heuchlerischen Angebote aus den Reihen des imperialistischen US-Staats sind auch Ergebnis des Drucks, den die Massenkämpfe erzeugt haben. Aufgrund dieses Drucks der Kämpfenden in den USA und auch weltweit mussten die Polizei-Mörder von George Floyd inhaftiert werden und zumindest Anklage erhoben werden. Das ist sonst bei rassistischen Morden der US-Polizei eigentlich nicht der Fall.

Die Massendemonstrationen und auch die militanten Kämpfe gehen in vielen Städten weiter. So demonstrierten z. B. in Los Angeles am 7.6.2020 Hunderttausende gegen die rassistische US-Polizei! Für August ist eine Großdemonstration in Washington geplant.

Was können wir für den Kampf in Deutschland lernen?

Vor allem, dass eine große Masse entschlossen Demonstrierender, mit einem Kern, der zu Militanz bereit ist und militant kämpft, auch eine hochgerüstete Polizei punktuell zurückdrängen und der Ausübung der Polizeigewalt Grenzen setzen kann!

Solidarität und antirassistische Proteste und Demonstrationen weltweit

Weltweit haben sich antirassistische Proteste in verschiedenen Ländern entwickelt, aus Solidarität mit den antirassistischen Kämpfen in den USA und auch gegen den Rassismus im „eigenen" Land.

Am 6.6.2020 demonstrierten in London zehntausende gegen den alltäglichen Rassismus in England. Es kam zu militanten Kämpfen gegen die Polizei. In Bristol demonstrierten 10.000. Nach der Demonstration wurde ein Denkmal für einen Sklavenhalter vom Sockel gestürzt und unter dem Jubel von hunderten Kämpfenden im Hafen versenkt!

In Frankreich demonstrierten landesweit zehntausende trotz Demonstrationsverbot. Bereits am 2.6.2020 hatten in Paris mindestens 20.000 Menschen auch gegen den Mord an Adama Trao-



Die Statue des Sklavenhalters Edward Colston wird vom Sockel gestürzt und anschließend im Hafen von Bristol (England) versenkt, 7.6.2020

Antirassistische Aufstände und der Kampf der Black Panther-Party in den 1960er Jahren

Seit Mitte der 1950er entwickelte sich in den USA eine eher christlich-pazifistischen Bürgerrechtsbewegung gegen die antidemokratische und rassistische Grundlage der amerikanischen Gesellschaft, die aus der Sklaverei und aus der Ausrottung der indigenen Bevölkerung hervorgegangen ist. Bis Mitte der 60er Jahre hatte die Civil Rights Movement zwar einige juristische Erfolge. Die erstrittenen Rechte stießen allerdings weiterhin in den Südstaaten auf den erbitterten Widerstand weißer Rassisten. An der durch Rassismus und soziales Elend geprägten Gesamtsituation der afroamerikanischen Bevölkerung hatte sich letztendlich kaum etwas geändert. Erfahrungen mit dem rassistischen Agieren der Polizei und anderer Staatsorgane gehörten weiterhin zum Alltag afroamerikanischer Menschen.

Ein Einschnitt war, als es ab 1964 regelmäßig zu großen, teils landesweiten Aufständen der afroamerikanischen Bevölkerung kam. Meist waren es nur kleinere Anlässe wie Verhaftungen nach Verkehrskontrollen durch die Polizei, die den Funken bildeten, der die angestaute Wut über die tagtägliche rassistische Diskriminierung und Gewalt zur Explosion brachte.

Den Anfang machte 1964 Harlem (New York). Mit Molotowcocktails, Steinen und Barrikaden gingen die Aufständischen gegen schwer bewaffnete Polizei vor. Am Ende wurden sieben Aufständische ermordet. Es gab 800 Verletzte, darunter 48 Polizisten, und 1.000 Festnahmen.

Bei dem Aufstand in Watts 1965, einem Stadtteil von Los Angeles, nahmen vom 11. bis 16. August 30.000 Menschen teil. Die Polizei ermordete 34 Menschen, verletzte über 1.000 und verhaftete fast 4.000.

In den Jahren 1966 und 1967 weiteten sich die Aufstände auf mehrere Dutzend Städte aus. In Cleveland (Ohio) bewaffneten sich 1966 Aufständische das erste Mal mit Gewehren anstatt wie bisher mit Brandsätzen, Steinen und Flaschen, um gegen die Polizei vorzugehen.

1967 waren es bereits mehr als 100 Städte, in denen es zu Aufständen kam. In Newark (New Jersey) waren die Kämpfe vom 12. bis 17. Juli besonders heftig. 27 Menschen wurden von den staatlichen Unterdrückungsorganen ermordet, 25 davon waren Afroamerikaner, 2.000 wurden verletzt und 1.500 verhaftet. In den Straßen patrouillierten Schützenpanzer mit Maschinengewehren. Viele Häuserblocks waren durchsiebt von Kugeln. Bei den Kämpfen in Detroit vom 24. bis 28. Juli ging nicht nur Polizei, auch sondern Nationalgarde und Fallschirmspringer, mit Panzern und Hubschraubern, brutal gegen die Aufständischen vor. Darunter waren Fallschirmjäger der 82. und 101. US-Division, die zuvor in Vietnam gekämpft hatten. 41 Protestierende wurden ermordet, 2.000 verletzt und 3.200 verhaftet.

Als am 4. April 1968 der Bürgerrechtler Martin Luther King in Memphis erschossen wurde, kam es in 125 Großstädten zu spontanen Aufständen. 22.000 Polizisten und 34.000 Nationalgardisten wurden landesweit eingesetzt, um alle Aufstände niederzuschlagen. Dabei wurden 46 Aufständische ermordet, 2.600 verletzt und 21.000 verhaftet.

Weltweit war von größter Bedeutung, dass in einem imperialistischen Staat wie den USA mit der „Black Panther Party“ (BPP) Anfang 1966 eine nicht antikommunistische Bewegung entstand. Dieser war klar, dass es unter allen Umständen notwendig ist, sich gut zu organisieren, sich zu verteidigen und zu bewaffnen, um die Selbstverteidigung der afroamerikanischen Stadtteile durchzusetzen, ja um überhaupt die notwendigen politischen Debatten und Aktionen durchführen zu können, die für den Kampf gegen den US-Imperialismus nötig waren. Die Black Panther Party bewaffnete ihre Mitglieder mit Schusswaffen und nutzte dabei die Waffengesetze in den USA geschickt aus. Mit Gewehren und Pistolen bewaffnete Gruppen der Black Panther patrouillierten durch die Straßen von US-Großstädten, um Polizeiübergriffe und Angriffe weißer Rassisten abzuwehren. Anfang der 70er Jahre bestanden ca. 100 Ortsgruppen mit mehreren tausend Kämpferinnen und Kämpfern.

Die BPP gab wöchentlich ihre in der Regel 24-seitige Zeitung The Black Panther heraus, die 1969 mit einer Auflage von 125.000 Exemplaren erschienen ist. Damit war das die auflagenstärkste Zeitung der radikalen Linken in den USA. Das Organ wurde auch in andere Länder verschickt.

Die Black Panthers machten auch eine gewisse Propaganda für den wissenschaftlichen Kommunismus. Zum Beispiel verbreiteten sie in großer Zahl das sog. „Rote Buch“ mit Zitaten Mao Tse-tungs vor allem über den Imperialismus, über den Kommunismus, über die Kommunistische Partei und den bewaffneten Kampf, das gleichzeitig auch eine zentrale Schulungsschrift der Mitglieder war.

Die BPP legte großen Wert darauf, in ihren eigenen Reihen (rund die Hälfte der BPP-Mitglieder waren Frauen) die Gleichberechtigung der Frauen durchzusetzen und zu praktizieren und den männlichen Chauvinismus zu bekämpfen. Einer der „acht Punkte zur Beachtung“ der BPP lautete an die Männer adressiert: „Nimm dir keine Freiheiten bei Frauen heraus.“

Zwischen 1967 und 1970 wurden rund 40 Mitglieder der Black Panther vom Staat des US-Imperialismus ermordet. Über 85 wurden schwer verletzt und Hunderte verhaftet.

***

In den Jahren danach gab es in den USA immer wieder militante antirassistische Kämpfe und Aufstände. Hervorstehend war der Aufstand 1992 in Los Angeles. Am 3. März 1992 hatten dort vier Polizisten, umringt von 19 weiteren, so lange auf den von einem Taser gelähmten und am Boden liegenden Afroamerikaner Rodney Glen King eingeprügelt, bis er tot war. Nachdem die Polizisten am 29. April 1992 freigesprochen wurden, kam es zum Aufstand. An diesem beteiligten sich 40.000-50.000 Menschen aktiv, unterstützt von 200.000 weiteren. 5.000 bis 10.000 Gebäude wurden zerstört. Annähernd 60 Kämpfende wurden von Polizisten, Nationalgardisten und Infanterie ermordet, über 2.300 verletzt und ca. 13.000 verhaftet.

ré durch französische Polizisten in einer Pariser Vorstadt 2016 demonstriert. Zugleich wurde angeprangert, dass die Mörder bis heute nicht verurteilt worden sind. Am 6.6.2020 demonstrierten wieder zehntausende in Frankreich. Neben Paris mit mehreren tausend Demonstrierenden gab es in Bordeaux eine 2500 Menschen umfassende Demonstration, in Lyon demonstrierten mehrere tausend Menschen.

In Wien demonstrierten 50.000. In Brüssel gab es militante Kämpfe nach einer Demonstration von tausenden. In Athen demonstrierten ebenfalls tausende. Teile der Kämpfenden griffen die Polizei mit Molotowcocktails an. Massendemonstrationen fanden auch in anderen europäischen Ländern sowie in Australien, Kanada und anderen Ländern statt. Z.B. demonstrierten in Brisbane (Australien) 10.000. Auch in Südamerika gab es Proteste, so in Mexiko und Brasilien. In Tokio und Seoul gab es ebenfalls Demonstrationen.

Stand: 9.6.2020

(Quellen: labournet.de, fr.de, Unicorn riot bei twitter, New York City Antifa bei Twitter)

Drucker, Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: W. Schulze, Osnabrücker Str. 26, 10589 Berlin ISSN 0948/5090
https://gegendiestroemung.net *Die Nutzung unserer Homepage sollte gut überlegt erfolgen, da jeder Zugriff staatlich registriert wird*

Proletarierinnen/Proletarier aller Länder, vereinigt euch!

GEGEN DIE STRÖMUNG

Organ für den Aufbau der Revolutionären Kommunistischen Partei Deutschlands

7-8/2020 Juli-August 2020

Den deutschen Imperialismus und seine Verbrechen in afrikanischen Ländern bekämpfen!

Nach zwei verlorenen Weltkriegen geriet der deutsche Imperialismus in Hinblick auf die Ausbeutung und Unterdrückung in afrikanischen Ländern deutlich gegen andere imperialistische Großmächte ins Hintertreffen. England, Frankreich, die USA, selbst China dominieren heute die meisten Staaten Afrikas! Der sich verfestigende Neokolonialismus in diesen Staaten Afrikas nach Ende des juristisch verankerten Kolonialismus fordert den deutschen Imperialismus heraus, sich gegen die imperialistische Konkurrenz bei der neokolonialen Ausbeutung und Unterdrückung der Masse der Bevölkerung der – sehr unterschiedlichen – Länder Afrikas als zu spät gekommenen Imperialismus wieder verstärkt in Szene zu setzen.

Afrika und der Revanchismus des deutschen Imperialismus

Eine grundlegende Besonderheit des deutschen Imperialismus heute ist, dass er Revanche will – Revanche für die zwei verlorenen Weltkriege, Revanche für die verlorenen Kolonien in Afrika, Revanche für alle verloren gegangenen Einflussgebiete.

In den letzten Jahrzehnten hat der deutsche Imperialismus in der Tat ökonomisch und politisch aufgeholt und ist schon längst wieder zu einer imperialistischen Großmacht geworden, die in Rivalität mit den anderen imperialistischen Großmächten weltweit um Einflußgebiete ringt. Die „Macht und Stärke“, die der deutsche Imperialismus heute hat, als ökonomisch stärkste Macht in der EU, steht im Missverhältnis zu seinem Einfluss in den verschiedenen Ländern Afrikas. Daher versucht er gerade auch dort weiter aufzuholen. Wo er eine Lücke entdeckt, stößt er zu und versucht mit mehr oder minder großem Erfolg die imperialistischen Konkurrenten anzugreifen.

Unabhängig von der genauen Analyse vom Stand des Vordringens des deutschen Imperialismus in die unterschiedlichen afrikanischen Länder, ist es die Aufgabe der revolutionären und kommunistischen Kräfte in Deutschland, in erster Linie die Verbrechen des deutschen Imperialismus in Afri-

Kämpfe der proletarischen Klasse in Südafrika

In verschiedenen Ländern Afrikas gibt es immer wieder Klassenkämpfe von einer Härte, die es in Deutschland, aber auch anderen imperialistischen Ländern, gegenwärtig kaum gibt. Das gilt seit Jahren und Jahrzehnten besonders für Südafrika, wo Konzerne verschiedener imperialistischer Länder große Fabriken errichtet haben und Rohstoffe fördern lassen. Direkt und indirekt richten sich zahlreiche Kämpfe gegen kapitalistische Ausbeuter aus Deutschland. Im Folgenden nur fünf Beispiele:

■ Februar 2000: 1.300 Arbeiterinnen und Arbeiter im VW-Werk Uitenhage nach Streik entlassen – VW-Weltgesamtbetriebsrat: „Dem Unternehmen blieb keine andere Wahl.“

Vom 31. Januar bis zum 4. Februar 2000 streikten die 6.000 Arbeiterinnen und Arbeiter im VW-Werk Uitenhage gegen die Verlängerung der Arbeitswoche von 5 auf 6 Tage, gegen die Reduzierung der Pausen und die geplante Einfrierung des Pensionsfonds. Die Initiative dazu hatte ein zuvor gegründetes Streikkomitee ergriffen. Die Funktionäre der abwieglerischen NUMSA-Gewerkschaft hatten vorher – allerdings vergeblich – alles unternommen, um den Streik zu verhindern. Sie schlossen kämpferische Arbeiterinnen und Arbeiter aus der NUMSA aus und forderten sogar die VW-Kapitalisten auf, diese „nicht mehr zu beschäftigen“. Die VW-Zentrale in Wolfsburg schickte nach Beginn des Streiks eilig zwei Manager nach Südafrika. Die VW-Zentrale, darunter der damalige VW-Arbeitsdirektor Peter Hartz, stellte den Streikenden ein Ultimatum zur Wiederaufnahme der Arbeit bis zum 3. Februar. 1.300 Arbeiterinnen und Arbeiter wurden entlassen, weil sie weiter streikten. Die Wiedereinstellung der Hälfte von ihnen wurde an die Bedingung gebunden, dass das Streikkomitee aufgelöst werden müsse. Das haben die Entlas-senen abgelehnt. In seiner Stellungnahme vom April 2000 stellte sich der „Weltgesamtbetriebsrat“ von VW voll hinter die VW-Konzernspitze: „Dem Unternehmen blieb keine andere Wahl. … weder die IG Metall noch der Konzernbetriebsrat von Volkswagen sahen sich in der Lage, den VW-Vorstand aufzufordern, die Entlassungen zurückzunehmen.“ Vertreterinnen und Vertreter der Entlassenen wandten sich danach an VW-Betriebsräte und -Vertrauensleute in Deutschland, um deren Solidarität einzu-

Beilage: Mörderische deutsche Kolonialpolitik in afrikanischen Ländern bis hin zum Genozid und Kampf gegen den Kolonialrassismus und die Ideologie des „weißen Herrenmenschen“

fordern. An der Basis der IG Metall, unter VW-Arbeiterinnen und Arbeitern rührte sich daraufhin Protest gegen das Vorgehen der VW-Konzernspitze. Um dem Protest den Wind aus den Segeln zu nehmen, gab es am 3. April 2000 dann im IG-Metall-Haus in Kassel eine Veranstaltung mit Mitgliedern des Betriebsrats bei VW Wolfsburg, der IG Metall-Vertrauenskörperleitung bei VW in Kassel und anderen. Daran wollten auch Vertreter des Streikkomitees von VW Südafrika teilnehmen, um die Tatsachen über ihren Streik klarzustellen. Das wurde ihnen aber verboten. Bonisile Mzeku vom Streikkomitee berichtete darüber in einem Brief vom April 2000: „Die Organisatoren haben unsere Teilnahme, sogar unsere Anwesenheit als Beobachter abgelehnt." – Dies war ein wahres Lehrstück, wie Arbeiterbürokraten und Arbeiteraristokraten innerhalb der proletarischen Klasse die Interessen kapitalistischer und imperialistischer Ausbeuter wie VW vertreten. (Dokumente dazu auf labournet.de)

■ August 2001: Streik von 30.000 Arbeiterinnen und Arbeitern in der Automobil-Industrie in Südafrika – Daimler droht mal andersherum mit Verlagerung der Produktion nach… Deutschland

Im August 2001 gab es in Südafrika einen bis dahin größten Streik für Lohnerhöhungen in der Automobilproduktion, im Stahlbereich und der Platinförderung. Unter den 30.000 Arbeiterinnen und Arbeitern der Automobilindustrie, die nahezu vollständig streikten, waren auch die Arbeiterinnen und Arbeiter bei BMW, DaimlerChrysler und VW. DaimlerChrysler versuchte, die Arbeiterinnen und Arbeiter in den Werken in East London einzuschüchtern, und drohte mit Rückverlagerung der Produktion nach Deutschland. In einer ganzseitigen Anzeige in der Lokalpresse schrieb der südafrikanische Konzernchef: „Unser Überleben ist in Gefahr! Sollte der Streik noch länger andauern (...), müssten wir in Betracht ziehen, die Produktion nach Deutschland zu verlegen. Diese Produktion wäre dann für immer (...) für Südafrika verloren." (ND, 18.08.2001)

■ August 2012: Trotz Polizeimassaker an über 40 Bergarbeitern längster Streik in der Geschichte Südafrikas

Am 10. August 2012 traten die Bergarbeiter der Marikana-Mine in einen „wilden" Streik für höhere Löhne. Die staatstreue Gewerkschaft NUM versuchte den Streik im Bunde mit den Lonmin-Kapitalisten und der Polizei zu brechen. Am 14. August hatten sich 3.000 Streikende in der Nähe der Mine versammelt. Die Polizei riegelte ihren

ka anzuprangern. Es gilt den Kampf des entstehenden und erstarkenden Proletariats, der werktätigen Bevölkerung und aller, die im Elend leben und sich millionenfach auf der Flucht befinden, zu unterstützen.

Das erfordert, die Verbrechen des deutschen Imperialismus möglichst umfassend aufzudecken und die dort lebenden und kämpfenden Genossinnen und Genossen so weit wie möglich praktisch zu unterstützen!

Die besonderen Verhältnisse in den unterschiedlichen Ländern in Afrika

Es klingt trivial, aber es ist wichtig. Der Begriff Afrika benennt lediglich einen Erdteil. Gemeinsam ist den heute existierenden 57 verschiedenen Ländern, dass sie seit Jahrhunderten Objekte der Kolonialisten waren: Raub der Rohstoffe, Massenmorde, Sklavenhandel, Initiierung von lokalen Kriegen und Gemetzeln, äußerste Ausbeutung und Unterdrückung der großen Masse der Bevölkerung. Die Grenzen wurden Ende des 19. Jahrhunderts – wie man heute noch sieht – oft genug mit dem Lineal gezogen. Die Interessen der sehr unterschiedlichen Bevölkerung galten nichts, außer dass man unterschiedliche Kultursprachen und Geschichte nach dem Prinzip „Teile und herrsche" nutzte, um auch aus blutigen Gemetzeln Vorteile zu schlagen.

Die heutigen Staaten und Grenzen, die heutige ökonomische Entwicklung sind in jeder Hinsicht Produkt des Kolonialismus und Imperialismus. Eine klassische Phase der Herausbildung von Nationen mit eigenen Staaten wie in Europa gab es nicht. Auch nach der Beseitigung der offen kolonial-imperialistischen Fremdherrschaft – wir erinnern nur an den algerischen Befreiungskrieg gegen das imperialistische Frankreich – noch Jahre nach Ende des Zweiten Weltkrieges, nach den Kämpfen in Mosambik und Angola, den Kämpfen gegen das Apartheidregime in Südafrika, nach all den vielfältigen Kämpfen der „Verdammten dieser Erde" haben vor allem die alten Kolonialmächte, aber auch andere imperialistische Mächte, die Staaten der afrikanischen Länder in der Hand. Sie dominieren die dort herangezüchteten herrschenden Klassen und verschärfen das Elend der großen Masse der dort lebenden Bevölkerung. Der deutsche Imperialismus gehört auch zu diesen imperialistischen Großmächten. Er strebt nach der Neuaufteilung der Macht- und Einflusssphären zu seinen Gunsten, um dort seinen angestrebten „Platz an der Sonne" zu erringen.

I. Ausbeutung und Ausplünderung durch den deutschen Imperialismus in afrikanischen Ländern

Auf ökonomischem Gebiet geht es vor allen Dingen um vier Bereiche:

Erstens: Auf der Suche nach Möglichkeiten, seine gigantischen **Profite gewinnbringend anzulegen,** bietet er nicht nur den herrschenden Klassen dieser Staaten Kredite in großem Ausmaß mit entsprechenden Zinsen an, sondern bemüht sich auch, in verschiedenen afrikanischen Staaten Produktionsstätten auszubauen oder neu zu schaffen, landwirtschaftliche Flächen zu kaufen, alles unter imperialistischen Bedingungen. Neue Produktionsstätten sind umso interessanter, weil dem deutschen Imperialismus in verschiedenen afrikanischen Ländern ein ungeheures Reservoir an billigen **Arbeitskräften** zur Verfügung steht.

Zweitens: Afrika hat riesige **Rohstoffvorkommen**, um deren Kontrolle und Ausplünderung der deutsche Imperialismus mit den anderen imperialistischen Großmächten konkurriert. Bestimmte Rohstoffe sind unentbehrlich für die imperialistischen Großmächte nicht nur aus ökonomischen Gründen, sondern auch weil sie ohne deren Kontrolle keine großangelegten imperialistischen Kriege führen

Zum Zusammenhang zwischen deutschem Revanchismus, deutschem Militarismus und deutschem Imperialismus

Das Gesetz der ungleichmäßigen Entwicklung der Länder des imperialistischen Weltsystems, das Gesetz der imperialistischen Konkurrenz und der Neuaufteilung der Welt gemäß neuer Kräfteverhältnisse bedingt auch das Gesetz des Handelns des deutschen Imperialismus auf der internationalen Bühne.

Nach wie vor gehört es fest zum Kalkül des deutschen Imperialismus, sein verlorenes Gebiet in jeder Hinsicht wiederzuerobern, sei es territorial, ökonomisch, politisch oder militärisch. Dieser deutsche Revanchismus basiert auf dem deutschen Militarismus und realisiert sich durch ihn. Er beruht also auf dem Programm des Militarismus, der Kriegstreiberei, dem Rüstungs- und Kriegspotential und den realen Kriegseinsätzen, um verlorene Einflußgebiete auch militärisch mit Hilfe der Bundeswehr wieder erobern zu können. Der deutsche Revanchismus und der deutsche Militarismus sind entstanden, entwickelten und entwickeln sich als Mittel zur Aufrechterhaltung der kapitalistischen Ausbeuterordnung bzw. zur Gewährleistung und Durchsetzung der imperialistischen Maximalprofite des monopolistischen Großkapitals und dem Streben nach Weltherrschaft durch den deutschen Imperialismus.

Die Ideologie und Politik des deutschen Revanchismus tritt in verschiedenen Richtungen und in verschiedenen Formen auf. Doch eine Linie zieht sich trotz aller Tarnungen und Formveränderungen durch die gesamte Politik der Sachwalter des deutschen Imperialismus durch: Die deutschen Imperialisten appellieren an die von ihnen beeinflusste Bevölkerung, sich für die „Wiederherstellung der beschmutzten deutschen Ehre“ einzusetzen, endlich Schluss zu machen mit dem den Deutschen angeblich angetanen „Unrecht“. Sie appellieren an die bloße Stärke und vermeintliche „Überlegenheit“, maßen sich eine angebliche „Schutzfunktion“ gegenüber der Bevölkerung in anderen Ländern an und schüren dieselbe Banditenmoral wie die Nazifaschisten, wenn sie propagieren, die Lage der deutschen Werktätigen müsse auf Kosten der Masse der Bevölkerung anderer Länder verbessert werden.

Auf ideologischer Ebene ist der deutsche Revanchismus wesentlicher und unverzichtbarer Teil der „deutschen Ideologie“ des deutschen Imperialismus, der gemeinsam mit Judenfeindschaft und Antiziganismus, Rassismus und Antikommunismus, gemeinsam mit allen Spielarten des deutschen Nationalismus vor allem in den Köpfen der Mehrheit der proletarischen Klasse in Deutschland entschieden bekämpft und vernichtet werden muss, um den deutschen Imperialismus wirkungsvoll bekämpfen und besiegen zu können.

Ideologisch ist ohne Zweifel der deutsche Nationalismus die tiefste Kraftquelle des deutschen Revanchismus und in vielerlei Hinsicht erst seine Wirkungsgrundlage. Denn bei dem breit angelegten revanchistischen Kampfprogramm geht es immer um das „Wir-Gefühl“ eines angeblichen „Unrechts gegen uns Deutsche“.

Das Programm des Revanchismus ist aber nicht nur Ideologie, sondern immer auch Teil der Politik des deutschen Imperialismus. Es wird durch Diplomatie und politische Manöver vorangetrieben, wie dies zum Beispiel in den Jahren 1989/1990 durch das Zwei-plus-vier-Abkommen zur Absicherung der Einverleibung der DDR und Westberlins geschah.

Der deutsche Revanchismus ist nach wie vor ein Instrument zur Mobilisierung breiter Massen für die Weltherrschaftsziele des deutschen Imperialismus.

können. Zum Beispiel wird aus dem Rohstoff Öl der Treibstoff für Panzer, Schiffe und Flugzeuge gewonnen.

Drittens: Angesichts der Überproduktionskrise des Kapitalismus ist der deutsche Imperialismus auf der Suche nach neuen **Absatzmärkten** für seine Warenproduktion.

Viertens: Verschiedene Regionen Afrikas eignen sich aus Sicht des deutschen Imperialismus auch hervorragend dafür, dort alle möglichen Arten von **Giftmüll** ohne die geringste Rücksicht auf die Folgen für die dort lebende Bevölkerung abzulagern und extrem billig zu entsorgen.

Darüber hinaus werden durchaus auch groß angelegte Interventionen durchgeführt, um gemeinsam mit den anderen imperialistischen Rivalen zu Übereinkünften über Grenzabsicherung zu kommen. Dabei geht es darum, wie die Flucht vor Kriegen, die von imperialistischen Großmächten geschürt werden und in den letzten Jahrzehnten viele Millionen von Menschen das Leben gekostet und das Land verwüstet haben, wie die Flucht vor Massenelend und vor politischer Verfolgung nach Europa bestmöglich verhindert werden kann – ein eigenes Kapitel imperialistischer Verbrechen in den Ländern Afrikas.

All dies erfordert, dass **politische Einflussnahme** des deutschen Imperialismus in den verschiedenen Staaten Afrikas organisiert wird, dass ökonomisch in Infrastruktur, Produktionsstätten, dortige Militärs und Polizei, Berufsausbildung usw. inves-

Versammlungsort mit Stacheldraht ab und eröffnete dann das Feuer. 17 Arbeiterinnen und Arbeiter wurden ermordet, viele weitere verletzt. Am 16. August 2012 erschoss die südafrikanische Polizei nochmals 34 Arbeiterinnen und Arbeiter. Das Ziel dieses Massakers war ganz klar, den Streik der Bergarbeiter der Marikana-Mine, einer der größten Platinminen der Welt, niederzuschlagen. Die Bergarbeiter führten ihren Streikkampf dennoch mit einem ungeheuren Durchhaltewillen über fünf Monate weiter, nahmen weitere Repressalien und Entbehrungen in Kauf. Eine Lohnerhöhung von rund 20 Prozent konnte erkämpft werden. (Deutschlandfunk, 23.2.2015).

■ Juli 2015: Streikende LKW-Fahrer beschossen, zwei von ihnen ermordet

Im Juli 2015 protestierten LKW-Fahrer der Willowton Logistics wochenlang mit einem Streik gegen die Arbeitsbedingungen, die ihnen aufgezwungen werden. Vor dem Sitz der Firma in Mountain Rise hatten rund 20 von ihnen eine Art Camp in ihren Fahrzeugen organisiert. In der Nacht vom 6. Juli wurde dieses Protestcamp von offensichtlich angeheuerten Killern überfallen – zwei der campierenden Fahrer wurden ermordet, zwei weitere verletzt ins Krankenhaus gebracht.

■ Juli 2020: Erfolgreiche Streikaktion im VW-Werk in Uitenhage gegen unzumutbare Arbeitsbedingungen unter Corona-Vorwand

Am 17. Juli 2020 zogen Arbeiterinnen und Arbeiter im VW-Werk von ihrem Arbeitsplatz vor das Werk und protestierten dagegen, dass sie weiterarbeiten sollten, obwohl 120 Kolleginnen und Kollegen positiv auf Corona getestet worden waren. Die südafrikanische Geschäftsleitung von VW entließ daraufhin 14 Shop Stewards (Vertrauensleute), welche die Aktion organisiert hatten. Nach massiven Protesten mussten diese wiedereingestellt werden.

(Sofern nicht anders angegeben sind alle Informationen aus labournet.de)

tiert wird. Aber so **entsteht und entwickelt sich auch ein industrielles Proletariat, der logische Feind des Kapitalismus**, der logische Feind des Imperialismus!

Werfen wir, wenn auch nur exemplarisch, einen Blick auf die verschärfte ökonomische Ausbeutung. Dabei gilt es den deutschen Imperialismus anzuprangern, auch wenn er seine Tätigkeit recht geschickt, insbesondere auch durch Institutionen der Europäischen Union verschleiert. Es gilt den Blick zu schärfen für die immense Ausbeutung und für die sich daraus auch in Zukunft ergebenden verschärften Kämpfe, die gerade gegen den deutschen Imperialismus unterstützt werden müssen.

Ausbeutung in der industriellen Produktion

In den verschiedenen Ländern Afrikas existiert seit Jahrzehnten eine von den Imperialisten beherrschte Industrieproduktion, die vor allem für den Export in die imperialistischen Länder arbeitet. An der Ausbeutung der dort schuftenden Arbeiterinnen und Arbeiter sind Kapitalisten aus Deutschland direkt und indirekt beteiligt: direkt durch eigene Fabriken, indirekt durch Auftragsproduktion in Fabriken, die den Kapitalisten anderer Länder gehören. Heute beuten ca. 1.000 deutsche kapitalistische Unternehmen in afrikanischen Ländern ca. 200.000 Arbeiterinnen und Arbeiter direkt aus, den Großteil davon in Ländern Nordafrikas wie Ägypten, Algerien, Marokko und Tunesien sowie vor allem auch in Südafrika.

■ Beispiel Automobilproduktion in Südafrika

Noch unter dem rassistischen Apartheid-System in Südafrika begannen VW, Mercedes und BMW in Südafrika Autos zu produzieren. Heute beutet VW in seinem Werk in Südafrika ca. 6.000, Mercedes ca. 3.300 und BMW 1.800 Arbeiterinnen und Arbeiter aus. Immer wieder kommt es dort zu Streiks, zuletzt im Juli 2020, als Arbeiterinnen und Arbeiter im VW-Werk in Nelson Mandela Bay aus Protest gegen unzumutbare Arbeitsbedingungen im Zusammenhang mit Corona selbstständig streikten.

■ Beispiel Aufbau einer gigantischen Textilindustrie in Äthiopien

Ziemlich bekannt sind die extremen Ausbeutungsbedingungen von zumeist Arbeiterinnen in den Textilfabriken in Bangladesch, China, Kambodscha, Pakistan und Vietnam. Auf der weltweiten Jagd nach Maximalprofiten haben die Textilkonzerne nunmehr Äthiopien „entdeckt“.[1] Der durchschnittliche Monatslohn beträgt hier 26 Dollar – also ca. 1 Euro am Tag bei einer 6-Tage-Woche. Das ist weniger als ein Drittel des Durchschnittslohns von Bangladesch (95 Dollar) und kaum die Hälfte von dem, was in Äthiopien zum Überleben benötigt wird. Unternehmen wie H&M, Levi’s, Calzedona, Calvin Klein, Tommy Hilfiger, Tschibo, Aldi und Lidl lassen dort bereits produzieren.

Die aktuell größte Produktionsstätte für Kleidung ist der Hawassa Industrial Park im Süden Äthiopiens. Auf einem Gelände, das so groß ist wie 420 Fußballfelder, schuften 23.000 Menschen im Schichtbetrieb, der Großteil davon Frauen. Eine Erweiterung auf 60.000 Beschäftigte ist geplant. Insgesamt sind bis 2025 mehr als 30 gigantische „Industrieparks“ mit 350.000 Beschäftigten geplant.

Die extrem niedrigen Löhne bei einer kaum auszuhaltenden Arbeits-

Die Verherrlichung des Nazi-Generals Rommel als „fairer“ und „ritterlicher“ Befehlshaber der Nazi-Wehrmacht in Afrika

Nicht nur die deutsche Kolonialherrschaft in verschiedenen Ländern Afrikas wird bis heute beschönigt, sondern gerade auch der „Afrika-Feldzug“ der Nazi-Armee unter Rommel. Der von Hitler wegen seiner „Verdienste“ zum Generalfeldmarschall ernannte Rommel, der gerne noch immer bewundernd als „Wüstenfuchs“ bezeichnet wird, habe in Nordafrika angeblich einen „fairen“ und „ritterlichen“ Kampf geführt. Rommel spielt eine wichtige Rolle für die Konstruktion und Verfestigung des verlogenen Bildes einer angeblich „sauberen Wehrmacht“.

Tatsache ist, dass der Vormarsch der Nazi-Wehrmacht in Nordafrika, nicht anders als überall sonst, die Voraussetzung dafür war und darauf abzielte, in den besetzten Gebieten die Nazi-Herrschaft mit all ihren Verbrechen zu errichten, insbesondere den Genozid an der jüdischen Bevölkerung, den Sinti und Roma durchzuführen. So plante in Nordafrika ab 1942 ein Sonderkommando der SS im Rücken der Naziarmee den Massenmord an den Jüdinnen und Juden. Angeführt wurde das Kommando vom SS-Mörder Walter Rauff, der in Koordination und Absprache mit der Nazi-Armee und ihrem Chef in Afrika, Rommel, vorging. Es wurde nicht nur die Vernichtung der jüdischen Bevölkerung in Nordafrika vorbereitet, sondern auch die Vernichtung der jüdischen Bevölkerung in Palästina. Dazu kam es dann nicht wegen der Niederlage der Nazi-Armee in Nordafrika. Aber in Algerien, Marokko und Tunesien wurden Verbrechen gegen die jüdische Bevölkerung ausgeübt.(Genauer dazu siehe: Kollektiv von Autorinnen und Autoren: Die Verbrechen des Nazifaschismus von 1933 bis 1955, Offenbach 2017, S. 85-88)

Nicht nur das wird von der Rommel verherrlichenden militaristischen Propaganda verschwiegen. Rommel, der schon 1938 erklärt hatte: „Die deutsche Wehrmacht ist das Schwert der neuen Weltanschauung“, wird entgegen den wissenschaftlich bewiesenen Tatsachen sogar zum Widerstandskämpfer gegen Hitler erklärt. Ausgeblendet wird insbesondere auch Rommels Rolle als Oberbefehlshaber der Nazi-Armee in Italien 1943 bei der Unterdrückung des Anti-Nazi-Widerstands. Dieser sei, so Rommel, „mit der Härte zu behandeln, die dem Gesindel gebührt“. Vertuscht wird ebenso Rommels führende Rolle bei der Deportation Tausender Italienerinnen und Italiener nach Deutschland, wo sie unter qualvollen Bedingungen zur Arbeit in der Rüstungsindustrie gezwungen wurden. (Siehe „Die Woche“, 14.6.1996)

Rommel wurde nach 1945 nicht nur in nazistischen „Landser“-Heften und einer Flut von Nazi-Veröffentlichungen verherrlicht. Noch immer sind zahlreiche Straßen in Deutschland nach Rommel benannt. In Heidenheim steht ein Denkmal zu Ehren Rommels, in Herlingen bei Ulm ein Rommel-Museum. Die Bundesmarine taufte 1969 einen Zerstörer auf den Namen Rommel. Die Bundeswehr hat zwei Kasernen nach Rommel benannt. Das deutsche Kriegsministerium hat 2019 ausdrücklich deren Umbenennung mit der Begründung abgelehnt, Rommels Agieren sei für die Bundeswehr sinn- und traditionsstiftend. (Stuttgarter Zeitung, 27.9.2019) Dafür gibt es nur eine Bezeichnung: ungebrochene Kontinuität.

hetze (Tagespensum von z. B. 600 T-Shirts) führen zu einer hohen Fluktuation in den „Industrieparks“. Laut Untersuchungen der New York University kündigen fast 100 Prozent der Beschäftigten noch im ersten Jahr. Immer öfter kommt es allerdings auch zu Streiks.

Ausbeutung und Ausplünderung beim Rohstoffabbau

Fast 90 Prozent der weltweiten Vorkommen an mineralischen Rohstoffen, wie beispielsweise Gold, Platin und Kobalt, liegen in Afrikas Böden. Die Rohstoffvorkommen Afrikas stehen auch im Fokus der deutschen Konzerne.

■ Beispiel Platin-Förderung in Südafrika

Mehr als 70 Prozent des weltweit geförderten Platins stammen aus Südafrika. Ein großer Teil davon wird nach Deutschland exportiert, vor allem für Abgaskatalysatoren in Dieselfahrzeugen, aber auch für sogenannte „Zukunftstechnologien“ wie Brennstoff- und Solarzellen. BMW bezieht 90 Prozent des benötigten Platins bei einem „Tochterunternehmen“ des britischen Bergbaukonzerns Anglo American in Südafrika. BASF kauft mehr als die Hälfte von der südafrikanischen „Tochtergesellschaft“ des britischen Bergbauunternehmens Lonmin Platinum.

Die Arbeitsbedingungen in den Minen sind brutal. Immer wieder kommt es zu schweren Unglücken. Zwischen 2008 und 2018 sind über 1.000 Minenarbeiter unter Tage ums Leben gekommen. Der Lohn der Bergarbeiterinnen und Bergarbeiter reicht in der Regel weder für die eigene Existenz noch die ihrer Familien.

Das macht das Beispiel der Marikana-Mine in Südafrika deutlich. In der Nähe der Mine leben etwa 30.000 Arbeiter und Arbeiterinnen in informellen Siedlungen. Das sind dicht aneinander gedrängte Hütten, die aus Wellblech und Bauabfällen behelfsmäßig zusammengezimmert wurden. Sie haben weder Strom, noch fließendes Wasser und Sanitäranlagen. Da es keine privaten Sanitäranlagen gibt, müssen sich bis zu 100 Menschen eine Latrine teilen. Am schlechtesten trifft es die vielen Leiharbeiterinnen und -Arbeiter. Es gibt mehr als 40 Leiharbeitsfirmen, über die 5.000 bis 10.000 Arbeiterinnen und Arbeiter beschäftigt werden, also rund ein Drittel der gesamten Belegschaft.

Um zu den Stollen zu gelangen, müssen die Bergleute kilometerweit in die Tiefe gehen. Der Weg von der Oberfläche bis zum Abbaupunkt dauert zirka eine Stunde. In den engen und weniger als einen Meter hohen Stollen herrschen Temperaturen von bis zu 45 Grad. Über die extrem schweren und gefährlichen Arbeitsbedingungen heißt es in einem Bericht:

„Das Felsgestein wird in gebückter Haltung mit veralteten 40 Kilogramm schweren Presslufthämmern bearbeitet, die ohrenbetäubenden Lärm verursachen. Im Schnitt arbeiten die Hauer neun Stunden am Stück, sechs Tage die Woche. Der Staub, den sie dabei einatmen, löst Lungenerkrankungen wie Silikose, Tuberkulose, Asthma, und Hautreizungen aus. Über Tage atmen die Arbeiter und Arbeiterinnen die giftigen Abgase der Platinschmelzen

Nicht das Bevölkerungswachstum ist das Problem!

Auf der Titelseite der „Frankfurter Rundschau“ vom 29.8.2020 mit der Überschrift „Wir werden mehr“ ist ein großes Foto mit einer schwangeren Frau aus einem afrikanischen Land. Damit wird schon auf der Titelseite suggeriert“, dass mit „wir“ vor allem die Menschen in Afrika gemeint sind. Das Bild mit der schwangeren Frau aus Afrika als angebliche Problemverursacherin ist frauenfeindlich und rassistisch zugleich. Im Text heißt es dann auch, dass Frauen in Afrika mehr Kinder gebären würden als anderswo. Das würde die Länder Afrikas „überfordern“, und weiter: „Afrika ist der am schnellsten wachsende Kontinent. Das schafft große Versorgungsprobleme.“ Mit keinem Wort werden die wirklichen Ursachen des Elends in den Ländern Afrikas auch nur erwähnt, die imperialistische Ausbeutung und Ausplünderung sowie Stellvertreterkriege der imperialistischen Großmächte. Titelbild und Artikel bedienen die sattsam bekannte rassistische Hetze über angebliches Vermehrungsverhalten der Menschen in Afrika, die wir hier wirklich nicht wiedergeben möchten. Bedient wird in Konsequenz auch die rassistische Hetze, dass „wir Weiße“ hier in Europa mit allen Mitteln dafür sorgen müssten, damit die „Menschenflut“ aus Afrika nicht hierherkommen kann.

Es geht hier nicht nur um Rassismus, sondern auch um eine auf den englischen Vulgärökonomen Malthus (1766-1834) zurückgehende Ideologie, die zu starkes Bevölkerungswachstum überhaupt zur Ursache von wirtschaftlichem und sozialem Elend erklärt. Malthus brachte das Hirngespinst auf, das dem Kapitalismus eigene Elend der breiten Massen der Werktätigen sei dadurch bedingt, dass sich die Menschen rascher vermehren würden, als sich die Menge der von der Natur gelieferten Existenzmittel vergrößern könnten. Das gesellschaftlich, ökonomisch und politisch durch den Kapitalismus verursachte Elend wurde damit zu einer Naturnotwendigkeit verfälscht. Ein Ausgleich, das folgerte Malthus tatsächlich daraus, könne nur Vernichtung von Menschenleben durch Hunger, Elend, Epidemien und Kriege herbeigeführt werden.

Auch ein „sittsamer“, bescheidener und enthaltsamer Lebenswandel könne dazu beitragen. Schon im Jahr 1844 widerlegte und entlarvte Friedrich Engels die Theorie von Malthus und bezeichnete diese als „infame, niederträchtige Doktrin“, als „das rauhste barbarischste System, das je existierte“. (Friedrich Engels: Umrisse zur einer Kritik der Nationalökonomie, 1844, Marx Engels Werke Bd. 1, S. 518 und 501) Die menschenfeindliche Theorie von Malthus lebt bis heute mit verschiedenen anderen Bezeichnungen fort, sozusagen als Neo-Malthusianismus. In X Büchern wird immer wieder der Eindruck erweckt, als sei an Hungersnöten und anderem Elend die angebliche „Bevölkerungsexplosion“ schuld. So wird in dem Bericht an den Club of Rome des Jahres 2016 die Verdoppelung der Bevölkerung in den vergangenen 50 Jahren als die Hauptursache für die Probleme auf der Welt gemacht. (Dab/dpa: Forscher fordern Belohnung für kinderlose Frauen, Spiegel online, 13. September 2016) Besonders die rassistischen Implikationen all dieser „Theorien” gilt es heute zu entlarven.

ein. Schwere Unglücke mit Todesfällen sind an der Tagesordnung.“[2]

■ Beispiel Kobalt und Coltan-Abbau im Kongo

Das Gebiet, das den heutigen Staat der Demokratischen Republik Kongo umfasst, war schon immer eines der am meisten umkämpften Gebiete Afrikas zwischen den imperialistischen Großmächten. Denn dort befindet sich ein riesiges Reservoir an Bodenschätzen wie Gold, Diamanten, Kupfer, Kobalt, Zink, Eisen sowie seltene Rohstoffe wie Cadmium, Wolfram, Coltan und Uran, die sich zu über 90 Prozent entlang der Grenze zu Ruanda, Burundi und Uganda konzentrieren. Kongos Kobalt- und Kupfervorkommen sind die größten der Welt.

Vor allem Coltan, dessen weltweites Vorkommen zu 80 Prozent auf kongolesischem Territorium vermutet wird, weckt die Raubgier der imperialistischen Großmächte. Coltan enthält zwei Metalle: Tantal und Niob. Tantal wird für die Produktion von Mobiltelefonen und Computerchips benötigt (die unentbehrlich sind für den Bau von Kriegswaffen aller Art). Dabei war und ist der deutsche Konzern Bayer weltweit führend beim Handel mit Coltan. Niob dient der Herstellung von hitzebeständigen Bauteilen für Turbinen, Raketen, Düsenflugzeuge und Weltraumkapseln.

Rund 60 Prozent des aktuellen weltweiten Bedarfs an Kobalt stammen aus dem Kongo. Die angeblich so umweltverträglichen Elektroautos, die inzwischen millionenfach auf den Markt gebracht werden, haben Elektrobatterien bzw. –akkus, welche auch seltene Metalle wie Lithium oder Kobalt enthalten. Das Beispiel des Kobaltabbaus im Kongo zeigt, wie die Profite von Autokonzernen wie VW, Mercedes und den anderen auf extremer Ausbeutung beruhen.[3]

Im Kongo gibt es industriell betriebene Minen, die direkt in der Hand von Konzernen der imperialistischen Länder sind und insgesamt nur wenige Menschen beschäftigen. Um unter den elenden Bedingungen zu überleben, fördern daneben viele Menschen – formell „selbstständig“, de facto aber abhängig von großen Handels- und Industriekonzernen – auf eigene Faust Kobalt in kleinen Minen. Schätzungen zufolge arbeiten bis zu zwei Millionen Menschen als „informelle“ Schürfer in den Bergbaugebieten der DR Kongo.[4] Über diese heißt es in einem Bericht:

> „Diese graben sie teilweise direkt neben ihren Hütten, bis zu 45 Meter tief, sodass in den Dörfern instabile Untertagelabyrinte entstehen. Sie arbeiten ohne Sicherung, ohne Mundschutz, oft barfuß. Die Böden sind brüchig, die Arbeit extrem gefährlich. Zudem müssen sie Unmengen des giftigen Kobaltstaubes einatmen. Je tiefer die Schächte, desto enger werden sie auch. Aufgrund dessen ist Kinderarbeit im Kobaltgeschäft an der Tagesordnung. Auch suchen teilweise siebenjährige Kinder in den Abfallprodukten der industriellen Minen nach dem Metall und sortieren und waschen die Erze, bevor sie verkauft werden. Bis zu 12 Stunden am Tag müssen Minderjährige für einen Lohn von ein bis zwei Dollar durchschnittlich arbeiten. Teilweise verbringen sie im Alter von 12 Jahren 24 Stunden in den Tunneln.“ [5]

An den direkten und indirekten Folgen der mörderischen Stellvertreterkriege um Rohstoffe und Einfluss zwischen 1996 und 2002 kamen im Kongo über 5,4 Millionen Menschen ums Leben. Die Masse der Bevölkerung des Kongo gehört zu den Ärmsten der Welt.

Landwirtschaft und Lebensmittel: Ausbeutung, Ausplünderung, Ruinierung

■ Beispiel Kakaoanbau in Ghana und Côte d’Ivoire

In Ghana und Côte d’Ivoire erfolgt 70 Prozent der globalen Kakaoproduktion.[6] Kleinbäuerliche, formal selbstständige Wirtschaften herrschen im Anbau vor. Doch real beherrscht eine Handvoll von monopolistischen Konzernen, v. a. aus den USA und Europa, den Kakaoanbau von Anfang bis Ende. Der größte Teil der Verarbeitung findet in Europa statt, davon ein erheblicher Teil in Deutschland. Der Anbau in westafrikanischen Ländern deckt mehr als 90 Prozent des in Deutschland bezogenen Kakaos. Zugleich ist Deutschland weltweit der größte Exporteur von Schokolade. Die exportierenden Konzerne machen damit enorme Profite – auf Kosten des Elends der ausgebeuteten Menschen, die im Kakaoanbau arbeiten, darunter schätzungsweise zwei Millionen Kinder, die dafür schuften

Deutsche Herrenmenschen-Ideologie und Afrika

Die deutsche Herrenmenschenideologie, ein gut dosiertes Gemisch aus deutschem Nationalismus und deutschem Rassismus, richtet sich auch aktuell und auf verschiedenen Ebenen gegen Menschen, die pauschal als „Afrikaner” eingestuft werden. Dabei werden verschiedene Elemente kombiniert.

Erstens gibt es klar vom Kindergarten an die Mentalität: „Wer hat Angst vorm schwarzen Mann”. Der „böse Afrikaner“, vor dem man sich schützen muss, den man aber überwältigen kann, den man niedermachen kann. Arroganz des deutschen Herrenmenschen!

Zweitens gibt es das Bild vom „armen Afrikaner“, dem man ein paar Euro für einen Teller Suppe spenden muss, denn man ist ja Christenmensch, und außerdem tierlieb. Das rassistische Klischee vom „Sarotti-Mohr“ darf da auch nicht fehlen. Arroganz des deutschen Herrenmenschen!

Drittens gibt es das Bild des „guten Afrikaners“, den wir hofieren, denn er singt und tanzt für uns. Den loben wir, um uns und anderen zu bestätigen, dass wir ja angeblich gar keine Rassisten sind. Dazu gehören dann auch einige Vorzeigepolitiker, wenige, ganz wenige, aber einige, die auch als „gute Afrikaner“ vorgestellt werden, weil sie dem deutschen Imperialismus untertan sind. Deutsche Herrenmenschen Arroganz!

Viertens ist da die Geschichte des deutschen Kolonialismus, der Genozid an den Nama und Herero in Namibia und all die Massaker der deutschen Kolonial-Soldateska in „Deutsch-Ostafrika“. Nun ja, dafür hat man sich auch mal entschuldigt, vor allem aber verbunden mit der Versicherung, dass auf keinen Fall angemessene Reparationen gezahlt werden. Deutsche Herrenmenschen-Arroganz!

müssen. Kinder müssen harte und äußerst gefährliche körperliche Arbeiten verrichten: Mit Macheten klettern sie auf Kakaobäume und ernten die Schoten, die sie später aus eigener Kraft in bis zu 40 Kilo schweren Säcken wegschaffen müssen. Außerdem kommen sie mit den giftigen Chemikalien in Kontakt. Schulbildung gibt es nur für die allerwenigsten. Ernährt werden sie einseitig und vor allem billig. Tausende Kinder werden für diese Arbeit förmlich versklavt. Nicht selten sind es Kinder, die aus den Nachbarländern Mali und Burkina Faso flohen, wo noch größeres Elend herrscht. Viele wurden entführt. Ein großer Teil von ihnen bleibt für immer von ihren Familien getrennt. Trotz jahrzehntelanger Versprechungen hat sich daran bis heute so gut wie nichts geändert.[7]

■ Beispiel Landraub durch den Hamburger Neumann Kaffee-Konzern

Auf dem afrikanischen Kontinent eignet sich das monopolistische Großkapital der imperialistischen Länder, insbesondere auch das in Afrika imperialistisch vorstoßende China, immense Flächen für den Anbau von Pflanzen an (Mais, Reis, Weizen, Soja, Zuckerrohr, Kakao sowie sog. „Energiepflanzen“ für „Biosprit“).[8] Dieses sog. „Land Grabbing“ ist faktisch eine neue Form des Kolonialismus[9] und wird mit brutalen Mitteln durchgeführt. Die Bevölkerung ganzer Dörfer und Regionen wird durch staatliche Schergen oder paramilitärische Gruppen gewaltsam vertrieben. Die Auswirkungen auf die Umwelt der Menschen dort sind vielfach verheerend, z. B. durch Rodungen riesiger Wälder.

Ein konkretes Beispiel ist die Hamburger Neumann Kaffee-Gruppe, der größte Kaffee-Importeur der Welt. Im August 2001 wurden in Uganda im Bezirk Mubende 4.000 Menschen durch die ugandische Armee vertrieben, um Platz zu schaffen für eine Plantage des Hamburger Kaffeekonzerns Neumann. Die ugandischen Soldaten zerstörten vier Dörfer, legten Feuer und verwüsteten die Felder. In Folge der gewaltsamen Räumung starben mehrere Menschen. Nachdem die Vertriebenen dagegen protestierten, verbreiteten der Neumann-Konzern und die Regierung von Uganda die Lüge, die ehemaligen Bewohnerinnen und Bewohner des Landes seien in angemessener Weise auf Grundstücke im Gebiet von Kambuye umgesiedelt worden. Im Oktober 2018 wurden die Bewohnerinnen und Bewohner auch von dort brutal vertrieben. Die von den Betroffenen erhobene Gerichtsklage für Entschädigungen gegen den Staat von Uganda und die Neumann-Tochtergesellschaft führte bisher zu nichts.[10]

■ Beispiel Verarbeitung von Nordseekrabben in Marokko

Die Absurdität des imperialistischen Profitsystems zeigt sich krass daran, dass in der Nordsee gefangene Krabben von deutschen Unternehmen in LKWs und mit Fähre über Gibraltar nach Tanger in Marokko gefahren werden, wo sie geschält und dann wieder nach Deutschland zurückgefahren werden. Der Grund: In Deutschland gibt es schärfere Hygienebestimmungen und in Marokko betragen die Löhne nur einen Bruchteil der Löhne in Deutschland. In der Fabrik des betreffenden deutschen Kapitalisten in Marokko arbeiten 2.000, vor Weihnachten 2.500 Frauen. Die Frauen sind nummeriert, jede Frau hat eine Nummer an der Schulter. Sie tragen hellgrüne Mützen, die Aufpasserinnen rote. Pro Kilo Krabben erhält eine Frau einen Euro. Die schnellste schafft acht, neun Kilo am Tag. So liegen die Löhne unter 10 Euro am Tag, meistens darunter.[11]

■ Beispiel Ruinierung von Millionen Kleinproduzierenden durch hochsubventionierte Agrarexporte

Schon seit Jahrzehnten werden mittels EU-Agrarsubventionen, die mehr als ein Drittel des EU-Haushalts ausmachen, riesige Mengen der Agrarüberschüsse der EU zu Dumpingpreisen in afrikanische Länder und anderswohin exportiert.

Ein Beispiel sind die von der EU exportierten Milchprodukte, die in den Kühlregalen in afrikanischen Ländern zu Billigpreisen stehen. Dabei wird nicht einmal wirkliche Milch aus den gigantischen EU-Milchüberschüssen exportiert, sondern Magermilchpulver, das mit Pflanzenfett, meist billigem Palmöl, angereichert wird.[12] Ein weiteres Beispiel: Beliebt sind in Deutschland Hähnchenfilet, Hähnchenschnitzel und Hähnchenschenkel, die bei Discountern und im Fachhandel zu bekommen sind. Die anderen Geflügelteile werden in gigantischem Umfang in afrikanische Länder exportiert, so z. B. jährlich zirka 135.000 Tonnen Hühnerfleisch nach Ghana. Dies alles trägt massiv zum Ruin von Millionen von Kleinproduzierenden, zur weiteren Verelendung und Erwerbslosigkeit in den betreffenden Ländern bei.[13]

■ Beispiel Produktion und Export giftiger Pestizide nach Afrika

Bezeichnend ist, dass deutsche Konzerne wie Bayer und BASF zahlreiche Wirkstoffe produzieren, deren Verwendung in der EU wegen ihrer Schädlichkeit verboten sind. Diese exportieren sie in Länder Afrikas und in andere abhängige Länder. In Südafrika, das mit zirka 35 Prozent den größten Anteil am afrikanischen Agrarchemiemarkt hat, hat BASF auch eine Fabrik gebaut, in der Produkte mit giftigen Wirkstoffen hergestellt werden, die in der EU verboten sind. Arbeiterinnen berichten, dass sie gezwungen werden, schon binnen 60 Minuten nach dem Sprühen von extrem gesundheitsschädigenden Pestiziden wieder auf den Feldern arbeiten zu müssen und dass ihnen keinerlei Schutzkleidung zur Verfügung gestellt wird.[14]

Afrikanische Länder als Müllkippe für Giftmüll

Jährlich werden geschätzt 400.000 Tonnen Elektroschrott aus Deutschland „illegal“ exportiert, ein Großteil davon in afrikanische Länder. Im Stadtviertel Agbogloshie in Ghanas Hauptstadt Accra liegt die größte Müllhalde für Elektroschrott in Afrika. Dies ist einer der verseuchtesten Orte der Welt. Wasser und Boden sind völlig kontaminiert. Die Schadstoff-

belastungen in Luft und Boden überschreiten die zulässigen Grenzwerte um das 50-fache. Tausende von Erwachsenen und Kindern sortieren alte Elektrogeräte und sammeln Metallteile. Kaputte Fernseher, Kühlschränke, Monitore, Drucker usw. werden auseinandergebaut, Kabel verbrannt. Die übrigbleibenden Metalle, Blech, Kupfer, Eisen, Stahl werden weiterverkauft. Die Menschen dort schufften inmitten von Blei, Kadmium und Quecksilber, um so den Lebensunterhalt für sich und ihre Familien zu bestreiten. Viele der Kinder erreichen kaum das Erwachsenenalter.

Ein großer Teil der kaputten „entsorgten“ Geräte auf der gigantischen Müllhalde stammt aus Deutschland. Das zeigen die deutschen Siegel. Große deutsche Exporteure sowie auch viele einzelne kleinere Händler, welche die Geräte nach Ghana verkaufen, machen – faktisch mit Billigung der deutschen Regierung und Behörden –ihren Profit mit dem kaum zu beschreibenden Elend von Abertausenden Menschen. [15]

Zunehmender Widerstand und Kampf der ausgebeuteten und unterdrückten Massen, voran der proletarischen Klasse

Das erbarmungslose Herauspressen von Profit aus Millionen von Menschen, die in größtem Elend leben und all diesen Verbrechen ausgesetzt sind, ruft Widerstand hervor und hat in den letzten Jahren in verschiedenen Ländern Afrikas von Südafrika bis Ägypten immer wieder zu großen Kampfbewegungen, Streiks und Demonstrationen Hunderttausender geführt. Das hat gerade auch in den letzten 10 Jahren die Macht der Statthalter der Imperialisten teilweise ins Wanken gebracht. Wir nennen hier nur die riesigen Massenkämpfe mit Millionen von Beteiligten im Sudan, die am 19. Dezember 2018 in der Industriestadt Atbara begannen, sich rasch auf 170 Städte ausdehnten und die Staatsmacht dort zur Auswechslung von Figuren ihrer politischen Führungsgarnitur zwangen – und keineswegs zu Ende sind.

In diesen Kämpfen hat sich immer wieder die Kampfkraft der proletarischen Klasse gezeigt, die in verschiedenen Ländern Afrikas zunehmend größeres Gewicht bekommt, wie sich dies z. B. in der langen Kette von militanten Streiks in der Autoindustrie in Südafrika zeigt. Und diese Kämpfe werden sich zwingend immer mehr auch gegen die zunehmende Ausbeutung und Unterdrückung durch den deutschen Imperialismus richten.

II. Die Politik des deutschen Imperialismus zur Absicherung der verschärften Ausbeutung, Kriegstreiberei

Die deutschen Imperialisten betreiben eine Doppeltaktik. Zum einen ist nicht zu unterschätzen, dass die Politik der imperialistischen Absicherung und Expansion mit großen Phrasen, großer Heuchelei und allerlei diplomatischen Manövern vorangetrieben wird. Hier sei beispielsweise nur der „Marshallplan für Afrika“ erwähnt. Zum anderen gibt es handfeste politische und militärische Einflussnahme. Auch hier sei lediglich exemplarisch auf folgende Interventionen hingewiesen: Waffenexporte, massive Ausbildung von Polizei und Militär durch Bundeswehr und Polizeispezialisten. So kann der Einfluss in den verschiedenen Staatsapparaten verstärkt werden. Gleichzeitig erfolgt dosiertes Eingreifen in die existierenden bewaffneten Auseinandersetzungen in unterschiedlichen afrikanischen Staaten wie im Sudan/Südsudan und in Libyen. Und nicht zuletzt geht es um die Absicherung von „deutschen Interessen“ mit militärischen Mitteln. Unter allerlei Etiketten von UN- und EU-Missionen erfolgen Bundeswehr-Einsätze und -Stationierungen gerade auch in Ländern Afrikas. Eine Art Pilotprojekt ist aktuell die Intervention des deutschen Imperialismus in Mali.

Heuchelei und die Phrase vom „Marshallplan für Afrika”

Seit langem gibt es das Schlagwort von der sogenannten „Entwicklungshilfe“, welche de facto nur imperialistische Ausbeutung flankiert. Seit einigen Jahren, insbesondere wenn die politischen Akteure des deutschen Imperialismus den Vorsitz im Europarat haben, gibt es nun auch die Phrase vom „Marshallplan für Afrika“ und von „Reformpartnerschaften“ mit ausgewählten afrikanischen Staaten. Bei dieser Hinwendung zu Ländern in Afrika geht es angeblich um „Kooperation auf Augenhöhe“ und angeblich nur um eins: helfen, helfen und nochmals helfen. Bewusst werden hie und da einzelne Vorzeigeprojekte, meist für kurze Zeit, aus dem Boden gestampft, die als Werbekosten vom Profit abgezogen werden. Imagepflege nennt man das. Der deutsche Imperialismus will sich als guter Imperialismus profilieren, dem man angeblich vertrauen kann, weil er angeblich ja nur Gutes will.

Real geht es um ein riesiges Ausbeutungsfeld, das die deutschen Imperialisten dort ausgemacht haben: „ein ungeheures wirtschaftliches Potenzial“, über das Afrika verfüge[16], „ein riesiges Potenzial“ an Arbeitskräften, ja in naher Zukunft „das größte Angebot an Arbeitskräften weltweit.“ [17]. Angesichts der krisenhaften Entwicklung mit Überkapazitäten und Absatzschwierigkeiten preist der Geschäftsführer von Volkswagen South Africa die Länder Afrikas als „weltweit letzten ungenutzten Markt.“[18]

Mit ihrer demagogischen Helfer-Masche wollen sich die Sachwalter des deutschen Monopolkapitals vor allem auch gegenüber der imperialistischen Konkurrenz als die besseren Partner darstellen, denen es angeblich nicht wie den Konzernen aus den USA, Frankreich oder Großbritannien nur um kurzfristige Profitmaximierung ginge, sondern um „Gleich-

Rassistische Experimente von Robert Koch an Menschen in deutschen Kolonien

In den deutschen Kolonien in Ostafrika grassierte Anfang der 1900er Jahre die meist tödlich verlaufende infektiöse Schlafkrankheit. Robert Koch (1843-1910) stellte sich zur Verfügung und nutzte die Möglichkeiten, die der brutale Rassismus in den Kolonien eröffnete, um seine Ideen zur Stilllegung der „Seuchenherde“ und Versuche mit Medikamenten durchzuführen. Unter dem Vorwand der Hygiene ließ er Dörfer umsiedeln, das Vieh vertreiben, Landstriche entvölkern und Wälder abholzen, um den Überträgerfliegen die Lebensgrundlage zu entziehen. Auf einer Insel im Victoria-See ließ er ein, wie es damals hieß, „Concentration Camp“ nach Vorbild der englischen Kolonien errichten, dort Kranke einsperren und führte an ihnen grausame Experimente durch: Er verabreichte ihnen zwangsweise ein Medikament mit einem hohen Anteil Arsen, dessen Nebenwirkungen in Europa schon bekannt waren. Allein die Verabreichung ist äußerst schmerzhaft. Die immer höheren Dosen führten bei vielen Patienten zu Erblindung und zum Tod.

Das 1891 unter der Leitung von Robert Koch gegründete Preußische Institut für Infektionskrankheiten wurde 1935 von den Nazis dem Reichsgesundheitsamt angegliedert. Viele jüdische Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler wurden entlassen). 1942 erhielt das Institut den Namen Robert Koch Institut. Mitarbeiter des Instituts führten in Nazi-KZs gezielte „medizinische Versuche“ an Inhaftierten mit beispielsweise Fleckfieber durch, oft mit tödlichem Ausgang. Nach 1945 leugneten die Täter nicht nur jegliche Verantwortung für ihre Taten, sondern kamen meist wieder in ihre früheren Positionen. Nach 1945 konnten sogar Ergebnisse der brutalen Menschenversuche aus den Nazi-KZs publiziert werden.

Was Robert Koch angeht, dominiert bis heute das Bild von einem Arzt und Wissenschaftler, der im Kern einfach nur Gutes getan habe. (Quellen: wikipedia, welt.de, 6.4.2020)

berechtigung“ und langfristige Förderung von Entwicklung usw.

Die Realität insgesamt beweist das Gegenteil.

Waffenexporte, Polizei- und Militärhilfen

■ Beispiel Ägypten

Ägypten hat für den deutschen Außenhandel und als Investitionsstandort für zurzeit rund 70 deutsche Konzerne sowie für die Abwehr von Geflüchteten eine überaus große Bedeutung. Die Stärkung des reaktionären Staatsapparats spielt gerade auch gegen Massenproteste für die Sicherung „deutscher Interessen“ eine wichtige Rolle. Der ägyptische Staat ist in Afrika der größte Käufer deutscher Waffen. Allein zwischen 2001 und 2018 wurden Rüstungsgüter im Wert von über 1,5 Mrd. Euro geliefert.[19] Dazu gehören etwa vier U-Boote von Thyssen-Krupp im Wert von 1 Mrd. Euro. Die deutschen Waffen werden sowohl zur Unterdrückung im Inneren als auch im reaktionären Stellvertreterkrieg im Jemen und in Libyen eingesetzt. Der polizei-militärische Unterdrückungsapparat wird mit Nachtsicht-Geräten und Lesegeräten für Fingerabdrücke ausgerüstet und durch Ausbildung ägyptischer Polizeioffiziere in Deutschland unterstützt. Das BKA macht für ägyptische Unterdrückungsorgane auch Schulungen zur Auswertung des Internets, um oppositionelle Bewegungen aufzuspüren. Ein deutsch-ägyptisches Sicherheitsabkommen soll die Grenzen nach Libyen und Europa dichtmachen.

■ Beispiel Algerien

Die algerische Regierung ist nicht nur einer der größten „Wirtschaftspartner“ Deutschlands in Afrika, sondern auch einer der größten Abnehmer deutscher Rüstung und Waffen. Zwischen 2011-2017 gab es dorthin Rüstungsexporte in Höhe von 10 Milliarden Euro. Von besonderer Bedeutung ist die Lieferung und Installation einer kompletten Panzerfabrik durch Rheinmetall im Gesamtvolumen von 2,7 Milliarden Euro mit einer Jahreskapazität von 120 Panzern. Die „Fuchs“-Panzer sind besonders für den Wüsteneinsatz geeignet und können auch bestens zur Abwehr von Geflüchteten auf ihrem Weg nach Europa eingesetzt werden. Ein ähnlich großer Auftrag ist der Bau von zwei Fregatten durch Thyssen-Krupp im Wert von 2,1 Milliarden Euro. Daimler lieferte Motoren für Militärfahrzeuge und Geländewagen, die auch im „Grenzschutz“ eingesetzt werden.[20]

Ausnutzen und Schüren von Konflikten

Herrschaft des Imperialismus bedeutet auch Aufhetzung verschiedener national, religiös oder anderswie unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen gegeneinander, Anfachen von Stellvertreterkriegen, Unterstützung und Finanzierung reaktionärer bewaffneter Milizen im Interesse der jeweiligen imperialistischen Großmacht. An bestehende Konflikte wird angeknüpft, sie werden forciert, um die Bevölkerung ganzer Länder wie auch Bevölkerungsgruppen innerhalb der verschiedenen Länder aufeinanderzuhetzen. Sie werden in von beiden Seiten reaktionäre Kriege gestürztn, eine Seite – oder je nach Situation und Interesse dosiert manchmal auch beide – unterstützt, um den imperialistischen Gegner zu schwächen, eigene Positionen zu stärken, die ausgebeuteten und unterdrückten Massen vom Kampf für fortschrittliche und revolutionäre Ziele abzuhalten und zu verdummen.

■ Beispiel Abspaltung Südsudans

Keineswegs losgelöst von den verschiedenen imperialistischen Mächten gab und gibt es im Sudan seit Jahrzehnten heftige Konflikte bis hin zu reaktionären Stellvertreterkriegen. Dabei werden Widersprüche zwischen Kräften verschiedener Bevölkerungsgruppen ausgenutzt. 2011 spaltete sich der Südsudan vom Sudan ab. [21] Die deutschen Imperialisten unterstützten diese staatliche Abspaltung ganz direkt. Dabei ging es ihnen keineswegs um „Selbstbestimmung“, sondern sie versprachen sich davon einen erleichterten Zugriff auf den rohstoffreichen, vor allem über große Ölmengen verfügenden Südsudan. Bereits 2007 wurde die „Gesellschaft für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung“ (GTZ) beauftragt, den Loslösungsprozess des Südsudans im Sinne des deutschen Imperialismus

zu „unterstützen“. Das Max-Planck-Institut führte Regie bei der Ausarbeitung einer neuen Verfassung und bei der Ausbildung von Justizpersonal. Bundeswehr-Soldaten wurden im Rahmen einer UN-Mission (UNMIS bzw. später UNMISS) stationiert und sind dort bis heute.

Seit 2013 herrscht nun im Südsudan selbst ein erbitterter Kampf verschiedener, mit den imperialistischen Mächten verbundener Kräfte um die Vorherrschaft im Land, insbesondere um die Kontrolle über die zahlreichen Ressourcen wie Öl und Mineralien. Dieser reaktionäre Bürgerkrieg forderte bis jetzt annähernd 400.000 Menschenleben. Rund 4,5 Millionen südsudanesische Menschen wurden zur Flucht gezwungen, zwei Millionen wurden im Land selbst vertrieben. 2,5 Millionen flüchteten in die Nachbarländer Äthiopien und Uganda. Das alles ist Folge einer Politik, deren oberste Maxime ist: Profit, mehr Profit und noch mehr Profit, komme, was da wolle!

■ **Beispiel Libyen: Der deutsche Imperialismus als „Vermittler“**

Libyen hat in mehrfacher Hinsicht eine strategische Bedeutung. Erstens ist Libyen das Land in Afrika mit den größten Erdölvorkommen. Diese werden gegenwärtig insbesondere vom französischen Konzern Total und vom italienischen Eni ausgebeutet. Zweitens Libyen hat eine militärisch wichtige Lage. Drittens verläuft über Libyen gegenwärtig die bedeutsamste Migrationsroute nach Europa.

Hervorstehend ist, dass im reaktionären Machtkampf um die Dominanz in Libyen die imperialistischen Interessengegensätze und Konflikte auch unter den „westlichen Verbündeten“, unter den „Nato-Partnern“ deutlich hervortreten. Äußerlich sind sich alle einig. UN und EU anerkennen die „Einheitsregierung“ und beschließen ein Waffen-Embargo. Doch die Widersprüche treten immer deutlicher zutage.

Auch wenn die Kräfteverhältnisse sich laufend verschieben, lässt sich in Libyen gegenwärtig folgende, mit verschiedenen Imperialisten und reaktionären Staaten verbundene Machtkonstellation ausmachen: Zum einen das reaktionär-faschistische Regime der sogenannten „Einheitsregierung“ mit Sitz in Tripolis, die sich auf verschiedene Milizen stützt. Diese wird – Embargo hin oder her – ganz offen von der Türkei militärisch aufgerüstet. Dem gegenüber stehen die reaktionär-faschistischen Kräfte und Milizen, die unter Führung des „abtrünnigen“ Generals Haftar eine Art „Gegenregierung“ gebildet haben. Diese wird mehr oder minder offen von Frankreich und Russland sowie auch Ägypten unterstützt.

Die Widersprüche zeigen sich immer wieder ganz handfest. Beispielsweise hat am 10. Juni 2020 der Versuch eines französischen Kriegsschiffs, ein wahrscheinlich mit Kriegsgerät beladenes türkisches Frachtschiff zu kontrollieren, zu einer direkten Konfrontation mit dem „NATO-Partner“ Türkei geführt. Kriegsschiffe der türkischen Marine, die den Frachter eskortierten, erfassten – zur unmittelbaren Vorbereitung von Beschuss – mehrmals mit ihrem Feuerleitradar das französische Kriegsschiff. Sie wehrten damit die Kontrolle der Frachterladung ab – die möglicherweise Rüstung und Waffen aus Deutschland enthielt.

Die deutschen Imperialisten versuchen derzeit, in Libyen[22] vor allem mit diplomatischen Mitteln mitzumischen. Sie werfen sich in die Pose eines angeblich „ehrlichen Maklers“, dem es selbstlos um Konfliktschlichtung gehe. So fand im Januar 2020 in Berlin eine Libyen-Konferenz mit Vertretern der am Krieg in Libyen beteiligten Kräfte statt. Von den dabei geknüpften und vertieften Kontakten versprechen sich die deutschen Imperialisten – die vielfältigen Widersprüche zwischen den diversen Cliquen geschickt ausnutzend – mehr Einfluss in Libyen zu bekommen. Gleichzeitig haben sie allerdings auch die Fregatte „Hamburg“ vor die Küste von Libyen entsandt, um damit auch militärisch „Flagge zu zeigen“ – die Doppeltaktik des deutschen Imperialismus!

Bundeswehr-Einsätze und -Stationierungen

Wenn diverse politische und finanzielle Druckmittel, Waffenexporte und Militärberater nicht ausreichen, dann kommt früher oder später der Einsatz eigener Truppen ins Spiel. Es geht darum, Einflusszonen zunehmend auch militärisch abzusichern und auszudehnen sowie – nicht zu unterschätzen – darum, Soldaten in „echten Konflikten“ zu erproben.

Bereits 1992 wurde in den sogenannten „Verteidigungspolitischen Richtlinien“ (VPR) als Aufgabe der Bundeswehr festgeschrieben:

> „Aufrechterhaltung des freien Welthandels und des ungehinderten Zugangs zu Märkten und Rohstoffen in aller Welt“. (Verteidigungspolitische Richtlinien 1992)

In der Aktualisierung der VPR im Jahr 2003 wurde nochmals bestätigt, dass sich „Verteidigung geografisch nicht mehr eingrenzen (lässt).“ Die zunehmenden weltweiten Einsätze der Bundeswehr werden damit begründet, dass nahezu sämtliche Konflikte auf der Welt eine angebliche Bedrohung der „deutschen Sicherheit“ darstellen würden:

> „Ungelöste politische, ethnische, religiöse, wirtschaftliche und gesellschaftliche Konflikte wirken sich im Verbund mit dem internationalen Terrorismus, mit der international operierenden Kriminalität und den zunehmenden Migrationsbewegungen unmittelbar auf die deutsche und europäische Sicherheit aus.“ (Verteidigungspolitische Richtlinien 2003)

Bundeswehr-Einheiten sind heute in Mali, Niger, Somalia und Djibouti, Kamerun sowie Südsudan stationiert.

■ **Beispiel Somalia und Djibouti: Deutsche Flotte und Bundeswehrstationierung zur Sicherung der „Handelswege“**

Ab Februar 2002 wurde in dem geostrategisch wichtigen Gebiet zwischen dem Horn von Afrika und der Arabischen Halbinsel im Rahmen der „Operation Enduring Freedom“ ein deutscher Flottenverband mit rund 1.400

Soldaten, drei Fregatten, fünf Schnellbooten und Begleitschiffen zur Kontrolle des gesamten Schiffs- und Handelsverkehrs eingesetzt. Nach vorläufiger Beendigung des Einsatzes 2010 blieb eine Bundeswehr-Marinelogistikbasis im Einsatzgebiet Djibouti bestehen. Bereits ab 2008 begann zugleich die UN-Operation-Mission „Atalanta“ mit einem noch heute bestehenden Mandat der Bundeswehr von bis zu 400 Soldaten zum Schutz der Handelsschifffahrt im Golf von Aden und Hilfslieferungen nach Somalia sowie zur Bekämpfung der „Piraterie“ vor der somalischen Küste. Zudem werden die Küstenwachen Somalias, Djiboutis, Kenias und Tansanias sowie somalische Streitkräfte in Mogadischu durch Soldaten und Beamte der Bundespolizei ausgebildet und ausgerüstet.[23]

■ **Beispiel Kongo: 780 Bundeswehrsoldaten zur „Konfliktschlichtung“**

Der langjährige Bürgerkrieg im Kongo bis 2003 mit annähernd 5 Millionen Toten war vor allem ein Stellvertreterkrieg der imperialistischen Großmächte um seltene Rohstoffe wie Kobalt und Lithium (für Batterien) sowie Tantal/Coltan (für Mobiltelefone und Computer). Die bestehende akute humanitäre Katastrophe wird anhand von Zahlen aus dem Jahr 2018 deutlich: 13 Millionen Hilfsbedürftige, 670.000 Geflüchtete in Nachbarländern, 4,5 Millionen Binnenflüchtlinge und 7,7 Millionen hungernde Menschen.[24] Im Juli 2006 wurden 780 Bundeswehrsoldaten im Rahmen eines 2000-köpfigen EUFOR-Kontingents unter Führung des deutschen Imperialismus in die DR Kongo geschickt, angeblich zur Überwachung der Wahlen und Verhinderung von „ethnischen“ Konflikten, tatsächlich zur Gewährleistung von „Stabilität“ für die weitere Ausbeutung der rohstoffreichen Region sowie Regelungen des „Flüchtlingsproblems“.

Mali – Pilotprojekt der deutschen Imperialisten für den weiteren Vorstoß in afrikanische Länder

Kein Zweifel, der französische Imperialismus hat in Mali immer noch die Vorherrschaft. Mali hat nicht nur eine strategisch wichtige Lage in Westafrika, sondern verfügt auch über wichtige Bodenschätze, darunter vermutete Uranvorkommen, die für die Atomkraftwerke in Frankreich wichtig sind. Mali und andere ehemaligen französischen Kolonien werden von Frankreich noch immer als eine Art französischer Hinterhof behandelt. Seit dem Zweiten Weltkrieg gab es von 1961 bis 2013 insgesamt 44 militärische Interventionen Frankreichs in afrikanischen Ländern, ganz abgesehen vom Kolonialkrieg in Algerien von 1954 bis 1962 mit annähernd 400.000 von der französischen Kolonialmacht getöteten algerischen Menschen. Zuletzt führte der französische Staat 2013 unter der Bezeichnung „Barkhane“ in Mali unter dem Vorwand des Schutzes von 6.000 französischen Zivilisten mit 4.500 Soldaten eine vom UN-Sicherheitsrat gedeckte Militärintervention durch. Durch all das ist das Image des französischen Imperialismus in Mali und anderen Ländern Afrikas in der Bevölkerung ziemlich ramponiert und gibt es starke Proteste gegen die französische Präsenz und Dominanz.

Die deutschen Imperialisten versuchen diese Situation für sich auszunutzen. Seit 2013 haben sie in Mali ihren bis heute größten Militärstützpunkt. Dort sind 1.100 Bundeswehr-Soldaten stationiert. Zur Versorgung ihrer Truppen in Mali baute die Bundeswehr zudem im benachbarten Niger einen Luftwaffenstützpunkt. Ein besonderes Interesse besteht in der verstärkten „Flüchtlingsabwehr“ in der dafür wichtigen Sahelzone. Zugleich geht es ihnen um die Ausdehnung ihres militärischen Aktionsradius in dieser Region und die Erprobung von Bundeswehr-Soldatinnen und –Soldaten in „robuster Kriegführung“. Am 6. Juli 2016 geriet die Bundeswehr im Norden Malis erstmals unter Beschuss.

Gleichzeitig gehen die deutschen Imperialisten in Mali mit einer Doppeltaktik vor. Sie geben vor, eine „Zivilmacht“ zu sein, die „eigentlich“ keine militärischen Interessen hat, sondern nur schlichten und helfen wolle. So beteiligt sich die Bundeswehr zusätzlich mit bis zu 450 Soldaten an der EU-Ausbildungsmission (EUTM), die bisher rund 15.000 malische Soldaten ausgebildet hat und diese „beraten“ und „begleiten“ soll, angeblich aber nicht im „Kampfeinsatz“. Mit diesem „zivilen“ Image gehen die deutschen Imperialisten auf Distanz zum offen militaristisch agierenden französischen Imperialismus, um gleichzeitig und real ihre militärische Präsenz zu erhöhen. In der gewohnten heuchlerischen Weise erklärte der deutsche Außenminister Maas anlässlich des 5. „German-African Business Day“ des Afrika-Vereins der Deutschen Wirtschaft am 5.7.2018:

> „In Mali helfen zivile Experten und Polizisten beim Staatsaufbau, deutsche Blauhelmsoldaten sorgen mit anderen zusammen für ein stabiles Umfeld.“[25]

Wie die deutschen Imperialisten mit Polizei- und Militärorganen in Mali beim „Staatsaufbau“ mitwirken, zeigte sich im August 2020, als eine Junta aus Militärs die Hebel der Macht in die Hände nahm. Ein Junta-Militär hatte in Deutschland an der Bundeswehr-Hochschule in München studiert, der Militärjunta-Chef Goita in Garmisch-Partenkirchen einen Kurs zur „Terrorbekämpfung“ belegt.[26]

III. Der Flüchtling als Feind – Das mörderische System zur Abwehr von Flüchtenden

Für jeden sichtbar wird die Haltung des deutschen Imperialismus und der anderen mit ihm zusammenarbeitenden reaktionären Staaten Europas gegenüber Menschen aus Afrika bei der Abschottung Europas, bei den Mordaktionen gegen Geflüchtete im Mittelmeer, denen die Seenotrettung verweigert wird, die zum Ertrinken ver-

dammt werden. Die Haltung zu den Flüchtlingen im Mittelmeer ist aktuell der deutlichste Beweis, für die inhumane, antidemokratische, nationalistisch-rassistische Haltung des deutschen Imperialismus.

Von 2000 bis Ende 2019 kamen mindestens 35.000 Menschen im Mittelmeer ums Leben. Allerdings erreichen immer mehr Geflüchtete die Südgrenze des Mittelmeers erst gar nicht. Schätzungen der Internationalen Organisation für Migration der UN zufolge kamen allein zwischen 2014 und 2019 rund 30.000 Flüchtende in der Sahara zu Tode. Darunter sind Tausende, die aus Algerien auf einen Fußmarsch durch die Wüste zur Grenze von Niger gezwungen wurden.[27] Die EU hat nämlich als Bedingung für „Entwicklungshilfe" den Staat Niger gezwungen, die bis dahin legale Route durch die Wüste von der Stadt Agadez nach Sabha in Libyen zu kappen. Wer Niger in Richtung Libyen durchqueren will, kann dies nur noch über eine hochriskante Passage tun, weitab von Straßen, Siedlungen und Wasser und Kontrollposten.[28] Seit 2017 hat die EU auch mit Mali, Tschad, Mauretanien und Burkina Faso solche Abkommen abgeschlossen. Mit diesen Staaten inklusive Niger wurde auch eine mit 50 Millionen Euro von der EU finanzierte „G5 Sahel Joint Force"-Polizei-und Militärtruppe geschaffen, welche Jagd auf flüchtende Menschen machen soll.

Die deutschen Politiker wissen genau und kalkulieren eiskalt ein, dass ihre „Türsteher" in Afrika mit Folter, Vergewaltigungen und Morden gegen Geflüchtete vorgehen, so gerade in Libyen. Mit Mitteln aus dem sog. „EU-Libyen-Deal" wird die sog. „libysche Küstenwache" ausgebildet und ausgerüstet. Diese Verbrecherbande zwingt tausende Geflüchtete durch bewaffnete Angriffe auf Schlauchboote, gewaltsame sog. „Pushbacks", zurück in libysche Internierungslager. In 42 Internierungslagern, die teils KZ-ähnlich sind, sind Zehntausende Schutzsuchende Folter, Vergewaltigung, Zwangsarbeit sowie Erpressung und Ermordung ausgesetzt. Geflüchtete werden teilweise auf Sklavenmärkten wie Stückgut verkauft.

* * *

Unser Kampf zur Unterstützung der kämpfenden Teile des Proletariats und der unterdrückten Bevölkerung in den verschiedenen afrikanischen Staaten, unser Kampf für die Unterstützung aller, die helfen, den deutschen Imperialismus zu entlarven, seine Verbrechen aufzudecken und anzuprangern, unser Kampf hier in Deutschland gegen deutschen Nationalismus und deutschen Rassismus ist noch viel zu schwach. Er muss auf allen Ebenen aktuell und langfristig verstärkt werden.

Besondere Anstrengungen müssen gerade dann unternommen werden, wenn es soziale Kämpfe, demokratische Kämpfe, ja revolutionäre Kämpfe in anderen Ländern gibt, die sich auch gegen den deutschen Imperialismus richten. Diese Kämpfe solidarisch zu unterstützen mit all den Mitteln, die Lenin so detailliert beschrieben hat (nicht nur Geld und Bücher), durch persönliche Kontakte in beide Richtungen, gemeinsame Aktionen und alles, was dazu dient, diese kämpferische, internationalistische Solidarität zu stärken, ist unbedingt notwendig.

Quellen

[1] Informationen zur Textilindustrie in Äthiopien aus: Nächster Halt Äthiopien, Deutsche Welle. 16.5.2019 sowie: Femnet: Frauen in der Bekleidungsindustrie Äthiopiens [2] Studie Edles Metall – Unwürdiger Abbau, Platin aus Südafrika und die Verantwortung deutscher Unternehmen, Herausgeber Brot für die Welt Evangelisches Werk für Diakonie und Entwicklung, , Berlin 2018 [3] Elektroautos aus Kinderarbeit: Kobaltabbau im Kongo, www.aktiv-gegen-kinderarbeit.de [4] Südwind: Der härteste Stoff der Welt, Globaler Diamantenhandel von der DR Kongo und Sierra Leone über Indien nach Deutschland, Siegburg 2008, S. 23 [5] Elektroautos aus Kinderarbeit: Kobaltabbau im Kongo, www.aktiv-gegen-kinderarbeit.de [6] Südwind: Informationen aus Ghana: Vom bitteren Kakao zur süßen Schokolade, Siegburg 2011 [7] Kinderarbeit auf Kakaoplantagen: Seit 20 Jahren sperren sich große Konzerne gegen Verbesserungen, publiziert am 12.6.2019, https://www.aktiv-gegen-kinderarbeit.de [8] Siehe dazu medico international, „Fluchtursache Reichtum – Migration und Rohstoffhandel in Westafrika", 2011. [9] Siehe „Hunger nach Land" in Frankfurter Rundschau vom 11. Juni 2013. [10] https://www.flan.de/artikelansicht/2019-l1-20-uganda-anhaltende-menschenrechtsverletzungen- infolge-der-vertreibung-zugunsten-der-kaffeeplantage-der-neumann-kaffee-gruppe/; https://www.laboumet.de/?p=55566 [11] Informationen aus Süddeutsche Zeitung 19.5.2010 und taz 23.5.2015 [12] Einzelheiten siehe: Miserior und Germanwatch: Bericht 2020 – Globale Agrarwirtschaft und Menschenrechte: Deutsche Unternehmen und Politik auf dem Prüfstand, Aachen und Berlin 2020 [13] Netzfrauen: Die EU zerstört mit ihrer Politik den ganzen afrikanischen Kontinent! Erpressung zugunsten der Fleischkonzerne, https://netzfrauen.org/2020/01/africa-9/ [14] Gefährliche Pestizide von Bayer und BASF – ein globales Geschäft mit Doppelstandards, April 2020 [15] Johannes Reichert, Illegaler Elektroschrott – Von Bayern nach Ghana – unser Müll für Afrika, www.br.de, 22.7.2015; Illegaler Export von Elektroschrott: Deutsche Umwelthilfe fordert Umsetzung der Rücknahmepflicht durch Handelsunternehmen und mehr Zollkontrollen, Pressemitteilung 30.7.2018 [16] auswaertiges-amt.de, Stand 10.04.13 [17] Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Der Marshallplan mit Afrika in der Umsetzung, Januar 2020, in: bmz.de, S. 8. [18] Deutsche Welle, www.dw.com 22.10.2019 [19] Deutsche Rüstungsexporte nach Ägypten, www.aufschrei-waffenhandel.de, Stand Febr. 2020 [20] Siehe EAK, Gegen Rüstungsexport und Migrationsabwehr, S. 28. [21] Informationen zum Südsudan aus: Christin Bernhold: Deutsche Entwicklungspolitik und Staatsaufbau im Südsudan, in: Peripherie Nr. 140, Münster 2015, S. 419-446, Wie Deutschland die Sezession des Südsudan vorantrieb und die Region so in einen neuen Bürgerkrieg steuerte, www.fluchtgrund.de/2018/10/ [22] Quellen zu Libyen: Deutschlandfunk 21.11.2019: Stellvertreterkrieg in Libyen – Wer wegen Öl und Macht mitmischt; In den Einsatz vor Libyen – Berlin entsendet Fregatte „Hamburg" vor die libysche Küste. Konflikte mit der türkischen Marine drohen, www.german-foreign-policy.com/news/detail/8350/ 30.7.2020; Krieg in Libyen „Das ist ein Sieg von uns allen", Zeit online, 9.7.2020; Konflikt: Die Türkei ist auf dem Vormarsch in Libyen, Süddeutsche Zeitung 6.7.2020 [23] Daten und Fakten im Folgenden nach Wikipedia, Auslandseinsätze der Bundeswehr, 2019 [24] Siehe „Ein rechtsfreier Raum im Herzen Afrikas", in taz vom 14. März 2018. [25] www.auswaertiges-amt.de [26] Taz 28.8.2020 [27] „Atlas der Migration", 2019, S. 33. [28] UN-Bericht zu Gewalt gegen Flüchtlinge – Tödliche Reise durch Afrika, taz 31.7.2020

Drucker, Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: W. Schulze, Osnabrücker Str. 26, 10589 Berlin ISSN 0948/5090
https://gegendiestroemung.net Die Nutzung unserer Homepage sollte gut überlegt erfolgen, da jeder Zugriff staatlich registriert wird

Beilage:

I. Mörderische deutsche Kolonialpolitik in afrikanischen Ländern bis hin zum Genozid

In der Vergangenheit hat der deutsche Imperialismus mit der Berliner Afrikakonferenz 1884 die Kolonialisierung und Aufteilung Afrikas in Rivalität mit den bereits „etablierten" europäischen Kolonialmächten organisiert und vorangetrieben. „Sein" Kolonialgebiet, das er an sich gerissen hat, umfasste zwischen 1885 und 1918 immerhin die fünffache Fläche des damaligen deutschen Staatsgebiets. Dazu gehörten „Deutsch-Südwestafrika" (heutiges Namibia), „Deutsch-Ostafrika" (heutiges Tansania, Burundi und Ruanda), Kamerun und Togo, sowie kleine Gebiete von Ghana, Mosambik und Botswana, deren Bevölkerung von den weißen deutschen „Herrenmenschen" bis aufs Blut ausgebeutet und deren Rohstoffe ausgeplündert worden sind. Gegen das Joch der deutschen Kolonialherrschaft gab es in allen Kolonien ständig bewaffneten Widerstand und Aufstände. Diese wurden von deutschen Truppen mit äußerster Brutalität blutig niedergeschlagen mit mehreren hunderttausend Ermordeten in „Deutsch-Ostafrika" bis hin zum Genozid an den 10.000 Nama und 80.000 Herero 1904-1908 in „Deutsch-Südwestafrika".

Einigen Anführern der Aufständischen wurde der Kopf abgeschlagen und der Schädel zu rassistisch-anthropologischen Forschungszwecken nach Deutschland transportiert. Bis heute verweigert die Regierung des deutschen Imperialismus die geforderten Entschädigungszahlungen für die Kolonialverbrechen in Afrika, bis heute werden die mörderischen Verbrechen beschönigt ja sogar teilweise gerechtfertigt.

Genozid an den Herero und Nama ab 1904

„Deutschsüdwestafrika" (das heutige Namibia) war von 1884 bis 1917 deutsche Kolonie und wurde hauptsächlich von den Bevölkerungsgruppen der Herero und der Nama bewohnt.

Im Juni 1889 begann die militärisch abgesicherte deutsche Kolonialherrschaft. Unter dem Schutz des deutschen Militärs kamen zunehmend deutsche Siedler, zwischen 1887 und 1912 insgesamt etwa 13.000 deutsche Siedler. Auf ihren Ländereien entstanden hauptsächlich Rinderfarmen, auf denen einheimische Tagelöhner arbeiten mussten. Die Siedler duldeten keine Herero und Nama auf diesem geraubten Land.

Die deutschen Kolonialisten begannen ab 1898, in der deutschen Kolonie „Deutschsüdwestafrika" ein System der „Rassentrennung" anzuwenden. Sie errichteten an abgelegenen „Plätzen" so genannte „Eingeborenen"-Reservate, die eng umgrenzt waren und wirtschaftlich als uninteressant galten. Außerhalb dieser Reservate waren die Farmen der Kolonialisten in den landwirtschaftlich ergiebigsten und an Bodenschätzen reichen Gebieten.

Das alles machte die Lage der Herero und Nama zunehmend verzweifelt. 1904 begann der Aufstand sämtlicher Hererostämme gegen die deutschen Kolonialherren.

Gegen den gerechten antikolonialen Aufstand der Hereros ging die deutsche Kolonialarmee mit einer Grausamkeit vor, die in vielem die Gräueltaten der Nazis im Zweiten Weltkrieg teilweise vorwegnahmen. Das imperialistisch-kolonialrassistische Massenmorde gegen die Herero und Nama wurde verübt im Geiste der angeblichen Überlegenheit der deutschen „Herrenmenschen".

„Deutschland ist in Afrika beliebt, selbst die Kolonialgeschichte ist oft in positiver Erinnerung." (Konrad-Adenauer-Stiftung 2013)



Auf dem Bild: Von deutschen Kolonialherren in Ketten gelegte Menschen 1900 in „Deutsch-Südwestafrika", heutiges Namibia

Mit mörderischer Absicht trieb die mit überlegenen Waffen ausgerüstete deutsche Armee im August 1904 die Aufständischen, ja die Masse der Herero-Bevölkerung in eine wasserlose Wüste. Die meisten der 80.000 ermordeten Hereros – Kinder, Frauen und Männer wurden ermordet, indem sie von jeglichen Wasserquellen abgeschnitten wurden, so dass sie in der Wüste von Omaheke verdursten mussten. Danach wurde 1906 vom Deutschen Generalstab in einem „Generalstabsbericht" öffentlich die Vollendung des Genozids an den Herero verkündet: „Die wasserlose Omaheke sollte vollenden, was die deutschen Waffen begonnen hatten: Die Vernichtung des Hererovolkes."

Doch auch in den folgenden Jahren kämpften Abteilungen der Herero gemeinsam mit den nunmehr ebenfalls aufständischen Nama gegen die deutschen Kolonialtruppen weiter. Dank des lang andauernden Widerstands der

aufständischen Nama, der meist in Form einer meisterhaften Guerillataktik erfolgte und der zeitweilig von südafrikanischen Minenarbeitern unterstützt wurde, konnte die geplante vollständige Vernichtung der Herero verhindert werden. Trotz ständiger Verstärkungen gelang es den bis zu 20.000 deutschen Soldaten kaum, mit wenigen Hundert schlechtbewaffneter Aufständischer fertigzuwerden.

Nach Schätzungen überlebten von den 80.000 Herero nur 15.000, von den etwa 20.000 Nama nur knapp 10.000 das kolonialistische Morden der deutschen „Herren"-Menschen.

Als „Vergeltung" für den Widerstand der Herero und Nama wurde der gesamte noch verbliebene Grundbesitz der Herero und Nama geraubt. Im Jahr 1907 wurde gar eine Verordnung erlassen, nach der es für alle Zeiten Afrikanern verboten sein sollte, Land zu besitzen. Die Herero und Nama mussten nun unter sklavereiähnlichen Bedingungen auf deutschen Farmen bzw. - nachdem 1908 die ersten Diamantenvorkommen entdeckt waren - im von deutschen Kapitalisten betriebenen Bergbau schuften.

Gefangen genommene Herero wurden in Ketten gelegt, ihnen wurden die Buchstaben „GH" (Gefangene Herero) eingebrannt und sie wurden zur Zwangsarbeit getrieben. Brutale Repressalien waren die Folge, wenn ein Herero sich der Zwangsarbeit widersetzte. Passpflicht und „Arbeitsbuch" garantierten eine lückenlose Kontrolle.

Andere überlebende Gruppen wurden in Internierungslager an der kalten und feuchten Atlantikküste gesperrt, wo sie zu Tausenden im ungewohnten Klima und ohne entsprechende Kleidung starben. In der gesamten deutschen Kolonie wurden die geschlagenen Herero und später die Namas, aufgegriffen und in derartige Internierungslager verschleppt.

Auf der Haifischinsel, damals auch „Todesinsel" genannt, unmittelbar vor der Hafenstadt Angra Pequena im äußersten Süden Namibias, befand sich eines der berüchtigsten Internierungslager der deutschen Kolonialherren. Bis zu dessen Auflösung im April 1907 sind dort schätzungsweise 3.000 Menschen aus Namibia ermordet worden. Völlig abgeschnitten vom Rest der Welt, mußten die Herero und später die Nama-Gefangene in Militärzelten und improvisierte Hütten leben. Die Gräueltaten der deutschen Kolonialherren waren allgegenwärtig: Ermordungen, Misshandlungen, Folterungen, Auspeitschungen und langsames verhungern lassen – um nur die brutalsten Verbrechen der deutschen „Herren"menschen aufzuzählen.

Die Gefangenen wurden auch gezwungen, die koloniale Infrastruktur der deutschen Imperialisten auszubauen und damit deren Herrschaft zu festigen. Nach Angaben der deutschen Kolonialverwaltung wurden zwischen Januar 1906 und Juni 1907 insgesamt 2.014 Gefangene für den Bau der „Lüderitzbahn" eingesetzt. Allein 1.359 Gefangene kamen bei dieser Zwangsarbeit ums Leben, das waren 67 Prozent.

Bis heute wird dieser Genozid als solcher von keiner deutschen Regierung anerkannt. Jegliche Entschädigungsleistungen wurden lange Zeit überhaupt abgelehnt. Zuletzt wurde mit 10 Mrd. Euro wie zum Hohn ein Betrag angeboten, welcher der Gage eines Stars einer deutschen TV-Staffel entspricht. Bis heute steht in Berlin am Columbiadamm ein Denkmal für die mordenden deutschen Kolonialsoldaten, die in „Südwestafrika" den „Heldentod" starben, samt Zusatz für das Afrikakorps der Nazi-Wehrmacht im Zweiten Weltkrieg. Die „Opfer des Kolonialkrieges" sind am sogenannten „Hererostein" auf eine 2009 hinzugefügte schwarze Steinplatte im Boden reduziert, ihren Mördern zu Füßen.

Massaker und Vernichtungsfeldzüge in den deutschen Kolonien „Togo", „Kamerun" und „Deutsch-Ostafrika"

In den anderen deutschen Kolonien in Afrika errichteten die deutschen „Herren"-Menschen ein Kolonialregime, das auf brutalster Unterdrückung, Massakern und sog. „Strafexpeditionen" gegen den immer wieder auflammenden Wiederstand der vom deutschen Imperialismus kolonialisierten Bevölkerungsgruppen.

In der deutschen Kolonie „Togo" (das heutige Togo sowie der Ostteil von Ghana) wurden 1894 und 1895 blutige Unterdrückungsfeldzüge gegen die widerständigen Atakpame-, die Konkomba- und Dagomba-Bevölkerung im Norden des Landes unternommen. Laut offizieller „Gefechtsliste der Polizeitruppe wurden" von 1895 bis 1899 18 „Strafexpeditionen" durchgeführt. Die Zahl der Ermordeten ist nicht bekannt.

In der deutschen Kolonie „Kamerun" (das heutige Kamerun, ein Teil Nigerias, des Tschad, der Zentralafrikanische Republik, der Republik Kongo sowie von Gabun) gab es seit der offizielle „Besitznahme" von 1884 bis 1914 ständig Aufstande gegen das Joch der deutschen Kolonialherrschaft. Von 1891 bis 1909 wurden rund 100 Militäraktionen durchgeführt, zumeist riesige Massaker. Nach der Schlacht gegen Aufständische Fulbe am 20. Januar 1902 ließ der Oberleutnant Hans Dominik alle verletzten Fulbe-Kämpfer mit dem Bajonett niedermachen. Der Angriff auf die Bangwa, Bandeng und Bafut im Dezember 1901 endete damit, dass nach offiziellen Angaben über 1000 Menschen ermordet wurden.

„Deutsch-Ostafrika" war von 1885 bis 1918 deutsche Kolonie. Diese Kolonie umfasste die heutigen Länder Tansania (ohne Sansibar), Burundi und Ruanda sowie einen kleinen Teil Mosambiks. Es war die größte Kolonie des deutschen Imperialismus.

Nach offiziellen Angaben wurden in der deutschen Kolonie „Deutsch-Ostafrika" von 1889 bis 1905 76 „Strafexpeditionen" durchgeführt

Berichte über das brutale Regime des deutschen Imperialismus in diesem Land gibt es vor allem im Zusammenhang mit den drei großen Aufständen gegen die deutschen Kolonialherren.

1888/89 schlugen die deutschen Besatzer und ihre angeheuerten Söldner einen Aufstand verschiedener Bevölkerungsgruppen brutal nieder. Geführt wurde dieser Krieg zynischer Weise unter der Tarnung des „Kampfes gegen die Sklaverei“. Städte und Dörfer wurden bombardiert und niedergebrannt, willkürliche Hinrichtungen vorgenommen. Daneben setzte der deutsche Imperialismus nicht ohne Erfolg auf Bestechungen und auf das gegeneinander ausspielen der Völker, auf das „Teile und Herrsche“. All diese Faktoren ließen die Aufstandsfront zusammenbrechen und ermöglichten danach dem deutschen Imperialismus, ins Landesinnere vorzudringen. Wie viele Aufständische ermordet wurde ist nicht bekannt.

Bereits 1891 kam es zu bewaffnetem Widerstand der Wahehe gegen das Vordringen des deutschen Imperialismus. Wo die deutsche Soldateska bei ihren „Strafexpeditionen“ durchzog, wurde schonungslos alles niedergeschossen und niedergebrannt. Mehrere hundert Gehöfte wurden zerstört. Nach Schätzungen eines deutschen Pfaffen betrug die Zahl der erschossenen, erhängten und auf Grund der zerstörten Ernte verhungerten Wahehe mehrere Tausend. Die Wahehe bekämpften die deutschen Kolonialtruppen sieben Jahre lang.

1905 kam es zum so genannten Maji-Maji-Aufstand, der von mehreren Bevölkerungsgruppen, die sich zusammengeschlossen hatten, geführt wurde. Auch dieser Aufstand wurde blutig niedergeschlagen. Die deutschen Kolonialtruppen verbrannten ganze Dörfer und viele Felder, raubten das Vieh, vergifteten Brunnen, führten Massenhinrichtungen durch und verschleppten viele zur Zwangsarbeit.

Die Aufständischen kämpften heroisch noch bis Ende 1907 weiter, erlitten aber schließlich eine Niederlage. Aufgrund der verbrecherischen Kriegsführung der deutschen Kolonialisten wurden bis zu 300.000 Menschen der afrikanischen Bevölkerung ermordet.

In der Tat, dort, wo der deutsche Imperialismus seine Kolonialmacht errichten konnte,[1] bewies er bereits, dass er seine kolonialen Ansprüche mit äußerster Brutalität bis hin zum Genozid durchsetzt.

Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht bekämpfen die deutschen Kolonialverbrechen in Afrika

Das revolutionäre Wirken Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts war davon gekennzeichnet, den Kampf der vom deutschen Imperialismus ausgebeuteten und unterdrückten Bevölkerung anderer Länder zu unterstützen und den deutschen Nationalismus anzuprangern. In einer Front mit Lenin brandmarkten sie 1907 auf dem Stuttgarter Kongress der II. Internationale die rechten Sozialdemokraten unter Führung Bernsteins, die für die Anerkennung einer „zivilisatorisch wirkenden sozialistischen Kolonialpolitik“ eintraten, als Verteidiger der imperialistischen Ausbeutung der Bevölkerung der Kolonien.[2]

* Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht bekämpften auch konkret die eigene Bourgeoisie und ihre kriegstreiberische Politik der Kolonisierung. Als die deutschen Imperialisten im Juli 1911 ein Kanonenboot nach Marokko schickten, riefen sie die Werktätigen in Deutschland zu einem Proteststurm gegen die Verbrechen des imperialistischen Krieges und der Kolonialpolitik auf. Zugleich entlarvten sie den deutschen Nationalismus der Führer der deutschen Sozialdemokratie, die aus Rücksicht auf die anstehenden Wahlen eine internationale sozialistische Kundgebung ablehnten und erst auf Druck der Mitgliederbasis ein Flugblatt herausgaben, das allerdings lediglich auf die Nachteile der imperialistischen Politik für die Arbeiterinnen und Arbeiter in Deutschland einging, aber mit keinem Wort auf die Auswirkungen für die Bevölkerung in den Kolonien.[3]

* Rosa Luxemburg rief mehrmals die in Vergessenheit geratene grausame Kolonialpolitik des deutschen Imperialismus in Afrika in Erinnerung, besonders seinen mörderischen Unterdrückungsfeldzug bis hin zum Genozid von 1904 bis 1907 in der deutschen Kolonie „Südwestafrika“:

> „Wo blieb... der Entrüstungssturm im Reichstag, als deutsche Militärs wehrlose Hereroweiber und Kinder in die Wüste trieben, um sie dort in Wahnsinn verröcheln zu lassen?” (Rosa Luxemburg, „Die Bilanz von Zabern“, Gesammelte Werke, Band 3, S. 370)

Sie erklärte sich solidarisch mit dem Freiheitskrieg der Hereros und Nama (letztere unter dem Schimpfwort „Hottentotten” bekannt) gegen die Kolonialherrschaft der deutschen Imperialisten.[4]

* Rosa Luxemburg prangerte auch das Schweigen der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion zur Hinrichtung eines Anführers der einheimischen Bevölkerung in Kamerun an, die im August 1914 nach der blutigen Niederschlagung eines Aufstands gegen die deutsche Kolonialherrschaft als Vergeltungsmaßnahme durchgeführt wurde.[5]

II. Kampf gegen den Kolonialrassismus und die Ideologie des „weißen Herrenmenschen“

Auch in Deutschland entwickelte sich ein kolonialistisch begründeter Rassismus – in Verbindung mit dem allgemeinen kolonialistisch-europäischen Rassismus. Es ging konkret um die Rechtfertigung der kolonialistischen Verbrechen gegen China einerseits (1900) und in den vom deutschen Imperialismus kolonialisierten Gebieten in Afrika andererseits. Es entstand die Parole von der „gelben Gefahr“ und das tausendfach propagierte Bild von der Gefahr des „schwarzen Manns“.

Die Ideologie des „weißen Herrenmenschen“ ist der eigentliche Kontrast zu allen anderen Menschen auf der Welt. Hinzukommt eine pseudowissenschaftliche biologistische Rassentheorie als Rechtfertigung einer Hierarchie angeblicher menschlicher Rassen mit der sogenannten „weißen Rasse“ an der Spitze. Dass die Hautfarbe, die Schädelform und ähnliche körperliche Merkmale irgendeine Rolle spielen, ist von einer Absurdität, die die Rassisten durch ein Geflecht von Verdächtigungen, Vermutungen und Behauptungen plausibel zu machen versuchen. Entscheidend aber ist, dass es sich um ein vom Kindergarten an andressiertes Bild vom „weißen Herrenmenschen“ handelt, das in Kinderbüchern, in Comics und in der Literatur millionenfache Verbreitung gefunden hat und so fest verankert wurde. In der Werbung, in „Witzen“ und mit Alltagssprüchen werden tagtäglich Menschen mit „nichtweißer“ Hautfarbe beleidigt und gedemütigt.

Die „nichtweiße“ Hautfarbe bietet dabei ein besonderes deutlich sichtbares äußeres Merkmal für brutalisierte, an den eigenen Ausbeutern und Unterdrückern klebende rassistisch verhetzte Massen.

Anders formuliert: Wäre da nicht der geschichtliche Hintergrund des europäisch-chauvinistischen Kolonialismus und seiner spezifisch deutschen Ausformung, wäre da nicht die aktuell sichtbare, jederzeitige Abrufbarkeit tiefsitzender rassistischer Stereotype, man könnte den „weißen“ Rassismus eigentlich als den allerprimitivsten Aberglauben abtun und ignorieren.

Eine Welle des „weißen Herrenmenschen“-Rassismus ging einher mit einem brutalen Ausbeutungs- und Unterdrückungsregimes Anfang des 20. Jahrhunderts in Teilen von Afrika. Es wurde ein Regime errichtet und öffentlich legitimiert, in dem die afrikanischen Einwohner als Untermenschen dargestellt, die Prügelstrafe systematisch eingesetzt und brutalste Ausbeutungsmethoden der Sklaverei angewandt wurden. Dies setzte sich fort in Strafexpeditionen bis hin zum Genozids an den Herero und Nama in der ehemaligen Kolonie „Deutsch-Südwestafrika“ (das heutige Namibia) sowie in der Ermordung von weit über Hunderttausend Menschen bei der Niederschlagung von Aufständen in der ehemaligen Kolonie „Deutsch-Ostafrika“ (das heutige Gebiet mit den Staaten Tansania, Burundi und Ruanda sowie einem kleinen Teil von Mosambik).

Parallel dazu wurde eine Propaganda der kolonialen Eroberung betrieben, wodurch der angebliche Anspruch Deutschlands auf einen „Platz an der Sonne“ proklamiert wurde, niedergeschrieben in zahllosen „Safari“-und Kolonialromanen, in der Literatur von Wilhelm Busch bis Karl May, pseudowissenschaftlich begründet in Traktaten der „Rassentheoretiker“. Die deutsche „Herrenmenschen“-Ideologie präsentierte Menschen mit „nichtweißer“ Hautfarbe als minderwertig, primitiv, bestenfalls zivilisationsbedürftig. So wurden Menschen aus Afrika sogar in Tierparks zur Schaugestellt – so zum Beispiel im Zoo Hagenbeck in Hamburg.

Während des Ersten Weltkriegs kämpften rund 170.000 aus den französischen Kolonien stammende Soldaten auf Seiten Frankreichs sowie rund 50.000 Afroamerikaner in der US-Armee gegen Deutschland. Die deutschen Imperialisten mobilisierten im Kampf gegen das „verniggerte Frankreich“ als Kolonialmacht die deutsche „Herrenmenschen“-Ideologie und erklärten es quasi zum „Tabubruch“, dass der sozusagen „häusliche Streit unter Weißen“ mit Hilfe von Soldaten mit „nichtweißer“ Hautfarbe ausgetragen wird, da dies so ja nur sehen und begreifen würden, wie zerstritten und verwundbar ihre „weißen Herren“ seien.

Quellen

[1] Weitere Kolonialgebiete umfassten mehrere Inselgruppen im Pazifik, wie das sogenannte „Bismarck- Archipel“, die Karolinen, die Marianen, die Marshall-Inseln sowie Teile von Samoa und der nordöstliche Teil von Neuguinea („Kaiser- Wilhelm-Land“ genannt). [2] Vgl. Karl Liebknecht, Gesammelte Reden und Schriften, Band II, Berlin 1960, S. 71/72 und S. 489 [3] Siehe dazu die Artikel von Rosa Luxemburg über die Marokko-Krise von Juli bis November 1911, Gesammelte Werke, Band 3, Berlin 1978, S. 5 bis S. 69; siehe auch die Rede von Karl Liebknecht auf dem Parteitag der SPD „Gegen die Marokkopolitik der deutschen Imperialisten“, September 1911, Gesammelte Reden und Schriften, Band IV, Berlin 1961, S. 456 ff. [4] Siehe Rosa Luxemburg, Gesammelte Werke, Band 3, Berlin 1978, S. 70 und 412, sowie Band 4, Berlin 1979, S. 161 [5] Siehe Rosa Luxemburg, „Die Krise der Sozialdemokratie“, 1916, Gesammelte Werke, Band 4, Berlin 1979, S, 112

Proletarierinnen/Proletarier aller Länder, vereinigt euch!

GEGEN DIE STRÖMUNG

Organ für den Aufbau der Revolutionären Kommunistischen Partei Deutschlands

9/2020 September 2020

Solidarität mit den Protesten gegen Reaktion und Polizeigewalt in Israel!

Seit Anfang Juli demonstrieren in Israel in vielen Städten täglich insgesamt mehrere tausend Menschen. Das Zentrum der Proteste ist Jerusalem. Dort protestieren jedes Wochenende ca. 10.000, überwiegend sehr junge Menschen gegen Reaktion und die brutale Polizeigewalt gegen die Demonstrierenden. Die Proteste sind spontan entstanden und es nehmen an ihnen Menschen aus allen Gesellschaftsschichten Israels teil, darunter auch viele äthiopische Jüdinnen und Juden, Araberinnen und Araber.

Forderungen der Demonstrierenden

Die Proteste richten sich gegen die Einschränkung und Außerkraftsetzung demokratischer Rechte durch die reaktionäre israelische Regierung unter dem Vorwand von Corona. Unter der reaktionären Regierung unter Netanjahu wurde ein sogenanntes Corona-Gesetz erlassen. Dieses Gesetz räumt der Regierung weitgehende Befugnisse ein und erlaubt z.B. für 28 Tage den Ausnahmezustand auszurufen und zwar ohne Zustimmung des Parlaments. Das Gesetz war erst vorläufig am 7. Juli in Kraft getreten und endgültig am 10. August 2020. Es ist nun bis zum 30.6.2021 gültig.

Die reaktionäre israelische Regierung beschloß erneut eine landesweite Ausgangssperre, die am 18.9.2020 in Kraft treten soll. Alle Einwohnerinnen und Einwohner dürfen sich nur noch in einem Radius von 500 Meter rund um ihren Wohnort frei bewegen, dürfen aber weiterhin z.B. zur Arbeit fahren. Versammlungen in Innenräumen werden auf zehn Personen beschränkt. Draußen dürfen sich maximal zwanzig Personen versammeln. Diese Ausgangssperre dient auch dazu, die aktuellen Proteste zu zerschlagen.

Die Regierung hat neben der Verhängung des Ausnahmezustands weitgehende Maßnahmen zur „Coronabekämpfung“ erlassen. Das Parlament hatte nur die Möglichkeit, sie nachträglich aufzuheben. Unter dem Druck der täglich stattfindenden Demonstrationen wurde dieser Passus im Gesetz nun abgemildert. Außerdem haben die massenhaften Proteste erreicht, dass ein Demonstrationsverbot in dem Gesetz nicht durchgesetzt werden konnte. Bereits zu Beginn der Krise begann der Geheimdienst in Israel Bewegungsdaten wie Mobiltelefon-Verbindungen und Kreditkarten zu überwachen.

Die Proteste richten sich außerdem gegen die zunehmende Verarmung weiter Teile der Bevölkerung in Israel. Viele haben ihre Arbeit verloren. Viele haben inzwischen nicht mehr genug finanzielle Mittel, sich ausreichend Lebensmittel zu kaufen. Seit März/April 2020 sind eine Millionen Menschen erwerbslos geworden. Erwerbslosengeld gibt es nur für die Dauer von sechs Monaten. Die Erwerbslosigkeit ist extrem angestiegen und liegt aktuell bei 21 Prozent.

Die Proteste richten sich inzwischen außerdem gegen die brutale Polizeigewalt, die gegen die Demonstrierenden eingesetzt wird, und teilweise auch gegen die Besatzungspolitik in palästinensischen Gebieten. Es kommt tagtäglich zu brutalen Übergriffen der Polizei auf die Demonstrierenden.

Ein weiterer Punkt sind Rücktrittsforderungen gegenüber Netanjahu. Gegen ihn laufen drei Strafverfahren wegen Korruption.

Mehrere Tausend demonstrieren Woche für Woche auch militant! Polizei und reaktionäre Schlägerbanden gehen mit brutaler Gewalt gegen die Protestierenden vor!

Immer wieder besetzen die Demonstrierenden Brücken und Straßenkreuzungen und errichten Blockaden. Müll-



Protestversammlung gegen reaktionäre Entwicklung in Israel, Juli 2020

tonnen brennen, Scheiben von Banken gehen zu Bruch und der öffentliche Nahverkehr wird lahmgelegt. Es wurde spontan die sogenannte „Black Flag Bewegung“ gegründet, die sich in erster Linie gegen die Aushöhlung der demokratischen Rechte und die Korruption in der Regierung richtet. Wegen einer Corona-Ausgangssperre war das Demonstrieren und Rufen von Parolen zeitweise verboten worden. Die Demonstrierenden haben deshalb einen Autokonvoi gebildet, schwarze Fahnen hoch gehalten und ein Hubkonzert veranstaltet. Das war der Beginn der „Black-Flag-Bewegung“.

Trotz des Terrors durch Polizei und reaktionäre Schlägertrupps protestieren Wochenende für Wochenende ca. 10.000 vor dem Wohnsitz Netanjahus in Jerusalem.

So zogen z.B. am 18.07.2020 Demonstrierende vom Wohnsitz Netanjahus ins Zentrum Jerusalems. Aufgehetzte reaktionäre Netanjahu-Anhänger hatten schon bei den Demonstrationen in der vorherigen Woche fünf Demonstrierende verletzt. Die Polizei griff die Demonstration brutal mit Wasserwerfern an und ließ Antiaufstandseinheiten gegen die Protestierenden aufmarschieren. Die Demonstrierenden weigerten sich, das Stadtzentrum zu räumen und riefen Parolen. Die Auseinandersetzungen zwischen der Polizei und den Demonstrierenden dauerte bis weit nach Mitternacht an.

In Tel Aviv war die Demonstration verboten worden. Nur eine Kundgebung in einem Park war erlaubt. Dennoch zogen die Demonstrierenden in die Innenstadt.

Am 21.8.2020 protestierten mehr als 10.000 Menschen auf dem Rabinplatz in Tel Aviv gegen die Finanzpolitik der Regierung. SozialarbeiterInnen streiken bereits seit zwei Wochen für eine bessere Bezahlung. Krankenpflegerinnen und –pfleger drohen, sich dem Streik anzuschließen.

Aus Protest gegen das sogenannte Corona-Gesetz ketten sich Demonstrierende vor dem Parlament an.

Die Polizei setzt regelmäßig Tränengas und Wasserwerfer gegen Demonstrierende ein und nimmt Verhaftungen vor. Bei den Verhaftungen wendet die Polizei einen Würgegriff an.

Ende Juli schlossen sich Frauen zusammen und bildeten nach dem Vorbild der „Black-Lives-Matter“-Proteste in den USA einen „Wall of Moms“. Sie stellen sich als Puffer zwischen die überwiegend jungen Demonstrierenden und die Wasserwerfer der Polizei vor dem Wohnhaus von Netanjahu in Jerusalem. Sie mischen sich bei Verhaftungen von Demonstrierenden ein. Ihre WhatsApp-Gruppe hatte in kürzester Zeit 1.000 Mitglieder. In Israel gibt es bereits eine Tradition für sogenannte „Mütterproteste“. In der Antikriegsprotestbewegung gründeten vier Frauen 1997 eine Bewegung mit dem Ziel, dass Israel sich aus dem südlichen Libanon zurückzieht. Sie unterstützten in erster Linie junge Soldaten und Soldatinnen der israelischen Armee, die gegen Maßnahmen der Armee und der Regierung protestierten. Es gibt außerdem die Bewegung „Mothers on Guard“, gegründet von einer äthiopischen Aktivistin, die sich gegen rassistische Übergriffe der israelischen Polizei gegen Menschen mit „nicht-weißer“ Hautfarbe richtet.

Neben der Polizeigewalt sind die Protestierenden der brutalen Gewalt von reaktionären Schlägerbanden ausgesetzt, die als verlängerter Arm der Polizei fungieren. Eine Demonstrantin bezeichnete die Banden als Söldner der Polizei. Sie verfolgen die Protestierenden nach Ende der Demonstrationen und greifen sie mit Baseballschlägern, abgebrochenen Glasflaschen und Tränengas an. Teilweise tarnen sich die Schläger als Protestierende mit schwarzen Flaggen und setzen diese dann als Waffen gegen die fortschrittlichen Kräfte ein. Die Polizei weigerte sich einzugreifen, und den Schlägern gelang es, mehrere Male unerkannt zu entkommen. Diese reaktionären Schlägertrupps verfolgen die Demonstrierenden üblicherweise in den Abendstunden und in der Nacht. Sie machen Jagd auf Menschen, die in ihren Augen wie Linke aussehen. Einen 50 jährigen Mann schlugen sie nieder, weil sie dachten, er hätte eine Palästinenserfahne bei sich. Einen anderen Demonstrierenden haben sie mit einem Messer niedergestochen. Hieran ist maßgeblich die Gruppe „La Familia“ des Jerusalemer Fussballclubs Beitar Jerusalem beteiligt. Diese Gruppe ist bekannt für rassistische Anschläge und Waffenbesitz. Einige ihrer Anhänger hatten bereits Anklagen wegen verübter Morde. Es gab mindestens eine Verurteilung. Nach der Verurteilung eines Mitglieds wegen der Ermordung eines bereits entwaffneten palästinensischen Attentäters bedrohte die Gruppe den zuständigen Richter. In der Stadt Rehovot fuhren Reaktionäre mit einem Auto in die Demonstration, warfen Flaschen und bedrohten Demonstrierende.

In den sozialen Medien rufen Netanjahu-Anhänger, darunter auch der Sohn von Netanjahu auf, Jagd auf die Protestierenden zu machen. Dies wird von der Weisung des Ministers für öffentliche Sicherheit flankiert, der die Polizei auffordert, die Demonstrationen zu unterbinden und aggressiv gegen die Demonstrierenden vorzugehen.

Solidarität mit den gerechten Kämpfen in Israel!

Die massenhaften Proteste in Israel finden kaum Beachtung in der sich als links verstehenden Presse in Deutschland.

Proletarischer Internationalismus bedeutet, die gerechten Kämpfe der fortschrittlichen Kräfte in Israel zu unterstützen!

(Alle Informationen aus Haaretz.com und labournet.de)

Stand: 15.9.2020

GDS-Flugblatt vom Mai 2018:

Über die Notwendigkeit des Kampfs gegen Judenfeindschaft unter dem Deckmantel einer sogenannten „Israelkritik“

Es ist überdeutlich, dass jegliche Verteidigung von Kräften wie der Hamas nichts, aber auch gar nichts mit demokratischer, revolutionärer oder gar kommunistischer Politik zu tun hat. Es geht um eine Geschichte, die schon mit dem Vernichtungskrieg reaktionärer arabischer Staaten 1948 gegen den nach der Shoah gegründeten Staat Israel anfing.

Das Flugblatt kann bestellt werden bei:
Literaturvertrieb Georgi Dimitroff
Postfach 102051, D-63020 Offenbach a.M., info@litvertriebdimitroff.de

Drucker, Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: W. Schulze, Osnabrücker Str. 26, 10589 Berlin ISSN 0948/5090
https://gegendiestroemung.net *Die Nutzung unserer Homepage sollte gut überlegt erfolgen, da jeder Zugriff staatlich registriert wird*

Proletarierinnen/Proletarier aller Länder, vereinigt euch!

GEGEN DIE STRÖMUNG

Organ für den Aufbau der Revolutionären Kommunistischen Partei Deutschlands

10-11/2020 Oktober / November 2020

Grundpositionen zur aktuellen Lage:

Verschärfung polizeistaatlicher Maßnahmen unter dem Vorwand von Corona und die Notwendigkeit der verstärkten Solidarität

In den letzten Wochen wurde immer deutlicher, dass die geschaffene Ausnahmesituation sowohl zu einer Verstärkung polizeistaatlicher Maßnahmen als auch zum Vormarsch der Nazibewegung diente. Gleichzeitig soll die Gleichsetzung von links mit rechts Solidarität und Aktionen der Linken verhindern. Dagegen ging die Demonstration am 5. Dezember 2020 in Hamburg mit über 3000 Demonstrierenden aus Solidarität mit den von der Justiz verfolgten Aktivistinnen und Aktivisten der Kämpfe gegen den G20-Gipfel in Hamburg 2017 genau in die richtige Richtung.

Ausgangssperren

Beginnen wir mit der deutlichen Vorbereitung auf polizeiliche Ausgangssperren und deren Durchführung in einzelnen Städten.

In allen reaktionären Staaten der Welt wird in einer Atmosphäre des Ausnahmezustands getestet und abgeklärt, was als Repressionsmittel gegen die Masse der Bevölkerung an Verschärfung in Gesetzen und in der Praxis durchgesetzt werden kann.

In den Innenministerien und den Zentralen der Aufstandsbekämpfung ist eines klar: Bei zunehmenden Massenbewegungen, Protesten und militanten Aktionen, die nicht nur zehntausende, sondern hunderttausende Menschen umfassen, ist die Verhängung einer Ausgangssperre ein wichtiges Mittel unterhalb der Ebene von Massenerschießungen und Militäreinsätzen.

Die Geschichte der Konterrevolution in allen Ländern ist voll von Anwendungen dieser Repressionsmaßnahme.

Nun wurde in Deutschland im November 2020 das harmlos klingende sogenannte dritte Bevölkerungsschutzgesetz verabschiedet. In diesem Gesetz geht es nicht um die sofortige Bestrafung all jener, die im Gesundheitssystem seit Jahren und Jahrzehnten ungenügende medizinische Vorbereitungen sowie den Abbau von medizinischen Vorräten und den Abbau des Ärzte- und Pflegepersonal betrieben haben.

Es geht hier nicht um eine Detailkritik aller Aspekte dieses Gesetzes. Fest steht, dass die massive Verletzung von Datenschutz mit diesem Gesetz obligatorisch wird und dass ein antidemokratisches Versammlungsverbot maximal erleichtert wird. In antihumanitärer Weise werden die Kontakte zu Alten und Kranken nicht durch Schutzmaßnahmen ermöglicht und erleichtert, sondern Besuchsverbote und Einschränkungen von Besuchen werden damit leichter möglich. Möglicherweise doch der entscheidende Punkt ist aber, dass in Null-Komma-Nichts mit einer völlig willkürlichen Festlegung (Überschreitung von 50 positiv Getesteten pro 100.000 Einwohner in sieben Tagen) der Ausnahmezustand verhängt werden, eine Ausgangssperre legal durchgesetzt werden kann.

So wurden z.B. in Mannheim, Ludwigshafen und Heilbronn schon nächtliche Ausgangssperren (21 Uhr bis 5 Uhr morgens) verhängt. Weitere Ausgangssperren werden bundesweit konkret geplant und öffentlich angedroht.

Selbst nach bürgerlich-demokratischen Maßstäben ist die Willkür dieser Festlegung eigentlich völlig durchsichtig. Nur all diejenigen, die blindes Vertrauen in die staatlichen Institutionen der BRD haben, können glauben, dass dieses Gesetz angeblich wirklich und allein oder vor allem der Bekämpfung der Epidemie dient.

Die Ereignisse in Frankreich sind lehrreich. Ebenfalls unter dem Vorwand von Corona wird dort der berechtigte Massenprotest von Hunderttausenden gegen ein neues Gesetz, das die Berichterstattung über Verbrechen der Polizei verhindern soll, niedergeknüppelt.

Die schleichende Gewöhnung an den Einsatz der Bundeswehr

Voll uniformierte Bundeswehrsoldaten werden immer ungenierter unter dem Vorwand von Corona und „Amtshilfe“ Gesundheitsämtern zugeteilt, um Spuren zu suchen, Kontaktspuren: Personen, die mit positiv Getesteten in Kontakt waren, deren Daten erfasst wurden, und die dann persönlich überprüft werden. Laut offiziellen Zahlen sind bereits über 15.000 Soldaten der Bundeswehr in ganz Deutschland im „Corona-Einsatz“.

All das nennt man Salami-Taktik. Scheibchen für Scheibchen soll die Bevölkerung daran gewöhnt werden und wird auch daran gewöhnt, Bundeswehrsoldaten als „Freunde und Helfer“ anzusehen. In Wirklichkeit geht es darum, dass Bundeswehrsoldaten auch bei politischen Protesten (wie bei G7 in Rostock 2007 durch Flugmanöver der Bundeswehr) zunächst logistische Hilfe leisten und dann direkt zur Unterstützung der Polizei gegen linke Demonstrierende eingesetzt werden.

Das Märchen von der Bundeswehr als „Verteidigungsarmee“ ist bei den Auslandseinsätzen der Bundeswehr längst widerlegt.

Dass die Bundeswehr im Inneren zur Repression nicht eingesetzt werden darf, war schon immer ein lügnerisches Versprechen. Aktuell soll getarnt mit karitativem Mäntelchen dieser Einsatz Stück für Stück weiter vorbereitet werden.

Der Vormarsch der Nazis in den reaktionären Massenbewegungen

Es ist leider unstrittig, dass eine mit reaktionären Grundeinstellungen und von Nazis infiltrierte und geführte Massenbewegung auf den Straßen entstanden ist, eine der größten reaktionären Massenbewegungen nach 1945.

Nur dumm ist der Einwand, es handele sich doch um „besorgte Bürger“. Bewusst wird dabei übergangen, dass ein sogenannter „besorgter Bürger“ nicht mit Nazis gemeinsam demonstriert. Der Trick der Nazi-Propaganda ist uralt. Ausgerechnet die Nazis spielen sich als Verteidiger demokratischer Grundrechte auf und bezeichnen sich als Sophie Scholl. Das ist ein lügnerischer Vorwand. Zusätzlich wird sowohl durch den Jargon als auch durch die Einbeziehung einzelner ehemaliger Linker mit einer Imitation linker Protestbewegung gearbeitet.

Solidarität mit den von Repression betroffenen Genoss*innen (G-20 Gipfel)

Das stiftet zusätzlich Verwirrung. Es wäre schön, wenn auch aktuell nicht realistisch, wenn einmal eine Million „besorgter Bürger“ diesem Nazi-Pack eine gehörige Lehre erteilt, so dass ihnen Hören und Sehen vergeht, und gleichzeitig die polizeistaatliche Politik in Deutschland bekämpft. Das muss unser Ziel sein.

Die Gleichsetzung von Links und Rechts

Es verschärft sich, was von der Weimarer Republik bis in die BRD bis heute schon immer Staatsdoktrin war: die eherne Mitte kämpft angeblich genauso gegen links wie gegen rechts, „gegen Links- und Rechtsextremismus“, sowohl gegen Kommunistinnen und Kommunisten als auch gegen Nazis. Angeblich soll es dasselbe sein, ob jemand sich für Flüchtlinge einsetzt oder gegen sie, für den Kapitalismus oder gegen den Kapitalismus, für internationale Solidarität oder für deutschen Nationalismus. Das ist nicht nur Staatsideologie. In der Praxis heißt es dann auf zur Hatz gegen Antifa und Co! Ein bisschen Wasserwerfer gegen rechts, „Wasserwerfer marsch!“, Knüppel- und CS-Gas Einsatz in Leipzig-Connewitz gegen links. Ein paar Hausdurchsuchungen gegen rechts, Attacken gegen mehrere linke Zentren gegen links. Alles unter dem Vorwand, links sei dasselbe wie rechts.

Solidarität mit den von Repression betroffenen Genossinnen und Genossen, die 2017 gegen den G-20-Gipfel kämpften

In einem gemeinsamen Demonstrationsaufruf verschiedener Hamburger Gruppen unter dem Titel „Gemeinschaftlicher Widerstand – Demonstration in Hamburg / Bundesweite Demo am 5. Dezember für Solidarität mit den Betroffenen der G 20 Repression“ heißt es:

„Der G20 Gipfel in Hamburg liegt über drei Jahre zurück. Die Versprechen der Mächtigen von damals sind längst schon vergessen. Nicht vergessen ist der Widerstand gegen das Treffen der weltweiten kapitalistischen Eliten. Zehntausende waren auf den Straßen, um Protest gegen ihr System globaler Ausbeutung und Unterdrückung und auch gegen die Belagerung der Stadt durch brutale und hochgerüstete Polizeikräfte durchzusetzen. Und es ist noch nicht vorbei:

Noch immer verfolgt der Staat diejenigen, die im Sommer 2017 gegen den Gipfel auf die Straße gegangen sind.“

Tatsächlich startete sofort nach den Protesten gegen den G20 im Juli 2017 die seit vielen Jahren größte Verfolgungswelle gegen linken Protest und Widerstand. Es gab Dutzende von Durchsuchungen von Wohnungen und linken Zentren, auch in Italien, Spanien, Frankreich und der Schweiz. 3.500 Ermittlungsverfahren wurden eingeleitet. In über 2.400 Fällen wurden Verfahren eröffnet, wobei es in der Mehrzahl der Fälle nicht gelang, einen Verdächtigen zu identifizieren. Gleich mehrmals wurde von Staatsanwaltschaft und Polizei öffentlich zu Denunziationen aufgerufen.

451 Menschen wurden seit Juli 2017 in über 200 Prozessen angeklagt. Keine einzige Anklage gab es gegen Polizisten, die – viele Male klar dokumentiert – brutal Demonstrierende zusammenprügelten, ihnen die Knochen brachen und andere schwere Verletzungen beifügten mit oft bleibenden Gesundheitsschäden.

Mehrere Verdächtigte mussten monatelang, einer sogar 16 Monate, in Untersuchungshaft sitzen. Die verhängten Urteile zeigen, dass es vor allem darum geht, den militanten Widerstand und Protest gegen den G20-Gipfel mit aller Härte zu bestrafen. So wurde schon Ende August 2017 ein Aktivist aus den Niederlanden zu zwei Jahren und sieben Monaten Gefängnis verurteilt, weil er angeblich zwei leere Bierflaschen auf Polizisten geworfen hatte, die unverletzt blieben, und da er bei seiner Verhaftung eine „Embryonalhaltung“ eingenommen habe, die als Widerstand gegen seine Festnahme hingestellt wurde. Am 10.7.2020 wurde ein aus Frankreich stammender Angeklagter zu einer Haftstrafe von 3 Jahren ohne Bewährung verurteilt. Neben Gefängnisstrafen ohne Bewährung gab es eine Vielzahl von Verurteilungen von bis zu ein Jahr und fünf Monaten Gefängnis auf Bewährung. Gegen 169 Angeklagte sind die Strafverfahren noch nicht abgeschlossen. Weitere Prozesse werden vorbereitet. Die Verurteilungen in den Prozessen erfolgen immer deutlicher auf der Grundlinie: Der Nachweis konkreter Straftaten ist gar nicht nötig, es genügt „dabei gewesen“ zu sein. (Die vollständige Aufdeckung und Dokumentation des ganzen Umfangs dieser staatlichen Verfolgungsmaßnahmen ist unserer Meinung nach eine wichtige Aufgabe.)

Weiter heißt es in dem Aufruf:

„Die Staatsanwaltschaft Hamburg und eine eigens eingerichtete Sonderkommission arbeiten unter Hochdruck daran, Schuldige dafür zu präsentieren, dass der Widerstand in Hamburg trotz ausufernder Polizeigewalt nicht vollständig unter Kontrolle gebracht werden konnte. Das Rondenbarg-Verfahren mit insgesamt über 80 Angeklagten aus dem gesamten Bundesgebiet ist nicht nur wegen seiner Größe ein einmaliger Angriff auf die linke Bewegung. Ohne dass Einzelnen konkrete Straftaten nachgewiesen werden konnten, geht der Staat mit voller Härte gegen alle vor, die sich im Umfeld der Demonstration aufhielten. Das hieß für einen Teil der Betroffenen monatelange Untersuchungshaft, Hausdurchsuchungen, polizeilichen Druck gegen die Arbeitsstelle. Im anstehenden Prozess stehen fünf Minderjährige aus dem Kreis der Angeklagten vor Gericht. Das Verfahren kann daher ganz im Sinne der Staatsanwaltschaft unter Ausschluss der Öffentlichkeit stattfinden. Im stillen Kämmerlein soll hier ein Präzedenzfall geschaffen werden, der darauf abzielt, ein kollektives selbstbestimmtes Auftreten in der Öffentlichkeit zur Straftat zu machen!“

Aus unserer Sicht völlig richtig und unterstützenswert sind auch die weiterführenden Positionen des Aufrufs:

„Es ist die Politik der G20 selbst. Die tiefe kapitalistische Krise, die sich vor uns aufbaut, ist nicht das Produkt eines Virus. Sie ist Auswuchs dieser Wirtschaftsordnung, in der die Politik ganz auf Seiten der Banken und Konzerne steht, die gerade jetzt verstärkt um die Verteidigung ihres Besitzes, um Einflusssphären und günstige Ausbeutungsbedingungen von Mensch und Natur konkurrieren. Die G20-Staaten und ihre Konzerne kontrollieren dabei fast 90 Prozent der globalen Wirtschaftsleistung. Schon auf ihrem Gipfeltreffen vor drei Jahren haben die G20-Vertretungen bewiesen, dass sie sich ihrer Aufgaben voll und ganz bewusst sind: Vereinbart wurde unter anderem, dass ausgewählte afrikanische Staaten unter der Voraussetzung, dass sie ihre Wirtschaft weiter privatisieren, deregulieren und für ausländisches Kapital öffnen, mit Krediten unterstützt werden ...

Der Widerstand gegen die G20, gegen die offen zur Schau gestellte Macht dieses untragbaren Gesellschaftssystems, ist Angelegenheit von uns allen: Allen, die sich für eine gesellschaftliche Zukunft einsetzen, die von unten entwickelt wird, von denjenigen, die heute nicht am Drücker der Macht, in den Chefsesseln und Privatjets sitzen. Allen, die sich dafür einsetzen, dass die natürlichen und gesellschaftlichen Reichtümer nicht weiter für den Profit der Wenigen, sondern für das Wohl der Vielen eingesetzt werden ...

Es ist höchste Zeit für ein gemeinsames Signal! Lasst uns Solidarität zeigen und deutlich machen, dass die Straßen der Städte nicht den Staatschefs und ihrer Polizei gehören!“

Aus kommunistischer Sicht ist es dringend notwendig, alle demokratischen, antikapitalistischen Bewegungen und Aktionen mit revolutionärer Orientierung nach Kräften zu unterstützen!

Dezember 2020

Drucker, Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: W. Schulze, Osnabrücker Str. 26, 10589 Berlin ISSN 0948/5090
https://gegendiestroemung.net *Die Nutzung unserer Homepage sollte gut überlegt erfolgen, da jeder Zugriff staatlich registriert wird*

Proletarierinnen/Proletarier aller Länder, vereinigt euch!

GEGEN DIE STRÖMUNG

Organ für den Aufbau der Revolutionären Kommunistischen Partei Deutschlands

12/2020-1/2021 Dezember 2020/Januar 2021

Im Kampf gegen die staatliche Faschisierung:

Die Haltung zu den Refugees klärt die Lage!

Immer krasser wird die Ausnutzung von Maßnahmen gegen Covid 19 durch den Staatsapparat, um zunehmend jeglichen Protest auf der Straße zu unterbinden, den Ausnahmezustand mit Ausgangsperren, Polizeikontrollen und Kontaktverboten durchzuproben. Kurz gesagt alles für eine künftige Bekämpfung von demokratischem und antikapitalistischem Widerstand von unten zu perfektionieren. Es war kein Zufall, dass gerade die Aktion von Seebrücke und anderen am 5. April 2020 in Frankfurt, die sich akribisch an Abstandsregeln und Ähnliches gehalten haben, von der Polizei brutal auseinandergejagt und verboten wurde – was selbst diesem oder jenem Richter zu absurd vorkam. Aber da hat sich etwas eingeschlichen:

Auch in den Reihen jener, die für die Solidarität mit den Refugees sind und für die Solidarität mit den Opfern der Nazianschläge, zuletzt in Hanau, gibt es eine gewisse Lähmung, eine Lähmung in der Diskussion und eine Lähmung in den vorgeschlagenen und durchgeführten Aktionen des Protestes und des Widerstands.

Dafür gibt es zwei nachvollziehbare, aber **nicht akzeptable Gedankengänge**. Es ist schwer zu entscheiden, welcher dieser beiden Gedankengänge gewichtiger ist.

1. Der Nazi-Mob hat das Thema „Einschränkung demokratischer Rechte“ durch seine Aktionen okkupiert. Da kann man im Moment nicht viel machen, sonst wird man mit „denen“ in einen Topf geworfen.
2. Es gibt wirklich teils berechtigte, teils künstlich erzeugte Angst vor dem Virus. Sich in Hamburg oder sonst wo gegen die Polizei und die Nazis zur Wehr setzen und schlimme Verletzungen zu riskieren ist eine Sache, sich der Gefahr des Virus auszusetzen ist eine andere Sache!

Der zweite Gedankengang ist deswegen besonders schwierig, weil er bei jedem einzelnen in den emotionalen Bereich hineinragt. Wie groß ist das Risiko wirklich, was kann man wissen, was weiß „man“? Das kann nicht einfach „politisch“ entschieden werden, auch wenn es einen politischen Rahmen zur Haltung in dieser Frage gibt. Im Einzelnen mag es daher Unterschiede in der Einschätzung geben. Zudem wird auf einmal jede/r zum Experten für den Virus…

Aber eins ist klar: Es gibt eine Grenze! Und die Grenze ist da, wo aus Angst jegliche politische Aktivität und jegliche politische Aktion, ja das Grundprinzip der internationalen Solidarität mit den „Verdammten dieser Erde“ aufgegeben wird. Hier geht es

Die Heuchelei des deutschen Imperialismus vom angeblichen „Schutz der Schwächsten“ in den Alters- und Pflegeheimen

Die deutschen Imperialisten, die aktuelle Regierung und die parlamentarische „Opposition” spielen sich auf im Streit, was nun das beste und das wichtigste, das notwendige und entscheidende Mittel im Kampf gegen Covid 19 sei. Und sie tun so, als würden sie sich gerade um die Alten und Schwachen kümmern in den Alters- und Pflegeheimen und aus diesem Grund all die verschiedenen Maßnahmen durchführen. Um es kurz zu sagen: Das ist eine verdammte Lüge. Es ist nichts als dreckige Heuchelei.

Die einfachsten Maßnahmen etwa im Pflegeheim und Altersheim, wie z.B. tägliche Teste (die bei den Bundesliga-Profis ohne Probleme möglich sind) für Pflegepersonal, Besucherinnen und Besucher und die wirklich Schwachen und Alten hätten genügt, um vielen Menschen das Leben zu retten. Es sind nichts als Profitinteressen, warum dies nicht durchgeführt wurde. Da muss man nicht um Monate und Wochen streiten. Dahinter steht, dass seit Jahren riesige Millionen für irgendwelche Zentren für Katastrophenschutz ausgegeben werden, aber die einfachsten Maßnahmen für die Ärmsten und Schwachen wie sichere Atemmasken und die notwendigen Tests nicht bereitgestellt wurden. Das ist eine unwiderlegbare Tatsache.

Dazu kommt, dass aus reiner Profitgier das gesamte Gesundheitssystem insbesondere auch im Bereich der Pflege, aber auch im Bereich der Krankenhäuser und der Intensivstationen in den letzten 20 Jahren durch Privatisierung massiv heruntergefahren wurde, dass die hochgelobte angeblich supermedizinische Betreuung in Deutschland in Wirklichkeit Schritt für Schritt immer miserabler wird und durch fehlendes Personal (zudem zu widerlich niedrigen Löhnen mit extremer Arbeitszeitbelastung und zunehmenden Belastungen überhaupt) auch deutlich der menschenfeindlichen Charakter des kapitalistischen Systems deutlich wird. Das anzuprangern ist gewiss nicht falsch, ja grundlegend richtig, ohne sich in der Auseinandersetzung mit Covid 19 in Details über Maßnahmen einzulassen, die wirken oder nicht.

Nicht überall setzen die Herrschenden in dieser Weise auf Heuchelei: Dass insbesondere Tausende Leih- und Vertragsarbeiterinnen und –arbeiter von Schlachtfabriken wie Tönnies auf engstem Raum schuften und zusammengepfercht in Unterkünften leben müssen, dass Saisonarbeiterinnen und –arbeiter in der Landwirtschaft in Massenquartieren ohne jede Chance auf „Abstand einhalten" untergebracht sind, daran soll sich nicht wirklich etwas ändern – „systemnotwendig" für maximale Ausbeutung! Und dass die Mauer um Europa für Geflüchtete dicht bleiben und noch dichter gemacht werden müssen, das ist Konsens der Politik des deutschen Imperialismus.

insbesondere um die Geflüchteten. Seit 2000 kamen mindestens 35.000 Menschen an der Grenze der Festung Europa zu Tode, zumeist im Mittelmeer vor aller Augen ertrunken, durch bewusste Hilfeverweigerung, selbst nach SOS-Rufen an die Küstenwachen Italiens und Malta, durch Kriminalisierung humanitärer Seenotrettung wie z. B. Seawatch 3 – Massenmord im Mittelmeer als tödlichste Grenze der Welt! Abertausende Refugees werden in ganz Europa in elenden Massenunterkünften zusammengepfercht und dem Virus ausgesetzt. Noch schlimmer geht es denen, die politisch gewollt in Lagern wie Moria unter fürchterlichen Bedingungen festgehalten werden, in Kälte, kaum Nahrung und Medizin, schutzlos dem Virus ausgesetzt, vor allem auch dank des deutschen Imperialismus. Und Tag für Tag gehen die Abschiebungen weiter, nach Afghanistan und anderswo.

Aus Angst vor dem Virus keine Solidarität mehr mit diesen und allen anderen „Verdammten dieser Erde"? Das ist nackter deutscher Chauvinismus von Feiglingen und Opportunisten! Ja, im Rahmen und im Namen der berechtigten Solidarität ist es unumgänglich, auch Risiken einzugehen. Und es gilt gerade auch da gegen die Obrigkeitsgläubigkeit und die tagtägliche Panikmache anzukämpfen.

Ganz im Gegensatz dazu gab es vorbildliche Solidaritätsaktionen für die Refugees durch Seebrücke u.a. in mehreren Städten in ganz Deutschland am 30.1.202. Allein in Berlin demonstrierten ca. 2000 Menschen aus Solidarität mit den Refugees.

Der **erste Gedankengang,** die Angst mit dem Nazi-Mob identifiziert zu werden, lässt sich leichter entkräften. Hier wirkt die Haltung zu den Geflüchteten wie ein Lackmus-Papier:

- **Für die demokratischen Rechte der Refugees!**
- **Refugees sind willkommen, ihr Nazi-Banditen!**
- **Keine demokratischen Rechte für den Nazi-Mob!**

Diese drei einfachen Parolen werden helfen, wie es so heißt, „die Spreu vom Weizen zu trennen"! Dann können auch die Warnungen vor den Notstandsübungen, vor dem Eintrainieren der gegenseitigen Bespitzelung, vor Polizeiwillkür, die Warnung vor der zunehmenden Gesamtüberwachung und unser Kampf gegen die staatliche Faschisierung überhaupt und unsere Aktionen gegen die brutalen Maßnahmen gegenüber den Refugees hier, innerhalb und außerhalb Europas ihren klaren Platz haben. Niemand wird das dann mit dem Nazi-Mob verwechseln!

Aufklärung über den Imperialismus

Es ist nur eine Frage der Zeit, bis die ökonomischen Zustände innerhalb Deutschlands, die massive Zunahme der Erwerbslosigkeit, aber auch massive Ruinierung großer Teile des unteren Mittelstandes, Massenproteste auf den Plan rufen werden. Es wird leider genügend Kräfte geben, die diese Situation zur deutschnationalistischen Hetze nutzen werden. Das ist klar absehbar. Denn gerade wenn es Krisen gibt, versucht die herrschende Klasse, mit der Methode „spalte und herrsche" die Bevölkerung gegeneinander aufzuhetzen. Darauf müssen wir vorbereitet sein. Im kleinen Kreis, bei größeren Veranstaltungen, Versammlungen und Demonstrationen, wenn es sie bei diesen Protesten wieder geben wird, überall wo es möglich ist, kann und muss aufgeklärt werden, wie dieses kapitalistische System im Imperialismus nach innen und nach außen funktioniert: Es geht um die Sicherung der Maximalprofite. Gerade wenn diese einzubrechen drohen, durch verschärfte Ausbeutung gegenzusteuern. Die verschärfte Ausbeutung kann nur garantiert werden wenn es nicht zu einem einheitlichen Klassenkampf kommt, wenn die Menschen in den Betrieben gegeneinander aufgehetzt werden und vor allem, wenn versucht wird, gegen Menschen aus anderen Ländern, insbesondere gegen die Geflüchteten Hass und Wut zu säen.

Dabei ist der Blick auf die weltweite Lage der Kriege und der Refugees ein wesentlicher Anknüpfungspunkt, um über humanistische und demokratische Solidarität hinaus deutlich zu machen, wie dieses imperialistische System weltweit funktioniert: Da ist die Fülle von lokalen Kriegen, die vielen Söldnertruppen, die gegen einzelne Staaten im Interesse anderer reaktionärer Staaten kämpfen (wie z.B. in Syrien), und auf der Welt Angst, Terror und Hunger verbreiten, vergewaltigen und morden. Die imperialistischen Großmächte, darunter gerade auch der deutsche Imperialismus, mischen überall auf der Welt kräftig mit. Sie kämpfen zum Teil mit unterschiedlichen Söldnertruppen direkt gegeneinander wie in Libyen und beteiligen sich an den riesigen Raubgeschäften in den verschiedensten Regionen der Welt. Wie schwer es für die kurdischen Genossinnen und Genossen gegenwärtig auch ist, gerade die kurdischen Kämpferinnen und Kämpfer gehören zu jenen Kräften in der Welt, die nachweislich hart und unerbittlich gegen alle Angriffe auf ihre demokratischen Strukturen und für den Schutz verfolgter Minderheiten eintreten und denen unsere ganz besondere Solidarität gehören muss.

Der Imperialismus als Ganzes, alle reaktionären Staaten, der Kapitalismus überhaupt müssen bekämpft und zerschlagen werden, um diesem weltweiten Elend wirklich ein Ende zu machen. Genau das ist der Punkt, warum es richtig und möglich ist, die Grundideen des Kommunismus zu erklären und zu begründen – und gerade auch davon darf nicht abgelassen werden. Das ist aber schon ein anderes, eigentlich das wichtigste Thema, von dem noch zu reden sein wird.

Drucker, Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: W. Schulze, Osnabrücker Str. 26, 10589 Berlin www.gegendiestroemung.net
E-Mail: gegendstroemung@web.de Die Nutzung unserer Homepage sollte gut überlegt erfolgen, da jeder Zugriff staatlich registriert wird
ISSN 0948/5090

Proletarierinnen/Proletarier aller Länder, vereinigt euch!

GEGEN DIE STRÖMUNG

Organ für den Aufbau der Revolutionären Kommunistischen Partei Deutschlands

02-03/2021 Februar/März 2021

Nazi-Netzwerke fest verankert in der Bundeswehr

Es wurde mal wieder bekannt, dass Nazis in der Bundeswehr, die bei den Zeitsoldaten oder dem „Kommando Spezialkräfte“ (KSK) Netzwerke gebildet haben, Munition und Waffen entwendet, gehortet und weitergegeben haben. Die Methoden der Vertuschung des Umfangs dieses Nazi-Netzwerks sind sozusagen klassisch: Erst zeigt man sich empört, dann wird gesagt, es würde ja etwas getan. Dann kommt heraus, dass alles noch viel schlimmer ist. Dann heißt es, dass alles viel komplizierter sei und alles viel schwieriger sei... und es bleibt bei kosmetischen Operationen. Nach einer Weile schläft das Thema ein und wird von anderen Themen abgelöst.

Dabei wirkt auch die Methode der Gewöhnung. Denn es ist schon länger bekannt, dass annähernd 500 Nazis mit Haftbefehl gesucht werden. Es gibt auch schon länger Zahlen über Soldaten und Soldatinnen, die in Nazi-Zusammenhängen eingebunden sind, und es gibt Zahlen und Fakten über Waffenscheine für stadtbekannte Nazis. Es ist bekannt, was an Waffen durch Diebstahl in der Bundeswehr entwendet wurde und eben auch, dass es ein Nazi-Netzwerk in der Bundeswehr gibt. Ob die Zahlen stimmen oder nicht, ist nicht der springende Punkt (sie sind logischerweise viel zu niedrig angesetzt).

Tatsache ist, dass die Frage der Selbstverteidigung, der Notwehr angesichts der bewaffneten Nazis, angesichts der Mordserie des in der Nazi-Szene gut vernetzten NSU, insbesondere auch nach den Nazi-Morden in Hanau, in Halle, dem Mord am CDU-Politiker Lübke, der sich verbal für Flüchtlinge eingesetzt hatte, unausweichlich auf der Tagesordnung steht.

Die Augen nicht verschließen!

Es ist zumindest teilweise verständlich, dass angesichts der hundertfachen Überfälle auf Geflüchtete und vom Nazi-Rassismus bedrohte Menschen überhaupt die Forderung laut wird, dass doch gerade dieser Staat hier gegen die Nazis vorgehen müsste.

Der in Hanau ermordete Rom Vili Viorel Păun verfolgte den Nazi-Mörder und rief den Polizei-Notruf. Es meldet sich keiner und er wurde durch die Windschutzscheibe seines Autos von dem Nazi-Mörder erschossen. Wie sich die Polizei nach den Nazi-Morden in Hanau gegenüber den Familien der Ermordeten benommen hat, wirft ein bezeichnendes Licht auf die Grundeinstellung der bewaffneten Kräfte des Staatsapparats in Deutschland: Ein mutiger Einsatz, ein energisches Vorgehen gegen die Nazis ist eben nicht zu erwarten. Dass hier und da vielleicht ein Nazi als unangenehm

Qosay Sadam Khalaf – Ein weiteres Opfer tödlicher rassistischer Polizeigewalt

Qosay Sadam Khalaf war ein 19-Jähriger, dessen Familie vor wenigen Jahren aus dem Irak nach Deutschland floh. Die Familie gehört zur jesidischen Minderheit, gegen die die IS-Faschisten im Irak Massenmord begingen.

In der Pressemitteilung der Kampagne „Death in Custody“ vom 15. März 2021 heißt es:

“Am 6. März 2021 starb Qosay Sadam Khalaf in Delmenhorst nach einer gewaltsamen Festnahme durch die Polizei. Der 19Jährige wurde am 5. März in einem Park von der Polizei verfolgt, die eine Drogenkontrolle durchführen wollte. Die Polizistlinnen setzten Pfefferspray ein, schlugen und fesselten ihn. Anschließend brachten sie ihn zur Wache, wo er plötzlich kollabiert sein soll. Am Abend des nächsten Tages starb er im Krankenhaus. (…) unter Qosay Sadam Khalafs Freunden ist bekannt, dass Festgenommene häufig auf der Wache zusammengeschlagen werden. (…)

In der medialen Berichterstattung wird Qosay Sadam Khalaf zum Täter gemacht. Etliche Artikel übernehmen die Darstellung der Polizei, er habe sich gewaltsam gegen seine Festnahme gewehrt und einen Polizisten geschlagen. Berechtigte Fragen nach den Ursachen, die zum Tod des jungen Geflüchteten geführt haben und Kritik am Verhalten der Beamtinnen werden als ‚Hetze gegen die Polizei‘ diffamiert. Eine Demonstration in Gedenken an Qosay Sadam Khalaf in Frankfurt wurde brutal von der Polizei angegriffen.“

In Bremen gab es bereits am 7. März, am Vorabend des Internationalen Frauentag, eine spontane Demonstration, an der sich vor allem Frauen beteiligten. Gerufen wurde „Qosay Sadam Khalaf – Es war Mord!“ Die Demonstration wurde brutal zerschlagen.

In der Pressemitteilung der Kampagne „Death in Custody“ heißt es weiter:

„All dies ist nicht neu: Von Oury Jalloh, Christy Schwundeck, Hussam Fadi, Matiullah Jabarkhil, Aman Alizada und Mohamed Idrissi wissen wir, dass Opfer tödlicher Polizeigewalt nach ihrem Tod kriminalisiert werden, um die Gewalt gegen sie zu rechtfertigen. (…) Rassistische Staatsgewalt hat viele Gesichter.“

Aus: https://deathincustody.noblogs.org

Siehe dort auch die Online-Dokumentation:

181 Todesfälle in Polizei-Gewahrsam seit 1990

Das „Kommando Spezialkräfte“ (KSK) der Bundeswehr – eine Zentrale für Nazi-Netzwerke

Anfang 2020 musste der MAD zugeben, dass es in der Bundeswehr „rund 550 rechtsextreme Verdachtsfälle“ gibt, besonders viele bei den zirka 1.600 KSK-Soldaten.[1] Im Frühjahr 2020 wurde zudem bekannt, dass beim KSK eine große Menge an Kriegswaffenarsenal, rund 85.000 Schuss Munition, 62 Kilogramm Sprengstoff sowie Nebel- und Handgranaten „verschwunden“ waren. Im Mai 2020 wurden auf dem Grundstück des langjährigen KSK-Oberstabsfeldwebels, Philipp Sch. in Nordsachsen neben zwei Kilo Sprengstoff ein Sturmgewehr, diverse Pistolen, eine Armbrust, mehrere Tausend Schuss Munition und einer Nebelhandgranate auch ein SS-Liederbuch, Nazi-Pamphlete und Nazi-Embleme gefunden.

Im Februar 2021 wurde bekannt, dass KSK-Kommandeut Kreitmayr bereits vor einem Jahr eine Amnestie für die Entwendung von Munition verkündet hatte. Diese konnte stillschweigend und anonym abgegeben werden. Davon wussten sowohl der Generalinspekteur der Bundeswehr als auch die Kriegsministerin bereits seit Monaten.

Unter dem zunehmenden Druck löste die Kriegsministerin Kramp-Karrenbauer im Juli 2020 die 2. Kompanie des KSK auf, in der besonders viele Nazis und Nazi-Aktivitäten nachgewiesen wurden. Bezeichnenderweise wurden die Soldaten nicht entlassen, sondern auf andere Kompanien verteilt. Damit soll vor allem auch vertuscht werden, dass seit Jahrzehnten eine zunehmende Verankerung von Nazis in der Bundeswehr nicht nur billigend in Kauf genommen, sondern in und mit Strukturen der Bundeswehr vorangetrieben wurde und wird.

Aufbau von Nazi-Netzwerken mit Bundeswehr- und KSK-Soldaten

2017/2018 kam vor allem durch journalistische Recherchen an die Öffentlichkeit, dass es in der Bundeswehr ein insbesondere von KSK-Soldaten geführtes Nazi-Netzwerk gibt, welches Waffendepots anlegt, paramilitärische Übungen abhält, Feindeslisten anfertigt und sich auf die Ermordung politischer Gegner*innen am „Tag X“ vorbereitet. Als „Tag X“ werden z. B. „Unruhen“ im Zusammenhang mit einer Pandemie definiert, vor allem aber geht es um den Kampf gegen jegliche linke, revolutionäre Bestrebungen.

Die Kommunikation im Netzwerk erfolgt mittels Chat-Gruppen. Als Koordinator wurde der unter dem Namen „Hannibal“ agierende Nazi André S. bekannt. Dieser war zunächst bei den Fallschirmspringern ausgebildet worden und war dann von 2010 bis 2018 als Elitesoldat beim KSK in Calw. Er leitet gemeinsam mit dem KSK-Soldaten Robert P. (Deckname „Petrus“) die in Distrikte Nord, Ost, Süd, West, Österreich, Schweiz unterteilten Chatgruppen. Als Administrator hat er direkten Kontakt zu den Aktivisten des Netzwerks, wie dem seit 2017 unter nazistischem Terrorverdacht und im Mai vor Gericht stehenden Bundeswehroffizier Franco Albrecht und seinen Komplizen, die Todeslisten mit Namen bekannter Politiker*innen und Ausspähnotizen bekannter Institutionen wie dem Zentralrat der Juden und der Muslime und der Amadeus-Antonio-Stiftung angelegt haben. In einer internen Netzwerk-Mitteilung heißt es: „Desto besser die Kommunikation, umso einfacher die Organisation und das Sammeln untereinander am Tag X. Doch bis dahin gilt für jeden von UNS, so wenig wie möglich aufzufallen.“ Ziel sei es, mit „so vielen vertrauenswürdigen Personen wie nur möglich“ in Kontakt zu kommen und somit „ein starkes Fundament zu schaffen.“.[2]

Als legale Deckung wurde von André S. („Hannibal“) bereits 2012 der Verein Uniter gegründet. Uniter bezeichnet sich selbst als Netzwerk für „SOF und Intelligence“, also Spezialkräfte und Geheimdienste.

Uniter hat insgesamt bis zu 1.800 Mitglieder aus den Geheimdienstkräften, bewaffneten Spezialeinheiten, vor allem aus dem KSK, polizeilichen Spezialeinheiten und privaten Security-Organisationen. Der Verein hat zudem sichere Rückzugsorte sowie Waffen- und Munitionsdepots angelegt. Dieses Netzwerk trifft sich in kleineren paramilitärischen Einheiten sogar offiziell auf einem Übungsgelände in Mosbach (Baden-Württemberg), angeblich um „Planspiele“ zu absolvieren, tatsächlich, um den Umgang mit Waffen zu trainieren. Für diesen Zweck wurde das Gelände in Mosbach von der KSK-nahen Firma OPCON für Uniter angemietet. Dort werden auch staatliche und private „Sicherheitskräfte“ aus anderen Ländern trainiert.

Das Bundeswehr-Nazi-Netzwerk steht mit verschiedenen Staatsorganen in engem Kontakt und erhält von dort vielfältige Unterstützung. Über Uniter besteht zum Verfassungsschutz eine direkte Verbindung. Ringo M. vom Landesamt für Verfassungsschutz in Baden-Württemberg bildet seit 2016 zusammen mit André S. den Uniter-Vorstand. Der MAD ist auch im Netzwerk. So wurde André S. vor einer Hausdurchsuchung von einem MAD-Mitarbeiter rechtzeitig gewarnt und konnte so belastendes Material wegschaffen. Über Verbindungen zu AfD-Abgeordneten gibt es direkte Verbindungen zum „Verteidigungsausschuss“ des Bundestags.

Auch Gerichte tragen das Ihre dazu bei. Eins von vielen Beispielen: Ein ehemaliger SEK-Polizist aus Mecklenburg-Vorpommern, Marko G., ist Administrator der Gruppe „Nordkreuz“ des Nazi-Netzwerks. Beim ihm wurden Tausende Schuss Munition, Pistolen, Gewehre und Sprengstoff sowie Nazi-Material gefunden. Mitte Dezember 2019 vom Landgericht Schwerin lediglich zu einer Bewährungsstrafe wegen Verstoß gegen das Kriegswaffenkontrollgesetz verurteilt. Und dies, obwohl er auch nach einer Hausdurchsuchung weitergemacht hatte, ein großes Munitionslager für den „Tag X“ anzulegen. Der vorsitzende Richter hielt dem Nazi Marko G. zugute, dass er ja weniger Munition gesammelt hätte, also auf dem Weg der Besserung sei.[3] Das Gericht bescheinigt ihm, sich halt „bei der Vorbereitung auf den Tag X verrannt zu haben“.[4] Na ja, kann schon passieren …

Nicht zuletzt stellt sich die Bundesregierung schützend vor das Nazi-Netzwerk, indem sie dessen Existenz überhaupt leugnet. In ihrer Antwort auf eine parlamentarische Anfrage im Jahr 2019 heißt es: „Dem MAD liegen keine Erkenntnisse vor, dass im Umfeld des KSK rechtsterroristische Netzwerke existieren würden oder im Entstehen begriffen wären.“[5]

Nazi-Umtriebe und Nazi-Ausbilder in der Bundeswehr

Bei der KSK und anderen Bundeswehr-Einheiten gibt es eine nicht abreißende Kette von „Skandalen“ wegen Nazi-Umtrieben. So sagte zum Beispiel bereits 1998 ein Soldat vor dem Bundeswehr-Untersuchungsausschuss des Bundestags aus, dass es in der Ausbildungskompanie des Fallschirmjägerbataillons in Varel „regelmäßig etwa zwei- bis dreimal im Monat zu „rechtsradikalen Ausschreitungen“ gekommen sei. Bei Feiern sei immer wieder auf den „Führer“ angestoßen worden. Es seien Sätze wie „Die Juden müssen vergast werden“ und „Ausländer raus!“ gefallen.“[6]

Bekannt geworden ist, dass bei einer Abschiedsfeier im April 2017 für Oberstleutnant Pascal D., Chef der 2. Kompanie, mit 58 Beteiligten des KSK mit Schweinsköpfen geworfen wurde, Musik der Nazi-Band „Sturmwehr“ gespielt und der „Hitler-Gruß“ gezeigt wurde. Ermittlungen gegen zehn KSK-Soldaten wegen nazistischer, judenfeindlicher und rassistischer Hetze und Kontakte ließ man im Sande verlaufen.[7] Doch nicht nur das.

Im KSK und anderen Bundeswehrabteilungen gibt es eine lange Kontinuität der Ausbildung und „Erziehung“ im Nazi-Geist. Ein hervorstechendes Beispiel ist Oberst U. Quante, der ab 1990 in der Luftlandeschule Altenstadt für die Ausbildung verantwortlich war. Er propagierte ganz offen die Nazi-Wehrmacht als Vorbild und lobte z. B. 1996 die Nazi-Fallschirmjäger im Zweiten Weltkrieg für „Leistungen, die anderen als Beispiel dienten.“ Er ließ die Soldaten der Kaserne jedes Jahr zum Jahrestag des Nazi-Überfalls auf Kreta am 20. Mai 1941 zum „Kreta-Tag“ antreten. 70.000 Soldaten wurden zwischen 1990 und 1998 in Altenstadt unter der Führung von Quante ausgebildet.[8] Bei diesem Verehrer der Nazi-Wehrmacht durchlief z. B. der Nazi Marko G. seine Ausbildung, der in den letzten Jahren unter dem Decknamen „Hombre“ eine wichtige Rolle im Nazi-Netzwerk spielt.

Für diese Kontinuität der Verherrlichung der Nazi-Wehrmacht als Vorbild steht z. B. auch der Brigadegeneral Reinhard Günzel, der schon in den 80er Jahren Fallschirmjäger geführt hatte und im Jahr 2000 zum Kommandeur des KSK befördert worden war. Dieser erklärte: „Das Selbstverständnis der deutschen Kommandotruppen“ habe sich „seit dem Zweiten Weltkrieg nicht geändert“, und er erwarte von seiner Truppe „Disziplin wie bei der Waffen-SS“[9].

Nazis gehen gerade auch deshalb in Spezialeinheiten wie die KSK, weil sie dort heute schon Krieg führen können. Seit dem Jahr 2001 ist das KSK in Afghanistan und geht dort, weitgehend abgeschirmt von jeglicher Öffentlichkeit, seinen Machenschaften im Dienst des deutschen Imperialismus nach. Als im September 2009 Bundeswehroberst Georg Klein die Bombardierung von zwei Tanklastzügen in Kundus befehligte und damit das Massaker an 142 Menschen, vorwiegend Zivilisten, anrichtete, wurden die Einsätze vom KSK-Gefechtsstand der „Task Force 47“ geleitet. Kommandeur des „Einsatzverbandes Spezialkräfte (TF 47)“ in Afghanistan war damals der Offizier Markus Kreitmayr. Heute ist Kreitmayr Kommandeur über das gesamte „Kommando Spezialkräfte (KSK)“ der Bundeswehr.

Quellen

[1] FR, „MAD spürt 550 Rechte auf“, 27.01.2020.

[2] Dirk Laabs: Staatsfeinde in Uniform. Wie militante Rechte unsere Institutionen unterwandern, Berlin 2021, S. 10. Dieses Buch trägt eine Fülle von Fakten zusammen. Die Bundeswehr, der BND, MAD werden jedoch, so schon im Titel, als „unsere Institutionen“ bezeichnet. Illusionär bzw. Illusionen nährend, wird behauptet, die Bundeswehrführung sei beim Aufbau neuer Einheiten in Bezug auf das Eindringen von Nazis „zu naiv“ gewesen (S. 201), der MAD habe angeblich „lange nicht mitbekommen, wie sich immer mehr Kommandosoldaten beständig weiter radikalisierten“ (S. 238) und dergleichen mehr. Als „eines der höchsten Güter, die wir haben“, bezeichnet der Autor „das Vertrauen in unsere Behörden“ (S. 433). Um dieses geht es ihm schlussendlich.

[3] Siehe Dirk Laabs: Staatsfeinde in Uniform. Wie militante Rechte unsere Institutionen unterwandern, Berlin 2021, S. 415

[4] Taz, „Der Präzisionsschütze und sein Mobiltelefon“, 18.12.2019; Taz, „Urteil im ‚Hannibal‘-Komplex gegen Marco G.“, 20.12.2019.

[5] Zitiert nach: IMI-Studie: Der Hannibal-Komplex – Ein militantes, rechtes Netzwerk in Bundeswehr, Geheimdiensten, Polizei, Justiz und Parlamenten, 9.7.2019

[6] Deutscher Bundestag, Drucksache 13/11005, in: Dirk Laabs a. a. O. ,S.72.

[7] Taz, 21.12.2018; FR, „Besinnungspause für die Kommandotruppe“, 2.07.2020.

[8] Siehe Dirk Laabs a. a. O., S. 27 und S. 39

[9] FR vom 12.05.2017.

und rufschädigend angesehen wird, ändert nichts daran, dass er eben zur „eigenen Familie“ gehört, während die „Anderen“, die von den Nazis Verfolgten und Bedrohten, ja Ermordeten eben zu denen gehören, die in den Augen der bewaffneten Kräfte des Staatsapparats nicht dazugehören.

Es zeigt sich deutlich – und davor darf niemand die Augen verschließen, der von Nazis bedroht wird und/oder gegen die Nazis ankämpft, dass jede Illusion in eine verlässliche Hilfe durch diese Polizei, durch diesen Staatsapparat eine Illusion ist. Um es drastisch zusammenzufassen: In Halle hat nicht die Polizei die Mitglieder der jüdischen Gemeinde vor der Ermordung geschützt, sondern es war die stabile Tür!

Dreierlei Probleme

Erstens gibt es die mehr oder minder offenen militanten Nazis in Bundeswehr und Polizei, die mit den Nazis außerhalb dieser Institutionen zusammenarbeiten, Informationen weitergeben, gute Kontakte zu bestimmten Staatsanwälten, Richtern und anderen Ermittlungsbehörden haben und höchstens für das Image der BRD international als Problem angesehen werden.

Es gibt zweitens eine andere Gruppe von Menschen in Polizei und Bundeswehr, die ideologisch und über allerlei Fäden mit dieser ersten Gruppe der Nazis verbunden ist, die sie schützen und alles vertuschen, insbesondere auch gegen Journalistinnen und Journalisten, die aufklärerisch demokratisch tätig sind. So wird eine Art eiserne Mauer errichtet. Der gemeinsame Ausruf „Wir sind doch keine Kameradenschweine“, die sogenannte Loyalität, der militaristische Korpsgeist, ist das Bindemittel, das zur Stärke der Nazis in sehr großem Maße beiträgt.

Das dritte Problem sind diejenigen, die all das zwingend mitbekommen, aber Angst vor den Repressionen haben, die sie treffen würde, wenn sie sowohl die Nazis als auch die Vertuschung der Nazis öffentlich anprangern würden. Erfahrung in dieser Hinsicht gibt es genug.

Es ist eine Illusion zu glauben, dass durch eine Umstrukturierung von Bundeswehreinheiten, eine Veränderung der Aufsicht und was alles momentan noch durch die Medien geistert sich ir-

gendetwas ändern würde. Das beginnt schon bei der Frage, welche charakterlichen Eigenschaften eigentlich ein Mensch besitzt, der sich freiwillig zur Bundeswehr meldet mit der klaren Option, in anderen Ländern in den bewaffneten Kampf geschickt zu werden, wo er einfach nichts zu suchen hat. Und wer in die Polizei eintritt, weiß genau, dass er dazu eingesetzt werden kann, Flüchtlinge zu verhaften und bei der Abschiebung behilflich zu sein. Sollte er wirklich Illusionen gehabt haben, müsste die Praxis ihn spätestens nach einigen Monaten eines Besseren belehrt haben.

Kurz, durch die gesamten strukturell rassistischen und militaristischen Strukturen des Staatsapparats ist keine grundlegende Änderung zu erwarten. Das weiß im Grunde jeder fortschrittlich-demokratisch denkende Mensch.

Druck durch Öffentlichkeit erhöhen

Es ist trotzdem richtig, jeden einzelnen Skandal in Polizei und Bundeswehr an die Öffentlichkeit zu bringen, um so den Druck zu erhöhen und vielleicht auch hier und da einen Erfolg zu erringen, eine Entlassung zu erreichen oder Ähnliches. Der springende Punkt ist hier, dass das nicht zu Illusionen führen darf, zumal zudem genügend private Sicherheitsfirmen mit Freude entlassene Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr und entlassene Polizistinnen und Polizisten einstellen. Und auch dieser gewaltige Sektor an bewaffneten Kräften in Deutschland gehört zu dem Szenario der aufgebauten Repressionsmittel dazu.

Eine bedeutende Rolle haben hier auch all die Initiativen, welche – ohne Illusionen in diesen Staat – oft über Jahre hinweg daran arbeiten, um Verbrechen von Organen des Staatsapparats aufzudecken, Täter zu entlarven und breit zu mobilisieren, so wie das seit 2005 die Initiative zum Gedenken an Oury Jalloh macht, der 2005 im Gefängnis von Dessau durch Polizeibeamte ermordet wurde, sowie eine Reihe anderer Initiativen, etwa zur Aufdeckung des NSU-Netzwerks.

Kämpfen, Selbstverteidigung und Notwehr

Für die von den Nazis bedrohten, vom Staatsapparat bedrohten Menschen gibt es nur den Weg des Zusammenschlusses mit allen demokratisch-revolutionären Kräften überhaupt, um sich gegen Repression zu wehren, Ermordungen zu verhindern und Abschiebungen so weit, wie es geht, unmöglich zu machen. Es kommt darauf an, daran zu arbeiten und vorzubereiten, dass nicht nur 1.000 oder 10.000, sondern Hunderttausende im Kampf gegen die sich ausbreitenden bewaffneten Nazikräfte innerhalb und außerhalb staatlicher Institutionen auf die Straße gehen und kämpfen. In diesen Kämpfen gilt es, auch gegen den Nationalismus in den eigenen Reihen vorzugehen, eng und solidarisch zusammenzuarbeiten, sich gegenseitig zu schützen und nicht zuzulassen, dass die Politik des „Teile und herrsche“ funktioniert.

Es geht um mehr

Beim Nachdenken darüber, woher diese Ausdehnung der Nazi-Bewegung kommt und welche Funktion sie hat, warum der kapitalistische Staat und die kapitalistische Gesellschaft ganz offensichtlich kein Interesse daran haben, die Nazi-Bewegung zu beseitigen, wird klar: Die Mischung aus Terrorisierung und Verhetzung ist ein wichtiges Mittel, um zu verhindern, dass sich überhaupt Widerstand, Streiks und militante Massendemonstrationen entwickeln. Denn es gilt aus Sicht der herrschenden Klasse angesichts drohender Krisen das System zu schützen, das all dies ermöglicht: das ganze Elend dieser Welt und die Verschärfung der politischen, sozialen und ökonomischen Lage innerhalb Deutschlands.

All das ist keine Frage von Jahren, sondern von Jahrzehnten, aber es ist die entscheidende Frage: Der deutsche Imperialismus, das kapitalistische System insgesamt sind das eigentliche Problem. Es geht um ein System, das sich am Maximalprofit orientiert und keinerlei Rücksichten auf demokratische und humanistische Traditionen nimmt, wenn es den Machtinteressen der herrschenden Klasse dient. Das ist das Problem. Und das wird realistisch gesehen über Jahrzehnte das Problem bleiben, da es nicht rasch gelingen wird, die kämpferischen Kräfte in den großen Fabriken zu organisieren, um wirklich diesem kapitalistischen System gefährlich zu werden.

Es geht um einen langen Atem, um das Nichtaufgeben, um das Weitermachen, um das Sichwehren, um das Sichzusammenschließen, um das Sichausdehnen und Stärkerwerden. Es geht um die Perspektive, immer mächtiger und für das System gefährlicher zu werden. Und dann ... Darüber ein anderes Mal mehr!

Ausführliches Flugblatt von GEGEN DIE STRÖMUNG vom Mai/Juni 2017 zum Thema:

Skandal oder Normal?
Nazis in der Bundeswehr – Imageprobleme der deutschen Imperialisten

- Nach dem Auffliegen eines Nazi-Netzwerks in der Bundeswehr: Politiker einig in der Verteidigung der Bundeswehr
- Die Bundeswehr – In der Kontinuität der Nazi-Wehrmacht aufgebaut
- Spielarten der Wehrmachts-„Traditionspflege“
- Nazis mitten in der Bundeswehr
- Die Zukunftspläne des deutschen Militärs: Krieg
- Aufgaben im antimilitaristischen Kampf

10 Seiten A4

Zu bestellen bei:
Literaturvertrieb Georgi Dimitroff, Postfach 10 20 51, 63020 Offenbach a.M. / info@litvertriebdimitroff.de

Drucker, Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: W. Schulze, Osnabrücker Str. 26, 10589 Berlin www.gegendiestroemung.net
gegendstroemung@web.de | Die Nutzung unserer Homepage sollte gut überlegt erfolgen, da jeder Zugriff staatlich registriert wird ISSN 0948/5090

Proletarierinnen/Proletarier aller Länder, vereinigt euch!

GEGEN DIE STRÖMUNG

Organ für den Aufbau der Revolutionären Kommunistischen Partei Deutschlands

04/2021 April 2021

Das kommunistische Erbe von Rosa Luxemburg gegen offene Feinde und falsche Freunde verteidigen!

Der diesjährige 150. Geburtstag von Rosa Luxemburg wurde in den bürgerlichen Medien ausgenutzt, um wieder einmal ein Bild von ihr zu verbreiten, das sie als halbe Reformistin, lammfromme Kritikerin der Sozialdemokratie und Pazifistin erscheinen lässt. Damit wird ihr Werk, ihr ganzer politischer Kampf ins Gegenteil verkehrt. Diesen heuchlerischen Würdigungen und bewussten Entstellungen bürgerlicher, antikommunistischer und revisionistischer Kräfte ist entgegenzusetzen, wofür die Kommunistin Rosa Luxemburg in Wahrheit steht: für einen unversöhnlichen Kampf gegen Opportunismus und Reformismus, für eine wirklich revolutionäre Kommunistische Partei, für die gewaltsame proletarische Revolution zum Sturz der deutschen Bourgeoisie, für die Diktatur des Proletariats gegen das Kapital und seine Verteidiger auf der Grundlage der sozialistischen Demokratie beim Aufbau des Sozialismus und für den proletarischen Internationalismus.

Ein wesentlicher Hebel im Kampf gegen die Verfälschungen besteht darin, sich die Gründung der KPD und das von Rosa Luxemburg entworfene Programm der KPD ins Gedächtnis zu rufen. Wenn wir die zentralen Lehren ihrer Schriften und ihres Kampfes für die proletarische Revolution propagieren, geht es auch darum, an die revolutionäre Tradition der Kommunistischen Partei im eigenen Lande anzuknüpfen und diese gegen revisionistische Entstellungen zu verteidigen. Es gilt das kommunistische Erbe von Rosa Luxemburg gegen all ihre Gegner, die offenen Feinde, aber auch gegen ihre falschen Freunde zu verteidigen. Denn diese richten mit ihrer Demagogie gerade bei den Kräften, die sich wirklich zur Revolution hingezogen fühlen, den allergrößten Schaden an.

Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht waren die maßgeblichen Kräfte, die durch die Gründung der KPD einen ideologischen, politischen und organisatorischen Neubeginn der kommunistischen Bewegung in Deutschland geschaffen haben. Dies geschah erst, vier Jahre nachdem die vom Revisionismus, Opportunismus und Sozialchauvinismus zerfressene SPD bereits ins Lager der Bourgeoisie gewechselt war. Dies zeigt, wie tief über Jahrzehnte hin die Bindung an die deutsche Sozialdemokra-

Kämpferin für den proletarischen Internationalismus

★ Rosa Luxemburgs internationalistische Haltung kommt zum Ausdruck, wenn sie – für heute höchst aktuell – 1911 in der Leipziger Volkszeitung gegen den deutschen und europäischen Chauvinismus schreibt:

„Und jedes Mal. wo bürgerliche Politiker die Idee des Europäertums, des Zusammenschlusses europäischer Staaten auf den Schild erhoben, da war es mit einer offenen oder stillschweigenden Spitze gegen die ‚gelbe Gefahr', gegen den ‚schwarzen Weltteil', gegen die ‚minderwertigen Rassen', kurz, es war stets eine imperialistische Missgeburt. (...)

Die Idee der europäischen Kulturgemeinschaft ist der Gedankenwelt des klassenbewussten Proletariats völlig fremd. Nicht die europäische Solidarität, sondern die internationale Solidarität, die sämtliche Weltteile (…) umfasst, ist der Grundpfeiler des Sozialismus im Marxschen Sinne. Jede Teilsolidarität aber ist nicht eine Stufe zur Verwirklichung der echten Internationalität, sondern ihr Gegensatz, ihr Feind, eine Zweideutigkeit, unter der der Pferdefuß des nationalen Antagonismus hervorguckt. Ebenso wie wir stets den Pangermanismus, den Panslawismus, den Panamerikanismus als reaktionäre Ideen bekämpfen, ebenso haben wir mit der Idee des Paneuropäertums nicht das Geringste zu schaffen."
(Rosa Luxemburg: „Friedensutopien", 1911, Gesammelte Werke, Band 2, Berlin 1974, S. 502 f.)

★ Rosa Luxemburg rief mehrmals die in Vergessenheit geratene grausame Kolonialpolitik der deutschen Imperialisten in Afrika in Erinnerung. Diese begingen bei ihrem mörderischen Unterdrückungsfeldzug in Südwestafrika ihren ersten Völkermord an 80.000 Hereros, indem sie sie niederschossen, in die Wüste trieben und dort verhungern und verdursten ließen. Sie schrieb:

„Wo blieb … der Entrüstungssturm im Reichstag, als deutsche Militärs wehrlose Hereroweiber und Kinder in die Wüste trieben, um sie dort in Wahnsinn verröcheln zu lassen?“
(Rosa Luxemburg, „Die Bilanz von Zabern“, 1914, Gesammelte Werke, Band 3, Berlin 1974, S. 370)

★ Auf Basis des proletarischen Internationalismus kämpfte Rosa Luxemburg nach Beginn des Ersten Weltkriegs entschieden **gegen den imperialistischen Krieg**, insbesondere gegen den „eigenen“ deutschen Imperialismus. Sie prangerte den Bankrott der sozialistischen Internationale an, deren Führungen – abgesehen von den Bolschewiki in Russland – zur Unterstützung der Kriegsführung der jeweils „eigenen“ Bourgeoisie aufriefen. Besonders entlarvte sie auch Karl Kautsky, welcher wiederum die Begleitmusik für diesen offenen Verrat am proletarischen Internationalismus lieferte, indem er die Sozialistische Internationale als Vereinigung hinstellte, die nur im Frieden wirken könne. Rosa Luxemburg gab in der illegal herausgegebenen Zeitschrift „Die Internationale“ die gebührende Antwort:

„Der welthistorische Appell des Kommunistischen Manifests erfährt eine wesentliche Ergänzung und lautet nun nach Kautskys Korrektur: Proletarier aller Länder, vereinigt euch im Frieden, und schneidet euch die Gurgeln ab im Kriege!“
(Rosa Luxemburg, „Der Wiederaufbau der Internationale“, April 1915, Gesammelte Werke, Band 4, Berlin 1974, S. 25)

tie gewesen war, wie schwer die Loslösung von der SPD und der zu späte Bruch mit dieser Partei gefallen war. Die Gründung der KPD war der Höhepunkt des Prozesses der Loslösung der besten Kräfte um Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht von der Sozialdemokratie, des Prozesses der selbstkritischen Überprüfung ihrer eigenen Positionen. Das Programm der KPD war ein dokumentiertes Zeichen dieser Lostrennung.

Der Entwurf für das auf dem Gründungsparteitag der KPD Ende 1918 beschlossene Programm ist von Rosa Luxemburg im November 1918 verfasst worden. Dieses KPD-Programm gehört, trotz nicht unerheblicher Mängel, mit seinem Bekenntnis zur gewaltsamen proletarischen Revolution und zur Diktatur des Proletariats, zu den revolutionären Programmen der proletarischen Bewegung in Deutschland. Es blieb auch nicht nur ein schönes Stück Papier, sondern war in der revolutionären Erhebung der Jahre 1918/19 und in den folgenden Jahren eine „Anleitung zum Handeln“. Es ist ein wirkliches Kampfprogramm, eine Kriegserklärung an den weltweiten Imperialismus, aber insbesondere gegen den „eigenen”, den deutschen Imperialismus. „Der Hauptfeind steht im eigenen Land!“ – Das war die Losung. Und das ist auch der Grund, warum dieses Programm kaum bekannt ist und von bürgerlichen Kräften bewusst nur am Rande erwähnt wird.

Für eine revolutionäre Kommunistische Partei

Die Bürokratisierung der damaligen SPD und die Loslösung ihrer Führung von den proletarischen Massen vor dem Ersten Weltkrieg war auch ein Grund für ihre Umwandlung zu einer bürgerlichen Reformpartei. Vor dem Hintergrund dieser negativen Erfahrungen betont das Programm der KPD, dass die Partei sich nicht über die proletarischen Massen stellt, sondern als bewusste Avantgarde sozialistisches Bewusstsein und die Ziele der proletarischen Weltrevolution in die proletarische Bewegung hineinträgt:

„Der Spartakusbund ist keine Partei, die über die Arbeitermasse oder durch die Arbeitermasse zur Herrschaft gelangen will. Der Spartakusbund ist nur der zielbewussteste Teil des Proletariats, der die ganze breite Masse der Arbeiterschaft bei jedem Schritt auf ihre geschichtlichen Aufgaben hinweist, der in jedem Einzelstadium der Revolution das sozialistische Endziel und in allen nationalen Fragen die Interessen der proletarischen Weltrevolution vertritt.“
(Programm der KPD von 1918, Abschnitt IV)

Das Programm hebt die Notwendigkeit der engen Verbindung der Partei mit den proletarischen Massen hervor. Die Kommunistische Partei muss sich das Vertrauen der Massen und deren bewusste Zustimmung zu ihren Ansichten, Zielen und Kampfmethoden im Klassenkampf erwerben.

„Der Spartakusbund wird nie anders die Regierungsgewalt übernehmen als durch den klaren, unzweideutigen Willen der großen Mehrheit der proletarischen Masse in Deutschland, nie anders als kraft ihrer bewussten Zustimmung zu den Ansichten, Zielen und Kampfmethoden des Spartakusbundes.“
(Programm der KPD von 1918, Abschnitt IV)

Für die gewaltsame proletarische Revolution

Revolution statt Reformismus – das war die Grundhaltung von Rosa Luxemburg von Beginn ihres Wirkens an. Entsprechend war ihre Haltung zum bürgerlichen Staat, einem Werkzeug der Bourgeoisie zur Aufrechterhaltung ihrer Klassenherrschaft. Rosa Luxemburg machte schon auf dem Parteitag der SPD 1898 gegen den hervortretenden Reformismus von Bernstein und Konsorten unmissverständlich klar:

„Im Übrigen bin ich der Meinung, dass dieser Staat zerstört werden muss.“
(Rosa Luxemburg, „Rede auf dem Parteitag der SPD vom 3. bis 8. Oktober 1898 in Stuttgart“, 1898, Gesammelte Werke, Band 1/1, Berlin 1974, S. 241)

Gegen die Reformisten und Opportunisten aus den Reihen der SPD und der Kautsky‘schen USPD macht das KPD Programm von 1918 sehr deutlich klar, dass die Bourgeoisie nie und nimmer freiwillig und friedlich auf ihre Privilegien, ihren Profit und ihre Macht verzichtet, dass das Proletariat daher revolutionäre Gewalt anwenden muss:

„Es ist ein toller Wahn zu glauben, die Kapitalisten würden sich gutwillig dem sozialistischen Verdikt eines Parlaments, einer Nationalversammlung fügen, sie würden ruhig auf den Besitz, den Profit, das Vorrecht der Ausbeutung verzich-

ten. Alle herrschenden Klassen haben um ihre Vorrechte bis zuletzt mit zähester Energie gerungen. (...)

Die imperialistische Kapitalistenklasse überbietet als letzter Spross der Ausbeuterklasse die Brutalität, den unverhüllten Zynismus, die Niedertracht aller ihrer Vorgänger. Sie wird ihr Allerheiligstes, ihren Profit und ihr Vorrecht der Ausbeutung, mit Zähnen und mit Nägeln, mit jenen Methoden der kalten Bosheit verteidigen, die sie in der ganzen Geschichte der Kolonialpolitik und in dem letzten Weltkriege an den Tag gelegt hat. ... sie wird lieber das Land in einen rauchenden Trümmerhaufen verwandeln als freiwillig die Lohnsklaverei preisgeben.

All dieser Widerstand muss Schritt um Schritt mit eiserner Faust und rücksichtsloser Energie gebrochen werden. Der Gewalt der bürgerlichen Gegenrevolution muss die revolutionäre Gewalt des Proletariats entgegengestellt werden."
(Programm der KPD von 1918, Abschnitt III)

Für die sozialistische Demokratie und die Diktatur des Proletariats beim Aufbau des Sozialismus

Als nötige Voraussetzung im Kampf um den Sozialismus nennt das Programm die „Diktatur des Proletariats":

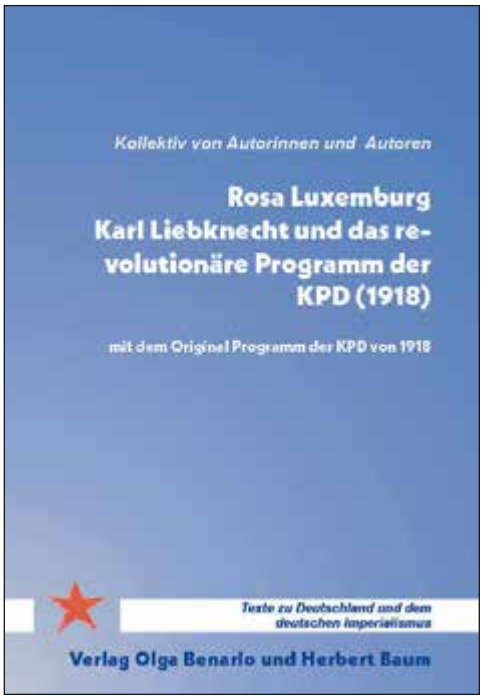
„Der Kampf um den Sozialismus ist der gewaltigste Bürgerkrieg, den die Weltgeschichte gesehen, und die proletarische Revolution muss sich für diesen Bürgerkrieg das nötige Rüstzeug bereiten, sie muss lernen, es zu gebrauchen – zu Kämpfen und Siegen.

Eine solche Ausrüstung der kompakten arbeitenden Volksmasse mit der ganzen politischen Macht für die Aufgaben der Revolution, das ist die Diktatur des Proletariats und deshalb die wahre Demokratie. Nicht wo der Lohnsklave neben dem Kapitalisten, der Landproletarier neben dem Junker in verlogener Gleichheit sitzen, um über ihre Lebensfragen parlamentarisch zu debattieren: dort, wo die millionenköpfige Proletariermasse die ganze Staatsgewalt mit ihrer schwieligen Faust ergreift, um sie wie der Gott Thor seinen Hammer den herrschenden Klassen aufs Haupt zu schmettern: dort allein ist die Demokratie, die kein Volksbetrug ist."
(Programm der KPD von 1918, Abschnitt III)

Die zwei Seiten der Diktatur des Proletariats werden hier klar benannt: Erstens die unterdrückerische, diktatorische Aufgabe der Niederhaltung der konterrevolutionären Bourgeoisie und aller Reaktionäre; zweitens die demokratische, erzieherische Aufgabe für die proletarische Klasse und die werktätige Masse.

Solidarisch mit den Bolschewiki und der sozialistischen Oktoberevolution in Russland

Kurz nach der Oktoberrevolution in Russland 1917 und noch während des Ersten Weltkrieges war Rosa Luxemburg im Gefängnis. Von dort aus prangerte Rosa Luxemburg in Brie-



Anzeige

Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht und das revolutionäre Programm der KPD (1918)
Mit dem Originalprogramm der KPD von 1918

Sich mit dem kommunistischen Werk Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts auseinanderzusetzen, das ist für kommunistische Kräfte keine Stubengelehrtheit, sondern die Verpflichtung, den von ihnen gewiesenen Weg des Kampfes gegen den deutschen Imperialismus unter den heutigen Bedingungen fortzuführen: Für den revolutionären Bürgerkrieg zum Sturz der deutschen Bourgeoisie, für die revolutionäre Diktatur des Proletariats und den Sozialismus, für die wahrhaft revolutionäre Kommunistische Partei des Proletariats, für einen unversöhnlichen Kampf gegen den Opportunismus und Reformismus, für den Kampf gegen den verfluchten deutschen Chauvinismus.

200 Seiten, Offenbach 2004, 10 Euro, ISBN 978-3-932636-74-5

Ein Auszug aus diesem Buch ist erschienen als Rotes Heft Nr. 9:
Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht und die revolutionäre KPD (1918),
A5, 54 Seiten, 1 Euro

Bestellung: Verlag Olga Benario und Herbert Baum, Postfach 102051, D-63020 Offenbach
www.verlag-benario-baum.de / info@verlag-benario-baum.de

fen die mangelnde Unterstützung für die Oktoberrevolution von Seiten der deutschen bzw. westeuropäischen Sozialdemokratie an. Rosa Luxemburg schrieb an Luise Kautsky. Sie sah große Gefahren für die Oktoberrevolution,

„nicht weil die Statistik eine so rückständige ökonomische Entwicklung in Russland aufweist, wie Dein gescheiter Gatte ausgerechnet hat, sondern weil die Sozialdemokratie in dem hochentwickelten Westen aus hundsjämmerlichen Feiglingen besteht und die Russen, ruhig zusehend, sich werden verbluten lassen.“
(Rosa Luxemburg: Brief an Luise Kautsky vom 24. November 1917, in: Luxemburg, Rosa: Gesammelte Briefe, Berlin 1987, Band 5, S. 329)

In ihrer Rede auf dem Gründungsparteitag der KPD Ende 1918 hob Rosa Luxemburg das Lernen aus den Erfahrungen der russischen Oktoberrevolution und der Politik der Bolschewiki hervor:

„...wir sollen es nie vergessen, wenn man uns mit den Verleumdungen gegen die russischen Bolschewisten kommt, darauf zu antworten: Wo habt ihr das ABC eurer heutigen Revolution gelernt? Von den Russen habt ihr's geholt: die Arbeiter – und Soldatenräte (Zustimmung); ... die russische Revolution war es, die die ersten Losungen für die Weltrevolution ausgegeben hat.“
(Rosa Luxemburg: Bericht über den Gründungsparteitag der KPD, 1918/1919, Gesammelte Werke, Band 4, Berlin 1974, S. 496)

Rosa Luxemburg, die in den langen Jahren der Zusammenarbeit mit Wladimir Lenin bis kurz vor der Oktoberrevolution eine Reihe von Widersprüchen und Kritikpunkten hatte, betonte angesichts der Realität der Oktoberrevolution, dass deren Sieg nur unter Führung der Bolschewiki erfolgen konnte:

„Die Lenin-Partei war somit die einzige in Russland, welche die wahren Interessen der Revolution in jener ersten Periode begriff, sie war ihr vorwärtstreibendes Element, als in diesem Sinne die einzige Partei, die wirklich sozialistische Politik trieb.“
(Rosa Luxemburg, „Zur Russischen Revolution“, Gesammelte Werke, Band 4, S. 338)

Weiter schrieb sie:

„Die Lenin-Partei war die einzige, die das Gebot und die Pflicht einer wirklich revolutionären Partei begriff, die durch die Losung: Alle Macht in die Hände des Proletariats und des Bauerntums!, den Fortgang der Revolution gesichert hat ...

Die ganze revolutionäre Ehre und Aktionsfähigkeit, die der Sozialdemokratie im Westen gebrach, war in den Bolschewiki vertreten. Ihr Oktoberaufstand war nicht nur eine tatsächliche Rettung für die russische Revolution, sondern auch eine Ehrenrettung des internationalen Sozialismus.“
(ebenda, S. 341)

Rosa Luxemburg war eine großartige Kommunistin

Es war für Lenin nichts Neues, dass Opportunisten versuchten, aus den vorangegangenen Kontroversen zwischen Rosa Luxemburg und ihm Honig zu saugen und antikommunistische Positionen zu entwickeln. Seine Kritik an Rosa Luxemburg war immer solidarisch, eine Kritik unter kommunistischen Kadern. Klar hatte sie hier und da Fehler in den Debatten mit Lenin entwickelt, die sie nach der Entlassung aus dem Gefängnis zum großen Teil korrigierte. Aber darum ging es gar nicht und geht es gar nicht. Gegen die mit böser Absicht vorgenommene Methode, gerade bestimmte nicht richtige Passagen von Rosa Luxemburg zu zitieren, antwortete Lenin mit ein paar Zeilen aus einer trefflichen russischen Fabel: „Wohl traf's sich, dass des Adlers Flug ihn niedriger, als Hühner fliegen, trug, doch fliegen Hühner nie auf Adlershöh'n.“ Lenin schrieb, dass sich Rosa Luxemburg durchaus in verschiednen Fragen auch geirrt hatte. Er stellte aber mit allem Nachdruck fest:

„Aber trotz aller dieser ihrer Fehler war sie und bleibt sie ein Adler; und nicht nur die Erinnerung an sie wird den Kommunisten der ganzen Welt immer teuer sein, sondern ihre Biographie und die vollständige Ausgabe ihrer Werke ... werden eine sehr nützliche Lehre sein bei der Erziehung vieler Generationen von Kommunisten der ganzen Welt.

‚Die deutsche Sozialdemokratie ist nach dem 4. August 1914 ein stinkender Leichnam‘ – mit diesem Ausspruch Rosa Luxemburgs wird ihr Name in die Geschichte der Arbeiterbewegung der ganzen Welt eingehen.“
(Lenin, „Notizen eines Publizisten“, 1922, Werke Band 33, S. 194 f.)


GEGEN DIE STRÖMUNG

Hakenkreuz-Freikorps und sozialdemokratische Staatsmänner in einer Front

Flugblatt von 2018/12

- Der Verrat der Sozialdemokratie 1914 und der Sieg der Novemberrevolution
- Von der Novemberrevolution 1918 bis zu den Januarkämpfen 1919 (Erste Etappe)
- Die Niedermetzelung der Bayerischen Räterepublik 1919 (Zweite Etappe)
- Kapp-Putsch 1920 (Dritte Etappe)
- Aus dem von Rosa Luxemburg entworfenen und vom Gründungsparteitag der KPD Ende 1918 beschlossenen Programm der KPD

10 Seiten, A4, Zu bestellen bei: Literaturvertrieb Georgi Dimitroff, Postfach:102051, 63020 Offenbach a. M., info@litvertriebdimitroff.de

Drucker, Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: W. Schulze, Osnabrücker Str. 26, 10589 Berlin www.gegendiestroemung.net
gegendstroemung@web.de | Die Nutzung unserer Homepage sollte gut überlegt erfolgen, da jeder Zugriff staatlich registriert wird. ISSN 0948/5090

Proletarierinnen/Proletarier aller Länder, vereinigt euch!

GEGEN DIE STRÖMUNG

Organ für den Aufbau der Revolutionären Kommunistischen Partei Deutschlands

5/2021 Mai 2021

1. Mai – Kampf für den proletarischen Internationalismus:

Kampf gegen den verschärften Abschiebeterror des deutschen Staats!

Der Kapitalismus ist international. Die Arbeiterinnen und Arbeiter müssen ihre Arbeitskraft auf dem „Arbeitsmarkt“ als Ware anbieten und verkaufen. Gerade aus den vom Imperialismus abhängigen Ländern suchen diese dort Arbeit, wo sie scheinbar oder wirklich am besten bezahlt wird. Hunger und extrem elende Lebensbedingungen in vielen Ländern sind wesentliche Gründe, außerhalb des Herkunftslandes ihren einzigen Besitz, die Arbeitskraft, auf dem Markt in anderen Ländern anzubieten und zu verkaufen.

Die „moderne Völkerwanderung“ ist die unvermeidliche Folge der imperialistischen Ausplünderung und Unterdrückung der Masse der Bevölkerung dort, sie ist auch Resultat reaktionärer Kriege, welche insbesondere von den imperialistischen Großmächten geschürt werden, sowie von fürchterlichen Massenmorden. An der Haltung zur Migration scheiden sich die Geister.

Auf der einen Seite stehen die pseudolinken, deutschnationalistischen und europäisch-chauvinistischen Kräfte, die sich auf die gerade in Deutschland stark ausgeprägte arbeiteraristokratische Oberschicht der proletarischen Klasse orientieren, die ihre Privilegien vor allem der Teilhabe an der Ausbeutung der Arbeiterinnen und Arbeiter in abhängigen Ländern verdankt. Sie hetzen, dass einzig und allein die Migration schuld an niedrigen Löhnen sei, dass Immigrantinnen und Immigranten den „deutschen Familienvätern“ die Arbeit wegnehmen würden und deren Zuzug nach Deutschland oder in die EU rigide begrenzt werden müsse und es da ohne Abschiebungen nicht abgehe.

Auf der anderen Seite stehen die proletarisch-internationalistischen Kräfte. Diese orientieren sich auf die untersten Schichten der proletarischen Klasse, die in Deutschland zu einem großen Teil migrantischer Herkunft sind, vielfach Tagelöhnerinnen und Tagelöhner aus anderen Ländern ohne jegliche Rechte.

International geht es um die Orientierung auf die „Verdammten dieser Erde“, die in abhängigen Ländern gerade auch vom deutschen Imperialismus brutal ausgebeutet werden. Die Losung „Proletarier/Proletarierinnen aller Länder, vereinigt euch!“ ist mit keinerlei Beschränkung der Migration vereinbar. Die „moderne Völkerwanderung“ mit all ihren fürchterlichen Begleiterscheinungen für die Fliehenden ermöglicht und erleichtert, wenn diese Frage richtig angepackt wird, den Zusammenschluss der Arbeiterinnen und Arbeiter aller Länder, knüpft Beziehungen in alle Länder und kann den Klassenkampf

Schlaglichter auf internationale Streiks und Protestbewegungen 2021

Indien

Die Arbeiterinnen und Arbeiter der Toyota-Fabrik in Bidadi (Großraum Bangalore) waren drei Monate im Streik. Diesen beendeten sie am 4.3.2021. Auslöser des Streiks war, dass die Kapitalisten die Taktzahl bei der Arbeit erhöht haben. Statt alle 3 Minuten sollte nun alle 2,5 Minuten ein Auto vom Band gehen. Dagegen richtete sich der Protest der Arbeiterinnen und Arbeiter. Ca. 40 Protestierende wurden entlassen. Daraufhin traten 1.200 der 3.500 Arbeiterinnen und Arbeiter in einen Streik. Der Streik wurde mit Hungerstreiks und täglichen Protesten vor dem Werkstor unterstützt. Die Kapitalisten reagierten mit Aussperrung aller 3.500 Beschäftigten. Am 12.1.2021 boten die Kapitalisten an, die Aussperrung aufzuheben, wenn die Beschäftigten die Arbeit wieder aufnehmen. Aber sie hatten keinen Erfolg mit ihrem „Angebot“. Mit ihrem dreimonatigen Streik erreichten die Arbeitenden, dass ihnen der wegen des Streiks und der Aussperrung entgangene Lohn vom 10.11.2020 bis zum 1.3.2021 bezahlt wird und die Entlassungen rückgängig gemacht wurden. Am 4.3.2021 wurde der Streik beendet.

In Indien gibt es seit Monaten Proteste von Millionen von Bäuerinnen und Bauern, Landarbeiterinnen und Landarbeitern gegen drei im September 2020 eingeführte Landwirtschaftsgesetze sowie vier neue Arbeitsgesetze. Diese forcieren eine kapitalistische Landwirtschaft, welche den Ruin und die Verelendung der großen Masse der Bäuerinnen und Bauern beschleunigt. Die landwirtschaftlich Produzierenden sollen noch mehr und ganz direkt den großen Konzernen unterworfen werden, so durch die sogenannte „Vertragslandwirtschaft“, welche den landwirtschaftlich Produzierenden die Preise und Produktionsbedingungen von A bis Z diktiert. Ein Höhepunkt war der Protesttag am 27.1.2021, dem sogenannten „Nationalfeiertag“. Hunderttausende beteiligten sich an den Protesten. Diesen schlossen sich auch viele Arbeiter und Arbeiterinnen an. Aus vielen Bundestaaten kamen Bäuerinnen und Bauern, Landarbeiter und Landarbeiterinnen nach New Delhi und versammelten sich vor der Stadt. Bereits am 26.1. 2021 durchbrachen Traktoren Polizeisperren, um ins Stadtzentrum zu gelangen. Die Polizei reagierte brutal und erschoss einen Traktorfahrer. Auch das „Angebot“ der Regierung, die Gesetze für 18 Monate zu stoppen und neu zu verhandeln konnte, die Proteste nicht aufhalten. An den Protesten beteiligen sich auch viele Bäuerinnen, die sich dagegen zur Wehr setzen, dass ihnen als nichtverheiratete Frauen das Land gestohlen wird.

Weiter auf S. 2

Gegen den deutschen Nationalismus und europäischen Chauvinismus!

Argentinien

Im März 2021 kam es im Hafen von Buenes Aires zu einem viertätigen Streik gegen kapitalistische Rationalisierung, damit verbundene Intensivierung der Ausbeutung und Sozialabbau. Die argentinische Regierung plant, künftig den Hafen von Buenos Aires nur noch durch zwei Firmen betreiben zu lassen. Dadurch soll der Hafen rentabler für die Kapitalisten werden. Die Hafenarbeiter und -arbeiterinnen wehren sich gegen diese reaktionäre Regierungsmaßnahme, da diese Arbeitsrecht außer Kraft setzt und die Löhne unter den Mindestlohn fallen lässt. Die im Hafen verbleibenden Firmen wollen die Arbeiterinnen und Arbeiter nicht mehr selbst beschäftigen, sondern nur mehr über Leiharbeitsverhältnisse. Unter dem Druck des Streiks hat die Regierung die Maßnahmen zunächst aufgehoben. Die 600 Arbeiterinnen und Arbeiter fürchten aber weiterhin um ihre Arbeitsplätze, da nun die Konzession für ein Terminal ausläuft. Der Gewerkschaftsführung haben die Arbeiterinnen und Arbeiter vorgeworfen, sie bei alledem verkauft zu haben. Daher haben sie am 7.4.2021 beschlossen, das Terminal 5 des Hafens eigenständig zu bestreiken. Die Blockaden des Hafens halten bis heute (Stand 17.4.2021) an. Die Streikenden vernetzen und koordinieren sich mit anderen, die in Buenos Aires kämpfen. Die Forderungen der Streikenden lauten: Für den Erhalt ihrer Arbeitsplätze und Festanstellungen für die 300 als Leiharbeiter und Leiharbeiterinnen beschäftigten.

Frankreich

Seit dem 4.1.2021 befinden sich die Arbeiterinnen und Arbeiter der Raffinerie von Total in der Nähe von Paris im unbefristeten Streik. Total hatte schon im Dezember versucht, mit den Vorbereitungsarbeiten für die Schließung der Raffinerie zu beginnen. Dagegen richtet sich der Streik. Total versuchte in der Presse die Raffinerieschließung als Umweltschutzmaßnahme zu verkaufen. Der Streik dauert unseres Wissens bis heute an.

Seit Ende letzten Jahre protestierten jeden Samstag Tausende in verschiedenen Städten Frankreichs gegen das geplante Sicherheitsgesetz. Dieses Gesetz verbietet, dass Polizeieinsätze bei Demonstrationen gefilmt und weiterverbreitet werden. Als Höchststrafe drohen 5 Jahre Haft und eine Geldstrafe von 75.000 Euro. Am 16.1.2021 gab es landesweit 80 Kundgebungen. Daran nahmen insgesamt zirka 200.000 Protestierende teil. In einigen Städten wurden die Demonstrationen mit Tränengas von der Polizei angegriffen. Die Verabschiedung des Gesetzes am 15. April 2021 konnte nicht verhindert werden. Unter dem Druck der Proteste wurden lediglich ein Artikel etwas „umgeschrieben." Das „Teilen von Bildern" wird als Delikt nicht mehr ausdrücklich erwähnt.

Iran

Seit Jahres Beginn 2020 gibt es im Iran eine massive Streikbewegung in den Fabriken. So streikten die Arbeiter und Arbeiterinnen der Zuckerfabrik Hafttapeh ab dem 23.6.2020 mehr als zwei Monate lang wegen ausstehender Lohnzahlungen. Im August traten ca. 10.000 Arbeiterinnen und Arbeiter der Öl- und -Gasfelder in den Streik, nachdem einer ihrer Kollegen bei 50 Grad Celsius am Arbeitsplatz an Hitzschlag gestorben ist. Ein Untergrundstreikkomitee wurde gegründet, das wöchentlich Streikbulletins herausgab. Der Streik dauerte über vier Wochen.

Italien

40.000 Beschäftigte von Amazon in Italien legten am 22.3.2021 für 24 Stunden die Arbeit nieder. Das waren 75 % aller bei Amazon in Italien beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen. Der Streik richtete sich gegen die ausbeuterischen Arbeitsmethoden. Bereits im Februar hatten die Amazon-Fahrer in Vigonza gestreikt.

Marokko

In Marokko streikten vom 23.3. bis zum 5.4.2021 die Lehrer und Lehreinnen. Ihr Ziel ist es, für ihre Kollegen und Kolleginnen mit lediglich befristeten Verträgen Festanstellungen durchzusetzen. Mit sogenannten Corona-Auflagen versucht der marokkanische Staat die Proteste zu verhindern. Das gelingt ihm nicht. Auch von der Polizeigewalt lassen sich die Streikenden nicht einschüchtern. Die Polizei setzte am 15.3.2021 gegen 15.000 Lehrerinnen und Lehrer Wasserwerfer und Tränengas ein, die den Platz vor dem Parlament blockierten. Die Regierung drohte allen Streikenden mit Entlassung. Dennoch ging der Streik weiter.

Spanien

Am 15.2.2021 beschlossen die Beschäftigten der Röhrenfabrik Tubacex in Ilodio bei Bilbao den unbefristeten Streik gegen die Entlassungspläne der Kapitalisten. 150 Kolleginnen und Kollegen sollen den Arbeitsplatz verlieren. Bereits im Oktober 2020 gab es Warnstreiks. Alle Beschäftigten beteiligten sich an dem Streik. Am 23.2.2021 griff die Polizei die Streikenden an und verschaffte Streikbrechern den Zutritt zum Werksgelände. Am 8.3.2021 zog ein Demonstrationszug von Frauen zum internationalen Frauenkampftag vor das Werkstor. Ca. 200 Frauen verhinderten mit einer Sitzblockade, dass Streikbrecher das Fabrikgelände betreten konnten.

2.000 bis 3.000 Landarbeiterinnen und Landarbeiter in Andalusien streikten Ende Januar 2021 fünf Tage lang. Sie waren erfolgreich. Sie erhalten künftig wenigstens den Mindestlohn von 7,43 Euro. Ihre Beschäftigungsverhältnisse werden in unbefristete Verträge umgewandelt. Drei entlassene Streikende werden wiedereingestellt. Auch Betriebsratswahlen konnten endlich durchgesetzt werden.

Südafrika

Am 24.2.2021 wurde in Südafrika ein Protest-Generalstreik durchgeführt. „It´s time to fight back" war das Motto des Aufrufs. Anlass war u.a. ein von der südafrikanischen Regierung geplantes Gesetz, das die Reduzierung der Löhne im öffentlichen Dienst vorsieht. Weitere Forderungen waren ein höherer Mindestlohn und ein bedingungsloses Grundeinkommen. 32.5 % der Südafrikanerinnen und Südafrikaner sind erwerbslos. Die Polizei versuchte die Demonstrationen durch zahlreiche Corona-Auflagen zu unterbinden und abzuwürgen. Das ist nicht gelungen. In mehreren Städten fanden große Demonstrationen statt, so in Kapstadt und Johannesburg.

Quellen: labournet.de, junge Welt, Neues Deutschland

in jedem Land stärken und befruchten. Dazu müssen wir als kommunistische Kräfte hier in Deutschland als einem imperialistischen Land, einer imperialistischen Großmacht, in der Tat beweisen, dass wir dem deutschen Imperialismus auf allen Gebieten den Krieg erklären.

Durchschnittlich mehr als 25.000 Abschiebungen jedes Jahr seit 2015

Kein Zweifel, die Machthabenden in Deutschland ziehen die Schrauben ihrer menschenrechtsfeindlichen, reaktionären Politik gegen Migrant*innen und Refugees weiter an. Der von den Herrschenden verhängte Corona-Ausnahmezustand wird gerade auch genutzt, um weiter und verstärkt Abschiebungen durchzuziehen. Wenn dies nicht reibungslos gelingt oder verhindert werden kann, so liegt das einzig und allein am Widerstand der Menschen, die abgeschoben werden sollen sowie an den Protesten solidarischer Menschen und Initiativen dagegen. Es ist dringend nötig, den Widerstand gegen alle und jegliche Abschiebungen zu verstärken. Das zeigt der Blick auf die brutale Realität der deutschen Abschiebungspolitik.

In den sechs Jahren von 2015 bis 2020 wurden nach offiziellen Regierungsangaben (zuletzt vom 2.3.2021 auf Grund einer parlamentarischen Anfrage) insgesamt über 125.000 Menschen abgeschoben. Das sind im jährlichen Schnitt über 25.000 Abschiebungen. Nach einem vorübergehenden Rückgang im Jahr 2020 läuft die Abschiebemaschine des deutschen Staatsapparats seit Ende des letzten Jahres wieder auf Hochtouren. Eine Aktionsgruppe gegen Abschiebungen aus Berlin zählte seit November 2020 75 Sammelabschiebungen per Charterflug. Auch die monatlichen „Sammelabschiebungen" nach Afghanistan werden nach

zeitweiliger Aussetzung seit Dezember 2020 wieder durchgeführt. Am 7. April 2021 erfolgte die 38. Sammelabschiebung nach Kabul mit 20 Geflüchteten. Dagegen protestierten 500 solidarische Menschen am Flughafen Schöneberg/Berlin. In Afghanistan erwartet die Abgeschobenen unbeschreibliches Elend, Verfolgung, wenn nicht der Tod.

Abschiebungen, darunter viele Sammelabschiebungen, erfolgen ständig auch in andere Länder, so zum Beispiel von Roma nach Serbien oder in den Kosovo. Nur ein Beispiel ist die Abschiebung einer achtköpfigen Roma-Familie mit einem chronisch kranken Kind nach Serbien. Dort werden Roma enorm diskriminiert und sind gezwungen, in Elendsverhältnissen zu leben. Im Juli 2020 fand in Zusammenarbeit mit Frontex die erste „Langstreckenabschiebung" von 19 Pakistanerinnen und Pakistanern nach Islamabad in Pakistan statt. Nun erfolgen mindestens monatliche „Sammelabschiebungen", die reihum von den Bundesländern durchgeführt werden.

Die Abschiebungen sollen weiter verstärkt werden. Das zeigt z. B. auch die Tatsache, dass in Hessen seit Februar 2021 die Haftplätze im Abschiebegefängnis Darmstadt vervierfacht wurden.

Beispiele für den Abschiebeterror des deutschen Staats und Proteste dagegen

Ob hier in Deutschland geboren oder nicht, ob alt und krank oder jung und gesund, ob verheiratet oder nicht, ob erwerbstätig oder nicht, mit eiskalter deutscher Bürokratenlogik wird alles nach „Abschiebegründen" durchforstet. Und bei wem irgendein „Abschiebegrund" festgestellt wird, kommt auf die Abschiebelisten. Zumeist werden die Betroffenen dann in Nacht-und-Nebel-Aktionen zuhause, bei der Arbeit, in der Schule überfallsartig festgenommen. Sie kommen in Abschiebehaft und werden dann zwangsweise ins Flugzeug gesetzt. Dafür nur einige Beispiele, an deren Stelle Hunderte, ja Tausende andere stehen könnten.

► Der 31 Jahre alte Kurde Mutlu B. wurde am 2. März 2021 vom Frankfurter Flughafen in die Türkei abgeschoben. Mutlu B. ist in Deutschland geboren und hat das Sorgerecht für seine minderjährige Tochter. Mutlu ist somit „Inländer". Er spricht kein Türkisch und ist nur nach der deutschen nationalistisch-rassistischen Abstammungsideologie ein „Ausländer". Sein „Fehler" war, dass er die deutsche Staatsbürgerschaft nicht beantragt hat. Dies war der Vorwand, um ihn abzuschieben, Um ihn wie ein Gepäckstück in einem Flugzeug zu transportieren, wurden ihm die Augen verbunden, ein Bauchgurt angelegt sowie Hände und Füße gefesselt, wie er später berichtete. Gegen seine Abschiebung wurde Ende Februar 2021 vor dem Abschiebeknast in Darmstadt protestiert.

► Die 60-jährige Afitap Demir, die für ihren chronisch kranken Sohn sorgt und ihn betreut, ist im Alter von 25 Jahren als politisch verfolgte Kurdin aus der Türkei geflohen. Sie lebt seit 1985 in Deutschland und hat noch weitere vier erwachsene Kinder mit deutscher Staatsangehörigkeit. Ihr wurde eine Haftstrafe zum Verhängnis, die sie im Knast absitzen musste, weil sie sich im Ehestreit gegen ihren gewalttätigen Mann gewehrt hat. Das Darmstädter Bündnis „Community for all" protestierte zwei Tage vor der Abschiebung durch ein „Knastbeben" mit über 200 Menschen vor dem mit fünf Meter hohem Stacheldraht eingezäunten hessischen Abschiebegefängnis in Darmstadt-Eberstadt.

► Sali Krasniqi, 62 Jahre alt, ist nach 29 Jahren in Deutschland am 12. Oktober 2020 zusammen mit seiner Frau Mire G. aus dem Kreis Biberach/Baden-Württemberg in den Kosovo abgeschoben worden. Dort ist er in der Nacht vom 11. März 2021 gestorben. Er hatte drei Herzoperationen hinter sich. Eine adäquate medizinische Behandlung im Kosovo war unmöglich. Das war vor der Abschiebung bekannt, ist aber nicht berücksichtigt worden. Eine Ärztin hat willfährig lediglich die Flugfähigkeit attestiert. Ein Antrag auf sofortige Rückholung im Dezember 2020 wurde vom Hessischen Regierungspräsidium und dem Innenministerium im Februar 2021 eiskalt zurückgewiesen. Die Abschiebung sei „nicht rechtswidrig" gewesen. Sali Krasniqui ist somit einer von den ungezählten Fällen, bei denen Menschen in den Tod abgeschoben wurden.

► Die 33 Jahre alte Mimi T., die aus Äthiopien stammt, lebte seit acht Jahren in Deutschland. Sie hatte 2009 Äthiopien verlassen, weil sie dort als Oppositionelle gegen das damalige reaktionäre Regime unterdrückt wurde. Sie wurde inhaftiert und erlitt sexuelle Gewalt. Bevor sie nach Deutschland kam, arbeitete sie als Haushaltshilfe in Dubai, wo sie geschlagen und gedemütigt wurde. Wegen ihrer schlimmen Erfahrungen ging es ihr schlecht und sie war in Nürnberg in therapeutischer Behandlung. Dennoch wurde sie im November 2020 nach Eichstätt (Bayern) in Abschiebehaft gebracht. Während ihrer mehrwöchigen Inhaftierung verschlechterte sich ihr Gesundheitszustand massiv. Zuletzt konnte sie sich kaum mehr mit eigener Kraft auf den Beinen halten. In der Haft hat Mimi T. einen Suizidversuch unternommen. Mehrere Ärztinnen verneinten ihre Reisefähigkeit. Lediglich ein wahrer Schreibtischtäter, der Arzt aus der Haftanstalt Eichstätt, stempelte sie reisefähig. So wurde sie am 28.12.2020 nach Äthiopien abgeschoben. Nach der Ankunft in Addis Abeba wurde Mimi T. von den deutschen Behörden im Rollstuhl, noch immer in ihrer Gefängniskleidung, ohne Bargeld und ihre persönlichen Sachen, am Flughafen buchstäblich „abgestellt". Nur durch die Unterstützung von Bekannten aus Deutschland konnte sie in Äthiopien eine Unterkunft finden.

► Der 28-jährige Omar F. aus Somalia lebt seit 2013 in Deutschland. Sein Asylantrag wurde 2017 abgelehnt und seine Klage im März 2020 abgewiesen. Seit drei Jahren arbeitete er als Maschinenführer. In wenigen Wochen hätte er Anspruch auf eine sog. „Beschäftigungsduldung" gehabt, die vor Abschiebung schützt, und in neun Monaten, nach acht Jahren Aufenthalt in Deutschland, eine sog. „Aufenthaltsgewährung" erhalten. Omar F. ging am 15. Februar 2021 ahnungslos in die Ausländerbehörde in Bad Homburg, um seine Duldung zu verlängern. Dort wurde er völlig überraschend durch Polizei verhaftet und im Abschiebeknast in Darmstadt inhaftiert. Am 17. Februar 2021 wurde er nach Mogadischu in Somalia abgeschoben. Der deutsche Staatsapparat hat „gut" gearbeitet. Kurz bevor alle Bedingungen für ein „Aufenthaltsrecht" erfüllt waren, wurde er gerade noch „rechtzeitig" abgeschoben. Mit einer Kundgebung vor dem Regierungspräsidium in Darmstadt und einer Demonstration

durch die Innenstadt forderten am 12. März rund 300 Menschen, mehrheitlich aus Somalia, in Sprechchören einen sofortigen Abschiebestopp. Eine Frau aus Somalia prangerte auch die mörderische Kolonialpolitik und Deutschlands Rolle bei der willkürlichen imperialistischen Aufteilung Afrikas und dem heutigen Elend und der Unterdrückung dort an.

► Der 27-jährige Alpha Oumar Bah lebte, nach jahrelanger Flucht als Jugendlicher, seit mehr als drei Jahren in einem Geflüchtetenheim in Berlin, zuletzt mit unsicherem Aufenthaltspapier, einer sog. „Duldung“. Er nahm sich am 16.3.21 das Leben, indem er sich aus der 2. Etage des Wohnheims stürzte. Er hatte die Ausweglosigkeit seiner Lage und den psychischen Druck wegen einer angekündigten Massenabschiebung nach Guinea am 16. März nicht mehr ausgehalten – Die SPD/Grüne/Die Linke-Regierung in Berlin treibt Abschiebungen massiv voran und steht dabei bundesweit mit an der Spitze: Allein 2020 wurden allein 10 Prozent aller Abschiebungen bundesweit von Berlin aus durchgeführt. Eine Trauer- und Protestdemonstration von Aktivistinnen und Aktivisten, von Freundinnen und Freunden mit 150 Teilnehmenden vor allem afrikanischer Herkunft fand am 27. März in Berlin statt.

► Salah Tayyar, Refugee aus dem Tschad hat fast acht Jahre lang ohne sichere Aufenthaltsperspektive in Deutschland gelebt. Aus Angst vor einer drohenden Abschiebung sprang er am 11. März 2021 aus dem sechsten Stock seines Wohnhauses in Eberswalde, Kreis Barnim, in den Tod. Salah war nicht mehr mit dem psychischen Druck fertig geworden, dass das Verwaltungsgericht seinen Asylantrag ebenfalls ablehnen werde, wie das zuvor schon das BAMF getan hatte. Deutsche Abschiebepolitik hat ihn in den Tod getrieben. Die Gruppe „Barnim für alle“, ein Zusammenschluss aus Refugees und ihren Freundinnen, rief am internationalen Tag gegen Rassismus am 21. März 2021 zu einer Demonstration in Eberswalde auf. Bestürzt und wütend über den Tod Salahs protestierten 400 Menschen am Bahnhof und vor seinem Haus. Im Aufruf „Wir sind alle Salah!“ heißt es:

> „Die Verantwortung für Salahs Selbstmord tragen die deutsche Regierung, das Land Brandenburg und die lokale Verwaltung im Landkreis Barnim. ... Salahs Fall ist der eines Opfers des Asylsystems, eines rassistischen Regimes, das Geflüchtete solange verfolgt und unter Druck setzt, bis sie den Selbstmord als letzten Ausweg sehen. ... Deshalb erklären wir als Barnim für alle-Gruppe unseren Widerstand gegen dieses tödliche und zerstörerische System, das Menschen auf dem Gewissen hat.“

Solidarität mit Nazdar Ecevit!

Die kurdische HDP-Aktivistin Nazdar Ecevit wurde am Morgen des 7. April 2021 aus einem Geflüchtetenlager in Bad Arolsen (Landkreis Waldeck-Frankenberg) bei Kassel gewaltsam durch die Polizei abgeholt. Sie wurde ins Abschiebegefängnis am Flughafen Frankfurt gebracht und sollte am nächsten Tag in die Türkei abgeschoben werden. Aufgrund ihres Widerstands musste die Abschiebung abgebrochen werden. Daraufhin wurde sie im Abschiebeknast Darmstadt-Eberstadt inhaftiert.

Wegen verschiedener Aktivitäten für eine prokurdische Partei, die im türkischen Parlament vertreten war und 2009 verboten wurde, saß Nazdar Ecevit über fünf Jahre in Untersuchungshaft in der Türkei. Nach ihrer Freilassung wurde sie verletzt, als sie Verwundete während der Massaker des türkischen Militärs 2015/16 in der in großen Teilen zerstörten Stadt Cizir zu bergen versuchte. In den Kellern mehrerer Gebäude waren die dort Schutzsuchenden mit Benzin übergossen und in Brand gesteckt worden. Mindestens 23 Menschen wurden ermordet.

Da Hunderte von Häusern und auch die ihrer Familie zerstört worden waren, sah Nazdar Ecevit keine Möglichkeit mehr, dort weiter zu leben und ist 2016 nach Deutschland geflohen. Nach ihrer Flucht wurde sie 2018 in der Türkei in Abwesenheit vom „Gericht für Schwere Strafsachen“ zu sechs Jahren Haft verurteilt. Seit gerichtlicher Bestätigung des Urteils 2019 ist Nazdar Ecevit in der Türkei offiziell zur Fahndung ausgeschrieben. Zudem soll sie wegen „Mitgliedschaft in einer bewaffneten Terrororganisation“ angeklagt werden. In Deutschland beantragte Nazar Ecevit politisches Asyl. 2017 wurde ihr Asylantrag abgelehnt. Auch die Klage vor dem Verwaltungsgericht Kassel wurde wegen angeblicher „Unglaubwürdigkeit“ und fehlender Unterlagen abgewiesen.

Das Frankfurter Amtsgericht beschloss am 12. April 2021 für sie weiterhin Abschiebehaft im Abschiebeknast Darmstadt-Eberstadt. Rund hundert Protestierende der kurdischen Community, von Geflüchteteninitiativen und andere Solidarische forderten während der anderthalb Stunden der Verhandlung im und vor dem Amtsgericht Frankfurt die Freilassung von Nazdar Ecevit aus dem Abschiebegefängnis, Abschiebestopp und keine Auslieferung in die Kerker des reaktionären Regimes der Türkei durch den deutschen Staat.

Nazdar kündigte nach der Gerichtsentscheidung an, in der Abschiebehaft in den Hungerstreik zu treten. Aufgrund der öffentlichen Proteste und einer eingereichten Petition wurde Nazdar Ecevit am 15. April aus der Abschiebehaft entlassen. Die Gefahr der Abschiebung aber bleibt. Es gilt, die Solidarität mit ihr und gerade allen von Abschiebung betroffenen fortschrittlichen Aktivistinnen zu verstärken, um ihr demokratisches Recht auf Asyl, ihr Bleiberecht durchzusetzen. Aktivistinnen und Aktivisten mobilisieren weiter!

Den Kampf gegen die Abschiebungen verstärken!

Es ist unbedingt nötig, möglichst jede einzelne Abschiebung zu verhindern. Wenn stark mobilisiert wird, wenn öffentlich protestiert wird, dann sind hier Erfolge sehr wohl möglich. Tatsache ist z. B., dass der vor fünf Jahren aufgestellte Plan, 80.000 Geflüchtete nach Afghanistan abzuschieben, durch ständige, mehr oder weniger starke Proteste in den Flughäfen bis hin zu Blockaden der Zufahrtswege erheblich durchkreuzt worden ist. Dem deutschen Abschiebestaat gelang es seit Dezember 2016 dennoch mehr als tausend Geflüchtete ins Kriegselend nach Afghanistan zurück zu verfrachten – das sind natürlich immer noch tausend zu viel!

Tatsächlich hängt das „Damoklesschwert“ einer drohenden Abschiebung über Hunderttausenden Menschen in Deutschland. Von den rund 1,84 Millionen Frauen, Männern und Kindern, die das deutsche „Ausländerzentralregister“ Ende 2019 erfasst hatte, haben rund 1,1 Millionen Menschen einen befristeten oder einen ungeklärten Aufenthaltstitel. Sie sind von einer Einbürgerung, von der deutschen Staatsbürgerschaft (bis auf wenige Einzelfalle) ausgeschlossen. Diese Geflüchteten und Migrant*innen und ihre Kinder, auch wenn sie in Deutschland geboren sind, haben nach deutschem „Recht“ keine langfristig sichere Bleibeperspektive. Hinzu kommen noch die auf mindestens eine halbe Million geschätzten lllegalisierten, die völlig ohne Papiere hier leben und arbeiten. Alle diese Menschen sind von Ausweisung und Abschiebung

Die Partei „Die Linke“: Auf dem Weg zu einem „stinkenden Leichnam“!

Die Partei „Die Linke“ an der Regierung: „Wir schieben ab.“

Vor allem dort, wo die Partei „Die Linke“ (PdL) in der Opposition oder gar nicht in einem Parlament vertreten ist, tun deren führende Politiker teilweise so, als lehnten sie Abschiebungen ab, als seien sie tatsächlich solidarisch mit Geflüchteten und Geflüchteten-Initiativen. Das ist durch und durch verlogen. Tatsache ist nämlich: Überall dort, wo die Partei „Die Linke“ selbst an einer Landesregierung beteiligt ist, lassen sie selbst Abschiebungen durchfuhren - nicht anders als die anderen Landesregierungen. Das zeigt sich ganz eindeutig in Thüringen.

In der Opposition sprach sich eine Abgeordnete die Fraktion „Die Linke“ im Thüringer Landtag z. B. am 6. Oktober 2010 gegen Abschiebungen von Roma in den Kosova aus, denn ***„für jeden einzelnen Menschen ist es schlimm, als Angehöriger der Roma in den Kosova abgeschoben zu werden.“*** (Rede von S. Berninger im Thüringer Landtag am 6.10.2010)

In Thüringen stellt die PdL seit 2014 den Ministerpräsidenten. Gleich zu Beginn seiner Amtszeit erklärte Ramelow, unter seiner Regierung würden gemäß einem ***„beschleunigten Rückführungsmanagement“*** weiterhin und verstärkt Migrantinnen und Migranten sowie Geflüchtete abgeschoben. Er kündigte ***„eine vierstellige Zahl“*** von Abschiebungen an. ***„Dazu stehe ich“,*** erklärte Ramelow (Thüringer Allgemeine, 21.10.2016). Die damalige Thüringer Landesvorsitzende und heutige Bundes-Co-Vorsitzende Hennig-Wellsow pochte im Juni 2016 auf deren Parteitag ebenfalls darauf: ***„Ja, Thüringen muss abschieben.“*** (http://archiv2017.die-linke.de)

Und genau das peitscht die dortige Regierung unter Führung einer sich absurderweise „Die Linke“ nennenden Partei erbarmungslos durch – gerade auch von Roma nach Kosova. Wie sie sich in ihren Rechtfertigungen auch winden und wenden, das ändert nichts daran, was Roma Thüringen zu einer „Sammelabschiebung“ am 16. Dezember 2015 von mehreren Roma-Familien und anderen Geflüchteten aus Thüringen feststellte: ***„Jede Abschiebung ist ein Verbrechen. Deshalb fordern wir einen sofortigen allgemeinen Abschiebestopp.“*** (Presseerklärung von Roma Thüringen vom 19.1.2016)

Schamloser ideologischer Schulterschluss mit der AfD auf Basis des deutschen Nationalismus

Seit vielen Jahren betreibt die PdL eine deutschnationalistische Propaganda, die sich in vielen Punkten kaum noch von der AfD unterscheidet. Auch praktisch zeigt sich diese Nähe.

2015 rief Wagenknecht, damals stellvertretende Fraktionsvorsitzende im Bundestag, dazu auf ***„Mit Pegida reden“*** (FR 21.1.2015) und stellte diesen Aufruf auch gleich auf ihre eigene Homepage. Im Januar 2016 stellten sich Wagenknecht und Bartsch als Bundestags-Fraktionsvorsitzende der PdL vor die Mikrofone, wo sie sich an der damals betriebenen Hetze von bürgerlichen Politikern und bürgerlichen Medien gegen Menschen aus nordafrikanischen Ländern beteiligten. Wagenknecht erklärte: ***„Wer Gastrecht missbraucht, der hat Gastrecht dann auch verwirkt. Und das ist auch von der Linken eine ganz klare Position.“*** (Pressekonferenz 12.1.2016 bei „phoenix“). Wagenknecht verwendete hier tatsächlich ein dem NSDAP-Programm von 1920 entsprechendes Vokabular. Dort heißt es: ***„Wer nicht Staatsbürger ist, soll nur als Gast in Deutschland leben können und muss unter Fremden-Gesetzgebung stehen.“*** (Punkt 5 des NSDAP-Programms von 1920)

Wagenknechts neues Buch: Deutsch-nationalistische Hetze gegen Migrantinnen und Migranten

Soeben in Nordrhein-Westfalen mit 60 Prozent als Spitzenkandidatin der PdL für NRW für die Bundestagswahl 2021 gewählt, legte Wagenknecht aktuell ein Buch vor, in dem sie ihre zutiefst reaktionären und vor allem deutschnationalistischen Positionen zu einem Programm „für Gemeinsinn und Zusammenhalt“ bündelt, das sich vor allem auch gegen Migranten und Migrantinnen richtet. Wagenknecht fordert faktisch eine Begrenzung von Zuwanderung und arbeitet dabei mit einer Mischung aus Halbwahrheiten und Lügen.

Wagenknecht hetzt in ihrem Buch im Stil von Sarrazin und der AfD: ***„Dass die Löhne in vielen Branchen um bis zu 20 Prozent sanken und selbst ein jahrelanges Wirtschaftswachstum daran nichts ändern konnte, das war allein wegen der hohen Migration nach Deutschland möglich.“*** (S. 161) Schuld an Lohnkürzungen sind laut Wagenknecht also angeblich die vielen Migrantinnen und Migranten – und das auch noch "allein". Wagenknecht beschimpft hier nicht nur die Migrant*innen, sondern nimmt die Kapitalisten, die diese Lohnkürzungen in Wirklichkeit durchgeführt haben, aus der Schußlinie, ja sie werden mit keinem Wort erwähnt.

Wagenknecht geht dann auf einen weiteren ***„Effekt der Zuwanderung“*** ein, wie sie sich ausdrückt. Sie schreibt: **„Ein größerer Anteil an Zuwanderern in den Betrieben bedeutete [...] weniger Zusammenhalt unter den Beschäftigten und damit eine schwächere Position in Lohnauseinandersetzungen.“** (S. 155/156) Wagenknecht geht es mit ihrer deutsch-nationalistischen Grundhaltung also um den „Zusammenhalt unter den Beschäftigten“ innerhalb der Betriebe, der angeblich den Kampf um höhere Löhne stärken würde. Aber zu den „Beschäftigten“ gehören auch Arbeiteraristokraten (Meister, Antreiber...) und Chefs, also Handlanger der Kapitalisten. Wagenknecht geht es also nicht um einen gegen die Kapitalisten und ihre Handlager gerichteten Kampf in den Betrieben, sondern um eine Art Volksgemeinschaft!

Es geht darum, einen gemeinsamen Kampf vor allem der untersten Schichten der proletarischen Klasse aller Nationalitäten zu entwickeln. Das ist ein Kampf, der sich gegen die Kapitalisten und ihre Arbeiteraristokraten richtet, gegen Lohnkürzungen und alle anderen Versuche, die Ausbeutung zu verschärfen. Solche Kämpfe gab es auch in Deutschland, daran waren Arbeiterinnen und Arbeiter aus anderen Herkunftsländern an vorderster Front beteiligt, ja sie haben solche Kämpfe organisiert und angeführt. Ein Blick auf die wichtigsten Streikkämpfe in Deutschland der letzten Jahrzehnte zeigt das überdeutlich.



AfD Anhalt-Bitterfeld propagiert Wagenknecht

Es ist also kein Wunder, dass die Nazis der AfD Anhalt-Bitterfeld diese faktische Übereinstimmung zwischen der PDL und der AfD in Bezug auf „Zuwanderung begrenzen“ auf Plakatwänden öffentlich erklären und dabei Wagenknecht direkt propagieren. Mag sich Wagenknecht gegen die „Einvernahme“ wehren, wie sie will. Das kann nichts daran ändern, dass es eine fundamentale Übereinstimmung der tief in der PdL verankerten Positionen Wagenknechts mit denen der AfD gibt. Wagenknecht ihrerseits hat bereits im März 2013 führende Politiker der AfD verteidigt: *„Wer die Gründer der AfD als Populisten abstempelt, macht es sich zu leicht. In vielen Punkten haben sie mit ihrer Kritik an der derzeit praktizierten Eurorettung Recht.“* (https://www.ntv-de, 29.3.2013)

***

Rosa Luxemburg bezeichnete die SPD 1914 wegen ihrer deutsch-nationalistischen Unterstützung des deutschen Imperialismus im imperialistischen Ersten Weltkrieg als „stinkenden Leichnam“.

Zitate aus: S. Wagenknecht: Die Selbstgerechten. Mein Gegenprogramm — für Gemeinsinn und Zusammenhalt“, Frankfurt/New York 2021

bedroht. Wer heute scheinbar einen gesicherten Aufenthalt hat, kann schon morgen mit Abschiebung dran sein, z. B. wenn das Herkunftsland zu einem „sicheren Land“ erklärt wird oder willkürlich irgendein anderer „Abschiebungsgrund“ hervorgezogen wird.

Jede Abschiebung verhindern, das gesamte mörderische Abschiebungs- und Abschottungssystem angreifen!

Es gilt jede einzelne Abschiebung zu verhindern. Dafür ist die Mobilisierung, das öffentlich machen, der Protest und Widerstand gemeinsam mit den von Abschiebungen Betroffenen das Wichtigste. Wer sich praktisch gegen Abschiebungen engagiert, weiß: Im Einzelfall ist es unverzichtbar, alle sich bietenden weiteren Möglichkeiten wie etwa Petitionen zu nutzen. Richtig ist selbstverständlich auch, konkret alle unmenschlichen Aspekte bei einer Abschiebung anzuprangern, z. B. dass Menschen aus ihren familiären Zusammenhängen, aus dem Beruf oder der Ausbildung herausgerissen werden, dass Menschen in Länder abgeschoben werden, die sie noch nie betreten haben, weil sie in Deutschland geboren wurden usw.

In eine fatal falsche Richtung geht es jedoch, wenn derartige konkret berechtigte Gesichtspunkte zur entscheidenden Grundlage des Engagements gegen Abschiebungen und für ein Bleiberecht gemacht werden. Denn was ist dann mit all denen, die hier in Deutschland keine Familie und keinen Job haben, in keinem Ausbildungsverhältnis stehen und dergleichen mehr? Im Grunde beschränkt sich der Protest dann auf „Härtefälle“, während das Gesamtsystem der Abschiebungen sowie auch der Abschottung an den EU-Außengrenzen („Festung Europa“ mit zehntausenden im Mittelmeer Ertrunkenen und anderswo auf der Flucht ums Leben Gekommenen, faktisch ermordeten) im Kern nicht in Frage gestellt, nicht angegriffen wird.

Letzteres ist der Standpunkt der DGB-Führung, die damit auch im Gegensatz zu Aktivistinnen und Aktivisten an der Basis der DGB-Gewerkschaften steht, die sich wirklich solidarisch gegen Abschiebungen engagieren. So gab die DGB-Führung in einer gemeinsamen Erklärung mit Kapitalistenverbänden und der Regierung ihre Zustimmung, „dass diejenigen, die aus sicheren Herkunftsländern in unser Land kommen, unverzüglich zurückgeführt werden." („Für eine moderne und nachhaltige Industriepolitik in Deutschland", Oktober 2015) Hier geht es nicht nur darum, dass die DGB-Führung die Demagogie von den angeblich „sicheren Herkunftsländern“ unterstützt. Vielmehr erklärt die DGB-Führung damit ihre grundsätzliche Zustimmung, dass überhaupt abgeschoben wird, ja abgeschoben werden müsse.

Um konsequent gegen Abschiebungen, gegen das ganze Abschiebungs- und Abschottungssystem zu kämpfen und an keinem Punkt auf die Seite der Herrschenden zu geraten, sind unserer Meinung nach folgende Punkte unverzichtbar:

Wir kämpfen gegen alle Abschiebungen von Menschen, die von Imperialismus und Reaktion verfolgt werden, und für das demokratische Recht auf Asyl. Wir kämpfen gegen jede Einwanderungsbeschränkung und für die gleichen Rechte aller in Deutschland lebenden Menschen.

***

Bereits auf dem Stuttgarter Kongress der II. Internationale 1907 formulierte Karl Liebknecht die konsequente Position der proletarischen Bewegung, die nichts von ihrer Gültigkeit verloren hat. Er forderte gegen jegliche Abschiebungen und Einschränkungen des Zuzugs- und Bleiberechts

„die völlige Gleichstellung der Ausländer mit den Inländern auch in Bezug auf das Recht zum Aufenthalt im Inlande. Fort mit dem Damoklesschwert der Ausweisung!“

(Karl Liebknecht, „Fort mit dem Damoklesschwert der Ausweisung!“, 1907, Gesammelte Reden und Schriften, Band II, Berlin 1960, S. 73)

Kampf gegen die polizeistaatlich angeordneten landesweiten Ausgangssperren unter dem Vorwand von Corona!

In einer Atmosphäre des Ausnahmezustands wird in allen Staaten der Welt getestet und abgeklärt, was der kapitalistische Staat als Repressionsmittel gegen die Masse der Bevölkerung an Verschärfung in Gesetzen und in der Praxis durchsetzen kann – auch in Deutschland.

Mit der Änderung des sogenannten „Bevölkerungsschutzgesetzes“ am 22.4.2021 wurde die staatliche Faschisierung unter dem Vorwand von Corona weiter vorangetrieben.

Die Regierung des deutschen Imperialismus hat nun ganz legal die Möglichkeit zentralstaatlich verordnet landesweite **Ausgangssperren** sowie landesweite extreme **Kontaktbeschränkungen auch im privaten Bereich** polizeilich durchzusetzen. Dies geschieht mit Hilfe einer völlig willkürlichen Festlegung (Überschreitung von 100 positiv Getesteten pro 100.000 Einwohner in sieben Tagen).

Ab dem 24.4.2021 wurden dadurch die in einzelnen Städten und Gebieten des Landes eh schon vorhandenen Ausgangssperren auf ca. 80-90 Prozent von Deutschland ausgedehnt, um nun im großen Stil Ausgangssperren zu testen und zu perfektionieren.

Die Geschichte der Konterrevolution in allen Ländern ist voll von Anwendungen dieser Repressionsmaßnahme und es hat sich gezeigt:

Bei zunehmenden Massenbewegungen, Protesten und militanten Aktionen, die nicht nur zehntausende, sondern hunderttausende Menschen umfassen, ist gerade die Verhängung einer Ausgangssperre ein wichtiges Mittel unterhalb der Ebene von Massenerschießungen und Militäreinsätzen. Ausgangssperren sind ein Instrument der Aufstandsbekämpfung.

Gegen die landesweiten Ausgangssperren gab es am 24.4.2021 in mehreren Städten wie z.B. Frankfurt, Kassel, Dresden, Hannover und Wuppertal Proteste. In Frankfurt demonstrierten 300 Menschen durch die Innenstadt, in Hannover demonstrierten 100 Menschen.

Kampf gegen die verschärfte staatliche Faschisierung!



Demonstration in Frankfurt, 24.4.2021

Drucker, Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: W. Schulze, Osnabrücker Str. 26, 10589 Berlin
https://gegendiestroemung.net E-Mail: gegendstroemung@web.de Die Nutzung unserer Homepage sollte gut überlegt erfolgen, da jeder Zugriff staatlich registriert wird
ISSN 0948/5090

Proletarierinnen/Proletarier aller Länder, vereinigt euch!

GEGEN DIE STRÖMUNG

Organ für den Aufbau der Revolutionären Kommunistischen Partei Deutschlands

6-7/2021 Juni-Juli 2021

Vor 80 Jahren:

Überfall des deutschen Nazifaschismus auf die sozialistische Sowjetunion am 22. Juni 1941!

Am 1. Mai 1945 hissten Soldaten der Roten Armee auf dem Reichstagsgebäude in Berlin die rote Fahne. Diese rote Fahne stand für die siegreiche Sowjetunion, sie stand für die siegreichen Kämpferinnen und Kämpfer der alliierten Armeen und der Partisaninnen und Partisanen. Auf dem Reichstagsgebäude wehte die rote Fahne des Sieges über den Nazifaschismus, die rote Fahne, die für die Befreiung der „Verdammten dieser Erde" steht, die rote Fahne des Proletariats. Am 8. Mai 1945 kapitulierte schließlich das nazifaschistische Deutschland. Vorangegangen war ein nach dem Überfall auf die Sowjetunion 1418 Tage andauernder mörderischer Krieg, gegen die viele Nationen und Nationalitäten umfassende Bevölkerung der sozialistischen Sowjetunion. Das war Teil eines Krieges in fast allen Teilen der Erde, in allen Ländern, in denen die nazifaschistischen Armeen und ihre Verbündeten einmarschiert waren.

80 Jahre später gilt es hier in Deutschland gezielt und eindeutig über die Verbrechen, die millionenfachen Morde des Nazifaschismus in der Sowjetunion und über die zentrale Rolle des Kampfes der Roten Armee und der Partisaneneinheiten für den Sieg der Anti-Hitler-Koalition über Nazideutschland aufzuklären.

1.

Die Liste der Nazi-Verbrechen in der Sowjetunion ist unendlich lang. Das Mordprogramm der Nazis und ihrer Ideologie wurde weitgehend auf allen Gebieten in der Praxis durchgeführt: das Programm der Vernichtung der jüdischen Bevölkerung und der Sinti und Roma wurde gezielt durch die „Einsatzgruppen" A, B, C und D und der Nazi-Wehrmacht hinter der Front durchgeführt. Wie der SS-Mann Ohlendorf im Nürnberger Prozess aussagte, gab es „zwischen Juden und Zigeunern", wie er Sinti und Roma diskriminierend nannte, keine Unterschiede. Die Exekutionsberichte an die Nazi-Zentrale in Berlin dokumentieren dies deutlich.

Auch der Antikommunismus, das Programm der Vernichtung des Kommunismus, das Ziel der Liquidierung der sozialistischen Sowjetunion spiegelt sich in dem Ausrottungsbefehl gegen alle politischen Kommissare der Roten Armee wieder.

Die Ausrottung der von den Nazis als „erbkrank" definierten Menschen wurde in der Sowjetunion kurzerhand durch die Vernichtung der Insassen der Psychiatrien durchgesetzt. Die deutsche Herrenmenschenideologie mit ihrem Programm, das „Herren"-Volk auf Erden zu werden, manifestierte sich auch in dem bestialischen Verhalten gegenüber der Zivilbevölkerung der Sowjetunion, die als „slawische Untermenschen" angesehen, beraubt, vergewaltigt und ermordet wurden.

Die 900 Tage andauernde Belagerung Leningrads, der Versuch Leningrad dem Erdboden gleichzumachen, steht für diese Bestialität ebenso wie zehntausende völlig zerstörte Dörfer und kleine Städte in der Sowjetunion. Durchaus nicht vergessen sind die Mordaktionen gegen die sowjetischen Kriegsgefangenen, von denen Millionen von den Nazis ermordet wurden. Das Ausmaß der Morde, das Ausmaß von Raub und Zerstörung spiegelt den ganzen Hass der Nazifaschisten auf die sozialistische Sowjetunion wieder. Insgesamt wurden 27 Millionen Menschen der Sowjetunion von den Nazis ermordet.

2.

Aber ganz offensichtlich hatten die Nazifaschisten sich verrechnet. Ihr Versuch, Leningrad und Moskau innerhalb von sechs Monaten einzunehmen und somit der Sowjetmacht und der Roten Armee das Genick zu brechen, erwies sich als nicht durchführbar. Die Sowjetunion hatte geschickt vorher die Grenzen und damit den Standpunkt der Roten Armee in Finnland, den baltischen Ländern und Polen hunderte Kilometer nach vorne schieben können, entscheidende Kilometer die einen raschen Sieg der Nazis über Leningrad und Moskau verhinderten. Vorausschauend waren auch Teile der Bevölkerung der Sowjetunion in die östlichen Teile der Sowjetunion umgesiedelt worden und vor allem wichtige Industriebetriebe für den Nachschub der Roten Armee verlegt und neue dort aufgebaut worden.

Der Vormarsch der deutschen Nazi-Armee konnte in den ersten Monaten nicht an der Grenze der Sowjetunion aufgehalten, sondern nur unter großen Verlusten verlangsamt werden. So stießen zwar die arroganten deutschen Herrenmenschen tief bis knapp vor Leningrad und Moskau in die Sowjetunion vor. Sie glaubten immer noch an den Fall von Moskau und konnten sich nicht vorstellen, dass sie schlicht und einfach blindlings in eine militärische Falle der Roten Armee hineingelaufen waren. Vor Moskau hieß es seitens der Roten Armee: Keinen Meter mehr zurück! Jetzt haben wir die deutsche Nazis-Soldateska, jetzt kreisen wir sie ein, jetzt vernichten wir sie, jetzt treiben wir sie zurück, beseitigen das Naziregime und besetzen Berlin! Und so geschah es. In Stalingrad war die erste gigantische Niederlage der deutschen Wehrmacht und obwohl es danach noch zu einem langen blutigen Kampf kam, war im Kern klar, dass nun der Siegeslauf der Nazis zu Ende war.

Es war eine gigantische Kraftanstrengung der Mehrheit der Bevölkerung der Sowjetunion, die in der Roten Armee und in Partisaneneinheiten, in den Industriebetrieben, auf dem Land und in der Verwaltung, wo auch immer für diesen Sieg gekämpft haben.

Aber die Aufklärung über die Naziverbrechen in der Sowjetunion ist nur die ei-

Weiter auf S. 4

Naziverbrechen in der Sowjetunion

Am Abend des 21. Juni 1941 waren an den sowjetischen Grenzen in Finnland, im von den Nazis besetzten Polen sowie in Rumänien fast 5 Millionen voll ausgerüstete und sorgfältig ausgebildete Soldaten und Offiziere Nazideutschlands und seiner Verbündeten (Finnland, Rumänien, Italien und Ungarn) mit rund 3.600 Panzern, 50.000 Geschützen und fast 5.000 Flugzeugen aufmarschiert, um das Land der Diktatur des Proletariats zu überfallen. Beteiligt waren auch ca. 600.000 Soldaten der finnischen, rumänischen, italienischen und ungarischen Armee.

Am Morgen des 22. Juni 1941 fiel Nazideutschland dann unter Bruch des Nichtangriffsvertrags in die sozialistische Sowjetunion ein, nachdem es fast ganz Europa mit Krieg, Massenmord und Terror überzogen und in sein Hinterland verwandelt hatte. Der Naziarmee gelang es bis zum November 1942, das Gebiet der baltischen Länder (Estland, Lettland, Litauen) sowie Weißrussland und die Ukraine zu besetzen und die Front bis wenige Kilometer vor Leningrad und 30 bis 40 Kilometer vor Moskau und bis nach Stalingrad und in den Kaukasus fast bis zur Grenze der Türkei vorzuschieben. 70 bis 80 Millionen Menschen lebten in diesen von den Nazis besetzten Gebieten vor dem Überfall der Nazis, davon sind ca. 20 Millionen vor den Nazis geflohen oder wurden evakuiert. Die sozialistische UdSSR hatte im Juni 1941 vor dem Überfall insgesamt ca. 160 Millionen Einwohnerinnen und Einwohner und ihr Territorium umfasste ca. 22,4 Millionen km^2. Ab Dezember 1941 gelang es der Roten Armee mit der Gegenoffensive vor Moskau mehr und mehr, die Truppen der Nazis zurückzudrängen und in einem gigantischen Befreiungskrieg mit Unterstützung der sowjetischen Partisanenbewegung die Naziarmee und ihre Verbündeten aus der UdSSR zu vertreiben. 1418 Tage musste die sozialistische Sowjetunion kämpfen, bis schließlich am 8. Mai 1945 der Sieg über die deutsche Wehrmacht und die gesamte nazifaschistische Mordmaschinerie errungen war.

Der Genozid an der jüdischen Bevölkerung und an den Sinti und Roma fand nicht nur im besetzten Polen, sondern vor allem auch in der UdSSR statt.

Im Tross der Wehrmacht folgten die mörderischen „Einsatzgruppen“ aus SS-, Gestapo- und Polizei-Henkern, die hinter der Front in enger Zusammenarbeit mit der Wehrmacht die Ermordung vor allem der sowjetischen Jüdinnen und Juden organisierten und durchführten, zum Teil auch mit mobilen Gaskammern in Lkws. Auf dem Gebiet der Sowjetunion waren vier solcher Mordbanden mit jeweils rund 1.000 Mitgliedern im Einsatz, die der Wehrmacht folgten und hinter der Front mehr als 2 Millionen Menschen, zumeist sowjetische Jüdinnen und Juden, ermordeten, darunter auch Hunderttausende Kinder. Allein die „Einsatzgruppe C“ verübte unter anderem den Massenmord von Babi Jar. Nach der Eroberung Kiews wurden am 29. und 30. September 1941 33.771 jüdische Einwohner Kiews in die Schlucht von Babi Jar gelockt und ermordet. Die Propagandakompanie der Wehrmacht druckte 2.000 Plakate, mit denen die Jüdinnen und Juden zur „Umsiedlung“ aufgerufen wurden, Armeeeinheiten sperrten die Schlucht ab, sprengten nach dem Massaker die Wände der Schlucht, um die Leichenberge zu verdecken.

Von den etwa 5,1 Millionen jüdischen Menschen, die in der Sowjetunion in den Grenzen vom 21. Juni 1941 lebten, wurden nach Schätzungen etwa 2,9 Millionen von den Nazis und ihren Kollaborateuren ermordet.(1)

In der Sowjetunion lebten rund 60.000 Sowjetroma, 40.000 von ihnen im europäischen Teil der Sowjetunion. Die Nazis ermordeten mindestens 30.000 Roma im Zuge ihres rassistischen Vernichtungskriegs.

Bei den Massenmorden an der jüdischen Bevölkerung und den Roma in der Sowjetunion wurden gezielt und systematisch auch Behinderte und Kranke ermordet. Nach Schätzungen sind insgesamt mindestens 10.000 bis 20.000 geistig Behinderte und Kranke in der UdSSR durch die Nazis ermordet worden.(2)

Am 6. Juni 1941 erließ das Oberkommando der Wehrmacht den berüchtigten „Kommissarbefehl“, mit dem die Vernichtung nicht nur der Politkommissare der Roten Armee, sondern auch aller Funktionäre der KPdSU(B) und des Sowjetstaats angeordnet wurde. Der „Kommissarbefehl“ wurde noch am gleichen Tag als Richtlinie für die Soldaten und Offiziere an die Truppenteile weitergeleitet. Zum Beispiel der Befehl zur Geißelerschießung von Keitel, dem Chef des Oberkommandos der Wehrmacht, vom 16. September 1941, der besagte, dass für einen getöteten Nazisoldaten bis zu 100 sowjetische Menschen ermordet werden sollten, stellte klar, dass Massenmorde an der Zivilbevölkerung durch die Wehrmacht systematisch durchgeführt werden sollten.

Ganze Städte und hunderte Dörfer wurden dem Erdboden gleichgemacht und ihre Bevölkerung wurde ermordet. In Kiew waren nach 778 Tagen Besetzung der Nazis rund 200.000 Einwohnerinnen und Einwohner der Stadt ermordet. Kiew, das vor dem Zweiten Weltkrieg 900.000 Einwohner hatte, zählte nach der Befreiung 1943 nur noch 180.000 Menschen. Leningrad wurde von den Nazis 900 Tagen belagert, dann gelang es der Roten Armee, die Belagerung vollständig zu beenden. Bei der Verteidigung Leningrads hatte die Rote Armee große Verluste zu beklagen: fast 1 Million Tote und rund 2 Millionen Verletzte. Vor dem Zweiten Weltkrieg hatten etwa 3 Millionen Menschen in Leningrad gelebt. 800.000 Leningraderinnen und Leningrader, also fast jeder vierte Einwohner, starben durch Hunger, Kälte und Bomben. Allein in Weißrussland wurden über 300 Dörfer in ähnlicher Weise zerstört wie Lidice in der Tschechoslowakei oder Oradour in Frankreich oder Dostomo in Griechenland. In Weißrussland ist das Dorf Chatyn Symbol der Naziverbrechen. Ausnahmslos alle Einwohnerinnen und Einwohner des Dorfes wurden ermordet.

Insgesamt wurden ca. 11,4 Millionen Rotarmistinnen und Rotarmisten im Krieg gegen die Nazis ermordet, davon ca. 8,1 Millionen bei Kampfhandlungen. Vom Juni 1941 bis Februar 1945 fielen 5,7 Millionen Rotarmistinnen und Rotarmisten den Schergen der Nazis in die Hände und gerieten in Gefangenschaft. Kriegsgefangen bei den Nazis bedeutete für über die Hälfte der sowjetischen Kriegsgefangenen den sicheren Tod: 3,3 Millionen wurden ermordet, davon allein 2 Millionen in den ersten acht Monaten seit Beginn des Überfalls. Rund einer halben Million Rotarmistinnen und Rotarmisten gelang die Flucht oder sie wurden befreit.

Die Nazis überzogen die besetzte Sowjetunion mit einem Netz von Gefängnissen, Zwangsarbeitslagern, Kriegsgefangenenlagern und KZs, in denen sie zumeist sowjetische Kriegsgefangene und die jüdische Bevölkerung inhaftierten, verhungern ließen, durch Seuchen und „Vernichtung durch Arbeit“ ermordeten oder erschossen. Zum Beispiel wurde im November 1941 das KZ Trostenez in der Weißrussischen SSR bei Minsk errichtet. Rund 65.000 Menschen, darunter 39.000 jüdische Häftlinge, wurden direkt im KZ ermordet. Vor allem auch in diesen Lagern zwangen die Nazis zwischen 22 und 27 Millionen Menschen in der UdSSR zur Zwangsarbeit in der

Industrie und Landwirtschaft. Die Nazis verschleppten zudem etwa 4,7 Millionen Sowjetmenschen zur Zwangsarbeit nach Nazideutschland.

In dem Vernichtungskrieg des deutschen Imperialismus gegen die sozialistische UdSSR wurden insgesamt über 27 Millionen sowjetische Menschen ermordet, davon allein im ersten Kriegsjahr 1941 insgesamt 8,7 Millionen. Bei einer Gesamtbevölkerung von 160 Millionen bedeutete dies, dass fast jeder sechste Einwohner des Landes ums Leben kam. In Weißrussland wurde jeder vierte, in Leningrad, bei Smolensk und Pskow jeder dritte Einwohner ermordet.

Gegen den Überfall auf die UdSSR und gegen diese Verbrechen der Nazis kämpfte von Anfang an nicht nur die Rote Armee. Der Partisanenkampf gegen die Besatzer und ihre Verbrechen begann mit der Stunde des Überfalls auf die Sowjetunion. In den besetzten Gebieten waren für die illegale Arbeit mehr als 65.000 Mitglieder und Kandidaten der KPdSU(B) sowie Zehntausende Komsomolzinnen und Komsomolzen zurückgeblieben.

In den von den Nazis besetzten sowjetischen Gebieten kämpften rund 1,1 Millionen bewaffnete Partisaninnen und Partisanen. Das war gemessen an der Bevölkerung der besetzten Gebiete ein hoher Prozentsatz. Beeindruckend war dabei die Unterstützung der Partisaninnen und Partisanen durch die örtliche Bevölkerung, so dass von einer wirklich umfassenden Widerstandsbewegung gesprochen werden muss. Wichtig war bei der Partisanenbewegung die Koordination der Kampfmaßnahmen mit den Operationen der Roten Armee. Zentrale Aufgaben waren Kurierdienste, Desorganisierung des von den Nazis besetzten Gebiets, Vernichtung von Soldaten und Ausrüstungen der Wehrmacht, Unterbrechung der Transport- und Nachschubwege sowie propagandistische Tätigkeiten wie die Herausgabe von Flugblättern, um die Bevölkerung über die Lage an den Fronten, den Kriegsverlauf und über wichtige Dokumente der KPdSU(B) und der Sowjetregierung zu informieren.

Die Partisaninnen und Partisanen griffen Soldaten und Offiziere der Wehrmacht, deutsche Kolonisten und Kollaborateure an. Es gelang ihnen, in den besetzten Gebieten, 1,5 Millionen Soldaten, Offiziere, Beamte des Besatzungsapparats und Helfershelfer aus dem Verkehr zu ziehen bzw. gefangen zu nehmen. Sie vernichteten unter anderem Tausende Panzer und gepanzerte Fahrzeuge, über 1.000 Flugzeuge. Sie ließen über 20.000 Züge entgleisen und zerstörten über 2.000 Eisenbahnbrücken. Im gesamten Kriegsverlauf gelang es den nazifaschistischen Besatzern nicht, ihre Militärtransporte reibungslos abzuwickeln. Eine der größten Partisanenbewegungen gab es in Weißrussland mit 370.000 Partisaninnen und Partisanen.

Unter den millionenfachen Todesopfern der Bevölkerung in der Sowjetunion befanden sich gerade auch Kommunistinnen und Kommunisten, die von den Nazifaschisten ermordet wurden.

Vor dem Überfall hatte die KPdSU(B) 3,9 Millionen Mitglieder und Kandidaten. Bis Ende 1941 schickte die KPdSU(B) rund 1,3 Millionen Parteimitglieder in die Rote Armee. Während der Kriegsjahre wuchs die Autorität der KPdSU(B) zunehmend, was sich in Millionen Aufnahmeanträgen neuer Mitglieder widerspiegelte. 1942 traten 1.368.000 und im Jahr darauf sogar 1.787.000 neue Genossinnen und Genossen der KPdSU(B) bei, sodass neue Mitglieder der KPdSU(B) 1944 fast zwei Drittel der Gesamtpartei ausmachten. Insgesamt wurden im Kampf gegen Nazideutschland über 3 Millionen Genossinnen und Genossen der KPdSU(B) ermordet.

In den besetzten Gebieten führte der deutsche Imperialismus seine „Neuordnung“ ein, was vor allem auch Raub und Zerstörung in ungeheurem Ausmaß bedeutete.

Hier nur einige wenige Beispiele aus Weißrussland. Dort wurden nach Angaben der außerordentlichen staatlichen sowjetischen Kommission zur Untersuchung der deutsch-faschistischen Verbrechen fast 6 Millionen Pferde und Schlachtvieh sowie über 5 Millionen Tonnen Getreide und andere Agrarprodukte von den Nazis geraubt.

Die UdSSR verlor durch den Überfall der Nazis, durch Raub und Ausbeutung 30 Prozent ihrer gesamten Werte.

Über 1.700 Städte, über 70.000 Dörfer wurden von den Nazis dem Erdboden gleichgemacht. Der materielle Schaden, den die Sowjetmacht erlitt, belief sich zusammen mit den notwendigen Rüstungsausgaben und den Einbußen an Einnahmen aus Industrie und Landwirtschaft auf 2.569 Milliarden Rubel (Stand: 1945).[3]

(1) Die Sowjetunion in den Grenzen vom Juni 1941 umfasste neben den baltischen Ländern, die sich der UdSSR angeschlossen hatten, auch einen Teil des Gebiets des durch den Krieg der Nazis zerstörten polnischen Staats sowie Teile des Staatsgebiets von Rumänien, die sich der UdSSR anschlossen.

(2) Angaben über Morde an gleichgeschlechtlich orientierten Menschen in der UdSSR durch die Nazis sind in den bisherigen Forschungen bürgerlicher Historiker nicht zu finden.

(3) Der Wert des Rubels nach 1945 ist uns nicht bekannt. In anderen Quellen wird die Zahl 128 Milliarden Dollar an materiellen Schäden genannt. Hier ist unklar, auf welches Jahr sich dies bezieht. Wenn man den Dollarkurs von 1938 zugrunde legt, wären das heute fast 7.300 Milliarden Euro.

Anzeige

Kollektiv von AutorInnen
1418 Tage
Der Krieg des deutschen Nazifaschismus gegen die Diktatur des Proletariats in der Sowjetunion
(22. Juni 1941 — 8. Mai 1945)

Im Mittelpunkt dieses Buchs steht der Befreiungskrieg der sozialistischen UdSSR, ihrer Roten Armee, der sowjetischen Partisanen und Partisanninnen und der Bevölkerung der UdSSR gegen den deutschen Imperialismus und seine Nazi-Truppen mit ihren Verbündeten. Das Buch soll ein Beitrag sein, die gewaltigen Erfahrungen des Kampfes der sozialistischen Sowjetunion unter Führung Stalins, ihre politischen, ideologischen, militärischen und auch ökonomischen Erfahrungen umfassend auszuwerten und zu verteidigen.

155 Seiten, Offenbach 2005, 12 €
ISBN 978-3-86589-035-1



Zu bestellen bei:

Verlag Olga Benario und Herbert Baum,
Postfach 102051, D-63020 Offenbach
www.verlag-benario-baum.de
info@verlag-benario-baum.de

ne Seite der Medaille. Denn die bürgerlichen Ideologen in Deutschland nehmen den Jahrestag des Krieges zum Anlass, um eine Lüge nach der anderen über die sozialistische Sowjetunion zu verbreiten.

Die Gründe und die Bedeutung der Frage, warum die sozialistische Sowjetunion zunächst ein Nichtangriffsvertrag mit Nazideutschland unterzeichnet hat, um Zeit zu gewinnen, sich auf diesen Krieg vorzubereiten, weil die deutsche Armee 1939 besser ausgerüstet und stärker war als die Rote Armee, die Gründe und die Bedeutung der Frage, warum die Grenzen in Finnland, den baltischen Staaten und in Polen vorverlegt wurden, um eine Eroberung von Leningrad und Moskau zu verhindern – all dies wird nicht ernsthaft analysiert und diskutiert, sondern der siegreichen Sowjetunion auch nach 1945 zum Vorwurf gemacht.

3.

Die Liste der Verleumdungen und Lügen ist lang. Die vielleicht dümmste Lüge ist, dass die sozialistische Sowjetunion gar nicht mit einem Überfall der Nazifaschisten gerechnet habe (Kundschafter hatten Woche für Woche die Gefahr eines aktuellen Überfalls gemeldet, der genaue Tag des Überfalls konnte jedoch nicht rechtzeitig verifiziert werden). Wieso in aller Welt hatte dann die sozialistische Sowjetunion die Masse von Industriebetrieben in das Hinterland der Sowjetunion geschafft, die Rüstungsindustrie angekurbelt und aus der Roten Armee zweifelhafte Generäle entfernt, die noch aus der Zeit des Zarismus stammten? Ja, der Nichtangriffsvertrag mit Nazi-Deutschland war in gewisser Weise ein Minus für das Ansehen der sozialistischen Sowjetunion. Aber das große Plus war die bessere Vorbereitung auf den Überfall der Nazifaschisten, was durch den Sieg im Krieg gegen die Nazifaschisten ja dann auch bewiesen wurde.

4.

Es gab in allen überfallenen Ländern, auch in der Sowjetunion, Leute, die aus den verschiedensten Gründen auf einen Sieg von Nazideutschland hofften. Sei es, weil sie verbohrte Nationalisten waren, sei es, dass sie auf Karriere hofften, sei es, dass sie selbst vom Nazifaschismus überzeugt waren. Das gab es in Frankreich, in den Niederlanden, in Belgien, aber eben auch in der Sowjetunion. Es war einer der ersten Aufgaben nach dem Sieg über die Nazifaschisten in jedem einzelnen Land mit den Nazi-Kollaborateuren abzurechnen, sie vor Gericht zu stellen und abzuurteilen. Dazu gehörte auch die Überprüfung des Verhaltens eines jeden, der sich in deutscher Gefangenschaft befand. Es musste bei jedem Gefangenen überprüft werden, wie er sich in der Haft verhalten hatte, ob er sich dort oder auch in den KZs der Nazis an Hilfsdiensten für die Nazimörder beteiligt hat. Das ist in der Tat ein schwieriges Kapitel.

Fest steht: Im Unterschied zu Ländern wie Frankreich, Italien, den Niederlanden, Belgien und der Sowjetunion wurde in Deutschland nach dem 8. Mai 1945 die große Masse der großen und kleinen Nazis, aber eben auch die Nazi-Kollaborateure, die aus egoistisch-verbrecherischen Motiven das Naziregime unterstützt haben, nach dem schrittweisen Rückzug der Alliierten aus Verwaltung und Gerichten nicht belangt.

5.

Es soll auch nicht vergessen werden, welche großartige Arbeit der Aufklärung über die Nazi-Verbrechen in der ganzen Welt gerade die sozialistische Sowjetunion in Zusammenarbeit mit den Alliierten der Anti-Hitler-Koalition durch den Nürnberger Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher 1945/46 geleistet hat. In einer gewaltigen Anstrengung wurden die Hauptkriegsverbrecher angeklagt und es wurde der Welt die Bandbreite der Verbrechen der Nazis in den überfallenen Ländern, aber auch innerhalb Deutschlands deutlich vor Augen geführt.

Es ist schwer, ohne Pathetik über die gigantische Leistung der Masse der sowjetischen Bevölkerung in diesem Krieg zu sprechen. Es gehört zu der geschichtlichen Wahrheit, dass dieser Sieg über den Nazifaschismus eng verbunden war mit dem Namen von Stalin, dem damaligen Vorsitzenden der KPdSU(B) und dem Leiter der Roten Armee. Der Vorsitzende des ZK der KPD, Ernst Thälmann, hat in der Haft, so wird berichtet, 1941 bei der Nachricht von dem Überfall auf die Sowjetunion einem nazifaschistischen Wärter gegenüber geäußert: „Stalin wird Hitler das Genick brechen!“. Das war eine Metapher, aber sie hatte Gewicht. Der heutige Hass in Deutschland gegen Stalin lässt sich nicht allein durch Antikommunismus erklären. Er ist auch eng damit verbunden, dass unter seiner Leitung die sozialistische Sowjetunion den Nazifaschismus besiegt hat. Das werden sie ihm nicht verzeihen, die neuen und alten deutschen Nationalisten, Nazis und Nazi-Kollaborateure. Sie hassen Stalin und wir wissen warum.

Anzeige

Kollektiv von AutorInnen
Theoretische und politische Fragen des Zweiten Weltkriegs
Arbeitsergebnisse einer Konferenz über die Schrift „Geschichtsfälscher“ (Moskau 1948)

Dieses Buch behandelt folgende Fragen des Zweiten Weltkriegs:

Das Dokument „Geschichtsfälscher“ (Moskau 1948) ist in diesem Buch vollständig enthalten. • Zur Theorie des Imperialismus und der proletarischen Revolution, zu besonderen Aufgaben des Sozialismus in einem Land und zu komplizierten Fragen der Einschätzung des Charakters des Zweiten Weltkriegs. • Schwierigkeiten der sozialistischen Außenpolitik im Kampf für die Existenz der Diktatur des Proletariats (kurzer Überblick 1918—1952). • Die richtige taktische Linie der KPdSU(B) während der besonderen Zwischenetappe von August 1939 bis Juni 1941 gegen antikommunistische Verleumdungen verteidigen! • Vorteile und Hauptprobleme der Anti-Hitler-Koalition für die UdSSR und die kommunistische Weltbewegung.

248 Seiten, Offenbach 2012, 14 €
ISBN 978-3-86589-067-2



Zu bestellen bei:

Verlag Olga Benario und
Herbert Baum, Postfach 102051
D-63020 Offenbach
www.verlag-benario-baum.de
info@verlag-benario-baum.de

Drucker, Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: W. Schulze, Osnabrücker Str. 26, 10589 Berlin ISSN 0948/5090
https://gegendiestroemung.net gegendstroemung@web.de *Die Nutzung unserer Homepage sollte gut überlegt erfolgen, da jeder Zugriff staatlich registriert wird*

Proletarierinnen/Proletarier aller Länder, vereinigt euch!

GEGEN DIE STRÖMUNG

Organ für den Aufbau der Revolutionären Kommunistischen Partei Deutschlands

8-9/2021 September 2021

Gegen den Terror der bürgerlichen Klassenjustiz:

Solidarität mit Ella und Lina!

Zurzeit versucht die Klassenjustiz des deutschen Imperialismus einmal mehr ganz gezielt Exempel der Abschreckung gegen fortschrittliche, antinazistische und revolutionäre Aktivistinnen und Aktivisten zu statuieren. Aktuell geht es vor allem um zwei Beispiele: Eine Aktivistin gegen die Rodung des Dannenröder Waldes verschanzt sich auf einem Baum, damit er nicht gefällt werden kann. Die Polizei versucht, sie mit lebensgefährlichen Aktionen vom Baum zu zerren und herunterzuschmeißen. Sie wehrt sich, klassische Notwehr. Was macht die Klassenjustiz daraus: Versuchter Totschlag, zwei Jahre und drei Monate Gefängnis ohne Bewährung. Die Aktivistin hat jetzt schon viele Monate lang ihre Identität gut verborgen. Niemand aus dem Bekanntenkreis hat sie verraten. Die Polizei weiß bis heute nicht, wen sie da im Gefängnis in Frankfurt-Preungesheim einsitzen lässt: Die Aktivistinnen und Aktivisten nennen sie Ella-Alle. Ella ist eine unbeugsame demokratische Kämpferin. Anders, aber ebenfalls absurd und grotesk sind die Anschuldigungen und die Inhaftierung von Genossin Lina aus Leipzig. Ihr kann nichts, aber auch gar nichts an „Straftaten" nachgewiesen werden. Sie wurde kurzerhand einfach als Aktivistin der Leipziger Anti-Nazi-Bewegung auf Grund von lügnerischen Nazi-Beschuldigungen inhaftiert.

Sofortige Freilassung von Ella!

Am 26. November 2020 wird eine Aktivistin festgenommen, die gegen die Rodung des Dannenröder Waldes und die Räumung der Waldbesetzung gekämpft hat. Bis heute wird Ella in der JVA Preungesheim in Frankfurt am Main in Untersuchungshaft eingesperrt. Diese extrem lange Untersuchungshaft dient dazu, Ella faktisch als polizeiliche Geisel festzuhalten, um sie aburteilen zu können und an ihr ein Exempel zu statuieren.

Ella wurde zunächst wegen angeblichem „versuchten Totschlags" an Polizisten verhaftet. Diese zu offensichtlich konstruierte Lüge wurde schnell fallen gelassen. Die Anklage basierte schließlich u. a. auf dem ebenfalls frei erfundenen Vorwurf der angeblichen „gefährlichen Körperverletzung" gegen SEK-Polizisten. In Wirklichkeit hat Ella bei ihrem Kampf im Dannenröder Wald auf einem Baum in 15 Meter Höhe versucht, sich gegen ihre brutale Verhaftung zu wehren. Sie kämpfte gegen das lebensgefährliche Ziehen und Zerren an ihren Beinen und an ihrer Sicherheitsleine durch SEK-Polizisten. Die SEK-Schergen gingen mit äußerster Brutalität vor. Immer wieder versuchten sie mit einem Karabinerring auf Ellas Hände zu schlagen. Damit nahmen sie ganz bewusst in Kauf, dass Ella schwer verletzt hätte werden können und dass sie sogar in den Tod hätte stürzen können.

Während des sechstägigen Gerichtsverfahrens ab dem 26.5.2021 in Alsfeld traten dieselben SEK-Polizisten als sogenannte „Hauptbelastungszeugen" auf – komplett vermummt und anonym. Sie gaben offensichtliche Lügen und widersprüchliche Aussagen von sich. Auch auf einer Fülle von Videomaterial der Polizei selbst ist klar zu sehen, dass alle Vorwürfe frei erfunden sind. Ungeachtet von alledem folgte das Amtsgericht Alsfeld weitgehend der Staatsanwaltschaft, die drei Jahre Haft gefordert hatte. Dutzende Beweisanträge, Zeugen und Videomaterial der Verteidigung zur Entlastung von Ella wurden abgelehnt.

Ella wurde am 23.6.2021 schließlich zu 2 Jahren und 3 Monaten Gefängnishaft ohne Bewährung verurteilt! Dieses brutale Urteil soll als Abschreckung dienen, um konsequenten Kampf gegen kapitalis-

Aktuelle Arbeitskämpfe

In den letzten Monaten können wir auf zwei sehr unterschiedliche Arbeitskämpfe zurückblicken.

■ Werktätige der Deutschen Bahn AG – vor allem Lokführer:innen und Zugbegleiter:innen – streikten im August bis Anfang September dreimal mehrere Tage lang für bessere Arbeitsbedingungen und mehr Lohn. Allein, dass gestreikt wurde, dazu noch unter Führung einer Gewerkschaft, die nicht dem DGB-Kartell angehört, war schon hervorstechend und wurde entsprechend mit einer Fülle von Hetze gegen die Streikenden begleitet. Es ist der herrschenden Klasse zutiefst unangenehm, dass es überhaupt noch Organisationen und Bewegungen außerhalb des DGB gibt, die Streiks durchführen und durchführen können. Denn gerade der DGB, seine mit dem Monopolkapital und seinem Staat fest verwachsene Führung und bürokratischer Apparat, sorgt dafür, dass weitgehend „alles unter Kontrolle" ist, dass Streiks entweder verhindert oder möglichst glimpflich beendet werden. Dem dient auch ein formal-juristisches Dickicht von Gesetzen und „Regeln". Dieses soll vor allem die Vorherrschaft der DGB-Führung und ihres Apparats sichern und die Rechte anderer Gewerkschaften außerhalb des DGB beschneiden. Die Durchführung eines erfolgreichen Streiks gegen den Eisenbahnbetrieb mit Tausenden von Teilnehmenden (zum Betrieb der Deutschen Bahn gehören über 200.000 Menschen, darunter über 18.000 Lokführer:innen und über 40.000 Zugbegleiter:innen) war ein Lichtblick in weitgehend streiklosen Zeiten in Deutschland. Es war eine reaktionäre Glanzleistung, dass ausgerechnet der Vorsitzende des DGB, ein gewisser Herr Hoffmann, sich an vorderster Stelle gegen den Streik wandte. Er bezeichnete den Streik als nicht legitim, forderte die Beendigung des Streiks und hetzte, dass alles nur ein Kampf gegen den DGB sei usw. – Tatsächlich war der Streik, absolut berechtigt, knackig und nicht ohne Erfolg.

■ Außerhalb jeglicher gewerkschaftlichen Organisation fand zudem ein zweiter Streik statt: Der Streik der Fahrer:innen des Lebensmittel-Dienstleisters Gorillas – ein Streik als Solidaritätsaktion gegen die Willkür bei der Entlassung eines Fahrers wegen „Zuspätkommens" sowie gegen die extrem ausbeuterischen Arbeitsbedingungen. Es werden vor allem Migrant:innen mit begrenzter Arbeitserlaubnis mit auf 6 Monate begrenzten Verträgen angeworben. Der Streik blieb zunächst auf Berlin begrenzt, hat aber enorme öffentliche Wirkung. Die Gorillas-Ausbeuter mussten Zugeständnisse machen. Als die Streiks Anfang Oktober verstärkt weitergingen, gingen die Gorillas-Kapitalisten mit Entlassungsterror gegen Streikende vor. „Sie kommen nicht durch" ist ein Motto der Streikenden, die sich nicht kleinkriegen lassen.

tische Zerstörung der menschlichen Lebensgrundlagen abzuwürgen oder zu verhindern.

Der Vorsitzende Richter Bernd Süß, der Ella verurteilt hat, hatte in einem anderen Prozess seine Sympathie für Nazi-Polizisten gezeigt. Am 28.6.2021 verurteilte er einen Polizisten, der rassistische und nazistische Chats über WhatsApp verbreitet hatte, lediglich zu einer Bewährungsstrafe (suedeutsche.de, 29. Juni 2021).

Die Polizei ging bei der Räumung des Dannenröder Waldes Ende 2020 insgesamt äußerst brutal vor. Durch das Zerschneiden oder anderweitige Zerstörung von Sicherungsseilen wurden ganz bewusst Tote und Schwerverletzte provoziert und einkalkuliert. Es gab deshalb mehrere Abstürze von Aktivistinnen und Aktivisten aus großer Höhe. Zwei Frauen wurden dabei schwer verletzt. Mit Schlagstöcken wurden Waldbesetzer:innen geschlagen, ja bewusstlos geschlagen. In 25 Meter Höhe wurden Elektroschocker (Taser) gegen Protestierende eingesetzt. Das bedeutete wiederum eine brutale Bedrohung des Lebens der Aktivistinnen und Aktivisten. Bei eiskalten Temperaturen wurden Wasserwerfer aufgefahren und eingesetzt. Trotz dieses Polizeiterrors mit über 2.000 Polizisten gelang es, die Waldbesetzung mehrere Wochen lang zu verteidigen!

Auch gegen die Klassenjustiz des deutschen Staats gegen Ella gibt es Widerstand: In vielen Städten wurden Demonstrationen und Kundgebungen durchgeführt, auch direkt vor dem Gerichtssaal in Alsfeld und vor dem Gefängnis in Frankfurt-Preungesheim, wo Ella eingekerkert ist. Gegen die Dreckslügen von Gericht und Polizei wird u. a. auch mit Hilfe eines Films angekämpft Der Film „Ella – von den Lügen einer Staatsmacht, die einschüchtern und verschleiern will“ macht sehr detailliert klar, dass Polizei und Justiz lügen und Ella sofort freigelassen werden muss. Der Film wurde allein am 1.10.2021 in über 100 Städten gezeigt, so u. a. auch in Frankfurt vor der JVA Preungesheim. (Der Film kann online angeschaut werden unter: wald-statt-asphalt.de.)



Selbst das Polizeivideo zeigt, wie zwei SEK-Schergen Ella attackieren, die in 15 Metern Höhe auf einem Seil steht.

Gegen das Urteil hat Ella Widerspruch eingelegt. Der Beginn der Berufungsverhandlung wurde von der deutschen Justiz verschleppt und erst auf Anfang Dezember 2021 gelegt. Das Kalkül der deutschen Justiz und Polizei ist dabei, dass Ella so weitere 6 Monate in Untersuchungshaft gesteckt werden kann. Denn das ist die juristisch maximal erlaubte Dauer.

Voraussichtlich im Januar 2022 beginnt die Berufungsverhandlung vor dem Landgericht Gießen. Weitere Aktionen, Kundgebungen und Demonstrationen zur Solidarität mit Ella sind in Planung. Zum Beispiel findet am Freitag, 5.11.2021, 17:00 Uhr in Frankfurt (Main) vor der JVA Preungesheim (Homburger Landstraße), wo Ella immer noch gefangen gehalten wird, eine Kundgebung und Demonstration statt unter der Parole „Freiheit für Ella“.

Wer diesen Kampf auch finanziell unterstützen will, kann spenden auf das Konto: „Spenden und Aktionen“, IBAN DE29 5139 0000 0092 8818 06, BIC VBMHDE5F mit dem Stichwort „Antirep A49“ (bei Verwendungszweck)

Solidarität mit Lina und den anderen Angeklagten!

Am 5. November 2020 wurde Lina E. in Leipzig verhaftet. Sie sitzt seitdem in Untersuchungshaft. Von der Generalbundesanwaltschaft wird ihr vorgeworfen, Teil und Anführerin einer kriminellen Vereinigung nach § 129 StGB zu sein und sich an Aktionen gegen Nazis beteiligt zu haben. Am 8.9.2021 begann im Hochsicherheitssaal des Oberlandesgerichts Dresden der Prozess gegen Lina und gegen drei weitere Antifaschist:innen. Diesen wird ebenfalls Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung und Anti-Nazi-Aktivitäten vorgeworfen. Mit dem Verfahren gegen Lina und die anderen Angeklagten soll offenbar ein Exempel statuiert werden: Wer sich entschlossen und militant gegen Nazis engagiert, wird mit aller Härte verfolgt und bestraft.

Diesem Zweck dient offenbar gerade auch die Ende 2019 von der Regierung in Sachsen gegründete „Sonderkommission Linx“. Diese ermittelt gerade auch gegen Lina und die anderen Angeklagten. Allein im ersten Halbjahr 2020 eröffnete diese für den Kampf gegen Antifaschist:innen und Linke geschaffene „Sonderkommission „Linx“ 335 Ermittlungsverfahren.

Gegen Lina wird in den Medien seit Monaten gehetzt. Dabei wird auch sexistisch über sie hergezogen. Gegen Lina findet insbesondere auch eine enorme Vorverurteilung als „Chefchaotin“ statt. Immer wieder wurden dabei Details aus Ermittlungsakten herausgegeben, zuletzt kurz vor Prozessbeginn an das Nazi-Magazin „Compact“. Ein Leipziger Magazin deckte auf, dass die Soko Linx unter anderem mit Material arbeitet, das ihr aus Nazi-Kreisen übergeben wurde (taz, 25.5.2021). Organisierte Nazis sind zum Teil Nebenkläger oder Anwälte beim Prozess und fotografieren die angeklagten Antifaschist:innen. Wenig später sind die Bilder dann schon in der Nazi-Szene verbreitet, (ak, 21.9.2021)

Angesichts dieser Präsenz von Nazis beim Prozessgeschehen betonen Antifas vor Ort die Notwendigkeit, auch in diesem Zusammenhang den Selbstschutz gegen die Nazis zu organisieren.

Zur Unterstützung von Lina und den anderen angeklagten Antifaschist:innen hat sich eine Solidaritätsgruppe gebildet (siehe: freiheit-fuer-lina.noblogs.org). Die anwachsende Unterstützungsbewegung führt seit Monaten Solidaritätsaktionen durch.

Am 7.9.2021 gab es eine Demonstration durch die Dresdner Neustadt, um auf den Prozessbeginn am nächsten Tag gegen Lina E. und die anderen Antifaschist:innen vor dem Oberlandesgericht (OLG) Dresden aufmerksam zu machen. Daran beteiligten sich mehr als 100 Demonstrierende.

Am 18. September fand in Leipzig eine Antifa-Demo mit 6.000 Beteiligten statt, die den Protest und die Solidarität entschlossen auf die Straße brachte. Eine Hauptforderung war die sofortige Freilassung von Lina und den anderen Angeklagten!

Auch international gab es Solidarität. Zum Beispiel sind in Thessaloniki am Kuole-Kafe-Square im Stadtteil Ano Poli und an der Aristoteles-Universität Transparente in Solidarität mit Lina und den anderen Angeklagten aufgehängt worden. (soli-antifa-ost.org)

Spenden für den Prozess gegen Lina und die anderen Angeklagten an:
Rote Hilfe e.V., GLS-Bank, Konto-Nr.: 400723 8 317, BLZ: 430 609 67, IBAN: DE55 4306 0967 4007 2383 17, BIC: GENODEM1GLS, Verwendungszweck: unverzagt

Die Solidarität mit Ella-Alle und Lina sowie den anderen Angeklagten muss verstärkt werden! Unterstützen wir die Solidaritätsaktionen, wo immer wir können!

Drucker, Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: W. Schulze, Osnabrücker Str. 26, 10589 Berlin ISSN 0948/5090
https://gegendiestroemung.net gegendiestroemung@web.de *Die Nutzung unserer Homepage sollte gut überlegt erfolgen, da jeder Zugriff staatlich registriert wird*

Proletarierinnen/Proletarier aller Länder, vereinigt euch!

GEGEN DIE STRÖMUNG

Organ für den Aufbau der Revolutionären Kommunistischen Partei Deutschlands

10-11/2021 November 2021

Angesichts der massiven Repression gegen die vom PKK-Verbot betroffenen Genossinnen und Genossen:

Die Solidarität mit allen demokratischen und revolutionären Gefangenen verstärken!

Die Repression gegen demokratische und linke Genossinnen und Genossen nimmt zu. Ein Markstein war ohne Zweifel, als sofort nach den Protesten gegen den G20 im Juli 2017 die seit vielen Jahren größte Verfolgungswelle gegen linken Protest und Widerstand begann. Immer häufiger werden Aktivistinnen und Aktivisten unter verschiedenen Vorwänden über viele Monate in Untersuchungshaft genommen. Bereits bei geringen Anlässen, die den Missmut der Repressionsorgane erregen, verhängen die Gerichte hohe Gefängnisstrafen. Das zeigen die Anklagen und Verurteilungen zu mehrjährigen Haftstrafen für Anti-Nazi- und linke Aktivitäten, aber auch gegen Proteste gegen Umweltzerstörung in den letzten Monaten. Dabei erfolgen Anklagen und Verurteilungen verstärkt aufgrund des §129a („kriminelle Vereinigung“). Dies ist immer wieder auch mit Isolierung der Gefangenen verbunden, um sie komplett aus ihren Zusammenhängen herauszureißen und fertig zu machen.

Besonders im Visier stehen hier in Deutschland Genossinnen und Genossen, die als Menschen mit Bezug zur Türkei, dem kurdischen Befreiungskampf oder auch anderen Ländern dort Befreiungskämpfe unterstützen. Unsere Solidarität mit allen demokratischen und revolutionären Gefangenen muss daher auch in ganz besonderer Weise die davon betroffenen Genossinnen und Genossen einschließen.

Verfolgungen und Repressionen wegen „Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung im Ausland“ seit dem PKK-Verbot 1993

Am 26. November 1993 erfolgte das Verbot der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) in Deutschland. Auf dieser Grundlage fanden in den letzten 28 Jahren zehntausende von Strafverfahren statt. Grundrechte der in Deutschland lebenden Kurdinnen und Kurden wurden außer Kraft gesetzt, Demonstrationen und Kundgebungen verboten. Ihre politischen Aktivitäten werden vielen Kurdinnen und Kurden ohne deutschen Pass infolge des repressiven „Ausländerrechts“ zum Verhängnis.

Verurteilungen antifaschistischer und linker Genoss:innen in den letzten Monaten – eine unvollständige Liste

- Januar 2021: Auf Grundlage des § 129b verhängte das OLG Stuttgart eine dreijährige Haftstrafe gegen Salih K.
- 12. April 2021: Am 12. April hat der 4. Strafsenat des OLG Celle den Aktivisten Nizamettin S. zu einer Freiheitsstrafe von 1 Jahr und 6 Monaten ohne Bewährung verurteilt, allein weil er sich angeblich im Rahmen der PKK politisch betätigt hätte.
- 30. April 2021: Vor dem OLG Stuttgart-Stammheim endete das das Hauptverfahren gegen fünf Aktivisten, die verdächtigt wurden, PKK-Mitglieder und für diese aktiv gewesen zu sein, mit der Urteilsverkündung: Veysel S.: 4 Jahre und drei Monate, Agit K.: vier Jahre, Özkan T.: 3 Jahre, Cihan A.: 1 Jahr und sechs Monate (auf Bewährung), Evrim A.: 1 Jahr und 6 Monate (auf Bewährung)
- 23. Juni 2021: Ella-Alle wird zu 2 Jahren und 3 Monaten Gefängnishaft ohne Bewährung verurteilt. Voraussichtlich im Januar 2022 beginnt die Berufungsverhandlung.
- 18. August 2020: Der Staatsschutzsenat des Oberlandesgerichts (OLG) Koblenz verurteilte Mazhar Turan in einem §129b-Prozess zu einer Haftstrafe von 2 Jahren und 6 Monaten. Er stand schon einmal vor Gericht und war wegen seiner politischen Aktivitäten vom OLG Celle im August 2016 zu einer Haftdauer von zwei Jahren und sieben Monaten verurteilt worden.
- 19. Juli 2021: Der Stuttgarter Genosse Findus, der wegen seiner antifaschistischen Aktivitäten zu zweieinhalb Jahren verurteilt worden war, hat seinen Haftantritt.
- 13. Oktober 2021: Im sogenannten Wasen-Prozess vor dem Landgericht Stuttgart gegen zwei Antifaschisten sind die Urteile gesprochen worden. Die 3. Strafkammer verurteilte Joel P. – genannt Jo – zu einer Haftstrafe von vier Jahren und acht Monaten, Diyar A. – genannt Dy – zu fünf Jahren und sechs Monaten. Verurteilt wurden sie wegen militanten Vorgehens gegen Nazis von „Zentrum Automobil“ in Stuttgart.

Diese Liste ließe sich ohne Zweifel fortsetzen.

Einbürgerungen werden verweigert. Der Asylstatus wird wieder aberkannt, Menschen wird per Ausweisungsverfügung die Aufenthaltserlaubnis und damit jede gesicherte Lebensgrundlage in Deutschland entzogen. Das Verbot greift tief in das Leben der Menschen ein und hat bei vielen die Erfahrung hinterlassen, der Verfolgung in der Türkei entkommen zu sein, um in Deutschland wieder in einer Falle zu sitzen. Das betrifft ganz speziell Genoss:innen, die bereits in der Türkei im Gefängnis waren und dort auch gefoltert wurden. Mehrere Fälle sind dokumentiert, dass verurteilte Kurd:innen direkt an den Folterstaat Türkei ausgeliefert wurden (Zu drei dokumentierten Fällen siehe Focus 11/2017).

Im Oktober 2010 hat der Bundesgerichtshof (BGH) die PKK nicht nur als „kriminelle“, sondern auch als „terroristische Vereinigung im Ausland“ gem. § 129b StGB eingestuft. Damit wurden die Verfolgungen weiter verschärft. Zur Verurteilung genügt die angebliche Mitgliedschaft oder Unterstützung einer „ausländischen terroristischen Vereinigung“. In welchem Umfang der § 129b gegen die kurdische Befreiungsbewegung angewendet wird, zeigt die Antwort der Bundesregierung auf eine parlamentarische Anfrage: Allein beim Generalbundesanwalt wurden seit 2010 bis zum Sommer 2020 insgesamt 861 Ermittlungsverfahren gegen 970 betroffene Personen geführt. Von diesen wurden bis Anfang 2021 elf Verfahren mit 16 Beschuldigten zur Anklage gebracht. Diese endeten ausnahmslos mit Verurteilungen.

Erst am 20. September 2021 wurde aufgrund eines Haftbefehls des Ermittlungsrichters am Oberlandesgericht (OLG) Stuttgart der kurdische Aktivist Merdan K., der die deutsche Staatsangehörigkeit hat, verhaftet. Er wird beschuldigt, Mitglied einer „terroristischen Vereinigung im Ausland“ (§§ 129a/b) gewesen zu sein.

Bei alledem arbeitet die deutsche Klassenjustiz aufs engste mit dem türkischen Staat zusammen. So war das auch beim Münchner 129b-Verfahren gegen 10 TKP/ML-Genoss:innen. Da ließ sich das Gericht ganz offiziell von der Polizeidirektion Istanbul „Erkenntnisse“ zukommen und benutzte diese im Prozess als „Beweise“. Diese hatten Spitzel des türkischen Staats in linken migrantischen Organisationen in Deutschland gesammelt. Das war eine Rechtsgrundlage des Prozesses gegen die zehn Mitglieder der TKP/ML, der im Juli 2020 in München mit mehrjährigen Haftstrafen endete.

Isolation und Misshandlungen von Gefangenen in den Gefängnissen

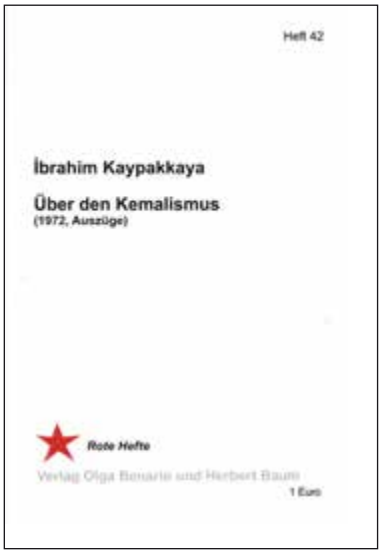
Isolation ist ein Hauptmittel der Repression im deutschen Gefängnissystem. So mussten inhaftierte Genoss:innen der Danni-Proteste 23 Stunden allein in der Zelle verbringen und durften auch im Hof lange keine anderen Inhaftierten sehen. Ihnen wurden Briefe und auch Abos oder Bücher verweigert und mitgeschickte Fotos und Briefmarken nicht ausgehändigt.

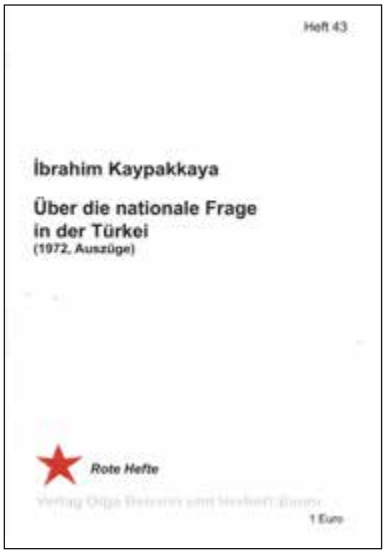
In besonderer Weise wird mit Isolierung und weiteren Schikanen gegen Gefangene mit Bezug zum Befreiungskampf in der Türkei bzw. in kurdischen Gebieten vorgegangen. So mussten die Genossinnen und Genossen im TKP/ML-Prozess ihre mehrjährige Untersuchungshaft lange unter Isolationshaftbedingungen verbringen, teilweise in „Hochsicherheitsgefängnissen“.

Ein krasses Beispiel, aber eben auch nur ein Beispiel ist Musa Aşoğlu, der sich im Hamburger Gefängnis Billwerder befindet. Er und Erdal Gökoğlu, der auch dort gefangen ist, wurden wegen § 129b verurteilt, Musa zu sechs Jahren und neun Monaten, Erdal zu fünf Jahren Haft. Vorgeworfen wird beiden die angebliche Mit-

Anzeige:







334 Seiten, 18 €,
ISBN 978-3-86589-065-8

Verlag Olga Benario und Herbert Baum, Postfach 102051, D-63020 Offenbach
www.verlag-benario-baum.de / info@verlag-benario-baum.de



Proletarierinnen/Proletarier aller Länder, vereinigt euch!

GEGEN DIE STRÖMUNG

Organ für den Aufbau der Revolutionären Kommunistischen Partei Deutschlands

8-9/2021 September 2021

Gegen den Terror der bürgerlichen Klassenjustiz:

Solidarität mit Ella und Lina!

Zurzeit versucht die Klassenjustiz des deutschen Imperialismus einmal mehr ganz gezielt Exempel der Abschreckung gegen fortschrittliche, antinazistische und revolutionäre Aktivistinnen und Aktivisten zu statuieren. Aktuell geht es vor allem um zwei Beispiele: Eine Aktivistin gegen die Rodung des Dannenröder Waldes verschanzt sich auf einem Baum, damit er nicht gefällt werden kann. Die Polizei versucht, sie mit lebensgefährlichen Aktionen vom Baum zu zerren und herunterzuschmeißen. Sie wehrt sich, klassische Notwehr. Was macht die Klassenjustiz dar-

gliedschaft in der DHKP-C, die in der Türkei aktiv ist.

Musa Aşoğlu wurde am 2. Dezember 2016 in Hamburg verhaftet und befand sich über 20 Monate in Totalisolation. Das heißt, er war 23 Stunden am Tag in der Zelle eingesperrt und durfte an keinen Gemeinschaftsaktivitäten im Knast teilnehmen. Besuche seiner Anwält:innen konnten anfangs nur mit Trennscheibe stattfinden. Gespräche mit anderen Besucher:innen wurden zusätzlich auch noch durch das Landeskriminalamt überwacht. Dass die extreme Isolierung Mitte September 2020 endlich aufgehoben wurde, ist auch ein Erfolg der vor allem von der Roten Hilfe organisierten Öffentlichkeits- und Solidaritätsarbeit! Die Schikanen, Zensurmaßnahmen usw. gehen aber weiter.

Ein Beispiel dafür, wie brutal gerade auch mit kurdischen §129b-Gefangenen in deutschen Gefängnissen umgegangen wird, zeigt sich am Beispiel des in Stammheim einsitzenden, nach §129b zu 4 Jahren und drei Monaten verurteilten Kurden Veysel S. Im November 2020 wurde er anlässlich eines geplanten Ärzt:innenbesuchs während des Transports von acht bewaffnete Polizist:innen schwer misshandelt. Veysel S. war an Händen und Füssen gefesselt und bewegungsunfähig gemacht worden. Seine Hände musste er in einen engen Sack stecken. Seine Arme wurden mit einem Gürtel am Körper fixiert. Wie ein Paket verschnürt wurde er auf einem Rollstuhl ins Sprechzimmer gefahren. Ein:e Dolmetscher:in war nicht anwesend, dafür weitere vier Polizist:innen. Unter diesen Bedingungen fand eine Behandlung nicht statt.

Solidaritätsaufgaben

Im Kampf gegen die staatliche Faschisierung ist es eine ganz besondere Aufgabe, den Blick auf das repressive System der Gefängnisse des deutschen Imperialismus zu richten. Dies ist ein Bereich, der weitgehend der Öffentlichkeit entzogen ist, ein Bereich, in dem Gewaltexzesse, Misshandlungen bis hin zu Folter, ungeheure Diskriminierung von Gefangenen aus anderen Ländern immer drastischere Ausmaße annehmen. Dabei gewinnen auch inhaftierte nazistische Kriminelle als Helferpotential des Gefängnispersonals zunehmend an Bedeutung.

Hier gilt es, insbesondere durch die Schaffung von Öffentlichkeit, der Faschisierung entgegenzutreten und Kämpfe gegen die Zustände in den Gefängnissen zu unterstützen, sowohl propagandistisch als praktisch.

Adressen demokratischer und linker Gefangener in Deutschland:

Yilmaz Acil, JVA Augsburg-Gablingen, Am Fliegerhorst 1, 86456 Gablingen

Hüseyin Agar, JVA Koblenz, Simmerner Str. 14A, 56075 Koblenz

Musa Aşoğlu, JVA Billwerder Dweerlandweg 100, 22113 Hamburg

Mirza BILEN, Fliegerhorst 1, 86456 Augsburg-Gablingen

Gökmen Çakil, Simmerner Str. 14 A, 56075 Koblenz

Mustafa Çelik, Am Fuchsberg 3, 28239 Bremen

Mazlum DORA, Asperger Str. 60, 70439 Stuttgart

Martin Eickhoff, JVA Stuttgart-Stammheim, Asperger Str. 60, 70439 Stuttgart

Nicole Grahlow, JVA Schwäbisch Gmünd, Herlikofer Str. 19, 73527 Schwäbisch Gmünd

Merdan K., Asperger Str. 60, 70439 Stuttgart

Salih Karaaslan, JVA Rottenburg, Schloss 1, 72108 Rottenburg

Agit Kulu, JVA Stuttgart-Stammheim, Asperger Str. 60, 70439 Stuttgart

Thomas Meyer-Falk, JVA Freiburg c/o Sicherungsverwahrung, Hermann-Herder-Str.8, 79104 Freiburg

Abdullah Öcalan, Obere Kreuzäckerstr. 6, Frankfurt/M. I, 60435 Frankfurt/M.

Veysel Satilmiş, JVA Stuttgart-Stammheim, Asperger Str. 60, 70439 Stuttgart

Özkan Taş, JVA Mannheim, Herzogenriedstr. 111, 68169 Mannheim

Mazhar Turan, JVA Dieburg, Altstadt 25, 64807 Dieburg

Mustafa Tuzak, JVA München, Stadelheimer Str. 12, 81549 München

UP Eins/Ella: JVA Preungesheim, JVA 3 z. H. UWP Eins, Obere Kreuzäckerstr. 4, 60435 Frankfurt am Main

UMP Neun/Mike, JVA Giessen, z. H. UMP 9/Mike, Gutfleischstr. 2 A , 35390 Gießen

Kamuran Yekta Vesek, JVA Stuttgart-Stammheim, Asperger Str. 60, 70439 Stuttgart

Post an Dy: Rote Hilfe Stuttgart, Böblinger Str. 105, 70199 Stuttgart, Stichwort: Dy

Post an Danni-Gefangene*n in der JVA Rohrbach (Realnamen gibt es über freethemall.blackblogs.org)

Mörderisches Vorgehen gegen Geflüchtete in Polen und Libyen

● Seit Wochen werden Tausende Geflüchtete aus Afghanistan, Irak, Syrien und anderen Ländern an der Grenze zwischen Belarus und Polen unter unmenschlichen Bedingungen festgehalten, lange Zeit und zu einem großen Teil noch immer im Freien, ohne Versorgung mit lebensnotwendigen Mitteln und ohne medizinische Versorgung. Mindestens zehn Menschen sind gestorben. Der polnische Staat will mit allen Mitteln den Grenzübertritt der Geflüchteten verhindern. 15.000 Soldaten wurden an der Grenze zusammengezogen, Grenzsperren mit Stacheldraht errichtet. Gegen Geflüchtete, welche sich dagegen wehren und dennoch die Grenze überqueren wollen, wird mit Wasserwerfern und Versprühen von Reizgas vorgegangen. Menschen werden brutal misshandelt. Bekannt geworden ist, dass sogar eine schwangere Frau, die es auf polnisches Gebiet geschafft hatte, 18-mal zurückgebracht wurde (FR 22.11.21). In Polen gibt es gegen dieses unmenschliche Vorgehen auch Proteste. Die Regierung hat das Betreten der sog. „roten Zone", den drei Kilometer breiten Landstrich entlang der über 400 Kilometer langen Grenze zu Belarus komplett verboten. In den Wäldern dort verbergen sich Geflüchtete, welche die Grenze bis dahin überwunden haben. Meistens in der Nacht kommen solidarische Aktivist:innen zu ihnen und bringen lebensnotwendige Dinge zu den Menschen, die dort teilweise seit Wochen in eisiger Kälte ausharren.

Der Staat des deutschen Imperialismus steht ganz massiv hinter dieser Abwehr von Geflüchteten. Mit allen Mitteln wollen sie verhindern, dass Geflüchtete überhaupt einen Asylantrag stellen können. Die deutsche Regierung lehnt die Aufnahme von Geflüchteten kategorisch ab. An der Spitze der EU stehend üben sie darüber hinaus international auf andere Staaten massiven Druck aus, damit Geflüchtete die Grenzen zur EU wie z. B. die von Polen zu Belarus auf legalem Weg erst gar nicht erreichen können. Auf diesen Druck hin dürfen Menschen aus Irak, Afghanistan, Syrien oder Jemen nicht mehr von der Türkei aus nach Belarus fliegen. Die Botschaft von Belarus stellt für sie keine Visa mehr aus usw. Vollständig entrechtet werden Hunderte Geflüchtete von Belarus aus in Länder zurück deportiert, aus denen sie aus guten Gründen geflohen sind. Seit einigen Tagen gibt es in verschiedenen Städten Deutschlands Protestkundgebungen gegen die Verbrechen an den Geflüchteten in Polen. Diese gilt es zu verstärken!

● In Libyen werden schon seit Jahren Geflüchtete unter wahrhaft mörderischen Bedingungen festgehalten. Die herrschenden Cliquen dort haben dabei die Unterstützung mit Geld, Ausrüstungen und Frontex-Politik gerade auch durch die deutschen Imperialisten. Zirka 3.000 Flüchtende in Libyen demonstrieren aktuell vor dem UNHCR-Hauptquartier in Tripolis. Die Proteste begannen Anfang Oktober 2021 nach massiven Razzien und Verhaftungen von Flüchtenden in ihren Vierteln und Häusern. Die Demonstrierenden sind Überlebende von Folter, willkürlichen Verhaftungen, Verfolgung und Erpressung – massivste Menschenrechtsverletzungen, die in Libyen die Regel sind. Viele haben zudem gewaltsame Pushbacks nach Libyen überlebt. Angesichts der jahrelang andauernden Situation haben die Flüchtenden in Tripolis nun beschlossen, sich selbst zu organisieren und sich Gehör zu verschaffen. Die Protestierenden in Tripolis schreiben in einer Erklärung:

„Wir fordern die Behörden und die ganze Welt auf, uns als Menschen anzuerkennen und unsere Rechte zu respektieren und zu schützen. Die libyschen Behörden sollten das in Afrika geltende internationale Recht auf Asyl respektieren und anwenden. Wir sind Opfer von Bürgerkriegen, wir sind Opfer, die vor religiöser und politischer Verfolgung fliehen, unter uns sind Menschen, die ein menschenwürdiges Leben, Bildung und die Freiheit suchen, menschlich zu leben. Aber die italienischen Behörden und die EU-Mitgliedstaaten haben unser Leid nur noch verschlimmert, indem sie die libyschen Behörden und ihre Milizen öffentlich und im Verborgenen dafür bezahlen, uns in der Wüste, auf dem Meer und in grauenhaften Gefängnissen zu töten – all dieses sind Verbrechen gegen die Menschlichkeit.

Libyen ist heute ein Friedhof für Tausende unschuldiger Menschen auf der Flucht, Asylbewerber:innen und Einwanderer:innen, die vor unerträglichen Situationen in ihren Herkunftsländern fliehen. Die dahinterstehende Politik wird von den italienischen Behörden und den EU-Mitgliedstaaten vollständig akzeptiert und finanziert.

Wir fordern die italienischen Behörden und die EU-Mitgliedstaaten, die Libyens Verbrechen gegen Menschen auf der Flucht finanzieren, auf, dafür zu sorgen, uns in Zukunft nicht mehr zu schaden und unsere Rechte nicht länger zu verletzen. Und wir fordern sie auf, dafür zu sorgen, die Pushbacks in die unmenschlichen libyschen Knäste oder in die Herkunftsländer zu stoppen. Wir fordern ein Ende jeglicher Zusammenarbeit mit libyschen Behörden, um alle Gefängnisse in Libyen endlich zu schließen und unsere Brüder und Schwestern freizulassen, die dort unter unmenschlichen Bedingungen inhaftiert sind und erpresst, vergewaltigt, gefoltert und getötet werden." ([coyote-l] Alarm Phone Statement: Evakuierung jetzt! Unterstützt die Proteste von Flüchtenden in Libyen! 4.11.2021)

Unterstützen wir die gerechten Proteste und Kämpfe der Geflüchteten in Polen, Libyen und überall auf der Welt!

Sehr wichtig ist der möglichst enge Kontakt von „drinnen und draußen", gerade auch, um die Isolierung der Genossinnen und Genossen „drinnen" zu durchbrechen. In der Sonderausgabe der Roten Hilfe vom 18.03.2021 heißt es unter der Überschrift „Solidarität muss praktisch werden! Schreibt den gefangenen Genoss:innen!":

„Es ist wichtig, dass eine Bewegung ihre Gefangenen nicht vergisst – sie sind unsere Genoss:innen und brauchen unsere Solidarität! Deshalb ist es umso notwendiger, dass innerhalb der Bewegung die Unterstützung Gefangener, z. B. das Schreiben an sie, das Schicken von Paketen, der Besuch bei ihnen, wieder stärker in die breite Basis getragen wird. Das Schreiben ermöglicht, mit ihnen in direkten Kontakt zu kommen, und sollte der erste Schritt sein."

Quellen: Sonderausgabe der Roten Hilfe 18.03.2021, diverse Azadi-Pressemitteilungen

Drucker, Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: W. Schulze, Osnabrücker Str. 26, 10589 Berlin www.gegendiestroemung.net
gegendstroemung@web.de | Die Nutzung unserer Homepage sollte gut überlegt erfolgen, da jeder Zugriff staatlich registriert wird ISSN 0948/5090

Proletarierinnen/Proletarier aller Länder, vereinigt euch!

GEGEN DIE STRÖMUNG

Organ für den Aufbau der Revolutionären Kommunistischen Partei Deutschlands

12/2021 Dezember 2021

Militarisierung!

Vor kurzem wurde mit C. Breuer ein General an die Spitze des „Corona-Krisen-Stabs“ berufen, einer, der der auch schon im Militäreinsatz im Kosova und in Afghanistan war. Das ist keine Kleinigkeit. Tatsächlich ist dies nur ein weiterer Schritt einer schon seit Jahren feststellbaren, nun aber offenbar forciert vorangetriebenen Entwicklung: Im Inneren wird die „Präsenz“ der Bundeswehr in verschiedenen staatlichen und gesellschaftlichen Bereichen massiv verstärkt. Bei alledem geht es vorrangig um eins: Durch die umfassende Militarisierung im Inneren soll die „Basis“ geschaffen werden für forcierte Kriegsvorbereitungen nach außen.

Imagegewinn und Gewöhnung – Immer mehr Bundeswehr-Präsenz im Inneren

Mit großem Tamtam wurde die Bundeswehr als „Retter“ nach den Überschwemmungen im Ahrtal eingesetzt. Seit Beginn der Corona-Pandemie wurden und werden bis zu 25.000 Soldat:innen für den Einsatz bereitgehalten. Voll uniformierte Bundeswehr-Soldaten drangen weit in das staatliche Gesundheits- und Sozialsystem ein. Sie werden immer ungenierter unter dem Vorwand von Corona und „Amtshilfe“ Gesundheitsämtern zugeteilt, um Kontaktdaten zu erfassen und nachzuverfolgen usw. Seit März 2020 sind somit Soldat:innen, die sich beruflich dazu entschieden haben, Deutschlands imperialistische Ambitionen mit Waffengewalt durchzusetzen, in Krankenhäusern, Gesundheitsämtern, Altenheimen und Testzentren und an den Grenzen zu den Nachbarländern. anzutreffen. Z. B. halfen bis zu 200 Soldat:innen der Bundeswehr in den Berliner Pflegeheimen bei den Corona-Schnelltests, beim Lüften in den Zimmern und Verteilung von Desinfektionsmaterial.

Mit Salamitaktik wird die Bevölkerung immer mehr daran gewöhnt werden, die Präsenz der Bundeswehr als „Freund und Helfer“ in immer mehr Bereichen als Normalität anzusehen. Das ist klar ein Einfallstor, um die Militarisierung voranzutreiben.

Tatsächlich erfasst die Militarisierung die Bevölkerung buchstäblich von Kindesbeinen an und wird mit riesigen Kampagnen und Maßnahmen vorangetrieben – bis hin zu Lampion-Umzügen von Kitas durch Kasernen. Das hat handfeste Gründe: Der „Rückhalt“ der Armee in der Bevölkerung, deren Akzeptanz und aktive Unterstützung ist von eminenter Bedeutung für die Kriegsvorbereitungen der deutschen Imperialisten, für die Erfolgsaussichten längerdauernder und breit angelegter Kriegsführung.

Es sei daran erinnert: Die Unterstützung der Nazi-Armee durch breiteste Teile der deutschen Bevölkerung war ein entscheidender Faktor für die Nazi-Kriegsführung im Zweiten Weltkrieg. Das konnte letztendlich die Niederlage Nazi-Deutschlands nicht verhindern. Das ist allerdings ein entscheidender Grund, warum bis in die letzten Kriegstage 1945 noch ein erbitterter militärischer Kampf der Armeen der Anti-Hitler-Koalition gegen die Nazi-Wehrmacht und den „Volkssturm“ nötig war, warum die Rote Armee sogar in den letzten Kriegstagen unter großen Opfern in Berlin Haus für Haus freikämpfen musste.

Propaganda-Offensiven für mehr Soldaten

Die Image-Offensiven der Bundeswehr als „Freund und Helfer“ gehen einher mit

Nazi-Strukturen in der Bundeswehr

Seit längerer Zeit existieren eine Fülle eher durch Zufall aufgedeckter Nazi-Kameradschaften innerhalb von Polizei und Bundeswehr. Diese beweisen, dass es durchdachte, miteinander zusammenhängende konspirative Netzwerk auf verschiedenen Ebenen gibt. Diese sind zum einen charakterisiert durch Nazi-Hetze bis hin zu Morddrohungen in Chats usw. Zum anderen sind diese dadurch gekennzeichnet, dass sie konkret auf ein aktives Eingreifen für die parlamentarisch von der AFD geführte sogenannte „Antiimpf-Bewegung“, ja auch auf einen „Tag X“, eine Art Militärputsch hinarbeiten. Die Mitglieder der Elite-Truppe KSK wurde nach solchen skandalösen Enthüllungen jedoch nicht festgenommen. Deren Aktivisten wurden lediglich auf die verschiedensten militärischen Einheiten der Bundeswehr verteilt. Bekannt ist, dass Ende 2020 bereits 471 Nazis per Haftbefehl gesucht sind, also mehr oder minder im Untergrund arbeiten. Diese Zahl erhöhte sich Ende 2021 auf 596 Nazis (taz 29.12.2021). Funde von vergrabenen Waffen und Sprengstoff auch in Wohnungen sind inzwischen so gut wie „normale“ Kleinmeldungen in den Medien – als gehe es um „Waffennarren“! Die Bundeswehr-Führung machte sogar das offizielle Angebot, entwendete Waffen straffrei zurückzugeben.

Nunmehr aber wird von den Nazis auch ausgetestet, wie weit es nichtkonspirative Rückmeldungen aus der Bundeswehr für ihre Initiativen gibt. Ganz öffentlich melden sich ehemaligen Bundwehrangehörige – ähnlich den sogenannten „Reichsbürgern“ – mit Aufrufen zum Zusammenschluss zum „Schutz“ der abgehaltenen Nazi-Demonstrationen, soll heißen zum Vorgehen gegen demokratische Kräfte und gegebenenfalls auch gegen Polizeikräfte.

Wie stark die Nazi-Ideologie in der Bundeswehr zusätzlich zum Militarismus verankert ist, lässt sich schwer beweisen. Selbst ein führender CDU-Politiker namens Merz vermutetet schon im Juni 2019, dass über die Hälfte aller Sicherheitskräfte in Bundeswehr und Bundespolizei AFD-Wähler wären. Die Leitung des deutschen Staates und der Bundeswehr verweigert gegenüber Medien Auskünfte. Dasselbe ist selbst bei parlamentarischen Anfragen (24.0.2021) der Fall, wo mit Berufung auf die Sicherheitsinteressen der BRD jegliche Antworten verweigert werden.

Fortsetzung auf S. 2

Fortsetzung von S. 1

Es geht um Gruppen in Telegram-Kanälen mit Namen wie „Veteranen 5nl2“ (5 nach 12), „Veteranen Pool“ oder „Soldaten und Reservisten“ rund um einen Frank Horn, bei dem rund 7.000 Personen gespeichert sind. Dieser Mensch erklärt relativ offen, dass sich Militärs auf den Tag X vorbereiten müssten und die „Regierung dem internationalen Strafgerichtshof in Den Haag“ übergeben werden müsse und ähnliches.

Publikumswirksam trat etwa ein Mensch, der sich als Gebirgsjäger aus der Kaserne Bad Reichenhall“ vorstellte, auf einer Nazi-Kundgebung mit Sprüchen wie „eure Leichen wird man auf den Feldern verstreuen“ auf. Nach kurzer Verhaftung (1 Tag) wurde er am 30. Dezember freigelassen.

Staatlicherseits erfolgt Verschleierung und Bagatellisierung. So spricht der der militärische Abschirmdienst (MAD) auf Nachfragen hin spricht lediglich von 477 „rechtsextremen Verdachtsfällen“ in der Bundeswehr, während im Verteilungsministerium von 843 solcher Verdachtsfälle die Rede ist – was hier passiert, bleibt völlig im Unklaren.

Es gilt selbstständig zu recherchieren, aufzuklären und antinazistisch-antimilitaristisch zu mobilisieren!

riesigem Werbe-Aufwand für die Bundeswehr selbst. Aktuell werden jedes Jahr rund 30 Millionen Euro für Werbung auf Messen, für Plakate, YouTube-Videos und andere Auftritte ausgegeben, die sich hauptsächlich an Jugendliche richten.

Für die Auftritte an den Schulen gibt es ein spezielles Bundeswehr-Personal. Sogenannte Karriereberater:innen sollen die Jugendlichen direkt für den „Dienst an der Waffe“ werben. Laut Bundesregierung erreichten die ca. 400 „Karriereberaterinnen und Karriereberater“ im Jahr 2019 bundesweit bei rund 4.500 Vortragsveranstaltungen über 100.000 Schüler:innen. Bei weiteren ca. 1.150 „Ausstellungen, Projekttagen, Jobmessen, Berufswahltagen und ähnlichen Veranstaltungen auf Schulgelände“ sowie Truppenbesuchen wurden nochmals über 135.000 Schüler:innen erreicht. Dazu kommen als weltweit einmalige Einheit sogenannte Jugendoffiziere. Das sind junge Soldat:innen mit abgeschlossenem Hochschulstudium und eloquentem Auftreten. Diese gehen an Schulen, um Vorträge über die Einsätze der Bundeswehr und andere „sicherheitspolitischen“ Themen zu halten. 2019 haben die Jugendoffiziere bei tausenden Veranstaltungen ca. 115.000 Schüler:innen militaristisch beeinflusst.

Seit 2011 wurden mehr als 15.000 Minderjährige einberufen, die in der Bundeswehr immer wieder schweren Rechtsverletzungen wie Vergewaltigungen oder erniedrigenden Aufnahmeritualen ausgesetzt sind.

„Zivil-militärische Zusammenarbeit“ im Dienst der Kriegsvorbereitung

Die immer engere Verankerung der Bundeswehr in der Gesellschaft erfolgt gerade auch unter dem Schlagwort der „Zivil-militärischen Zusammenarbeit“. Dabei geht es um das „Zusammenwirken“ von staatlichen oder nichtstaatlichen zivilen Organisationen mit denen der Bundeswehr bei Vorsorge- und Versorgungsmaßnahmen, beim Katastrophenschutz, beim „Spannungs- und Verteidigungsfall“. Ganz besondere Bedeutung hat dabei sowohl für Inlands- als auch Auslandseinsätze die 2008 vereinbarte engste Verzahnung mit dem Technischen Hilfswerk.

Alles ist genau durchorganisiert. An der Spitze steht das „Kommando territoriale Aufgaben der Bundeswehr“. Dessen Leiter war General C. Breuer, bevor er zum Chef des „Corona-Krisen-Stabs“ gemacht wurde. In jedem Bundesland gibt es ein Landeskommando. Mit dem „Territorial Hub“ schuf die Bundeswehr zudem eine digitale Infrastruktur, um das Militär dauerhaft und fest mit den Strukturen der zivilen Krisenbewältigung zu vernetzen.

Primäres Ziel ist es, dass diese Strukturen im „Ernstfall“ des Krieges gut aufgestellt und aufs engste mit der Bundeswehr verbunden sind. Diese Militarisierung des Katastrophenschutzes wird dabei aktuell, durchaus geschickt, mit dem Image des „Helfers“ vorangetrieben und eingespielt. Bis August 2021 hat die Bundeswehr über 7.000 „Amtshilfemaßnahmen“ abgeschlossen und ist in rund 85 Prozent aller Landkreise in Deutschland aktiv geworden.

Hinzu kommt die Fülle von Vereinbarungen zwischen der Bundeswehr und kapitalistischen Unternehmen. So wurde im Dezember 2021 eine Vereinbarung zwischen dem Hauptverband der Deutschen Bauindustrie und der Bundeswehr abgeschlossen, bei der es u. a. um „gezielte Zusammenarbeit im Bereich des freiwilligen Reservistendienstes“ geht. Der Bundeswehr-Reservistenverband propagiert sogar ein „zivil-militärisches Lebensarbeitszeitmodell“, das 2020 u. a. mit Kraus-Maffei, MBDA Missile Systems, DHL als Pilotprojekt startete. Ein Kernpunkt ist die Verpflichtung zu regelmäßigen „Reservedienstleistungen“ für die Bundeswehr.

Auch der Wissenschaftsbetrieb an den Universitäten und Hochschulen hat sich in den letzten Jahren zunehmend militarisiert. Immer häufiger kommt es zu militärischen Forschungsprojekten, die, wie es in den Strategiepapieren der Bundesregierung heißt, der Sicherung der Rüstungsindustrie in Deutschland dienen sollen. Gezielt wird die sogenannte „Dual-Use”-Forschung gefordert, die sowohl zivil als auch militärisch eingesetzt werden kann.

Dieses Netzwerk der „zivil-militärischen Zusammenarbeit“ kann auch auf die DGB-Führung und ihren Apparat bauen. Diese erklärte schon 2011 wörtlich, dass sie ihren „Frieden mit der Bundeswehr gemacht“ hat und pflegt auf verschiedenen Ebenen die Zusammenarbeit mit der Bundeswehr sowie dem Deutschen Bundeswehrverband.

Aufbau einer „Heimatschutz“-Armee

Im April 2021 startete der „Freiwillige Wehrdienst im Heimatschutz”. Das ist eine sieben Monate dauernde Militärausbildung mit der Verpflichtung zu weiteren fünf Monaten Dienst als Reservist:in. Die ersten 325 Rekrut*innen rückten in die Kasernen ein. Nach aktuellen Plänen der Bundeswehr sollen bis 2025 insgesamt 5.000 Reservist*innen, organisiert in fünf



Antimilitarist:innen haben dieses und weitere Plakate verbreitet und geklebt. Äußerlich angelehnt an das Layout und die Sprüche der Bundeswehr-Plakate wird inhaltlich der wahre Gehalt der militaristischen Bundeswehr-Propaganda treffend entlarvt. Weitere Beispiele sind enthalten in: „Rote Hilfe“ 4.2021.

„Heimatschutzregimentern, für den Einsatz im Inland zur Verfügung stehen.

Der tatsächliche Kernauftrag der Heimatschutztruppe ist im Kern ein militärischer. Die neue Heimatschutztruppe soll die „außen“ im imperialistischen Krieg aktiven Kampftruppen im Inneren unterstützen und entlasten. In einer aktuellen Broschüre des Verteidigungsministeriums mit dem Titel „Heimatschutz in Deutschland” heißt es: *„In Krisenlagen müssen sich die Heimatschutzkräfte darauf einstellen, die für die Verteidigung wichtige Infrastruktur in Deutschland als rückwärtigem Raum einer möglichen Bündnisverteidigung zu sichern und zu schützen.”* Als Beispiele für militärisch schützenswerte Infrastruktur werden genannt: *„Häfen und Bahnanlagen, Güterumschlagplätze, die NATO-Pipeline, Marsch Straßen, Brücken, Verkehrsknotenpunkte und digitale Infrastrukturen.”* (Zitiert nach RH-Zeitung 4.2021 S. 32)

„Heimatschutz“ – Allein schon dieser keineswegs zufällig gewählte Begriff hat gerade auch auf Nazis eine besondere Anziehungskraft. Diverse Nazi-Gruppierungen von AfD bis Nazikameradschaften nutzen den Begriff Heimatschutz, darunter auch der „Thüringer Heimatschutz“, aus dem das mörderische NSU-Terrornetzwerk hervorging. Welche Jugendlichen und jungen Erwachsenen sich von einem „Dienst für Deutschland” im „Heimatschutz“ mit der Ausbildung an der Waffe angezogen fühlen, liegt auf der Hand. Die Reserve der Bundeswehr ist bereits jetzt von Nazis durchzogen. Das belegen sogar Zahlen des Militärgeheimdienstes (MAD) vom Mai 2021. Der MAD hatte 1.200 Reservist:innen als „Rechtsextremisten“ eingestuft.

Nicht vergessen: Das Bundeswehr-Massaker in Afghanistan 2009

Am 4. September 2009 wurden in Afghanistan bei dem von der Bundeswehr veranlassten Massaker über 100 Menschen ermordet und viele zum Teil schwer verletzt. Ein solches direkt durch das deutsche Militär veranlasste Bombardement mit einer so hohen Opferzahl an Zivilisten stellt eine neue Dimension in der Kriegspolitik des deutschen Imperialismus nach 1945 dar. Der damals befehlshabende Oberst Klein wurde 2013 zum Brigadeoffizier befördert.
In der Tat diente und dient dieses Massaker und dessen Legitimierung auch als Drohung für zukünftige Bundeswehreinsätze gegenüber der Bevölkerung anderer Länder.

Zur Kriegsvorbereitung gehört auch die maximale Überwachung aller Personen in Deutschland

Wer Krieg führen will, muss dafür sorgen, dass an der Heimatfront Ruhe herrscht und Widerstand sofort niedergeschlagen wird. Dafür ist eine flächendeckende Überwachung aller Personen, ihres Standorts und der Begegnung der einzelnen Person mit anderen Personen eine wichtige Voraussetzung. Hier ist das zentrale Instrument die neue technische Errungenschaft des Handys. Diese führt dazu, dass jeder Mensch mit dem Handy ein Bewegungsmelder mit sich führt. Hinzu kommen immer mehr flächendeckende Videokameras mit Gesichtserkennung und Ähnliches. Das ist seit Jahren so. Möglicherweise bewusster ist diese flächendeckende Überwachungsmöglichkeit nun geworden, da teilweise nachvollziehbare Maßnahmen gegen die Corona-Pandemie (z. B. Schutz für besonders Gefährdete in Alters- und Pflegeheimen) mit einer ganzen Reihe von Maßnahmen verknüpft werden, die als eine Gewöhnung an polizeistaatliche Standards bezeichnet werden können.

Es ist klargeworden, dass die Polizei ihre Fahndungsmaßnahmen durch die Corona-Zettel in Gaststätten oder die Nutzung von irgendwelchen Corona-Apps nicht nur nutzen kann, sondern auch genutzt hat. Die angebliche Anonymisierung ist eine Augenwischerei. Tatsache ist zudem, dass jetzt Hunderttausende, ja Millionen von einfachen Angestellten in kleinen Läden und Gaststätten täglich als Kontolleur:innen von Personalausweisen eingesetzt werden. Damit nimmt die mentale Bereitschaft zu gegenseitiger Überwachung in der Bevölkerung zu.

Es gibt eine schwierige Gemengelage bei Maßnahmen, die zum Schutz vor Ansteckung dienen sollen, teilweise allerdings auch gar nichts mit Corona zu tun haben. Das darf aber keineswegs daran hindern, auf die katastrophale Lage im Gesundheitswesen durch Privatisierung und extrem niedrige Bezahlung vor allem des Pflegepersonals hinzuweisen und gleichzeitig alle medizinisch unnützen und schikanösen, polizeistaatlicher Überwachung dienenden Maßnahmen abzulehnen.

Vorbereitung und Erprobung von Bundeswehr-Repressionseinsätzen im Inneren

Ob mit oder ohne Gesetzesgrundlage, für alle Fälle bereiten die deutschen Imperialisten auch den Einsatz der Bundeswehr nach innen zur Unterdrückung fortschrittlicher und revolutionärer Bewegungen vor. Die gegen den Widerstand hunderttausender Arbeiter:innen und Jugendlicher 1968 von der großen Koalition verabschiedeten “Notstandsgesetze” regeln für den „inneren Notstand“ die Außerkraftsetzung der sogenannten “bürgerlich-demokratischen Freiheiten”, wie z.B. des Versammlungs- und Streikrechts und auch ganz „legal“ den repressiven Einsatz der Bundeswehr im Inneren. Offiziell festgeschrieben wurde inzwischen, dass der Einsatz der Bundeswehr im Inneren auch bei „terroristischen Großlagen“ möglich sei. Wo die Definitionsmacht liegt, ist wohl klar. Die Praxis geht auch schon in diese Richtung:

- Beim Einsatz des bisher größten Polizeiaufgebots in der Geschichte der BRD (17.000 Polizisten und Spezialeinheiten in Rostock, landesweit 35.000) am 2. Juli 2007 in Rostock-Heiligendamm zum G-8-Gipfels gegen Proteste in großem Umfang die Unterstützung der Bundeswehr herangezogen (über 2.000 Soldaten, Tornados, Schnellboote, Panzerspähwagen usw.).
- An der größten „Antiterrorübung“ der bundesdeutschen Geschichte 2019 mit dem Titel „Baden-Württemberg Terrorismusabwehr Exercise” war – öffentlichkeitswirksam inszeniert – nicht nur die Polizei, sondern auch die Bundeswehr beteiligt.

Nach außen: Verstärkte Kriegspolitik

Nach außen werden in raschem Tempo Waffenexporte in riesigem Ausmaß und die Ausweitung der Auslandseinsätze in den verschiedenen Erdteilen durchgezogen.

Bundeswehr-Einheiten sind u. a. in Mali stationiert, wo nach Recherchen des UN-Informationsdienstes „The New Humanitarian“ die von der EU und gerade auch von Deutschland trainierten Söldner nicht nur Putsche organisiert haben, sondern im Verlauf des Konflikts mehr Zivilisten ermordet haben als die sich auf den Islam berufenden faschistischen Söldner (FR 17.9.21). Die Bundeswehr hat Kampftruppen nach Osteuropa verlegt und Ende Januar 2017 die Führung eines NATO-Bataillons in Litauen übernommen. Den Bundeswehr-Truppen dort hat die neue Kriegsministerin sogleich auch ihren Besuch abgestattet. Dort soll jetzt auch eine Bundeswehr-Kaserne gebaut werden.

Im Sommer 2021 wurde die Kriegs-Fregatte „Bayern“ nach Südostasien entsandt, um dort erstmals seit 1945 wieder „Flagge“ zu zeigen.

Um die Fähigkeit der Bundeswehr zu „moderner Kriegsführung“ zu stärken, werden High-Tech-Drohnen und modernste Kampfflugzeuge angeschafft, die im Rahmen der NATO auch die sog. „Atom-Teilhabe“ gewährleisten sollen.

Das deutsche Militärpotential wird dabei noch erheblich verstärkt, indem Truppen anderer Staaten in die Bundeswehr „integriert“ werden. Die Niederlande haben seit längerem zwei Drittel ihrer Armeeverbände deutschem Kommando unterstellt. Seit 2017 wurden auch Heereseinheiten Tschechiens und eine rumänische Armeeeinheit deutschen Divisionskommandos unterstellt. Weitere Länder folgen.

Die Zukunftspläne der deutschen Imperialisten mit ihrer Bundeswehr sind eindeutig ausgerichtet auf Krieg. Auch die offiziellen Planungsunterlagen und Papiere des deutschen Militärs sprechen eine recht offene Sprache. So heißt es im Erlass des deutschen Kriegsministeriums „Konzeption der Bundeswehr“ (2018), die Bundeswehr müsse schnellstmöglich in die Lage versetzt werden, *„in allen Dimensionen mit kurzem Vorlauf, mit umfassenden Fähigkeiten bis hin zu kampffähigen Großverbänden“* loszuschlagen.

Für diese „Einsatzorientierung“ der Bundeswehr aber müsse deren „Basis“ im Inland umfassend verstärkt werden: *„Viele organisatorische Abhängigkeiten verbinden die Basis Inland unmittelbar mit den Kräften im Einsatz oder in einer Mission. Die zunehmende Verflechtung und die Möglichkeit, Aufgaben direkt aus Deutschland heraus zu erfüllen, erlauben keine Brüche zwischen dem Dienst im Heimatland und dem in einem Einsatz oder in einer Mission.“* (S. 12) Nur dadurch könne auch die „Resilienz“, d. h. das Ver



Die „Rote Hilfe“ 4.2021 hat als Schwerpunkt: Bundeswehr und Militarisierung.

Wir empfehlen unseren Leser:innen dieses faktenreiche Heft. Wenn nicht anders vermerkt, stammen die Fakten und Belege aus dieser Nummer.

Die Artikel in diesem Heft sind auch eine gute Grundlage für kritische Diskussion über die Fragen des antimilitaristischen Kampfes.

Bestellungen:
info@rote-hilfe.de

mögen zum Durchhalten auch langwieriger Kriegseinsätze an mehreren Schauplätzen gewährleistet werden.

Die feste Einbindung der „eigenen“ Bevölkerung in die Vorbereitung, dann aber vor allem in die Durchführung künftiger Kriege ist für die deutschen Imperialisten von größter Bedeutung, gerade auch um einen möglichen „Dolchstoß“ im eigenen Hinterland zu verhindern. Ohne nationalistische Verhetzung, ohne militaristische Mobilisierung, ohne Ausschaltung des Widerstands gegen ihre Kriegspläne werden die deutschen Imperialisten keine groß angelegten Kriege führen können.

★ ★ ★

Von größter Aktualität ist, was Karl Liebknecht über kapitalistischen Militarismus und Armee gesagt hat:

„Der kapitalistische Militarismus ist, soweit er sich nach außen richtet, in erster Linie eine Waffe im internationalen Konkurrenzkampf, einmal um die Absatzmärkte, sodann um die Gebiete mit besonders günstigen natürlichen Produktionsbedingungen und mit besonders wertvollen, für die kapitalistische Produktion geeigneten Naturschätzen und Arbeitskräften, und damit ein Werkzeug zur Ausraubung der Völker (...) Auch die Bedeutung des inneren Militarismus nimmt mit der Fortentwicklung des Kapitalismus schnell zu. (...) Kirche und Schule, Wissenschaft und Kunst werden von den herrschenden Klassen in den Dienst gestellt, um im Proletariat nach Kräften denjenigen Geist, diejenige Gesinnung zu sichern und zu erzeugen, die ihnen im Interesse der Aufrechterhaltung ihrer Herrschaft wünschenswert erscheinen. Die Klassenjustiz dient als Gewaltmittel zum gleichen Zweck der Aufrechterhaltung der Klassenherrschaft. Polizei und Gendarmerie sind Spezialtruppen mit derselben Aufgabe. Das letzte und stärkste Gewaltmittel jedoch ist die Armee; sowohl in den wirtschaftlichen wie in den politischen Kämpfen gegen das Proletariat wird sie als Ultima ratio in täglich stärkerem Maße zur Verwendung gebracht, und zwar in Ländern mit freiheitlicher Verfassung nicht minder als in konstitutionellen Monarchien und in Despotien.“

(Karl Liebknecht, Der Militarismus, Thesen, Zweite Internationale Konferenz der sozialistischen Jugendorganisationen Kopenhagen 4. und 5. September 1910, Gesammelte Reden und Schriften, Band III, S- 469-475)

Flugblätter von GEGEN DIE STRÖMUNG zu Nazis, Bundeswehr und Militarismus

- **Skandal oder Normal? Nazis in der Bundeswehr – Imageprobleme der deutschen Imperialisten** (Mai/Juni 2017)
  - Die Bundeswehr – in der Kontinuität der Nazi-Wehrmacht aufgebaut
  - Spielarten der Wehrmachts-Traditionspflege
  - Nazis mitten in der Bundeswehr
  - Die Zukunftspläne des deutschen Militärs: Krieg
  - Aufgaben im antimilitaristischen Kampf (10 Seiten A 4)
- **Nazi-Netzwerke fest verankert in der Bundeswehr** (Februar/März 21)
  - Das „Kommando Spezialkräfte“ (KSK) der Bundeswehr – eine Zentrale für Nazi-Netzwerke
  - Probleme und Aufgaben des Kampfes gegen Nazis und Nazi-Netzwerke (4 Seiten A 4)

Zu bestellen bei: Literaturvertrieb Georgi Dimitroff, Postfach 10 20 51, 63020 Offenbach a. M. / info@litvertriebdimitroff.de

Drucker, Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: W. Schulze, Osnabrücker Str. 26, 10589 Berlin ISSN 0948/5090
https://gegendiestroemung.net - gegendiestroemung@web.de *Die Nutzung unserer Homepage sollte gut überlegt erfolgen, da jeder Zugriff staatlich registriert wird*

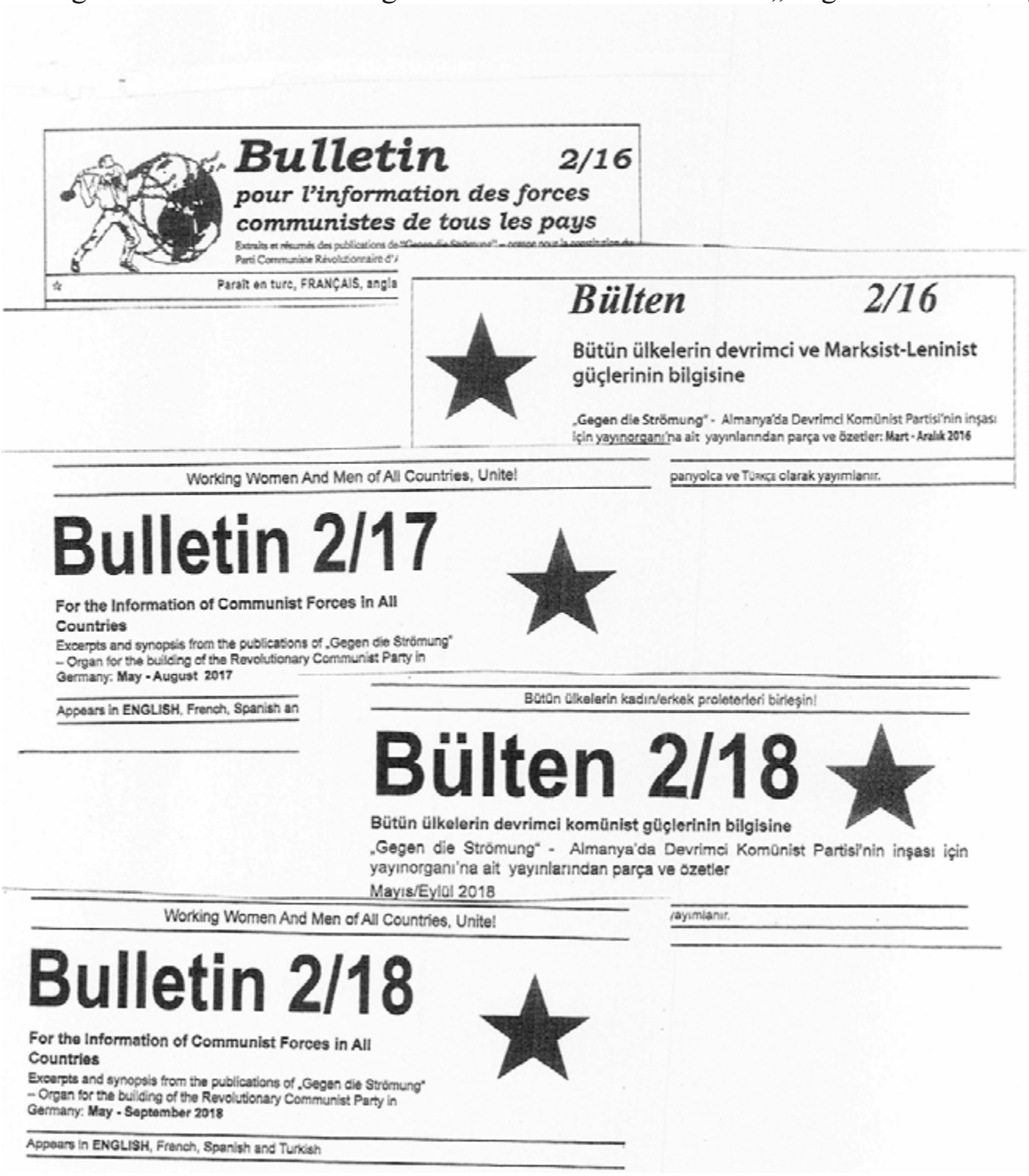
Bulletins

Zur Information der
revolutionären, marxistisch-
leninistischen Kräfte aller Länder

Bulletins

zur Information der revolutionären Kommunistinnen und Kommunisten aller Länder in verschiedenen Sprachen

Auszüge und Zusammenfassungen aus den Publikationen von „Gegen die Strömung“



Zu bestellen bei:
Literaturvertrieb Dimitroff - Postfach 102051 - 63020 Offenbach
E-mail: info@litvertriebdimitroff.de

Proletarierinnen/Proletarier aller Länder, vereinigt euch!

Bulletin 1/19

Zur Information der revolutionären marxistisch-leninistischen Kräfte aller Länder

Auszüge und Zusammenfassungen aus den Publikationen von „Gegen die Strömung" – Organ für den Aufbau der Revolutionären Kommunistischen Partei Deutschlands:

Januar - April 2019

Das Flugblatt Januar-Februar hat zum Thema:

Zum Kampf gegen die Verschlechterung der Lebenslage in Frankreich:

Polizeiterror in Frankreich

Seit Wochen erschüttern gewaltige Demonstrationen und Aktionen von zehntausenden, ja hunderttausenden Menschen in Frankreich das Image eines politischen Systems, das durch verschärfte Ausbeutung, Unterdrückung, Lüge und Zynismus eine Provokation nach der anderen startet. Ein Polizei-Terror ungeheueren Ausmaßes in der Tradition der mörderischen Polizei-Attacken auf die Proteste gegen den Algerien-Krieg in den 50er Jahren und gegen die sogenannten Maikämpfe 1968 begleiten die politischen und ideologischen Angriffe gegen die Protestbewegung, um diese zu desorientieren und zu zerschlagen. Worum geht es? Welche Resonanz haben diese Kämpfe hier in Deutschland? Wie und wo können wir verstärkt unsere Solidarität zum Ausdruck bringen?

Berechtigte Kämpfe gegen die verschärfte Ausbeutung und Unterdrückung und gegen den Polizei-Terror

Es ist klar, dass der direkte Auslöser für die große Protestbewegung in Frankreich die Erhöhung der antisozialen Steuer auf Benzin war sowie eine Fülle weiterer Angriffe auf die Lebensbedingungen der großen Mehrheit der werktätigen Bevölkerung in Frankreich. Völlig klar ist auch, dass die große Masse der an diesen Protesten Beteiligten aus guten Gründen und mit gutem Recht den Kampf für die Rücknahme all dieser unglaublichen Zumutungen aufgenommen hat. Gleichzeitig ist auch unstrittig, – und hierüber wird in der offiziellen Presse in Deutschland nur am Rande oder gar nicht berichtet, – dass die hochgerüstete Polizei in Frankreich mit unglaublichem Terror versucht, die Protestbewegung niederzuschlagen.

Tausende von Festnahmen, polizeiliche Prügelorgien sowie der Einsatz von Wasserwerfern und Gummigeschossen sind Kennzeichen dieses Polizeiterrors. Der Höhepunkt der Verschärfung des Einsatzes von polizeilichen Mitteln bestand in den quasi militärischen Tränengas-Bomben, denen TNT-Sprengstoff beigemischt ist. Durch diese Polizei-Granaten wurden mindestens 13 Menschen Augen ausgeschossen sowie mindestens 4 Menschen die Hand oder der halbe Arm abgerissen. Viele verloren auch ihr Gehör. Die Zahl der Toten beläuft sich auf bisher 10 Personen (eine Frau wurde von einer Tränengasgranate getötet, die anderen Toten kamen bei Straßenblockaden um). Die Zahl der Verletzten geht in die Tausende, darunter mehrere Dutzend Schwerverletzte. Ein durch Gummigeschosse der Polizei getroffener Demonstrant wurde so schwer verletzt, dass er im Koma liegt.

Die protestierenden Menschen in Frankreich lassen sich das verständlicherweise nicht gefallen, wehren sich gegen die Polizeiattacken und gehen auch zum Angriff gegen Symbole der kapitalistischen Ungleichheit vor. Anfang Februar 2019 gab es Demonstrationen gegen den Polizeiterror in mehreren Städten Frankreichs.

Unstrittig ist auch, dass eine Besonderheit dieser Protestbewegung ist, dass sie nicht allein auf die großen Städte, nicht nur auf die Hauptstadt Paris beschränkt ist, sondern auf ganz Frankreich verteilt den Kampf führt. Die Polizeikräfte sind dadurch bis aufs äußerste gefordert, so dass von den Herrschenden der Einsatz von Militär als nächster Schritt schon öffentlich verkündet wird.

Die üblichen aktiven Abwiegler spielen bisher keine Rolle

Offensichtlich unstrittig ist auch, dass dieser Kampf sich personalisiert auf Präsident Macron und seine Politik. ... Er wurde als ein Großmaul enttarnt ...Tatsache ist auch, dass im Staatsgefüge eines bürgerlich-demokratischen imperialistischen Staates die gewerkschaftlichen Organisationen eigentlich für die Abwiegelung von Protesten vorgesehenen sind. ... Die Gewerkschaftsführung war ganz offensichtlich nicht willkommen bei der großen Mehrheit der Kämpfenden. ... Alle etablierten Kräfte konnten sich, soweit das bisher beurteilt werden konnte, bis jetzt nicht an die Spitze dieser Protestbewegung stellen.

Der Kampf gegen die französischen Faschisten und Rassisten

Ein ernstes Problem ist es, dass sich die rassistische und profaschistische Bewegung um Marine Le Pen offi-

ziell auf die Seite der Protestierenden stellt. Rassistische und nationalistische Aktivisten spielen ganz offensichtlich auch in verschiedenen Teilen des Landes in unterschiedlichem Ausmaß eine aktive Rolle in dieser Bewegung. Es ist schwierig, vielleicht unmöglich, insbesondere in Unkenntnis einer Zusammenfassung der Fülle lokaler Berichte, das Ausmaß der Beteiligung der – sagen wir es verkürzt – Rassisten, die die französische Nationalflagge schwenken und französischen Nationalismus propagieren, genau einzuschätzen.

Das Problem wird nicht dadurch kleiner, dass sich in Deutschland die rassistisch-nationalistische AFD – eng verbunden mit der militanten Nazi-Szene – öffentlich mit der Protestbewegung in Frankreich solidarisiert und ähnliches für Deutschland wünscht. Zudem hat sich ausgerechnet die übelste Person der sogenannten Linkspartei, Sahra Wagenknecht, das Symbol der Protestbewegung, eine gelbe Weste, angezogen.

Dagegen ist es umso wichtiger klarzustellen, dass eine sehr große Anzahl der Protestierenden in Frankreich sich gegen die Beteiligung einzelner rassistischer und nationalistischer Gruppen und Personen wenden, sie aus Demonstrationen und aus der Bewegung vertreiben. Im Gegensatz zu diesen Kräften haben diese Protestierenden den Internationalismus, den Anti-Rassismus, die Solidarität mit verfolgten Minderheiten demonstrativ in einer ganzen Reihe von Aktionen unterstrichen. ...

Es folgen nun mehrere Beispiele von antifaschistischen, antirassistischen Aktionen, bei denen Faschisten aus Demonstrationen militant oder mit Sprechchören vertrieben wurden. Es gab auch Demonstrationen, bei denen Antirassismus und Antifaschismus in den Mittelpunkt gestellt wurde und gleichzeitig die brutalen Angriffe der Polizeikräfte teilweise erfolgreich bekämpft und zurückgeschlagen wurden.

Stärken und Schwächen der Protestbewegung

Diese Protestbewegung hat in mancherlei Hinsicht den Umfang einer Revolte angenommen und ist bereit, sich gegen den französischen Staat auch militant zu wehren.

Diese Bewegung orientiert sich noch, diskutiert vor allem auch über möglichst erfolgreiche Aktionsformen, kämpft für Kontinuität und Weiterentwicklung angesichts der Fülle von Spaltungsmanövern durch die herrschende Klasse und den Polizei-Terror.

Zu den Stärken dieser Protestbewegung gehört alles, was sich gegen den französischen Nationalismus und Rassismus richtet. Zu den Schwächen der Protestbewegung gehört ohne Zweifel alles, was den Kampf zur Vertreibung der Rassisten und Nationalisten verhindern will oder die Notwendigkeit der Bekämpfung auch nur bagatellisiert. Wir teilen ganz und gar die Einschätzung der Genossinnen und Genossen aus Frankreich, dass dieser Kampf erstrangig ist. Deren Informationen können hauptsächlich über elektronische Medien weltweit verfolgt werden.

Unsere Aufgaben der Solidarität

Es besteht kein Zweifel, dass diese Protestbewegung (noch) nicht den Sturz des kapitalistischen Systems zielklar fordert, kein Programm der roten Fahnen zur Zerschlagung des französischen Staatsapparates und zur Niederhaltung der Konterrevolution hat. Es kann und wird sich zeigen, ob und in welche Richtung es der herrschenden Klasse gelingt, in diese Protestbewegung einzugreifen, um die Protestierenden zu demoralisieren und zu desorientieren.

Unsere ganze Solidarität gilt ohne Einschränkung den demokratischen und revolutionären Kräften in Frankreich. Es ist unsere Aufgabe, uns vor Ort in Frankreich zu informieren und Aktivistinnen und Aktivisten des Widerstands in Frankreich Gelegenheit zu geben, in Deutschland über die Kämpfe zu berichten: über den Polizeiterror, das Ausmaß der Kämpfe, die Methoden und Taktik der Kämpfenden und deren Probleme und Schwierigkeiten und wie dagegen angekämpft wird.

Es ist eine wichtige Aufgabe der internationalen Solidarität, dass in Deutschland und in allen Ländern der Welt gerechte Kämpfe, wo auch immer und mit welchen Schwierigkeiten verbunden, tatkräftig unterstützt werden. Die Kämpfe in Frankreich sind aktuell ohne Frage der wichtigste Widerstand gegen die Politik der Kapitalistenklasse innerhalb Europas. Diese Kämpfe sind von kaum zu überschätzender Bedeutung für die weitere Entwicklung des Kampfes gegen Ausbeutung und Unterdrückung in Frankreich einerseits und in anderen benachbarten Ländern und weiteren Ländern Europas andererseits.

Das Fehlen gut vernetzter und inhaltlich klarer kommunistischer Kräfte, die in der Lage sind, aktiv in solche Protestbewegungen und Revolten einzugreifen, ist ein weltweites Problem. Es zu ändern, ist eine der wichtigsten Aufgaben und Lehren aus allen aktuellen Kämpfen gegen Ausbeutung und Unterdrückung weltweit.

6.2.2019

Das Flugblatt hat 4 A4-Seiten und enthält die weiteren Beiträge:

● Zur Taktik der herrschenden Klasse ● Weltweite Streikkämpfe im Januar 2019 ● Faschistischer Überfall auf die „Gelbwesten"-Demonstration am 26.1.2019 in Paris

---

Das Flugblatt vom März 2019 hat zum Thema:

Der 8. März - Kampftag der Frauen auf der ganzen Welt gegen Ausbeutung, Diskriminierung und Unterdrückung!

Seit über 100 Jahren setzen sich vor allem die Frauen der sozialistischen und kommunistischen, der demokratisch-revolutionären Bewegung auf der ganzen Welt dafür ein, in allen Ländern der Welt an einem gesonderten Tag einen Kampftag zu initiieren und durchzuführen. Das Auf und Ab der Geschichte dieses Tages ist verbunden mit den

großen Veränderungen und auch den unterschiedlichen Situationen in den einzelnen Ländern. Worum geht es dabei?

Die Unterdrückung der Frauen hat eine Geschichte, die unmittelbar mit der Geschichte der Entstehung von Privateigentum, Staat und Familie zusammenhängt und bis in die Entstehung der ersten Klassengesellschaft, bis in die Sklavenhalterzeit zurückreicht. Erst mit der Entwicklung des Kapitalismus und der Ideologie der angeblichen Gleichheit aller Menschen wurde weltweit bewusst, dass es mit dieser Gleichberechtigung der Menschen nicht sehr weit her ist, weder vom Recht her und noch weniger von der Realität her.

Gerade auch die Frauen waren und sind – nicht nur in ökonomisch nichtimperialistischen Ländern, sondern gerade auch in den ökonomisch hochentwickelten imperialistischen Ländern, – keinesfalls wirklich real gleichberechtigt. Sie werden nach wie vor in besonderer Weise ausgebeutet, diskriminiert und unterdrückt.

Zur Geschichte des internationalen Kampftags der Frauen

Die Geschichte des internationalen Kampftages der Frauen begann zunächst als Kampf für das bürgerliche Wahlrecht der Frauen in den sich langsam entwickelnden bürgerlich-demokratischen Staaten Westeuropas und den USA.

1910 wurde auf der zweiten internationalen sozialistischen Frauenkonferenz in Kopenhagen auch auf Initiative der deutschen Kommunistin Clara Zetkin (damals noch Mitglied der SPD) der Beschluss gefasst:

> *„Im Einvernehmen mit den klassenbewussten politischen und gewerkschaftlichen Organisationen des Proletariats in ihrem Lande veranstalten die sozialistischen Frauen aller Länder jedes Jahr einen Frauentag .... Der Frauentag muss einen internationalen Charakter tragen."*

Bereits damals wurde der März aus zwei Gründen als Datum für die Durchführung dieses Tages ins Auge gefasst:

Zum einen hatte die Pariser Kommune 1871, an deren Erkämpfung und Verteidigung gerade auch proletarische Frauen einen großen Anteil hatten, im März 1871 begonnen.

Zum anderen war der März auch der Monat der gefallenen Kämpferinnen und Kämpfer der Märzrevolution 1848. Durch beide Hinweise auf den Monat März war also klar, dass der internationale Frauentag einen kämpferischen und revolutionären Charakter haben sollte. Aber warum wurde wenig später gerade der 8. März festgelegt?

Hier können mehrere Aspekte genannt werden: Am 8. März 1857 fand in New York ein erster Textilarbeiterinnenstreik statt. Wichtiger noch war am 8. März 1908 der Streik der Textilarbeiterinnen in der New Yorker Fabrik Cotton. Um die streikenden Textilarbeiterin zu isolieren wurden sie in der Fabrik eingeschlossen. Ein Feuer brach aus oder wurde gelegt.129 kämpfende und streikende Frauen starben an diesem Tag. 1909 fand in den USA der erste große landesweite Kampftag der Frauen statt.

Der Kampf der Frauen im zaristischen Russland

Der 8. März im Jahre 1917 war ein besonderer Tag in Russland, genauer in Petersburg, dem späteren Leningrad. An diesem Tag streikten Arbeiterinnen, unterstützt von den Ehefrauen von Soldaten. Und es gingen auch erstmals Bäuerinnen mit ihnen gemeinsam auf die Straße. Dies war ein nicht unwesentlicher Teil des Kampfes, der insgesamt mit dem Begriff „Februarrevolution" bezeichnet wird und zum Sturz des Zarismus führte.

Nach dem Sieg der Oktoberrevolution beschloss dann die internationale Konferenz kommunistischer Frauen 1921 in Moskau, dass der 8. März zum Internationalen Frauentag erklärt wurde.

Veränderte aktuelle Schwerpunkte des Kampfs

Es liegt auf der Hand, dass in unterschiedlichen Situationen unterschiedliche Probleme im Vordergrund des Kampfs stehen. Das war ab 1914 klar der Kampf gegen den imperialistischen Krieg in den kriegführenden Ländern mit dem Ziel der Beendigung des mörderischen Kriegs und sogar mit dem Ziel des Sturzes der „eigenen" imperialistischen Staatsmacht. Daran beteiligte sich auch die antimilitaristische und revolutionäre Frauenbewegung.

Dort wo sich wie etwa im November 1918 in Deutschland revolutionäre Bewegungen entwickelten und Revolutionen stattfanden, war es eine wesentliche damals jedoch wenig erfolgreiche Forderung, dass die revolutionären Frauen am bewaffneten Kampf teilnehmen konnten. Dies war nur möglich im Kampf gegen männlich-chauvinistische Vorurteile. Gerade in diesen Zeiten wurde klar, dass der Kampf gegen die Diskriminierung der Frauen auch ein Kampf innerhalb der sozialen und revolutionären Bewegungen ist.

Erfolge in dieser Hinsicht zeigen sich heute wohl am deutlichsten an der Teilnahme der revolutionären kurdischen Frauen und der revolutionären Frauen in Indien am bewaffneten Kampf.

Die bürgerliche Familie: Erniedrigung, Diskriminierung, Unterdrückung und Ausbeutung der Frauen

Bereits im Manifest der Kommunistischen Partei von 1848 hatten Karl Marx und Friedrich Engels auf die primitiven Angriffe der antikommunistischen Reaktionäre geantwortet. Diese behaupteten, das Ziel der Kommunistischen Partei sei die Vergesellschaftung der Frauen für alle Männer. Mit scharfen Worten geißelten Marx und Engels die Frauenunterdrückung in der bürgerlichen Gesellschaft.

Marx und Engels prangern an, dass die bürgerliche Moral im höchsten Maße verlogen und lächerlich ist. Denn es ist so, dass den bürgerlichen Herren die Frauen und Töchter des Proletariats „zur Verfügung stehen", dass sie die offizielle Prostitution nutzen und zudem entgegen all ihren hochmoralischen Ansprüchen auch noch die Frauen anderer Bourgeois nach Möglichkeit „verführen". Marx und

Engels erklären weiter: **„Der Bourgeois sieht in seiner Frau ein bloßes Produktionsinstrument."** *(Karl Marx / Friedrich Engels: Manifest der Kommunistischen Partei, 1848, Marx Engels Werke Band 4, S. 478)*

Klar ist also von Anfang an in der kommunistischen Programmatik enthalten, dass der Kampf gegen sexuelle Erniedrigung und Ausbeutung ein Kernpunkt kommunistischer Positionen ist.

Der Kampf gegen Frauenunterdrückung und für die Vernichtung des Kapitalismus

Die Besonderheit kommunistischer Positionen zum Kampf der Frauen gegen Diskriminierung und Unterdrückung ist, dass – wie in anderen Teilkämpfen auch – eine ganze Reihe von berechtigten Forderung durchaus mit den Grundlagen des Kapitalismus, mit Privatbesitz an Produktionsmitteln und der Ausbeutung des Proletariats in der Produktion vereinbar sind. Daher war es möglich, dass Frauen aus verschiedenen Klassen und Schichten gemeinsam etwa für die Einführung des Wahlrechts für Frauen kämpften. Und daher ist es möglich, dass auch gegen öffentliche Diskriminierung, staatliche Maßnahmen, die immer noch Benachteiligung von Frauen enthalten, die Absurdität des ungleichen Lohns für gleiche Arbeit, aber auch der Kampf gegen die Vergewaltigung in der Familie und die Sexualverbrechen überhaupt im großen Maßstab Themen sind, die nicht nur die proletarischen Frauen betreffen, sondern Möglichkeiten und Notwendigkeiten von wichtigen Bündnissen beinhalten.

So ist die Liste der berechtigten Forderungen und der durch unterschiedliche Situationen bedingten Kampfziele der proletarischen Frauen und der Frauenbewegung überhaupt in der ganzen Welt durchaus nicht kurz und oft genug auch recht unterschiedlich.

In allen Tageskämpfen, in allen demokratischen Kämpfen überhaupt, gibt es ein zentrales Problem. Selbstverständlich ist es ein berechtigtes Kampfziel, dass Frauen in einem Land genauso behandelt werden wie Männer, dass sie gleichen Lohn für gleiche Arbeit erhalten. Das wäre innerhalb des kapitalistischen Systems ökonomisch durchaus realisierbar.

Politisch und ideologisch ist die Diffamierung der Frauen der proletarischen Klasse und die Erniedrigung von Frauen überhaupt ein wichtiges Mittel in der Politik der herrschenden Klasse, um ein „Spalte und Herrsche" durchzuführen.

Zudem sind Vorurteile und die Diskriminierung gegen Frauen sehr tief und breit, – verstärkt früher durch Religion, heute vor allem durch Massenmedien – in breiten Teilen der werktätigen Bevölkerung vorhanden. Dies ist sehr direkt so beim männlichen Teil der Bevölkerung, indirekt auch oft genug beim weiblichen Teil der Bevölkerung.

Das Ziel der Gleichberechtigung der proletarischen Frau enthält im Kapitalismus wie alle Forderungen, die im Kapitalismus erfüllt werden können, tiefer durchdacht das Problem, dass letztlich gefordert wird: Wir wollen nicht mehr so stark ausgebeutet werden, sondern genauso ausgebeutet und unterdrückt werden wie die Männer der proletarischen Klasse. Das klingt zynisch, ist aber das Problem, wenn in der bürgerlichen Frauenbewegung eine Verherrlichung des Kapitalismus und die Stärkung des Reformismus nicht bekämpft werden.

Denn es ist klar, wer Ausbeutung und Unterdrückung erfährt, in welchem Ausmaß auch immer, will völlig berechtigt Ausbeutung und Unterdrückung mildern. Aber im Kern geht es darum, Ausbeutung und Unterdrückung ganz abzuschaffen, die imperialistischen Kriege, den Imperialismus, die kapitalistische Ausbeutung in der Produktion radikal zu vernichten, damit Ausbeutung nicht mehr stattfindet.

Auch nach einem Sieg der sozialistischen Revolution, in der die Ausbeutung und Unterdrückung des Proletariats abgeschafft werden, wird die jahrhundertelange, ja jahrtausendlange Diskriminierung der Frau immer noch ein Faktor sein, der von erheblicher Bedeutung ist, um nicht nur formaljuristisch gleichberechtigt zu sein, sondern vollständig im ganzen Leben.

Doppelte Ausbeutung der proletarischen Frauen

Es ist ein nicht zu unterschätzender Faktor, dass für die Reproduktion der Arbeitskraft (und die Herstellung der Arbeitskraft der nachwachsenden Generation) der proletarischen Klasse eben der Haushalt nötig ist. Und hier stellt im Kapitalismus oft die proletarische Frau als „Doppelbelastung", als doppelte Ausbeutung noch einmal zusätzlich für das Kapital und den Kapitalismus kostenlos sicher, dass „die Familie" funktioniert, „dass alles funktioniert", damit der Kapitalismus funktioniert.

Auch das klingt zynisch, weil es eine objektive Funktion beschreibt. Subjektiv ist der Kampf für das Wohlergehen selbstredend nicht automatisch mit dem Ziel verbunden, dass der Kapitalismus funktioniert, sondern dass es einem einigermaßen erträglich geht.

Nichtsdestotrotz, die objektive Funktion der Doppelbelastung vieler Frauen in der proletarischen Familie ist und bleibt das Funktionieren des Kapitalismus. Jeder oder jede, die in den Fabriken arbeiten, um den Lebensunterhalt zu verdienen, dienen auch dem Funktionieren des Kapitalismus. Es wird für die Klasse der Kapitalisten Mehrwert produziert und es werden zudem Waffen für den kapitalistischen Staat hergestellt. Die Ausbeutung und Unterdrückung in der Fabrik wird dadurch zementiert. Das ist tagtäglich so.

***

Es ist wichtig, sich bewusst zu machen: Bei allen notwendigen und richtigen Kämpfen gegen Teilaspekte von Ausbeutung und Unterdrückung kommt es dennoch im Kern darauf an, Ausbeutung Unterdrückung insgesamt – also auch jegliche Diskriminierung von Frauen – zu bekämpfen und nach Möglichkeit alles zu unterstützen, was zur Vernichtung des Kapitalismus dient, eines Systems von Ausbeutung, Unterdrückung, von Diskriminierung, Beleidigung und Erniedrigung.

Das ist der Kern des Kampftags der proletarischen Frauen am 8. März seit spätestens 1921 in der ganzen Welt.

Das Flugblatt hat 2 A4-Seiten und enthält keinen weiteren Beitrag.

*Das Flugblatt **April** hat zum Thema:*

Die Widersprüche zwischen den imperialistischen Großmächten verschärfen sich:

Donald Trump und der deutsche Nationalismus!

Der Kampf zwischen den imperialistischen Großmächten um Profite, um Einflusssphären und um militärische Präsenz verschärft sich weltweit. Wesentlich offener als früher kämpfen europäische Staaten untereinander, spitzen sich die Konflikte zwischen den USA und den einzelnen europäischen Ländern zu. Und anders als in den letzten 10 Jahren geht auch das militärische Säbelrasseln zwischen den USA und Russland in eine neue Runde.

Diese Zuspitzung zeigt sich auch darin, dass sich die Wortwahl und die Tonlage zwischen den früher angeblich so befreundeten Großmächten verschärft hat. Das Wort vom Handelskrieg wird insbesondere im Kampf um Zölle zwischen den USA und China, zwischen den USA sowie Deutschland und anderen Staaten Westeuropas immer häufiger auch in den Medien in Deutschland verwendet. Die Bevölkerung in Deutschland wird eingestimmt auf eine Zuspitzung aller Widersprüche, wobei klar ist, dass es angeblich eine einzige unschuldige Macht gibt: das unschuldige Deutschland.

Zur Methode der „Entlarvung" der Verbrechen imperialistischer Konkurrenten

Um das Märchen vom „unschuldigen Deutschland" besser verkaufen zu können, wird immer häufiger auf eine alte bewährte reaktionäre Methode zurückgegriffen, die gerade auch im imperialistischen Deutschland eine lange Geschichte hat. So wurden schon Anfang des 20. Jahrhunderts die „Gräuel" in den englischen Kolonien in Afrika immer und immer wieder „entlarvt", während der deutsche Imperialismus ab 1904 einen Genozid gegen die Herero und Nama in der deutschen Kolonie „Deutsch-Südwestafrika" (das heutige Namibia) durchführte und dabei ca. 80.000 Menschen ermordete. Während des Ersten Weltkriegs wurde immer und immer wieder auf die „zaristischen Gräuel" oder die „englischen Kriegsverbrechen" verwiesen, während der deutsche Imperialismus zur selben Zeit Massenmordverbrechen auch mit Giftgas durchführte. Bei dieser „Entlarvung" verwies der deutsche Imperialismus in Einzelheiten durchaus richtig auch auf wirkliche Verbrechen anderer imperialistischer Länder sowie auch die anderen imperialistischen Großmächte wirkliche Verbrechen des deutschen Imperialismus benannten. Das zeigt: Wenn zwei Verbrecher sich streiten, kommt eben doch manchmal die Wahrheit raus.

Das Ziel dieser Kampagnen war es, von den eigenen Verbrechen abzulenken und diese zu vertuschen, um sich selbst im Gegensatz zu ihren imperialistischen Konkurrenten als „menschenfreundlich", als „im Recht" hinzustellen. Es war ein Mittel, um die „eigene" Bevölkerung gegen die Konkurrenten aufzuhetzen und an sich zu binden, sowie den eigenen Einfluss bei großen Teilen der Bevölkerung in den Einflusssphären der imperialistischen Konkurrenten zu steigern.

Zur aktuellen Mobilisierung des deutschen Nationalismus gegen die USA

An erster Stelle bei der heutigen Mobilmachung des deutschen Imperialismus stehen zumindest aktuell die USA. Diese Mobilmachung wird geschickt auf Donald Trump konzentriert. Er wird zum verrückten Monarchen hochstilisiert. Trump gibt nicht nur ständig frauenfeindlich-sexistische und offen rassistische Bemerkungen und Reden zum Besten, er hofiert nicht nur die Nazibewegung in den USA, sondern er hat auch einen neuen Politikstil der sogenannten „Unberechenbarkeit" eingeführt. Dies ähnelt eher den Erscheinungsformen eines Pokerspielers als eines imperialistischen Diplomaten. Ohne jegliche Skrupel benutzt er auch im privaten Bereich für alle sichtbar Lügen, Meineid und ähnliches.

Und er spricht offen aus, was die Politik aller imperialistischen Großmächte ist: das eigene Land zuerst! So bekämpften die USA die deutsche Automobilindustrie, die Konkurrenz der chinesischen Warenexporte, prangerten Zölle gegen us-amerikanische Waren an und verhängten selbst Zölle.

Wie in einer Fernsehserie bedient Trump immer auf's Neue Medien mit irgendwelchen Skandalen und ist dadurch so oder so in aller Munde. Er erleichtert es in Deutschland, den deutschen Nationalismus zu verstecken. Denn egal wie und wo, privat oder politisch, wer sich gegen diese Politikerfigur stellt, sei es im Karneval oder in der Talkshow, der ist immer auf der „richtigen Seite", hat die Lacher und Claqueure immer auf seiner Seite. Und in der Tat, die leidgeprüfte arbeitende und ausgebeutete Bevölkerung in den USA ist wahrlich nicht um diesen Präsidenten zu beneiden – auch wenn es eine klammheimliche Freude auslöst, wenn der US-amerikanische Imperialismus die verbrecherische Tätigkeit der deutschen Automobilindustrie zum Anlass nimmt, seinen Konkurrenten mit hohen Strafen zu belegen.

Aber darum geht es den deutschen Propagandisten gegen Donald Trump gar nicht. In der Tat ist es richtig, den Kampf in den USA gegen alle antidemokratischen, rassistischen, sexistischen und imperialistischen politischen Taten und die solche Handlungen legitimierende Ideologie zu unterstützen.

Den bürgerlichen Medien und Politikern in Deutschland geht es vielmehr um die Ideologie des deutschen Nationalismus. Sie nutzen die in Einzelheiten berechtigte Kritik an Donald Trump, um sich an ihm die Schuhe abzuputzen und Deutschland, „die Deutschen" selbst als großartig demokratisch und absolut integer darzustellen. Das ist – wie gezeigt – an sich nichts Neues im imperialistischen Politikbetrieb, aber Donald Trump bietet hierfür wirklich eine besonders geeignete Bühne.

Zwischenimperialistische Widersprüche am Beispiel Iran

Im Wesentlichen geht es um nichts anderes als um zwischenimperialistische Widersprüche, also um einen Kampf um maximalen Profit, um den Kampf um Weltherrschaft zwischen den imperialistischen Großmächten. Das zeigt sich besonders deutlich am Konflikt um den Boykott des Iran. Nun, man muss schon extrem naiv sein, wenn man glaubt, dass es den USA beim Boykott des Iran auf irgendwelche moralischen oder politischen Prinzipien ankommt. Nichts davon ist wahr. Der us-amerikanische Boykott des Iran mit den nachfolgenden Schlägen gegen die verschiedenen europäischen Mächte – insbesondere auch gegen den deutschen Imperialismus – die im Iran glänzende Profite erzielen, ist ein klassisches Beispiel dafür, dass es hinter all den Phrasen um nichts anders als um Kampf um Märkte, um den Kampf um Einflussgebiete und Profit geht.

Zur Methode der Personalisierung der Politik

Es ist sicher nicht unwichtig, dass durch die Personalisierung der Politik einer imperialistischen Großmacht auf eine Person das interessierte Publikum dieser großen Show mehr oder minder direkt auch in den ganz falschen Gedankengang eingeführt wird, dass es doch die großen Männer sind, die richtige oder falsche Politik machen. Dass es in diesem Fall um falsche Politik geht, spielt für die angestrebte, ganz falsche Personalisierung von Politik dabei erst einmal keine Rolle.

Ein durchaus gewollter Nebeneffekt der Konzentration des deutschen Nationalismus auf die Person von Donald Trump ist es zu verschleiern, dass hinter dem Handeln einzelner Personen, wie persönlich verquer sie auch daherkommen, politische und ökonomische Grundprobleme stehen, die die eigentliche Ursache der zwischenimperialistischen Rivalität darstellen: das imperialistische Weltsystem mit seinen Gesetzmäßigkeiten und die imperialistischen Staaten, die die Herrschaft des Kapitalismus sichern.

Dass die herrschende Klasse immer öfter merkwürdige Personen an die Spitze der politischen Schalthebel stellt, die sich trotz aller Unterstützung durch Medien in relativ kurzer Zeit als schlechte Schauspieler entpuppen und verbrauchen – denken wir in Deutschland an Figuren wie Scharping, Gabriel, Seehofer, Wagenknecht, Nahles oder auch den Tübinger Bürgermeister der „Grünen"-Partei – ist im Grunde unwesentlich. Entscheidend ist, dass die Politik der deutschen Imperialisten, was die militärische Aufrüstung der Bundeswehr und auch die polizeistaatliche Militarisierung im Inneren Deutschlands umfasst, mehr oder minder einheitlich von allen Berliner Parteien getarnt und vor allem auch mit Hilfe bürgerlicher Medien als angeblich berechtigter Kampf gegen die USA und andere imperialistische Großmächte verbreitet wird.

Damit soll vergessen gemacht werden: Es ist die profitorientierte Ideologie und Politik des deutschen Imperialismus insgesamt, unabhängig von einzelnen Personen, die für die Gesamtlage in Deutschland verantwortlich ist.

Der Hauptfeind steht im „eigenen" Land!

Angesichts all der vielfältigen Propaganda gegen die USA und Donald Trump, gegen Brexit und England, gegen Putin und Russland sei festgehalten – auch wenn es ganz und gar nichts Neues ist –, dass dahinter zwischenimperialistische Widersprüche stehen.

Der Hauptfeind steht im eigenen Land. Es ist der deutsche Imperialismus. Er muss vorrangig bekämpft werden ohne gleichzeitig die internationale Solidarität mit allen Ausgebeuteten und Unterdrückten auch nur eine Sekunde zurückzustellen.

Es wird in den nächsten Jahren wichtig sein, die deutsch-nationalistischen Manöver des deutschen Imperialismus, mit denen er seinen Masseneinfluss aufrechterhalten und ausbauen will, zu bekämpfen, zu enttarnen und zu widerlegen und die eigentlichen Ursachen von Ausbeutung und Unterdrückung weltweit und in Deutschland aufzuzeigen und anzugreifen. Es wird entscheidend sein, nicht dem verfluchten Antikommunismus nachzugeben, deutlich und klar nicht nur die politische Linie im Kampf gegen den deutschen Imperialismus zu verteidigen und zu begründen, sondern vor allem die Ziele des Kampfes für die sozialistische Revolution, des Kampfes weltweit für den Kommunismus den jeweiligen Möglichkeiten entsprechend zu propagieren.

Das Flugblatt hat 2 A4-Seiten und enthält die weiteren Beiträge:

- **Solidarität mit den Antinazikräften in den USA**
- **Gipfel der Heuchelei: Gegen die Grenzmauer zu Mexiko - Für Frontex!**

Die von Donald Trump gegen die Refugees aus Mexiko geplante Mauer an der mexikanischen Grenze ist Dauerthema in bürgerlichen Medien in Deutschland und wird als „unmenschlich" bezeichnet. Das ist zwar sicherlich zutreffend, aber nichts als Heuchelei.

Denn es wird das mörderische Programm des deutschen Staats gegen Refugees dabei nicht erwähnt, beschönigt oder sogar verteidigt, wie z.B. die sog. „Sicherung der europäischen Außengrenzen". Das ist ein regelrechter Krieg gegen Flüchtlinge mithilfe der sog. „Grenzschutzagentur Frontex", die unter führender Beteiligung Deutschlands aufgebaut wurde, mit bisher weit über 30.000 ertrunkenen Flüchtlingen, die damit bewusst und planmäßig im Mittelmeer in den Tod getrieben wurden.

Kontakt: *gegendstroemung@web.de*

***E-mail:** info@gegendiestroemung.org

*(*Die Geheimdienste aller Länder nicht unterschätzen!)*

Drucker, Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: W. Schulze, Osnabrücker Straße 26, 10589 Berlin

https://gegendiestroemung.net *Die Nutzung unserer Homepage sollte gut überlegt erfolgen, da jeder Zugriff staatlich registriert wird*

Proletarierinnen/Proletarier aller Länder, vereinigt euch!

Bulletin 2/19

Zur Information der revolutionären marxistisch-leninistischen Kräfte aller Länder

Auszüge und Zusammenfassungen aus den Publikationen von „Gegen die Strömung" – Organ für den Aufbau der Revolutionären Kommunistischen Partei Deutschlands:

Mai - August 2019

Das Flugblatt von Mai-Juni 2019 hat zum Thema:

Zu Marx' Schrift gegen Judenfeindschaft von 1844 - Stärken und Probleme

Bereits 1844 kämpfte Marx gegen eine aufkommende pseudolinke Judenfeindschaft. Er verfasste einen Artikel gegen Bruno Bauers bösartige Schrift „Zur Judenfrage". Schon Rosa Luxemburg stellte klar, dass das was als „Judenfrage" benannt wurde „eine Frage des Rassenhasses als Symptom der gesellschaftlichen Reaktion ist." Wie Rosa Luxemburg sagte: Für die Marx Anhänger… existiert die Judenfrage nicht", wie auch die „Frage der gelben Gefahr seitens der Chinesen nicht existiert." (November 1910)

Nach der Französischen Revolution 1789 und dem Wachsen der sozialistischen Bewegung in Frankreich wurde auch die deutsche Reaktion zunehmend nervös. Demokratische Kräfte rührten sich und es kam zum Aufstand der Weber 1844 im damaligen Schlesien.

In dieser Situation erschien im Pariser Exil eine Kampfschrift von Karl Marx zur Unterstützung der berechtigten Forderung nach Emanzipation der jüdischen Bevölkerung in Preußen und anderen deutschen Fürstentümern. Seine Thesen stellte Marx in Form einer Buchbesprechung vor. Der damals noch anerkannte Bruno Bauer wurde von ihm aufs Korn genommen. Bauer galt zunächst als „Linker", war aber später ein extrem reaktionärer Judenfeind.

Diese Schrift von Karl Marx hat zu heftigen Debatten geführt. Aussagen von Marx wurden entstellt und existierende Schwächen des noch von Hegel und Feuerbach beeinflussten Karl Marx demagogisch ausgenutzt.

Um es gleich vorweg zu sagen: Das Grundproblem ist nicht die Solidarität von Karl Marx mit der jüdischen Bevölkerung, die unstrittig ist, sondern die Verwendung der damals üblichen Gleichsetzung von „jüdisch" mit „ausbeuterisch". Noch einmal Rosa Luxemburg, die auf den damaligen Zeitgeist eingeht und schrieb: „was gewöhnlich als Judentum bezeichnet" wird, sei „eben nichts Anderes als der Schacher- und Betrügergeist, der in jeder Gesellschaft auftritt, in der Ausbeutung herrscht, ein Geist, der aufs Beste in der neuzeitlichen christlichen Gesellschaft blüht." (Ebenda)

I. Analyse des Textes

In diesem Abschnitt wird einleitend erläutert, wie die Schrift aufgebaut ist.

1. Hauptgedanken

In diesem Teil des Flugblatts werden folgende Hauptgedanken von Marx dargestellt und erläutert.

- **Für die Gleichberechtigung der jüdischen Bevölkerung im bürgerlichen Staat am Beispiel Frankreichs und Nordamerikas**
- **„Politische Emanzipation" bedeutet staatsbürgerliche Gleichberechtigung im Kapitalismus – „menschliche Emanzipation" ist Kommunismus**
- **Politische Gleichberechtigung der jüdischen Bevölkerung ist schon im Kapitalismus notwendig und möglich und darf nicht auf den Kommunismus verschoben werden**
- **Keine Illusionen in die Begrenztheit bürgerlicher Rechte**
- **Wirkliche Individualität contra egoistische Individualität: wenn „die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist"**

In einem 2. Abschnitt werden die Probleme der Schrift dargestellt.

2. Probleme der letzten vier Abschnitte

Zu Beginn wird festgestellt:

„Es ist sicherlich viel schwerer als bei dem umfangreichen ersten Teil, diese fünf Seiten von Marx angemessen, ohne größere Zusammenhänge, insbesondere ohne den Zusammenhang mit der realen Verfolgung

der jüdischen Bevölkerung in der Geschichte, und ohne die schwierigen philosophischen Kämpfe, in die Marx mit Feuerbach und Bauer verwickelt war, sozusagen rein am Text, zu interpretieren und zu erklären. Es soll dennoch nachfolgend versucht werden."

Folgende Aspekte werden hier untersucht, erläutert und kritisiert:

„Nun wohl!" – Wie Marx mit dem antijüdischen Klischee „Juden waren und sind Wucherer" umgeht

Was will Marx mit der provozierenden, paradoxen Behauptung erreichen, dass „die Christen zu Juden geworden sind"

Marx' rhetorische Pointen erschweren unseren Kampf gegen die Judenfeindschaft und können nicht verwendet werden

In einem 2. Teil werden die Positionen von „Gegen die Strömung" zu dieser Marx-Schrift zusammengefasst.

II. Fazit

Folgendes wird hervorgehoben:

„Die eigentliche Problematik des Textes von Marx besteht nicht im großen, grundlegenden ersten Teil, sondern in den circa sechs Seiten des zweiten Teils. Durch die Übernahme von Formulierungen althergebrachter antijüdischer Klischees können diese sechs Seiten keinesfalls als vorbildlich gelten oder gar durch Zitate oder Formulierungsübernahme im aktuellen Kampf gegen antisemitische Ideologie verwendet werden. Dies wird nicht zuletzt auch an der realen Nutzung dieser Passagen in der Bewegung der proletarischen Klasse durch judenfeindliche Demagogen bis hin zur Nutzung durch die Nazi-Propaganda oder auch durch aktuelle judenfeindliche Strömungen deutlich. ...

Marx packt Bauer sowohl von der theoretisch-ideologischen Seite als auch von der praktisch-ökonomischen Seite. Aber er streitet mit Bauer nicht darüber – obwohl es nötig gewesen wäre –, ob nun im Mittelalter tatsächlich die Juden die Träger des Wuchers und des Kapitalismus waren oder nicht. Er verweist nicht auf Kreuzzüge und antijudaistische Pogrome. Er widerspricht nicht der Gleichsetzung von Juden und Ausbeutern durch Bauer für die Vergangenheit und teilweise für die Gegenwart. Er diskutiert die Frage nicht, ob dies damals wirklich so war. Aber eines ist unbestreitbar bei den Ausführungen von Marx: Das, was den Juden zu Recht oder zu Unrecht zugeschrieben wird, das kennzeichnet ja heute unzweifelhaft den christlichen Staat und die kapitalistische Gesellschaft. Dort werden die Juden als Ausbeuter tituliert oder beschimpft, aber alles, was den Juden vorgeworfen wird, charakterisiert doch letztlich den christlich-kapitalistischen Staat und jene, die diese Anklagen erheben, um von den kapitalistischen Ausbeutungsverhältnissen abzulenken. Das ganze Thema ist für Marx insofern obsolet, als dass die in der Gesellschaft seiner Zeit der jüdischen Bevölkerung zugeschriebenen Merkmale ihre Ursache nicht in der jüdischen Religion und nicht in einzelnen jüdischen Kapitalisten haben. Ausbeutung und Kapitalismus sind überall und müssen beseitigt werden.

Vorteil und Nachteil dieses Verfahrens müssen gesondert herausgearbeitet werden: Dass Marx dem Streit über die real existierende jüdische Bevölkerung und der Geschichte der Judenfeindschaft aus dem Weg geht, hat den Vorteil, dass der Logik nach ganz deutlich wird: Aktuell geht es nicht um Juden oder Christen, sondern um Kapitalismus. Dieser Streit ist ein Manöver, das von der Notwendigkeit einer allgemein menschlichen Emanzipation, von der Notwendigkeit des Kommunismus ablenkt.

Der Nachteil dieses Verfahrens ist allerdings auch erheblich. Dadurch, dass er die Klischees über „Alltagsjuden" für die Vergangenheit und teilweise für die Gegenwart nicht widerlegt, sondern nur als Ablenkungsmanöver charakterisiert, ist diese Schrift keine Schrift gegen die Fälschung der Geschichte der jüdischen Bevölkerung. Diese Schrift ist also auch keine Hilfe in der Widerlegung der judenfeindlichen Verdrehungen und Vertuschung der realen Verfolgungsgeschichte und antijüdischen Diffamierungen, wie sie insbesondere seit den Kreuzzügen und seit Martin Luther für das Verständnis der deutschen Geschichte wesentlich sind. ...

Diese Schrift des frühen, noch nicht marxistischen Marx steht politisch turmhoch über den antijudaistischen Junghegelianern. Sie bringt auf den Punkt, dass es absurd ist, wenn Christen die Juden als Ausbeuter beschimpfen, weil der christliche Staat und die kapitalistische Ausbeutergesellschaft mit solchen Zuschreibungen (christlich/jüdisch) überhaupt nicht charakterisiert werden können, weil sie selbst kapitalistisch-ausbeuterisch sind. ...

Klar ist jedoch auch, dass es die Aufgabe der Marxisten in der Sozialdemokratie, in der proletarischen Bewegung, in der kommunistischen Bewegung ist, auf den Kampf für die Aufklärung über Judenfeindschaft, über die reale Geschichte der Verfolgung der jüdischen Bevölkerung zu bestehen, alle Lücken und Mängel in dieser Hinsicht selbstkritisch zu bekämpfen und zu überwinden und im Sinne von Marx auch an die Schrift „Zur Judenfrage" kritisch heranzugehen. Ob Marx 1844 die Gefahr der Judenfeindschaft in seiner Zeit und den folgenden Jahrzehnten unterschätzt hat, mag dahingestellt sein. Der Verlauf der weiteren Geschichte legt dies jedenfalls nahe. ...

Im Verlauf unserer weiteren Analysen wird sich zeigen, dass Marx und Engels zu verschiedenen Zeiten in verschiedenartigen Publikationen und zu ganz unterschiedlichen Zeitpunkten zu einzelnen Fragen, aber nicht systematisch zu Fragen der Judenfeindschaft und zur realen Situation der jüdischen Bevölkerung in

Deutschland und verschiedenen Teilen der Welt Stellung genommen haben. ....“

Abschließend wird betont:

„Marx und Engels legten – und das ist von welthistorischer Bedeutung – wissenschaftlich dar, dass der Kapitalismus, dass Ausbeutung und Unterdrückung im Kapitalismus, in der Produktion wurzeln und nur von dieser Wurzel her wirklich vernichtet werden können.“

Das Flugblatt hat 8 A4-Seiten und enthält den weiteren Beitrag:

- Die rückblickende Kritik von Marx an seinen Frühschriften ernst nehmen

---

Das Flugblatt von Juli-August 2019 hat zum Thema:

Wichtige Erfahrungen der sich entwickelnden proletarischen Bewegung ab dem „Sozialistengesetz“ 1878:

Aus dem praktischen Kampf der Arbeiterinnen und Arbeiter gegen Judenfeindschaft lernen!

Im Kontext sich verschärfender Klassenkämpfe im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts wurde die revolutionäre Partei der proletarischen Klasse, die sich damals noch Sozialdemokratische Partei Deutschlands nannte, im Kampf gegen Kapitalismus, Preußentum und deutschen Militarismus zusätzlich mit einer kaum zu überschätzenden Herausforderung konfrontiert: die von der herrschenden Klasse gerade auch gegen die proletarische Partei eingesetzte judenfeindliche Bewegung, die sich vor allem gegen die jüdische Bevölkerung richtete. Die vom Polizeiterror bedrohte proletarische Partei – und hier vor allem fortschrittliche Arbeiterinnen und Arbeiter – führte einen praktischen Kampf gegen die erstarkende judenfeindliche Bewegung, der wirklich vorbildlich war und heute weitgehend vergessen ist. Dabei ist aus dem damaligen Kampf gegen Judenfeindschaft sehr viel für heute zu lernen. Wie nötig das ist, zeigt einerseits die massive Zunahme der Judenfeindschaft in Deutschland heute in Verbindung mit zunehmendem Nationalismus und Rassismus, zum anderen die große Schwäche des Kampfes dagegen, insbesondere auch seitens der proletarischen Klasse.

Militante Gegenwehr der Arbeiterinnen und Arbeiter gegen die Judenfeinde in Berlin 1880

Zunächst richtete sich ihr Kampf gegen die neu entstandenen politischen judenfeindlichen Parteien. Sozialdemokratische Rednerinnen und Redner traten in Versammlungen der Judenfeinde auf (da wegen des „Sozialistengesetzes“ ab 1878 keine sozialdemokratischen Veranstaltungen legal durchgeführt werden konnten), um die eigenen Argumente vorzubringen, die Veranstaltung zu übernehmen oder zu stören. ...

Für den 11. Januar 1880 mobilisierten fortschrittliche sozialdemokratische Arbeiterinnen und Arbeiter in den Berliner Reichshallen zu einer Versammlung zum Thema „Die Stellung der Arbeiterschaft zur Judenfrage“, an der 3.500 Arbeiterinnen und Arbeiter teilnahmen. ...

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Veranstaltung verabschiedeten mit großer Mehrheit eine Resolution gegen die Judenfeinde. Die Arbeiterinnen und Arbeiter wurden aufgerufen, solidarisch zu sein, „sich entsprechend ihrem Gerechtigkeitssinn und ihrem demokratischen Geist der Schmälerung der den Juden verfassungsmäßig garantierten staatsbürgerlichen Gleichstellung zu widersetzen“. ...

Wichtig ist festzuhalten, dass die sozialdemokratischen Aktivistinnen und Aktivisten die Judenfeinde und die Schädlichkeit ihrer Hetze Ernst und auch zum Anlass nahmen, konkret gegen die Judenfeinde vorzugehen, bevor die Parteiführung sich offiziell und grundlegend mit der Frage der Judenfeindschaft beschäftigt hatte.

Auch in den Folgejahren, insbesondere seit der erneuten Verschärfung der Judenfeindschaft ab 1890, wurde diese Praxis fortgesetzt.

Eine Veranstaltung besonderer Art in Berlin

Der Abschnitt berichtet von einer Veranstaltung am 11. Januar 1881 in Berlin gegen den Judenfeind Stöcker, zu der nur Arbeiterinnen und Arbeiter eingeladen waren. Unter großer Beteiligung der ca. 4000 Anwesenden, unter denen auch einige Stöcker-Anhänger waren, wurde nach vielen Redebeiträgen und ausführlicher Diskussion eine Resolution gegen die Judenfeinde verabschiedet.

Erneute handfeste Gegenwehr sozialdemokratischer Aktivistinnen und Aktivisten ab 1890

In den Städten

Ab 1890 gingen sozialdemokratische Aktivistinnen und Aktivisten zunehmend gegen Judenfeinde vor. Mutige Aktivistinnen und Aktivisten störten und sprengten Versammlungen der Judenfeinde, die meist keine Redner aus den Reihen der Gegner der Judenfeinde zuließen.

Teilweise gelang es auch, auf Veranstaltungen der Judenfeinde eigene Rednerinnen und Redner einzuschleusen bzw. Gegenreden zu halten und sogar Resolutionen zur Abstimmung zu bringen. ...

Im Folgenden werden Beispiele aus verschiedenen Städten gebracht, wie die Aktivistinnen und Aktivisten gegen die judenfeindlichen Veranstaltungen vorgegangen sind.

Auf dem Land

Ab 1890 gingen sozialdemokratische Aktivistinnen und Aktivisten vor allem auf dem Land aktiv und teilweise ohne konkrete Anleitung durch die Zentrale gegen die Judenfeinde vor. Bereits 1889 hatten sie von der sozialdemokratischen Führung eine deutliche Stellungnahme, konkrete Handlungsanweisungen und eine Unterstützung im Kampf gegen die sich ausbreitende Judenfeindschaft gefordert. ...

Die Agitationskomitees agierten im Kampf gegen die Judenfeinde – positiv ausgedrückt – relativ selbstständig in Ermangelung einer Anleitung durch das Parteizentrum. Sie schätzten die Judenhetze als weit gefährlicher und bedrohlicher ein als manch führender Kader in der Zentrale. Neben dem Verteilen von Flugblättern, Broschüren und Zeitungen und mündlicher Agitation führten sie eigene Veranstaltungen durch oder störten bzw. sprengten Veranstaltungen der Judenfeinde. Im Gegensatz zum Zentralorgan der Partei berichteten regionale Blätter und Broschüren der Agitationskomitees über die Aufklärungsarbeit anderer Ortsvereine gegen die völkische Ideologie, stellten die praktischen Konsequenzen der Judenhetze an Beispielen aus dem Alltagsleben vor und griffen einzelne judenfeindliche Broschüren heraus, um sie zu widerlegen. Vorträge und Reden gegen die Judenfeindschaft (so etwa die Rede Wilhelm Liebknechts 1893 in Leipzig) wurden nachgedruckt. ...

Für fast alle Landagitatoren bedeutete dies insbesondere, dass sie der judenfeindlichen Bewegung unter den Bäuerinnen und Bauern sowie vor allem auch der vordringenden rassistisch-völkischen Judenfeindschaft den Kampf ansagen mussten. ...

Es folgen Beispiele der Aktionen von Aktivistinnen und Aktivisten gegen die Judenfeinde auf dem Land.

Aufstellung Paul Singers als Kandidat für den Reichstag

... Angesichts der zunehmenden Judenfeindschaft stellte die Sozialdemokratie 1883 unter den Bedingungen des „Sozialistengesetzes" bewusst und demonstrativ Paul Singer als Kandidaten für die Berliner Stadtverordnetenwahl auf. ...

Seine Aufstellung als Kandidat zur Berliner Stadtverordnetenwahl 1883 war ein bewusstes und demonstratives Statement der Sozialdemokratie gegen Judenfeindschaft. Die Berliner Arbeiterinnen und Arbeiter unterstützten dieses Statement, indem sie Singer im ersten Wahlgang mit absoluter Mehrheit wählten. 1884 wurde Singer erstmals in den Reichstag gewählt. Er gewann das Mandat mit absoluter Mehrheit und sollte es 27 Jahre lang bis zu seinem Tod verteidigen.

... Dies war nicht nur eine Demonstration der Sozialdemokratie gegen die Judenfeindschaft, es wurde zunehmend eine machtvolle Demonstration der Arbeiterinnen und Arbeiter in Berlin, die gegen die reaktionäre Judenhetze ihren Paul Singer feierten. ...

Es folgt der Bericht eines Augenzeugen, wie die Berliner Arbeiterinnen und Arbeiter ihren Kandidaten Paul Singer feierten und hochleben ließen. Danach wird von der politischen Arbeit Paul Singers und seinem Kampf gegen Antisemitismus berichtet.

... Bei seiner Beisetzung 1911 begleiteten eine Million Arbeiterinnen und Arbeiter auf einer siebenstündigen Demonstration den Sarg in einem Trauerzug. Das damals drei Millionen Einwohner zählende Berlin hatte noch nie zuvor eine solche Massendemonstration gesehen. ...

Das Flugblatt erläutert abschließend:

Diese sicherlich nicht vollständige Darstellung des praktischen Kampfs der Sozialdemokratie soll unterstreichen, warum wir – trotz alledem – mit der damaligen sozialdemokratischen Partei solidarisch sind und uns als in dieser Tradition stehend verstehen.

Es gilt auch aus diesem Blickwinkel die praktischen Kämpfe der nachfolgenden kommunistischen Bewegung einzuschätzen und zu analysieren und zu prüfen, inwieweit an dieser positiven Tradition festgehalten wurde. ...

Das Flugblatt hat 8 A4-Seiten und enthält die weiteren Beiträge:

- Schwächen und Stärken des theoretischen und politischen Kampfs der Sozialdemokratie gegen Judenfeindschaft - Thesen einer umfangreichen Analyse
- Paul Singer (1844-1911)

Kontakt:

***E-mail:** gegendstroemung@web.de*

(*Die Geheimdienste aller Länder nicht unterschätzen!)

Drucker, Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: W. Schulze, Osnabrücker Straße 26, 10589 Berlin

https://gegendiestroemung.net *Die Nutzung unserer Homepage sollte gut überlegt erfolgen, da jeder Zugriff staatlich registriert wird*

Proletarierinnen/Proletarier aller Länder, vereinigt euch!

Bulletin 3/19

Zur Information der revolutionären marxistisch-leninistischen Kräfte aller Länder

Auszüge und Zusammenfassungen aus den Publikationen von „Gegen die Strömung" – Organ für den Aufbau der Revolutionären Kommunistischen Partei Deutschlands:
September - Oktober 2019

Das Flugblatt von September 2019 hat zum Thema:

Die IAA 2019 in Frankfurt - ein Propaganda-spektakel der Herrschenden:

IAA, „Auto-Ideologie" und Kapitalismus bekämpfen

Die IAA ist ein sich jährlich wiederholendes Propagandaspektakel der herrschenden Klasse in Deutschland. Hunterttausende Besucher werden erwartet. Die IAA präsentiert sich selbst „auf der Höhe der Zeit: Die Belange der Menschen stehen angeblich im Vordergrund. Denn es gehe auf der IAA angeblich um „Lösungen für den Klimawandel", so der Originalton.

Es geht auf der IAA in Wirklichkeit um etwas ganz anderes. Es geht erstens um kapitalistische Geschäfte. Die verschiedenen Autohersteller konkurrieren um den größten Anteil an den weltweiten Absatzmärkten für Autos und nutzen dafür auch die IAA. Es geht zweitens darum, die sogenannte „Auto-Ideologie" zu verbreiten, einen Kult um das Auto zu inszenieren und zu propagieren. Diese Ideologie ist nicht neu. Sie existiert in Deutschland seit Jahrzehnten und hat ihren Ursprung in der Nazi-Zeit.

Manager der Autoindustrie – Ausgesprochen extreme Verbrecher

Der sogenannte „Dieselskandal" zeigte deutlich, dass große Automobilkonzerne, wie VW, BMW und Mercedes, die tagtäglich weltweit ausbeuten, auch Verbrecher sind.

Das ist nicht neu. Schon seit den 60er Jahren hat VW z.B. in Brasilien ein eigenes Werk (Sao Bernardo) und hat die dort herrschende Militärdiktatur bis Mitte der 80er Jahre unterstützt. Mit Hilfe eines von geflüchteten deutschen Nazis aufgebauten Werkschutzes, der ähnlich gefürchtet war wie die brasilianische Militärpolizei, wurde versucht jeglichen Widerstand bei VW zu unterdrücken. Mercedes besitzt seit den 70er Jahren ein Werk in Buenos Aires und hat die Militärdiktatur in Argentinien von 1976 bis 1983 unterstützt, u.a. auch beim „Verschwinden-lassen" von Gewerkschaftern und Gewerkschafterinnen, um das eigene Werk von „Linken" zu säubern.

Beim „Dieselskandal" wurde in riesigem Ausmaß systematisch betrogen, bestochen und manipuliert. Und wir kennen wahrscheinlich nur die Spitze des Eisberges! Die gesamte Riege der Manager, die sich auf der IAA trifft, sind offensichtliche Schwerverbrecher, die selbst nach bürgerlichen Maßstäben eigentlich Jahrzehnte ins Gefängnis gesteckt werden müssten.

Dass dies nicht passiert und dass eigentlich gar nichts passiert zeigt, dass dieser Staat ein Staat ist, der die Kapitalisten beschützt.

Die Vergiftung der Luft und der Atmosphäre durch die Autoindustrie

Die „Friday-for-Future"-Bewegung, die seit einigen Monaten mit Schulstreiks und anderen Aktionsformen den Kampf gegen die Vergiftung der Erde und den Raubbau an der Natur aufgenommen hat, richtet zu Recht ihren Kampf auch gegen die Automobil-Konzerne. Denn gerade die Automobilindustrie ist ja dafür verantwortlich, dass tagtäglich die Luft weltweit mit Abgasen von hunderten von Millionen Autos vergiftet wird. Auch in Deutschland steigt nicht zuletzt durch die Abgase der Autos die Zahl der Toten durch Luftverschmutzung vor allem in den großen Städten weiter an. Und der enorme Anteil an der Produktion von CO_2 durch Autos ist ebenso unstrittig.

Die „Friday-For-Future"-Bewegung macht durch ihren Kampf klar, dass es darum geht, Autos abzuschaffen und durch vernünftige Transport- und Fortbewegungsmittel zu ersetzen.

Des Deutschen liebstes Kind: Das Auto!

Das Auto abschaffen? Bei der Merheit der Bevölkerung, ja auch bei der Mehrheit der Arbeiterinnen und Arbeitern, stößt allein der Gedanke daran auf empörte Ablehnung.

Diese Ablehnung erfolgt nicht vor allem durch die nachzuvollziehende Tatsache, dass viele Menschen heute im Kapitalismus auf ein Auto angewiesen sind, um überhaupt oder in einer angemessenen Zeit zur Arbeit zu kommen. Hier entfaltet die „Auto"-Ideologie ihre Wirkung.

Das Auto ist nicht nur beliebt, ja es wird „geliebt". Jahrelang wird für ein neues Auto „gespart". Das endlich erstandene Auto wird dann gehegt und gepflegt, Samstags gewaschen und poliert; und wehe, es ist mal ein Kratzer im Lack.

So wird die kleinbürgerliche Besitzermentalität verankert: Man ist stolz auf seinen Besitz. Das geht oft einher mit üblem Macho-Gehabe.

Darüber hinaus darf nicht übersehen werden, dass der Besitz eines PKW oder etwa eines Kleintransporters tatsächlich den Übergang zu einer kleinbürgerlichen Existenzgrundlage bildet bzw. bilden kann. Dieser Besitz bildet oftmals erste Voraussetzung für die Aufnahme bestimmter „selbständiger" Tätigkeiten als Handelsvertreter, Kleintransportunternehmer usw.

Der Auto-Fetischismus schafft zudem die Illusion einer vermeintlichen, weil eben für die breiten werktätigen Massen in dieser kapitalistischen Gesellschaft nicht vorhandenen Unabhängigkeit („Freie Fahrt für freie Bürger"). Für diese „Unabhängigkeit" begeben sich Hunderttausende, ja Millionen in tiefe finanzielle Abhängigkeit. Denn für den Kauf eines Autos wird sich verschuldet.

So zeigt sich, und im Grunde wissen das auch alle, dass das Auto nicht nur ein Gebrauchsgegenstand, sondern vor allem ein Statussymbol ist. Es muss „standesgemäß" sein. Gleichzeitig ermöglicht es aber auch, die „Standesunterschiede" zu verwischen. Das Thema „Auto" ist somit auch eine wahre Domäne der Spießerideologie. Wenn ein Arbeiter dann mal ein „dickeres" Auto fährt als der eigene Chef, scheint es, als ob damit auch die Klassengegensätze verwischt sind.

Das alles wirkt als ein nicht zu unterschätzender Bremsklotz gegen den wirklich rücksichtslosen Klassenkampf gegen die kapitalistischen Ausbeuter.

Mörderische Folgen heute: Tausende Tote und Hunderttausende Verletzte durch Autos jedes Jahr!

In der „Auto-Ideologie" kommt überhaupt auch die für den Kapitalismus typische Brutalisierung des „Jeder gegen jeden" zum Ausdruck, die ihre Grundlage in der bürgerlich-kapitalistischen Konkurrenz hat. In den letzten Jahrzehnten sind allein in Deutschland mehrere Hunderttausend Menschen auf den Straßen umgekommen. Ein Vielfaches davon sind Verletzte, oftmals mit lebenslangen Folgeschäden. Unter den Opfern sind ein hoher Prozentsatz Kinder und Jugendliche. Wären ebenso viele bei Schießereien getötet oder verletzt worden, würde von Bürgerkrieg oder bürgerkriegsähnlichen Zuständen gesprochen werden. Die von den Herrschenden geförderte und in tausenderlei Formen und in zahllosen Medien verbreitete „AutoIdeologie" bedeutet diesbezüglich auch den „Kitzel" hinter dem Steuer des Autos buchstäblich über Leben und Tod zu entscheiden, es beim Überholen „gerade noch geschafft" zu haben usw.

Es ist kein Zufall, dass über Meldungen von jährlich Tausenden Toten und Hunderttausenden von Verletzten im Autoverkehr (2018: ca. 3300 Tote und fast 400.000 Verletzte) nicht einmal ein Bruchteil der Betroffenheit herrscht wie etwa bei einem Zugunglück, geschweige denn, dass die bürgerlichen Politiker in Deutschland irgendetwas dagegen unternehmen. Selbst ein generelles Tempolimit auf Autobahnen, was die Unfallgefahr nachweislich mindern würde und in den meisten kapitalistischen Ländern längst Standard ist, gibt es in Deutschland nicht.

Dahinter stehen mächtige Interessen der Autoindustrie, mit 800.000 Beschäftigten einer der größten Industriezweige in Deutschland überhaupt.

Vernichtung des Profitsystems, sozialistische Revolution und Aufbau des Kommunismus

Hinter der „Auto-Ideologie" stecken tiefergehend die Probleme, die untrennbar mit der Grundstruktur der am Streben nach Maximalprofit orientierten kapitalistisch-imperialistischen Gesellschaftsordnung verbunden sind. Aus der typisch kapitalistischen Infrastruktur, ihrer Verteilung der industriellen Standorte, der Wege der Rohstoffzufuhr und des Absatzes, aber auch der Verteilung der Produktionsstandorte einerseits und der Wohngebiete andererseits ergeben sich mit steigender Tendenz geradezu aberwitzige und vielfach direkt absurde Ströme von Individualverkehr und Warentransporten auf den Straßen.

Gegen die individual-kapitalistische „Auto-Ideologie" gilt es bewusst zu machen, dass das Programm der sozialistischen Revolution, das Ziel der klassenlosen, kommunistischen Gesellschaft die Vernichtung des Profitsystems, des Kapitalimsus und damit auch die bewusste und geplante Umwälzung der ganzen kapitalistischen Infrastruktur einschließt. Dabei geht es darum, eine Infrastruktur zu schaffen, die im kollektiven Interesse der Produzierenden ist und durch diese Produzierenden, eben das Proletariat, aufgebaut wird.

Es gibt Leute, auch in der linken Bewegung, die denken, dass es kein Proletariat mehr in Deutschland gibt. Ein Blick gerade auch auf die Autoindustrie zeigt, dass das ganz und gar nicht stimmt. In der Autoindustrie in Deutschland gibt es in den großen Fabriken von VW, Mercedes, BMW... hunderttausende Arbeiterinnen und Arbeiter, die in der Produktion arbeiten und ausgebeutet werden. In Deutschland bestehen diese Produzierenden zu großen Teilen aus Arbeiterinnen und Arbeitern, die selbst oder deren Eltern bzw. Großeltern aus andren Ländern nach Deutschland migriert oder geflüchtet sind. Ein großer Teil der Arbeiterinnen und Arbeiter der deutschen Automobilkonzerne werden in anderen Ländern ausgebeutet.

Der Kampf gegen das gesamte Profitsystem und für den Kommunismus kann nur erfolgreich sein, wenn er von diesen Produzierenden, ja von der Mehrheit des Proletariats in Deutschland ausgeht und angeführt wird.

Aus Kämpfen für höhere Löhne und gegen verschärfte Ausbeutung in den Betrieben werden sich auch in Deutschland zunehmend Kämpfe von Arbeiterinnen und Arbeitern entwickeln, die sich nicht nur gegen solche verbrecherische kapitalistische Produktionsbereiche wie die Auto- oder Rüstungsindustrie richten, sondern auch gegen das gesamte kapitalistische Profitsystem.

Denn die Mehrheit des Proletariats wird durch die gesamte Entwicklung, durch die immer verheerenderen kapitalistischen Krisen dazu getrieben, den revolutionären Kampf gegen den Kapitalismus aufzunehmen. Die Mehrheit des Proletariats wird mit Hilfe ihrer Kommunistischen Partei mit wissenschaftlicher Klarheit über ihre bisherige Lage und die mögliche zukünftige Entwicklung die Kapitalistenklasse gewaltsam stürzen und mit Hilfe von Gewehren und Panzern die gestürzte Kapitalistenklasse niederhalten und schließlich kommunistische Verhältnisse schaffen.

Im Kommunismus geht es dann darum, planmäßig, wissenschaftlich fundiert, den Interessen der Produzierenden, der Mehrheit der Gesellschaft entsprechend zu produzieren, die Produkte zu verteilen und die Ressourcen der Erde im

langfristigen Interesse der großen Masse der Werktätigen unter Vermeidung schädlicher Folgen und Wirkungen auf wissenschaftlicher Basis nutzbar zu machen. Marx schrieb im „Kapital" über den Kommunismus:

> **„Vom Standpunkt einer höhern ökonomischen Gesellschaftsformation [dem Kommunismus] wird das Privateigentum einzelner Individuen am Erdball ganz so abgeschmackt erscheinen wie das Privateigentum eines Menschen an einem andern Menschen. [Sklaverei] Selbst eine ganze Gesellschaft, eine Nation, ja alle gleichzeitigen Gesellschaften zusammengenommen, sind nicht Eigentümer der Erde. Sie sind nur ihre Besitzer, ihre Nutznießer, und haben sie... den nachfolgenden Generationen verbessert zu hinterlassen."**
> (Marx, Karl: Das Kapital, Band 3, MEW 25, S. 784)

Das Flugblatt hat 2 A4-Seiten und enthält die weiteren Beiträge:

- Eine Sprecherin von „Sand im Getriebe" zur IAA
- Oft nicht bewusst: Das Nazi-Auto Volkswagen" und die Enstehung der deutschen „Auto-Ideologie"
- Zahl der Toten und Verletzten im Straßenverkehr in West- bzw. Deutschland seit 1950: 780.000 Tote, 31 Millionen Verletzte

---

Das Flugblatt von Oktober 2019 hat zum Thema:

Versuchtes Nazi-Massakter an Jüdinnen und Juden in der Synagoge in Halle am 9.10.2019:

Solidarität mit der jüdischen Bevölkerung in Deutschland, die von Nazi-Massakern bedroht ist!

Am 9.10.2019 an Jom Kippur, dem höchsten jüdischen Feiertag, versuchte der mit automatischen Waffen, Sprengkörpern und Brandsätzen bewaffnete Nazi Stephan Balliet in die nicht von der deutschen Polizei bewachte jüdische Synagoge in Halle einzudringen und die dort anwesenden ca. 50 jüdischen Menschen zu ermorden. Sein geplantes Nazi-Massaker übertrug er live per Video übers Internet, so dass die Nazi-Bewegung ihn bewundern konnte.

Nur durch Zufall und aufgrund der Tatsache, dass dieser Nazi-Mörder lediglich selbstgebaute Waffen benutzte, konnte er nicht in die Synagoge eindringen. Der Nazi erschoss dann vor der Synagoge eiskalt eine Frau, Jana L. aus Halle, die sich bei ihm wegen des Lärms durch einen gezündeten Sprengkörper beschwert hatte, sowie Kevin S. aus Merseburg, bei seinem Versuch in einem türkischen Schnellimbiss ein Massaker anzurichten. Auf seiner Flucht verletzte er dann zwei weitere Menschen durch Schüsse schwer.

Schon kurz nach dem versuchten Nazi-Massaker auf die Juden und Jüdinnen in der Synagoge in Halle und im türkischen Schnellimbiss setzte das altbekannte System von Verharmlosung und Vertuschung von Seiten der Polizei, der bürgerlichen Politiker und der bürgerlichen Medien ein.

Aktuell wichtige Aufgaben aller Anti-Nazi-Kräfte in Deutschland sind deshalb die Aufklärung über das versuchte Nazi-Massaker, der Kampf gegen das System von Vertuschung und Verharmlosung von Nazi-Verbrechen und der Nazi-Bewegung sowie breite Solidarität mit der von Nazi-Massakern bedrohten jüdischen Bevölkerung!

Ein Einschnitt: Versuchtes Nazi-Massaker in einer Synagoge durch einen mit automatischen Gewehren bewaffneten Nazi-Mörder!

Das Hauptziel des Nazi-Mörders in Halle war eindeutig ein mörderisches Massaker an Jüdinnen und Juden durchzuführen. Es ging ihm darum, so viele Juden und Jüdinnen zu ermorden wie möglich. Deshalb hatte er auch Jom Kippur ausgewählt, weil er davon ausging, dass zu diesem Zeitpunkt besonders viele Juden und Jüdinnen in der Synagoge anwesend sein würden.

Der Nazi-Mörder wollte in die Synagoge in Halle eindringen und alle Juden und Jüdinnen mit seinen Schusswaffen eiskalt ermorden. Wenn dieser Plan nicht aufgehen würde, wollte er die Synagoge anzünden, um alle Jüdinnen und Juden darin zu verbrennen oder sie herauszulocken, damit er sie alle erschießen konnte. Sein Auto war deshalb vollgestopft mit Waffen, Munition, Sprengsätzen und Brandsätzen.

Trotz der Bitte der jüdischen Gemeinde in Halle um Polizeischutz während Jom Kippur war von der deutschen Polizei weit und breit nichts zu sehen. „Keine Gefahr", war die Begründung der Polizei in Halle für den nicht gewährten Polizeischutz. Der Nazi-Mörder konnte so ca. 10 Minuten lang ungestört die jüdische Synagoge und den angrenzenden jüdischen Friedhof mit seinen Gewehren, mit Sprengkörpern und Brandsätzen attackieren, obwohl sofort mit Beginn des Angriffs des Nazi-Mörders die Polizei aus der Synagoge telefonisch alarmiert wurde, dass ein bewaffneter Angriff auf die Synagoge stattfindet! (Interview mit dem Vorsitzenden der jüdischen Gemeinde Halle, 9.10.2019)

Nachdem der Nazi nicht in die jüdische Synagoge eindringen konnte, sagte er in seinem Video: „Dann zünden wir sie an!". Daraufhin warf er einige Sprengkörper und Brandsätze gegen die Synagoge, die jedoch nicht detonierten bzw. zündeten.

Die Jüdinnen und Juden in der Synagoge konnten über ihre Videokamera sehen, dass sie von einem schwer Bewaffneten angegriffen werden und hatten deshalb Todesangst. Sie verbarrikadierten sich und einige waren bereit, den Nazi-Mörder auszuschalten, wenn er eindringen würde.

Das erste Mal seit 1945 wurden jüdische Menschen in Deutschland in einer Synagoge von einem mit automatischen Gewehren bewaffneten Nazi-Mörder angegriffen mit dem Ziel, sie alle zu ermorden! Das ist ein Einschnitt und muss als mörderische Drohung der Nazi-Bewegung mit Massakern gegen die jüdische Bevölkerung in Deutschland verstanden werden. Denn es ist klar: Hätten andere bewaffnete Nazi-Kräfte, die mit modernsten automatischen Sturmgewehren aus dem Arsenal der Bundeswehr ausgestattet sind und über militärische oder polizeiliche Ausbildung verfügen, die Synagoge in Halle angegriffen, dann hätte es ein Nazi-Massaker mit dutzenden ermordeten jüdischen Menschen gegeben.

Die folgenden Abschnitte haben die Überschriften:

Der Nazi-Mörder sieht sich in der Tradition der SS und ist Teil der Nazi-Bewegung und ihres bewaffneten Arms

Der Kern der Nazi-Ideologie des Mörders von Halle ist die mörderische Judenfeindschaft des Nazifaschismus: „Töte alle Juden!"

Verharmlosung des versuchten Nazi-Massakers: „Amok", „Rechtsextremist", „Einzeltäter", „Gamer"

Solidarität!

Noch am selben Abend des versuchten Nazi-Massakers in Halle gab es in mehreren Städten kleine, mehrere hundert Menschen umfassende Solidaritätskundgebungen. Am 12.10.2019 fand in Berlin eine Demonstration mit 16.000 Beteiligten statt, in Marburg mit 3000 Beteiligten und Halle mit 1000 Beteiligten. Weitere kleinere Demonstrationen und Kundgebungen mit mehreren hundert Teilnehmerinnen und Teilnehmern gab es am selben Tag auch in anderen Städten, wie z.B. in Frankfurt.

Es gab jedoch keinen landesweiten Aufschrei mit Hunderttausenden auf der Straße, wie es nötig gewesen wäre, und auch keine umfassende öffentliche Aufklärung, die sich gegen die Vertuschung und Verharmlosung des versuchten Nazi-Massakers in Halle sowie der gesamten Nazi-Bewegung durch Polizei, VS, bürgerliche Politiker und bürgerliche Medien hätte richten müssen.

Die Forderung nach besserem Polizeischutz jüdischer Einrichtungen kommt auch aus den Reihen der jüdischen Gemeinden. So verständlich diese Forderung auch ist, schon die Erfahrungen der jüdischen Gemeinde in Halle mit der dortigen Polizei, die sich ja trotz der immer wieder kehrenden Anfragen der jüdischen Gemeinde konsequent weigerte, Polizisten zu postieren, zeigen: auf die deutsche Polizei zu vertrauen, ist nicht nur naiv, sondern birgt auch ein großes Risiko in sich. Aber wenn man den Zusammenhang zwischen Nazis und diesem Staatsapparat, insbesondere seinen bewaffneten Kräften wie Polizei, Bundeswehr und Geheimdiensten genauer analysiert, wird noch deutlicher, dass dies eine gefährliche Illusion ist.

Mit dem Auffliegen der NSU-Nazi-Mörder 2012 wurde erneut klar, dass dieser Staat nicht nur bewaffnete Nazi-Kräfte duldet und schützt, sondern unterstützt und mit aufbaut. Nach dem Auffliegen des NSU-Nazi-Netzwerks konnte auch bewiesen werden, dass Nazis mitten im Staatsapparat sitzen, dass Polizei und VS direkt beim Aufbau des NSU-Nazi-Netzwerks beteiligt waren. Die sog. „NSU 2.0" hat erneut gezeigt, dass mitten in der deutschen Polizei Nazis sitzen. Es wurde bekannt, dass in Hessen in der Polizei ein Nazi-Netzwerk besteht, das sich als „NSU 2.0" bezeichnet. Dieses sieht sich also in der Tradition der NSU-Nazi-Mörder, und hat u.a. eine Rechtsanwältin und ihre Familie mit Ermordung bedroht, weil die Rechtsanwältin im NSU-Prozess die Angehörigen der Ermordeten vertritt.

Nach dem Auffliegen des Bundeswehroffiziers Franco Albrecht 2017, der als Flüchtling getarnt Mordanschläge gegen Flüchtlingsunterkünfte durchführen wollte, wurde eine weiterer Nazi-Organisation im deutschen Staatsapparat bekannt. Diese Nazi-Organisation plante an einem Tag X bewaffnete Mordanschläge auf Politiker, Antifas sowie u.a. auch auf den Zentralrat der Juden in Deutschland und den Zentralrat der Muslime. Sicherlich ist nur die Spitze dieser Nazi-Organisation sichtbar geworden. Denn auch hier wird vom deutschen Staat vertuscht, was zu vertuschen geht, wiederum auch mit dem Konstrukt, das seien alles „Einzeltäter". Dieser sogenannte „Hannibal-Komplex", so wird diese bewaffnete Nazi-Organisation verharmlosend vom deutschen Staat bezeichnet, besteht aus ca. 200 Bundeswehrsoldaten und –Offizieren (darunter auch Mitgliedern der KSK-Spezialeinheit), Polizisten von LKA und SEK sowie anderen Teilen der deutschen Polizei, die Waffendepots und Feindeslisten angelegt haben, und untereinander u.a. über Telegram Chat Gruppen konspirativ vernetzt sind. Sie haben auch Verbindungen in den VS sowie in den MAD. Mitglieder dieser Nazi-Organisation sind zum Teil auch gleichzeitig Mitglied der AfD. Durch diese Verbindungen ist diese Nazi-Organisation im Staatsapparat des deutschen Imperialismus fest verankert. (Siehe: IMI-Studie, Der Hannibal Komplex, 9.7.2019)

Seien wir realistisch: Es kann sein, dass deutsche Polizisten, die Teil des Nazi-Netzwerks sind, das auch jüdische Einrichtungen und jüdische Menschen auf ihren Todeslisten hat, jüdische Einrichtungen „beschützt". Dieses Szenario zeigt, wie gefährlich und illusionär ein Vertrauen auf mehr Polizeischutz ist.

Abschließend wird aus dem Aufruf „Es ist an uns zu handeln" eines jüdischen Schriftstellers, der die Nazi-Zeit überlebt hat, zitiert. Dieser Aufruf wurde 1993 nach dem Nazi-Massaker von Solingen 1993 verfasst, als Nazis 5 Menschen aus der Türkei durch einen Brandanschlag ermordeteten. Die deutsche Polizei, bürgerliche Politiker und bürgerliche Medien vertuschten und verharmlosten auf Hochtouren und unternahmen nichts gegen die Nazi-Terror-Welle. Es wir hervorgehoben, dass wesentliche Teile dieser Erklärung nach wie vor hochaktuell sind:

> „Wehrt Euch, lasst Euch von deutschen Verbrechern nicht abfackeln, duldet nicht, dass sie Eure Mütter, Eure Väter, Brüder, Schwestern, Söhne und Töchter töten! Seid vorbereitet, wenn sie kommen, erwartet, das sie kommen könnten – heute Nacht, morgen Nacht und lange noch! Empfangt sie, wie diese Nachtschatten es verdient haben …
>
> Bewacht eure Heimstätten selbst und fordert Deutsche auf, mit Euch zu wachen – es werden sich ihrer, da bin ich sicher, genug anfinden. ...
>
> Kein Gehör … mehr denen, die uns weismachen wollen, im ‚Rechtsstaat' habe man sich lieber von seinen Todfeinden abschlachten zu lassen, ehe man Überlegungen des Selbstschutzes anstellen darf. "

Das Flugblatt hat 4 A4-Seiten und enthält die weiteren Beiträge:

- Versuchtes Massaker des Nazi-Mörders von Halle in einem türkischen Schnellimbiss!
- Oft nicht bewusst: Das Nazi-Auto Volkswagen" und die En-Nazi-Morde an Jüdinnen und Juden in Westdeutschland bzw. Deutschland seit 1945
- Bewaffnete Nazi-Organisationen als Teil der Nazi-Bewegung in Deutschland

---

Kontakt:

***E-mail:** gegendstroemung@web.de*

*(*Die Geheimdienste aller Länder nicht unterschätzen!)*

Drucker, Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: W. Schulze, Osnabrücker Straße 26, 10589 Berlin

https://gegendiestroemung.net *Die Nutzung unserer Homepage sollte gut überlegt erfolgen, da jeder Zugriff staatlich registriert wird*

Proletarierinnen/Proletarier aller Länder, vereinigt euch!

Bulletin 4/19

Zur Information der revolutionären marxistisch-leninistischen Kräfte aller Länder

Auszüge und Zusammenfassungen aus den Publikationen von „Gegen die Strömung" – Organ für den Aufbau der Revolutionären Kommunistischen Partei Deutschlands:
November - Dezember 2019

Das Flugblatt von November 2019 hat zum Thema:

Anläßlich des Überfalls der türkischen Armee:

Solidarität mit der bewaffnet kämpfenden kurdischen Befreiungsbewegung in Rojava!

Am 9. Oktober überfiel die türkische Armee mit Kampfjets, Aufklärungsdrohnen und Bodentruppen die kurdische Autonomieverwaltung Rojava. Rojava war dem reaktionären Regime der Türkei schon seit der Entstehung 2014 ein Dorn im Auge.

Entstanden im bewaffneten Kampf gegen die faschistischen und konterrevolutionären IS-Söldner war die „Demokratische Föderation Nord- und Ostsyrien" erkämpft worden, die anfangs nur aus drei Gründungskantonen - Efrin, Kobane und Cizire - bestand, sich bis 2017 konsolidieren und beträchtlich ausweiten konnte.

In Rojava wurde eine Art befreites Gebiet geschaffen mit einem radikal-demokratischen Programm, das sich zum Anziehungspunkt für demokratische und revolutionäre Kräfte weltweit, insbesondere für Aktivistinnen und Aktivisten innerhalb der Türkei entwickelt hat. Die Errungenschaften Rojavas insbesondere im Kampf gegen die Unterdrückung der Frauen und für die Rechte der nationalen Minderheiten (Jesiden, syrisch-arabische Minderheit) sind ein leuchtendes Beispiel weit über die Grenzen Nord-Syriens hinweg.

Überfall auf Rojava

Den Abzug der rund 1000 US-Soldaten Anfang Oktober hatte das reaktionäre Regime der Türkei als Einladung für den militärischen Überfall verstanden. Auch vom deutschen Imperialismus wurde durch Seehofer, der eine Woche vor dem Überfall in Ankara war, grünes Licht für den türkischen Expansionismus signalisiert.

Bereits 2018 hatte der türkische Präsident Erdogan einen über 820 km langen „Sicherheitswall" entlang der syrischen Grenze errichten lassen und einen der drei Gründungskantone Rojavas von Efrin bis Idlib als türkisches Protektorat mit 12 Militärstationen und 1.300 türkischen Soldaten besetzt.

Die SDF („Syrische Demokratische Armee"), deren Gros von der syrisch-kurdischen YPG gestellt wird, führt einen Kampf auf Leben und Tod gegen die türkischen Truppen und ihren faschistischen und konterrevolutionären Söldnern. Über die letzten Jahre hatte sie ein Tunnelsystem angelegt, um sich gegen den erwarteten Überfall zu wehren. Aktuell stehen rund 40.000 kurdische Kämpferinnen und Kämpfer rund 80.000 türkischen Bodentruppen gegenüber, die von rund 14.000 Angehörigen der sogenannten „Syrischen Nationalarmee" (ex-FSA, „Freie Syrische Armee") unterstützt werden. (jw, 11.10.19)

Das einmarschierende türkische Militär und seine faschistischen Söldner beschießen gezielt Wohnviertel, Krankenhäuser, Wasserdepots, Bäckereien und Konvois fliehender Zivilisten. Laut UN sind mehr als 200.000 Menschen auf der Flucht, darunter 70.000 Kinder. Von Massakrierung und Exekutionen kurdischer Repräsentantinnen und Repräsentanten wird berichtet.

Jahrelang hat das Erdogan-Regime nachweislich mit den faschistischen und konterrevolutionären IS-Truppen kooperiert (Offenlassen der türkisch-syrischen Grenze für IS-Anhänger, Waren- und Waffenlieferungen für IS-Gruppen), so daß diese sich nun durch den Einmarsch ihres inoffiziellen Verbündeten wieder Morgenluft wittern. Von IS-Anschlägen im Grenzgebiet wird berichtet.

Die Zahl der faschistischen IS-Kämpfer und deren Familienangehörigen in den Gefängnissen und Lagern in Rojava beläuft sich laut bürgerlichen Medien auf bis zu 100.000 (jw,11.10.19). Von IS-Massenfluchten und -Meutereien in Lagern wurden die letzten Tage berichtet.

Internationale imperialistische Gemengelage

Die Entwicklungen und Bündnisse überschlagen sich. Die Gemengelage ist undurchsichtig und konkrete Einschätzungen haben eine kurze Halbwertszeit. Vom „Verrat" des US-Imperialismus ist die Rede, der die YPG zum Abschuß freigegeben hat.

Das reaktionäre Assad-Regime Syriens hat die SDF zur Eingliederung ihrer Truppen in die Reihen der reaktionären syrischen Polizei und Armee aufgerufen,wozu die YPG wohl vorerst nicht zugestimmt hat, und nutzt die Gelegenheit, bislang von der YPG kontrollierte Gebiete zurückzuerobern. Das reaktionäre Regime Syriens ist wiederum mit dem russischen Imperialismus verbündet.

Am 20. Oktober marschierten Truppen der syrischen Armee samt russischen Beobachtern in Rojava ein. Nach einem Abkommen zwischen Erdogan und Putin vom 22. Oktober patrouillieren seit dem 1.November türkische und russische Soldaten gemeinsam im Grenzgebiet. Das Abkommen von Sotschi enthielt auch ein Ultimatum an die YPG, sich auf eine Distanz von 30 km von der syrisch-türkischen Grenze zurückzuziehen. Laut Angaben des russischen Kriegsministers seien aus der über 450 km langen „Pufferzone" in Nordsyrien rund 34.000 bewaffnete YPG-Kräfte vorläufig abgezogen. (nzz, 03.11.19)

Klar ist: Keiner der imperialistischen Großmächte, weder USA, noch Rußland oder Deutschland, keiner der lokalen reaktionären Regimes und Söldnern wie das reaktionäre syrische oder iranische Regime steht auf der Seite der demokratisch-revlutionären Kräfte in Rojava.

Erdogan und die kemalistischen Pseudo-Oppositionellen gemeinsam hinter der der türkischen Flagge auf der Linie des Kurdenhasses

Die letzten Monate hatte das Erdogan-Regime zunehmend Mißerfolge zu verbuchen: Wirtschaftskrise, innenpolitische Schwierigkeiten. Erdogans AKP hatte die Kommunalwahlen im Mai 2019 verloren, die Wahl des Istanbuler Bürgermeisters wurde wiederholt, doch der Oppositionskandidat gewann mit deutlichem Vorsprung. Erdogan nutzte den Angriffskrieg gegen Rojava, um die Pseudo-Oppositionellen auf der Linie des türkischen Nationalismus und des Kurdenhasses zu vereinen. Denn bei allen Unterschieden findet die verstärkte nationalistische Hetze gegen Geflüchtete aus Syrien und die antikurdische Aggression gegen Rojava auch bei Erdogan-Kritikern - etwa aus dem Lager der CHP-Kemalisten – begeisterte Unterstützung. Alle Parteien im türkischen Parlament – mit Ausnahme der HDP – haben dem Angriffskrieg zugestimmt.

Terror gegen Geflüchtete, gegen Kurdinnen und Kurden und alle demokratisch-revolutionären Kräfte innerhalb der Türkei

Auch innerhalb der Türkei berichten Bewohnerinnen und Bewohner der kurdischen Gebiete von Verteibungen bzw. „Evakuierungen", Absetzung kurdischer Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, Festnahmen von Aktivistinnen und Aktivisten, die gegen den Einmarsch protestieren.

In der Türkei leben aktuell rund 4 Mio. Geflüchtete aus Syrien, ausgebeutet und in elenden Verhältnissen, zunehmend der Verachtung und Feindseligkeit ausgesetzt, die das Erdogan-Regime schürt. Im vergangenen Jahr war es wiederholt zu Überfällen und Plünderungen von Kleinhändlern und Geschäften syrischer Besitzer gekommen. Staatlicherseits wurde dies mit Massenabschiebungen flankiert. Mit der Ankündigung, mehr als 1 Mio. Geflüchtete in der nord-syrischen „Sicherheitszone" anzusiedeln, die Erdogan als Expansion türkischen Territoriums schaffen will, wird diese nationalistische Hetze bedient. Ein türkischer Wirtschaftsboom durch den Wiederaufbau des gerade zerbombten Nordsyriens wird in Aussicht gestellt. Allein 100 Städte sollen dort neu gebaut werden. (jw,08.10.19)

Mordwaffen aus deutscher Produktion gegen Rojava

Die geheuchelte Empörung des deutschen Imperialismus über den türkischen Überfall ist nichts als Augenwischerei, denn es ist gerade dieser deutsche Imperialismus, der seit Jahren ein Hauptunterstützer des Erdogan-Regimes ist. Rund 6500 deutsche Firmen beuten die Arbeiterinnen und Arbeiter in der Türkei aus.

Es ist nicht weit her mit einem angeblichen Stopp der Waffenexporte. Bereits vor dem Überfall geehmigte Waffenexporte sind von aktuellen Beschränkungen ausgenommen. Ebenfalls weiter gehen sogenannte Dual-Use-Exporte, also militärisch und nichtmilitärisch nutzbare Waren. Das Wirtschaftsministerium hatte 2018 Exporte in die Türkei in Höhe von 216 Mio. Euro genehmigt (maz-online, 18. August 2019). Allein seit Jahresbeginn wurden deutsche Waffen in Höhe von 250 Mio. Euro an die Türkei verkauft (zeit.de, 18.10.19). In 2018 machten Waffenverkäufe an die Türkei mit 243 Mio. Euro fast ein Drittel aller deutschen Kriegswaffenexporte aus.

354 deutsche Kampfpanzer vom Typ Leopard 2 hatte das reaktionäre Regime der Türkei 2005 gekauft und 2018 in Efrin gegen Kurdinnen und Kurden in Syrien eingesetzt. Zudem unterhält der Panzer-Hersteller Rheinmetall weitere Waffenschmieden in der Türkei (etwa die Firma „Rheinmetal Defence Türkei" oder „Rheinmetall Savunma Sanayi Anonim Sirketi") Ähn-

lich der Militär-LKW Hersteller Daimler. Deutsche Leopard-Panzer, G-3 Gewehre, Militär- LKWs. Ob Heckler & Koch, SIG Sauer, Rheinmetall, Krauss-Maffei, ThyssenKrupp, Daimler, VW – ohne deutsche Mordwaffen wäre Erdogans Krieg in Nordsyrien schwer möglich. (imi-online.de) Doch es geht um mehr.

Eine Woche vor dem Überfall auf Rojava war Seehofer in Ankara, um die Weiterführung des 2016 abgeschlossenen Geflüchtetenabwehrpakets mit der EU zu besprechen, nach der die EU der Türkei ca. 6 Milliarden Euro bezahlt, um die Grenze zu Griechenland für Geflüchtete dicht zu machen. Seehofer stellte eine Erhöhung der EU-Gelder in Aussicht.

Zudem bildet die Bundeswehr seit 2017 an der Bundeswehrhochschule in Hamburg sowie anderen Einrichtungen der Bundeswehr türkische Soldaten aus. Daran soll sich auch nach der türkischen Militäraggression in Syrien nichts ändern, betonte eine Sprecherin des Deutschen Kriegsministeriums.

Seit 1993 ist in Deutschland die PKK verboten, seit 2017 auch Flaggen der YPG. Erst vor kurzem, im Februar 2019, wurde der kurdische Mezopotamien-Verlag in Neuss verboten und Geschichts-, Sprach- und Kinderbücher in kurdischer Sprache beschlagnahmt.

Diese anti-kurdische Line setzte die deutsche Polizei bei den Solidaritäts-Protesten der letzten Tage um: In Stuttgart wurden bei einer Solidaritätsdemo 130 Demonstrantinnen und Demonstranten festgenommen. In Köln konnten MHP-Faschisten kurdische Demonstrierende angreifen, die auch Schlägen der deutschen Polizei ausgesetzt waren. Auf der Solidaritätsdemo in Nürnberg am 12. Oktober wurden nach Abschluß der Demonstration YPG-Fahnen beschlagnahmt mit der Begründung, es seien verbotene Symbole. Am 26. Oktober agierten Nazis und Polizei Hand in Hand, als rund 600 Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Demonstration „Solidarität mit Rojava“ von 100 Nazis von Dynamo Dredsen am Bahnhof beschimpft und mit Flaschen beworfen wurden.

Es ist also klar: Der deutsche Imperialismus liefert dem reaktionären Regime in der Türkei die Mordwaffen und unterstützt es mit Verfolgung und Kriminalisierung kurdischer Aktivistinnen und Aktivisten in Deutschland.

Unterstützen wir die kämpfenden Genossinnen und Genossen in Rojava Tod dem deutschen Imperialismus

Das Flugblatt hat 2 A4-Seiten und enthält die weiteren Beiträge:

- Schlaglichter von Aktionen zur Solidarität mit den Genossinnen und Genossen in Rojava
- Freiheit für Yıldız Aktaş!

Das Flugblatt Dezember 2019 hat zum Thema:

Solidarität mit den Massenkämpfen gegen Ausbeutung und Unterdrückung in Chile!

In den letzten Monaten gab es in einer ganzen Reihe von Ländern breite und vielfach militante Kämpfe mit Hunderttausenden, ja Millionen von Beteiligten. In besonderer Weise ragen die Kämpfe in Chile heraus: zum einen wegen der massenhaften Teilnahme von bis zu 2 Millionen Menschen, zum anderen wegen der von der Mehrheit der Beteiligten unterstützten Militanz vor allem junger Kämpferinnen und Kämpfer. In diesen Massenkämpfen gegen die fortschreitende Verelendung und verschärfte Ausbeutung bricht sich auch die Wut gegen die Folgen der 1973 errichteten faschistischen Militärdiktatur unter Pinochet Bahn. Um die Kämpfe zu organisieren und zu koordinieren, entstanden Tausende Basis-Komitees. Diese führen auch immer mehr die Diskussion, wie eine Zukunft ohne reaktionäre Herrschaft und kapitalistische Ausbeutung aussehen und erkämpft werden könnte. Für uns gilt es, die begeisternden Kämpfe in Chile zu propagieren, mit aller Kraft zu unterstützen und daraus zu lernen.

Als die Schüler und Schülerinnen am 17. Oktober 2019 anfingen, gegen die Erhöhung der U-Bahn-Ticketpreise in Chiles Hauptstadt Santiago zu protestieren und massenhaft die Drehkreuze der U-Bahnen übersprangen, war dies der Beginn von so kaum erwarteten Massenprotesten in ganz Chile.

Hunderttausende stehen seit 18. Oktober 2019 in militanten Massenprotesten auf

Schon am 18. Oktober 2019 wurden in ganz Santiago Barrikaden errichtet und Bus- und Metrostationen angezündet. Hunderte Polizeireviere wurden attackiert. Die Reaktion des Staates war brutaler Einsatz von Polizei, die auch mit scharfer Munition auf die Protestierenden schoss. Am 19. Oktober 2019 schickte die Regierung zum ersten Mal seit dem Ende der faschistischen Militärdiktatur unter Pinochet 1990 das Militär mit 10.000 Soldaten und Panzerwagen in die Straßen. In Santiago und dann auch in der zweitgrößten Stadt Valparaiso wurde der Ausnahmezustand erklärt und am 21.10. auf neun der zwölf Regionen des Landes ausgedehnt. Nach drei Tagen Protesten, bei teilweise gewaltsamen Aktionen mit Einsatz von Molotowcocktails durch vermummte Jugendliche, erklärte der Milliardär Präsident Sebastian Pinera im TV 2019: „Wir befinden uns im Krieg gegen einen gefährlichen Feind“.

Die Repression konnte die Ausdehnung der Protestbewegung nicht aufhalten. In ganz Chile, von Arica im Norden bis Punta Arena in Patagonien gingen nun

Hunderttausende auf die Straße – ohne federführende Beteiligung von Parteien.

Die Fahrpreiserhöhung war nur der Auslöser dafür, dass sich Millionen zum Kampf erhoben. Vielmehr geht es um die jahrzehntelang angestaute Wut. Dies kommt zum Ausdruck in der Losung: „Es geht nicht um 30 Pesos, es geht um 30 Jahre", 30 Jahre leere Versprechen von „besseren Zeiten". Die Demonstrierenden singen „Basta ya" – es reicht.

Rasch kam es dann auch zu einer Welle von Streiks, immer wieder auch zu Generalstreiks. So wurde in der zweiten Woche zu einem zweitägigen Generalstreik aufgerufen, der massenhaft befolgt wurde. Alle Schulen, Banken und öffentliche Einrichtungen blieben geschlossen, auch die Taxifahrer streikten, Busse und Metro fuhren nur auf wenigen Strecken.

Die kämpferische und in Teilen sehr militante Massenbewegung veränderte in kurzer Zeit die Atmosphäre im ganzen Land. So gab es vielfach keine Ampeln mehr, da diese für den Bau von Barrikaden benutzt wurden. An Kreuzungen wurde der Verkehr nun von Revolutionären in Eigenregie geregelt – „Wir brauchen dafür keine Polizei", heißt es. Die Regierung musste unter diesem Druck sogar die „Klimakonferenz", die im Oktober in Chile stattfinden sollte, wegen den „Unruhen" absagen.

Von Hunderttausenden und Millionen mitgesungen, ertönte auf den Kundgebungen wieder der bekannte Slogan des Liedes aus der Zeit des Kampfes gegen die faschistische Diktatur in den 70er Jahren: „El pueblo unido jamás será vencido."

Um die Kämpfe zu organisieren, entstanden im ganzen Land Basisgruppen und Räte verschiedener Teile der Bevölkerung. Diese organisieren und koordinieren nicht nur den aktuellen Kampf, sondern diskutieren auch, wie eine neue Gesellschaft ohne kapitalistische Ausbeutung und Unterdrückung aussehen und funktionieren müsste.

Wirtschaftliche und soziale Verelendung breiter Massen

Die Proteste richten sich gegen die schamlose Bereicherung und Korruption der herrschenden Klasse bei gleichzeitig zunehmender Verarmung breiter Bevölkerungsschichten, gegen die elenden Ausbeutungsbedingungen im Bergbau und anderen Branchen, gegen die katastrophalen Verhältnisse im Bildungssystem, in der Gesundheits- und Altersversorgung sowie die äußerst mangelhafte Strom- und Wasserversorgung. Die Hälfte der Bevölkerung verdient im Monat weniger als 500 Euro, die Mindestrente liegt bei 150 Euro. Etwa zehn Prozent des Monatslohns gehen allein für Fahrtkosten drauf. Derartig niedrige Löhne und Renten reichen nicht zum Leben. Die Studierenden müssen sich verschulden, um die Uni bezahlen zu können. Die Erwerbsbedingungen sind in einem hohen Maß flexibilisiert und prekär. Feste Jobs gibt es kaum.

Verschärfte Repressionen

Schon seit Jahren nahm die Repression des Staatsapparats in Chile immer größere Ausmaße an, seit es 2006 erste Massendemonstrationen von Schülerinnen und Schülern gegen das reaktionäre Bildungssystem gab, dann die studentischen Proteste von 2011 und 2018 sowie der erste große Streik von 350.000 Frauen am 8. März 2019.

Bei den Protesten ab dem 18. Oktober 2019 ging das Militär zusammen mit der Polizei besonders brutal vor. Bis Ende Dezember 2019 gab es 27 von der Polizei und dem Militär Ermordete. Das Institut für Menschenrechte zählte mindestens 2.808 Verletzte in Krankenhäusern, davon wurden 437 von Schusswaffen und 1.180 von Gummikugeln getroffen, mindestens 232 Menschen haben schwere Augenverletzungen oder ein Auge verloren. Mindestens 4.364 Menschen wurden festgenommen, davon erlitten mindestens 192 Menschen Folter und 48 Frauen sexuelle Gewalt bis hin zu Vergewaltigungen – von einer hohen Zahl nicht erfasster Fälle ist auszugehen.

Unter dem Druck der Massenproteste wurde die am 18. Oktober 2019 verhängte nächtliche Ausgangssperre am 27.10.2019 aufgehoben – was für breite Massen, vor allem Aktivistinnen und Aktivisten, kaum etwas an der mörderischen Bedrohung durch die brutal vorgehenden Carabineros änderte.

Regierungsmanöver und einzelne Zugeständnisse halten die Massenproteste nicht auf

Die Regierung versuchte es dann gemäß „Zuckerbrot und Peitsche" auch mit Zugeständnissen. Der Präsident „entschuldigte" sich, die soziale Unzufriedenheit nicht erkannt zu haben, nahm die Fahrpreiserhöhung zurück und kündigte eine Erhöhung der Mindestrente und des Mindestlohns an – doch alles dies nützte nichts.

Nach einer Woche versammelten sich am 25. Oktober bei einer der größten Demonstrationen in Chile allein in Santiago 1,2 Millionen auf dem zentralen Platz und forderten den Rücktritt des Präsidenten. In ganz Chile waren es mindestens drei Millionen Protestierende – bei 17,5 Millionen Gesamtbevölkerung. Am 12. November 2019 demonstrierten dann in Santiago sogar zwei Millionen.

Arbeiterinnen und Arbeiter beteiligten sich zahlreich an den Demonstrationen und militanten Straßenkämpfen. In Verbindung damit gab und gibt es eine nicht genau bekannte Anzahl Streiks, so am 24./25. Oktober.

Am 30. Oktober führten Arbeiterinnen und Arbeiter der Docks einen Streik durch.

Am Generalstreik am 12. November beteiligten sich Arbeiterinnen und Arbeiter der wichtigsten Branchen der Häfen, des Bergbaus, der Fischerei, des Transports und des öffentlichen Dienstes. Am 25./26. November beteiligten sich erneut Hunderttausende an Streiks gegen die Regierung. In den Bergbaugebieten errichteten die Arbeiterinnen und Arbeiter Straßenbarrikaden und verhinderten den Zugang zu den Minen. Hafenarbeiterinnen und -arbeiter führten am Streiktag auch eine Demonstration durch.

Militanter Kampf der „primera linea" gegen die Polizei, um Großkundgebungen zu ermöglichen und zu schützen

Eine besondere Rolle hatte die Großdemonstration am Freitag, den 13.12. in Santiago. An diesem 57. Tag der Protestbewegung waren wieder Hunderttausende auf der Plaza de la Dignidad, dem Platz der Würde, wie der zentrale Platz Plaza Italia / Baquedano inzwischen genannt wird. Um diese Massenkundgebung überhaupt zu ermöglichen, spielten die vor allem jungen Kämpferinnen und Kämpfer eine entscheidende Rolle, die sich „Primera Linea" („erste Reihe") nennen. Diese sind schon seit einiger Zeit immer wieder militant und mit höchstem Einsatz aktiv, um in sehr harten Straßenkämpfen den Demonstrierenden die Carabineros vom Hals zu halten.

Wie berichtet wird, gibt es unter der Masse der Demonstrierenden und an den Protesten Teilnehmenden so gut wie keine „Gewaltdiskussion" mit Distanzierungen wie hierzulande etwa nach den militanten G20-Protesten in Hamburg. Die Kämpferinnen und Kämpfer der „Primera Linea" werden im Gegenteil als militante Vorkämpferinnen und Vorkämpfer des Widerstands gesehen. „Danke, mutige Jugend!" hat zum Beispiel ein älterer Mann auf sein Schild geschrieben. In fast jeder Rede auf der Großkundgebung am 13.12.2019 wurden die jungen Kämpferinnen und Kämpfer gelobt und mit riesigem Applaus und Sprechchören gefeiert. Es gibt Unterstützungsbrigaden, die die Primera Linea mit Wasser und Essen versorgen, andere bergen und behandeln Verletzte. Dabei werden sie immer wieder selbst angegriffen.

Nach der Großdemonstration am 13.12. wurde angekündigt, dass auf dem Plaza de la Dignidad (Platz der Würde) in Santiago keine Demonstrationen mehr zugelassen würden. Am folgenden Donnerstag wurde der Platz mit Gittern abgesperrt und von berittenen Carabineros kontrolliert. Für den Freitag, 20.12.2019 wurden 1.000 Carabineros aufgefahren, welche die Demonstrantinnen und Demonstranten vom Platz fernhalten sollten. Aber die Aktivistinnen und Aktivisten der Primera Linea haben es gegen dieses Polizei-Großaufgebot geschafft, die Gitter abzuräumen und wieder auf den Platz zu kommen. Die Staatsgewalt ging mit Gummigeschossen und Gasgranaten gegen die Kämpfenden vor, was zu zahlreichen Verletzten führte.

Am 27.12.2019 versuchten die Herrschenden erneut, durch Abriegelung der Plaza de la Dignidad die Massenkundgebung dort zu verhindern. Doch wieder gelang es, den von den Carabineros abgeriegelten Platz zurückzuerobern. An diesem Tag wurde allerdings auch der Genosse Mauricio Frede von der „primera linea" von den Repressionskräften in den Tod getrieben. Bei einem Rückzug vor den Polizeiattacken trat er in ein Loch im Bürgersteig, in dem Stromkabel waren. Da dieses Loch durch den Wasserwerfer-Einsatz mit Wasser gefüllt war, erhielt er einen tödlichen Stromschlag. Die Mitkämpfenden errichteten ihm dort eine Gedenkstätte.

Starke Beteiligung der Frauen und Protestaktionen gegen sexuelle Repression und Gewalt gegen Frauen

Von Beginn der Massenkämpfe an ist die Beteiligung von Frauen groß, auch unter denen, die vorne weg auf den Barrikaden kämpfen.

Eine Aktion von Frauen erregte besondere Aufmerksamkeit nicht nur in Chile, sondern weltweit. Anfang Dezember 2019 kamen mehr als 10.000 Frauen vor dem Estadio Nacional in Santiago zusammen. Sie führten in revolutionärer Tradition eine vom feministischen Kollektiv Lastesis vorbereitete Theater-Darbietung gegen Patriarchat und Gewalt gegen Frauen auf. Ihr Protest richtete sich gegen die herrschende Gesellschaftsordnung, die Exekutive und die Justiz, die als Komplizen der Gewalt gegen Frauen angeklagt werden: „El violador es tu!" („Der Vergewaltiger bist du!"). Eine der letzten Strophen ist eine Parodie auf die Carabinero-Hymne Chiles und lautet: „Un violador en tu camino" („Ein Vergewaltiger auf deinem Weg"). Diese eindrucksvolle und machtvolle Darbietung war in Chile schon zuvor zweimal aufgeführt worden. International verbreitete sie sich sehr schnell über die sozialen Medien.

Buenos Aires, Mexiko-Stadt, Berlin, Paris und New York sind nur einige der Städte, in denen Frauen inspiriert von dem Beispiel in Chile auf ähnliche Weise auf Vergewaltigungen, Frauenmorde und staatliche Repression aufmerksam machen.

Starke Beteiligung der für ihr Selbstbestimmungsrecht kämpfenden Mapuche-Bevölkerung

Von Anfang an beteiligten sich gerade auch Mapuche-Aktivistinnen und -Aktivisten an den Demonstra-

tionen und anderen Aktionen. Am 26. Oktober wehte während der Proteste die Fahne der Mapuche ganz oben auf der Statue, um die herum sich zumeist in Santiago die großen Demonstrationen und Kundgebungen sammeln. (Bild bringen!)

Die Mapuche sind eine national unterdrückte Bevölkerungsgruppe im Süden von Chile (von den Mapuche als Wallmapu-Land bezeichnet), die seit Anfang des 19. Jahrhunderts für ihre Rechte kämpft und ca. zehn Prozent der Bevölkerung Chiles umfasst (auch in Argentinien leben Mapuche). In den letzten Jahren richtete sich der Widerstand der Mapuche in Chile besonders gegen die Inbesitznahme eines Großteils ihrer Gebiete durch Forst- und Agrarunternehmen sowie Energie-Konzerne, darunter auch das deutsche Energieunternehmen wpd. Um den von den Mapuche in den letzten Jahren dagegen geführten Kampf zu unterdrücken, hat der chilenische Staat die Mapuche-Gebiete massiv militarisiert. Zahlreiche gegen ihre Unterdrückung und Vertreibung kämpfenden Mapuche sind in den Gefängnissen. Sie führten dort einen über 100 Tage andauernden Hungerstreik durch, der von außen stark unterstützt wurde. Seit Beginn der großen Proteste in Chile weht nun die Mapuche-Fahne mit voran. Das in Teilen der übrigen Bevölkerung Chiles entstehende Bewusstsein über die koloniale Unterdrückung der Mapuche-Bevölkerung hat auch dazu geführt, dass während der Protestaktionen zahlreiche kolonialistische Monumente zerstört wurden.

Kämpferische Kräfte contra Abwiegler

Eine weit verbreitete und in den Protesten verankerte Forderung eines großen Teils der Demonstrierenden ist eine radikale Änderung der vom faschistischen Regime unter Pinochet 1980 festgeschriebenen Verfassung. Kämpferische Kräfte wenden sich gegen reformistische Kräfte, darunter die Führung des Gewerkschaftsbundes CUT, welche die Regierung mit ihrer Ankündigung einer Volksabstimmung über eine neue Verfassung unterstützen. Kämpferische Kräfte lehnen dieses Manöver ab und entlarven es. Denn dieser „Verfassungsweg" steht unter Kontrolle eben dieser Regierung und der staatstragenden Oppositionsparteien und die Ergebnisse stehen von vornherein fest.

In einem Offenen Brief der vernetzten Basis-Vollversammlungen von Antofagasta wird grundsätzlich die Tendenz zur Zusammenarbeit mit dem Regime kritisiert.. Dieser Offene Brief wurde auch von regionalen Organisationen der Gewerkschaft der Lehrerinnen und Lehrer übernommen.

Kritisiert wird auch, dass seitens der Gewerkschaftsführung nach dem großen Streik vom 12. November 2019, den die Abwiegler sowieso schon auf einen Tag begrenzt hatten, zentral „nichts mehr gemacht" wurde, obwohl – und dies wird ausführlich und konkret aufgezählt – im ganzen Land Belegschaften in den Streik traten und dies oft genug erfolgreich. Dies zeige, dass eine neue kämpferische Situation entstehe, die nicht durch Maßnahmen eingegrenzt werden dürfe, welche die Initiative des Handelns wieder der Regierung in die Hände gibt.

* * *

Das Motto der kämpferischen und zum weiteren Kampf entschlossenen Kräfte in Chile war bereits im November 2019 in riesengroßen Lettern auf dem zentralen Platz Santiagos zu lesen:

„Wir werden nicht zur Normalität zurückkehren, weil die Normalität das Problem war".

Quellen stammen aus labournet.de und dort angegebenem Material.

Bei labournet.de, labournet.tv und auf youtube gibt es zahlreiche eindrucksvolle Filme von den Kämpfen in Chile. Bei labournet.de sind auch viele weitere Berichte und Materialien darüber.

Das Flugblatt hat 4 A4-Seiten und enthält folgenden weiteren Beitrag:

● Entlarvung der Polizei- und Militärhilfe der deutschen Imperialisten für die Niederschlagung der Protestbewegung in Chile:

Die polizeiliche und militärische Repression gegen die Freiheitsbewegung in Chile liegt auch im Interesse des deutschen Imperialismus, der dort an der Ausbeutung beteiligt ist und dessen Vorherrschaftsstreben auch auf Chile erstreckt. Daher schulen deutsche Polizei- und Militäreinrichtungen schon seit vielen Jahren Angehörige des Repressions- und Militärapparats in Chile. Deutsche Rüstungskonzerne lieferten in den Jahren 2000 bis 2018 Waffen und andere Militärgeräte im Gesamtwert von mehr als 118 Millionen Euro nach Chile, darunter allein 2009 60 Leopard-2-Panzer und 146 Marder-Schützenpanzer.

Auf spektakuläre Weise kam diese militärische Zusammenarbeit schon 2008 zum Vorschein, als chilenische Militärangehörige eine Bediener- und Fahrlehrerausbildung für den Kampfpanzer Leopard 2 durch Ausbilder der Bundeswehr bekamen.

Um dies anzuprangern, nahmen Jugendliche im Alter von 14 bis 20 Jahren die Bundeswehr-Ausbilder demonstrativ gefangen und ließen sie erst nach einem Schusswechsel mit der Polizei wieder frei.

Kontakt:

***E-mail:** gegendstroemung@web.de*

*(*Die Geheimdienste aller Länder nicht unterschätzen!)*

Drucker, Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: W. Schulze, Osnabrücker Straße 26, 10589 Berlin

https://gegendiestroemung.net *Die Nutzung unserer Homepage sollte gut überlegt erfolgen, da jeder Zugriff staatlich registriert wird*

Proletarierinnen/Proletarier aller Länder, vereinigt euch!

Bulletin 1/20

Zur Information der revolutionären marxistisch-leninistischen Kräfte aller Länder

Auszüge und Zusammenfassungen aus den Publikationen von „Gegen die Strömung" – Organ für den Aufbau der Revolutionären Kommunistischen Partei Deutschlands:
Januar - April 2020

Das Flugblatt von Januar-Febuar hat zum Thema:

Rassistisches Nazi-Massaker an neun Menschen in Hanau am 19. Februar 2020:

Selbstschutz gegen Nazi-Angriffe organisieren!

Am Abend des 19.2.2020 ermordete der Nazi-Mörder T. Rathjen neun Menschen in Hanau. Er griff mit einer automatischen Pistole, die er sich legal mit Hilfe eines Waffenscheins gekauft hatte und die auch die deutsche Polizei benutzt, zwei Shisha-Bars an und ermordete eiskalt und zum Teil durch gezielte Kopfschüsse Ferhat Ünvar, Gökhan Gültekin, Hamza Kurtović, Said Nesar El Hashemi, Mercedes Kierpacz, Sedat Gürbüz, Kalojan Welkow, Vili Viorel Păun, Fatih Saraçoğlu. Fünf Menschen wurden zum Teil schwer verletzt. Danach hat er laut Polizeiangaben seine Mutter erschossen und dann sich selbst.

Der Nazi-Mörder wählte die Shisha-Bars, die er zuvor ausgespäht hatte, deshalb als Ziel, weil er davon ausging, dass sich dort besonders viele Menschen befinden würden, die er in seiner deutsch-rassistischen „Herrenmenschen"-Ideologie als „undeutsch" einstufte und deshalb ermordete. In einer Erklärung, die er auf seiner Homepage veröffentlichte, propagiert der Nazi-Mörder als Ziel die Vernichtung von Millionen Menschen dutzender Länder wie der Türkei, Syrien, Indien und auch Israel, sowie auch die Ermordung der Hälfte der Bevölkerung in Deutschland nach deutsch-rassistischen Kriterien.

Durch das Nazi-Massaker wurden nicht nur neun Menschen aus rassistischen Gründen brutal ermordet, sondern Millionen von Menschen mit Ermordung bedroht an den öffentlichen Plätzen, wo sie sich bis jetzt ziemlich sicher gefühlt haben. Das Nazi-Massaker sollte Angst, Lähmung und Entsetzen bei den von Rassismus Bedrohten in Deutschland auslösen. Es sollte das Gefühl erzeugt werden, dass man gegen solche brutalen Nazi-Massaker mit automatischen Schusswaffen eh nichts ausrichten könnte. Doch die Rechnung der Nazi-Mörder ist nicht aufgegangen und wird nicht aufgehen!

Vom Rassismus bedrohte und angegriffene Gruppen diskutieren, wie Selbstschutz gegen Nazi-Angriffe organisiert werden kann und was zu tun ist, um die rassistische Normalität in Deutschland zu durchbrechen und diese „deutschen Zustände" insgesamt anzugreifen.

Solidarität bedeutet für uns aktuell vor allem, diese Diskussion und alle Aktionen in diese Richtung nach unseren Möglichkeiten maximal zu unterstützen!

Die Nazi-Bewegung ist gut organisiert und bereitet schon die nächsten Massaker vor!

Ähnlich wie beim versuchten Nazi-Massaker in Halle begann nach dem Nazi-Massaker von Hanau wieder das System der Verharmlosung und Vertuschung anzulaufen. Das Nazi-Massaker wurde von bürgerlichen Medien, Polizei und bürgerlichen Politikern als „Tat" eines „psychisch kranken" „Einzeltäters" hingestellt. Ziel dieser Propaganda ist es, die Nazi-Bewegung zu verharmlosen und zu vertuschen, dass sie gut organisiert, bewaffnet und arbeitsteilig nach einem klaren Plan vorgeht. So soll verhindert werden, dass die Nazis wirklich ohne Illusionen mit aller Härte bekämpft werden!

Die Nazi-Bewegung heute besteht aus unterschiedlichen Teilen, die alle ihre besonderen Aufgaben haben: ihr parlamentarischer Arm (AfD), ein „kultureller" Arm (Musik…), Nazis in verschiedenen Teilen des deutschen Staatsapparats (Polizei, Bundeswehr, VS, BND, MAD, Justiz…), Straßen-Nazis (Pegida…), die mit Aufmärschen und Überfällen Nazi-Terror verbreiten. Teil der Nazi-Bewegung sind auch illegal operierende bewaffnete Nazi-Gruppen (Combat 18, Gruppe Hannibal…) sowie einzelne vor allem auch übers Internet rekrutierte Nazi-Killer, wie der Nazi-Mörder

von Halle oder von Hanau, die nach ihrem Vorbild, der sog. „Werwolf"-Organisation, vorgehen. Diese Organisation wurde aufgrund eines Befehls von Himmler ab September 1944 angesichts der drohenden militärischen Niederlage Nazi-Deutschlands aufgebaut. Die „Werwolf"-Organisation sollte in kleinen Gruppen oder auch durch „Einzelkämpfer", wie es in der Schulungsbroschüre des „Werwolf" heißt, die alliierten Armeen angreifen und „Verräter" ermorden. (Siehe: Werwolf – Winke für Jagdeinheiten, o.O., Januar 1945, S. 7) Die Taktik des sog. „lonesome wolf", des „einsamen Wolfes" ist also keine Erfindung der heutigen Nazi-Bewegung, sondern von der SS-Führung entworfen und seit 1944 fester Bestandteil der Nazi-Bewegung. Ziel ist es, dass diese „Einzelkämpfer" durch geringst möglichen Kontakt zur Nazi-Bewegung weitgehend unerkannt bleiben und daher umso „effektiver" ihre Mordtaten vorbereiten und durchführen können. Die Nazi-Bewegung nutzt seit Jahren das Internet intensiv. In Hunderten von Chats, Blogs und über andere Apps ist die Nazi-Bewegung aktiv, verbreitet dort ihre Propaganda, auch um solche Nazi-Killer, wie in Halle und Hanau auszubilden und zu rekrutieren.

Wir dürfen keine Illusionen in die heutige Nazi-Bewegung haben! Die Nazi-Bewegung hat allein seit 1990 über 300 Menschen ermordet, die nach ihrer rassistischen deutschen „Herrenmenschen"-Ideologie als „undeutsch" galten. Ein Angehöriger der Opfer von Hanau hat es bei einer Solidaritätsdemonstration in Hanau auf den Punkt gebracht: Es wird nicht aufhören! Es wird noch schlimmer werden!

Bewaffnete Nazi-Kräfte, die mit modernsten automatischen Sturmgewehren aus dem Arsenal der Bundeswehr ausgestattet sind und über militärische oder polizeiliche Ausbildung verfügen, sind in der Lage, jederzeit zu zuschlagen. Dazu nur einige Belege: Es gibt allein ca. 500 untergetauchte Nazis, die in der Illegalität leben, und dort besonders gute „Bedingungen" haben, Nazi-Massaker vorzubereiten. Das Auffliegen der „Gruppe S." oder auch das Bekanntwerden der „Hannibal" Gruppe bei Polizei, Bundeswehr…, zeigt, dass diese gut bewaffneten Nazi-Mordbanden detaillierte Mordpläne ausgearbeitet haben.

Kein Vertrauen in diesen Staat!

Dass beim Kampf gegen diese Nazi-Mordpläne nicht auf diesen Staat vertraut werden kann, ist in Reden und Erklärungen immer wieder zu lesen und zu hören. Aber es gibt auch Forderungen nach besserem Polizeischutz gegen Nazi-Terror. So verständlich diese Forderung auch ist, genaueres Nachdenken zeigt folgendes:

Auf die deutsche Polizei, den deutschen Staat zu vertrauen, ist nicht nur naiv, sondern birgt auch ein großes Risiko in sich. Denn wenn man den Zusammenhang zwischen Nazis und diesem Staatsapparat, insbesondere seinen bewaffneten Kräften wie Polizei, Bundeswehr und Geheimdiensten genauer analysiert, wird deutlich, dass dies eine gefährliche Illusion ist.

Mit dem Auffliegen der NSU-Nazi-Mörder 2012 wurde erneut klar, dass dieser Staat nicht nur bewaffnete Nazi-Kräfte duldet und schützt, sondern unterstützt und mit aufbaut. Nach dem Auffliegen des NSU-Nazi-Netzwerks konnte auch bewiesen werden, dass Nazis mitten im Staatsapparat sitzen, dass Polizei und VS direkt beim Aufbau des NSU-Nazi-Netzwerks beteiligt waren. Die sog. „NSU 2.0" hat erneut gezeigt, dass mitten in der deutschen Polizei Nazis sitzen, wie z.B. im Frankfurter Polizeirevier auf der Zeil. Nach dem Auffliegen des Bundeswehroffiziers Franco Albrecht 2017, der als Flüchtling getarnt Mordanschläge gegen Flüchtlingsunterkünfte durchführen wollte, wurde eine weitere Nazi-Organisation im deutschen Staatsapparat bekannt. Dieser sogenannte „Hannibal-Komplex", so wird diese bewaffnete Nazi-Organisation verharmlosend vom deutschen Staat bezeichnet, besteht aus mindestens 200 Bundeswehrsoldaten und -Offizieren (darunter auch Mitgliedern der KSK-Spezialeinheit), Polizisten von LKA und SEK sowie anderen Teilen der deutschen Polizei, die Waffendepots und Feindeslisten angelegt haben, und untereinander u.a. über Telegram Chat Gruppen konspirativ vernetzt sind. Sie haben auch Verbindungen in den VS sowie in den MAD. Mitglieder dieser Nazi-Organisation sind zum Teil auch gleichzeitig Mitglied der AfD. Durch diese Verbindungen ist diese Nazi-Organisation im Staatsapparat des deutschen Imperialismus fest verankert. (Siehe: IMI-Studie, Der Hannibal Komplex, 9.7.2019)

Seien wir realistisch: Es kann sein, dass deutsche Polizisten, die Teil des Nazi-Netzwerks sind, -das auch die vom Nazi-Mörder von Hanau als „lebensunwert" eingestuften Bevölkerungsteile auf ihren Todeslisten hat -, Einrichtungen dieser Bevölkerungsteile „beschützt". Zum Beispiel wenn Polizisten aus dem berüchtigten Frankfurter Polizeirevier auf der Zeil Moscheen „beschützen" würden! Dieses Szenario zeigt, wie gefährlich und illusionär ein Vertrauen auf mehr Polizeischutz, ja auf diesen Staat ist.

Zur Debatte um Selbstschutz gegen Nazi-Massaker wie in Hanau

In einigen Erklärungen nach dem Nazi-Massaker in Hanau wurde von antinazistischen Kräften die Forderung nach Selbstschutz gegen Nazis aufgestellt. In dieser Debatte kommt der Vorschlag, aus dem Selbstschutz gegen Nazis und Faschisten in anderen Ländern für den Kampf hier zu lernen, wie z.B. aus den USA, wo die Debatten schon weiterentwickelt seien als hier. (Siehe: fr.de, Nach dem Anschlag von Hanau: „Aufgeben ist keine Option", 26.2.2020)

Wir denken, dass hier vor allem der Kampf der Black Panther Party von Ende der 60er bis Mitte der 70er Jahre in den USA vorbildlich war. Die Black Panther Party, die Anfang 1966 gegründet worden war, versuchte vor allem die Selbstverteidigung der afroamerikanischen Stadtteile gegen die bewaffnete Staatsmacht sowie auch gegen bewaffnete Nazis wie dem Klu-Klux-Klan durchzusetzen. Die Black Panther Party bewaffnete ihre Mitglieder mit automatischen Schusswaffen, um sich gegen Polizei, Militär und faschistische Banden zu schützen und nutzte dabei die Waffengesetze in den USA geschickt aus: Mit Gewehren und Pistolen bewaffnete Gruppen der Black Panther patrouillierten durch die Straßen von US-Großstädten. Anfang der 70er Jahre bestanden ca. 100 Ortgruppen mit mehreren tausend Kämpferinnen und Kämpfern.

Die Black Panthers wussten genau, dass gegen mit automatischen Waffen ausgerüstete rassistische Polizisten und Faschisten keine Steine, keine Zwillen, keine Baseballschläger, keine Ausbildung im Kampfsport helfen, was gegen „normale" Straßen-Nazis durchaus sinnvoll und wirksam sein kann. Es war ihnen klar, dass die Bewaffnung mit automatischen Schusswaffen, die ja legal erworben und getragen werden konnten, unerlässlich ist. Nur dann war es überhaupt möglich, angemessen und schnell genug auf bewaffnete Nazi-Angriffe zu reagieren und rassistische Polizei abzuwehren. Wenn klar ist, dass Nazi-Mörder oder rassistische Polizisten eine solche bewaffnete Gegenwehr zu erwarten hätten, dann würde das auch Wirkung bei ihnen selbst zeigen! Das hat der Kampf der Black Panther Party, so finden wir, sehr deutlich gezeigt.

Sicherlich geht es nicht darum, diesen Kampf und seine Taktik mechanisch auf Deutschland 2020 zu übertragen. Denn die Kampfbedingungen, wie zum Beispiel die Waffengesetze, sind doch unterschiedlich. Es geht unserer Meinung nach darum, aus diesen Kämpfen für heute zu lernen und sie kritisch auszuwerten und das zu übernehmen, was den Kampf hier weiterbringt! Denn die Lage ist doch folgende: Die Organisatoren der Nazi-Morde in Deutschland, die führenden Nazi-Kader und Nazi-Hetzer, laufen weitgehend frei herum. Nazi-Mordanschläge, Hetzjagden auf Refugees und Migrantinnen und Migranten, auf Antifaschistinnen und Antifaschisten, auf Jüdinnen und Juden – all dies wird unweigerlich dazu führen, dass die Verfolgten, die von Mord und Totschlag Bedrohten, zur Selbsthilfe greifen, sich bewaffnen und entsprechend organisieren. Es wird unweigerlich dazu führen, dass sie dort, wo sie eindeutig auf Nazi-Kader, auf Nazi-Mörder treffen, deren Mordabsichten und Mordversuchen zuvorzukommen versuchen!

Wir wollen in diesem Zusammenhang an folgende antinazistische Aktion von 1992 erinnern: Am Abend des 4.5.1992, treffen sich in einem China-Restaurant in Berlin einige führende Nazi-Kader, die allesamt schon auf eine lange „Nazi-Karriere" zurückblicken können. Sie sind dabei, Nazi-Terror zu planen und zu organisieren. In der Manier deutscher „Herrenmenschen" pöbeln sie einen Blumenverkäufer aus Pakistan mit rassistischen Beschimpfungen an. Hilfe wird geholt, einige Antifaschistinnen und Antifaschisten jagen das Nazi-Treffen auseinander. Der Nazi-Kader Kaindl droht mit einer Waffe und bleibt nach einem Handgemenge tot liegen. Das war eindeutig berechtigte Notwehr!

Wie solche Kämpfe planmäßig, offensiv, systematisch und mit möglichst großer Durchschlagskraft geführt werden können, wird angesichts des immer brutaler werdenden Nazi-Mordterrors bei antinazistischen Kräften und unter den vom Nazi-Terror bedrohten Teilen der Bevölkerung in Deutschland diskutiert werden. Diese Debatte ist Teil des Kampfes zum Aufbau einer wirklichen Selbsthilfe gegen Nazi-Terror und Teil des Kampfs gegen die gesamte Nazi-Bewegung in Deutschland. Juristisch gesehen geht es um Notwehr gegen die Bedrohung durch Nazi-Morde und Nazi-Massaker.

Die Kampagne gegen die Shisha Bars: Den Kampf gegen die rassistische Normalität und die deutsche „Herrenmenschen"-Ideologie verstärken!

Die Nazi-Bewegung entwickelt sich, breitet sich aus und bewegt sich in der deutsch-nationalistischen und deutsch-rassistischen Normalität in Deutschland. Die Nazi-Bewegung wird vom deutschen Staat geschützt, unterstützt und mit aufgebaut. Und Nazis sitzen mitten in diesem Staatsapparat. Gleichzeitig herrscht staatlicher Rassismus gegen Refugees und gegen Migrantinnenen und Migranten vor, die tagtäglich der deutschen „Herrenmenschen"-Ideologie ausgesetzt sind. Im Mittelmeer werden – mit führender Beteiligung der deutschen Regierung – auch in diesem Jahr wieder tausende Refugees durch Ertrinken ermordet. Das sind die „deutschen Zustände", die auch Nazi-Massaker wie in Hanau hervorbringen!

Es liegt auf der Hand, warum der Nazi-Mörder von Hanau sich ausgerechnet Shisha-Bars als Ziel seines Massakers ausgesucht hat: Shisha-Bars, in denen sich angeblich „kriminelle Clans" treffen, sind bundesweit seit Monaten, ja seit Jahren Zielscheibe von widerlichsten deutsch-rassistischen Hetzkampagnen von „Bild" über AFD bis zu anderen Berliner Parteien und anderen bürgerlichen Medien sowie ständigen rassistischen Überfällen und Kontrollen durch die deutsche Polizei.

Es ist ein gewisses Zusammenspiel zu erkennen:

- Bürgerliche Medien, bürgerliche Politiker und die AfD hetzen mit Hilfe der deutschen „Herrenmenschen"-Ideologie. Bei dieser rassistischen Hetze wird nach der Linie von Goebbels vorgegangen, dem Chef des Nazi-Propagandaamts in Nazi-Deutschland. Im

Dezember 1937 hatte die Nazi-Regierung den Befehl ausgegeben, beim Bericht über angebliche oder wirkliche Verbrechen die Schuld „dem Juden" zu geben, um die Judenfeindschaft weiter zu verstärken. Im Moment sind es vor allem „kriminelle Clans" oder „kriminelle Ausländer".

■ Die deutsche Polizei terrorisiert mit rassistischen Razzien Shisha-Bars, die sie mit schwer bewaffneten Einheiten überfällt und dabei ganze Straßen und Stadtteile abriegelt.

■ Die Nazi-Bewegung nimmt sich auch wie beim Nazi-Massaker in Hanau Shisha-Bars zum Ziel.

Einige Beispiele von rassistischer Hetze und rassistischer Razzien gegen Shisha-Bars:

„Bild" hetzt aktuell gegen „Clans in Berlin" und behauptet lügnerisch „Wie arabische Großfamilien Berlin beherrschen"! (bild.de) Die ARD hetzt: „Was Deutschland bewegt: Beuteland. Die Millionengeschäfte krimineller Clans". So der Titel dieser Hetz-Dokumentation der ARD! (daserste.de) Und bei dieser Hetze werden die Shisha-Bars mit einbezogen als angeblicher „Treffpunkt für kriminelle Clans" sowie insgesamt als „krimineller Ort", wo es vor Drogen, Erpressung und ähnlichem angeblich nur so wimmelt.

Die AfD hetzt auf Plakaten gegen angebliche „Vergiftungen in Shisha-Bars" und „Gruppenvergewaltigung in Shisha-Bar". Die Täter seien angeblich „Syrer und Iraner"! Der Frankfurter AfD Vorsitzende Rainer Rahn treibt die Hetze auf die Spitze und hat „Verständnis" für den Hanauer Nazi-Mörder: Wenn man permanent von einer Shisha-Bar gestört werden würde, dann könnte das „auch zu solch einer Tat beitragen." (faz.net, 25.2.2020) AfD und FDP betreiben in Frankfurt seit Monaten eine rassistische Hetze gegen Shisha Bars mit Anträgen im Stadtparlament, um die Bars aus den Frankfurter Wohngebieten zu vertreiben.

In Berlin gibt es fast tagtägliche Hetze gegen Shisha-Bars von bürgerlicher Presse und bürgerlichen Politikern sowie rassistische Razzien. Die Regierung aus GRÜNEN, SPD und PdL steht für über 230 rassistische Razzien allein 2019 auch gegen Shisha-Bars! (labournet.de) Schon im September 2018 hetzte Martin Hikel (SPD), Innensenator von Berlin: „Brutalität krimineller Clans gefährdet sozialen Frieden". (tagesspiegel.de, 25.9.2018)

Die CDU in NRW setzt auch beides um: rassistische Hetze und Razzien. Reul (CDU), Innenminister von NRW, hetzt schon im November 2018 „Shisha-Bars sind Boden für Clan-Kriminalität" und ist seiner Linie bis heute treu geblieben. Dutzende von rassistischen Polizei-Razzien wurden seitdem in Shisha-Bars in NRW durchgeführt. (waz.de, 15.11.2018)

***

Verschiedene Organisationen fordern, den Kampf gegen die gesamte rassistische Realität in Deutschland zu verstärken. Es geht darum, dass die von den Nazis, vom deutschen Rassismus Bedrohten zusammen gegen diese rassistische Normalität kämpfen im Bündnis mit allen antinazistischen Kräften. Für den 8.Mai 2020 ist deshalb zum „Tag des Zorns" aufgerufen worden, einem bundesweiten Streik sowie Protest- und Widerstandsaktionen auf der Straße, den wir solidarisch unterstützen. Im Aufruf zum „Tag des Zorns" heißt es:

> „Liebe Freund*innen, liebe Genoss*innen, wir migrantischen Selbstorganisationen rufen unsere Geschwister und Genoss*innen am 08. Mai 2020 zu einem Tag des Zorns und damit einhergehenden Generalstreik auf. Wir fordern alle Menschen mit Migrationserbe, jüdische Menschen, Sinti*ze und Rom*nja, Schwarze Menschen, people of colour, BIPoC und alle solidarischen Menschen auf, mit uns zu streiken…
>
> Da die Politik dabei zusieht wie unsere Geschwister und Freund*-innen, auch unsere antifaschistischen Genoss*innen, bis heute sogar in staatlichen Institutionen ums Leben kommen, können wir uns nicht auf sie verlassen. Sie schützen uns nicht und spätestens seit dem NSU wissen wir, dass in Deutschland aller Wahrscheinlichkeit nach Täterschutz betrieben wird. Wir sind nicht still, wir lassen uns nicht einschüchtern, wir führen keine rassistischen Diskussionen, wir überlassen Nazis nicht die Straßen.
>
> Wenn Deutschland weiter mit Nazis schmusen möchte, geschieht das ohne uns! Angeregt durch die Ramazan Avcı Initiative tragen wir unsere Wut und unsere Trauer am achten Mai auf die Straße. Organisiert euch und ruft mit uns zum Streik auf." (labournet.de, wirstreiken0805.wordpress.com)

Das Flugblatt hat 4 A4-Seiten und enthält den weiteren Beitrag:

- Solidaritätsdemonstrationen nach dem Nazi-Massaker von Hanau
- Großartige Aktion gegen die Waffenexporte des deutschen Imperialismus
- Polizeistaatliches Vorgehen gegen „Linksunten indymedia"
- Zur Bewaffnung der Nazi-Bewegung:

Die Nazi-Bewegung hat sich ganz legal bewaffnet, indem sie die Waffengesetze in Deutschland ausnutzt. Insgesamt haben im Februar 2019 ca. 1100 Nazis, insbesondere über 900 sog. „Reichsbürger" Waffenscheine mit denen sie sich legal automatische Waffen besorgen können. (tagesspiegel.de, 18.2.2019) In sog. Sportschützenvereinen können sie auch ganz legal den Gebrauch dieser Waffen trainieren, wie der Nazi-Mörder von Hanau.

Hinzu kommen sicherlich hunderte, ja tausende weitere illegal beschaffte Waffen, die insbesondere auch die

in Bundeswehr und Polizei arbeitenden Nazis sicherlich besonders leicht besorgen können. Nur zwei Beispiele: Bei einer Hausdurchsuchung bei einem Nazi in Hannover werden im März 2019 über 50 Schusswaffen gefunden u.a. 16 Gewehre, drei Maschinenpistolen, 17 Pistolen, acht Revolver sowie mehrere Kilogramm Munition unterschiedlichen Kalibers. (www.belltower.news) Im Februar 2020 wurde bei einer Hausdurchsuchung eines Nazis in Husum u.a. ein Maschinengewehr, mehrere Gewehre, Mörsergranaten, mehrere Kilogramm Sprengstoff sowie Chemikalien und Werkstoffe zur Herstellung von Munition gefunden.

Die Nazi-Bewegung ist massenhaft mit höchst effektiven Waffen ausgerüstet, mit automatischen Pistolen und Gewehren und Sprengstoff – das ist die Realität.

Das Flugblatt März-April 2020 hat zum Thema:

Das Corona-Virus als Vorwand!

Es ist nicht zu bezweifeln, dass sich in fast allen Ländern der Erde Corona-Viren in großem Ausmaß verbreitet haben und dass die durch diese Viren hervorgerufene Atemwegserkrankung gerade bei Menschen mit bestimmten schweren Vorerkrankungen und sehr alten Menschen auch zum vorzeitigen Tod beigetragen hat und weiter beitragen kann.

Die Diskussion darüber, was dagegen zu tun ist, umfasst medizinische Fragen auf die hier nicht eingegangen werden soll (wo ist welcher Mundschutz sinnvoll und wo nicht, welche Vorsichtsmaßnahmen sind überhaupt sinnvoll oder nicht usw.). In hunderten von sich widersprechenden Einschätzungen werden angeblich alternativlose Meinungen zu solchen und anderen Fragen verbreitet, die momentan die Gehirne vernebeln. Das kann hier nicht entwirrt werden. Es sollen lediglich einige zentrale politische Einschätzungen festgeschrieben werden.

Immer wenn ein imperialistischer Staat eine Chance wittert, mit einer real existierenden oder teilweise selbst herbeigeführten Krise oder Bedrohung, insbesondere bei Naturereignissen, eine Verschärfung seiner ökonomischen, sozialen und politischen Maßnahmen durchführen zu können, wird er diese Chance wahrnehmen.

Ganz offensichtlich ist der Staat des deutschen Imperialismus keinesfalls auf eine Ausbreitung einer Infektionskrankheit vorbereitet, wie sich das auch schon im Winter 2017/2018 zeigte, als selbst nach offiziellen Angaben ca. 25.000 vor allem sehr alte und schwer kranke Menschen in acht Wochen an der jährlich wiederkehrenden Grippe durch Influenzaviren verstarben und der deutsche Staat nichts unternahm. Der deutsche Staat ist aber durchaus darauf vorbereitet, auszuloten, welche Chancen sich ihm unter dem Vorwand der Abwehr der „Corona-Katastrophe" bieten.

Atmosphäre der Denunziation und der Faschisierung: Der Polizeistaat auf dem Vormarsch

Die gut vorbereitete Liste von Maßnahmen zum Drangsalieren und Schikanieren der Bevölkerung, damit auch nicht einmal die Idee eines Protestes aufkommen kann, wird in eingeübter Form Stück für Stück realisiert, ein bisschen wieder zurückgenommen, dann wieder verschärft. Kleine, gut dosierte Kritik wird hier und da zugelassen, im Großen und Ganzen ist aber klar: es ist jetzt die Stunde der Polizei. Sie achtet überall und ständig darauf, dass die beschlossenen Maßnahmen der Kontakt-Einschränkungen unter weitgehender Ausschaltung sämtlicher Grundrechte, sämtlicher demokratischer Rechte auch eingehalten wird. Es wird an den Spitzeltrieb der rückschrittlichen Teile der Bevölkerung appelliert, die Denunziation als Hobby betreibt. Wo es nur geht, durchaus auch mit rassistischen und deutsch nationalistischen Positionen im Kopf, werden aus diesen Teilen der Bevölkerung heraus Menschen bei der Polizei angezeigt.

Das ganze Ausmaß der polizeistaatlichen Verschärfung ist noch nicht sichtbar und zeigt sich nur in Ansätzen dann, wenn demokratische Grundrechte, wie das Demonstrationsrecht, trotz aller Einschränkungen wahrgenommen werden. Hier wird dann klar, wie am 5.4.2020 in Frankfurt bei einer Aktion, die u.a. von der Organisation „Seebrücke" initiiert wurde, dass es nicht um Gesundheit geht. Es geht um die Autorität des Staates, um die Autorität der Polizei, um den Polizeiknüppel.

Die polizeistaatliche Verschärfung ist keinesfalls schon auf dem Höhepunkt, auch weil die Bevölkerung aus Angst vor dem Virus weitgehend sämtliche vernünftigen und unvernünftigen, absurden und halb vernünftigen Maßnahmen trotz aller Zickzackkurse mit etwas Murren, aber unter ständiger Kontrolle der soziologischen Umfragen, weitgehend mitträgt. Geplant sind u.a. auch die polizeiliche Kontrolle und Überwachung über Smartphone mit Hilfe einer „Corona-App" weiter zu steigern.

Es ist auch die Stunde der „psychologischen Kriegsführung", der Massenpsychologie und psychologischer Werbestrategien. Informationen zu „Corona" werden gezielt so dosiert, dass die Angst groß genug bleibt, damit „Vater Staat" alles regeln darf. Gleichzeitig werden sie aber auch so dosiert, dass das Eigenlob des Staates, was er alles richtig macht und wie großartig er auch die Situation im Griff hat, nicht gefährdet wird. In der Bandbreite zwischen diesen beiden Zielen, Angst erzeugen und Eigenlob, werden zentralstaatlich mit gekauften Pseudoexperten die Nachrichten über die bürgerlichen Medien lanciert. Was einmal eine schlechte Nachricht war, wird morgen zur guten Nachricht und umgekehrt: „Die Zahl der Toten ist so niedrig wie in

keinem anderen Land, so toll sind wir". Dann heißt es „Die Zahl der Toten steigt, wir müssen aufpassen, dass es bei uns nicht wie in Italien wird", und dann wieder umgekehrt. Dabei wird nicht gespart mit direkten Lügen und Halbwahrheiten. (Siehe dazu: Wie man mit Statistik lügt und eine hysterische Katastrophenstimmung erzeugt)

Das alles entspricht ungefähr dem, was in der Massenpsychologie längst bekannt ist: Man muss die Massen behandeln wie ein kleines Kind, mit Zuckerbrot und Peitsche, mit Lob und Tadel, wie der gute Hirte eben seine Schafe führt.

Notstand und Einübung des „Ernstfalls": Wie im Krieg!

Es wird zwar vermieden, sich direkt auf einen Notstand und die Notstandsgesetze zu berufen und die Phrase vom „Krieg gegen den Virus" in Deutschland wird eher abgelehnt. Aber es wird doch schon staatlich mit „Ermächtigungen" agiert. So wenn mittels Verordnungsermächtigung des Infektionsgesetzes (§ 32) erklärtermaßen das Grundrecht der Freiheit der Person, der Freizügigkeit, der Versammlungsfreiheit, der Unverletzlichkeit der Wohnung faktisch aufgehoben werden.

Die konkreten Maßnahmen der Absperrung des Landes, der Übung der Absperrung von ganzen Stadtvierteln, der Absperrung von Häuserblocks sind polizeistaatliche Übungen, die auch im Falle von Revolte und Aufstand von besonderem Gewicht sind.

Und es wird Stück für Stück die ach so großartige deutsche Armee, die Bundeswehr, mit ihren Gesundheitseinrichtungen und ihren logistischen Möglichkeiten mehr und mehr eingespannt. Die Gelegenheit für Übungen des Militärs werden nicht ausgelassen. Denn die durchaus noch geringe Zahl von Kriegseinsätzen der Bundeswehr im Ausland sind eine Sache, den Einsatz der Bundeswehr im Inneren als legitim und wichtig darzustellen – das ist noch eine andere Sache. Die aktuelle Lage wird ausgenutzt, um massiv die Bundeswehr ins Spiel zu bringen. Laut offiziellen Zahlen stehen bereit bzw. sind schon 37.000 Soldaten der Bundeswehr bereits im „Corona-Einsatz". Nach den eigenen Gesetzen der Bundesrepublik Deutschland ist das eigentlich verboten. Dass die herrschende Klasse eines kapitalistisch-imperialistischen Staates sich an seine eigenen Gesetze hält, ist ja nun wahrlich nicht zu erwarten. Dennoch ist es anzuprangern.

Volksgemeinschafts-Ideologie und deutscher Nationalismus: Wir sind die besten! Wen interessieren noch Asylrecht und die Lage der Flüchtlinge!

Eine der ganz großen wichtigen Erfahrungen sowohl aus dem Ersten Weltkrieg als auch aus der Zeit des Nazifaschismus und des Überfalls des deutschen Imperialismus auf andere Länder war, dass bestimmte Situationen wunderbar dazu benutzt werden können, die Klassengegensätze zu vertuschen, die in jedem Land bestehen. Die Ideologie der „deutschen Volksgemeinschaft", „Deutschland über alles", „wir zuerst" – das alles sind wichtige Punkte der aktuellen Lage. Die moraltriefenden Ansprachen der Bundeskanzlerin, die an alle Bürger und Bürgerinnen appelliert, sich doch wie gute Menschen zu verhalten und den Egoismus abzulegen, ist die Hülle, der demagogische Mantel, hinter dem der deutsche Staat sich als Schutzpatron der „Deutschen" darstellt. Es soll verschleiert werden, dass es in Wirklichkeit um Einübung von einer Art Domestizierung und von Untertanengeist geht, also um die Formung des „autoritären Charakters" zwecks aktueller und späterer Profitmaximierung.

Die Schließung der Grenzen, die Abschaffung der Reste des Asylrechtes, die komplette Einsperrung der Refugees in den Flüchtlingslagern in Deutschland, die Weigerung die Flüchtlingslager an den Außengrenzen Europas endlich zu öffnen, all das passt ins Bild. Da geht es dann nicht mehr um internationale oder europäische Solidarität, die nur dann beschworen wird, wenn es darum geht, für „Deutschland", genauer für die Kapitalisten, einen Vorteil herauszuschlagen.

Wie immer, aber heute noch mehr, werden Geflüchtete als angeblich gefährlich dargestellt, als angeblich noch gefährlicher, wenn sie aus den Lagern herauskommen können. Ob sich die Todesraten in den Lagern in großem Tempo erhöhen, in diesen Lagern, in denen Menschen wie Tiere gehalten und behandelt werden, ob sich da Corana-Viren verbreiten oder nicht, das ist doch den deutschen Herrenmenschen egal.

So zeichnet sich die gegenwärtige Lage auch dadurch aus, dass nicht nur demokratische Grundrechte außer Kraft gesetzt werden, sondern zudem noch eine Gesamtatmosphäre erzeugt wird, dass doch (fast) alle in Deutschland in einem Boot sitzen und zusammenhalten müssen: Die Unterschiede zwischen Milliardären und Hartz-IV-Empfängern werden auf Null geschrumpft.

Vertuschung und Bagatellisierung: Das profitorientierte und ausbeuterische deutsche Gesundheitswesen

In der Tat gab es eine Zeit lang aus historischen Gründen in Deutschland ein relativ stabil ausgestattetes Gesundheitssystem. Dieses Gesundheitssystem konnte trotz einer Zwei-Klassen-Medizin mit Pflicht- und Privatversicherung an Apparatur, Anzahl der Krankenhäuser und Anzahl der Betten einiges vorweisen, obwohl es in vielen anderen kapitalistischen Ländern durchaus besser aussah. In den letzten Jahren hat die profitorientierte Verwandlung des Gesundheitswesens in Deutschland dazu geführt, dass nicht nur zehntau-

sende Pflegekräfte fehlen, die arbeitenden Pflegekräfte unter übelsten Arbeitsbedingungen und mit schlechtester Bezahlung arbeiten müssen. Es wurde auch durch eine Fülle von Maßnahmen im Gesundheitswesen die Gesamtlage massiv verschlechtert, Krankenhäuser geschlossen usw.

Dass aktuell nicht genügend Mundschutz und Schutzkleidung für Ärzte und Krankenhauspersonal da sind, das kann auch der letzte Heuler kaum mehr vertuschen.

Dass mehr als 50 Prozent aller Operationen (einige tausende) in Deutschland wegen „Corona" mit teilweise schlimmen Konsequenzen verschoben wurden, ist öffentlich bekannt.

Die vom deutschen Staat angeordnete Einsperrung und Isolierung von Hunderttausenden alten und kranken Menschen in Pflegeheimen und Krankenhäusern, was das vollständige Besuchsverbot auch für Familienangehörige einschließt, dient keineswegs, wie heuchlerisch vom deutschen Staat behauptet wird, ihrem „Gesundheitsschutz". Diese Maßnahmen quälen diese Menschen (und ihre Angehörigen), machen sie noch kränker und beschleunigen zum Teil auch ihren Tod. Das wird von fortschrittlichen Kräften im Gesundheitssystem schon seit Wochen angeprangert.

Aber was passiert? Werden die, die dafür verantwortlich sind, auch nur im Entferntesten dafür in die Verantwortung genommen, wegen Körperverletzung oder fahrlässiger Tötung nach dem Strafgesetzbuch der BRD angeklagt oder verurteilt? Nichts davon passiert!

Diese gewaltige Fehlentwicklung des Gesundheitswesens, die sich nicht nur an diesen Punkten zeigt, gehört zu den Anklagepunkten gegen diesen kapitalistischen Staat, der auf allen Gebieten, auch auf dem Gebiet des Gesundheitswesens, eine profitorientierte menschenverachtende Ausrichtung durchsetzt.

Überproduktion und staatsmonopolistischer Kapitalismus

Die aktuelle Situation kam insbesondere für die Automobilindustrie, die einen massiven Absatzeinbruch, eine Überproduktion zu verzeichnen hat, nicht ungelegen. Nun kann im großen Maßstab Kurzarbeit angeordnet werden. Es kann die Umstrukturierung der Produktion auf Elektroautos durchgeführt werden, was mit großen Entlassungen verbunden sein wird.

Das Hauptmerkmal der aktuellen Situation ist jedoch vor allem, dass gerade kleine und mittlere Betriebe und Geschäfte vor dem Aus stehen. Große Konzerne wie Aldi oder Amazon haben einen ungeahnten Aufschwung.

Die gesamte Umstellung von Ladenverkäufen auf Lieferdienste ist ebenso von größter ökonomischer Bedeutung für die nächsten Jahre und Jahrzehnte wie die weitgehende Umstellung von Büroarbeit auf Home-Office.

Das Drücken der Löhne und zunehmende Massenentlassungen werden schon und werden auch in Zukunft ohne Skrupel heuchlerisch auf das Corona-Virus zurückgeführt werden.

Die Verschärfungen der Ausbeutung und Unterdrückung unter Ausnutzung von Krisensituationen ist ein Wesensmerkmal nicht nur des Kapitalismus überhaupt, sondern findet insbesondere auch in imperialistischen Ländern wie Deutschland statt. Jede Gelegenheit wird genutzt, um an den Schrauben zu drehen, die höhere Profite garantieren oder garantieren könnten.

Die rasante Schuldenaufnahme des Staats im staatsmonopolistischen Kapitalismus, wo der Staat das Werkzeug des monopolistischen Großkapitals ist, das Hin und her von Privatisierung und Verstaatlichung von Konzernen, sind Manöver, um Milliarden und aber Milliarden an die Spitzen dieser Gesellschaft, vor allem an das monopolistische Großkapital, zu verteilen.

Die Größenordnung der neu aufgenommenen Schulden des deutschen Staats wird alle bisherigen Rekorde schlagen und diese gigantischen Summen, mehrere hundert Milliarden Euro, werden vor allem an große Konzerne und Banken verteilt.

Die scheinbar großzügige Unterstützung, die weitgehend unbürokratisch ausgeschütteten Milliarden, um aktuell z.B. das Stunden der Mieten, um das Absacken auf das Hartz-IV-Niveau von weiteren Millionen von Menschen kurzfristig zu mildern, sind der Vorbote einer rasanten Talfahrt für Löhne und Gehälter, für eine verschärfte Ausbeutung auf allen Gebieten und eine massenhafte Verelendung.

Es scheint einen fundamentalen Streit zwischen „Gesundheitspolitik" und „Wirtschaftspolitik" innerhalb der herrschenden Klasse und ihrer Berliner Parteien zu geben. Tatsächlich ist es aber ein Streit über die Art der Kombination polizeistaatlicher Maßnahmen unter dem Deckmantel der angeblichen „Corona-Bekämpfung" und ökonomischer Maßnahmen, um kurzfristig, mittelfristig und langfristig die Profitrate maximal zu erhöhen.

Die weitere Zentralisierung der Produktion und die weitere Konzentration des Kapitals sind Wesensmerkmale einer kapitalistischen Gesellschaft. Diese kann die Zuspitzung der Klassengegensätze in imperialistischen Ländern wie Deutschland weitgehend nur dadurch verlangsamen und zeitweilig aufhalten, indem sie verstärkt Menschen, ein wachsendes Proletariat in anderen Ländern ausbeutet, mit gigantischem Kapitalexport in Staaten wie China und Indien das dortige Proletariat mit ausbeutet und unterdrückt. Doch auch dort wehrt sich gerade das industrielle Proletariat mehr und mehr!

„Opposition" aus der Nazi-Ecke: eine Verschwörungstheorie jagt die andere

Nicht nur in den USA kommt es zu einem verschärften Auftreten bewaffneter faschistischer Kräfte, die die Gunst der Stunde nutzen, um sich als Verteidiger der Freiheitsrechte der Menschen zu profilieren. Die vielfältigen absurden Erklärungen, dass das Corona-Virus angeblich ein „chinesisches Virus" oder ein „vom israelischen Geheimdienst eingeschlepptes Virus" sei und ähnliches sind die Begleitmusik für den verschärften Kampf gegen Migranten und Migrantinnen, gegen Refugees, die selbstredend wieder als Träger der Seuche klassifiziert werden. Ein Blick in die Geschichte hilft hier: Auch das Warschauer Ghetto wurde von den Nazis mit dem Schild „Vorsicht, Seuchen-Gebiet" ausgestattet. Gesundheitspolitik als Seuchen-Bekämpfung war schon immer eine Spezialität der deutschen Nazis und ihrer Helfer.

In Deutschland beginnen die nazifaschistisch orientierten sogenannten „Reichsbürger" mit Unterstützung aus diversen anderen Organisationen sich als Vorkämpfer gegen polizeistaatliche Maßnahmen zu profilieren, so als wären sie wirkliche Demokraten. Es ist wichtig, diese pseudodemokratischen Figuren zu enttarnen als das, was sie sind: Teils verkleidet, teils offen auftretende Nazihelfer oder selbst Nazis.

Auf diesen Punkt hinzuweisen ist umso wichtiger, da der Versuch der Gleichsetzung einer Kritik von links mit diesen am Nazifaschismus orientierten Personen durch die Bildzeitung bis zur Tagesschau zur aktuellen Taktik der bürgerlichen Medien gehört. Es geht darum. demokratische und revolutionäre Kräfte, die sich gegen die polizeistaatliche Entwicklung in Deutschland wehren, als „Extremisten" mit den Nazis gleichzustellen.

Aufklärung, Protest und gut durchdachter Widerstand

Dieses Manöver der Gleichsetzung „rechts=links" könnte auch demokratische und revolutionäre Kräfte einschüchtern, die selbstverständlich mit solchen nazifaschistischen Figuren, nichts, aber auch nichts gemeinsam tun können und zu tun haben können. Nichtsdestotrotz: In klarer Abgrenzung ist es nötig, so wie in Frankfurt am Main die Organisation „Seebrücke" u.a. es vorgemacht haben, Formen der Aufklärung, des Protests und des Widerstandes gegen die aktuelle reaktionäre Politik in Deutschland durchzuführen.

Sicher wird dabei manchmal auch etwas schiefgehen. Vielleicht werden Fehler gemacht, vielleicht aber auch nicht. Wichtig ist auf jeden Fall, sich nicht einschüchtern zu lassen.

Es gilt angesichts des gesamtgesellschaftlichen Drucks und der schon an Hysterie grenzenden polizeistaatlichen Mentalität auch bei großen Teilen der Bevölkerung nicht nachzugeben, vielmehr gegen diese Strömung anzukämpfen. Es gilt über tagespolitische Ereignisse nicht die grundlegenden gesellschaftlichen Probleme dieser profitorientierten kapitalistisch-imperialistischen Gesellschaftsordnung, zu vergessen und aus dem Auge zu verlieren.

Die Zerschlagung dieser ausbeuterischen Gesellschaftsordnung ist eine sehr, sehr langfristige Aufgabe, deren Notwendigkeit (wie die Notwendigkeit der sozialistischen Revolution, der Unterdrückung der Reaktionäre nach dem Sieg der Revolution und dann der Aufbau des Kommunismus) sich von Jahr zu Jahr auch in Deutschland deutlicher zeigen wird.

Stand: 27.4.2020

Das Flugblatt hat 4 A4-Seiten und enthält die weiteren Beiträge:

- Wie man mit Statistik lügt und eine hysterische Katastrophenstimmung erzeugt
- Die DGB-Führung erklärtermaßen im Volksgemeinschafts-Modus
- Fakten zum Profitorientierten und ausbeuterischen Gesundheitswesen:

Nach Schätzungen sterben in Deutschland jährlich etwa 40.000 Patientinnen und Patienten durch Krankenhauskeime, 25.000 davon durch multiresistente Keime. Davon könnte ein sehr großer Teil durch bessere Krankenhaushygiene vermieden werden. Hygiene wird oft verwaltet wie eine inoffizielle Kasse: Man kassiert Geld, aber sorgt unzureichend für Hygiene.

Seit Einführung der sogenannten Fallpauschalen wurden 50.000 Pflegekräfte abgebaut. Laut Angaben von ver. di fehlen in Deutschland aktuell in den Krankenhäusern 162.000 Beschäftigte, um eine halbwegs zufriedenstellende Versorgung der Patientinnen und Patienten zu gewährleisten. Im Dezember 2019 hat die Deutsche Krankenhausgesellschaft 17.000 unbesetzte Stellen im Intensivpflegebereich festgestellt. 63.000 Fachkräfte müssten zusätzlich im Bereich der stationären Altenpflege eingestellt werden. Laut einer Studie der Hans-Böckler-Stiftung von 2019 betreut in Deutschland eine Pflegekraft im Schnitt 13 Personen, in der Schweiz sind es acht, in den Niederlanden knapp sieben.

Kontakt:

***E-mail:** gegendstroemung@web.de*

*(*Die Geheimdienste aller Länder nicht unterschätzen!)*

Drucker, Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: W. Schulze, Osnabrücker Straße 26, 10589 Berlin

https://gegendiestroemung.net *Die Nutzung unserer Homepage sollte gut überlegt erfolgen, da jeder Zugriff staatlich registriert wird*

Proletarierinnen/Proletarier aller Länder, vereinigt euch!

Bulletin 2/20

Zur Information der revolutionären marxistisch-leninistischen Kräfte aller Länder

Auszüge und Zusammenfassungen aus den Publikationen von „Gegen die Strömung" – Organ für den Aufbau der Revolutionären Kommunistischen Partei Deutschlands:
Mai - September 2020

Das Flugblatt von Mai-Juni hat zum Thema:

Solidarität mit den antirassistischen Massenkämpfen in den USA:

Den Kampf gegen rassistische Polizeigewalt und Nazi-Terror in Deutschland verstärken! Gegen den deutschen Nationalismus und Rassismus ankämpfen!

Nach dem rassistischen Polizei-Mord an George Floyd am 25. Mai 2020 in den USA entwickelten sich dort landesweite antirassistische Massenkämpfe, die bis heute weitergehen. Es gibt Kampfaktionen in allen Bundesstaaten und nahezu allen Großstädten der USA, die Hunderttausende, vielleicht sogar Millionen umfassen. International entwickelt sich eine Solidaritätsbewegung für die antirassistischen Kämpfe in den USA, die vielfach auch den Kampf gegen den staatlichen Rassismus und den Alltagsrassismus im „eigenen" Land führt. Weltweit und auch in Deutschland gab es Solidaritätsaktionen.

Nach dem mörderischen Nazi-Angriff in Halle auf eine jüdische Synagoge am 19. Oktober 2019 gab es noch kaum Proteste in Deutschland ... Nach dem Nazi-Massaker in Hanau am 19. Februar 2019 gab es zwar etliche Protestdemonstrationen ... mit weit unter Hunderttausend. Jetzt wurden in Deutschland Demonstrationen und Protestkundgebungen durchgeführt, die insgesamt weit über 100.000 umfassten. Bei den antirassistischen Protesten in Deutschland ragen Demonstrationen heraus, bei denen Jugendliche, insbesondere vom deutschen Rassismus Bedrohte, in ihren Reden, Parolen und auf Transparenten rassistische Polizeigewalt in Deutschland sowie den Nazi-Terror angreifen.

Bürgerliche Medien, Berliner Politikerinnen und Politiker sowie pseudolinke Kräfte betreiben Manöver, um zu verhindern, dass sich in Deutschland ein schlagkräftiger Kampf gegen den deutschen Nationalismus und Rassismus entwickelt: Die Personalisierung auf Trump, der als „Hauptschuldiger" an den „Zuständen" in den USA präsentiert wird, wird verknüpft mit einer Hetze gegen die angeblichen „Krawalle" der militanten Kämpferinnen und Kämpfer in den USA. Der Rassismus in den USA wird zum Hauptthema gemacht, um vom deutschen Rassismus und Nationalismus abzulenken. Antiamerikanismus wird bei all diesen Manövern eingestreut, um deutschen Nationalismus zu schüren.

Es gilt, den Kampf gegen rassistische Polizeigewalt, Nazi-Terror und gegen den deutschen Nationalismus und Rassismus zu verstärken und mit dem Kampf gegen diese reaktionären Manöver zu verbinden.

Zu den antirassistischen Protesten und Demonstrationen in Deutschland

In Deutschland gibt es seit dem Polizeimord an George Floyd Solidaritätsaktionen für die antirassistischen Kämpfe in den USA.

Am 6. Juni 2020 gab es in vielen Städten große Demonstrationen und Kundgebungen, vor allem von Jugendlichen, die sich nicht mit dem Vorwand der Abwehr des Corona-Virus einschüchtern lassen und Verbote durchbrachen: in München bis zu 25.000, in Köln, Freiburg, Düsseldorf jeweils 10.000, in Hannover, Mannheim, Dortmund, Nürnberg und Dresden zwischen 4.000 und 9.000.

Nachfolgend wird von drei hervorstechenden Demonstrationen berichtet: In Hamburg zwei Demonstrationen mit insgesamt 20.0000 Teilnehmenden, in Berlin eine Demonstration mit 50.000 Teilnehmenden, in Frankfurt(Main) eine kämpferische Demonstration mit bis zu 10.000 Teilnehmenden. Berichtet wird auch von den polizeistaatlichen Repressionen, die bei den Demonstrationen stattfanden.

Personalisierung auf Trump und Hetze gegen militante Kämpfe

Die Methode, politische Probleme zu personalisieren wird als übles Ablenkungsmanöver und groß angelegtes Täuschungsmanöver entlarvt:

Es ist aus unserer Sicht keine Frage, dass die gesamte Riege dieser Politikerinnen und Politiker, ob in den USA oder hier in Deutschland, bei allen ihren Machtbefugnissen dennoch nur so etwas wie der geschäftsführende Ausschuss der dahinterstehenden großen Konzerne sind. Faktisch sind das hoch bezahlte politische Manager, die für das Funktionieren des am Maximalprofit orientierten imperialistischen Systems zuständig sind. Einmal angenommen, die herrschenden Klassen in 20 imperialistischen und reaktionären Staaten hätten etliche ihrer politischen Manager in Spitzenpositionen verloren. Na und? Was würde geschehen außer einem gigantischen Medienrummel? Nach einer kurzen Zeitspanne der Umstrukturierung wäre alles wie früher. Nichts Wesentliches würde sich ändern. Es sind eben schon eine Kette von Revolutionen nötig, um das imperialistische System wirklich zu stürzen.

Und das wissen auch die Herrschenden in Deutschland. Auch deshalb hetzen bürgerliche Politiker und bürgerliche Medien und bezeichnen die gerechten militanten Kämpfe in den USA u. a. als „Krawalle" von „Randalierern", um präventiv jeden Gedanken an militanten Kampf oder gar revolutionäre Gewalt auch schon im Ansatz zu diffamieren.

Gegen die Verharmlosung des deutschen Nationalismus und Rassismus ankämpfen!

Der Rassismus in den USA hat eine lange Tradition und ist ein mörderischer Rassismus. Das ist ganz sicher richtig. Die antirassistischen Kämpfer und Kämpferinnen in den USA wissen das. Etwas anderes ist es, wenn in Deutschland aktuell von bürgerlichen Medien und Politikern der Rassismus in den USA zum Hauptthema gemacht wird, um vom deutschen Rassismus, der Ideologie des „weißen Herrenmenschen" und vom deutschen Nationalismus abzulenken und ihn zu verharmlosen. Es wird z.B. lügnerisch verharmlosend behauptet, in der deutschen Polizei gäbe es keinen „strukturellen Rassismus" wie in der US-Polizei.

Ein Blick in die Geschichte zeigt, dass der deutsche Rassismus, die Ideologie des „weißen Herrenmenschen"-Rassismus eine lange mörderische Tradition in Deutschland hat.

Auch in Deutschland entwickelte sich ein kolonialistisch begründeter Rassismus – in Verbindung mit dem allgemeinen kolonialistisch-europäischen Rassismus. Es ging konkret um die Rechtfertigung der kolonialistischen Verbrechen gegen China (1900) und in den vom deutschen Imperialismus kolonialisierten Gebieten in Afrika. Es entstand die Parole von der „gelben Gefahr" und das tausendfach propagierte Bild von der Gefahr des „schwarzen Manns".

Wer in Deutschland gegen Nationalismus und Rassismus kämpft, dem muss auch klar sein, dass der vom Nazifaschismus systematische, staatlich organisierte und industriell durchgeführte Genozid an der jüdischen Bevölkerung und den Sinti und Roma, bei dem bis zu 6 Millionen Juden und Jüdinnen sowie bis zu 500.000 Sinti und Roma in ganz Europa ermordet wurden, ideologisch mit dem deutschen Nationalismus und Rassismus untrennbar verbunden war!

Die Ideologie des „weißen Herrenmenschen" ist der eigentliche Kontrast zu allen anderen Menschen auf der Welt. Hinzukommt eine pseudowissenschaftliche biologistische Rassentheorie als Rechtfertigung einer Hierarchie angeblicher menschlicher Rassen mit der sogenannten „weißen Rasse" an der Spitze. Durch ein Geflecht von Verdächtigungen, Vermutungen und Behauptungen versuchen die Rassisten plausibel zu machen, dass die Hautfarbe, die Schädelform und ähnliche körperliche Merkmale irgendeine Rolle spielen. Das ist völlig absurd. Entscheidend aber ist, dass es sich um ein vom Kindergarten an andressiertes Bild vom „weißen Herrenmenschen" handelt. Dieses hat in Kinderbüchern, in Comics und in der Literatur millionenfache Verbreitung gefunden und wurde so fest verankert. In der Werbung, in „Witzen" und mit Alltagssprüchen werden tagtäglich Menschen mit „nichtweißer" Hautfarbe beleidigt und gedemütigt. Auf der Straße, in der Schule, im Betrieb …, überall ist dieser Rassismus allgegenwärtig.

Die „nichtweiße" Hautfarbe bietet dabei ein besonderes deutlich sichtbares äußeres Merkmal für brutalisierte, an den eigenen Ausbeutern und Unterdrückern klebende rassistisch verhetzte Massen.

Anders formuliert: Wäre da nicht der geschichtliche Hintergrund des europäisch-chauvinistischen Kolonialismus und seiner spezifisch deutschen Ausformung, wäre da nicht die aktuell sichtbare, jederzeitige Abrufbarkeit tiefsitzender rassistischer Stereotype, könnte der „weiße" Rassismus eigentlich als der allerprimitivste Aberglauben abgetan und ignoriert werden.

Seit der Einverleibung der DDR 1990 verschärfte sich dieser Rassismus, vor allem durch Nazigruppen, die Pogrome organisierten und Morde vor allem an Menschen aus Angola und Mozambique begingen. Seitdem reißen Überfälle, Mordversuche und Morde durch Nazis nicht mehr ab.

Seitens des deutschen Staatsapparats manifestiert sich die deutsche „Herrenmenschen"-Mentalität vor allem auch in der alltäglichen Gängelei, Diskriminierung und Beschimpfung von Menschen mit „nichtweißer" Hautfarbe durch rassistische Beamte auf Ämtern und Behörden, durch Polizisten, Richter und Staatsanwälte. Menschen mit „nichtweißer" Hautfarbe sind häufig Opfer von rassistischen Verdächtigungen, Beschimpfungen, Misshandlungen und Übergriffen, ja Erschießungen durch die Polizei. Dies geht bis zur Tötung in „Polizeigewahrsam".

Nach neuesten Recherchen der antirassistischen Gruppe „Death in custody" wurden von

der deutschen Polizei 1990-2020 mindestens 159 Menschen mit „nichtweißer" Hautfarbe getötet!

Die bekannt gewordenen Nazi-Netzwerke in der Polizei, wie z. B. NSU 2.0, die rassistischen Ermittlungen von Polizei und Justiz im Zusammenhang mit den NSU-Morden, wo Opfer zu Tätern gemacht wurden, alles das zeigt, dass in der deutschen Polizei und Justiz nazistische, rassistische und deutsch-nationalistische Ideologie weit verbreitet ist.

Innerhalb der Polizei gibt es einen strukturellen Rassismus. Das zeigen rassistische Grenzkontrollen, die vor Jahren noch alltäglich waren, aber immer noch systematisch und seit ein paar Monaten wieder massenhaft durchgeführt werden. Das zeigt überhaupt das in der ganzen deutschen Polizei verbreitete „Racial Profiling". Das sind Polizeikontrollen in den Städten und Dörfern, die nach rassistischen Kriterien (Hautfarbe, Haarfarbe …) durchgeführt werden.

Antiamerikanismus und deutscher Nationalismus

Der Antiamerikanismus in Deutschland ist eng verknüpft mit dem deutschen Nationalismus. Durch die Verschärfung der zwischenimperialistischen Widersprüche, konkret auch der Widersprüche zwischen dem deutschen Imperialismus und dem USA-Imperialismus, profilieren sich Politikerinnen und Politiker aller Berliner Parteien des deutschen Imperialismus in einer Front mit Sprüchen gegen die USA und Donald Trump. Bürgerliche Medien reihen sich ein und forcieren diesen Antiamerikanismus weiter. Das ist auch aktuell im Zusammenhang mit den antirassistischen Kämpfen in den USA der Fall.

Der deutsche Nationalismus feiert sich auch jetzt wieder als angeblich fortschrittliche Kraft. Es geht darum, innerhalb der EU und weltweit gegen andere imperialistische Großmächte, aktuell insbesondere gegen den USA-Imperialismus, eine große Propagandaoffensive zu starten. Deren Ziel ist es, weite Teile der Bevölkerung verstärkt mit dem Gift des Nationalismus zu bearbeiten und sie in das Schlepptau der deutschen imperialistischen Politik zu nehmen.

Antiamerikanismus ist heute auch ein Kernstück jener pseudolinken Kräfte, die gegen die USA wettern. Das tun sie, um die Politik des deutschen Imperialismus zu propagieren, zu unterstützen und ihn damit in seinem Kampf gegen einen imperialistischen Rivalen zu stärken. Ins Gewand einer „Opposition" gegen den USA-Imperialismus gehüllt nutzen sie auch die aktuellen antirassistischen Kämpfe, um die Sache des deutschen Imperialismus und des deutschen Nationalismus zu vertreten. Mit diesen Kräften kann und darf es nicht die geringste Zusammenarbeit geben.

***

Die begeisternden antirassistischen Kämpfe in den USA waren entscheidend für die Entstehung von Protesten und Demonstrationen in vielen Ländern weltweit und auch in Deutschland.

Solidarität mit den antirassistischen Kämpfen in den USA bedeutet in Deutschland, vor allem die Kämpfe gegen das ganze System des Rassismus in der deutschen Polizei, gegen den deutschen Nationalismus und Rassismus insgesamt voranzutreiben. Es geht darum, dass kommunistische Kräfte über die Zusammenhänge zwischen deutschem Nationalismus und Rassismus, Kapitalismus und Imperialismus aufklären. Es geht darum, weitergehend die Möglichkeit und Notwendigkeit der Zerschlagung des kapitalistisch-imperialistischen Staats und seiner Polizei, der Zerschlagung des ganzen kapitalistischen Systems aufzuzeigen und zu erläutern. Denn nur auf diesem Weg kann eine neue Gesellschaft ohne Ausbeutung, ohne Unterdrückung und ohne Nationalismus und Rassismus überhaupt aufgebaut werden!

Das Flugblatt hat 8 A4-Seiten und enthält die weiteren Beiträge:

- Zur Geschichte des „weißen Herrenmenschen"-Rassismus in Deutschland

- ***Flugblatt** der Gruppe „Studis gegen rechte Hetze":*
  Rassistische Polizeigewalt auch in Deutschland - No Justice No Peace
  (Zu den Nazi-Morden an Menschen mit „nichtweißer" Hautfarbe seit 1990 in Deutschland und zur aktuellen Situation in den USA)

- Nazi-Morde an Menschen mit „nichtweißer" Hautfarbe seit 1990 *(in Deutschland)*

- Zum Zusammenhang von deutscher „Herrenmenschen"-Ideologie, deutschem Nationalismus und deutschem Rassismus

- ***Plakat** der Initiative „Break the Silence":*
  Kein struktureller Rassismus in der deutschen Polizei? 14 Jahre lang systematische Vertuschung des Mords an Oury Jalloh durch deutsche Polizisten!

- ***4-seitige Beilage** (Stand: 9.6.2020):*
  Rassistischer Mord an George Floyd durch die US-Polizei am 25.5.2020: **Solidarität mit den antirassistischen Massenkämpfen in den USA!**
  In der Beilage wird berichtet, wie sich in den USA trotz dem brutalen Einsatz der Nationalgarde und der US-Armee, trotz Hetze, Spaltung und Abwiegelei massenhafte antirassistische Kämpfe über das gesamte Land ausbreiten.
  Ein weiterer Abschnitt berichtet von den antirassistischen Protesten und Demonstrationen gegen die Ermordung von George Floyd weltweit.
  Die Beilage enthält den zusätzlichen Beitrag:
  - Antirassistische Aufstände und der Kampf der Black Panther-Party in den 1960er Jahren

---

Das Flugblatt Juli-August hat zum Thema:

Den deutschen Imperialismus und seine Verbrechen in afrikanischen Ländern bekämpfen!

Nach zwei verlorenen Weltkriegen geriet der deutsche Imperialismus in Hinblick auf die Ausbeutung und Unterdrückung in afrikanischen Ländern deutlich gegen andere imperialistische Großmächte ins Hintertreffen. England, Frankreich, die USA selbst China dominieren heute die meisten Staaten Afrikas! Der sich verfestigende Neokolonialismus in diesen Staaten Afrikas nach Ende des juristisch verankerten Kolonialismus fordert den deutschen Imperialismus heraus, sich gegen die imperialistische Konkurrenz bei der neokolonialen Ausbeutung der Masse der Bevölkerung der – sehr unterschiedlichen – Länder Afrikas als zu spät gekommenen Imperialismus wieder verstärkt in Szene zu setzen.

Das Flugblatt beginnt mit den beiden Abschnitten ***Afrika und der Revanchismus des deutschen Imperialismus*** *sowie* ***Die besonderen Verhältnisse in den unterschiedlichen Ländern in Afrika.***

Der folgende Abschnitt I. hat die Überschrift ***Ausbeutung und Ausplünderung durch den deutschen Imperialismus in afrikanischen Ländern.***

In einem ersten Teil ***Ausbeutung in der industriellen Produktion*** *wird die Situation an den Beispielen der Automobilproduktion in Südafrika und dem Aufbau einer gigantischen Textilindustrie in Äthiopien geschildert.*

In einem zweiten Teil ***Ausbeutung und Ausplünderung beim Rohstoffabbau*** *wird die Situation anhand der Beispiele Platin-Förderung in Südafrika, Kobalt und Coltan-Abbau im Kongo, Kakaoanbau in Ghana und Côte d'Ivoire, Landraub für Kaffeeanbau (durch den Hamburger Neumann Kaffee-Konzern), Verarbeitung von Nordseekrabben in Marokko sowie Ruinierung von Millionen Kleinproduzierenden durch hochsubventionierte Agrarexporte beschrieben.*

Ein dritter Teil behandelt das Thema ***Afrikanische Länder als Müllkippe für Giftmüll.***

Der Abschnitt I. endet mit dem vierten Teil ***Zunehmender Widerstand und Kampf der ausgebeuteten und unterdrückten Massen, voran der proletarischen Klasse".***

Der nächste Abschnitt II. hat die Überschrift ***Die Politik des deutschen Imperialismus zur Absicherung der verschärften Ausbeutung, Kriegstreiberei.***

Dies wird an folgenden Beispielen der Politik des deuschen Imperialismus beschrieben:

Die Heuchelei und die Phrase vom ***„Marshallplan für Afrika", Waffenexporte, Polizei- und Militärhilfen*** *an den Beispielen Ägypten und Algerien, das* ***Ausnutzen und Schüren von Konflikten*** *am Beispiel der Abspaltung Südsudans und am Beispiel Libyens, wo der deutsche Imperialismus als sogenannter ‚Vermittler' auftritt, sowie die* ***Einsätze der Bundeswehr*** *in Somalia und Djibouti zur Sicherung der „Handelswege" durch den Einsatz der Deutschen Flotte und* ***Stationierung von Soldaten,*** *oder im Kongo, wo 780 Bundeswehrsoldaten zur „Konfliktschlichtung" eingesetzt wurden.*

Der Abschnitt I. endet mit dem Teil ***Mali – Pilotprojekt der deutschen Imperialisten für den weiteren Vorstoß in afrikanische Länder".***

Der letzte Abschnitt III. des Flugblatts lautet ***Der Flüchtling als Feind – Das mörderische System zur Abwehr von Flüchtenden.***

Das Flugblatt endet mit dem Aufruf:

Unser Kampf zur Unterstützung der kämpfenden Teile des Proletariats und der unterdrückten Bevölkerung in den verschiedenen afrikanischen Staaten, unser Kampf für die Unterstützung aller, die helfen, den deutschen Imperialismus zu entlarven, seine Verbrechen aufzudecken und anzuprangern, unser Kampf hier in Deutschland gegen deutschen Nationalismus und deutschen Rassismus ist noch viel zu schwach. Er muss auf allen Ebenen aktuell und langfristig verstärkt werden.

Besondere Anstrengungen müssen gerade dann unternommen werden, wenn es soziale Kämpfe, demokratische Kämpfe, ja revolutionäre Kämpfe in anderen Ländern gibt, die sich auch gegen den deutschen Imperialismus richten. Diese Kämpfe solidarisch zu unterstützen mit all den Mitteln, die Lenin so detailliert beschrieben hat (nicht nur Geld und Bücher), durch persönliche Kontakte in beide Richtungen, gemeinsame Aktionen und alles, was dazu dient, diese kämpferische, internationalistische Solidarität zu stärken, ist unbedingt notwendig.

Das Flugblatt hat 12 A4-Seiten und enthält die weiteren Beiträge:

- Kämpfe der proletarischen Klasse in Südafrika
- Zum Zusammenhang zwischen deutschem Revanchismus, deutschem Militarismus und deutschem Imperialismus

- Die Verherrlichung des Nazi-Generals Rommel als „fairer" und „ritterlicher" Befehlshaber der Nazi-Wehrmacht in Afrika
- Wie in rassistischer Manier das Bevölkerungswachstum in afrikanischen Ländern für die gesellschaftlichen Probleme verantwortlich gemacht wird
- Deutsche Herrenmenschen-Ideologie und Afrika
- Rassistische Experimente von Robert Koch an Menschen in deutschen Kolonien

- ***4-seitige Beilage:***

Mörderische deutsche Kolonialpolitik in Afrika bis zum Genozid und Kampf gegen den Kolonialrassismus und die Ideologie des „weißen Herrenmenschen"

Die Beilage enthält die Abschnitte:

- Genozid an den Herero und Nama ab 1904
- Massaker und Vernichtungsfeldzüge in den deutschen Kolonien „Togo", „Kamerun" und „Deutsch-Ostafrika"
- Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht bekämpfen die deutschen Kolonialverbrechen in Afrika
- Kampf gegen den Kolonialrassismus und die Ideologie des „weißen Herrenmenschen"

Das Flugblatt September hat zum Thema:

Solidarität mit den Protesten gegen den reaktionären Staatsapparat und Polizeigewalt in Israel!

Seit Anfang Juli demonstrieren in Israel in vielen Städten täglich insgesamt mehrere tausend Menschen. Das Zentrum der Proteste ist Jerusalem. Dort protestieren jedes Wochenende ca. 10.000, überwiegend sehr junge Menschen gegen Reaktion und die brutale Polizeigewalt gegen die Demonstrierenden. Die Proteste sind spontan entstanden und es nehmen an ihnen Menschen aus allen Gesellschaftsschichten Israels teil, darunter auch viele äthiopische Jüdinnen und Juden, Araberinnen und Araber.

Forderungen der Demonstrierenden

Die Proteste richten sich gegen die Einschränkung und Außerkraftsetzung demokratischer Rechte durch die reaktionäre israelische Regierung unter dem Vorwand von Corona. Unter der reaktionären Regierung unter Netanjahu wurde ein sogenanntes Corona-Gesetz erlassen. Dieses Gesetz räumt der Regierung weitgehende Befugnisse ein und erlaubt z.B. für 28 Tage den Ausnahmezustand auszurufen und zwar ohne Zustimmung des Parlaments. Das Gesetz war erst vorläufig am 7. Juli in Kraft getreten und endgültig am 10. August 2020. Es ist nun bis zum 30.6.2021 gültig.

Die reaktionäre israelische Regierung beschloss erneut eine landesweite Ausgangssperre, die am 18.9.2020 in Kraft treten soll. Alle Einwohnerinnen und Einwohner dürfen sich nur noch in einem Radius von 500 Meter rund um ihren Wohnort frei bewegen, dürfen aber weiterhin z.B. zur Arbeit fahren. Versammlungen in Innenräumen werden auf zehn Personen beschränkt. Draußen dürfen sich maximal zwanzig Personen versammeln. Diese Ausgangssperre dient auch dazu, die aktuellen Proteste zu zerschlagen.

Die Regierung hat neben der Verhängung des Ausnahmezustands weitgehende Maßnahmen zur „Coronabekämpfung" erlassen. Das Parlament hatte nur die Möglichkeit, sie nachträglich aufzuheben. Unter dem Druck der täglich stattfindenden Demonstrationen wurde dieser Passus im Gesetz nun abgemildert. Außerdem haben die massenhaften Proteste erreicht, dass ein Demonstrationsverbot in dem Gesetz nicht durchgesetzt werden konnte. Bereits zu Beginn der Krise begann der Geheimdienst in Israel Bewegungsdaten wie Mobiltelefon-Verbindungen und Kreditkarten zu überwachen.

Die Proteste richten sich außerdem gegen die zunehmende Verarmung weiter Teile der Bevölkerung in Israel. Viele haben ihre Arbeit verloren. Viele haben inzwischen nicht mehr genug finanzielle Mittel, sich ausreichend Lebensmittel zu kaufen. Seit März/April 2020 sind eine Millionen Menschen erwerbslos geworden. Erwerbslosengeld gibt es nur für die Dauer von sechs Monaten. Die Erwerbslosigkeit ist extrem angestiegen und liegt aktuell bei 21 Prozent.

Die Proteste richten sich inzwischen außerdem gegen die brutale Polizeigewalt, die gegen die Demonstrierenden eingesetzt wird, und teilweise auch gegen die Besatzungspolitik in palästinensischen Gebieten. Es kommt tagtäglich zu brutalen Übergriffen der Polizei auf die Demonstrierenden.

Ein weiterer Punkt sind Rücktrittsforderungen gegenüber Netanjahu. Gegen ihn laufen drei Strafverfahren wegen Korruption.

Mehrere Tausend demonstrieren Woche für Woche auch militant! Polizei und reaktionäre Schlägerbanden gehen mit brutaler Gewalt gegen die Protestierenden vor!

Zunächst werden in diesem Abschnitt verschiedene Aktionen der Demonstrierenden aufgezählt:

Straßenkreuzungen und Brücken werden besetzt, Blocken errichtet, Mülltonnen werden angezündet, Scheiben von Banken gehen zu Bruch, der öffentliche Nahverkehr wird lahmgelegt. In Jerusalem ziehen Demonstrierende vor den Wohnsitz Netanjahus. In Tel Aviv demonstrieren über 10.000 Menschen gegen die Finanzpolitik der Regierung. Aus Protest gegen das sogenannte Corona-Gesetz ketten sich Demonstranten vor dem Parlament an.

Dann wird von den Aktionen gegen die Protestierenden berichtet:

Die Polizei setzt regelmäßig Tränengas und Wasserwerfer gegen Demonstrierende ein und nimmt Verhaftungen vor. Bei den Verhaftungen wendet die Polizei einen Würgegriff an.

Ende Juli schlossen sich Frauen zusammen und bildeten nach dem Vorbild der „Black-Lives-Matter"-Proteste in den USA einen „Wall of Moms". Sie stellen sich als Puffer zwischen die überwiegend jungen Demonstrierenden und die Wasserwerfer der Polizei vor dem Wohnhaus von Netanjahu in Jerusalem. Sie mischen sich bei Verhaftungen von Demonstrierenden ein. Ihre WhatsApp-Gruppe hatte in kürzester Zeit 1.000 Mitglieder. In Israel gibt es bereits eine Tradition für sogenannte „Mütterproteste". In der Antikriegsprotestbewegung gründeten vier Frauen 1997 eine Bewegung mit dem Ziel, dass Israel sich aus dem südlichen Libanon zurückzieht. Sie unterstützten in erster Linie junge Soldaten und Soldatinnen der israelischen Armee, die gegen Maßnahmen der Armee und der Regierung protestierten. Es gibt außerdem die Bewegung „Mothers on Guard", gegründet von einer äthiopischen Aktivistin, die sich gegen rassistische Übergriffe der israelischen Polizei gegen Menschen mit „nicht-weißer" Hautfarbe richtet.

Neben der Polizeigewalt sind die Protestierenden der brutalen Gewalt von reaktionären Schlägerbanden ausgesetzt, die als verlängerter Arm der Polizei fungieren. Eine Demonstrantin bezeichnete die Banden als Söldner der Polizei. Sie verfolgen die Protestierenden nach Ende der Demonstrationen und greifen sie mit Baseballschlägern, abgebrochenen Glasflaschen und Tränengas an. Teilweise tarnen sich die Schläger als Protestierende mit schwarzen Flaggen und setzen diese dann als Waffen gegen die fortschrittlichen Kräfte ein. Die Polizei weigerte sich einzugreifen, und den Schlägern gelang es, mehrere Male unerkannt zu entkommen. Diese reaktionären Schlägertrupps verfolgen die Demonstrierenden üblicherweise in den Abendstunden und in der Nacht. Sie machen Jagd auf Menschen, die in ihren Augen wie Linke aussehen. Einen 50 jährigen Mann schlugen sie nieder, weil sie dachten, er hätte eine Palästinenserfahne bei sich. Einen anderen Demonstrierenden haben sie mit einem Messer niedergestochen. Hieran ist maßgeblich die Gruppe „La Familia" des Jerusalemer Fußballclubs Beitar Jerusalem beteiligt. Diese Gruppe ist bekannt für rassistische Anschläge und Waffenbesitz. Einige ihrer Anhänger hatten bereits Anklagen wegen verübter Morde. Es gab mindestens eine Verurteilung. Nach der Verurteilung eines Mitglieds wegen der Ermordung eines bereits entwaffneten palästinensischen Attentäters bedrohte die Gruppe den zuständigen Richter. In der Stadt Rehovot fuhren Reaktionäre mit einem Auto in die Demonstration, warfen Flaschen und bedrohten Demonstrierende.

In den sozialen Medien rufen Netanjahu-Anhänger, darunter auch der Sohn von Netanjahu auf, Jagd auf die Protestierenden zu machen. Dies wird von der Weisung des Ministers für öffentliche Sicherheit flankiert, der die Polizei auffordert, die Demonstrationen zu unterbinden und aggressiv gegen die Demonstrierenden vorzugehen.

Solidarität mit den gerechten Kämpfen in Israel!

Die massenhaften Proteste in Israel finden kaum Beachtung in der sich als links verstehenden Presse in Deutschland.

Proletarischer Internationalismus bedeutet, die gerechten Kämpfe der fortschrittlichen Kräfte in Israel, die vom reaktionären israelischen Staatsapparat unterdrückt werden, zu unterstützen!

(Alle Informationen aus Haaretz.com und labournet.de)

Stand: 15.9.2020

Kontakt:

***E-mail:** gegendstroemung@web.de*

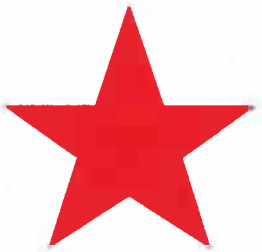
*(*Die Geheimdienste aller Länder nicht unterschätzen!)*

Drucker, Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: W. Schulze, Osnabrücker Straße 26, 10589 Berlin

https://gegendiestroemung.net *Die Nutzung unserer Homepage sollte gut überlegt erfolgen, da jeder Zugriff staatlich registriert wird*

Proletarierinnen/Proletarier aller Länder, vereinigt euch!

Bulletin 3/20-1/21



Zur Information der revolutionären marxistisch-leninistischen Kräfte aller Länder

Auszüge und Zusammenfassungen aus den Publikationen von „Gegen die Strömung" – Organ für den Aufbau der Revolutionären Kommunistischen Partei Deutschlands:

Oktober 2020 - März 2021

Das Flugblatt von Oktober-November hat zum Thema:

Grundpositionen zur aktuellen Lage:

Verschärfung polizeistaatlicher Maßnahmen unter dem Vorwand von Corona und die Notwendigkeit der verstärkten Solidarität

In den letzten Wochen wurde immer deutlicher, dass die geschaffene Ausnahmesituation sowohl zu einer Verstärkung polizeistaatlicher Maßnahmen als auch zum Vormarsch der Nazibewegung diente. Gleichzeitig soll die Gleichsetzung von links mit rechts Solidarität und Aktionen der Linken verhindern. Dagegen ging die Demonstration am 5. Dezember 2020 in Hamburg mit über 3000 Demonstrierenden aus Solidarität mit den von der Justiz verfolgten Aktivistinnen und Aktivisten der Kämpfe gegen den G20-Gipfel in Hamburg 2017 genau in die richtige Richtung.

Ausgangssperren

Beginnen wir mit der deutlichen Vorbereitung auf polizeiliche Ausgangssperren und deren Durchführung in einzelnen Städten.

In allen reaktionären Staaten der Welt wird in einer Atmosphäre des Ausnahmezustands getestet und abgeklärt, was als Repressionsmittel gegen die Masse der Bevölkerung an Verschärfung in Gesetzen und in der Praxis durchgesetzt werden kann.

In den Innenministerien und den Zentralen der Aufstandsbekämpfung ist eines klar: Bei zunehmenden Massenbewegungen, Protesten und militanten Aktionen, die nicht nur zehntausende, sondern hunderttausende Menschen umfassen, ist die Verhängung einer Ausgangssperre ein wichtiges Mittel unterhalb der Ebene von Massenerschießungen und Militäreinsätzen.

Die Geschichte der Konterrevolution in allen Ländern ist voll von Anwendungen dieser Repressionsmaßnahme. ...

In Mannheim, Ludwigshafen und Heilbronn wurden schon nächtliche Ausgangssperren (21 Uhr bis 5 Uhr morgens) verhängt. Weitere Ausgangssperren werden bundesweit konkret geplant und öffentlich angedroht. ...

Die Ereignisse in Frankreich sind lehrreich. Ebenfalls unter dem Vorwand von Corona wird dort der berechtigte Massenprotest von Hunderttausenden gegen ein neues Gesetz, das die Berichterstattung über Verbrechen der Polizei verhindern soll, niedergeknüppelt.

Es folgt ein kurzer Abschnitt mit der Überschrift ***„Die schleichende Gewöhnung an den Einsatz der Bundeswehr"***

Der Vormarsch der Nazis in den rekationären Massenbewegungen

Es ist leider unstrittig, dass eine mit reaktionären Grundeinstellungen und von Nazis infiltrierte und geführte Massenbewegung auf den Straßen entstanden ist, eine der größten reaktionären Massenbewegungen nach 1945.

Nur dumm ist der Einwand, es handele sich doch um „besorgte Bürger". Bewusst wird dabei übergangen, dass ein sogenannter „besorgter Bürger" nicht mit Nazis gemeinsam demonstriert. Der Trick der Nazi-Propaganda ist uralt. Ausgerechnet die Nazis spielen sich als Verteidiger demokratischer

Grundrechte auf und bezeichnen sich als Sophie Scholl. Das ist ein lügnerischer Vorwand. Zusätzlich wird sowohl durch den Jargon als auch durch die Einbeziehung einzelner ehemaliger Linker mit einer Imitation linker Protestbewegung gearbeitet. Das stiftet zusätzlich Verwirrung. Es wäre schön, wenn auch aktuell nicht realistisch, wenn einmal eine Million „besorgter Bürger" diesem Nazi-Pack eine gehörige Lehre erteilt, so dass ihnen Hören und Sehen vergeht, und gleichzeitig die polizeistaatliche Politik in Deutschland bekämpft. Das muss unser Ziel sein.

Die Gleichsetzung von Links und Rechts

Es verschärft sich, was von der Weimarer Republik bis in die BRD bis heute schon immer Staatsdoktrin war: die eherne Mitte kämpft angeblich genauso gegen links wie gegen rechts, „gegen Links- und Rechtsextremismus", sowohl gegen Kommunistinnen und Kommunisten als auch gegen Nazis. Angeblich soll es dasselbe sein, ob jemand sich für Flüchtlinge einsetzt oder gegen sie, für den Kapitalismus oder gegen den Kapitalismus, für internationale Solidarität oder für deutschen Nationalismus. Das ist nicht nur Staatsideologie. In der Praxis heißt es dann auf zur Hatz gegen Antifa und Co! Ein bisschen Wasserwerfer gegen rechts, „Wasserwerfer marsch!", Knüppel- und CS-Gas Einsatz in Leipzig-Connewitz gegen links. Ein paar Hausdurchsuchungen gegen rechts, Attacken gegen mehrere linke Zentren gegen links. Alles unter dem Vorwand, links sei dasselbe wie rechts.

Solidarität mit den von Repression betroffenen Genossinnen und Genossen, die 2017 gegen den G-20-Gipfel kämpften

... Tatsächlich startete sofort nach den Protesten gegen den G20 im Juli 2017 die seit vielen Jahren größte Verfolgungswelle gegen linken Protest und Widerstand. Es gab Dutzende von Durchsuchungen von Wohnungen und linken Zentren, auch in Italien, Spanien, Frankreich und der Schweiz. 3.500 Ermittlungsverfahren wurden eingeleitet. In über 2.400 Fällen wurden Verfahren eröffnet, wobei es in der Mehrzahl der Fälle nicht gelang, einen Verdächtigen zu identifizieren. Gleich mehrmals wurde von Staatsanwaltschaft und Polizei öffentlich zu Denunziationen aufgerufen.

451 Menschen wurden seit Juli 2017 in über 200 Prozessen angeklagt. Keine einzige Anklage gab es gegen Polizisten, die – viele Male klar dokumentiert – brutal Demonstrierende zusammenprügelten, ihnen die Knochen brachen und andere schwere Verletzungen beifügten mit oft bleibenden Gesundheitsschäden.

Mehrere Verdächtigte mussten monatelang, einer sogar 16 Monate, in Untersuchungshaft sitzen. Die verhängten Urteile zeigen, dass es vor allem darum geht, den militanten Widerstand und Protest gegen den G20-Gipfel mit aller Härte zu bestrafen. So wurde schon Ende August 2017 ein Aktivist aus den Niederlanden zu zwei Jahren und sieben Monaten Gefängnis verurteilt, weil er angeblich zwei leere Bierflaschen auf Polizisten geworfen hatte, die unverletzt blieben, und da er bei seiner Verhaftung eine „Embryonalhaltung" eingenommen habe, die als Widerstand gegen seine Festnahme hingestellt wurde. Am 10.7.2020 wurde ein aus Frankreich stammender Angeklagter zu einer Haftstrafe von 3 Jahren ohne Bewährung verurteilt. Neben Gefängnisstrafen ohne Bewährung gab es eine Vielzahl von Verurteilungen von bis zu ein Jahr und fünf Monaten Gefängnis auf Bewährung. Gegen 169 Angeklagte sind die Strafverfahren noch nicht abgeschlossen. Weitere Prozesse werden vorbereitet. Die Verurteilungen in den Prozessen erfolgen immer deutlicher auf der Grundlinie: Der Nachweis konkreter Straftaten ist gar nicht nötig, es genügt „dabei gewesen" zu sein. ...

In einem gemeinsamen Demonstrationsaufruf verschiedener Hamburger Gruppen unter dem Titel „Gemeinschaftlicher Widerstand – Demonstration in Hamburg / Bundesweite Demo am 5. Dezember für Solidarität mit den Betroffenen der G 20 Repression" heißt es:

> „Der Widerstand gegen die G20, gegen die offen zur Schau gestellte Macht dieses untragbaren Gesellschaftssystems, ist Angelegenheit von uns allen: Allen, die sich für eine gesellschaftliche Zukunft einsetzen, die von unten entwickelt wird, von denjenigen, die heute nicht am Drücker der Macht, in den Chefsesseln und Privatjets sitzen. Allen, die sich dafür einsetzen, dass die natürlichen und gesellschaftlichen Reichtümer nicht weiter für den Profit der Wenigen, sondern für das Wohl der Vielen eingesetzt werden ...

Es ist höchste Zeit für ein gemeinsames Signal! Lasst uns Solidarität zeigen und deutlich machen, dass die Straßen der Städte nicht den Staatschefs und ihrer Polizei gehören!"

Aus kommunistischer Sicht ist es dringend notwendig, alle demokratischen, antikapitalistischen Bewegungen und Aktionen mit revolutionärer Orientierung nach Kräften zu unterstützen!

Dezember 2020

Das Flugblatt hat 2 A4-Seiten.

Das Flugblatt Dezember-Januar hat zum Thema:

Im Kampf gegen die staatliche Faschisierung:

Die Haltung zu den Refugees klärt die Lage

Immer krasser wird die Ausnutzung von Maßnahmen gegen Covid 19 durch den Staatsapparat, um zunehmend jeglichen Protest auf der Straße zu unterbinden, den Ausnahmezustand mit Ausgangsperren, Polizeikontrollen und Kontaktverboten durchzuproben. Kurz gesagt alles für eine künftige Bekämpfung von demokratischem und antikapitalistischem Widerstand von unten zu perfektionieren. Es war kein Zufall, dass gerade die Aktion von Seebrücke und anderen am 5. April 2020 in Frankfurt, die sich akribisch an Abstandsregeln und Ähnliches gehalten haben, von der Polizei brutal auseinandergejagt und verboten wurde – was selbst diesem oder jenem Richter zu absurd vorkam. Aber da hat sich etwas eingeschlichen:

Auch in den Reihen jener, die für die Solidarität mit den Refugees sind und für die Solidarität mit den Opfern der Nazianschläge, zuletzt in Hanau, gibt es eine gewisse Lähmung, eine Lähmung in der Diskussion und eine Lähmung in den vorgeschlagenen und durchgeführten Aktionen des Protestes und des Widerstands.

Dafür gibt es zwei nachvollziehbare, aber **nicht akzeptable Gedankengänge**. Es ist schwer zu entscheiden, welcher dieser beiden Gedankengänge gewichtiger ist.

1. Der Nazi-Mob hat das Thema „Einschränkung demokratischer Rechte" durch seine Aktionen okkupiert. Da kann man im Moment nicht viel machen, sonst wird man mit „denen" in einen Topf geworfen.
2. Es gibt wirklich teils berechtigte, teils künstlich erzeugte Angst vor dem Virus. Sich in Hamburg oder sonst wo gegen die Polizei und die Nazis zur Wehr setzen und schlimme Verletzungen zu riskieren ist eine Sache, sich der Gefahr des Virus auszusetzen ist eine andere Sache!

Der zweite Gedankengang ist deswegen besonders schwierig, weil er bei jedem einzelnen in den emotionalen Bereich hineinragt. Wie groß ist das Risiko wirklich, was kann man wissen, was weiß „man"? Das kann nicht einfach „politisch" entschieden werden, auch wenn es einen politischen Rahmen zur Haltung in dieser Frage gibt. Im Einzelnen mag es daher Unterschiede in der Einschätzung geben. Zudem wird auf einmal jede/r zum Experten für den Virus…

Aber eins ist klar: Es gibt eine Grenze! Und die Grenze ist da, wo aus Angst jegliche politische Aktivität und jegliche politische Aktion, ja das Grundprinzip der internationalen Solidarität mit den „Verdammten dieser Erde" aufgegeben wird. Hier geht es insbesondere um die Geflüchteten. Seit 2000 kamen mindestens 35.000 Menschen an der Grenze der Festung Europa zu Tode, zumeist im Mittelmeer vor aller Augen ertrunken, durch bewusste Hilfeverweigerung, selbst nach SOS-Rufen an die Küstenwachen Italiens und Malta, durch Kriminalisierung humanitärer Seenotrettung wie z. B. Seawatch 3 – Massenmord im Mittelmeer als tödlichste Grenze der Welt! Abertausende Refugees werden in ganz Europa in elenden Massenunterkünften zusammengepfercht und dem Virus ausgesetzt. Noch schlimmer geht es denen, die politisch gewollt in Lagern wie Moria unter fürchterlichen Bedingungen festgehalten werden, in Kälte, kaum Nahrung und Medizin, schutzlos dem Virus ausgesetzt, vor allem auch dank des deutschen Imperialismus. Und Tag für Tag gehen die Abschiebungen weiter, nach Afghanistan und anderswo.

Aus Angst vor dem Virus keine Solidarität mehr mit diesen und allen anderen „Verdammten dieser Erde"? Das ist nackter deutscher Chauvinismus von Feiglingen und Opportunisten! Ja, im Rahmen und im Namen der berechtigten Solidarität ist es unumgänglich, auch Risiken einzugehen. Und es gilt gerade auch da gegen die Obrigkeitsgläubigkeit und die tagtägliche Panikmache anzukämpfen.

Ganz im Gegensatz dazu gab es vorbildliche Solidaritätsaktionen für die Refugees durch Seebrücke u.a. in mehreren Städten in ganz Deutschland am 30.1.202. Allein in Berlin demonstrierten ca. 2000 Menschen aus Solidarität mit den Refugees.

Der **erste Gedankengang,** die Angst mit dem Nazi-Mob identifiziert zu werden, lässt sich leichter entkräften. Hier wirkt die Haltung zu den Geflüchteten wie ein Lackmus-Papier:

- **Für die demokratischen Rechte der Refugees!**
- **Refugees sind willkommen, ihr Nazi-Banditen!**
- **Keine demokratischen Rechte für den Nazi-Mob!**

Diese drei einfachen Parolen werden helfen, wie es so heißt, „die Spreu vom Weizen zu trennen"! Dann können auch die Warnungen vor den Notstandsübungen, vor dem Eintrainieren der gegenseitigen Bespitzelung, vor Polizeiwillkür, die Warnung vor der zunehmenden Gesamtüberwachung und unser Kampf gegen die staatliche Faschisierung überhaupt und unsere Aktionen gegen die brutalen Maßnahmen gegenüber den Refugees hier, innerhalb und außerhalb Europas ihren klaren Platz haben. Niemand wird das dann mit dem Nazi-Mob verwechseln!

Aufklärung über den Imperialismus

Es ist nur eine Frage der Zeit, bis die ökonomischen Zustände innerhalb Deutschlands, die massive Zunahme der Erwerbslosigkeit, aber auch massive Ruinierung großer Teile des unteren Mittelstandes, Massenproteste auf den Plan rufen werden. Es wird leider genügend Kräfte geben, die diese Situation zur deutschnationalistischen Hetze nutzen werden. Das ist klar absehbar. Denn gerade wenn es Krisen gibt, versucht die herrschende Klasse, mit der Methode „spalte und herrsche" die Bevölkerung gegeneinander aufzuhetzen. Darauf müssen wir vorbereitet sein. Im kleinen Kreis, bei größeren Veranstaltungen, Versammlungen und Demonstrationen, wenn es sie bei diesen Protesten wieder geben wird, überall wo es möglich ist, kann und muss aufgeklärt werden, wie dieses kapitalistische System im Imperialismus nach innen und nach außen funktioniert: Es geht um die Sicherung der Maximalprofite. Gerade wenn diese einzubrechen drohen, durch verschärfte Ausbeutung gegenzusteuern. Die verschärfte Ausbeutung kann nur garantiert werden wenn es nicht zu einem einheitlichen Klassenkampf kommt, wenn die Menschen in den Betrieben gegeneinander aufgehetzt werden und vor allem, wenn versucht wird, gegen Menschen aus anderen Ländern, insbesondere gegen die Geflüchteten Hass und Wut zu säen.

Dabei ist der Blick auf die weltweite Lage der Kriege und der Refugees ein wesentlicher Anknüpfungspunkt, um über humanistische und demokratische Solidarität hinaus deutlich zu machen, wie dieses imperialistische System weltweit funktioniert: Da ist die Fülle von lokalen Kriegen, die vielen Söldnertruppen, die gegen einzelne Staaten im Interesse anderer reaktionärer Staaten kämpfen (wie z.B. in Syrien), und auf der Welt Angst, Terror und Hunger verbreiten, vergewaltigen und morden. Die imperialistischen Großmächte, darunter gerade auch der deutsche Imperialismus, mischen überall auf der Welt kräftig mit. Sie kämpfen zum Teil mit unterschiedlichen Söldnertruppen direkt gegeneinander wie in Libyen und beteiligen sich an den riesigen Raubgeschäften in den verschiedensten Regionen der Welt. Wie schwer es für die kurdischen Genossinnen und Genossen gegenwärtig auch ist, gerade die kurdischen Kämpferinnen und Kämpfer gehören zu jenen Kräften in der Welt, die nachweislich hart und unerbittlich gegen alle Angriffe auf ihre demokratischen Strukturen und für den Schutz verfolgter Minderheiten eintreten und denen unsere ganz besondere Solidarität gehören muss.

Der Imperialismus als Ganzes, alle reaktionären Staaten, der Kapitalismus überhaupt müssen bekämpft und zerschlagen werden, um diesem weltweiten Elend wirklich ein Ende zu machen. Genau das ist der Punkt, warum es richtig und möglich ist, die Grundideen des Kommunismus zu erklären und zu begründen – und gerade auch davon darf nicht abgelassen werden. Das ist aber schon ein anderes, eigentlich das wichtigste Thema, von dem noch zu reden sein wird.

Das Flugblatt hat 2 A4-Seiten und enthält den weiteren Beitrag:

- Die Heuchelei des deutschen Imperialismus vom angeblichen „Schutz der Schwächsten" in den Alters- und Pflegeheimen

---

Das Flugblatt vom Februar-März hat zum Thema:

Nazi-Netzwerke fest verankert in der Bundeswehr

Es wurde mal wieder bekannt, dass Nazis in der Bundeswehr, die bei den Zeitsoldaten oder dem „Kommando Spezialkräfte" (KSK) Netzwerke gebildet haben, Munition und Waffen entwendet, gehortet und weitergegeben haben. Die Methoden der Vertuschung des Umfangs dieses Nazi-Netzwerks sind sozusagen klassisch: Erst zeigt man

sich empört, dann wird gesagt, es würde ja etwas getan. Dann kommt heraus, dass alles noch viel schlimmer ist. Dann heißt es, dass alles viel komplizierter sei und alles viel schwieriger sei... und es bleibt bei kosmetischen Operationen. Nach einer Weile schläft das Thema ein und wird von anderen Themen abgelöst.

Dabei wirkt auch die Methode der Gewöhnung. Denn es ist schon länger bekannt, dass annähernd 500 Nazis mit Haftbefehl gesucht werden. Es gibt auch schon länger Zahlen über Soldaten und Soldatinnen, die in Nazi-Zusammenhängen eingebunden sind, und es gibt Zahlen und Fakten über Waffenscheine für stadtbekannte Nazis. Es ist bekannt, was an Waffen durch Diebstahl in der Bundeswehr entwendet wurde und eben auch, dass es ein Nazi-Netzwerk in der Bundeswehr gibt. Ob die Zahlen stimmen oder nicht, ist nicht der springende Punkt (sie sind logischerweise viel zu niedrig angesetzt).

Tatsache ist, dass die Frage der Selbstverteidigung, der Notwehr angesichts der bewaffneten Nazis, angesichts der Mordserie des in der Nazi-Szene gut vernetzten NSU, insbesondere auch nach den Nazi-Morden in Hanau, in Halle, dem Mord am CDU-Politiker Lübke, der sich verbal für Flüchtlinge eingesetzt hatte, unausweichlich auf der Tagesordnung steht.

Die Augen nicht verschließen!

Es ist zumindest teilweise verständlich, dass angesichts der hundertfachen Überfälle auf Geflüchtete und vom Nazi-Rassismus bedrohte Menschen überhaupt die Forderung laut wird, dass doch gerade dieser Staat hier gegen die Nazis vorgehen müsste.

Der in Hanau ermordete Roma Vili Viorel Păun verfolgte den Nazi-Mörder und rief den Polizei-Notruf. Es meldet sich keiner und er wurde durch die Windschutzscheibe seines Autos von dem Nazi-Mörder erschossen. Wie sich die Polizei nach den Nazi-Morden in Hanau gegenüber den Familien der Ermordeten benommen hat, wirft ein bezeichnendes Licht auf die Grundeinstellung der bewaffneten Kräfte des Staatsapparats in Deutschland: Ein mutiger Einsatz, ein energisches Vorgehen gegen die Nazis ist eben nicht zu erwarten. Dass hier und da vielleicht ein Nazi als unangenehm und rufschädigend angesehen wird, ändert nichts daran, dass er eben zur „eigenen Familie" gehört, während die „Anderen", die von den Nazis Verfolgten und Bedrohten, ja Ermordeten eben zu denen gehören, die in den Augen der bewaffneten Kräfte des Staatsapparats nicht dazugehören.

Es zeigt sich deutlich – und davor darf niemand die Augen verschließen, der von Nazis bedroht wird und/oder gegen die Nazis ankämpft, dass jede Illusion in eine verlässliche Hilfe durch diese Polizei, durch diesen Staatsapparat eine Illusion ist. Um es drastisch zusammenzufassen: In Halle hat nicht die Polizei die Mitglieder der jüdischen Gemeinde vor der Ermordung geschützt, sondern es war die stabile Tür!

Dreierlei Probleme

Erstens gibt es die mehr oder minder offenen militanten Nazis in Bundeswehr und Polizei, die mit den Nazis außerhalb dieser Institutionen zusammenarbeiten, Informationen weitergeben, gute Kontakte zu bestimmten Staatsanwälten, Richtern und anderen Ermittlungsbehörden haben und höchstens für das Image der BRD international als Problem angesehen werden.

Es gibt zweitens eine andere Gruppe von Menschen in Polizei und Bundeswehr, die ideologisch und über allerlei Fäden mit dieser ersten Gruppe der Nazis verbunden ist, die sie schützen und alles vertuschen, insbesondere auch gegen Journalistinnen und Journalisten, die aufklärerisch demokratisch tätig sind. So wird eine Art eiserne Mauer errichtet. Der gemeinsame Ausruf „Wir sind doch keine Kameradenschweine", die sogenannte Loyalität, der militaristische Korpsgeist, ist das Bindemittel, das zur Stärke der Nazis in sehr großem Maße beiträgt.

Das dritte Problem sind diejenigen, die all das zwingend mitbekommen, aber Angst vor den Repressionen haben, die sie treffen würde, wenn sie sowohl die Nazis als auch die Vertuschung der Nazis öffentlich anprangern würden. Erfahrung in dieser Hinsicht gibt es genug.

Es ist eine Illusion zu glauben, dass durch eine Umstrukturierung von Bundeswehreinheiten, eine Veränderung der Aufsicht und was alles momentan noch durch die Medien geistert sich irgendetwas ändern würde. Das beginnt schon bei der Frage, welche charakterlichen Eigenschaften eigentlich ein Mensch besitzt, der sich freiwillig zur Bundeswehr meldet mit der klaren Option, in anderen Ländern in den bewaffneten Kampf geschickt zu werden, wo er einfach nichts zu suchen hat. Und

wer in die Polizei eintritt, weiß genau, dass er dazu eingesetzt werden kann, Flüchtlinge zu verhaften und bei der Abschiebung behilflich zu sein. Sollte er wirklich Illusionen gehabt haben, müsste die Praxis ihn spätestens nach einigen Monaten eines Besseren belehrt haben.

Kurz, durch die gesamten strukturell rassistischen und militaristischen Strukturen des Staatsapparats ist keine grundlegende Änderung zu erwarten. Das weiß im Grunde jeder fortschrittlich-demokratisch denkende Mensch.

Es folgt ein kurzer Abschnitt mit der Überschrift ***„Druck durch Öffentlichkeit erhöhen".***

Kämpfen, Selbstverteidigung und Notwehr

Für die von den Nazis bedrohten, vom Staatsapparat bedrohten Menschen gibt es nur den Weg des Zusammenschlusses mit allen demokratisch-revolutionären Kräften überhaupt, um sich gegen Repression zu wehren, Ermordungen zu verhindern und Abschiebungen so weit, wie es geht, unmöglich zu machen. Es kommt darauf an, daran zu arbeiten und vorzubereiten, dass nicht nur 1.000 oder 10.000, sondern Hunderttausende im Kampf gegen die sich ausbreitenden bewaffneten Nazikräfte innerhalb und außerhalb staatlicher Institutionen auf die Straße gehen und kämpfen. In diesen Kämpfen gilt es, auch gegen den Nationalismus in den eigenen Reihen vorzugehen, eng und solidarisch zusammenzuarbeiten, sich gegenseitig zu schützen und nicht zuzulassen, dass die Politik des „Teile und herrsche" funktioniert.

Es geht um mehr

Beim Nachdenken darüber, woher diese Ausdehnung der Nazi-Bewegung kommt und welche Funktion sie hat, warum der kapitalistische Staat und die kapitalistische Gesellschaft ganz offensichtlich kein Interesse daran haben, die Nazi-Bewegung zu beseitigen, wird klar: Die Mischung aus Terrorisierung und Verhetzung ist ein wichtiges Mittel, um zu verhindern, dass sich überhaupt Widerstand, Streiks und militante Massendemonstrationen entwickeln. Denn es gilt aus Sicht der herrschenden Klasse angesichts drohender Krisen das System zu schützen, das all dies ermöglicht: das ganze Elend dieser Welt und die Verschärfung der politischen, sozialen und ökonomischen Lage innerhalb Deutschlands.

All das ist keine Frage von Jahren, sondern von Jahrzehnten, aber es ist die entscheidende Frage: Der deutsche Imperialismus, das kapitalistische System insgesamt sind das eigentliche Problem. Es geht um ein System, das sich am Maximalprofit orientiert und keinerlei Rücksichten auf demokratische und humanistische Traditionen nimmt, wenn es den Machtinteressen der herrschenden Klasse dient. Das ist das Problem. Und das wird realistisch gesehen über Jahrzehnte das Problem bleiben, da es nicht rasch gelingen wird, die kämpferischen Kräfte in den großen Fabriken zu organisieren, um wirklich diesem kapitalistischen System gefährlich zu werden.

Es geht um einen langen Atem, um das Nichtaufgeben, um das Weitermachen, um das Sichwehren, um das Sichzusammenschließen, um das Sichausdehnen und Stärkerwerden. Es geht um die Perspektive, immer mächtiger und für das System gefährlicher zu werden. Und dann ... Darüber ein anderes Mal mehr!

Das Flugblatt hat 4 A4-Seiten und enthält die weiteren Beiträge:

- Qosay Sadam Khalaf - Ein weiteres Opfer tödlicher rassistischer Polizeigewalt

In dem Beitrag wird u.a. vom brutalem Vorgehen der Polizei gegen Solidaritätsdemonstrationen berichtet:

*Bei einer Gedenk-Demonstration an Qosay Sadam Khalaf in Frankfurt wurden die Teilnehmer*innen brutal von der Polizei angegriffen.*

Eine spontane Demonstration am Vorabend des Internationalen Frauentags am 7. März in Bremen, an der sich v.a. Frauen beteiligten, und bei der gerufen wurde „Qosay Sadam Khalaf – Es war Mord!" wurde brutal von der Polizei zerschlagen."

- Das „Kommando Spezialkräfte" (KSK) der Bundeswehr - eine Zentrale für Nazi-Netzwerke

Der Beitrag enthält die Überschriften:

Aufbau von Nazi-Netzwerken mit Bundeswehr- und KSK-Soldaten

Nazi-Umtriebe und Nazi-Ausbilder in der Bundeswehr

Kontakt:

E-mail: gegendstroemung@web.de

*(*Die Geheimdienste aller Länder nicht unterschätzen!)*

Drucker, Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: W. Schulze, Osnabrücker Straße 26, 10589 Berlin

https://gegendiestroemung.net *Die Nutzung unserer Homepage sollte gut überlegt erfolgen, da jeder Zugriff staatlich registriert wird*

Proletarierinnen/Proletarier aller Länder, vereinigt euch!

Bulletin 2/21

Zur Information der revolutionären marxistisch-leninistischen Kräfte aller Länder

Auszüge und Zusammenfassungen aus den Publikationen von „Gegen die Strömung" – Organ für den Aufbau der Revolutionären Kommunistischen Partei Deutschlands:

April - Juli 2021

Das Flugblatt von April hat zum Thema:

Das kommunistische Erbe von Rosa Luxemburg gegen offene Feinde und falsche Freunde verteidigen!

Der diesjährige 150. Geburtstag von Rosa Luxemburg wurde in den bürgerlichen Medien ausgenutzt, um wieder einmal ein Bild von ihr zu verbreiten, das sie als halbe Reformistin, lammfromme Kritikerin der Sozialdemokratie und Pazifistin erscheinen lässt. Damit wird ihr Werk, ihr ganzer politischer Kampf ins Gegenteil verkehrt. Diesen heuchlerischen Würdigungen und bewussten Entstellungen bürgerlicher, antikommunistischer und revisionistischer Kräfte ist entgegenzusetzen, wofür die Kommunistin Rosa Luxemburg in Wahrheit steht: für einen unversöhnlichen Kampf gegen Opportunismus und Reformismus, für eine wirklich revolutionäre Kommunistische Partei, für die gewaltsame proletarische Revolution zum Sturz der deutschen Bourgeoisie, für die Diktatur des Proletariats gegen das Kapital und seine Verteidiger auf der Grundlage der sozialistischen Demokratie beim Aufbau des Sozialismus und für den proletarischen Internationalismus. ...

Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht waren die maßgeblichen Kräfte, die durch die Gründung der KPD einen ideologischen, politischen und organisatorischen Neubeginn der kommunistischen Bewegung in Deutschland geschaffen haben. ...

Der Entwurf für das auf dem Gründungsparteitag der KPD Ende 1918 beschlossene Programm ist von Rosa Luxemburg im November 1918 verfasst worden. Dieses KPD-Programm gehört, trotz nicht unerheblicher Mängel, mit seinem Bekenntnis zur gewaltsamen proletarischen Revolution und zur Diktatur des Proletariats, zu den revolutionären Programmen der proletarischen Bewegung in Deutschland. Es blieb auch nicht nur ein schönes Stück Papier, sondern war in der revolutionären Erhebung der Jahre 1918/19 und in den folgenden Jahren eine „Anleitung zum Handeln". Es ist ein wirkliches Kampfprogramm, eine Kriegserklärung an den weltweiten Imperialismus, aber insbesondere gegen den „eigenen", den deutschen Imperialismus. „Der Hauptfeind steht im eigenen Land!" – Das war die Losung. Und das ist auch der Grund, warum dieses Programm kaum bekannt ist und von bürgerlichen Kräften bewusst nur am Rande erwähnt wird.

Für eine revolutionäre Kommunistische Partei

Die Bürokratisierung der damaligen SPD und die Loslösung ihrer Führung von den proletarischen Massen vor dem Ersten Weltkrieg war auch ein Grund für ihre Umwandlung zu einer bürgerlichen Reformpartei. Vor dem Hintergrund dieser negativen Erfahrungen betont das Programm der KPD, dass die Partei sich nicht über die proletarischen Massen stellt, sondern als bewusste Avantgarde sozialistisches Bewusstsein und die Ziele der proletarischen Weltrevolution in die proletarische Bewegung hineinträgt:

> „Der Spartakusbund ist keine Partei, die über die Arbeitermasse oder durch die Arbeitermasse zur Herrschaft gelangen will. Der Spartakusbund ist nur der zielbewussteste Teil des Proletariats, der die ganze breite Masse der Arbeiterschaft bei jedem Schritt auf ihre geschichtlichen Aufgaben hinweist, der in jedem Einzelstadium der Revolution das sozialistische Endziel und in allen nationalen Fragen die Interessen der proletarischen Weltrevolution vertritt."
> (Programm der KPD von 1918, Abschnitt IV)

Das Programm hebt die Notwendigkeit der engen Verbindung der Partei mit den proletarischen Massen hervor. Die Kommunistische Partei muss sich das Vertrauen der Massen und deren bewusste Zustimmung zu ihren Ansichten, Zielen und Kampfmethoden im Klassenkampf erwerben.

> „Der Spartakusbund wird nie anders die Regierungsgewalt übernehmen als durch den klaren, unzweideutigen Willen der großen Mehrheit der proletarischen Masse in Deutschland, nie anders als kraft ihrer bewussten Zustimmung zu den Ansichten, Zielen und Kampfmethoden des Spartakusbundes."
> (Programm der KPD von 1918, Abschnitt IV)

Für die gewaltsame proletarische Revolution

Revolution statt Reformismus – das war die Grundhaltung von Rosa Luxemburg von Beginn ihres Wirkens an. Entsprechend war ihre Haltung zum bürgerlichen Staat, einem Werkzeug der Bourgeoisie zur Aufrechterhaltung ihrer Klassenherrschaft. Rosa Luxemburg machte schon auf dem Parteitag der SPD 1898 gegen den hervortretenden Reformismus von Bernstein und Konsorten unmissverständlich klar:

> „Im Übrigen bin ich der Meinung, dass dieser Staat zerstört werden muss."
> (Rosa Luxemburg, „Rede auf dem Parteitag der SPD vom 3. bis 8. Oktober 1898 in Stuttgart", 1898, Gesammelte Werke, Band 1/1, Berlin 1974, S. 241)

Gegen die Reformisten und Opportunisten aus den Reihen der SPD und der Kautsky'schen USPD macht das KPD Programm von 1918 sehr deutlich klar, dass die Bourgeoisie nie und nimmer freiwillig und friedlich auf ihre Privilegien, ihren Profit und ihre Macht verzichtet, dass das Proletariat daher revolutionäre Gewalt anwenden muss:

> „Es ist ein toller Wahn zu glauben, die Kapitalisten würden sich gutwillig dem sozialistischen Verdikt eines Parlaments, einer Nationalversammlung fügen, sie würden ruhig auf den Besitz, den Profit, das Vorrecht der Ausbeutung verzichten. Alle herrschenden Klassen haben um ihre Vorrechte bis zuletzt mit zähester Energie gerungen. (...)
>
> Die imperialistische Kapitalistenklasse überbietet als letzter Spross der Ausbeuterklasse die Brutalität, den unverhüllten Zynismus, die Niedertracht aller ihrer Vorgänger. Sie wird ihr Allerheiligstes, ihren Profit und ihr Vorrecht der Ausbeutung, mit Zähnen und mit Nägeln, mit jenen Methoden der kalten Bosheit verteidigen, die sie in der ganzen Geschichte der Kolonialpolitik und in dem letzten Weltkriege an den Tag gelegt hat. ... sie wird lieber das Land in einen rauchenden Trümmerhaufen verwandeln als freiwillig die Lohnsklaverei preisgeben.
>
> All dieser Widerstand muss Schritt um Schritt mit eiserner Faust und rücksichtsloser Energie gebrochen werden. Der Gewalt der bürgerlichen Gegenrevolution muss die revolutionäre Gewalt des Proletariats entgegengestellt werden."
> (Programm der KPD von 1918, Abschnitt III)

Für die sozialistische Demokratie und die Diktatur des Proletariats beim Aufbau des Sozialismus

Als nötige Voraussetzung im Kampf um den Sozialismus nennt das Programm die „Diktatur des Proletariats":

> „Der Kampf um den Sozialismus ist der gewaltigste Bürgerkrieg, den die Weltgeschichte gesehen, und die proletarische Revolution muss sich für diesen Bürgerkrieg das nötige Rüstzeug bereiten, sie muss lernen, es zu gebrauchen – zu Kämpfen und Siegen.
>
> Eine solche Ausrüstung der kompakten arbeitenden Volksmasse mit der ganzen politischen Macht für die Aufgaben der Revolution, das ist die Diktatur des Proletariats und deshalb die wahre Demokratie. Nicht wo der Lohnsklave neben dem Kapitalisten, der Landproletarier neben dem Junker in verlogener Gleichheit sitzen, um über ihre Lebensfragen parlamentarisch zu debattieren: dort, wo die millionenköpfige Proletariermasse die ganze Staatsgewalt mit ihrer schwieligen Faust ergreift, um sie wie der Gott Thor seinen Hammer den herrschenden Klassen aufs Haupt zu schmettern: dort allein ist die Demokratie, die kein Volksbetrug ist."
> (Programm der KPD von 1918, Abschnitt III)

Die zwei Seiten der Diktatur des Proletariats werden hier klar benannt: Erstens die unterdrückerische, diktatorische Aufgabe der Niederhaltung der konterrevolutionären Bourgeoisie und aller Reaktionäre; zweitens die demokratische, erzieherische Aufgabe für die proletarische Klasse und die werktätige Masse.

Solidarisch mit den Bolschewiki und der sozialistischen Oktoberrevolution in Russland

Kurz nach der Oktoberrevolution in Russland 1917 und noch während des Ersten Weltkrieges war Rosa Luxemburg im Gefängnis. Von dort aus prangerte Rosa Luxemburg in Briefen die mangelnde Unterstützung für die Oktoberrevolution von Seiten der deutschen bzw. westeuropäischen Sozialdemokratie an. ...

In ihrer Rede auf dem Gründungsparteitag der KPD Ende 1918 hob Rosa Luxemburg das Lernen aus den Erfahrungen der russischen Oktoberrevolution und der Politik der Bolschewiki hervor:

> „... wir sollen es nie vergessen, wenn man uns mit den Verleumdungen gegen die russischen Bolschewisten kommt, darauf zu antworten: Wo habt ihr das ABC eurer heutigen Revolution gelernt? Von den Russen habt ihr's geholt: die Arbeiter – und Soldatenräte (Zustimmung); ... die russische Revolution war es, die die ersten Losungen für die Weltrevolution ausgegeben hat."
> (Rosa Luxemburg: Bericht über den Gründungsparteitag der KPD, 1918/1919, Gesammelte Werke, Band 4, Berlin 1974, S. 496)

Rosa Luxemburg, die in den langen Jahren der Zusammenarbeit mit Wladimir Lenin bis kurz vor der Oktoberrevolution eine Reihe von Widersprüchen und Kritikpunkten hatte, betonte angesichts der Realität der Oktoberrevolution, dass deren Sieg nur unter Führung der Bolschewiki erfolgen konnte:

> „Die Lenin-Partei war somit die einzige in Russland, welche die wahren Interessen der Revolution in jener ersten Periode begriff, sie war ihr vorwärtstreibendes Element, als in diesem Sinne die einzige Partei, die wirklich sozialistische Politik trieb."
> (Rosa Luxemburg, „Zur Russischen Revolution", Gesammelte Werke, Band 4, S. 338)

Rosa Luxemburg war eine großartige Kommunistin

Es war für Lenin nichts Neues, dass Opportunisten versuchten, aus den vorangegangenen Kontroversen zwischen Rosa Luxemburg und ihm Honig zu saugen und antikommunistische Positionen zu entwickeln. Seine Kritik an Rosa Luxemburg war immer solidarisch, eine Kritik unter kommunistischen Kadern. Klar hatte sie hier und da Fehler in den Debatten mit Lenin entwickelt, die sie nach der Entlassung aus dem Gefängnis zum großen Teil korrigierte. ... Lenin stellte aber mit allem Nachdruck fest:

> „Aber trotz aller dieser ihrer Fehler war sie und bleibt sie ein Adler; und nicht nur die Erinnerung an sie wird den Kommunisten der ganzen Welt immer teuer sein, sondern ihre Biographie und die vollständige Ausgabe ihrer Werke ... werden eine sehr nützliche Lehre sein bei der Erziehung vieler Generationen von Kommunisten der ganzen Welt.
>
> ‚Die deutsche Sozialdemokratie ist nach dem 4. August 1914 ein stinkender Leichnam' – mit diesem Ausspruch Rosa Luxemburgs wird ihr Name in die Geschichte der Arbeiterbewegung der ganzen Welt eingehen."
>
> (Lenin, „Notizen eines Publizisten", 1922, Werke Band 33, S. 194 f.)

Das Flugblatt hat 4 A4-Seiten und enthält den weiteren Beitrag:

- Rosa Luxemburg - Kämpferin für den proletarischen Internationalismus

---

Das Flugblatt Mai hat zum Thema:

1. Mai - Kampf für den proletarischen Internationalismus

Kampf gegen den verschärften Abschiebeterror des deutschen Staats!

Der Kapitalismus ist international. Die Arbeiterinnen und Arbeiter müssen ihre Arbeitskraft auf dem „Arbeitsmarkt" als Ware anbieten und verkaufen. Gerade aus den vom Imperialismus abhängigen Ländern suchen diese dort Arbeit, wo sie scheinbar oder wirklich am besten bezahlt wird. Hunger und extrem elende Lebensbedingungen in vielen Ländern sind wesentliche Gründe, außerhalb des Herkunftslandes ihren einzigen Besitz, die Arbeitskraft, auf dem Markt in anderen Ländern anzubieten und zu verkaufen.

Die „moderne Völkerwanderung" ist die unvermeidliche Folge der imperialistischen Ausplünderung und Unterdrückung der Masse der Bevölkerung dort, sie ist auch Resultat reaktionärer Kriege, welche insbesondere von den imperialistischen Großmächten geschürt werden, sowie von fürchterlichen Massenmorden. An der Haltung zur Migration scheiden sich die Geister.

Auf der einen Seite stehen die pseudolinken, deutschnationalistischen und europäisch-chauvinistischen Kräfte, die sich auf die gerade in Deutschland stark ausgeprägte arbeiteraristokratische Oberschicht der proletarischen Klasse orientieren, die ihre Privilegien vor allem der Teilhabe an der Ausbeutung der Arbeiterinnen und Arbeiter in abhängigen Ländern verdankt. Sie hetzen, dass einzig und allein die Migration schuld an niedrigen Löhnen sei, dass Immigrantinnen und Immigranten den „deutschen Familienvätern" die Arbeit wegnehmen würden und deren Zuzug nach Deutschland oder in die EU rigide begrenzt werden müsse und es da ohne Abschiebungen nicht abgehe.

Auf der anderen Seite stehen die proletarisch-internationalistischen Kräfte. Diese orientieren sich auf die untersten Schichten der proletarischen Klasse, die in Deutschland zu einem großen Teil migrantischer Herkunft sind, vielfach Tagelöhnerinnen und Tagelöhner aus anderen Ländern ohne jegliche Rechte.

International geht es um die Orientierung auf die „Verdammten dieser Erde", die in abhängigen Ländern gerade auch vom deutschen Imperialismus brutal ausgebeutet werden. Die Losung „Proletarier/Proletarierinnen aller Länder, vereinigt euch!" ist mit keinerlei Beschränkung der Migration vereinbar. Die „moderne Völkerwanderung" mit all ihren fürchterlichen Begleiterscheinungen für die Fliehenden ermöglicht und erleichtert, wenn diese Frage richtig angepackt wird, den Zusammenschluss der Arbeiterinnen und Arbeiter aller Länder, knüpft Beziehungen in alle Länder und kann den Klassenkampf in jedem Land stärken und befruchten. Dazu müssen wir als kommunistische Kräfte hier in Deutschland als einem imperialistischen Land, einer imperialistischen Großmacht, in der Tat beweisen, dass wir dem deutschen Imperialismus auf allen Gebieten den Krieg erklären.

Durchschnittlich mehr als 25.000 Abschiebungen jedes Jahr seit 2015

Kein Zweifel, die Machthabenden in Deutschland ziehen die Schrauben ihrer menschenrechtsfeindlichen, reaktionären Politik gegen Migrant*innen und Refugees weiter an. Der von den Herrschenden verhängte Corona-Ausnahmezustand wird gerade auch genutzt, um weiter und verstärkt Abschiebungen durchzuziehen. Wenn dies nicht reibungslos gelingt oder verhindert werden kann, so liegt das einzig und allein am Widerstand der Menschen, die abgeschoben werden sollen sowie an den Protesten solidarischer Menschen und Initiativen dagegen. Es ist dringend nötig, den Widerstand gegen alle und jegliche Abschiebungen zu verstärken. Das zeigt der Blick auf die brutale Realität der deutschen Abschiebungspolitik.

In den sechs Jahren von 2015 bis 2020 wurden nach offiziellen Regierungsangaben (zuletzt vom 2.3.2021 auf Grund einer parlamentarischen Anfrage) insgesamt über 125.000 Menschen abgeschoben. Das sind im jährlichen Schnitt über 25.000 Abschiebungen. Nach einem vorübergehenden Rückgang im Jahr 2020 läuft die Abschiebemaschine des deutschen Staatsapparats seit Ende des letzten Jahres wieder auf Hochtouren. ...

Die Abschiebungen sollen weiter verstärkt werden. Das zeigt z. B. auch die Tatsache, dass in Hessen seit Februar 2021 die Haftplätze im Abschiebegefängnis Darmstadt vervierfacht wurden.

Beispiele für den Abschiebeterror des deutschen Staats und Proteste dagegen

Ob hier in Deutschland geboren oder nicht, ob alt und krank oder jung und gesund, ob verheiratet oder nicht, ob erwerbstätig oder nicht, mit eiskalter deutscher Bürokratenlogik wird alles nach „Abschiebegründen" durchforstet. Und bei wem irgendein „Abschiebegrund" festgestellt wird, kommt auf die Abschiebelisten. Zumeist werden die Betroffenen dann in Nacht-und-Nebel-Aktionen zuhause, bei der Arbeit, in der Schule überfallartig festgenommen. Sie kommen in Abschiebehaft und werden dann zwangsweise ins Flugzeug gesetzt. Dafür nur einige Beispiele, an deren Stelle Hunderte, ja Tausende andere stehen könnten.

Im Folgenden wird zusammenfassend von mehreren brutalen Abschiebeaktionen aus verschiedenen Städten in Deutschland in verschiedene Länder sowie den Kampf dagegen berichtet.

Den Kampf gegen die Abschiebungen verstärken!

Es ist unbedingt nötig, möglichst jede einzelne Abschiebung zu verhindern. Wenn stark mobilisiert wird, wenn öffentlich protestiert wird, dann sind hier Erfolge sehr wohl möglich. Tatsache ist z. B., dass der vor fünf Jahren aufgestellte Plan, 80.000 Geflüchtete nach Afghanistan abzuschieben, durch ständige, mehr oder weniger starke Proteste in den Flughäfen bis hin zu Blockaden der Zufahrtswege erheblich durchkreuzt worden ist. Dem deutschen Abschiebestaat gelang es seit Dezember 2016 dennoch mehr als tausend Geflüchtete ins Kriegselend nach Afghanistan zurück zu verfrachten – das sind natürlich immer noch tausend zu viel!

Tatsächlich hängt das „Damoklesschwert" einer drohenden Abschiebung über Hunderttausenden Menschen in Deutschland. Von den rund 1,84 Millionen Frauen, Männern und Kindern, die das deutsche „Ausländerzentralregister" Ende 2019 erfasst hatte, haben rund 1,1 Millionen Menschen einen befristeten oder einen ungeklärten Aufenthaltstitel. Sie sind von einer Einbürgerung, von der deutschen Staatsbürgerschaft (bis auf wenige Einzelfalle) ausgeschlossen. Diese Geflüchteten und Migrant*innen und ihre Kinder, auch wenn sie in Deutschland geboren sind, haben nach deutschem „Recht" keine langfristig sichere Bleibeperspektive. Hinzu kommen noch die auf mindestens eine halbe Million geschätzten Illegalisierten, die völlig ohne Papiere hier leben und arbeiten. Alle diese Menschen sind von Ausweisung und Abschiebung bedroht. Wer heute scheinbar einen gesicherten Aufenthalt hat, kann schon morgen mit Abschiebung dran sein, z. B. wenn das Herkunftsland zu einem „sicheren Land" erklärt wird oder willkürlich irgendein anderer „Abschiebungsgrund" hervorgezogen wird.

Jede Abschiebung verhindern, das gesamte mörderische Abschiebungs- und Abschottungssystem angreifen!

Es gilt jede einzelne Abschiebung zu verhindern. Dafür ist die Mobilisierung, das öffentlich machen, der Protest und Widerstand gemeinsam mit den von Abschiebungen Betroffenen das Wichtigste. Wer sich praktisch gegen Abschiebungen engagiert, weiß: Im Einzelfall ist es unverzichtbar, alle sich bietenden weiteren Möglichkeiten wie etwa Petitionen zu nutzen. Richtig ist selbstverständlich auch, konkret alle unmenschlichen Aspekte bei einer Abschiebung anzuprangern, z. B. dass Menschen aus ihren familiären Zusammenhängen, aus dem Beruf oder der Ausbildung herausgerissen werden, dass Menschen in Länder abgeschoben werden, die sie noch nie betreten haben, weil sie in Deutschland geboren wurden usw.

In eine fatal falsche Richtung geht es jedoch, wenn derartige konkret berechtigte Gesichtspunkte zur entscheidenden Grundlage des Engagements gegen Abschiebungen und für ein Bleiberecht gemacht werden. Denn was ist dann mit all denen, die hier in Deutschland keine Familie und keinen Job haben, in keinem Ausbildungsverhältnis stehen und dergleichen mehr? Im Grunde beschränkt sich der Protest dann auf „Härtefälle", während das Gesamtsystem der Abschiebungen sowie auch der Abschottung an den EU-Außengrenzen („Festung Europa" mit zehntausenden im Mittelmeer Ertrunkenen und anderswo auf der Flucht ums Leben Gekommenen, faktisch ermordeten) im Kern nicht in Frage gestellt, nicht angegriffen wird. ...

Um konsequent gegen Abschiebungen, gegen das ganze Abschiebungs- und Abschottungssystem zu kämpfen und an keinem Punkt auf die Seite der Herrschenden zu geraten, sind unserer Meinung nach folgende Punkte unverzichtbar:

Wir kämpfen gegen alle Abschiebungen von Menschen, die von Imperialismus und Reaktion verfolgt werden, und für das demokratische Recht auf Asyl. Wir kämpfen gegen jede Einwanderungsbeschränkung und für die gleichen Rechte aller in Deutschland lebenden Menschen.

***

*Abschließend wird Karl Liebknecht mit der heute immer noch aktuellen Forderung **„Fort mit dem Damoklesschwert der Ausweisung!"** zitiert, die er bereits 1907 auf dem Stuttgarter Kongress der II. Internationale formulierte.*

Das Flugblatt hat 6 A4-Seiten und enthält die weiteren Beiträge:

- Schlaglichter auf internationale Streiks und Protestbewegungen 2021
- Solidarität mit Nazdar Ecevit!
- Die Partei „Die Linke": Auf dem Weg zu einem „stinkendem Leichnam"!
- Kampf gegen die polizeistaatlich angeordneten landesweiten Ausgangssperren unter dem Vorwand von Corona!

Das Flugblatt Juni-Juli hat zum Thema:

Vor 80 Jahren:

Überfall des deutschen Nazi-faschismus auf die sozialistische Sowjetunion am 22. Juni 1941!

Berlin die rote Fahne. Diese rote Fahne stand für die siegreiche Sowjetunion, sie stand für die siegreichen Kämpferinnen und Kämpfer der alliierten Armeen und der Partisaninnen und Partisanen. Auf dem Reichstagsgebäude wehte die rote Fahne des Sieges über den Nazifaschismus, die rote Fahne, die für die Befreiung der „Verdammten dieser Erde" steht, die rote Fahne des Proletariats. Am 8. Mai 1945 kapitulierte schließlich das nazifaschistische Deutschland. Vorangegangen war ein nach dem Überfall auf die Sowjetunion 1418 Tage andauernder mörderischer Krieg, gegen die viele Nationen und Nationalitäten umfassende Bevölkerung der sozialistischen Sowjetunion. Das war Teil eines Krieges in fast allen Teilen der Erde, in allen Ländern, in denen die nazifaschistischen Armeen und ihre Verbündeten einmarschiert waren.

80 Jahre später gilt es hier in Deutschland gezielt und eindeutig über die Verbrechen, die millionenfachen Morde des Nazifaschismus in der Sowjetunion und über die zentrale Rolle des Kampfes der Roten Armee und der Partisaneneinheiten für den Sieg der Anti-Hitler-Koalition über Nazideutschland aufzuklären.

1.

Die Liste der Nazi-Verbrechen in der Sowjetunion ist unendlich lang. Das Mordprogramm der Nazis und ihrer Ideologie wurde weitgehend auf allen Gebieten in der Praxis durchgeführt: das Programm der Vernichtung der jüdischen Bevölkerung und der Sinti und Roma wurde gezielt durch die „Einsatzgruppen" A, B, C und D und der Nazi-Wehrmacht hinter der Front durchgeführt. Wie der SS-Mann Ohlendorf im Nürnberger Prozess aussagte, gab es „zwischen Juden und Zigeunern", wie er Sinti und Roma diskriminierend nannte, keine Unterschiede. Die Exekutionsberichte an die Nazi-Zentrale in Berlin dokumentieren dies deutlich.

Auch der Antikommunismus, das Programm der Vernichtung des Kommunismus, das Ziel der Liquidierung der sozialistischen Sowjetunion spiegelt sich in dem Ausrottungsbefehl gegen alle politischen Kommissare der Roten Armee wieder.

Die Ausrottung der von den Nazis als „erbkrank" definierten Menschen wurde in der Sowjetunion kurzerhand durch die Vernichtung der Insassen der Psychiatrien durchgesetzt. Die deutsche Herrenmenschenideologie mit ihrem Programm, das „Herren"-Volk auf Erden zu werden, manifestierte sich auch in dem bestialischen Verhalten gegenüber der Zivilbevölkerung der Sowjetunion, die als „slawische Untermenschen" angesehen, beraubt, vergewaltigt und ermordet wurden.

Die 900 Tage andauernde Belagerung Leningrads, der Versuch Leningrad dem Erdboden gleichzumachen, steht für diese Bestialität ebenso wie zehntausende völlig zerstörte Dörfer und kleine Städte in der Sowjetunion. Durchaus nicht vergessen sind die Mordaktionen gegen die sowjetischen Kriegsgefangenen, von denen Millionen von den Nazis ermordet wurden. Das Ausmaß der Morde, das Ausmaß von Raub und Zerstörung spiegelt den ganzen Hass der Nazifaschisten auf die sozialistische Sowjetunion wieder. Insgesamt wurden 27 Millionen Menschen der Sowjetunion von den Nazis ermordet.

2.

Aber ganz offensichtlich hatten die Nazifaschisten sich verrechnet. Ihr Versuch, Leningrad und Moskau innerhalb von sechs Monaten einzunehmen und somit der Sowjetmacht und der Roten Armee das Genick zu brechen, erwies sich als nicht durchführbar. Die Sowjetunion hatte geschickt vorher die Grenzen und damit den Standpunkt der Roten Armee in Finnland, den baltischen Ländern und Polen hunderte Kilometer nach vorne schieben können, entscheidende Kilometer die einen raschen Sieg der Nazis über Leningrad und Moskau verhinderten. Vorausschauend waren auch Teile der Bevölkerung der Sowjetunion in die östlichen Teile der Sowjetunion umgesiedelt worden und vor allem wichtige Industriebetriebe für den Nachschub der Roten Armee verlegt und neue dort aufgebaut worden.

Der Vormarsch der deutschen Nazi-Armee konnte in den ersten Monaten nicht an der Grenze der Sowjetunion aufgehalten, sondern nur unter großen Verlusten verlangsamt werden. So stießen zwar die arroganten deutschen Herrenmenschen tief bis knapp vor Leningrad und Moskau in die Sowjetunion vor. Sie glaubten immer noch an den Fall von Moskau und konnten sich nicht vorstellen, dass sie schlicht und einfach blindlings in eine militärische Falle der Roten Armee hineingelaufen waren. Vor Moskau hieß es seitens der Roten Armee: Keinen Meter mehr zurück! Jetzt haben wir die deutsche Nazis-Soldateska, jetzt kreisen wir sie ein, jetzt vernichten wir sie, jetzt treiben wir sie zurück, beseitigen das Naziregime und besetzen Berlin! Und so geschah es. In Stalingrad war die erste gigantische Niederlage der deutschen Wehrmacht und obwohl es danach noch zu einem langen blutigen Kampf kam, war im Kern klar, dass nun der Siegeslauf der Nazis zu Ende war.

Es war eine gigantische Kraftanstrengung der Mehrheit der Bevölkerung der Sowjetunion, die in der Roten Armee und in Partisaneneinheiten, in den Industriebetrieben, auf dem Land und in der Verwaltung, wo auch immer für diesen Sieg gekämpft haben.

Aber die Aufklärung über die Naziverbrechen in der Sowjetunion ist nur die eine Seite der Medaille. Denn die bürgerlichen Ideologen in Deutschland nehmen den Jahrestag des Krieges zum Anlass, um eine Lüge nach der anderen über die sozialistische Sowjetunion zu verbreiten.

Die Gründe und die Bedeutung der Frage, warum die sozialistische Sowjetunion zunächst ein Nichtangriffs-

vertrag mit Nazideutschland unterzeichnet hat, um Zeit zu gewinnen, sich auf diesen Krieg vorzubereiten, weil die deutsche Armee 1939 besser ausgerüstet und stärker war als die Rote Armee, die Gründe und die Bedeutung der Frage, warum die Grenzen in Finnland, den baltischen Staaten und in Polen vorverlegt wurden, um eine Eroberung von Leningrad und Moskau zu verhindern – all dies wird nicht ernsthaft analysiert und diskutiert, sondern der siegreichen Sowjetunion auch nach 1945 zum Vorwurf gemacht.

3.

Die Liste der Verleumdungen und Lügen ist lang. Die vielleicht dümmste Lüge ist, dass die sozialistische Sowjetunion gar nicht mit einem Überfall der Nazifaschisten gerechnet habe (Kundschafter hatten Woche für Woche die Gefahr eines aktuellen Überfalls gemeldet, der genaue Tag des Überfalls konnte jedoch nicht rechtzeitig verifiziert werden). Wieso in aller Welt hatte dann die sozialistische Sowjetunion die Masse von Industriebetrieben in das Hinterland der Sowjetunion geschafft, die Rüstungsindustrie angekurbelt und aus der Roten Armee zweifelhafte Generäle entfernt, die noch aus der Zeit des Zarismus stammten? Ja, der Nichtangriffsvertrag mit Nazi-Deutschland war in gewisser Weise ein Minus für das Ansehen der sozialistischen Sowjetunion. Aber das große Plus war die bessere Vorbereitung auf den Überfall der Nazifaschisten, was durch den Sieg im Krieg gegen die Nazifaschisten ja dann auch bewiesen wurde.

4.

Es gab in allen überfallenen Ländern, auch in der Sowjetunion, Leute, die aus den verschiedensten Gründen auf einen Sieg von Nazideutschland hofften. Sei es, weil sie verbohrte Nationalisten waren, sei es, dass sie auf Karriere hofften, sei es, dass sie selbst vom Nazifaschismus überzeugt waren. Das gab es in Frankreich, in den Niederlanden, in Belgien, aber eben auch in der Sowjetunion. Es war einer der ersten Aufgaben nach dem Sieg über die Nazifaschisten in jedem einzelnen Land mit den Nazi-Kollaborateuren abzurechnen, sie vor Gericht zu stellen und abzuurteilen. Dazu gehörte auch die Überprüfung des Verhaltens eines jeden, der sich in deutscher Gefangenschaft befand. Es musste bei jedem Gefangenen überprüft werden, wie er sich in der Haft verhalten hatte, ob er sich dort oder auch in den KZs der Nazis an Hilfsdiensten für die Nazimörder beteiligt hat. Das ist in der Tat ein schwieriges Kapitel.

Fest steht: Im Unterschied zu Ländern wie Frankreich, Italien, den Niederlanden, Belgien und der Sowjetunion wurde in Deutschland nach dem 8. Mai 1945 die große Masse der großen und kleinen Nazis, aber eben auch die Nazi-Kollaborateure, die aus egoistisch-verbrecherischen Motiven das Naziregime unterstützt haben, nach dem schrittweisen Rückzug der Alliierten aus Verwaltung und Gerichten nicht belangt.

5.

Es soll auch nicht vergessen werden, welche großartige Arbeit der Aufklärung über die Nazi-Verbrechen in der ganzen Welt gerade die sozialistische Sowjetunion in Zusammenarbeit mit den Alliierten der Anti-Hitler-Koalition durch den Nürnberger Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher 1945/46 geleistet hat. In einer gewaltigen Anstrengung wurden die Hauptkriegsverbrecher angeklagt und es wurde der Welt die Bandbreite der Verbrechen der Nazis in den überfallenen Ländern, aber auch innerhalb Deutschlands deutlich vor Augen geführt.

Es ist schwer, ohne Pathetik über die gigantische Leistung der Masse der sowjetischen Bevölkerung in diesem Krieg zu sprechen. Es gehört zu der geschichtlichen Wahrheit, dass dieser Sieg über den Nazifaschismus eng verbunden war mit dem Namen von Stalin, dem damaligen Vorsitzenden der KPdSU(B) und dem Leiter der Roten Armee. Der Vorsitzende des ZK der KPD, Ernst Thälmann, hat in der Haft, so wird berichtet, 1941 bei der Nachricht von dem Überfall auf die Sowjetunion einem nazifaschistischen Wärter gegenüber geäußert: „Stalin wird Hitler das Genick brechen!". Das war eine Metapher, aber sie hatte Gewicht. Der heutige Hass in Deutschland gegen Stalin lässt sich nicht allein durch Antikommunismus erklären. Er ist auch eng damit verbunden, dass unter seiner Leitung die sozialistische Sowjetunion den Nazifaschismus besiegt hat. Das werden sie ihm nicht verzeihen, die neuen und alten deutschen Nationalisten, Nazis und Nazi-Kollaborateure. Sie hassen Stalin und wir wissen warum.

Das Flugblatt hat 4 A4-Seiten und enthält den weiteren Beitrag:

- Naziverbrechen in der Sowjetunion

Hier wird beschrieben, dass der Völkermord an der jüdischen Bevölkerung und an den Sinti und Roma nicht nur im besetzten Polen, sondern auch in der Sowjetunion stattfand. Dieser wurde organisiert und durchgeführt von den mörderischen „Einsatzgruppen" aus SS-, Gestapo- und Polizei-Henkern in enger Zusammenarbeit mit der Wehrmacht. Auch geistig behinderte und Kranke wurden systematisch ermordet.

Mit dem berüchtigten „Kommissarbefehl" wurde die Vernichtung der Politkommissare der Roten Armee und aller Funktionäre der KPdSU(B) angeordnet, der sofort als Richtlinie für die Soldaten und Offiziere an die Truppenteile weitergeleitet wurde.

Massenmorde an der Zivilbevölkerung wurden systematisch durchgeführt. Ganze Städte und hunderte Dörfer wurden dem Erdboden gleichgemacht. Raub und Zerstörung in den besetzten Gebieten fand in ungeheurem Ausmaß statt.

Es wurde ein Netz von Gefängnissen, Zwangsarbeitslagern, Kriegsgefangenenlagern und KZs errichtet, wo die Gefangenen durch Hunger, Seuchen und „Vernichtung durch Arbeit" ermordet wurden.

Auch der erfolgreiche Kampf der Partisaninnen und Partisanen gegen die Nazi-Besatzer wird geschildert.

Kontakt:

***E-mail:** gegendstroemung@web.de*

*(*Die Geheimdienste aller Länder nicht unterschätzen!)*

Drucker, Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: W. Schulze, Osnabrücker Straße 26, 10589 Berlin

https://gegendiestroemung.net *Die Nutzung unserer Homepage sollte gut überlegt erfolgen, da jeder Zugriff staatlich registriert wird*

Proletarierinnen/Proletarier aller Länder, vereinigt euch!

Bulletin 3/21

Zur Information der revolutionären marxistisch-leninistischen Kräfte aller Länder

Auszüge und Zusammenfassungen aus den Publikationen von „Gegen die Strömung" – Organ für den Aufbau der Revolutionären Kommunistischen Partei Deutschlands:
August - Dezember 2021

Das Flugblatt August-September hat zum Thema:

Gegen den Terror der bürgerlichen Klassenjustiz:

Solidarität mit Ella und Lina!

Zurzeit versucht die Klassenjustiz des deutschen Imperialismus einmal mehr ganz gezielt Exempel der Abschreckung gegen fortschrittliche, antinazistische und revolutionäre Aktivistinnen und Aktivisten zu statuieren. Aktuell geht es vor allem um zwei Beispiele: Eine Aktivistin gegen die Rodung des Dannenröder Waldes verschanzt sich auf einem Baum, damit er nicht gefällt werden kann. Die Polizei versucht, sie mit lebensgefährlichen Aktionen vom Baum zu zerren und herunterzuschmeißen. Sie wehrt sich, klassische Notwehr. Was macht die Klassenjustiz daraus: Versuchter Totschlag, zwei Jahre und drei Monate Gefängnis ohne Bewährung. Die Aktivistin hat jetzt schon viele Monate lang ihre Identität gut verborgen. Niemand aus dem Bekanntenkreis hat sie verraten. Die Polizei weiß bis heute nicht, wen sie da im Gefängnis in Frankfurt-Preungesheim einsitzen lässt. Die Aktivistinnen und Aktivisten nennen sie Ella-Alle. Ella ist eine unbeugsame demokratische Kämpferin. Anders, aber ebenfalls absurd und grotesk sind die Anschuldigungen und die Inhaftierung von Genossin Lina aus Leipzig. Ihr kann nichts, aber auch gar nichts an „Straftaten" nachgewiesen werden. Sie wurde kurzerhand einfach als Aktivistin der Leipziger Anti-Nazi-Bewegung auf Grund von lügnerischen Nazi-Beschuldigungen inhaftiert.

Sofortige Freilassung von Ella!

Am 26. November 2020 wird eine Aktivistin festgenommen, die gegen die Rodung des Dannenröder Waldes und die Räumung der Waldbesetzung gekämpft hat. Bis heute wird Ella in der JVA Preungesheim in Frankfurt am Main in Untersuchungshaft eingesperrt. Diese extrem lange Untersuchungshaft dient dazu, Ella faktisch als polizeiliche Geisel festzuhalten, um sie aburteilen zu können und an ihr ein Exempel zu statuieren.

Ella wurde zunächst wegen angeblichem „versuchten Totschlags" an Polizisten verhaftet. Diese zu offensichtlich konstruierte Lüge wurde schnell fallen gelassen. Die Anklage basierte schließlich u. a. auf dem ebenfalls frei erfundenen Vorwurf der angeblichen „gefährlichen Körperverletzung" gegen SEK-Polizisten. In Wirklichkeit hat Ella bei ihrem Kampf im Dannenröder Wald auf einem Baum in 15 Meter Höhe versucht, sich gegen ihre brutale Verhaftung zu wehren. Sie kämpfte gegen das lebensgefährliche Ziehen und Zerren an ihren Beinen und an ihrer Sicherheitsleine durch SEK-Polizisten. Die SEK-Schergen gingen mit äußerster Brutalität vor. Immer wieder versuchten sie mit einem Karabinerring auf Ellas Hände zu schlagen. Damit nahmen sie ganz bewusst in Kauf, dass Ella schwer verletzt hätte werden können und dass sie sogar in den Tod hätte stürzen können.

Während des sechstägigen Gerichtsverfahrens ab dem 26.5.2021 in Alsfeld traten dieselben SEK-Polizisten als sogenannte „Hauptbelastungszeugen" auf – komplett vermummt und anonym. Sie gaben offensichtliche Lügen und widersprüchliche Aussagen von sich. Auch auf einer Fülle von Videomaterial der Polizei selbst ist klar zu sehen, dass alle Vorwürfe frei erfunden sind. Ungeachtet von alledem folgte das Amtsgericht Alsfeld weitgehend der Staatsanwaltschaft, die drei Jahre Haft gefordert hatte. Dutzende Beweisanträge, Zeugen und Videomaterial der Verteidigung zur Entlastung von Ella wurden abgelehnt.

Ella wurde am 23.6.2021 schließlich zu 2 Jahren und 3 Monaten Gefängnishaft ohne Bewährung verurteilt! Dieses brutale Urteil soll als Abschreckung dienen, um konsequenten Kampf gegen kapitalistische Zerstörung der menschlichen Lebensgrundlagen abzuwürgen oder zu verhindern.

Der Vorsitzende Richter Bernd Süß, der Ella verurteilt hat, hatte in einem anderen Prozess seine Sympathie für Nazi-Polizisten gezeigt. Am 28.6.2021 verurteilte er einen Polizisten, der rassistische und nazistische Chats über WhatsApp verbreitet hatte, lediglich zu einer Bewährungsstrafe (suedeutsche.de, 29. Juni 2021).

Die Polizei ging bei der Räumung des Dannenröder Waldes Ende 2020 insgesamt äußerst brutal vor. Durch das Zerschneiden oder anderweitige Zerstörung von Sicherungsseilen wurden ganz bewusst Tote und Schwerverletzte provoziert und einkalkuliert. Es gab deshalb mehrere Abstürze von Aktivistinnen und Aktivisten aus großer Höhe. Zwei Frauen wurden dabei schwer verletzt. Mit Schlagstöcken wurden Waldbesetzer:innen geschlagen, ja bewusstlos geschlagen. In 25 Meter Höhe wurden Elektroschocker (Taser) gegen Protestierende eingesetzt. Das bedeutete wiederum eine brutale Bedrohung des Lebens der Aktivistinnen und Aktivisten. Bei eiskalten Temperaturen wurden Wasserwerfer aufgefahren und eingesetzt. Trotz dieses Polizeiterrors mit über 2.000 Polizisten gelang es, die Waldbesetzung mehrere Wochen lang zu verteidigen!

Auch gegen die Klassenjustiz des deutschen Staats gegen Ella gibt es Widerstand: In vielen Städten wurden Demonstrationen und Kundgebungen durchgeführt, auch direkt vor dem Gerichtssaal in Alsfeld und vor dem Gefängnis in Frankfurt-Preungesheim, wo Ella eingekerkert ist. Gegen die Dreckslügen von Gericht und Polizei wird u. a. auch mit Hilfe eines Films angekämpft Der Film „Ella – von den Lügen einer Staatsmacht, die einschüchtern und verschleiern will" macht sehr detailliert klar, dass Polizei und Justiz lügen und Ella sofort freigelassen werden muss. Der Film wurde allein am 1.10.2021 in über 100 Städten gezeigt, so u. a. auch in Frankfurt vor der JVA Preungesheim. (Der Film kann online angeschaut werden unter: wald-statt-asphalt.de.)

Gegen das Urteil hat Ella Widerspruch eingelegt. Der Beginn der Berufungsverhandlung wurde von der deutschen Justiz verschleppt und erst auf Anfang Dezember 2021 gelegt. Das Kalkül der deutschen Justiz und Polizei ist dabei, dass Ella so weitere 6 Monate in Untersuchungshaft gesteckt werden kann. Denn das ist die juristisch maximal erlaubte Dauer.

Voraussichtlich im Januar 2022 beginnt die Berufungsverhandlung vor dem Landgericht Gießen. Weitere Aktionen, Kundgebungen und Demonstrationen zur Solidarität mit Ella sind in Planung. Zum Beispiel findet am Freitag, 5.11.2021, 17:00 Uhr in Frankfurt (Main) vor der JVA Preungesheim (Homburger Landstraße), wo Ella immer noch gefangen gehalten wird, eine Kundgebung und Demonstration statt unter der Parole „Freiheit für Ella".

Solidarität mit Lina und den anderen Angeklagten!

Am 5. November 2020 wurde Lina E. in Leipzig verhaftet. Sie sitzt seitdem in Untersuchungshaft. Von der Generalbundesanwaltschaft wird ihr vorgeworfen, Teil und Anführerin einer kriminellen Vereinigung nach § 129 StGB zu sein und sich an Aktionen gegen Nazis beteiligt zu haben. Am 8.9.2021 begann im Hochsicherheitssaal des Oberlandesgerichts Dresden der Prozess gegen Lina und gegen drei weitere Antifaschist:innen. Diesen wird ebenfalls Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung und Anti-Nazi-Aktivitäten vorgeworfen. Mit dem Verfahren gegen Lina und die anderen Angeklagten soll offenbar ein Exempel statuiert werden: Wer sich entschlossen und militant gegen Nazis engagiert, wird mit aller Härte verfolgt und bestraft.

Diesem Zweck dient offenbar gerade auch die Ende 2019 von der Regierung in Sachsen gegründete „Sonderkommission Linx". Diese ermittelt gerade auch gegen Lina und die anderen Angeklagten. Allein im ersten Halbjahr 2020 eröffnete diese für den Kampf gegen Antifaschist:innen und Linke geschaffene „Sonderkommission „Linx" 335 Ermittlungsverfahren.

Gegen Lina wird in den Medien seit Monaten gehetzt. Dabei wird auch sexistisch über sie hergezogen. Gegen Lina findet insbesondere auch eine enorme Vorverurteilung als „Chefchaotin" statt. Immer wieder wurden dabei Details aus Ermittlungsakten herausgegeben, zuletzt kurz vor Prozessbeginn an das Nazi-Magazin „Compact". Ein Leipziger Magazin deckte auf, dass die Soko Linx unter anderem mit Material arbeitet, das ihr aus Nazi-Kreisen übergeben wurde (taz, 25.5.2021). Organisierte Nazis sind zum Teil Nebenkläger oder Anwälte beim Prozess und fotografieren die angeklagten Antifaschist:innen. Wenig später sind die Bilder dann schon in der Nazi-Szene verbreitet, (ak, 21.9.2021)

Angesichts dieser Präsenz von Nazis beim Prozessgeschehen betonen Antifas vor Ort die Notwendigkeit, auch in diesem Zusammenhang den Selbstschutz gegen die Nazis zu organisieren.

Zur Unterstützung von Lina und den anderen angeklagten Antifaschist:innen hat sich eine Solidaritätsgruppe gebildet (siehe: freiheit-fuer-lina.noblogs.org). Die anwachsende Unterstützungsbewegung führt seit Monaten Solidaritätsaktionen durch.

Am 7.9.2021 gab es eine Demonstration durch die Dresdner Neustadt, um auf den Prozessbeginn am nächsten Tag gegen Lina E. und die anderen Antifaschist:innen vor dem Oberlandesgericht (OLG) Dresden aufmerksam zu machen. Daran beteiligten sich mehr als 100 Demonstrierende.

Am 18. September fand in Leipzig eine Antifa-Demo mit 6.000 Beteiligten statt, die den Protest und die Solidarität entschlossen auf die Straße brachte. Eine Hauptforderung war die sofortige Freilassung von Lina und den anderen Angeklagten!

Auch international gab es Solidarität. Zum Beispiel sind in Thessaloniki am Kuole-Kafe-Square im Stadtteil Ano Poli und an der Aristoteles-Universität Transparente in Solidarität mit Lina und den anderen Angeklagten aufgehängt worden. (soli-antifa-ost.org)

Die Solidarität mit Ella-Alle und Lina sowie den anderen Angeklagten muss verstärkt werden! Unterstützen wir die Solidaritätsaktionen, wo immer wir können!

Das Flugblatt hat 2 A4-Seiten und enthält den weiteren Beitrag:

- Aktuelle Arbeitskämpfe
- Spendenaufruf für Ellas Kampf
- Spendenaufruf für den Prozess gegen Lina und die anderen Angeklagten

---

Das Flugblatt Oktober-November hat zum Thema:

Angesichts der massiven Repression gegen die vom PKK-Verbot betroffenen Genossinnen und Genossen:

Die Solidarität mit allen demokratischen und revolutionären Gefangenen verstärken!

Die Repression gegen demokratische und linke Genossinnen und Genossen nimmt zu. Ein Markstein war ohne Zweifel, als sofort nach den Protesten gegen den G20 im Juli 2017 die seit vielen Jahren größte Verfolgungswelle gegen linken Protest und Widerstand begann. Immer häufiger werden Aktivistinnen und Aktivisten unter verschiedenen Vorwänden über viele Monate in Untersuchungshaft genommen. Bereits bei geringen Anlässen, die den Missmut der Repressionsorgane erregen, verhängen die Gerichte hohe Gefängnisstrafen. Das zeigen die Anklagen und Verurteilungen zu mehrjährigen Haftstrafen für Anti-Nazi- und linke Aktivitäten, aber auch gegen Proteste gegen Umweltzerstörung in den letzten Monaten. Dabei erfolgen Anklagen und Verurteilungen verstärkt aufgrund des §129a („kriminelle Vereinigung"). Dies ist immer wieder auch mit Isolierung der Gefangenen verbunden, um sie komplett aus ihren Zusammenhängen herauszureißen und fertig zu machen.

Besonders im Visier stehen hier in Deutschland Genossinnen und Genossen, die als Menschen mit Bezug zur Türkei, dem kurdischen Befreiungskampf oder auch anderen Ländern dort Befreiungskämpfe unterstützen. Unsere Solidarität mit allen demokratischen und revolutionären Gefangenen muss daher auch in ganz besonderer Weise die davon betroffenen Genossinnen und Genossen einschließen.

Verfolgungen und Repressionen wegen „Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung im Ausland" seit dem PKK-Verbot 1993

Am 26. November 1993 erfolgte das Verbot der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) in Deutschland. Auf dieser Grundlage fanden in den letzten 28 Jahren zehntausende von Strafverfahren statt. Grundrechte der in Deutschland lebenden Kurdinnen und Kurden wurden außer Kraft gesetzt, Demonstrationen und Kundgebungen verboten. Ihre politischen Aktivitäten werden vielen Kurdinnen und Kurden ohne deutschen Pass infolge des repressiven „Ausländerrechts" zum Verhängnis. Einbürgerungen werden verweigert. Der Asylstatus wird wieder aberkannt, Menschen wird per Ausweisungsverfügung die Aufenthaltserlaubnis und damit jede gesicherte Lebensgrundlage in Deutschland entzogen. Das Verbot greift tief in das Leben der Menschen ein und hat bei vielen die Erfahrung hinterlassen, der Verfolgung in der Türkei entkommen zu sein, um in Deutschland wieder in einer Falle zu sitzen. Das betrifft ganz speziell Genoss:innen, die bereits in der Türkei im Gefängnis waren und dort auch gefoltert wurden. Mehrere Fälle sind dokumentiert, dass verurteilte Kurd:innen direkt an den Folterstaat Türkei ausgeliefert wurden (Zu drei dokumentierten Fällen siehe Focus 11/2017).

Im Oktober 2010 hat der Bundesgerichtshof (BGH) die PKK nicht nur als „kriminelle", sondern auch als „terroristische Vereinigung im Ausland" gem. § 129b StGB eingestuft. Damit wurden die Verfolgungen weiter verschärft. Zur Verurteilung genügt die angebliche Mitgliedschaft oder Unterstützung einer „ausländischen terroristischen Vereinigung". In welchem Umfang der § 129b gegen die kurdische Befreiungsbewegung angewendet wird, zeigt die Antwort der Bundesregierung auf eine parlamentarische Anfrage: Allein beim Generalbundesanwalt wurden seit 2010 bis zum Sommer 2020 insgesamt 861 Ermittlungsverfahren gegen 970 betroffene Personen geführt. Von diesen wurden bis Anfang 2021 elf Verfahren mit 16 Beschuldigten zur Anklage gebracht. Diese endeten ausnahmslos mit Verurteilungen.

Erst am 20. September 2021 wurde aufgrund eines Haftbefehls des Ermittlungsrichters am Oberlandesgericht (OLG) Stuttgart der kurdische Aktivist Merdan K., der die deutsche Staatsangehörigkeit hat, verhaftet. Er wird beschuldigt, Mitglied einer „terroristischen Vereinigung im Ausland" (§§ 129a/b) gewesen zu sein.

Bei alledem arbeitet die deutsche Klassenjustiz aufs engste mit dem türkischen Staat zusammen. So war das auch beim Münchner 129b-Verfahren gegen 10 TKP/ML-Genoss:innen. Da ließ sich das Gericht ganz offiziell von der Polizeidirektion Istanbul „Erkenntnisse" zukommen und benutzte diese im Prozess als „Beweise". Diese hatten Spitzel des türkischen Staats in linken migrantischen Organisationen in Deutschland gesammelt. Das war eine Rechtsgrundlage des Prozesses gegen die zehn Mitglieder der TKP/ML, der im Juli 2020 in München mit mehrjährigen Haftstrafen endete.

Isolation und Misshandlungen von Gefangenen in den Gefängnissen

Isolation ist ein Hauptmittel der Repression im deutschen Gefängnissystem. So mussten inhaftierte Genoss:innen der Dannenröder-Forst-Proteste 23 Stunden allein in der Zelle verbringen und durften auch im Hof lange keine anderen Inhaftierten sehen. Ihnen wurden Briefe und auch Abos oder Bücher verweigert und mitgeschickte Fotos und Briefmarken nicht ausgehändigt.

In besonderer Weise wird mit Isolierung und weiteren Schikanen gegen Gefangene mit Bezug zum Befreiungskampf in der Türkei bzw. in kurdischen Gebieten vorgegangen. So mussten die Genossinnen und Genossen im TKP/ML-Prozess ihre mehrjährige Untersuchungshaft lange unter Isolationshaftbedingungen verbringen, teilweise in „Hochsicherheitsgefängnissen".

Ein krasses Beispiel, aber eben auch nur ein Beispiel ist Musa Aşoğlu, der sich im Hamburger Gefängnis Billwerder befindet. Er und Erdal Gökoğlu, der auch dort gefangen ist, wurden wegen § 129b verurteilt, Musa zu sechs Jahren und neun Monaten, Erdal zu fünf Jahren Haft. Vorgeworfen wird beiden die angebliche Mitgliedschaft in der DHKP-C, die in der Türkei aktiv ist.

Musa Aşoğlu wurde am 2. Dezember 2016 in Hamburg verhaftet und befand sich über 20 Monate in Totalisolation. Das heißt, er war 23 Stunden am Tag in der Zelle eingesperrt und durfte an keinen Gemeinschaftsaktivitäten im Knast teilnehmen. Besuche seiner Anwält:innen konnten anfangs nur mit Trennscheibe stattfinden. Gespräche mit anderen Besucher:innen wurden zusätzlich auch noch durch das Landeskriminalamt überwacht. Dass die extreme Isolierung Mitte September 2020 endlich aufgehoben wurde, ist auch ein Erfolg der vor allem von der Roten Hilfe organisierten Öffentlichkeits- und Solidaritätsarbeit! Die Schikanen, Zensurmaßnahmen usw. gehen aber weiter.

Ein Beispiel dafür, wie brutal gerade auch mit kurdischen §129b-Gefangenen in deutschen Gefängnissen umgegangen wird, zeigt sich am Beispiel des in Stammheim einsitzenden, nach §129b zu 4 Jahren und 3 Monaten verurteilten Kurden Veysel S. Im November 2020 wurde er anlässlich eines geplanten Ärzt:innenbesuchs während des Transports von acht bewaffnete Polizist:innen schwer misshandelt. Veysel S. war an Händen und Füssen gefesselt und bewegungsunfähig gemacht worden. Seine Hände musste er in einen engen Sack stecken. Seine Arme wurden mit einem Gürtel am Körper fixiert. Wie ein Paket verschnürt wurde er auf einem Rollstuhl ins Sprechzimmer gefahren. Ein:e Dolmetscher:in war nicht anwesend, dafür weitere vier Polizist:innen. Unter diesen Bedingungen fand eine Behandlung nicht statt.

Solidaritätsaufgaben

Im Kampf gegen die staatliche Faschisierung ist es eine ganz besondere Aufgabe, den Blick auf das repressive System der Gefängnisse des deutschen Imperialismus zu richten. Dies ist ein Bereich, der weitgehend der Öffentlichkeit entzogen ist, ein Bereich, in dem Gewaltexzesse, Misshandlungen bis hin zu Folter, ungeheure Diskriminierung von Gefangenen aus anderen Ländern immer drastischere Ausmaße annehmen. Dabei gewinnen auch inhaftierte nazistische Kriminelle als Helferpotential des Gefängnispersonals zunehmend an Bedeutung.

Hier gilt es, insbesondere durch die Schaffung von Öffentlichkeit, der Faschisierung entgegenzutreten und Kämpfe gegen die Zustände in den Gefängnissen zu unterstützen, sowohl propagandistisch als praktisch.

Sehr wichtig ist der möglichst enge Kontakt von „drinnen und draußen", gerade auch, um die Isolierung der Genossinnen und Genossen „drinnen" zu durchbrechen. In der Sonderausgabe der Roten Hilfe vom 18.03.2021 heißt es unter der Überschrift „Solidarität muss praktisch werden! Schreibt den gefangenen Genoss:innen!":

„Es ist wichtig, dass eine Bewegung ihre Gefangenen nicht vergisst – sie sind unsere Genoss:innen und brauchen unsere Solidarität! Deshalb ist es umso notwendiger, dass innerhalb der Bewegung die Unterstützung Gefangener, z. B. das Schreiben an sie, das Schicken von Paketen, der Besuch bei ihnen, wieder stärker in die breite Basis getragen wird. Das Schreiben ermöglicht, mit ihnen in direkten Kontakt zu kommen, und sollte der erste Schritt sein."

Quellen: Sonderausgabe der Roten Hilfe 18.03.2021, diverse Azadi-Pressemitteilungen

Das Flugblatt hat 4 A4-Seiten und enthält die weiteren Beiträge:

- Verurteilungen antifaschistischer und linker Genoss:innen in den letzten Monaten - eine unvollständige Liste
- Gefängnis-Adressen demokratischer und linker Gefangener in Deutschland
- Mörderisches Vorgehen gegen Geflüchtete in Polen und Libyen

---

Das Flugblatt Dezember hat zum Thema:

Militarisierung!

Vor kurzem wurde mit C. Breuer ein General an die Spitze des „Corona-Krisen-Stabs" berufen, einer, der auch schon im Militäreinsatz im Kosova und in Afghanistan war. Das ist keine Kleinigkeit. Tatsächlich ist dies nur ein weiterer Schritt einer schon seit Jahren feststellbaren, nun aber offenbar forciert vorangetriebenen Entwicklung: Im Inneren wird die „Präsenz" der Bundeswehr in verschiedenen staatlichen und gesellschaftlichen Bereichen massiv verstärkt. Bei alledem geht es vorrangig um eins: Durch die umfassende Militarisierung im Inneren soll die „Basis" geschaffen werden für forcierte Kriegsvorbereitungen nach außen.

Imagegewinn und Gewöhnung – Immer mehr Bundeswehr-Präsenz im Inneren

Mit großem Tamtam wurde die Bundeswehr als „Retter" nach den Überschwemmungen im Ahrtal eingesetzt. Seit Beginn der Corona-Pandemie wurden und werden bis zu 25.000 Soldat:innen für den Einsatz bereitgehalten. Voll uni-formierte Bundeswehr-Soldaten drangen weit in das staatliche Gesundheits- und Sozialsystem ein. Sie werden immer ungenierter unter dem Vorwand von Corona und „Amtshilfe" Gesundheitsämtern zugeteilt, um Kontaktdaten zu erfassen und nachzuverfolgen usw. Seit März 2020 sind somit Soldat:innen, die sich

beruflich dazu entschieden haben, Deutschlands imperialistische Ambitionen mit Waffengewalt durchzusetzen, in Krankenhäusern, Gesundheitsämtern, Altenheimen und Testzentren und an den Grenzen zu den Nachbarländern. anzutreffen. Z. B. halfen bis zu 200 Soldat:innen der Bundeswehr in den Berliner Pflegeheimen bei den Corona-Schnelltests, beim Lüften in den Zimmern und Verteilung von Desinfektionsmaterial.

Mit der Taktik der vielen kleinen Schritte wird die Bevölkerung immer mehr daran gewöhnt werden, die Präsenz der Bundeswehr als „Freund und Helfer" in immer mehr Bereichen als Normalität anzusehen. Das ist klar ein Einfallstor, um die Militarisierung voranzutreiben.

Tatsächlich erfasst die Militarisierung die Bevölkerung buchstäblich von Kindesbeinen an und wird mit riesigen Kampagnen und Maßnahmen vorangetrieben – bis hin zu Lampion-Umzügen von Kitas durch Kasernen. Das hat handfeste Gründe: Der „Rückhalt" der Armee in der Bevölkerung, deren Akzeptanz und aktive Unterstützung ist von eminenter Bedeutung für die Kriegsvorbereitungen der deutschen Imperialisten, für die Erfolgsaussichten länger dauernder und breit angelegter Kriegsführung.

Es sei daran erinnert: Die Unterstützung der Nazi-Armee durch breiteste Teile der deutschen Bevölkerung war ein entscheidender Faktor für die Nazi-Kriegsführung im Zweiten Weltkrieg. Das konnte letztendlich die Niederlage Nazi-Deutschlands nicht verhindern. Das ist allerdings ein entscheidender Grund, warum bis in die letzten Kriegstage 1945 noch ein erbitterter militärischer Kampf der Armeen der Anti-Hitler-Koalition gegen die Nazi-Wehrmacht und den „Volkssturm" nötig war, warum die Rote Armee sogar in den letzten Kriegstagen unter großen Opfern in Berlin Haus für Haus freikämpfen musste.

Propaganda-Offensiven für mehr Soldaten

Die Image-Offensiven der Bundeswehr als „Freund und Helfer" gehen einher mit riesigem Werbe-Aufwand für die Bundeswehr selbst. Aktuell werden jedes Jahr rund 30 Millionen Euro für Werbung auf Messen, für Plakate, YouTube-Videos und andere Auftritte ausgegeben, die sich hauptsächlich an Jugendliche richten.

Für die Auftritte an den Schulen gibt es ein spezielles Bundeswehr-Personal. Sogenannte Karriereberater:innen sollen die Jugendlichen direkt für den „Dienst an der Waffe" werben. Laut Bundesregierung erreichten die ca. 400 „Karriereberaterinnen und Karriereberater" im Jahr 2019 bundesweit bei rund 4.500 Vortragsveranstaltungen über 100.000 Schüler:innen. Bei weiteren ca. 1.150 „Ausstellungen, Projekttagen, Jobmessen, Berufswahltagen und ähnlichen Veranstaltungen auf Schulgelände" sowie Truppenbesuchen wurden nochmals über 135.000 Schüler:innen erreicht. Dazu kommen als weltweit einmalige Einheit sogenannte Jugendoffiziere. Das sind junge Soldat:innen mit abgeschlossenem Hochschulstudium und eloquentem Auftreten. Diese gehen an Schulen, um Vorträge über die Einsätze der Bundeswehr und andere „sicherheitspolitischen" Themen zu halten. 2019 haben die Jugendoffiziere bei tausenden Veranstaltungen ca. 115.000 Schüler:innen militaristisch beeinflusst.

Seit 2011 wurden mehr als 15.000 Minderjährige einberufen, die in der Bundeswehr immer wieder schweren Rechtsverletzungen wie Vergewaltigungen oder erniedrigenden Aufnahmeritualen ausgesetzt sind.

„Zivil-militärische Zusammenarbeit" im Dienst der Kriegsvorbereitung

Die immer engere Verankerung der Bundeswehr in der Gesellschaft erfolgt gerade auch unter dem Schlagwort der „Zivil-militärischen Zusammenarbeit". Dabei geht es um das „Zusammenwirken" von staatlichen oder nichtstaatlichen zivilen Organisationen mit denen der Bundeswehr bei Vorsorge- und Versorgungsmaßnahmen, beim Katastrophenschutz, beim „Spannungs- und Verteidigungsfall". Ganz besondere Bedeutung hat dabei sowohl für Inlands- als auch Auslandseinsätze die 2008 vereinbarte engste Verzahnung mit dem Technischen Hilfswerk.

Alles ist genau durchorganisiert. An der Spitze steht das „Kommando territoriale Aufgaben der Bundeswehr". Dessen Leiter war General C. Breuer, bevor er zum Chef des „Corona-Krisen-Stabs" gemacht wurde. In jedem Bundesland gibt es ein Landeskommando. Mit dem „Territorial Hub" schuf die Bundeswehr zudem eine digitale Infrastruktur, um das Militär dauerhaft und fest mit den Strukturen der zivilen Krisenbewältigung zu vernetzen ... .

Dieses Netzwerk der „zivil-militärischen Zusammenarbeit" kann auch auf die DGB-Führung und ihren Apparat bauen. Diese erklärte schon 2011 wörtlich, dass sie ihren „Frieden mit der Bundeswehr gemacht" hat und pflegt auf verschiedenen Ebenen die Zusammenarbeit mit der Bundeswehr sowie dem Deutschen Bundeswehrverband.

Aufbau einer „Heimatschutz"-Armee

Im April 2021 startete der „Freiwillige Wehrdienst im Heimatschutz". Das ist eine sieben Monate dauernde Militärausbildung mit der Verpflichtung zu weiteren fünf Monaten Dienst als Reservist:in. Die ersten 325 Rekrut*innen rückten in die Kasernen ein. Nach aktuellen Plänen der Bundeswehr sollen bis 2025 insgesamt 5.000 Reservist*innen, organisiert in fünf „Heimatschutzregimentern, für den Einsatz im Inland zur Verfügung stehen.

Der tatsächliche Kernauftrag der Heimatschutztruppe ist im Kern ein militärischer. Die neue Heimatschutztruppe soll die „außen" im imperialistischen Krieg aktiven Kampftruppen im Inneren unterstützen und entlasten. In einer aktuellen Broschüre des Verteidigungsministeriums mit dem Titel „Heimatschutz in Deutschland" heißt es: *„In Krisenlagen müssen sich die Heimatschutzkräfte darauf einstellen, die für die Verteidigung wichtige Infrastruktur in Deutschland als rückwärtigem Raum einer möglichen Bündnisverteidigung zu sichern und zu schützen."* Als Beispiele für militärisch schützenswerte Infrastruktur werden genannt: *„Häfen und Bahnanlagen, Güterumschlagplätze, die NATO-Pipeline, Marsch Stra-*

ßen, Brücken, Verkehrsknotenpunkte und digitale Infrastrukturen." (Zitiert nach RH-Zeitung 4.2021 S. 32) ...

Vorbereitung und Erprobung von Bundeswehr-Repressionseinsätzen im Inneren

Ob mit oder ohne Gesetzesgrundlage, für alle Fälle bereiten die deutschen Imperialisten auch den Einsatz der Bundeswehr nach innen zur Unterdrückung fortschrittlicher und revolutionärer Bewegungen vor. Die gegen den Widerstand hunderttausender Arbeiter:innen und Jugendlicher 1968 von der großen Koalition verabschiedeten "Notstandsgesetze" regeln für den „inneren Notstand" die Außerkraftsetzung der sogenannten "bürgerlich-demokratischen Freiheiten", wie z.B. des Versammlungs- und Streikrechts und auch ganz „legal" den repressiven Einsatz der Bundeswehr im Inneren. Offiziell festgeschrieben wurde inzwischen, dass der Einsatz der Bundeswehr im Inneren auch bei „terroristischen Großlagen" möglich sei. Wo die Definitionsmacht liegt, ist wohl klar. Die Praxis geht auch schon in diese Richtung:

- Beim Einsatz des bisher größten Polizeiaufgebots in der Geschichte der BRD (17.000 Polizisten und Spezialeinheiten in Rostock, landesweit 35.000) am 2. Juli 2007 in Rostock-Heiligendamm zum G8-Gipfel gegen Proteste in großem Umfang die Unterstützung der Bundeswehr herangezogen (über 2.000 Soldaten, Tornados, Schnellboote, Panzerspähwagen usw.).

- An der größten „Antiterrorübung" der bundesdeutschen Geschichte 2019 mit dem Titel „Baden-Württemberg Terrorismusabwehr Exercise" war – öffentlichkeitswirksam inszeniert – nicht nur die Polizei, sondern auch die Bundeswehr beteiligt.

Nach außen: Verstärkte Kriegspolitik

Nach außen werden in raschem Tempo Waffenexporte in riesigem Ausmaß und die Ausweitung der Auslandseinsätze in den verschiedenen Erdteilen durchgezogen.

Bundeswehr-Einheiten sind u. a. in Mali stationiert, wo nach Recherchen des UN-Informationsdienstes „The New Humanitarian" die von der EU und gerade auch von Deutschland trainierten Söldner nicht nur Putsche organisiert haben, sondern im Verlauf des Konflikts mehr Zivilisten ermordet haben als die sich auf den Islam berufenden faschistischen Söldner (FR 17.9.21). Die Bundeswehr hat Kampftruppen nach Osteuropa verlegt und Ende Januar 2017 die Führung eines NATO-Bataillons in Litauen übernommen. Den Bundeswehr-Truppen dort hat die neue Kriegsministerin sogleich auch ihren Besuch abgestattet. Dort soll jetzt auch eine Bundeswehr-Kaserne gebaut werden.

Im Sommer 2021 wurde die Kriegs-Fregatte „Bayern" nach Südostasien entsandt, um dort erstmals seit 1945 wieder „Flagge" zu zeigen.

Um die Fähigkeit der Bundeswehr zu „moderner Kriegsführung" zu stärken, werden High-Tech-Drohnen und modernste Kampfflugzeuge angeschafft, die im Rahmen der NATO auch die sog. „Atom-Teilhabe" gewährleisten sollen. ...

Die Zukunftspläne der deutschen Imperialisten mit ihrer Bundeswehr sind eindeutig ausgerichtet auf Krieg. Auch die offiziellen Planungsunterlagen und Papiere des deutschen Militärs sprechen eine recht offene Sprache. So heißt es im Erlass des deutschen Kriegsministeriums „Konzeption der Bundeswehr" (2018), die Bundeswehr müsse schnellstmöglich in die Lage versetzt werden, *„in allen Dimensionen mit kurzem Vorlauf, mit umfassenden Fähigkeiten bis hin zu kampffähigen Großverbänden"* loszuschlagen. ...

Die feste Einbindung der „eigenen" Bevölkerung in die Vorbereitung, dann aber vor allem in die Durchführung künftiger Kriege ist für die deutschen Imperialisten von größter Bedeutung, gerade auch um einen möglichen „Dolchstoß" im eigenen Hinterland zu verhindern. Ohne nationalistische Verhetzung, ohne militaristische Mobilisierung, ohne Ausschaltung des Widerstands gegen ihre Kriegspläne werden die deutschen Imperialisten keine groß angelegten Kriege führen können.

* * *

Von größter Aktualität ist, was Karl Liebknecht über kapitalistischen Militarismus und Armee gesagt hat:

> **„ ... Das letzte und stärkste Gewaltmittel jedoch ist die Armee; sowohl in den wirtschaftlichen wie in den politischen Kämpfen gegen das Proletariat wird sie als Ultima ratio in täglich stärkerem Maße zur Verwendung gebracht, und zwar in Ländern mit freiheitlicher Verfassung nicht minder als in konstitutionellen Monarchien und in Despotien."** (Karl Liebknecht, Der Militarismus, Thesen, Zweite Internationale Konferenz der sozialistischen Jugendorganisationen Kopenhagen 4. und 5. September 1910, Gesammelte Reden und Schriften, Band III, S. 469-475)

Das Flugblatt hat 4 A4-Seiten und enthält die weiteren Beiträge:

- Nazi-Strukturen in der Bundeswehr
- Nicht vergessen: Das Bundeswehr-Massaker in Afghanistan 2009
- Zur Kriegsvorbereitung gehört auch die maximale Überwachung aller Personen in Deutschland

---

Kontakt:

***E-mail:** gegendstroemung@web.de*

*(*Die Geheimdienste aller Länder nicht unterschätzen!)*

Drucker, Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: W. Schulze, Osnabrücker Straße 26, 10589 Berlin

https://gegendiestroemung.net *Die Nutzung unserer Homepage sollte gut überlegt erfolgen, da jeder Zugriff staatlich registriert wird*

Übersicht zu den

Politischen Stellungnahmen 1989 – 2021

von

Gegen die Strömung

Politische Stellungnahmen
Von 1989 bis 2021

Zu Themen und Fragen des revolutionären Kampfes und des wissenschaftlichen Kommunismus

von **Gegen die Strömung**

Enthält die monatlichen Flugblätter, die Bulletins, die Plakate und Diskussionsbeiträge



1989 – 1990, 4 €	1999 – 2000, 10 €	2009 – 2010, 10 €
1991 – 1992, 4 €	2001 – 2002, 10 €	2011 – 2012, 10 €
1993 – 1994, 5 €	2003 – 2004, 10 €	2013 – 2015, 10 €
1995 – 1996, 8 €	2005 – 2006, 10 €	2016 – 2018, 10 €
1997 – 1998, 10 €	2007 – 2008, 10 €	2019 – 2021, 10 €

Zu bestellen bei:

Literaturvertrieb Dimitroff – Postfach 102051 – 63020 Offenbach

info@litvertriebdimitroff.de

Politische Stellungnahmen 1989–2021

1989

- März (1)

Vor 70 Jahren im März 1919 Gründung der Kommunistischen Internationale
Die Erfahrungen und Dokumente der Kommunistischen Internationale sind unsere Waffe im Kampf für die Diktatur des Proletariats und den Kommunismus

- April (2)

Ein neues Kapitel in der Geschichte Westdeutschlands:Nazi-Partei NPD erzielt Durchbruch! Die Nazis sind wieder hoffähig geworden!
Zerschlagt die Nazi-Banden!

- Mai (3)

Es lebe der Rote 1 .Mai!

- Juni (4)

Die kapitalistisch-revisionistischen Machthaber in China zeigen ihre blutige Fratze:
Die einzig richtige Antwort: Revolution!

Plakat

Solidarität mit den kämpfenden Volksmassen in China!
Die kapitalistisch-revisionistischen Machthaber in China zeigen ihre blutige Fratze:
Die einzig richtige Antwort: Revolution!

- Juli (5)

Entlarven wir die Europa-Pläne des westdeutschen Imperialismus, Militarismus und Revanchismus

- August (6)

Die westdeutschen Impe sind die Nutznießer des Terrors des kapitalistisch-revisionistischen Deng-Hsiao-Ping-Regimes!

- September (7)

50 Jahre nach dem deutschen Überfall auf Polen:
Die deutschen Imperialisten versuchen, ihre Verantwortung für den 2. Weltkrieg abzuwälzen

- Oktober (8)

Angesichts der jüngsten Verfolgungen durch den westdeutschen Imperialismus:
Den Kampf der Sinti und Roma unterstützen!

- November (9)

Die alte Nazi-Parole „Heute gehört uns Deutschland, morgen die ganze Welt“ erlebt einen neuen Aufschwung:
Der westdeutsche Imperialismus bedroht die Völker der Welt mit einem neuen Krieg!

Plakat

Die alte Nazi-Parole „Heute gehört uns Deutschland, morgen die ganze Welt“ erlebt einen neuen Aufschwung:
Der westdeutsche Imperialismus bedroht die Völker der Welt mit einem neuen Krieg!

- Dezember (10)

Die Verbrechen der Deutschen Bank sind ein Grund mehr, das ganze imperialistische System zu stürzen!

1990

- Januar (1)

Die westdeutschen Imperialisten frohlocken über die Pleite der revisionistischen Regimes:
Der Bankrott der revisionistischen Länder ist nicht der Bankrott des Kommunismus

- Februar (2)

Bekämpfen wir die Einverleibung Westberlins durch den westdeutschen Imperialismus, Revanchismus und Militarismus?
Westberlin ist kein Teil der Bundesrepublik!

- März (3)

Bekämpfen wir den deutschen Nationalismus!
Gegen die Einverleibung der DDR!

Plakat

Volkszählungsprozess gegen den Redakteur von „Gegen die Strömung“
Kampf der bürgerlichen Klassenjustiz!

- Mai (4)

Wer die siegreiche sozialistische Revolution will, braucht die Kommunistische Partei!
Trotz Triumphgeheul des Antikommunismus:
Eine revolutionäre Kommunistische Partei im Kampf gegen Imperialismus und Opportunismus aufbauen!

- Mai (5a)

Auszug aus „Gegen die Strömung“ Nr. 50, verteilt auf der Demonstration „Nie wieder Deutschland“:
Gegen die Einverleibung der DDR!

Die „Radikale Linke“ und die „Gnade der undeutschen Geburt“: Wie radikal ist die „Radikale Linke“ wirklich?
Streiflichter zu den „MLPD“-Nationalisten

- Mai (5b)

Gegen den Vormarsch des westdeutschen Imperialismus!
Die Oder-Neiße-Grenze verteidigen!

- Juni **(6)**

Die Arbeiterklasse Südkoreas kämpft!

- Juli (7)

Im Kampf für den Kommunismus, die proletarische Revolution, die Diktatur des Proletariats und die Schaffung der Kommunistischen Partei
Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht und das revolutionäre Programm der KPD (1918)

- August (8)

Die unerträglichen Zustände in den westdeutschen Gefängnissen, die durch die revoltierenden Gefangenen ans Tageslicht gebracht wurden, sind ein Spiegelbild der wahren Zustände in Westdeutschland!
„Wir sind es leid, uns wie Vieh behandeln zu lassen …“

- September (9)

Kriegsschiffe der Bundesmarine im Mittelmeer:
Die Kanonenbootpolitik des westdeutschen Imperialismus im Nahen Osten bekämpfen!

- Oktober (10)

3. Oktober 1990: Ist die Einverleibung der DDR und Westberlins abgeschlossen?
Das letzte Wort ist noch nicht gesprochen …!

Plakat

Ein gefährliches Eintopfgericht: ihr sollt alle aus einem Topf essen, denn wir wollen euch alle in einen Topf pressen!

- November (11)

Die Doppeltaktik des westdeutschen Imperialismus entlarven!
Solidarität mit den gerechten Kämpfen des palästinensischen Volkes!

- Dezember (12)

Ein Herz für Russland? Kriegsvorbereitungen!
Die Heuchelei, Verlogenheit und Demagogie des west/deutschen Imperialismus kennt keine Grenzen!

1991

- Januar (1)

Der Kampf der Albeiterklasse in der Türkei – Vorbild für den Kampf gegen die Verschlechterung der Lebensbedingungen, Vorbild im Kampf gegen imperialistische Kriegspolitik
Statt „nationaler Opfer“ und Beteiligung an der imperialistischen Kriegstreiberei –
Kampf gegen den west/deutschen Imperialismus

Stellungnahme von „Gegen die Strömung“
Irak von US-amerikanischen und britischen Flugzeugen bombardiert!
Stellungnahme gegen die US-Aggression und die Doppeltaktik des west/deutschen Imperialismus im Nahen Osten

Plakat

Solidarität mit den wirklich fortschrittlichen und revolutionären Kräften in den Ländern des Nahen Ostens
Die US-Aggression und die Doppeltaktik des west/deutschen Imperialismus bekämpfen!
Tod dem westdeutschen Imperialismus, Revanchismus und Militarismus

- Februar (2)

Die reaktionäre Hetze gegen die heutige Antikriegsbewegung bekämpfen!

- März (3)

Unterstützen wir die berechtigten Kämpfe der Werktätigen in der ehemaligen DDR gegen die Verschlechterung ihrer Lebenslage!

- April (4)

Keine Appelle an die Imperialisten!
Die Arbeiterklasse aller Länder muss den Kampf der kurdischen Werktätigen im Irak unterstützen!

- Mai (5)

Das imperialistische Weltsystem ist die Ursache der „modernen Völkerwanderung“!

- Juni (6)

Vor 50 Jahren überfiel der deutsche Imperialismus die damals sozialistische Sowjetunion:
Keine Illusionen über den west/deutschen Imperialismus!

- Juli (7)

Der Henker der Völker Indonesiens zu Gast bei seinen west/deutschen imperialistischen Herren:
Suharto: Mörder!

- August (8)

Das Spektakel der erneuten Beisetzung des preußischen Königs in Potsdam ist Teil der ideologischen Kriegsvorbereitung des west/deutschen Imperialismus!
Kriegsverbrecher Friedrich II. als Vorbild?

- September (9)

Auf lange Sicht werden die Arbeiterinnen und Arbeiter der Sowjetunion durch eine erneute proletarische Revolution dem antikommunistischen und revisionistischen Spuk ein Ende bereiten!
Weder Gorbatschow, Jelzin noch die „Breschnewisten“ werden die Sowjetunion aus Fäulnis und Krise herausführen!

- Oktober (10)

Nazis machen die Arbeit von CDU/SPD/FDP/GRÜNEN, die seit langem eine Politik der „Abschreckung“ verkünden:
Pogrome!

- November (11)

Die Entwicklung der SED – ein Teil der „deutschen Misere“

- Dezember (12)

„Spontan“ setzen sich die bürgerlichen Lügen immer durch:
Die Macht der bürgerlichen Medien brechen!

1992

- Januar (1)

Warum der west/deutsche Imperialismus Kroatien anerkennt!

- Februar (2)

Zur Wannsee-Konferenz 1942:
Nichts vergessen!

- März (3)

Zum Internationalen Frauentag am 8. März:
Clara Zetkin – für die Rechte der proletarischen Frauen im Kampf für den Kommunismus

Plakat

Clara Zetkin 1857–1933

- April (4)

Ein Nazi-Verbrecher und seine Karriere: Nazi-Offizier – revisionistischer SED-Funktionär – SPD-Spitzenpolitiker
Was der „Fall Just" lehren kann!

- Mai (5)

Die Arbeiterklasse in Westdeutschland wird sich nicht mit dem kapitalistischen System abfinden!

- Juni (6)

Zur Erklärung der RAF vom 10. April 1992:
Den Weg in die Resignation bekämpfen!

- Juli (7)

Die wachsende Arbeiterbewegung mit aller Kraft gegen die Abwiegelei der DGB-Fürsten unterstützen!

- August (8)

Bundeswehr in der Adria: Nicht Friedensmanöver, sondern Kriegsvorbereitung!
Die Bundeswehr – mörderische Kriegsmaschinerie des west/deutschen Imperialismus

- September (9)

Pogrome in Rostock und anderswo unter der Regie des west/deutschen Imperialismus:
Dahinter steckt System!

- Oktober (10)

Die Raubgeschäfte der Treuhand und die Ausbeuterphrasen der west/deutschen Bourgeoisie

Plakat

Nazi-Morde 1991/1992
Nichts vergessen, nichts vergeben!

Plakat

Nazi-Morde an Silvio Meier, Yeliz Arslan, Bahide Arslan, Ayşe Yilmaz
Doppelt und dreifach zurückschlagen!

- November (11)

8. November 1992: Berechtigte Proteste gegen die Propagandashow des west/deutschen Imperialismus
Die Drecksargumente gegen die konsequenten Nazi-Gegner bekämpfen!

- Dezember (12)

Hunderttausende demonstrieren gegen die Nazi-Mörder
Kein Vertrauen in diesen Staat, der die braune Pest hervorbringt!

1993

- Januar (1)

Vor 60 Jahren, am 30. Januar 1933 legte das deutsche Finanzkapital die politische Vertretung seiner Interessen in die Hände der Nazifaschisten
Gegen Verfälschung und Verkürzung: Die wesentlichen Merkmale des Nazifaschismus verstehen!

- Februar (2)

Nötiger denn je:
Studiert das „Manifest der Kommunistischen Partei" von Marx und Engels!

Gegen die Vertuschung der Morde (Zur Vertuschung der Nazi-Morde durch den west/deutschen Imperialismus und seiner Medien)

- März (3)

Stalin und Chauvinismus sind unvereinbar!

- Mai (4)

Aus den Betrieben selbst wird sich der Widerstand entwickeln!

Die weitere Expansion der revanchistischen Bundeswehr bekämpfen!

- Mai (5)

Die Herrschaft des Finanzkapitals und die steigenden „Staatsschulden"

- Juni (6)

Von Nazis ermordet: Saime Genç, Hülya Genç, Hatice Genç, Gürsün İnce, Gülistan Öztürk!
Doppelt und dreifach zurückschlagen!

Plakat

Wehrt Euch, lasst Euch von deutschen Verbrechern nicht abfackeln!

- Juli (7)

Den proletarischen Internationalismus gegen den modernen Revisionismus erkämpfen!
Für die Einheit der kommunistischen Kräfte der ganzen Welt!

Plakat

Das wahre Gesicht des west/deutschen Imperialismus:
Die Hinrichtung von Wolfgang Grams steht in blutiger Tradition!

- August (8)

Den Kampf der Kolleginnen und Kollegen in Bischofferode in der EX-DDR unterstützen!

Die Soldaten des west/deutschen Imperialismus in Afrika auf blutigen Spuren!

Plakat

Deutsche Aggressionstruppen – raus aus Somalia! Den Kampf gegen die Bundeswehr auf der Straße, in den Betrieben und in den Kasernen entfachen!

September (9)

Was zeigt das mörderische Massaker der UNO-Truppen in Somalia?

- Oktober (10)

„Der Hamburger Aufstand gehört nicht ‚der Geschichte an', sondern er ist eine Probe für die Zukunft" (Ernst Thälmann)
Der Hamburger Aufstand 1923

- November (11)

Der west/deutsche Imperialismus tritt in der Pose des Siegers des Zweiten Weltkrieges auf!

Kampf dem Verbot der kurdischen Organisation!

- Dezember (12)

„Für alles Reaktionäre gilt, dass es nicht fällt, wenn man es nicht niederschlägt!"

(Zum 100. Geburtstag von Mao Tse-tung)
Kohl-Besuch in China:
Die west/deutschen Imperialisten auf dem Vormarsch!

1994

- Januar (1)

Die Zusammenarbeit der demokratischen und revolutionären Organisationen aller Nationalitäten vorantreiben!
Den Kampf gegen das Verbot der PKK und anderer kurdischer Organisationen, gegen staatliche Faschisierung und Nazi-Banden organisieren!

Beilage

Die Erklärung der ERNK zu den Nazi-Morden in Solingen schadet den in West/Deutschland kämpfenden antifaschistischen Kräften

Plakat

Bekämpft das Verbot der PKK und anderer kurdischer Organisationen

- Februar (2)

Spitzel!

- März (3)

Kambodscha, Somalia, Bosnien …
Die west/deutschen Militaristen bei der Arbeit!

- April (4)

Schluss mit der Hetze gegen unsere kurdischen Genossinnen und Genossen!
Die Drecksargumente gegen die kurdische Befreiungsbewegung zerschlagen!

Der Nazi-Brandanschlag auf die Synagoge in Lübeck

- Mai–Juni (5–6)

Es lebe die Revolution in Mexiko!

Magdeburg: Zusammenspiel von Polizei und Nazis!

Plakat

Heute haben wir gesagt Basta! (Erklärung der EZLN)

- Juli (7)

Warum die Schrift „Über die Grundlagen des Leninismus" studieren?

Halim Dener, kurdischer Revolutionär, von west/deutschem Polizisten ermordet!

Plakat

Mord an Halim Dener!

- August (8)

Solidarität mit den Genossinnen und Genossen der ANTIFA(M) in Göttingen!

Kommunistische Positionen zum Attentat auf Hitler am 20. Juli 1944

- September (9)

„Den Unterdrückten wird in mehreren Jahren einmal gestattet, darüber zu entscheiden, welcher Vertreter der unterdrückenden Klasse sie im Parlament ver- und zertreten soll." (Karl Marx)
Warum der Parlamentarismus ein antidemokratisches System ist

- Oktober (10)

Entwurf einer Resolution für die 2. Parteikonferenz von GDS
5 Jahre Einverleibung der DDR – 5 Jahre Raub und Betrug des west/deutschen Imperialismus

Beilage

3. Oktober 1994: Kampfdemonstration in Bremen gegen den revanchistischen „Nationalfeiertag"!

- November (11)

Ausgangspunkte und Aspekte im Kampf für die Analyse der internationalen Lage:
Gegen das Gift der „rein deutschen" Perspektive!

(Auszüge aus dem Entwurf für eine Resolution der 2. Parteikonferenz von GDS)

- Dezember (12)

In jeder physischen Auseinandersetzung mit Nazi-Kadern geht es um Leben und Tod! Wer das bestreitet, lügt!
Der Organisator der Nazi-Morde Kaindl wird nicht der Letzte sein, der auf der Straße liegenbleibt!

Demonstrationen in Essen und Worms am 10. Dezember 1994: Polizeistaat in Aktion

1995

- Januar (1)

36.000 „unerwünschte Ausländer" abgeschoben, 3.500 ständig in Abschiebehaft!!
Der mörderische Terror der Abschiebehaft und der Abschiebungen!

Solidarität mit dem Antifaschisten Nino!

Plakat

Opfer der mörderischen Abschiebepolitik!
Kampf dem staatlichen Abschiebeterror!

- Februar–März (2–3)

50 Jahre Bombardierung Dresdens: Ein Prüfstein für die korrekte Haltung gegen Nazismus und Nationalismus!
Warum die Nazi-Festung Dresden zerstört werden musste!

- April (4)

Den Widerstand der 11 Kommunistischen Parteien in Buchenwald vor allem gegen antikommunistische Lügen, aber auch deutsch-chauvinistische SED-Fälschungen verteidigen!
50 Jahre Schwur von Buchenwald:
„Die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln ist unsere Losung!"

- Mai (5)

8. Mai 1995. 50 Jahre militärischer Sieg über den Nazi-Faschismus!
Das Potsdamer Abkommen – eine sehr scharfe Waffe zur Entlarvung des deutschen Imperialismus, Revanchismus und Militarismus!

- Juni (6)

Polizeiüberfall auf vietnamesische Arbeiterinnen und Arbeiter in Berlin!
Solidarität mit den vietnamesischen Arbeiterinnen und Arbeitern im Kampf gegen Medienhetze, Polizei- und Abschiebeterror!

- Juli (7)

Gegen die Heuchelei der Repräsentanten und Medien des deutschen Imperialismus:
Das kapitalistische Profitstreben ist die Ursache für die sogenannte „Umweltverschmutzung"!

- August (8)

Kurdische Hungerstreikende am 27.7.1995 in Frankfurt/Main von SEK-Trupps auseinandergeprügelt!
Polizeiterror gegen Kurdinnen und Kurden!

Erklärung von „Gegen die Strömung": Bekämpft den Kriegseinsatz der Bundeswehr in Ex-Jugoslawien!

Plakat

Kämpft für die sofortige Freilassung der kurdischen Genossinnen und Genossen aus den Gefängnissen des deutschen Imperialismus!

- September–Oktober (9–10)

Am 1. September 1995, dem Jahrestag des Nazi-Überfalls auf Polen:
Kriegseinsatz des deutschen Imperialismus in Bosnien!

Die Nazis verstärken ihren rassistischen Tenor!

Beilage

5 Jahre Einverleibung der DDR

- November (11)

Der Kampf innerhalb und außerhalb der Bundeswehr!

- Dezember (12)

Zum 100. Todestag von F. Engels:
Friedrich Engels – revolutionärer Kämpfer für den wissenschaftlichen Kommunismus

Plakat

„Klassenkämpfe in Frankreich"
Unsere Solidarität mit den kämpfenden Arbeiterinnen und Arbeitern in Frankreich!

1996

- Januar (1)

Solidarität mit den kämpfenden Arbeiterinnen in Frankreich!

- Februar (2)

Vertuschung des Nazi-Massakers in Lübeck!

Plakat

Nazi-Massaker in Lübeck von Polizei, Staatsanwaltschaft und Medien vertuscht!

Plakat

Nazi-Massaker durch Brandanschlag von Lübeck! Doppelt und dreifach zurückschlagen!

- März (3)

„Wer kämpft kann verlieren, wer nicht kämpft hat schon verloren!"
Zum Kampf der Arbeiterinnen und Arbeiter der Vulkan-Werften in Bremen und Bremerhaven

Solidarität mit den gegen die deutsche Polizei kämpfenden Kurdinnen und Kurden!
Der Naziterror geht weiter!
Erklärung zur Besetzung der deutschen Botschaft in Mexiko!
„taz" und „junge Welt" vertuschen im wahrsten Sinne des Wortes die Wahrheit!

Flugzettel

(Geplanter) Redebeitrag des Buchladen-Dimitroff auf der Demonstration „Rassistische Ermittlungen durchkreuzen!" am 23.3.96 in Lübeck

- April–Mai (4–5)

Über die aktuelle Bedeutung von Lenins Schrift „Was tun?"

Beilage

Erklärung der Redaktion von „Radikal Brechen" zum Zusammenschluss mit „Gegen die Strömung"

- Mai (5)

Die Rekrutenvereidigung der Bundeswehr in Berlin bekämpfen!

Solidarität mit dem gerechten Widerstand gegen den Castor-Transport!

Plakat

Die Bundeswehr – mörderische Maschinerie des deutschen Imperialismus, Militarismus und Revanchismus!
Kampf der Bundeswehr auf der Straße, in den Kasernen und im Betrieb!

- Juni (6)

Ohne und gegen die DGB-Fürsten das Kapital bekämpfen!

- Juli–August (7–8)

Der 20. Parteitag der KPdSU 1956:
Entscheidender ideologischer Wendepunkt zur Restauration des Kapitalismus in der Sowjetunion und zur imperialistischen Konterrevolution

Beilage

Das „Manifest von Aguas Blancas“ des Ejército Popular Revolucionario

Beilage

Thesen der Resolutionen der 2. Parteikonferenz von „Gegen die Strömung“

Beilage

Zur Broschüre – „Der Hungerstreik in den Gefängnissen des reaktionären türkischen Staates vom 20. Mai bis 28. Juli 1996

- September (9)

Hannover, Worms, Grevesmühlen … Nazis schützen, Linke verfolgen:
Der Polizeistaat bei der Arbeit!

- Oktober (10)

Die entscheidende Lehre des Metallarbeiterstreiks 1956 in Schleswig- Holstein für die Lohnfortzahlung bei Krankheit:
Sich durch die Abwiegelei der DGB-Führung nicht vom Kampf gegen das Kapital abhalten lassen!

Solidarität mit den von Razzien, Abschiebungen und Nazi-Tenor bedrohten Bauarbeitern aus anderen Ländern!

- November (11)

Der Syrer Achmed Bachir von Nazis in Leipzig erstochen – Der Grieche Vassilis nach Festnahme in Handschellen von hinten von der Polizei „auf der Flucht erschossen“ – Drei Menschen aus der Türkei durch Brandanschlag in Karlsruhe ermordet!
Nazis und Polizei – Mord und Totschlag!

- Dezember (12)

60 Jahre spanischer Bürgerkrieg:
Die Bedeutung des revolutionären bewaffneten Kampfes der Völker Spaniens gegen Faschismus und militärische Intervention

1997

- Januar (1)

Für den revolutionären Bürgerkrieg, die sozialistische Revolution und die Diktatur des Proletariats:
Das kommunistische Erbe von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht verteidigen!

Beilage

Thesen der II. Parteikonferenz von „Gegen die Strömung“: „Die Notwendigkeit der Kommunistischen Partei und prinzipielle Fragen ihres Aufbaus – Teil I und II“

- Februar (2)

Die Nazis und ihre Verbindungen mit dem Staatsapparat nicht unterschätzen!

Beilage

Kampf gegen die braune Pest – Eine Auswahl aus den Publikationen von Gegen die Strömung zum Thema

Flugzettel

Nazi-Mord an Frank Böttcher in Magdeburg am 9.2.1997!

- März (3)

Erfahrungen aus dem militanten Kampf der Bergarbeiter

Beilage

Erklärung zur bewaffneten Aggression der Bundeswehr und zum bewaffneten Aufstand in Albanien

Plakat

Bekämpfen wir die militärische Aggression des deutschen Imperialismus gegen Albanien!

Plakat

Gegen den immer brutaleren Kapitalismus hilft nur der immer militantere und zielklarere Kampf!

- April–Mai (4–5)

Aus den Erfahrungen der proletarischen Rote Hilfe unter Führung der Komintern für heute lernen:
Freiheit für alle revolutionären und demokratischen Gefangenen!

Nazi-Aufmarsch am 1. Mai in Leipzig verhindern!

Flugblatt

Zum Kampf gegen den Naziaufmarsch am 1. Mai in Leipzig:
Die entscheidende Frage im Kampf gegen die Nazis ist nicht nur „bessere Organisierung“, sondern vor allem größere Klarheit!

Juni (6)
Über die aktuelle Bedeutung von Lenins Schrift „Staat und Revolution“:
Den Aberglauben an den Staat bekämpfen!

- Juli (7)

Bekämpft das Zusammenspiel von Staat und Nazis gegen Kirchenasyl für Flüchtlinge!
Solidarität

Beilage

Thesen der II. Parteikonferenz von „Gegen die Strömung“: „Die Notwendigkeit der Kommunistischen Partei und prinzipielle Fragen ihres Aufbaus – Teil III“

Plakat

Solidarität mit dem Hungerstreik der demokratischen und revolutionären Gefangenen des faschistischen Regimes im Iran!

- August–September (8–9)

Entlarven wir die in blutiger Tradition stehenden Europa-Pläne des deutschen Imperialismus, Militarismus und Revanchismus!
Die deutsche „Neuordnung Europas bekämpfen!

Der „Hochwassereinsatz“ der Bundeswehr an der Oder: Kriegsvorbereitung

Beilage

Drei grundlegende Aspekte des Proletarischen Internationalismus: Für die weltweiten Ziele des Kommunismus, gegen den europäischen und gegen den deutschen Chauvinismus

Plakat

Einverleibung der DDR 1989: ein neues Kapitel in der Verbrecherischen Geschichte des deutschen Imperialismus!

Plakat

Die deutsche „Neuordnung Europas“ bekämpfen!

Plakat

Wann darf ein Polizist „Mörder“ genannt werden?

Beilage

Die Bundeswehr: Eine Armee in der Tradition der Nazi-Wehrmacht und des deutschen Imperialismus

Plakat

Die Bundeswehr – mörderische Maschinerie des deutschen Imperialismus, Militarismus und Revanchismus!

- Oktober–November (10–11)

Vor dreißig Jahren wurde Che Guevara von den Schergen des Imperialismus im Kampf ermordet!
Kampf um das revolutionäre Erbe Ernesto Che Guevaras!

Beilage

Ein Dokument der Solidarität mit Vietnam von Che Guevara: Botschaft an die Völker der Welt:
„Schaffen wir zwei, drei, viele Vietnam!“ (April 1967)

- Dezember (12)

Warum die kritische Analyse der Kämpfe der Arbeiterinnen und Arbeiter in West/Deutschland nach 1945 notwendig ist:
Aus den Erfahrungen der Kämpfe der Arbeiterinnen und Arbeiter in West/Deutschland für künftige Kämpfe lernen!

1998

- Januar (1)

Gründe, warum das Studium des Hauptwerks von Karl Marx von grundlegender und aktueller Bedeutung ist
Studiert „Das Kapital“!

- Februar (2)

Aus dem beispielhaften Kampf der Erwerbslosen in Frankreich lernen!
Den Kampf gegen die massenhafte Erwerbslosigkeit und ihre kapitalistischen Ursachen aufnehmen!

- März (3)

Solidarität mit den gerechten Entschädigungsforderungen des Volkes der Herrero in Namibia!
Der Völkermord der deutschen Imperialisten an den Herero wird weder vergeben noch vergessen!

Nazi-Mord an der 14-jährigen Antifaschistin Jana Georgi in Saalfeld am 26.3.1998!

Beilage

Dokument: „Die soziale und moralische Verpflichtung der Rückgabe des Eigentums, das das Volk der Herero und Mbanderu während des deutschen Kolonialismus und dem daraus folgenden Krieg verloren hat“

- April (4)

Mai 1997 bis April 1998 – Schlaglichter zum Vormarsch des deutschen Imperialismus:
Die Resignation bekämpfen!

Chronologie der wichtigsten Anti-Nazi-Demonstrationen 1997/1998

- Mai (5)

Leipzig, 1. Mai 1998:
Militanter Kampf – der richtige Weg gegen die erstarkenden Nazis!

Beilage

Kommunistische Positionen zum reaktionären „Völkerschlachtdenkmal“

- Juni–Juli (6–7)

Gegen die 60-Jahre-Jubelfeier des „Musterbetriebes“ des deutschen Monopolkapitals
VW – in der ungebrochenen Tradition der Verbrechen des Nazi-„Musterbetriebs“

- August (8)

Vor 60 Jahren erschien eines der bedeutendsten Werke des wissenschaftlichen Kommunismus:
Gute Gründe, die „Geschichte der KPdSU(B) – Kurzer Lehrgang“ heute zu studieren

- September–Oktober (9–10)

Gegen den Kriegseinsatz des deutschen Imperialismus in Kosova!

Unterstützen wir die beispielhaften militanten Kämpfe der werktätigen in Chile!

Plakat

Unterstützen wir die „Verdammten dieser Erde“ gegen den deutschen Imperialismus!

- November–Dezember (11–12)

Der Novemberpogrom 1938:
Vor aller Augen!

Beilage

Dokumente und Kritik
Die Erklärung des ZK der KPD „Gegen die Schmach der Judenpogrome!“ vom November 1938 – mit kritischer Einschätzung
Die 1893 verabschiedete Resolution der revolutionären deutschen Sozialdemokratie gegen den Antisemitismus – mit kritischer Einschätzung
Kritische Einschätzung der Rede August Bebels gegen den Antisemitismus von 1893

1999

- Januar (1)

Angesichts der Verschärfung der Abschiebungen und der Germanisierungspolitik des deutschen Imperialismus – vor allem den proletarischen Internationalismus und den Kommunismus propagieren!
Über die Zusammenarbeit der revolutionären Kräfte verschiedener Nationalitäten in Deutschland

Zehn Plakate

Zum 80. Jahrestag der Ermordung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht

- Februar (2)

Der Stein, den die Reaktionäre durch die Verschleppung Öcalans erhoben haben, wird auf ihre eigenen Füße fallen.
Der türkische Folterstaat und alle Reaktionäre der Welt werden den Sieg des gerechten kurdischen Befreiungskampfes nicht verhindern können!

Nazi-Mord an dem algerischen Flüchtling Omar Ben Noui am 13.2.1999 in Guben nach organisierter Nazi-Hetzjagd vor den Augen der deutschen Polizei!

- März (3)

Den Angriffskrieg der deutschen Imperialisten gegen Jugoslawien mit allen Mitteln bekämpfen!

Plakat

Den Angriffskrieg der deutschen Imperialisten gegen Jugoslawien mit allen Mitteln bekämpfen!

- Mai (4)

Den imperialistischen Krieg gegen Jugoslawien bekämpfen!
Die Demagogie des deutschen Imperialismus von der angeblich „humanitären" Hilfe entlarven!

- Mai–Juni (5–6)

Angesichts des imperialistischen Angriffskriegs des deutschen Imperialismus gegen Jugoslawien:
Die Lehre Lenins über den Imperialismus ist aktueller denn je!

- Juli (7)

Gegen die „Gewöhnung" an die tagtäglichen Nazi-Verbrechen!

Plakat

Nazi-Morde 1989–1999 – eine unvollständige Chronik

Plakat

Morde in Deutschland

- August–September (8–9)

Wladimir Iljitsch Lenin

Beilage

J. W. Stalin – Über Lenin

Rede auf dem Gedenkabend der Kremlkursanten am 28. Januar 1924

- Oktober (10)

Der deutsche Imperialismus – einer der Hauptdrahtzieher und einer derOberherrn des indonesischen Henkerstaates
Deutsche Waffen, deutsches Geld morden mit in Indonesien!

Der mutige Widerstand der inhaftierten Revolutionäre in der Türkei zeigt: Der Kampf geht weiter!

- November –Dezember (11–12)

Fünf Wochen Betriebsbesetzung bei Alcatel-Berlin!

2000

- Januar (1)

Was zeigen die militanten Massenkämpfe in Ecuador?

60-tägiger Hunger- und Durststreik und internationale Solidaritätsaktionen zwingen Gefängnisbehörden des deutschen Imperialismus zur Aufhebung der Isolationshaft!

- Februar–März (2–3)

Zum Thema Zwangsarbeit:
Die Forderungen der Verfolgten des Nazifaschismus sind berechtigt!

- April (4)

Rüstungsexport als Wesensmerkmal des deutschen Imperialismus:
„Deutsche Waffen, deutsches Geld, morden mit in aller Welt"

- Mai (5)

Gegen das Drecksargument „Keine Gewalt gegen Nazis!":
Wer Gewalt gegen Nazi-Terror ablehnt, macht sich mitschuldig!

Plakat

Von Nazis ermordet! Alberto Adriano

- Juni–Juli (6–7)

Gegen die Verfälschung einer Grundthese des wissenschaftlichen Kommunismus:
„Die Arbeiter haben kein Vaterland!"

- August (8)

Bombenanschlag in Düsseldorf:
Der antisemitische Terror der Nazis hat System!

Plakat

Der deutsche Antisemitismus – legitimer Zwillingsbruder des deutschen Imperialismus

- September–Oktober (9–10)

10 Jahre „Deutsche Einheit":
Der Nazi-Terror von Hoyerswerda bis Düsseldorf

- November–Dezember (11–12)

100 Jahre deutscher Imperialismus: 100 Jahre Raub und Mord!
Die Massaker der deutschen Militaristen in China 1900

Plakat als Beilage

100 Jahre deutscher Imperialismus, 100 Jahre Raub und Mord!
Im Jahre 1900: Deutsche Soldateska raubt und mordet in China!

Flugzettel

Über 800 revolutionäre und demokratische Gefangene in der Türkei seit 20. Oktober im Hungerstreik!
Massaker in den Gefängnissen des mörderischen türkischen Staates!

Plakat

Nazis morden, der Staat schiebt ab!

2001

- Januar (1)

Ohne auch nur einen Millimeter im Kampf gegen die Nazis zurückzuweichen – den Kampf gegen staatlichen Abschiebeterror und staatliche Faschisierung überhaupt verstärken!
Gegen den Staatsterror!

- Februar–März (2–3)

Wie der mörderische türkische Staat versucht, den Kampf der Gefangenen in Blut zu ersticken
Der Kampf der demokratischen und revolutionären Gefangenen in der Türkei geht weiter!

- April–Mai (4–5)

Die kommunistische Arbeit in den Betrieben langfristig vorantreiben!

Flugzettel

Thesen gegen den kapitulantenhaften Aufruf zum „Antifakongress" der Autonomen Antifa M), der Antifaschistischen Aktion Berlin und des Bündnis gegen Rechts Leipzig im April 2001

- Juni (6)

1.Mai 2001:
Die Erfahrungen der Kämpfe gegen die Nazi-Banden auswerten!

- Juli–August (7–8)

Ein Beitrag zur Klassenanalyse in Deutschland
Revolutionäre Perspektiven auf dem Land?

- September (9)

Erklärung von „Gegen die Strömung":
Die militanten Kämpfe in Genua gegen die weltweiteimperialistische Ausbeutung und Unterdrückung warengerecht!

Flugzettel

Angesichts der amerikanisch-britischen Bombardierungen Afghanistans:
Gegen den dümmlichen „Anti-Amerikanismus" der Opportunisten!

Oktober–November (10–11) – Zeitung

Angesichts der amerikanisch-britischen Bombardierungen Afghanistans und des Beschlusses des deutschen Bundestags zum Kriegseinsatz der Bundeswehr in und um Afghanistan:
Kampf gegen die Kriegspolitik des deutschen Imperialismus!

Beilage

Einige Fakten zu **Afghanistan**

Flugblatt

(Zweiseitiger Auszug aus der Zeitung)

- Dezember (12)

22. Juni 1941 – 8. Mai 1945:
Krieg des deutschen Nazifaschismus gegen die Diktatur des Proletariats in der Sowjetunion
1418 Tage!

Beilage

Rundfunkansprache des Genossen Stalin vom 3. Juli 1941:
„Die faschistische Hitlerarmee kann und wird geschlagen werden …"

2002

- Januar (1) – Zeitung

Die anhaltenden Kämpfe der Ausgebeuteten und Unterdrückten in Argentinien zeigen den fortschrittlichen Kräften der ganzen Welt:
So wie es ist, bleibt es nicht!

Grundlegende Daten und Fakten zu **Argentinien** – Der deutsche Imperialismus in Argentinien.

Plakat

Solidarität mit den Kämpfen der Ausgebeuteten und Unterdrückten in Argentinien!

- Februar (2)

NPD und Verfassungsschutz:
Die Nazis mitten im Staatsapparat!

Beilage

NPD und Verfassungsschutz – Fakten

- März (3)

Ex-Jugoslawien, Afghanistan, Usbekistan, Kuwait, Somalia …
Der deutsche Imperialismus beim dritten militärischen Anlauf für seine Weltherrschaftsziele!

Plakat

Militaristische Propaganda auf dem Vormarsch!

Die Schüler Goebbels' bei der Arbeit!

- Zum 1. Mai (4)

Die imperialistischen „Herren der Welt" haben NICHT „alles im Griff"!
Die gerechten Kämpfe der Ausgebeuteten und Unterdrückten in aller Welt lassen sich nicht aufhalten!

- Mai (5)

Die erstarkende Feindschaft gegen die Juden in Deutschland bekämpfen!

- Juni (6)

Die imperialistischen Großmächte hetzen die Völker gegeneinander, um ihre Expansion zu betreiben:
Die Masse der werktätigen Bevölkerung Israels und der palästinensischen Autonomiegebiete wird gemeinsam im Kampf gegen Imperialismus und Chauvinismus eine neue Seite ihrer Geschichte aufschlagen!

- Juli (7)

Das Dilemma der von der Gewerkschaftsführung abhängigen Streikbewegung:
Der Bauarbeiterstreik im Juni 2002

- August (8)

Den Kampf der Roma aus dem ehemaligen Jugoslawien gegen den mörderischen Abschiebeterror des deutschen Imperialismus unterstützen!

- September (9)

Aus Dimitroffs Kampf gegen den Nazi-Faschismus lernen!

- Oktober (10)

Die US-imperialistischen Kriegsvorbereitungen gegen den Irak bekämpfen ohne unseren Hauptfeind, den deutschen Imperialismus aus der Schusslinie zu nehmen!
Tod dem „deutschen Weg" des deutschen Imperialismus!

- November (11)

Überfalle, Misshandlungen, Anschläge, Mord:
Nazi-Terror!

Plakat

Von Nazis ermordet! Marinus Schöberl

- Dezember (12)

Studiert die Schriften des wissenschaftlichen Kommunismus:
ÜberzeugendeArgumente für den Kommunismus

2 Plakate

Studiert den Kommunismus!

Plakatserie (15 Plakate)

100 Jahre deutscher Imperialismus
100 Jahre Raub und Mord

2003

- Januar (1)

Studiert die Schriften des wissenschaftlichen Kommunismus:
ÜberzeugendeArgumente für den Kommunismus

Plakate

Studiert den Kommunismus!

- Februar (2)

Am 30. Januar 1933 wurde Hitler zum Reichskanzler ernannt:
Der Klassenkampf unter Führung der KPD 1929 bis zum Sieg des Nazi-Faschismus 1933

- März (3)

20. März 2003: Irak von US-amerikanischen und englischen Flugzeugen bombardiert!
Stellungnahme gegen die US-Aggression und die Taktik des deutschen Imperialismus im Nahen Osten

Flugzettel

20. März 2003: Irak von US-amerikanischen und englischen Flugzeugen bombardiert!
Stellungnahme gegen die US-Aggression und dieTaktik des deutschen Imperialismus im Nahen Osten

- April (4)

5. März 1953: Vor 50 Jahren starb Genosse Stalin:
Stalin in Deutschland verteidigen!

- Mai (5)

Die Zuspitzung der Rivalität zwischen den imperialistischen Großmächten und der Prüfstein: Kampf gegen die Bundeswehr!
Zur internationalen Lage

- Juni–Juli (6–7)

Mit Polizei, Zwickel und Medien wie „Bild" forciert der deutsche Imperialismus die Faschisierung gegen die Arbeiterbewegung:
Die IG-Metall-Führung bricht die eigene Satzung: Streikabbruch ohne Urabstimmung!

Beilage

Aus den Kämpfen der Arbeiterinnen und Arbeiter lernen!

- August–September (8–9)

Im Kampf für den wissenschaftlichen Kommunismus und die proletarische Revolution gegen religiöse Verdummung und Verhetzung
Religion: Vor allem die christlich-deutsche Ideologie bekämpfen!

- Oktober (10)

Solidarität mit den Kämpfen der werktätigen und ausgebeuteten Massen Boliviens!

- November–Dezember (11–12)

Der Erste Weltkrieg – ein von allen Seiten ungerechter Krieg, dennoch gilt damals wie heute: Der Hauptfeind steht im eigenen Land!
Die Verbrechen des deutschen Imperialismus im Ersten Weltkrieg und die Lage heute

Plakat

Lehren aus dem Ersten Weltkrieg 1914–1918 für heute

2004

- Januar–Februar (1–2)

Die mörderische deutsche Herrenmenschen-Ideologie bekämpfen:
Gegen Nazi-Terror und Diskriminierung von Menschen mit dunkler Hautfarbe in Deutschland!

Flugzettel

Im Kampf gegen die Kriegsvorbereitungen und Kriegspolitik aller Imperialisten gilt:
Der Hauptfeind steht im eigenen Land!

- März (3)

Gegen die Illusionsmacherei über eine angeblich mögliche Reform des Kapitalismus:
Die Verschärfung der Ausbeutung und der Verelendung mit revolutionärer Perspektive bekämpfen!

Flugzettel

Gegen die Illusionsmacherei über eine angeblich mögliche Reform des Kapitalismus:
Die Verschärfung der Ausbeutung und der Verelendung mit revolutionärer Perspektive bekämpfen!

- April (4)

„EU-Osterweiterung“:
Kampf dem Vormarsch des deutschen Imperialismus! Kampf dem deutschen Chauvinismus!

- Mai (5)

Die Heuchelei des deutschen Imperialismus angesichts der Verbrechen seinesimperialistischen Rivalen:
Die Folter ist ein Meister aus Deutschland

- Juni (6)

Der Kampf gegen den deutschen Revanchismus ist unverzichtbar!
Was bedeutet deutscher Revanchismus?

- Juli (7)

20 Jahre nach dem Kampf für die Durchsetzung der 35-Stunden-Woche verschärft das deutsche Monopolkapital die Angriffe auf die Arbeits- und Lebensbedingungen der gesamten Arbeiterklasse:
Der Kampf der Arbeiterinnen und Arbeiter von DaimlerChrysler im Juli 2004

- August–September (8–9)

Kampf gegen den Antiziganismus:
Solidarität mit den Sinti und Roma!

Beilage

Kommunistische Positionen zum Warschauer Aufstand 1944

- Oktober (10)

Zum Streik und Streikabbruch bei Opel:
Zweierlei Lehren

- November–Dezember (11–12)

Die Nazi-Ideologie vom „lebensunwerten Leben“:
Von der Diskriminierung zum Massenmord

Flugzettel

Die Nazi-Ideologie vom „lebensunwerten Leben“:
Von der Diskriminierung zum Massenmord

Grußadresse

Grußadresse anlässlich der 3.Parteikonferenz von „Gegen die Strömung“:
An die am wissenschaftlichen Kommunismus orientierten Kräfte der ganzen Welt

2005

- Januar (1)

Der moderne Revisionismus ist und bleibt die Hauptgefahr

Beilage

Stellungnahmen und Dokumente zum Kampf gegen den Opportunismus und Revisionismus

- Februar (2)

60 Jahre Bombardierung Dresdens: ein Prüfstein für die korrekte Haltung gegen Nazismus und Nationalismus!
Warum die Nazi-Festung Dresden zerstört werden musste!

- März (3)

Solidarität mit dem bewaffneten Befreiungskampf in Nepal!

Beilage

Allgemeine Einschätzung der Lehren und des Werkes Mao Tse-tungs (Thesen zur Diskussion)

- April (4)

Nazi-Aufmärsche unter Polizeischutz wie am 13.2.2005 in Dresden, NPD-Wahlerfolge unter dem Schutz des deutschen Staats und geplante Nazi-Aktionen am 8. Mai in Berlin:
Kampf gegen die erstarkende Nazi-Bewegung!

Kampf dem staatlichen Terror!

Beilage

Nachruf

- Mai–Juni (5–6)

8. Mai 1945: Sieg über den Nazi-Faschismus
8. Mai 2005: Der deutsche Imperialismus, Militarismus und Revanchismuswieder auf dem Vormarsch
Argumente gegen den Geschichtsrevisionismus

Beilage

Zur Einschätzung des Aufrufs des ZK der KPD vom 11.6.1945

Flugzettel

Argumente gegen den Geschichtsrevisionismus

- Juli–August (7–8)

Die Zukunftspläne des deutschen Militärs: KRIEG

- September–Oktober (9–10)

„Die Belegschaft hat mehrheitlich den Streik beschlossen. Wenn jemand mit demokratischen Entscheidungen nicht umgehen kann, muss er halt mit den Konsequenzen leben.“
Streik bei Infineon München:Ein Lehrstück über die Notwendigkeit des Kampfs gegen Streikbrecher

- November (11)

Die Stärke der erfolgreichen Aktion gegen den NPD-Aufmarsch in Göttingenam 29.10.2005
Militanter Kampf gegen Nazis und Polizei mit Unterstützung durch ein Bündnis antinazistischer Kräfte

- Dezember–Januar (12–1)

„Manifest der Kommunistischen Partei“

von Karl Marx und Friedrich Engels

2006

- Februar (2)

AEG, Häfen, Gate Gourmet:

Die Streiks der Arbeiterinnen und Arbeiter unterstützen!

- März (3)

Gegen die Leugnung des Nazi-Völkermords an den europäischen Juden durch den iranischen Staatspräsidenten, gegen die Aggression des US-Imperialismus und vor allem gegen den deutschen Imperialismus:
Unterstützen wir die revolutionären Kräfte im Iran!

- April (4)

Gegen deutsch-chauvinistische Überheblichkeit:
Die Spaltung unter den Arbeiterinnen und Arbeitern ist das „Geheimnis der Machterhaltung der Kapitalistenklasse" (Marx)

- Mai–Juni (5–6)

Unterstützen wir die massenhaften und zum Teil bewaffnet geführten Klassenkämpfe der werktätigen und ausgebeuteten Massen in Indien!

- Juli–August (7–8)

Aktuelle Aspekte von Lenins Schrift „Materialismus und Empiriokritizismus", gegen die Philosophie der Lügner „Es gibt keine Wahrheit":
Wissen statt Glauben

Beilage

Grundlegende Aufgaben der theoretischen Arbeit (Auszug aus „Rot Front" Nr. 4, Seite 10–90 sowie den Prüfsteinen in „Rot Front" Nr. 19, Seite 174–177)

- September–Oktober (9–10)

Von der Unterstützung pro-imperialistischer reaktionärer bewaffneter Milizen zur direkten militärischen Intervention:
Der deutsche Imperialismus schickt seine Bundeswehr-Soldaten in kolonialistischer Manier in den Kongo

- November–Dezember (11–12)

60 Jahre „Urteil von Nürnberg"
Die weltgeschichtliche Bedeutung des Nürnberger Prozesses verteidigen!

2007

- Januar (1)

Der reaktionäre § 175 und der Nazi-Faschismus
Gegen jegliche Hetze und Diskriminierung gleichgeschlechtlichorientierter Menschen!

- Februar–März (2–3)

Aufruf an die kommunistisch orientierten Kräfte, die Schriften Lenins „Renegat Kautsky" und „Kinderkrankheit im Kommunismus" zu studieren
Die Mehrheit der Arbeiterinnen und Arbeiter

- April (4)

Das Schlagwort vom „Neoliberalismus" verschleiert der Verstärkung des bürgerlichen Staatsapparats und die verschärfte Faschisierung!
Das Schlagwort vom „Neoliberalismus"

- Mai (5)

Das Schlagwort von der „Globalisierung" verschleiert die Existenz und die Kriegsvorbereitungen des deutschen Imperialismus:
Das Geschwätz von der „Globalisierung"

- Juni (6)

Ein Beitrag zur Debatte über die Vorgänge in Rostock und danach:
Warum die militanten Kämpfe in Rostock vom 2. Juni einiges zur Klärungbeitragen

- Juli–August (7–8)

Eine notwendige Diskussion:
Über die sogenannte „Gewaltfrage"

- September–Oktober (9–10)

90 Jahre Sieg der sozialistischen Oktoberrevolution in Russland:
Der siegreiche Aufstand des Proletariats gegen die Bourgeoisie

Beilage

Die Tricks und Spekulationen der modernen Revisionisten mit einer angeblich möglichen „friedlichen Entwicklung" zum Sozialismus in Russland 1917

- November–Dezember (11–12)

Erfahrungen des Streiks der Lokführer und Lokführerinnen und des anderen Fahrpersonals der Bahn:
Die Tricks und Drecksargumente gegen die berechtigten Kämpfe der Werktätigen bei der Bahn entlarven!

2008

- Januar (1)

Klarheit über sozialistische Demokratie erkämpfen!

- Februar (2)

Zu den Protesten gegen die Massenentlassungen bei Nokia: Gegen Abwiegelei und nationalistische Kampagnen
Den Kampf verschärfen, den Betrieb besetzen!

- März (3)

„Ein fremdenfeindlicher Hintergrund ist ausgeschlossen"???
Gleichgültigkeit und Resignation gegenüber dem Nazi-Terror bekämpfen!

- April (4)

Ausbeutung und Unterdrückung verschärfen sich!
– Keine Illusionen in die Gewerkschaftsführung!
1. Mai 2008: Gegen das Kapital und seinen Staat kämpfen!

- Mai (5)

Gegen Nazis und Polizeigewalt
Zu den Erfahrungen der militanten Kämpfe am 1. Mai 2008

Beilage

Hamburg-Altona 1932: Nazis und Polizei werden militant bekämpft

- Juni (6)

Solidarität mit den vom Imperialismus verfolgten Flüchtlingen!
Den Kampf gegen den mörderischen polizeistaatlichen Terror verstärken!

- Juli–August (7–8)

Zur Antifa-Konferenz „Rechtspopulismus in Europa“ in Köln vom 5.–7.9.2008:
Streit nicht aus dem Weg gehen!

Flugzettel

Zu den Protesten gegen die Nazi-„Islam-Konferenz“:
Kampf den Nazis und der staatlichen Faschisierung!

- September–Oktober (9–10)

Was wir aus Marx' „Kritik des Gothaer Programms“ im Kampf für den Kommunismus lernen können
Es geht um den *ganzen* Marx!

- November–Dezember (11–12)

Krise des Kapitalismus – Staatsgläubigkeit und die üble Rolle von Pseudo-Linken

2009

- Januar (1)

Warum Aktionen gegen die Bundeswehr wie die der Antifas in Hannover von großer Bedeutung sind
Keine Gewöhnung an den deutschen Militarismus

- Februar–März (2–3)

Der deutsche Imperialismus und Griechenland

Beilage

Griechenland 1941–1949

- Sondernummer 1. Mai

Krise des Kapitalismus – Staatsgläubigkeit und die üble Rolle von Pseudo-Linken

Keine Gewöhnung an den deutschen Militarismus!

- April–Mai (4–5)

Kampf den Ideologen des staatsmonopolistischen Kapitalismus!
„Vater Staat soll's richten“!?

- Juni–Juli (6–7)

60 Jahre Grundgesetz:
Den Heiligenschein des Grundgesetzes zerschlagen!

- August (8)

Solidarität mit den kämpfenden Volksmassen im Iran!

- September (9)

Bundeswehr-Massaker in Afghanistan

- Oktober–November (10–11)

9. November 1938:
Keinen Persilschein für den deutschen Imperialismus!

- Dezember (12)

Der Staat zeigt sein wahres Gesicht, wenn sich die Kämpfe zuspitzen!

2010

- Januar (1)

Den Nazi-Aufmarsch in Dresden verhindern!
Die Nazi-Ideologie vom „Kriegsverbrechen Dresden“ bekämpfen!

- Februar (2)

Vor 100 Jahren wurde der 8. März als internationaler Frauentag beschlossen
Die kämpferische Frauenbewegung im Iran und die Aufgaben der kommunistischen Kräfte im Kampf zur Befreiung der Frauen

- März–April (3–4)

Lohnsklaverei und Hartz IV

- Mai (5)

Solidarität mit den von Abschiebung bedrohten Roma und allen vom Imperialismus verfolgten Flüchtlingen!
Den Kampf gegen Rassismus und Antiziganismus und gegen den mörderischen Abschiebeterror verstärken!

- Juni (6)

Solidarität mit dem Kampf der Werktätigen in Griechenland!
Der deutsche Imperialismus wagt sich weiter vor:

Deutscher Herrenmenschen-Jargon gegen Griechenland

Plakat

Solidarität mit dem militanten Kampf der Arbeiterinnen und Arbeiter in Griechenland

- Juli–August (7–8)

Der deutsche Imperialismus: Kriegstreiber im „Nahost-Konflikt“

- September (9)

Überlegungen zur Losung: „Staat, Nation, Kapital: Scheiße“

- Oktober (10)

Nur in Frankreich Abschiebungen von Roma?
10.000 Roma sollen aus Deutschland abgeschoben werden! SOLIDARITÄT!

- November (11)

Sarrazin, Teil 1:
Es geht nicht nur um Sarrazin!

- Dezember (12)

Es geht nicht nur um Sarrazin (Teil2): Warum der Rassist Sarrazin gezielt auf Hartz-IV-Betroffene losgeht
Sarrazins Programm: „Konsequent durchgesetzter Arbeitszwang“

2011

- Januar (1)

Militante Proteste in Ägypten und anderen Staaten und die Manöver der imperialistischen Großmächte und reaktionären Kräfte in diesen Ländern
Solidarität? Solidarität!

- Februar (2)

Dresden am 19.2.2011:
Erfolgreicher militanter Kampf gegen Nazis, Polizei und Abwiegler

- März (3)

Es geht nicht nur um Sarrazin (Teil 3):
Sarrazins anti-islamische und anti-muslimische Hetze in der Pose des deutschen Herrenmenschen

- April (4)

8. März 1911–2011:
100. Jahrestag des internationalen Kampftages zur Befreiung der Frauen:
Zur Realität von Gewalt gegen Frauen in Deutschland

- Mai (5)

Es geht nicht nur um Sarrazin (Teil 4):
Die „genetisch Guten" stehen zu Recht oben: Eugenik, Herrenmenschenideologie und Antikommunismus

- Juni–Juli (6–7)

Zur Pariser Kommune von 1871:
Die Bedeutung des Aufstands des Pariser Proletariats 1871

Beilage

Zum Studium der Schrift:
Karl Marx, „Der Bürgerkrieg in Frankreich" (1871)

Plakat

Resolution der Kommunarden

- August (8)

Die Imperialisten haben nicht alles im Griff
Militanter massenhafter Aufruhr in der Hauptstadt Englands

- September–Oktober (9–10)

Weltweite Demonstrationen gegenzunehmende Verelendung und kapitalistische Raubgier!
Die mörderische Realität des imperialistischen Weltsystems schreitnach der Vernichtung des Imperialismus und Kapitalismus,nach dem Aufbau des Kommunismus!

Beilage

Warum unser gemeinsamer Kampf gegen die nationalistischen Jubelfeiern des deutschen Imperialismus am 3. Oktober die Kritik an dem Aufruf des Antifa AK Köln, der autonomen antifa [f] und anderer erfordert
Solidarität und Kritik!

- November–Dezember (11–12)

Wissenschaftlich-kommunistische Imperialismus-Theorie contra reaktionäre und opportunistische Imperialismus-Theorie:
Zweierlei Imperialismus-Theorien, die sich ausschließen

2012

- Januar–Februar (1–2)

NSU-Nazis/Nazi-Bewegung/Verfassungsschutz/Staat/Kapitalismus:
Die Sache hat System!

- März (3)

Gauck als Symbol

Plakat

Karl Marx' Aufruf ist aktueller denn je:
Krieg den deutschen Zuständen!

- April–Mai (4–5)

Warum der europäische Chauvinismus in Kombination mit dem deutschen Chauvinismus so gefährlich ist
Klassenkämpfe finden nicht nur in Europa statt!

- Juni (6)

Revolutionäre Positionen contra staatstragenden Attac-Reformismus

- Juli–August (7–8)

Zur Medienkampagne und Kriminalisierung der „Beschneidung":
Die Hetze gegen die jüdische und muslimische Bevölkerung in Deutschland bekämpfen!

- September–Oktober (9–10)

Marx studieren, um das kapitalistische System zu stürzen!

- November–Dezember (11–12)

Die Vorurteile gegen die Anarchisten bekämpfen!

2013

- Januar–Februar (1-2)

Zum 8. März – Jahrestag des Internationalen Kampftags der Frauen:
Solidarität mit der Bewegung in Indien gegen Frauenunterdrückung!
März - April (3-4)
Die Erfahrungen von Opel zeigen, dass die Losung richtig ist:
Wer kämpft, kann verlieren,wer nicht kämpft,hat schon verloren!

- Mai - Juni (5-6)

Solidarität mit denkämpfenden Arbeiterinnenund Arbeitern inBangladesch!

- Juli-August (7-8)

Mit mörderischem Kalkül durchgeführter Polizeiterror ge-

gen Flüchtlinge in München am 30.6.2013:
Solidarität mit dem Kampf derFlüchtlinge gegen den mörderischenPolizei- und Abschiebeterror desdeutschen Staats!

- September (9)

Die deutschen Geheimdienste, NSU und NSA:
BKA-Zentrale und Zentrale desVerfassungsschutzes gestürmt!Alle Daten wurden gesichert!

- Oktober (10)

Über 360 tote Flüchtlinge vor Lampedusa …
200 tote Flüchtlinge im Kanal von Sizilien:
Der deutsche Imperialismus unddie Massenmörder von „Frontex“

- Nov. – Dez. (11-12)

Der deutsche Imperialismus unddas Handy von Merkel

2014

- Januar–Februar (12)

Eine grundsätzliche Frage:
Warum entwickeln sich Klassenkämpfe in einem Land wie Deutschlandso schwer?

- März-Mai (3-5)

Deutscher Imperialismus, Hände weg von der Ukraine!

Sieben Millionen von den Nazis ermordete Frauen, Männer und Kinder aus der Ukraine klagen noch heute an!

- Juni-Juli (6-7)

Die zunehmende Judenfeindschaft bekämpfen!

Plakat:
Die zunehmende Judenfeindschaft bekämpfen!

- Aug.-Okt. (8-10)

Den Kampf gegen die Muslim-Feindschaft in Deutschland verstärken!

Plakat:
Den Kampf gegen die Muslim-Feindschaft in Deutschland verstärken!

- Nov.-Dez. (11-12)

Solidarität mit den demokratischen und revolutionären kurdischenKämpferinnen und Kämpfern in Kobane!

2015

- Januar (1)

Zu den Mordanschlägen faschistischer Söldner gegen linke Satiriker und jüdische Menschen in Paris

Plakat:
Taktik von Pegida entlarvt!
Faschistische Vereinnahmung

- Februar-März (2-3)

Zum Jahrestag der Pariser Kommune am 18.März 1871:
Vom Kampf der Pariser Kommune lernen!

- April-Mai (4-5)

1. und 8. Mai 1945 – 70 Jahre nach dem Sieg über den Nazi-Faschismus:
Der deutsche Imperialismus spielt sich immer frecher als Sieger der Geschichte auf!

Beilage:
Es lebe der Proletarische Internationalismus!
Schlaglichter internationaler Kämpfe gegen Imperialismus und verschärfte Ausbeutung der letzten 12 Monate

- Juni-Juli (6-7)

Von der Utopie zur Wissenschaft:
Warum wissenschaftlicher Kommunismus?

August (8)
Eine schwierige Situation für den Kampf der ausgebeuteten Massen der Bevölkerung Griechenlands:
Solidarität!

- Sept.-Okt. (8-9)

25 Jahre „Deutsche Einheit“:
Einverleibung der DDR, Weltmachtpolitik und Krieg, Hartz IV, Faschisierung und Vormarsch der Nazis!
Deutsche „Herrenmenschen“-Republik

- Nov.-Dez. (10-11)

Faschistischer Bombenanschlag in Ankara am 10. Oktober 2015 auf eine Demonstration gegen das reaktionäre Regime in der Türkei:
Die internationale Solidarität mit den Genossinnen und Genossen in der Türkei verstärken!

Plakat:
Ankara 10.10.2015: Faschistische Massaker

2016

- Januar-Februar (1-2)

Die Schüler Goebbels bei der Arbeit:
Bürgerliche Medien hetzen wie die Nazis!

- März-April (3-4)

Grundlegende Positionen des wissenschaftlichen Kommunismus:
Was ist Kapitalismus?

- Mai-Juli (5-7)

Grundlegende Positionen des wissenschaftlichen Kommunismus:
Was ist Imperialismus?

- August(8)

Warum die Kämpfe gegen die herrschende Klasse in Frankreich in Deutschland weitgehend verschwiegen werden
Ein Bericht über die Kämpfe in Frankreich

- September (9)

Der Kapitalismus in China wird gestürzt werden!

- Oktober-November (10-11)

Die Rolle des Proletariats im Kampf für den Kommunismus

- Dezember (12)

Was ist Kommunismus?

2017

- Januar-Februar (1-2)

Der Sozialismus, die erste Phase des Kommunismus und die Notwendigkeit der Diktatur des Proletariats

- März (3)

Die internationale Solidarität wird immer wichtiger!
Heuchlerische Empörung des deutschen Imperialismus

- April (4)

Gegen die reaktionäre und konterrevolutionäre Ausbeutungs- und Unterdrückungspolitik der deutschen Imperialisten:
Solidarität mit dem Kampf der Genossinnen und Genossen in der Türkei!
Beilage:
Die Bedeutung von Ibrahim Kaypakkaya für die sich neu formierende revolutionäre und kommunistische Bewegung in der Türkei

- Mai-Juni (5-6)

Skandal oder normal?
Nazis in der Bundeswehr – Imageprobleme der deutschen Imperialisten

- 3. Juli

G20-Gipfel in Hamburg:
Den deutschen Imperialismus als Hauptfeind bekämpfen!

- Juli-August (7-8)

Der grundlegende Weg der sozialistischen Revolution zur Erkämpfung der Diktatur des Proletariats und des Kommunismus

- September (9)

150 Jahre „Das Kapital“ von Karl Marx

- Oktober-November (10-11)

Zur Notwendigkeit einer Kommunistischen Partei und des Kampfs gegen Opportunismus und Revisionismus
Beilage:
1917 – Sozialistische Oktoberrevolution in Russland.
Der siegreiche Aufstand des Proletariats gegen die Bourgeoisie!

- Dezember (12)

Den Antikommunismus bekämpfen!

2018

- Januar-Februar (1-2)

Kampf gegen die Diskriminierung von Minderheiten

- März (3)

Zum Kampf gegen Unterdrückung, Diskriminierung und Ausbeutung der Frauen

- April (4)

Die Realität des deutschen Imperialismus:
Verstärkung der Faschisierung, Verstärkung des Militarismus

- Mai-Juni (5-6)

Über die Notwendigkeit des Kampfs gegen Judenfeindschaft unter dem Deckmantel einer sogenannten „Israelkritik“

- Juli (7)

Mitten im Staatsapparat: Die Nazis und ihre Helfer

- August-September (8-9)

Die Türkenfeindschaft bekämpfen!
Gegen deutschnationale Ignoranz und antikommunistische

- Oktober (10)

Geschichtsverfälschung:
Die Bedeutung der weltweiten Kämpfe in der Zeit um 1968

- November-November (11-12)

Novemberrevolution 1918/19, Bayerische Räterepublik 1919, bewaffnete Kämpfe gegen den Kapp-Putsch 1920:
Zu den Massenmorden an revolutionären Kräften Hakenkreuz-Freikorps und sozialdemokratische Staatsmänner in einer Front!

2019

- Januar-Februar (1-2)

Zum Kampf gegen die Verschlechterung der Lebenslage in Frankreich
Polizei-Terror in Frankreich

- März (3)

Der 8. März - Kampftag der Frauen auf der ganzen Welt gegen
Ausbeutung, Diskriminierung und Unterdrückung!

- April (4)

Die Widersprüche zwischen den imperialistischen Großmächten verschärfen sich:
Donald Trump und der deutsche Nationalismus!

- Mai - Juni (5-6)

Zu Marx Schrift gegen Judenfeindschaft von 1844 – Stärken und Probleme

- Juli – August (7-8)

Wichtige Erfahrungen der sich entwickelnden proletarischen Bewegung ab dem „Sozialistengesetz“ 1878:
Aus dem praktischen Kampf der Arbeiterinnen und Arbeiter gegen Judenfeindschaft lernen!

- September (9)

Die IAA 2019 in Frankfurt – ein Propagandaspektakel der Herrschenden:
IAA, „Auto-Ideologie“ und Kapitalismus bekämpfen!

- Oktober (10)

Versuchtes Nazi-Massaker an Jüdinnen und Juden in der Synagoge in Halle am 9.10.2019!
Solidarität mit der jüdischen Bevölkerung in Deutschland, die von Nazi-Massakern bedroht ist!

- November (11)

Anläßlich des Überfalls der türkischen Armee:
Solidarität mit der bewaffnet kämpfenden kurdischen Befreiungsbewegung in Rojava!

- Dezember (12)

Solidarität mit den Massenkämpfen gegen Ausbeutung und Unterdrückung in Chile!

2020 (21)

- Januar-Februar (1-2)

Rassistisches Nazi-Massaker an neun Menschen in Hanau am 19. Februar 2020:
Selbstschutz gegen Nazi-Angriffe organisieren!

- März – April (3-4)

Das Corona-Virus als Vorwand!
Plakat: Das Corona-Virus als Vorwand!

- Mai - Juni (5-6)

Solidarität mit den antirassistischen Massenkämpfen in den USA:
Den Kampf gegen rassistische Polizeigewalt und Nazi-Terror
in Deutschland verstärken!
Gegen den deutschen Nationalismus und Rassismus ankämpfen!

Beilage:
Rassistischer Mord an George Floyd durch die US-Polizei am 25.5.2020:
Solidarität mit den antirassistischen Massenkämpfen in den USA!

- Juli – August (7-8)

Den deutschen Imperialismus und seine Verbrechen in afrikanischen Ländern bekämpfen

Beilage:
Mörderische deutsche Kolonialpolitik in afrikanischen Ländern bis hin zum Genozid und Kampf gegen den Kolonialrassismus und die Ideologie des „weißen Herrenmenschen“

- September (9)

Solidarität mit den Protesten gegen Reaktion und Polizeigewalt in Israel

- Oktober -November (10-11)

Grundpositionen zur aktuellen Lage:
Verschärfung polizeistaatlicher Maßnahmen unter dem Vorwand von Corona und die Notwendigkeit der verstärkten Solidarität

- Dezember – Januar (12/20 – 1/21)

Im Kampf gegen die staatliche Faschisierung:
Die Haltung zu den Refugees klärt die Lage!

2021

- Februar –März (2-3)

Nazi-Netzwerke fest verankert in der Bundeswehr

- April (4)

Das kommunistische Erbe von Rosa Luxemburg gegen offene Feinde und falsche Freunde verteidigen!

- Mai (5)

1.Mai – Kampf für den proletarischen Internationalismus:

Kampf gegen den verschärften Abschiebeterror des deutschen Staats!

- Juni-Juli (6-7)

Vor 80 Jahren:

Überfall des deutschen Nazifaschismus auf die sozialistische Sowjetunion am 22. Juni 1941!

- September (8-9)

Gegen den Terror der bürgerlichen Klassenjustiz:

Solidarität mit Ella und Lina!

- Oktober -November (10-11)

Angesichts der massiven Repression gegen die vom PKK-Verbot betroffenen Genossinnen und Genossen:

Die Solidarität mit allen demokratischen und revolutionären Gefangenen verstärken!

- Dezember (12/21)

Die Solidarität mit allen demokratischen und revolutionären Gefangenen verstärken!

Bisher erschienene Ausgaben von

„Rot Front“

Theoretisches Organ von
Gegen die Strömung

Nr. 1, Januar 1996

Resolutionen der 2. Parteikonferenz von Gegen die Strömung

Resolution 1:
Für die sozialistische Revolution, die Diktatur des Proletariats und den Kommunismus

Resolution 2:
Proletarischer Internationalismus und proletarische Weltrevolution

Resolution 3:
Tod dem deutschen Imperialismus, Revanchismus und Militarismus (Teil I)

Zur Vorgeschichte, Entstehung und Entwicklung des deutschen Imperialismus

Die Einverleibung der DDR – Raub und Betrug des west/deutschen Imperialismus

Karl Marx:
Krieg den deutschen Zuständen
Einleitung zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie

156 Seiten, Preis 5,- €

Nr. 2, Juli 1996

Resolutionen der 2. Parteikonferenz von Gegen die Strömung

Resolution 3:
Tod dem deutschen Imperialismus, Revanchismus und Militarismus (Teil II)

Prüfsteine im Kampf gegen den deutschen Imperialismus, Revanchismus und Militarismus, gegen deutschen Chauvinismus und Rassismus, Faschisierung und verschärfte Ausbeutung

Resolution 4:
Der grundlegende Weg der sozialistischen Revolution im imperialistischen Deutschland

I. Die Rolle des Proletariats als führende Klasse der sozialistischen Revolution

II. Kommunistische Positionen zu Demokratie und Sozialismus

III. Die gewaltsame sozialistische Revolution des Proletariats und Fragen des bewaffneten Kampfes und des bewaffneten Aufstands

W. I. Lenin:
Die Lehren des Moskauer Aufstands

324 Seiten, Preis 10,- €

Nr. 3, Januar 1997

Resolutionen der 2. Parteikonferenz von Gegen die Strömung

Resolution 5:
Die Notwendigkeit der Kommunistischen Partei und prinzipielle Fragen ihres Aufbaus (Teil I und II)

I. Hauptmerkmale der Kommunistischen Partei

II. Zwei grundlegende Gesetzmäßigkeiten beim Aufbau der Kommunistischen Partei: Unversöhnlicher Kampf gegen den Opportunismus und Kritik/Selbstkritik

J. W. Stalin:
Dem Genossen G. Telija zum Gedenken

266 Seiten, Preis 10,- €

Nr. 4, Juli 1997

Resolutionen der 2. Parteikonferenz von Gegen die Strömung

Resolution 5:
Die Notwendigkeit der Kommunistischen Partei und prinzipielle Fragen ihres Aufbaus (Teil III)

III. Theorie – Kader – Organisation – die drei grundlegenden Bestandteile des Aufbaus der Kommunistischen Partei

W. I. Lenin:
Brief an einen Genossen über unsere organisatorischen Aufgaben

318 Seiten, Preis 10,- €

Nr. 5, Januar 1998

Kämpfe der Arbeiterinnen und Arbeiter in Westdeutschland 1949–1974

Streik der Landarbeiterinnen und Landarbeiter 1951 • Der Kampf gegen das Betriebsverfassungsgesetz 1952

Kampf auf der Howaldt-Werft 1955 • Streik der Metallarbeiterinnen und Metallarbeiter 1956/1957

Septemberstreiks 1969 • Pierburg 1973 • Ford 1973 – ohne und gegen die Gewerkschaftsführung

W. I. Lenin:
Über Streiks

Diskussionsbeiträge zu den Resolutionen der 2. Parteikonferenz von Gegen die Strömung

217 Seiten, 7,70 €

Nr. 6, Juli 1998

Das kommunistische Erbe von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht verteidigen

Zum Programm der KPD • Programm der Kommunistischen Partei Deutschlands vom 31. Dezember 1918

Den Kampf von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht für die proletarische Revolution und den Kommunismus weiterführen

Diskussionsbeiträge zu einigen Fragen der Einschätzung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht

203 Seiten, Preis 7,50 €

Nr. 7, Januar 1999 (Sondernummer)

Stellungnahmen von „Gegen die Strömung“ zu Kämpfen der Arbeiterinnen und Arbeiter in West/Deutschland und in anderen Ländern von 1984 bis 1997

Zehn Stellungnahmen von „Gegen die Strömung“ zu Kämpfen der Arbeiterinnen und Arbeiter in West/Deutschland 1984–1997

Chronologischer Überblick von Kämpfen der Arbeiterklasse und der anderen ausgebeuteten und unterdrückten Massen in West/Deutschland seit 1947

Anhang

Fünf Stellungnahmen von „Gegen die Strömung“ zu Kämpfen von Arbeiterinnen und Arbeitern in anderen Ländern

238 Seiten, Preis 10,- €

Nr. 8–10, Juli 2000

Die Gründung der SED und ihre Vorgeschichte (1945–46)

Voraussetzungen: Die Verbrechen des Nazifaschismus und ihre Bedeutung für die Linie der KPD/SED

Kritische Einschätzung des KPD-Aufrufs vom 11. Juni 1945

Hauptkettenglied Entnazifizierung – ein Prüfstein

Gründung der SED – Verzicht auf Kernpunkte des wissenschaftlichen Kommunismus

Anhang

15 Artikel zur besseren Einschätzung und zum kritischen Verständnis inhaltlicher Positionen sowie der Politik der KPD/SED vor und nach dem Vereinigungsparteitag

708 Seiten, Preis 25,- €

Nr. 11–14, Juli 2002

Zur „Polemik“ – Die revisionistische Linie des XX. Parteitags der KPdSU (1956) und die grundlegenden Fehler der berechtigten Kritik der KP Chinas (1963)

Die Bedeutung der Prinzipien des wissenschaftlichen Kommunismus

Das Schema vom „friedlichen und nichtfriedlichen Weg“ widerspricht dem wissenschaftlichen Kommunismus

Über die Epoche des Imperialismus und der proletarischen Revolution

Zu den Aufgaben und Zielen der Revolution in abhängigen, in kapitalistisch entwickelten und in sozialistischen Ländern

Zur Geschichte und zur Methode des Kampfes gegen den modernen Revisionismus

Dokument

KP China: Ein Vorschlag zur Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung (1963)

628 Seiten, Preis 23,- €

Nr. 15, Juli 2003

Grundlegende Merkmale der kommunistischen Gesellschaft

I. Überzeugende Argumente für den Kommunismus

II. Lenin über die höhere Phase der Kommunistischen Gesellschaft

III. Grundlegende Merkmale der Kommunistischen GesellschaftTexte von Marx, Engels, Lenin und Stalin

96 Seiten, Preis 5,- €

Nr. 16–17, Januar 2004

J. W. Stalin

Ein kurzer Abriss seines Lebens und Wirkens

I. Stalins Entwicklung zum führenden Kader der Kommunistischen Partei

II. Stalins herausragende Rolle an der Spitze der KPdSU(B) im Kampf für den Aufbau des Sozialismus und die Entwicklung der kommunistischen Weltbewegung (1924–1939)

III. Stalins Leistungen in den Jahren 1939–1953

Nach dem Tod Stalins

410 Seiten, Preis 12,50 €

Nr. 18, Oktober 2004

Die Verbrechen des deutschen Imperialismus im Ersten Weltkrieg

Lehren aus dem Ersten Weltkrieg für heute

Wie durch lokale Kriege, imperialistische Diplomatie und nationalistisch-chauvinistische Hetze der Weltkrieg vorbereitet wird

Die Auslösung des Ersten Weltkriegs im August 1914 und die Explosion des deutschen Chauvinismus

Der Erste Weltkrieg als imperialistisches Weltgemetzel und die besonders brutalen Verbrechen des deutschen Imperialismus

Nationaler Befreiungskampf in den Kolonien contra Entfachung von reaktionären Massenbewegungen

Zum Kampf gegen den Ersten Weltkrieg in Deutschland, zur Novemberrevolution und zum Versailler Vertrag

Die Gründung der Kommunistischen Internationale im Kampf gegen die Opportunisten und Sozialchauvinisten

Anhang: Auszug aus der Geschichte der KPdSU(B)

152 Seiten, Preis 6,- €

Nr. 19, Januar 2005

Dokumente der 3. Parteikonferenz von Gegen die Strömung (2004)

Programmatische Grundsatzerklärung:

Für die sozialistische Revolution, die Diktatur des Proletariats und den Kommunismus

Programmatische Dokumente (Thesen):

I. Proletarischer Internationalismus und proletarische Weltrevolution

II. Tod dem deutschen Imperialismus, Militarismus und Revanchismus!

III. Der grundlegende Weg der sozialistischen Revolution im imperialistischen Deutschland

IV. Der Kampf gegen den modernen Revisionismus

V. Die Notwendigkeit der Kommunistischen Partei und prinzipielle Fragen ihres Aufbaus

Grußadresse an die am wissenschaftlichen Kommunismus orientierten Kräfte der ganzen Welt

200 Seiten, Preis 7,50 €

Nr. 20, Juli 2005

Kritik des Buches von Enver Hoxha „Imperialismus und Revolution“

I. Enver Hoxha im Kielwasser der modernen Revisionisten: ein grundlegend falscher Standpunkt zu den Problemen der demokratischen Etappe der chinesischen Revolution

II. Revisionistische Positionen zu Grundfragen der Entwicklung des Sozialismus und Kommunismus

III. Eine grundlegend falsche Linie im Kampf gegen den Imperialismus

IV. Ein grundlegend falsches Herangehen an die Einschätzung Mao Tse-tungs,der KP Chinas und der chinesischen Revolution

264 Seiten, Preis 12,50 €

Nr. 21, Januar 2006

Die revisionistischen Angriffe gegen den dialektischen Materialismus zurückschlagen

Zu einigen wesentlichen Angriffen der modernen Revisionisten gegen Stalins Werk „Über dialektischen und historischen Materialismus“

Die kommunistischen Ansichten Mao Tse-tungs über den dialektischen Materialismus gegen den modernen Revisionismus prinzipienfest auswerten

98 Seiten, Preis 5,- €

Nr. 22, Juli 2006

Der Krieg des deutschen Nazi-Faschismus gegen die sozialistische Sowjetunion (Juni 1941–Mai 1945)

A. Der Überfall des imperialistischen Nazi-Deutschland auf die damals sozialistische Sowjetunion am 22. Juni 1941

B. Das Scheitern der „Blitzkriegsstrategie“: „Vor Moskau muss die Zerschlagung der faschistischen deutschen Eindringlinge beginnen!“ (Juni 1941–November 1942)

C. Der Beginn der Zerschlagung der Nazi-Armee: „Es ist an der Zeit, mit dem Rückzug Schluss zu machen. Keinen Schritt zurück!“ (1942/43)

D. Nazi-Verbrechen in der Sowjetunion 1941–1944

E. Die „Zehn Schläge“ der Roten Armee zusammen mit den Partisaninnen und Partisanen zur Befreiung der Völker der Sowjetunion und Osteuropas von den Nazi-Mördern (1944)

F. Die Zerschlagung der nazi-faschistischen Machtzentren im Kampf um Berlin: „Ein rasender Hund ist auch noch im Verenden gefährlich!“ (1945)

G. Faktoren für den Sieg der Diktatur des Proletariats unter Führung Stalins

155 Seiten, Preis 8,- €

Nr. 23–25, 2007/2008

**Mao Tse-tung –
seine Verdienste – seine Fehler**

Teil 1 Grundlegende Positionen zu Fragen der proletarischen Weltrevolution und der internationalen Lage

Teil 2 Grundlegende Positionen zu Fragen der chinesischen Revolution

Teil 3 Über einige Positionen Mao Tse-tungs zur Kommunistischen Partei und zum innerparteilichen Kampf

Teil 4 Der Klassenkampf für die Errichtung und Festigung der Diktatur des Proletariats und der ideologische Kampf innerhalb und außerhalb der KP Chinas 1949–1965.
Die Schriften Mao Tse-tungs 1950–1976 und der sogenannte „Band V“

608 Seiten, Preis 25,- €

Nr. 26–27, 2009/2010

Theoretische und politische Fragen des Zweiten Weltkriegs

Das Dokument „Geschichtsfälscher“, Moskau 1948, ist vollständig erhalten

Zur Theorie des Imperialismus und der proletarischen Revolution, zu besonderen Aufgaben des Sozialismus in einem Land und komplizierten Fragen der Einschätzung des Charakters des Zweiten Weltkriegs

Schwierigkeiten der sozialistischen Außenpolitik im Kampf für die Existenz der Diktatur des Proletariats (Kurzer Überblick 1918–1952)

Die richtige taktische Linie der KPdSU(B) während der besonderen Zwischenetappe von August 1939 bis Juni 1941 gegen antikommunistische Verleumdungen verteidigen!

Vorteile und Hauptprobleme der Anti-Hitler-Koalition für die UdSSR und die kommunistische Weltbewegung

248 Seiten, Preis 14,- €

Nr. 28 (2015)

Zum Kampf von Karl Marx gegen Judenfeindschaft

Stärken und Probleme des Kampfs von Karl Marx für jüdische Emanzipation und gegen den Judenfeind Bruno Bauer (1844/45)

I. Stellungnahme zu Karl Marx’ Kritik an Bruno Bauers judenfeindlichen Schriften von 1844

II. Referate zur Vertiefung

A. Wie Marx und Engels rückblickend die Schwächen ihrer ersten Schriften einschätzten

B. Vorgeschichte und Geschichte der „Deutsch-Französischen Jahrbücher“

C. Kommunistische Haltung zu Religion und Religionskritik

Anhang

Zur Publikations- und Rezeptionsgeschichte der Schrift „Zur Judenfrage“ von

Karl Marx – ein Literaturbericht

201 Seiten • 12,- €

Nr. 29 (2016)

Von Alcatel bis Opel Bochum:
Wichtige Kämpfe der Arbeiterinnen und Arbeiter in Deutschland

1999–2013

I. Grundsätzliches vorab

II. Wichtige Kämpfe 1999–2013

III. Grundfragen des Kampfes

Anhang
Zur sozialen Lage der proletarischen Klasse und anderer ausgebeuteter Werktätiger in Deutschland – Schlaglichter zur Realität und Aspekte zur Klassenanalyse

174 Seiten • 12,- €

Nr. 30 (2017)

Zur Diskussion gestellt:
Grundfragen im Kampf für die sozialistische Revolution und den

Kommunismus

I. Warum wissenschaftlicher Kommunismus?

II. Der Kapitalismus

III. Der Imperialismus, das höchste und letzte Stadium des Kapitalismus, und die proletarische Revolution

IV. Das Proletariat ist die einzig wirklich konsequent revolutionäre Klasse•
Die Bedeutung und Gefahr einer bestochenen Schicht der proletarischen Klasse (sogenannte Arbeiteraristokratie)

V. Der Kommunismus

VI. Der grundlegende Weg der sozialistischen Revolution zur Erkämpfung der Diktatur des Proletariats und des Kommunismus

VII. Zur Notwendigkeit einer Kommunistischen Partei und des Kampfs gegen Opportunismus und Revisionismus

178 Seiten • 8,- €

Nr. 31 (2017)

Zur Diskussion gestellt:
Grundfragen der Vorbereitung der sozialistischen Revolution in Deutschland

Aufgaben und Probleme des Kampfs gegen den deutschen Imperialismus

I. Der proletarische Internationalismus als Voraussetzung für die sozialistische Revolution in Deutschland

II. Der Kampf gegen den deutschen Imperialismus als imperialistische Großmacht

III. Ökonomische Kämpfe, der Kampf gegen Faschisierung und gegen die Gefahr einer offenen Diktatur der Bourgeoisie

IV. Kampf gegen „Teile und Herrsche“ als Voraussetzung einer siegreichen sozialistischen Revolution

V. Kampf gegen alle Varianten des Antikommunismus

120 Seiten • 5,- €

Nr. 32 (2017)

Zur Diskussion gestellt:
Grundzüge der Entwicklung des Weltimperialismus und der Klassenkämpfe (1900–2010)
Ein erster Überblick

I. Zur Entstehung und Entwicklung des Kapitalismus bis zum Beginn der Epoche des Imperialismus und der proletarischen Revolution

II. Zur internationalen Lage – vom Beginn der Epoche des Imperialismus und der proletarischen Revolution bis 2010

A. 1900 bis September 1917: Von der Entstehung des Imperialismus bis vor die Oktoberrevolution in Russland 1917

B. Oktober 1917 bis 1955: Vom Sieg der sozialistischen Oktoberrevolution 1917 bis kurz nach dem Tod Stalins

C. 1956 bis 2010: Von der gigantischen Niederlage der kommunistischen Weltbewegung 1956 bis 2010

245 Seiten • 10,- €

Nr. 33 (2017)

Zur Diskussion gestellt:
**Grundzüge der Geschichte des deutschen Imperialismus und der Klassenkämpfe (1900–2010)
Ein erster Überblick**

Zur Vorgeschichte des deutschen Imperialismus

I. Grundzüge der Geschichte des deutschen Imperialismus (1900 bis zur Oktoberrevolution 1917)

II. Grundzüge der Geschichte des deutschen Imperialismus (vom Sieg der Oktoberrevolution 1917 bis 1955)

A. Der deutsche Imperialismus und die Klassenkämpfe 1917–1923

B. Der Aufstieg des Nazi-Faschismus in Deutschland

C. Die Verbrechen des deutschen Imperialismus (1933–1945)

D. Nach 1945

III. Grundzüge der Geschichte des deutschen Imperialismus – ab dem revisionistischen 20. Parteitag der KPdSU 1956 bis 2010

IV. Zur Lage in Deutschland und zur weiteren weltweiten Expansion des deutschen Imperialismus von 2010 bis 2015

Fazit: Der deutsche Imperialismus, eine besonders aggressive imperialistische Großmacht

245 Seiten • 10,- €

Nr. 34 (2018)

Zur Diskussion gestellt:
Programmatische Kernpunkte im Kampf für die sozialistische Revolution und den Kommunismus

I. Kampf für die sozialistische Revolution und den Kommunismus

II. Vorbereitung der sozialistischen Revolution in Deutschland

Aus der Geschichte lernen!

50 Seiten • 2,- €

Zu den RF-Nummern 35 – 37

In den drei Bänden geht es um die Geschichte der Judenfeindschaft und vor allem auch um die Geschichte des Kampfs gegen diese Judenfeindschaft in der großen geschichtlichen Zeitspanne vom 11. Jahrhundert bis 1843, bis kurz vor den Beginn der organisierten proletarischen Bewegung:

Nr. 35 (2020)

Der Kampf gegen Judenfeindschaft von Reuchlin bis Rosheim

(11. Jahrhundert bis Anfang des 18. Jahrhundert)

188 Seiten, Preis 10,- €

Nr. 36 (2020)

Der Kampf gegen Judenfeindschaft von Lessing bis Wilhelm von Humboldt

(Mitte des 18. Jahrhunderts bis 1812)

190 Seiten, Preis 10,- €

Nr. 37 (2020)

Der Kampf gegen Judenfeindschaft von Saul Ascher bis Heinrich Heine

(1812 bis 1843)

184 Seiten, Preis 10,- €

Nr. 38 (2021)

Der Kampf der entstehenden Sozialdemokratie gegen die Judenfeindschaft bis zur Bebel Rede 1893

(1848 bis 1893)

I. Zur ökonomischen und politischen Lage und der Entstehung und Entwicklung der organisierten proletarischen Bewegung 1848 bis 1895

II. Judenfeindschaft 1848 – 1893 und der Kampf der jüdischen Aktivisten und nichtjüdischer bürgerlich-demokratischer Kräfte

III. Der theoretische und politische Kampf der Sozialdemokratie gegen Judenfeindschaft – Stärken und Schwächen

IV. Die Praxis: Handfeste Gegenwehr, klare praktische Statements

V. Schlussfolgerungen

Beiträge zur Vertiefung

740 Seiten • 25,- €



50 Seiten, 2 €

Zu bestellen bei:

Literaturvertrieb Georgi Dimitroff
Postfach 102051
D-63020 Offenbach a.M.
info@litvertriebdimitroff.de

Vorbemerkung aus „Programmatische Kernpunkte...“

In dem nachfolgenden Text werden in kompakter Form zunächst prinzipielle Überlegungen über Kapitalismus, Imperialismus und Kommunismus sowie über die sozialistische Revolution zusammengefasst. In einem zweiten Teil werden dann – ebenfalls in kompakter Form – Fragen der Vorbereitung der sozialistischen Revolution in Deutschland dargelegt. Auch hier liegt eine umfangreiche erläuternde programmatische Erklärung für das genauere Studium vor. Die Prinzipien des wissenschaftlichen Kommunismus sind nicht vom Himmel gefallen, sind nichts Ausgedachtes, sondern haben sich aus dem Studium der Geschichte des Kapitalismus und der Klassenkämpfe entwickelt. Um diesen Zusammenhang zu unterstreichen, wird abschließend überblicksartig jeweils der Aufbau unserer Studien zur Geschichte des Weltimperialismus und der weltweiten Klassenkämpfe und der Geschichte des deutschen Imperialismus und der Klassenkämpfe gegen den deutschen Imperialismus vorgestellt.

Das Ziel dieser Zusammenfassungen ist es, sowohl in übersichtlicher, knapper Form unsere Linie darzustellen als auch dazu anzuregen und dazu aufzufordern, die umfangreichen Begründungen in den programmatischen Dokumenten (Band 1 und 2) sowie in den grundlegenden Dokumenten (Band 3 und 4) zu studieren. Die hier vorgelegte Fassung der „Programmatischen Kernpunkte“ sowie auch die Fassungen von Band 1 bis 4 werden im Umfeld von Gegen die Strömung (GDS) zur Diskussion gestellt, aber auch anderen revolutionären, sich am Kommunismus orientierenden Gruppierungen zur Verfügung gestellt. Die Ergebnisse dieser Diskussionen werden in einem Jahr zusammenfassend dargestellt und bei einer Neuauflage berücksichtigt werden.

Zur Diskussion gestellt

Grundfragen im Kampf für die sozialistische Revolution und den Kommunismus

Im Kampf für den Kommunismus (Band 1)



180 Seiten, 8 €

Zur Diskussion gestellt

Grundfragen der Vorbereitung der sozialistischen Revolution in Deutschland

Aufgaben und Probleme des Kampfs gegen den deutschen Imperialismus

Im Kampf für den Kommunismus (Band 2)



125 Seiten, 5 €

Zur Diskussion gestellt

Grundzüge der Entwicklung des Weltimperialismus und der Klassenkämpfe (1900–2010)

Ein erster Überblick

Im Kampf für den Kommunismus (Band 3)



245 Seiten, 10 €

Zur Diskussion gestellt

Grundzüge der Geschichte des deutschen Imperialismus und der Klassenkämpfe (1900–2010)

Ein erster Überblick

Im Kampf für den Kommunismus (Band 4)



230 Seiten, 10 €

Studienmaterial

Materialien und Hinweise zum vertieften Studium des Bandes „Grundfragen im Kampf für den Kommunismus“

Kommentierte Passagen aus den Werken von Marx, Engels, Lenin und Stalin

Kommentierte Passagen aus Dokumenten der KP Chinas und der PAA gegen die Gefahr, dass die Diktatur des Proletariats zerstört und der kapitalistische Weg eingeschlagen wird



270 Seiten, 15 €

Solidarität mit den Massenkämpfen gegen Ausbeutung und Unterdrückung in Chile!



Hunderttausende erheben sich zum Kampf gegen Verelendung und Unterdrückung



Breit unterstützter militanter Kampf der Aktivistinnen und Aktivisten der „primera linea" („erste Reihe")



Protestaktionen Tausender Frauen gegen sexuelle Unterdrückung und Gewalt



Die national unterdrückte Mapuche-Bevölkerung kämpft für ihr Selbstbestimmungsrecht



"Man fragt nicht um Erlaubnis, um die Geschichte zu ändern"

„Wir werden nicht zur Normalität zurückkehren, weil die Normalität das Problem war".

Parole in Großschrift auf dem zentralen Platz Santiagos

Drucker, Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: W. Schulze, Osnabrücker Str. 26, 10589 Berlin **www.gegendiestroemung.net**
Die Nutzung unserer Homepage sollte gut überlegt erfolgen, da jeder Zugriff staatlich registriert wird